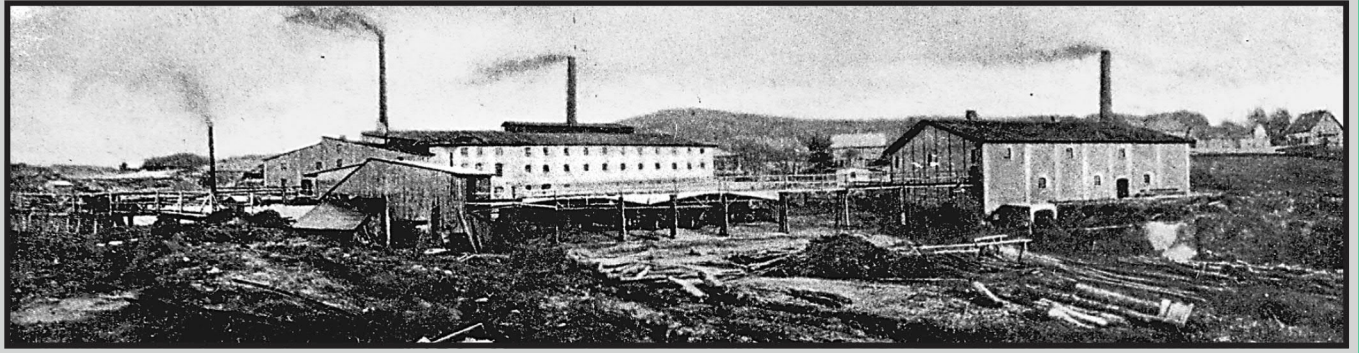
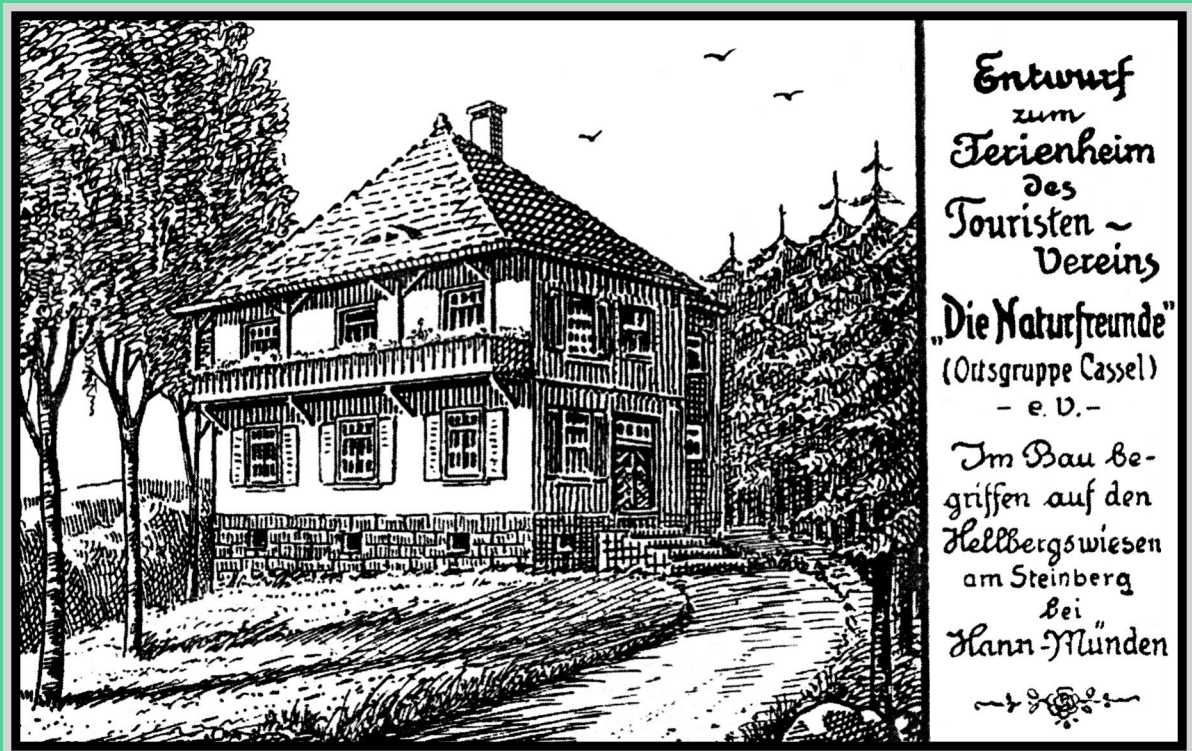


DER STEINBERG



Ein Berg im Wandel der Zeit



Zusammengestellt von Adolf Kraft

Adolf Kraft

Der Steinberg

Ein Berg im Wandel der Zeit

2006

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie das Recht der Übersetzungen, sind vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren – ohne schriftliche Genehmigung des Verfassers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, gespeichert oder verbreitet werden.

Printed in Germany

Impressum:

Herausgeber:	Eigenverlag Adolf Kraft
Layout:	Walter Blum
Druck:	Gutenberg
Umschlagbilder:	Verlag Thöricht, Hann. Münden (Industrieanlage) Paul Schminke, Archiv der Naturfreude (Einweihung Naturfreundehaus)
Übersetzer:	Der lateinische Text der Beschreibung der Fossilien durch Christian Hollmann wurde von Peter Matthes, Kassel, ins Deutsche übertragen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	Seite
Der Steinberg im Kaufunger Wald	3
Die Anfänge der kommerziellen Nutzung	3
Die geologischen Verhältnisse	3
Frühe Nutzung der Rohstoffe	4
Ein erster Antrag, um vermutete Alaun- und Silbervorkommen am Steinberg in privater Regie abzubauen.	4
Gesuch des Hanß Lintz aus Wahnhausen wegen Ausbeutung der Alaunvorkommen auf dem Steinberg und vermutetem Silbererz ao 1618	4
Brief des Amts Münden vom 30.9.1710 an die Herren von Buttlar	4
Die erste Phase einer protoindustriellen Nutzung der Vorkommen am Steinberg	6
Der nächtliche Überfall auf dem Steinberg	9
Der Beginn der Porcellain Fabrique auf dem Steinberg im Jahr 1741	13
Die Verlegung der Fajencerie nach Münden	14
Weitere Versuche von Hansteins zur Nutzung der Braunkohlen	17
Wissenschaftliche Untersuchungen der Versteinerungen am Steinberg 1753	19
Die staatliche Braunkohlengrube Steinberg	23
Wiederinbetriebnahme des Kohlebergwerks unter staatlicher Regie ab 1798-99	23
Die Bemühungen des Drostens von Hanstein um den Absatz der Braunkohlen	28
Münden den 18ten Aug. 1801	30
Neue Vorschläge des Bergfaktors Rettberg	31
Leggemeister Hoffmann aus Münden wird mit der Leitung des Bergwerks betraut	32
Die Zeit des Königreichs Westphalen	33
Historische Notiz über die Anlage des Braunkohlen Bergwerks am Steinberg	33
Wohnhäuser und Zubehör:	35
Neubeginn nach dem 15. November 1813	36
Carl Koch, reitender Förster und Grubenaufseher in Personalunion	38
Einnahmen und Ausgaben des Bergwerks	39
Bestandsaufnahme und Vermessung des Grubenareals im Jahr 1829	40
Einführung der Knappschaftsversicherung	42
Die ärztliche Versorgung der Bergleute	45
Der Bau der Kohlenstraße	47
Der Bau des Berghauses und der Anschluss an den Gemeindebezirk Nienhagen	54
Ein Bergmann, der am Steinberg Karriere machte	60
Erste Verkaufspläne des Bergwerks 1863	62
Ablösung der Zehnverpflichtung für Wiesen auf dem Bergwerksgelände am Steinberg	65
Das Bergwerk in privater Regie	66
Verkauf an den Obersteiger Heinrich Haltern	66
Ein langer Streit um Unterhaltungskosten der Kohlenstraße	67
Wie entwickelte sich nun das privat geführte Werk nach 1870 weiter?	73
Das Maschinenzeitalter hält am Steinberg Einzug	74
Gründung einer Aktiengesellschaft	77
Der Bau der Seilbahn vom Werk zum Güterbahnhof in Münden	78
Finanzielle Auswirkungen des Baues der Seilbahn auf die Besitzverhältnisse	82
Große Investitionen und ein erneuter Verkauf des Unternehmens	84
Die Besitzer strebten die Schaffung eines eigenen „Gutsbezirkes Steinberg“ an	85
Ein Blick in die Verdienstsituation am Steinberg zu Beginn des 20. Jahrhunderts	87
Der Erste Weltkrieg, Turbulenzen und Krisen des Unternehmens	94
Die schwierige Nachkriegszeit	99
Das Ende der Steinbergindustrie	106
Auswirkungen auf die Finanzlage der Gemeinde Nienhagen	109
Der Steinberg in der Zeit von 1932 bis 1961	113
Die Ereignisse am Ende der Weimarer Republik	113
Der Steinberg während der NS-Zeit	114
„Effektive Verwaltungsmaßnahmen“	117
Lager für französische Kriegsgefangene	118
Ein letzter Versuch im Winter 1945	119

Der Bergbau wurde wieder aufgenommen	119
Ein erneuter Besitzerwechsel	121
Die Kuxen der Gewerkschaft Steinberg und ihre „Wandlung“	123
Der Verkauf der Kuxen	126
Ein solider Neubeginn	126
Die Abschlussarbeiten laufen	129
Das Naturfreundehaus am Steinberg	131
Ein verbindendes Gemeinschaftswerk	133
Das Haus wird vergrößert	137
„Überleben“ in schwierigen Zeiten	140
Ein neuer Anfang	142
Die aufkommende Motorisierung in den Jahren des „Wirtschaftswunders“	144
Paul Schminke (1888-1966), der Fotograf der Kasseler Naturfreunde	145
Eine grundlegende Erweiterung und Erneuerung des Hauses am Steinberg	146
Schritt für Schritt wird's neu	147
Das Jugendwaldheim Steinberg	150
Das Jugendwaldheim wird eröffnet	153
Wandel der Waldpädagogik und tatkräftige Mithilfe und Unterstützung von vielen Seiten	159
Pläne zur Erweiterung des Heims	159
Das Dorf Steinrode	160
So wird es einmal aussehen - die Zukunft	160
Eine gelungene Rundumerneuerung	164
Wanderziele und Denkmäler rund um die Steinberge	165
Die Buddeleiche	165
Vom Verbindungsweg zur Wanderroute	166
Wer war Karl Fuhrmann?	166
Freund der Jugend und Wandervogel	166
Vorbei am Landgrafenbrunnen	167
Die Häringsnase im Kaufunger Wald	167
Das Burhenne-Denkmal	168
Das Quensell-Denkmal	170
Auerhahnorden	170
Mit dem Postauto über den Steinberg	171
Der Basaltsteinbruch am Großen Steinberg	173
Ein Vermittler wurde eingeschaltet	176
Eine ernüchternder Befund	178
Ein neuer „privater“ Betreiber	180
Ein neuer Anfang	181
Die Arbeit wird wieder aufgenommen	183
Letzte Vertragsabschlüsse und scheiternde Bemühungen	185
Statut der Gewerkschaft „Margot“	190
Name und Sitz der Gewerkschaft	191
Zweck der Gewerkschaft	191
Einteilung	191
Beteiligung	191
Gewerkenbuch	191
Ungültigkeitserklärungen von Kuxscheinen	191
Vertretung der Gewerkschaft	191
Von dem Vorstände	191
Vorsitzender und Stellvertreter	192
Wirkungskreis des Vorstandes	192
Gewerkenversammlungen	192
Gegenstände der Verhandlungen in den Gewerkenversammlungen	193
Gültigkeit der Beschlüsse	193
Protokolle	193
Von dem Rechnungswesen	193
Berechnung und Verteilung des Ueberschusses	194
Beschreibung der am Steinberg gefundenen Fossilien	195
Archivhinweise und Abkürzungen:	200

Vorwort

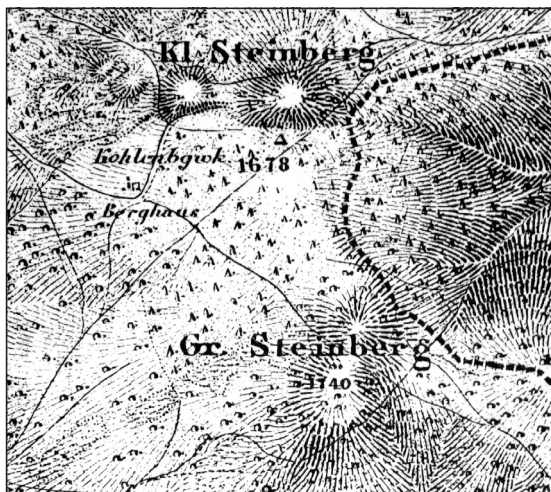
Mit dem Begriff Steinberg verbinden die meisten Menschen heute das Waldjugendheim, das Haus der Kasseler Naturfreunde und das Wandern in herrlicher Natur. Nur wenige wissen um die Jahrhunderte lange Bedeutung, die diese Erhebung für die Menschen der umliegenden Dörfer einmal besessen hat. Dieses Buch soll die Geschichte des Berges vor dem Vergessen bewahren.

Wenn, wie auch in diesem Buch, ganz pauschal die Rede vom „Steinberg“ ist, so ist das, geografisch betrachtet, nicht korrekt, denn handelt sich um drei verschiedene Erhebungen von unterschiedlicher Höhe. Auf den topografischen Karten werden der Kleine und der Große Steinberg sowie der Steinbergkopf vermerkt, wobei der Kleine Steinberg mit 542 Metern die höchste dieser drei Erhebungen ist. Zu Beginn des intensiven Abbaus der Tonvorkommen, Braunkohlen, Sande und des Basalts waren es ursprünglich vier Erhebungen. Neben dem zum größten Teil auf hessischem Gebiet liegenden Steinbergkopf lagen die übrigen Erhebungen in nord-südlicher Richtung auf hannoverschem Gebiet. Die nördlich gelegene kleinste Erhebung ist durch Bergbautätigkeit fast völlig abgetragen worden und heute nicht mehr vorhanden. Auf der **Kurhannoverschen Landesaufnahme** von 1785 und der Karte des **Kurfürstentums Hessen Cassel** von 1852 sind die beiden nebeneinander liegenden Erhebungen des Kleinen Steinbergs, noch klar zu sehen.

Wer heute das Steinberggebiet besucht, der durchstreift einen dichten Mischwald. Laub- und Nadelgehölze wechseln sich ab. Am Waldjugendheim und am Naturfreundehaus sind noch größere unbewaldete Flächen vorhanden. Den früheren Zustand des um die Steinberge herum befindlichen Geländes kann man heute ungefähr vergleichen mit der unter Naturschutz stehenden „Kuhweide“, die sich von der Kohlenstraße in westlicher Richtung ausdehnt und den Blick freigibt auf die Kasseler Senke. Die umliegenden Dörfer hatten bis zum „Rezeß“ von 1871 Hute- und Weiderecht im „Gemeinen Wald“ und viele Bauern der Dörfer des Kaufunger Waldes bewirtschafteten Wiesen um die Steinberge und den Hellenberg herum. In der Grundsteuermutterrolle des Dorfes Nienhagen sind 1864/65 insgesamt 166 Calenbergische Morgen Wiesen zur Besteuerung eingetragen.

Nach Abschluss des Rezeßes 1871 begannen die neuen Forstgenossenschaften nach und nach diese Wiesen zu kaufen und aufzuforsten. Nach etwa 50 Jahren war dieser Prozess abgeschlossen und der Zustand erreicht, den wir heute kennen.

Über Jahrhunderte war das Gebiet um die Steinberge in vielerlei Hinsicht wichtig für die Bewohner der umliegenden Dörfer. Hude und Weide, Heu für die Winterfütterung der Tiere, Rohstofflieferant für die Töpfer, weißer Glasursand für die Gläser und die sonntägliche Pflege der Dieleböden in den „Guten Stuben“ der Dorfbewohner. Im 18. Jahrhundert begann die industrielle Nutzung der Vorkommen. Die vielversprechende Entwicklung wurde durch den Siebenjährigen Krieg beendet. Erst 1798/89 besann man sich wieder auf die Kohlevorkommen und so wurde der Bergbau unter staatlicher Regie wieder aufgenommen. Er erfuhr eine Scheinblüte während der Zeit des „Königreichs Westphalen“ und wurde danach unter staatlicher Regie bis 1869 weitergeführt. Nach der Privatisierung entwickelte sich hier rasch ein Industrieunternehmen, das mit wechselndem Erfolg bis zu seinem Konkurs 1930/31 betrieben wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Kohleförderung erneut wieder aufgenommen. Von 1953 bis 1961 wurden noch Braunkohle und Farberde für Kasseler Braun gefördert, dann wurde der Kohlebergbau eingestellt. Auf der hessischen Seite, im Gebiet der Herren von Buttlar, wurde noch bis 1970 Basalt für den Straßenbau gewonnen.



Ausschnitt aus der Karte des Kurfürstentums Hessen von 1852

Seit mehr als 80 Jahren lädt das Naturfreundehaus Wanderer und Touristen zur Einkehr ein. In dem Jugendwaldheim auf dem ehemaligen Fabrikgelände der „Gewerkschaft Steinberg“ werden seit 1956 Jugendliche aus ganz Niedersachsen mit dem Leben im Wald vertraut gemacht. Neueste Attraktion dieser Einrichtung ist das „mittelalterliche“ Dorf „Steinrode“, das seit 2003 im Entstehen begriffen ist.

Nachdem 1970 die letzten Sprengungen im Basaltsteinbruch vorgenommen und der Abbau eingestellt wurde, ist es hier ruhig geworden. Das Gebiet um die Steinberge herum wird nicht

vom Durchgangsverkehr berührt, so dass die Wälder zu einem Eldorado für Wanderer, Jogger, Reiter und Mountainbiker geworden sind. Von den Aktivitäten der Vergangenheit zeugen noch einige verträumte Gewässer, Relikte des Kohle- und Tonabbaus und die mächtigen Basaltsäulen des ehemaligen Steinbruchs.

Die Natur hat die Wunden, die der Mensch ihr hier zugefügt hat, verheilt, so dass der flüchtige Betrachter kaum noch die vorhandenen Narben im Gelände erkennt. Die Steinberge haben seit jeher eine Anziehung auf die Menschen ausgeübt. Waren es in früheren Zeiten das Holz, die Bergwiesen und die in der Erde verborgenen Schätze, so ist es heute die Stille und Abgeschiedenheit der Natur, in welcher die Menschen Erholung vom hektischen Alltag suchen und finden.

Der Steinberg im Kaufunger Wald

Die Anfänge der kommerziellen Nutzung

Die geologischen Verhältnisse

Das Gebiet des Kaufunger Waldes gehört geologisch zum hannoversch-hessischen Bergland. Dieses ist nach Form und Struktur ein flaches Gewölbe aus Schichten der Triaszeit. Das Trias zählt zur Zeitspanne des Erdmittelalters. Es dauerte etwa 40 Millionen Jahre und wird erdgeschichtlich eingeordnet in die Zeit zwischen 200 und 160 Millionen Jahre vor heute. Während dieser Zeit entstanden Buntsandstein, Muschelkalk und Keuper. Diese Mittelgebirgslandschaft spannt sich von der Warburger Börde im Westen bis hin zum Leinetal im Osten. Die Zeit des Tertiärs (65 bis 2 Mio. Jahre vor heute) war gekennzeichnet von reger Vulkanität und so finden sich im Kaufunger Wald, ebenso wie im nordhessischen Bergland, viele Erhebungen, die ihren Ursprung in der vulkanischen Tätigkeit dieser Zeit haben.



**Basaltsäulen im Buttlarschen Forst auf der hessischen Seite des Steinberg
Abbau durch die Firma Otto Reckmann**

Im Schutze dieser gegen Erosion resistenten Basaltergüsse waren Ablagerungen aus tertiären Sanden, Braunkohlen und Tonen vor Verwitterung und Ausschwemmung gesichert. Die tertiären Ablagerungen, in unserer Region handelt es sich überwiegend um jungtertiäre Formationen, entstanden unter den tropischen Klimaverhältnissen der Erd-

neuzeit. Der Beginn dieser als Neo- oder Känozoikum bezeichneten Periode begann vor etwa 40 Millionen Jahren.

Sande und Sandsteine sind wichtige und vielfältig verwendbare Materialien für Haus- und Straßenbau. In der Metallgießtechnik ist Formsand ein wichtiges und unverzichtbares Hilfsmittel, während Glasursand der Basisstoff für die Glasherstellung und keramischer Glasuren ist. Diese Sande sind das Relikt des Meeres, welches im Tertiär die hessische Senke ausfüllte.

Neben anderen technisch nutzbaren Mineralien und Gesteinen enthalten die tertiären Formationen in großen Mengen den zur Herstellung von Schmelztiegeln, Töpferwaren und Ziegeln notwendigen plastischen Ton.

Schwefelkiesreiche Alauntone, die man auch als Alaunerde oder Alaunerz bezeichnet, finden sich sehr häufig in Verbindung mit Braunkohlen.

Für das Entstehen der Braunkohlen spielten Koniferen und deren verschiedenste Unterformen eine große Rolle. Gemeinsam mit Palmen, Kampferbäumen, immergrünen Eichen, Platanen, Magnolien, Akazien, Lorbeer- und Myrtenbäumen lieferten diese unterschiedlichen Baumarten den Grundstoff für die weltweiten Braunkohlenflöze. In den Kohlenlagern unserer Region handelt es sich um die braune bis schwarze, holzige bis erdige Braunkohle, die auch als Weichkohle bezeichnet wird.

Braunkohle ist erdgeschichtlich die jüngste Kohlenart, und sie besitzt gegenüber der älteren und wesentlich härteren Steinkohle nur einen Heizwert von 1500 bis 7000 kcal/kg. Die am Steinberg abgebauten Braunkohlen waren von mäßiger bis guter Qualität, lieferten jedoch über einen langen Zeitraum wichtige Energie und den Basisstoff für die verschiedensten Produkte.

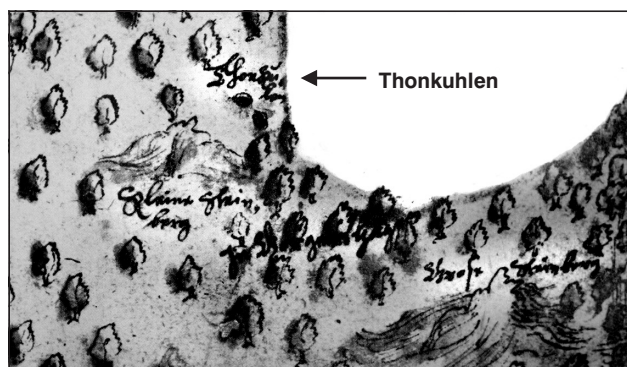
Neben diesen Mineralien und fossilen Energieträgern kam dem Basalt eine wichtige Bedeutung zu. Ohne ihn hätten die vorab genannten Ablagerungen und Mineralien keinen Schutz vor Verwitterung und Abtragung gehabt, und der Mensch hätte in Folge dessen auch keinen Nutzen aus ihnen ziehen können. Darüber hinaus wäre auch der moderne Straßenbau ohne den sehr harten Basalt nicht so gut möglich gewesen.

Wurden Ton, Sand, Alaunerz und Kohle schon sehr früh vom Menschen genutzt, so kam dem Basalt erst wesentlich später eine wirtschaftliche Bedeutung zu. Mit Beginn des Baues von Kunststraßen im Verlauf des 18. Jahrhunderts begann man mit der Nutzung des Basalts als Straßenbelag in größerem Umfang. Sehr früh hatte man Basalt im Verbund mit Sandstein auch schon als verwitterungsfesten Baustoff in unserer Region beim Bau der Burg Sichelstein im 14. Jahrhundert verwendet. Am Steinberg wurde der im von Buttlarschen Privatforst auf hessischer Seite gelegene Basalt für den Straßenbau noch bis 1970 von der Mündener Firma Otto Reckmann, die diesen Steinbruch von der Familie von Buttlar gepachtet, hatte abgebaut.

Frühe Nutzung der Rohstoffe

Die Tone des Steinbergs dienten den Töpfern in Oberode, Hedemünden, Nienhagen und Münden über Jahrhunderte als Rohstoff für ihre Irdenware. Ob die frühneuzeitlichen Gläser unseres Teiles des Kaufunger Waldes ihre Glashäfen ebenfalls aus diesem Rohstoff fertigten, ist nicht überliefert. Qualitativ wäre der Ton des Steinbergs durchaus in der Lage gewesen, diesen Ansprüchen zu genügen, denn Produktion und Vertrieb von Schmelztiegeln wurde durch den Mündener Drost Carl Friedrich von Hanstein am Steinberg in der Mitte des 18. Jahrhundert, in Konkurrenz zu Großalmerode, ebenfalls sehr erfolgreich betrieben.

In einer von Caspar Dauthendey 1619 angefertigten Karte des Kaufunger Waldes sind erstmals Tongruben dargestellt, die hier als *Thonkuhlen* bezeichnet werden. Diese, in rundlicher Form zeichnerisch dargestellten Tongruben, sind noch bis auf den heutigen Tag am kleinen Steinberg häufig zu finden.



Ausschnitt der Karte des Kaufunger Waldes von Caspar Dauthendey von 1619 mit den "Thonkuhlen"

[HStAH Karte 21 k/15m]

Ein erster Antrag, um vermutete Alaun- und Silbervorkommen am Steinberg in privater Regie abzubauen.

Gesuch des Hanß Lintz aus Wahnhausen wegen Ausbeutung der Alaunvorkommen auf dem Steinberg und vermutetem Silbererz ao 1618

Durchlauchtiger hochgeborener Furst und Herr, E. F. G. [Euer Fürstliche Gnaden] kann ich negst Anerbietung meiner unterthenigen Pflichtschuldigen Diensten in Unterthenigkeit nicht verhalten, was gestaltd Gnediger Furst und Herr, Ich durch meinen angespornten Vleiß muhe und Arbeit aufn dem Kauffungger Waldt in E. F. G. Jagt, unterschiedlichen Erzte angetroffen nemblichen am Kleinen Steinbergk genandt, Ertz von Alaunkohlen, dan in Duster Grunde, so woll auch J(?)eckelberges und Maurity andern Ertz erfunden Hoffentlich derselb Silber geben, einmassen alle muhe arbeit und costen belohnen wirdt, welches ich dan albereits Herrn Johan degelen zur probe eingeleiffert, derselb auff der probe Silber gehalten hatt, wan dan solchen mitreichenden Ertz Ich gerne E. F. G. und den gemeinen nutzen auß zuärbten, und auff meine costen das Bergwerck aufzuerbawen, Ich nicht ungeneigt were wofern ich auff Itzt benanten Ertz, und was sonst anderer art darbey inkünfftig angetroffen wirdt, die Lehnschafft nokünfftig zu den Alaun Kohlen, und ander Ertzgruben und Berg-

werck auffzubawen, Holtz an den benähesten orte haben, darzu drey Jahr Zehent frey sein, und das niemandes auf ein viertel meile nähe bey mir einschlagen durffe gnedig beferyet werden mochte, demnach gelangt an E. F. G. mein underthenig gemutig Biden, Dieselben wollen sich hirauff gnedig ercleren, mir mit oberzehnten Conditionen in gnaden erwogen sein, solches geruht zu E. F. G. selbst eignen nutz, und ich bin hirbei allen möglich trewwn Vleiß an zu wenden, So woll umb E. F. G. mit leib guth, und allen meinen Vermögen zuverschulden unterthenig beflissen so schuldig da mehr alß willig

Anno 1616

Datum 2 (?) Aprilis

E. F. G.

Untertheniger und gehorsamer

Hanß Lintz Underthan und wonhafftig zu wahnhausen in fr. Gerichte Sichelstein

[Staatsarchiv Wolfenbüttel 2 Alt 5263 Anno 1616]

Hans Lintz stellte hier einen Antrag an den Landesherrn um die Gewährung von Schürfrechten am Steinberg. Er hatte auf eigene Kosten bereits Probegrabungen vorgenommen und darauf hingewiesen, dass seine Suche von Erfolg gekrönt gewesen sei. Als Anreiz verwies er darauf, dass er einem gewissen Johan Deglen eine Probe des gefundenen Erzes zur Untersuchung eingereicht habe und dieser darin Silber gefunden habe. Gleichzeitig mit dem Antrag auf Muthungs- und Nutzungsrechte stellt er aber auch Bedingungen bezüglich der Befreiung von Zehntabgaben auf die Dauer von drei Jahren und der Garantie des Rechts auf alleinige Nutzung der Vorkommen. Eine viertel Meile im Umkreis solle kein anderer ein Recht auf Erzabbau erhalten. Er erwähnte auch, dass das für den Bergbau notwendige Holz hier vorhanden sei. Hans Lintz wusste um die Faszination von Edelmetallen, die seit jeher die Phantasie der Menschen beflügelt, und er erhoffte sich hiervon ein rascheres und willigeres Entgegenkommen von Seiten der Obrigkeit.

Die Aktivitäten des Hantz Linß am Steinberg sind natürlich den Töpfern der umliegenden Dörfer, die ihren Ton dort gegraben haben, nicht verborgen geblieben und auch die Neugier erregende Geschichte, dass dieser dort Silber gefunden habe, wird sich wie ein Lauffeuer verbreitet haben. Dies ist an sich nicht verwunderlich, das Erstaunliche hieran ist allerdings, dass noch in den 40er und 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts ältere Bewohner des Dorfes Nienhagen an einer Stelle am kleinen Steinberg von einem Betrüger zu berichten wussten, der hier bei seinen Grabungen angeblich Silber gefunden habe und sich mit dieser Behauptung, Geld vom Herzog erschwindelte. Man kann durchaus annehmen, dass diese Geschehnisse über mehr als drei Jahrhunderte von Generation zu Generation überliefert worden sind, und dass es sich bei dem „Betrüger“ um den Wahnhäuser Hanß Lintz gehandelt hat.

Brief des Amts Münden vom 30.9.1710 an die Herren von Buttlar

Hochgeehrte Herren

Als wir vernahmen, dass auf die grentze überm Hellenberg ein mahlstein von denen Kohlwegen, so die Kohlen aus eu.

wollgeb. Holtz fahren, auß der Erde gerissen und der stein anitzo liegen soll, so dass die nottdurft erfordern will, dass solche wieder in die alte stelle gesetzt werde; und wir dann .../... commission an den K. Förster Meyer zu Nieste ertheilet; So haben wir nöthig erachtet davon Eu. wollgeb. Gleichfals nachricht Zu geben: Und gleich wie wir nicht Zweifeln, dass von derselben seithe auch daZu ...sambste anstalt gemacht werde; alß wiedrum derselben belieben, solches obged. K. Förster Meyer nun wissen Zu lassen damit auff einem beyderseits beliebenden Tag solche setzung ohnverzüglich vorgehomen und alle confusion Verhütet werden möge, als die wir im übrigen verharren ...

Ew. Wollgebh.

Munden d. 30 Sept. 1710

H. Ebeling

[HstAH Hann. 74 Münden C 1204]

In diesem Brief ist von *denen Kohlenwagen* die Rede, die Kohlen aus dem Wald fahren. Es kann sich hierbei sowohl um Holzkohlen als auch um Braunkohlen handeln. Das von Buttlarsche Gebiet reicht am Steinberg dicht an die Lagerstätten der Braunkohlen heran. So liegt es nahe, dass die ausgedehnten Pingen auch durch den einfachen Abbau der Kohlen durch die Herren von Buttlar verursacht worden sind. Eine „Buttlarsche Glashütte“ wurde bereits 1595 von Valten Becker betrieben. Oberhalb des Dorfes Ziegenhagen hatten die Herren von Buttlar 1641 wieder eine Glashütte errichten lassen. Hierüber ist folgendes nachzulesen in Georg Landaus: **Geschichte der Glashütten in Hessen, und andere Beiträge. Kassel 1843**

Am 12. December 1641 schlossen die von Buttlar mit Volkmars Becker und Elias Gundlach, Glasermeister zu Großalmerode, einen Vertrag, worin sie diesen ihr Gehölz die Winzenburg, oberhalb Ziegenhagen, bis auf den Graben im Lindengrunde zum Zwecke der Aufrichtung einer Glashütte überwiesen.

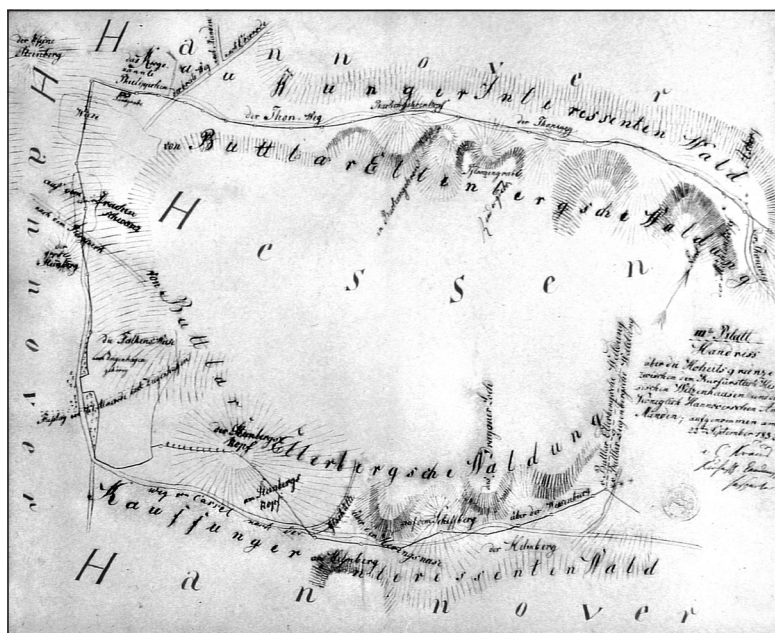
Ob 1710 noch eine Glashütte in der Nähe Ziegenhagens betrieben wurde, ist nicht überliefert. Jedoch kam es 20 Jahre später zum Streit mit dem hessischen Landgrafen, als die Herren von Buttlar eine neue Hütte ohne dessen Zustimmung anlegten. Die Bauherren vertraten den Standpunkt, dass die Errichtung von Glashütten kein Regal sei, und sie klagten ihr Recht in Wetzlar beim Reichskammergericht ein. Dieses gab ihnen Recht. 1749 nahm das Verfahren jedoch eine andere Wendung, denn die Regierung hatte sich von Kaiser Karl VII. ein Privileg erteilen lassen, nach welchem auch die Herren von Buttlar, wie alle Untertanen; dem Rechtsentscheid der Regierung unterworfen wurden. [Gustav Wollenhaupt. Glashütten in Ziegenhagen] Es ist vielleicht möglich, dass die adligen Betreiber, um ihre Wälder zu schonen, die Braunkohlen vom Steinberg nutzten. Der Betrieb einer Hütte erforderte enorme Holz Mengen. So wird 1574 der Verbrauch einer einzigen Glashütte mit 600 Klaftern pro Jahr und 1580 sogar mit 800 Klaftern (1440 / 2000 Festmeter Holz) angegeben. Man rechnete damals mit einem Besatz von ca. 100 Festmetern pro Hektar, 15 bis 20 Hektar Wald mussten Jahr für Jahr abgeholzt werden. Zur Herstellung des Glases wie zur Gewinnung der hierfür notwendigen Pottasche wurde nochmals die gleiche Holzmenge benötigt, allerdings bezog man die Asche auch von den Salzsiedern aus Sooden an der Werra.

Für den Betrieb einer Hütte, zeitweise wurden sogar zwei im von Buttlarischen Bereich betrieben, an einem festen Standort, hätte der im unmittelbarer Nähe befindliche private Waldbestand auch nur für einen Zeitraum von etwa 50 Jahren ausgereicht.

Der in Nordhessen wie auch am Steinberg vorhandene fossile Brennstoff Braunkohle wurde für industrielle Zwecke bereits Ende des 16. Jahrhunderts genutzt. Georg Landau berichtete hierüber in seinem eingangs erwähnten Buch ...Die Versuche des Landgrafen Wilhelm IV. Zur Anwendung der Braunkohlen im Glasofen. Er schrieb

hierin über den Pfarrer Johann Rhenanus in Allendorf u. a. „Kaum war das Kohlenbergwerk am Meißner im vollen Baue begriffen, so war der Entdecker desselben, der ebenso talentvolle, als auch thätige Pfarrer zu Allendorf Johann Rhenanus auch bedacht der Nutzbarkeit der Kohlen die möglichste Ausdehnung zu geben. So führte er das Kohlenfeuer nicht nur in den Sooden und in der Schmelzhütte des bilsteiner Kupferbergwerks ein, sondern faßte auch den Gedanken, dasselbe zur Glasbereitung anzuwenden.

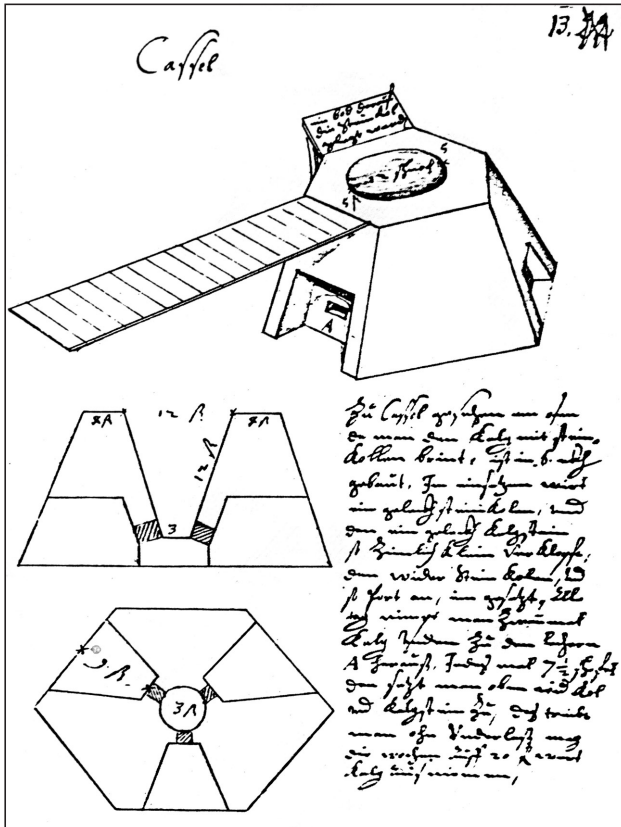
Dieses gelang Rhenanus jedoch, trotz vieler Versuche, nicht. Der Landgraf ließ in Kassel unter Aufsicht des Obersten Georg von Schollei und seines Baumeisters Christoph Müller einen neuen Glasofen errichten. Das Vorhaben gelang nun dadurch, dass man die Kohlen vor dem Glasschmelzen in einem Dörröfen gedörft hatte. Nun endlich war es gelungen, mit der speziell bearbeiteten Kohle, den notwendigen Schmelzpunkt für die Glasmasse zu erreichen.



Grenzverlauf zwischen Hessen und Hannover mit dem fraglichem Bereich am Hellenberg, wo der Grenzstein umgefahren wurde

[HstAH Karten 21 K./66 Pm.]

... es sei auch nicht ein Spricklein Holz dazu kommen, berichtete Müller am 7. August 1580 dem Landgrafen über das gelungene Experiment der Glasschmelze mit den oben erwähnten gedörrten Kohlen. Einen weiteren Hinweis darauf, dass in Kassel Braunkohlen (hier ist im Text von Steinkohle die Rede, d.Verf.) bereits im 16. Jahrhundert auch zum Kalkbrennen benutzt wurden, ersieht man aus einer Skizze des schwäbischen Baumeisters Schickhardt, der während einer Reise nach Kassel 1596 einen solchen Kalkofen skizziert und beschrieben hatte. [HStA. Stuttgart, N220 T 45 (Reinzeichnung); Stuttgart, Württ. Landesbibliothek. , Cod. Hist. 4°, 148 d (Skizze)]



Skizze des Kalkofens

In den Wirren des bald darauf folgenden 30-jährigen Kriegs scheint das Wissen über diese technischen Neuerungen verloren gegangen zu sein. Unter Umständen war aber auch der Holzverbrauch nach dem Ende des Krieges nicht mehr so hoch, dass man sich genötigt sah, an seiner statt den fossilen Brennstoff Braunkohle einzusetzen.

Ob die Herren von Buttlar, die am 7.9.1710 aktenkundig gewordenen Kohlen in ihrer Glashütte zu Schmelzzwecken verwendeten, ist unwahrscheinlich. Dass es sich bei diesem Transport um Braunkohlen gehandelt haben muss, belegen die zahlreichen Pingen, die wenige Jahre später bei der Anlage des Bergwerks durch den Drost von Hanstein vorgefunden wurden.

Gut 100 Jahre später jedoch nutzte man die Braunkohlen für die Glasproduktion. Seit 1821 betrieben die Herren von Buttlar ihre Glashütte oberhalb des Dorfes Ziegenhagen in eigener Regie. Dieser Betrieb entwickelte sich sehr gut und so entschlossen sich die Betreiber 1833 dazu, die Hütte zu

einer regelrechten Glasfabrik auszubauen. Bei der Planung und Errichtung der Öfen hatte ein namentlich nicht genannter Oberbergrat mitgewirkt. Die nach dessen Plan errichteten Schmelzöfen waren so konstruiert, dass sie auch mit Braunkohlen befeuert werden konnten. Diesem Umstand verdankte das Bergwerk am Steinberg, dass die „Glasfabrik Ziegenhagen“ danach zu einem guten Abnehmer seiner Braunkohlen wurde. Nach diesem Exkurs in das 19. Jahrhundert zurück zu den Anfängen.

Die erste Phase einer protoindustriellen Nutzung der Vorkommen am Steinberg

Bis in die 30er Jahre des 18. Jahrhunderts wurden die mannigfaltigen Vorkommen am Steinberg nur zu einem Teil und zudem nur sehr extensiv genutzt.

Erste Initiativen gingen 1735 von dem Mündener Drost Carl Friedrich von Hanstein aus. Dieser hatte gleich zu Beginn seiner Aktivitäten als Fachmann den beim hessischen Kohlenbergwerk auf dem Hohen Meißner beschäftigten Bergschreiber Johann Heinrich Schäfer von dort abgeworben. [HStA Hannover. Hann 74 Münden C 622] Schäfer hatte nach eingehender Besichtigung des Geländes den Baumeister Märcker damit beauftragt, am Steinberg Probebohrungen vorzunehmen, um nach Kohlen zu suchen. Im Verlauf des Sommers 1735 erledigte Märcker diesen Auftrag. Er wurde hierbei von seinem Sohn unterstützt. Schäfer wollte durch diese Bohrungen, bevor er mit der Abtäufung eines Schachtes begann, sichere Gewissheit über Lage und Stärke der Sedimente und der vermuteten Kohlenflöze gewinnen, damit keine unnötigen Stollen oder Schächte angelegt würden. Die bei den Bohrungen von Märcker senior und junior festgestellten unterschiedlichen Schichten der Sedimente erwiesen sich jedoch als sehr ungenau. Auf Grund der Ergebnisse ihrer Bohrungen ließ Schäfer in deren unmittelbarer Nähe einen Schacht anlegen. Dieser lag lediglich einen Lachter, also etwa zwei Meter vom Bohrloch entfernt. Die danach bei der Abtäufung des Schachts durch die Bergleute vorgefundenen Schichten entsprachen jedoch nicht denjenigen, die von Märcker angeblich erbohrt worden waren. Es entwickelte sich in der Folge ein Streit zwischen den „Bohrfachleuten“ und dem Bergschreiber Schäfer, der erst nach Hinzuziehung von Fachleuten entschieden werden konnte.

Extract

[Bergarchiv Clausthal. Acta N° 79 Fach N° 478. Neue Nr.: 04807]

Wie von dem Baumeister Märcker durch das Bohren, das Gebürge angegeben auff dem Steinberge.

In den Pro Memeoria von 6ten

Octbr 1735 sind angegebe.

Steingruß	2 Fues
Blauer Thon	8 Fues
Braun brennende Erde	10 Fues
Hartere schwartze Braune	
Materie	9 Fues
Bis zu des Baumeisters Abreise	29 Fues
Ferner der Junge	
Märcker angegeben	

Vermöge desselben Schreiben
von 17ten und 23ten 8br woraus
das Pro Memoria so den 26ten
ejusd 1735 gezogen und von
mir den Drostn Königl. Cam-
mer überreiche

Letten	13 Fues
Eine Sandt Banck	3 Fues
Felsen	10 Fues 6zoll
Weiser Thon	1 Fues 6 Zoll
Eine Stein Kohlen Banck	8 Fues
Latus	65 Fues

Continuatio

Transport 65 Fues

In der Relation von 5ten 9br 1735

Weiser Sandtstein mit schwartzten Adern	8 Fues
Fester weiser Sandtstein	5 Fues
Grober Sandstein	5 Fues
Weiser Letten worinn Stein Kohlen	85 Fues

Nach dem Privatschreiben vom 9den
9bris 1735 hat in der Schicht Kaum 6
Zoll, wegen Härte des Felsens gear-
beitet werden können, und sollen
Vermöge der Relation vom 28ten 9bris
1735 die in dem 85 Fues erbohrte Pech
und Stangen Kohlen eine Anzeige
auff das Haupt Flötz Kohlen seyn,
in welcher annoch angegeben.

Ungemeiner harter Felsen	12 Fues
Warn also die gantze Teuffe des Bohrloches	97 Fues

Ist also ein Fues Zu viel angegeben
Weilen in der Relation es 98 Fues
Seyn sollen

Extract

Wie durch Abteuffung des verwilligten schachtbaues von
Königl. Cammer das Gebürge auff dem Stein=Berge
würcklich vorhanden; der ein Lachter von Bohrloche, der
geäuserten guten Anzeige halber, geleyet, so der Junge
Märker verrichtet.

Vermöge des Bergschreiber Schäffer
1ten Relation von 24ten Jan 1736.

Damm Erde	3 Schue
Letten	7 Schue
Ein Taubiger Schweiff Kohlen	14 ½ Schue
Geringe Gattung Kohlen	3 ½ Schue

Nach der 2ten Relation vom 14ten Febr. 1736

Letten	21 Schue
Sandt	42 Schue

Vermöge der 3. Relation von
21ten April 1736

Sandt	42 Schue
-------	----------

Vermöge der 4ten Relation von

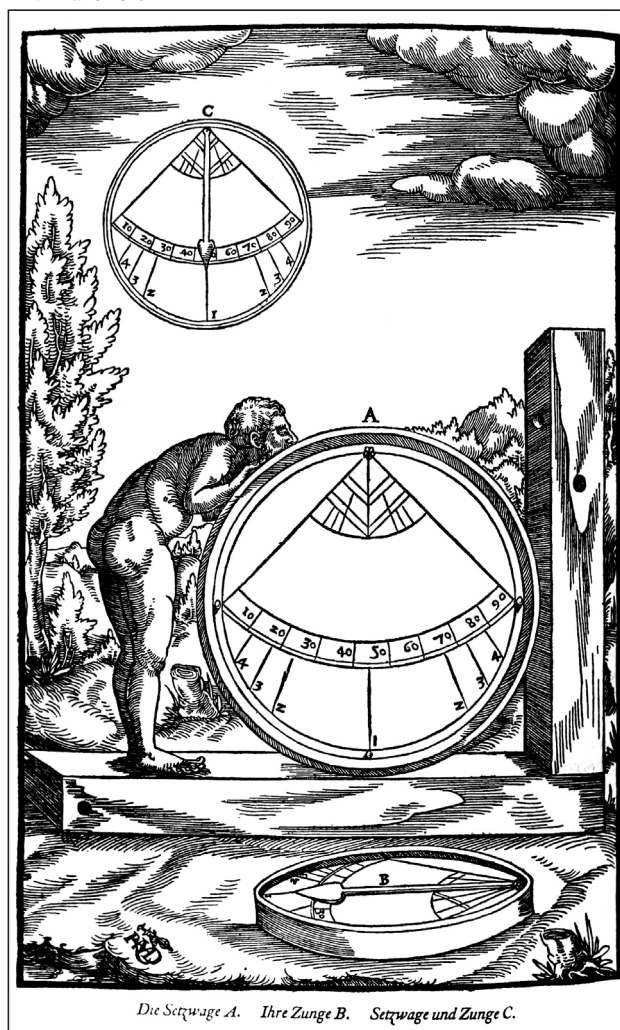
5ten May 1736

Fester Sandt	38 ½ Schue
Summa	140 Schue

Dann hat der Bergschreiber Schäffer mündlich referiret,
dass in bemeldten

Sandt abgeteuffet	21 Schue
wäre die gantze Teuffe	161 Schue.

Die Auseinandersetzungen zwischen Schäfer und Märker
zogen sich über den Winter hin, ohne dass es zu einer Über-
einstimmung gekommen ist. Die durch Schäfer exakt nach-
gewiesenen unrichtigen Ergebnisse der Bohrung, die er in
vier verschiedenen Berichten an das Amt mit Fortschreiten
des Schachtbaues durch Bergknappen unter Führung eines
Steigers nachweisen konnte, führten zu keiner Einigung
mit Märcker.



[Quelle: GEORG AGRIGOLA, DE RE METALLICA]

Am 12. März 1736 wandte er sich mit einem ausführlichen
Schreiben an die Königliche Kammer in Hannover und bat
darum, dass man einen Fachmann aus dem Harzer Bergre-
vier zur Begutachtung schicken möge ...gebe auch zugleich
gehorsamst anheimb, ob Königl. Cammer auf Königl. Amts
veranlassen von Hartze zu Besichtigung des von mir ange-
ordneten Schachtbaues einen Berg Meister, Geschworener
oder Steiger committiren. Auch wen es beliebig die sämtl
Acta an inländische oder auswärtige Bergämter zu Erfah-

rung der Wahrheit die Meynung darüber geben zu lassen senden wollen ...

In diesem Schreiben tauchte der Mündener Drost Carl Friedrich von Hanstein erstmals direkt im Zusammenhang mit den Vorgängen am Steinberg auf. Schäfer führte ihn als Zeugen für die Richtigkeit seiner Ausführungen an, um seiner Aussage ein amtliches Gewicht zu verleihen. Es heißt hier unter anderem:

...der Herr Drost auch selbst dass bis zu solcher Teuffe vorgefallene Gebürge von Zeit zu Zeit in Augenschein genommen hat ...

In einem weiteren Schreiben vom 21. April 1736 berichtete Schäfer vom Fortgang des Schachtbaues, bezog sich auf seine vorangegangenen Berichte und den von Märcker jun. verfassten Bericht vom 26. Januar d. J. und dessen Vaters Gutachten vom 1.3. d. J. Am Ende dieses Schreibens heißt es: *... daß das jenige praestiret worzu mich in den abgeforderten Gutachten von 12ten des abgewichenen Monats Marty verbündlich gemacht. Die Folge dürfte also vom Ansehen nach ergeben, daß nach Anleitung des gegebenen Gutachtens vom 9ten July a. P. [des vergangenen Jahres] ein mehrere Anzahl Lachter Zu Entblößung des Haupt Flötz-Kohlen erfordert werden, indem Königl. Cammer nunmehr vollenkommen einsehen kann, wie wenig Grundt mit dem Bohren erlanget worden, mithin das Bohren wiederum vorzunehmen ein schlechtes Vorthail erfolget seyn würde.*

Hedemünden den 21ten Aprill 1736

Joh. Heinrich Schäfer

Baumeister Märcker und dessen Sohn hatten in ihren Gutachten der Königlichen Kammer eine weitere Bohrung vorgeschlagen, Schäfer war jedoch der Überzeugung, dass man durch den Abbau einiger Lachter Abraum das Hauptkohlenflöz erreichen und abbauen könne. Zur Klärung des Sachverhaltes erklärten sich die Clausthaler Berghauptleute in einem Schreiben vom 26. Mai 1736 bereit, den *...Machinen Director Hansen und den Stein Kohlen Bergwercksmeister Huskin das Werck nach eingesehenen actis Zu untersuchen, mithin an Königl. Cammer von dem Befinden Bericht zu erstatten.*

Am 5. Juni war es dann soweit, dass beide Herren vor Ort unter Hinzuziehung der schriftlichen Unterlagen die Untersuchungen vornehmen konnten. Zu Huskin sei noch angemerkt, dass er aus dem Hochstift Lüttich stammte, somit der *teutschen Sprache* nicht mächtig war und einen der französischen Sprache kundigen Begleiter benötigte. Die fachmännischen Untersuchungen führten dazu, dass man die Angaben Schäfers bestätigte und die Bohrerergebnisse sich als falsch erwiesen. Somit waren auch die von Märcker vorgeschlagenen kostspieligen neuen Bohrungen vom Tisch und der Ausbau des Bergwerks konnte nach dieser offiziellen Klarstellung zügig vorangetrieben werden.

Eigenartigerweise kam während dieser gesamten Vorgänge von Hanstein als aktiv Handelnder nicht im umfangreichen Schriftverkehr vor. Die wichtigen Entscheidungen wurden bezüglich der Vorgehensweise in Clausthal getroffen, und auch die von Schäfer aufgestellten Kosten für das

Aufschließen des Kohlenflözes und die Lohnkosten der hierbei beschäftigten Steiger und Bergknappen gingen an die Königliche Cammer. Die Ausbeutung von Alaunerz und die eventuelle Verarbeitung wurden innerhalb dieser ersten Akten ebenfalls nicht erwähnt. Es kann also durchaus möglich sein, dass ursprünglich nur der Abbau von Kohlen in staatlicher Regie geplant war und der Droste von Hanstein als Beamter vor Ort die notwendigen Fachleute im hessischen „Ausland“ abgeworben hatte.

Für diese Vermutung spricht ebenfalls, dass dem Drost von Hanstein erst zwei Jahre später, nämlich im Frühjahr 1738, eine Konzession erteilt worden ist. Unter Umständen hat von Hanstein ein schlüssiges Konzept für die effektive Nutzung der am Steinberg vorhandenen Rohstoffe vorlegen können und danach den Zuschlag erhalten, das Werk in privater Regie zu betreiben. Damit wäre die Königliche Kammer die Sorge um den Betrieb los gewesen, und sie hätte sich eine dauernde risikolose Einnahme gesichert.

Auf diese „Concession“ vom 21.3.1738 nahm von Hanstein Bezug, als er sich in einem Schreiben vom 28.5.1753 um eine Verlängerung des auf 15 Jahre befristeten ersten Kontrakts um 10 oder 20 Jahre bemühte. Hier der Wortlaut dieses Schreibens

Münden den 28ten May 1753

An Königl. Cammer

Daß Wohledlen Excellences Hoch-und Hochwohlgebohren meinem unterthänigsten Gesuche um Einlegung der anderweiten Muthung auf das mir bishero aller gnädigst concediret gewesen Stein Kohlen Alaun und Vitriol Bergwerck zu deferiren und mir bis hier Frist zu verstaten gnädigst geruhen wollen, solches verehere mit unterthänigsten Danck, und verhehle nun mehro nicht, Hoch deroselben Befehle zu gehorsamster Folge die Muthung hiermit anzulegen mit unterthänigster Bitte, Wohledlen Excellences Hoch- und Hochwohlgebohrnen werden mir und meinen Erben nach ... ber der nach vor gängig geschehener Muthung unterm 21. Marty 1738 mir allergnädigst ertheilten Concession, entweder eine wirkliche Belehnung gnädigst angedeihen lassen, oder die bereits erhaltene Concession anderweit auf 10 oder 20 Jahr zu verneuern.

Ich getröste mir gnädigster Deferirung und beharre mit Ehrfurchtsvollen Respect.

Euer

C.F.v. H.

Von Hanstein hatte als Beispiel die blühende Industrie im benachbarten hessischen Großalmerode vor Augen, als er mit dem regelrechten Aufbau einer Werksanlage auf dem Steinberg begann. Neben dem Bergschreiber Schäfer vom Meißner warb er mit großen finanziellen Versprechungen auch die benötigten anderen Fachleute von dort ab. Für die Alaun- und Vitriolproduktion einen Fachmann aus Allendorf, für die Hicker- und Tiegelproduktion Spezialisten aus Etterode, Großalmerode und Wickenrode. Ab 1742 sollten noch Fachleute für den am Steinberg begonnenen Aufbau der *Porcelain-Fabrique*, es handelte sich hierbei um die Fajencerie, folgen.

[HStAH Hann. 74 Münden C 622]

Von wo er diese Fachleute abgeworben hatte, wurde in den vorhandenen Unterlagen nicht vermerkt.

Carl Friedrich von Hanstein hat in diese Anlagen am Steinberg ein riesiges Privatvermögen investiert. Direkte Angaben bezüglich der Höhe sind in den Archivalien der Jahre 1735 bis 1760 nicht überliefert. Als jedoch der Staat 1798/99 damit begann, den Abbau der Braunkohlen in eigener Regie wieder zu beginnen, war der Enkel Christoph von Hanstein als derzeitiger Landdrost in dieses Vorhaben einbezogen. In einem Schreiben vom 10. Oktober 1799 an die Churfürstliche Kammer schrieb er:

Die Muthung des vorrubricirte BraunKohlen Bergwerckes ward meinem Großvater weyl.

Landdrosten von Hanstein von Königl. Kammer 1738 gnädigst verwilliget, und die dazu eingeräumte Fläche betrug nach der hierüber aufgenommenen Karte 2634 Morgen 63 Quadrat Ruthen.

Nachdem genannter Landrost von Hanstein sowohl in diese Anlage, als in eine Auf dem Steinberge errichtete Allaun und Salpeter Siederey, in eine sogenannte Hicker, Tiegel und Fayance-Fabrick mit den hiezu nöthigen Gebäuden sehr große Summen verwandt hatte, und einer lohnenden Ausbeute entgegen sah, so wurden sowohl diese Anlagen als jene günstigen Erwartungen durch den 7jährigen Krieg gänzlich vernichtet.

Euer Excellenzen Hoch und Hochwohlgebohren werden es nicht unbillig finden, daß ich als Erbe meines Großvaters wenigstens etwas Entschädigung für jene auf 60-70 000 rthl verwandte Kosten zu erhalten wünsche... [Bergarchiv Clausthal, Hann 2a N° 342]

Die hier vom Enkel angeführten „Hicker“ waren ein Massenprodukt für vielfältige Zwecke. Dr. Hans Georg Stephan schreibt in seinem Buch **„Großalmerode. Ein Zentrum der Herstellung von technischer Keramik, Steinzeug und Irdenware in Hessen, Teil 1“:**

Knicker: *Tonkugeln kleinen bis mittleren Formats aus Irdenware. Sie wurden als Spielkugeln sowie Geschosse, insbesondere für Schiffskartätschen (Streugeschosse zur Zerstörung der Segel feindlicher Schiffe) daneben auch für besondere Mahlwerke verwendet. Die Knicker stellten ein Spezialerzeugnis der Großalmeröder Töpfer dar.*

Ein detaillierter Hinweis auf Hicker findet sich auch in der 1786 in Berlin erschienenen Oekonomisch-technologischen Enzyklopädie, von Dr. Georg Krönitz. Hier heißt es u.a. „Schnell-Kugeln, Schnell-Kügelchen, Schnell-Kärtchen, Schößer, Schusser, Schüsser, Knippeln waren kleine Kugeln zum Spielen für Kinder und wurden in großen Mengen aus Ton hergestellt. Nirgends in Deutschland war die Herstellung dieser Kugeln so häufig wie in Großalmerode (Hessen). Die Hersteller dieser Kugeln hießen Knicker-Macher und fertigten z.T. nichts anderes an als eben diese Kugeln. 1738 wurden allein in Großalmerode 21 Meister dieses Gewerbes genannt. Sie schlossen mit 4 Abnehmern auf 9 Jahre einen Vertrag. Jeder Meister sollte in den ersten drei Jahren jährlich 7 Fässer in den nächsten drei Jahren jährl. 8 Fässer

Und in den letzten 3 Jahren jährl. 9 Fässer liefern. Das waren insgesamt 1516 Fässer mit Murmeln.

Die Kugeln wurden in 5 verschiedenen Größen hergestellt. Für einen Taler erhielt der Händler von den Töpfern:

Größe 1	900 Stück
Größe 2	1200 Stück
Größe 3	1800 Stück
Größe 4	2400 Stück
Größe 5	24000 Stück

Auch das *Technologische Magazin* des Heidelberger Professors Dr. Christoph Wilhelm Jakob Gatterer befasste sich in diesem 1790 in Memmingen erschienenen Werk sehr ausführlich mit der Herstellung der Hicker. Er schrieb dort u. a:

Die Versendung derselben geschieht in Fässern; und die meisten, welche nicht selbst im Hessischen oder in den benachbarten Gegenden verbraucht werden, werden nach Wizenhausen geschickt, und daselbst auf der Werra nach hannöversch Münden und von hier auf der Weser meistens nach Bremen versendet.

Dieser Ort versorgt nicht nur die meisten europäischen Länder, sondern sowol Ost- als Westindien, mit einer ungeheuren Menge dieser Ware. – England allein erhielt z. B. im Jahre 1694 aus Deutschland 23000 Stück, und 6000 aus Holland. (gemeint sind hier wohl jeweils Fässer, d. Verf.)

Es waren also wirklich ungeheure Mengen von Hickern, die aus Großalmerode ihren Weg in die Welt nahmen. Da der größte Teil dieser für den Export bestimmten Ware den Weg über Münden nahm, war von Hanstein über diesen lukrativen Handel bestens informiert. So nimmt es nicht Wunder, wenn er sich aus diesem Riesenkuchen ein Stück heraus zu schneiden versuchte.

Großalmerode hatte auch auf dem Gebiet der Schmelztiegel für die Gläser eine beinahe unangefochtene Monopolstellung inne, und auch auf diesem Sektor versuchte von Hanstein den Hessen den lohnenden Markt streitig zu machen.

Ob es ihm in der kurzen Zeitspanne bis zum Beginn des 7-jährigen Krieges gelungen war, ein spürbarer Konkurrent zu werden, ist unwahrscheinlich. Zu erfahren waren die Nordhessen in diesem Geschäft bereits seit Jahrhunderten gewesen. Hierbei spielte auch der vorzügliche Großalmeröder Ton eine entscheidende Rolle. Es ging jedoch bei diesen vielfältigen Aktivitäten des hohen Beamten und rührigen Unternehmers Carl Friedrich von Hanstein nicht alles glatt ab, denn seine Handlungsweise war oft am Rande der Legalität und sie mutet mitunter auch modern an in Bezug auf seine Methoden des „Headhunting“. Wozu diese Handlungsweise mitunter führen konnte, kann man sehr gut aus den überlieferten Akten über die Vorkommnisse des Jahres 1741 ersehen.

Der nächtliche Überfall auf dem Steinberg

[HStAH Han. 74 Münden C 622]

Dieser Überfall ereignete sich in der Nacht vom 27. auf den 28. April des Jahres 1741 auf dem kleinen Steinberg, wo sich das Bergwerk und die von Carl Friedrich von Hanstein

eingerrichteten Produktionsanlagen befanden, und er begann um 10 Uhr abends. Es war die Nacht von Samstag auf Sonntag.

Die hierüber berichtenden Akten werfen ein erhellendes Licht auf die Methoden, mittels derer von Hanstein die benötigten Fachleute, meist aus den benachbarten nordhessischen Orten, abgeworben hatte. Der Vorfall wurde zu einem regelrechten Politikum und führte zu einem intensiven schriftlichen Austausch zwischen dem *Ambt Cassel* und der *Königlichen Cammer in Hannover*. Zu Beginn war es von Hanstein, der aktiv wurde und die Angelegenheit selbst zu erledigen trachtete. Am 1. Juni sandte er einen ersten schriftlichen Bericht über die Vorgänge nach Hannover. Er war allerdings zu diesem Zeitpunkt noch nicht ausreichend über die Herkunftsorte der am Überfall beteiligten Personen informiert. Die Ereignisse schilderte er wie folgt:

Euer Excellences müssen wir hiedurch gehorsamst und unterthänig berichten, daß in der nächst verwichenen Sonnabends Nacht um 10 Uhr die Einwohner der beyden Heßischen Dörffer Großalmerode und Wickenrode (muss heißen Etterode, d.V.) theils mit Gewehr und Degen, theils mit großen Prügeln versehen, an Männern und Weibern 24 bis 30 Personen stark in hiesiges Amt eingefallen und auf dem Steinberge, alwo ich der Oberhauptmann Schmelztiegel und Hicker verfertigen laßen und mich bemüht ob demnechst gergl. Fabrique als im Heßisch und sonst nirgends vorhanden, sich verfüget, daselbst den Brennofen heruntergerißen, einen Kachelofen in der Stube und die ungebrannten Tiegel zu Stücken geschlagen, des Tiegelmeisters betten und andere Sachen aus dem Hause genommen und auf eine mitgebrachte bespannte Karre gebracht, das Bettstroh umher geworfen dann in dem nächst dabey stehenden Gebäude mit Gewalt eingebrochen, daraus Bretter geholet und auf den Karren geladen, vor der Hausthür 6 Mann mit Gewehr und Prügeln gestellt welche die darin befindliche Leuchte, wie sie aus dem Hause gewollt, mit Gewalt zurück gestoßen, und solange eingeschloßen gehalten, bis die übrigen Leuchte mit den geraubten Sachen ein Stück fort gewesen...Er schrieb nun weiter, dass er die Namen der Täter gesucht und fünf bereits ausfindig gemacht habe. Der Grund für diesen Überfall sei Neid und Missgunst, ...da ihren bisher geführten monopolus großer Schade zugefügt werden möchte. Er bat dann um Rat, wie man die Hessen

dazu bewegen könne, die Übeltäter festzunehmen und zu bestrafen. Am selben Tage richtete er ein Schreiben an das *Ambt Cassel*, in welchem er den *excess* schilderte, die Namen der Hauptakteure nannte und gleichzeitig deren Festsetzung forderte. Die Kasseler Beamten jedoch beantworteten das Schreiben nicht, so dass er am 8. Juni erneut nach Kassel schrieb. Hier vermerkte er u.a.:

...Wir haben auf unser unterm 1. dieses an Euer Ehren erlaßenes Requisitions Schreiben so wenig eine Antwort erhalten, als wenig sich die requirirten Leuthe aus Groß Almerode, nemlich der Tiegel Macher Johannes Gundlach, Peter Göbel und Johannes Georg Lippert in dem angesetzten terminu sistiret.

Er forderte von den hessischen Kollegen, dass sich die Beklagten am 14. des Monats auf dem Mündener Amt einfinden sollten und drohte für den Fall des Nichterscheins *ernste Strafe* an. Die Kasseler dachten nicht daran und ließen auch dieses Schreiben von Hansteins unbeantwortet.

Vom 10. Juni datiert das Antwortschreiben aus Hannover, das Freiherr von Grote an das Amt Münden richtete. Nach der üblichen formellen Begrüßung schrieb er folgendes: *...Aus Eurem Berichte vom 1ten hujus haben Wir vernommen, was für einen enormen exceß die Heßischen Dorfschaften Groß-Almerode und Ettenrode auf dem Steinberg in der daselbst befindlichen Tiegel Fabrique begangen haben. Es ist nun von Uns an die Fürstlich Heßische Geheimte Rätthe, wie der copeyl. Beyschluß besaget, geschrieben, und die Sistirung der Thäter verlangt worden. Ihr habet solche, fals dieselbe nicht bereits erfolgt, nochmahls bey denen Heßischen Beamten zu begehren, auch durch einen Amts-Unterbedienten um eine Erklärung mündlich ansuchen zu laßen, und von der ertheilten Antwort, auch fernere Erfolg in dieser Sache Bericht zu erstatten. Wir sind auch zu ferneren Diensten u. Willfahung geneigt.*

Hannover d. 10.-Juni 1741

Königl. Großbritt. Zur Churfrl. Brs. Lünebg. Regierung verordnete Geheimte Rätthe

Fh Grote

In dem Schreiben Grotes an die Kollegen in Kassel verlangte er die sofortige Festnahme der Täter. Den Drost forderte er auf, einen *Amts-Unter Bedienten* nach Kassel zu schicken, um dort eine mündliche Erklärung der Hessen einzuholen und das Ergebnis umgehend nach Hannover zu melden.

Ebenfalls am 10. Juni 1741 schrieb von Grote nach Kassel. Er beschrieb die Vorgänge in gleicher Weise, wie sie ihm das Amt Münden berichtet hatte, und er fuhr dann fort:

...Wir sind nun zwar wol versichert, daß dieser räuberische Einbruch ohne deren Herren Vorwissen geschehen, als solcher dennoch um so mehr exemplariter wird zu bestrafen seyn, als S[eine]. König(liche). Maje[stät] unser allergnädigster Herr dergleichen in dero unstreitigen territorio begangener und die gemeine Ruhe und Sicherheit störender excess gantz unleidlich ist, und solchen ungeahndet nicht hinnehmen laßen können. So ersuchen wir die Herren freundnachbar-lich, zu Verhörung, aller daraus besorgli-



Scherbenfunde mit floralem Dekor vom Sterinberg

chen Weitläufigkeiten, die Thäter deren die Beamte zu Münden deren dortigen Beamten bereits nahmhaft gemacht dem Amte Münden zu sistiren, auch das erforderliche beytragen zu lassen, damit die übrigen gleichfalls ausfindig mögen gemacht werden.

Wir haben zu unsern Hochgeehrten herren, das Vertrauen dieselbe sich werden geneigt finden laßen, sich hierunter wilffähig zu bezeigen, und alle erforderliche promptitude leisten zu laßen, welches wir in dergleichen Fällen zu erwiedern niemahls entstehen werdfen, und ersuchen dieselbe dero Erklärung uns baldmöglichst mitzuteilen...

Die hessischen Beamten zeigten sich jedoch nicht geneigt, die eigenen Leute zu einer Untersuchung nach Münden zu schicken. Sie vernahmen die Beschuldigten am 24. August 1741 in Großalmerode selbst und schickten das angefertigte Protokoll umgehend nach Hannover. In der Zwischenzeit hatte von Hanstein den für das Obergericht zuständigen Landwehrhäger Amtsschulzen Johann Henrich Laves nach Kassel geschickt. Dieser begab sich am 18. Juni 1741 zum dortigen Oberschultzen Gößel und verlangte von diesem eine mündliche Erklärung. Dieser erwiderte ihm, dass man die Angelegenheit... *sehr gros angebracht* habe und ...es würde nicht dargethan werden können, daß die Großalmeröder und deren Consorten Gewehr mit auf den Steinberg gebracht hetten...Man werde heute dem Amt Münden eine schriftliche Nachricht zuthun. Der um 8 Uhr erschiene Ober-Rentmeister von Bentheim erklärte, dass er, als die Sache passiert sei, nicht zu Hause gewesen sei, er werde sich jedoch bei der heutigen Zusammenkunft von Gößel Bericht geben lassen. Diese persönliche Intervention machte auf die Hessen keinerlei Eindruck. Sie reagierten erst, nachdem die fünf namentlich genannten Teilnehmer Joh. Frantz Göbell Senior, Joh. Frantz Göbell junior, George Peter Göbell aus Etterode sowie Joh. Gundelach und Joh. George Liphard, beide aus Großalmerode, am 24. August durch den Kammerrat von Waitz mit den Vorkommnissen konfrontiert und befragt worden waren, ...wie sie dazu kähmen daß sie im Amt Münden zu Steinbergen mit gewehr und grosen Prügeln strafbahre eingefallen, die daselbst aufgerichtete Tiegel, und Hickerfabrique bestürmt, und die verfertigten Waaren oder Fabricata vernichtet, den Brennofen sowohl, als den Kachelofen eingeworfen hätten.

Johann Frantz Göbell schilderte das Ereignis und er begann damit, wie er vor 2½ Jahren durch den Maurermeister Peter Stumpert, der in Münden bei dem Drostengearbeitet, dazu überredet worden sei...*Er solle von Etterode wegziehen, um ihm am Steinberg eine solche Fabrique wie zu Großalmerode aufrichten und in den Stand setzen möchte.*

Er wolle ihme nicht allein freye Wohnung, nebst etwas Länderey zu Garthen Pflanzung des gleichen vor 2 Kühe die Weyde ohnentgeltlich geben, sondern auch Hauptsächlich ihme einen grosen Verdienst zuwenden, dergestalt, daß Er jährlich vor 600 rth Tiegel und Hicker wie sie zu Allmerode gemacht würden, Ihme gegen baare bezahlung in einem guten accord liefern sollte, diese grose Versprechungen hätten Ihme denn sehr in den augen geleuchtet und verführet, dahin zu ziehen, weil er in Allmerode kaum



Fajence-Farbproben aus einer Abfallgrube, Steinberg

vor 100 rth. bis 125 rth. durch Waaren jährlich unterbringen können.

Der Drost habe jedoch den vereinbarten Absprachen nicht eingehalten und ihm damit gedroht, dass er ihn *nach Cassel liefern würde damit ihm daselbst sein Recht wiederführe*. Als er ihn am Karfreitag um den rückständigen Lohn angehalten habe und ihm sagte, dass er anderen Falls wieder nach Hessen zurück gehen werde, habe ihn der Drost ... *in gegenwart seines Informatoris, des Grubenverwalters und eines officiers geantwortet, Er wollte ihm den teufel auf den Kopf geben, und wan er von mehrerem Lohn zu sprechen gedächte so wolle er seine Söhne nach Münden bringen und zu Soldaten machen ihn selbst arretieren, seine Bagage aber augenblicklich heraus schmeissen laßen.*

Diese rüden Drohungen, und das Ausbleiben des vereinbarten Lohnes bewirkten, dass sich Göbell mit seiner Familie, das heisst seiner Frau und den beiden Söhnen, wieder auf den Weg in seine Heimat machte. Er wurde dort offenbar ohne Repressalien der Obrigkeit wieder aufgenommen, nachdem er ... *bey seiner gnädigsten Herrschaft und seinen mitmeistern zu Grossalmerode pardon* erlangt hatte. Beim Verlassen seiner Wirkungsstätte am Steinberg hatte er sein Bett und etwa 30 Bretter nicht mitnehmen können. Dass es nun einer 26 bis 30 Personen starken Truppe bedurfte, um diese Teile, die zweifellos sein Eigentum waren, nach Hessen zu holen, war keineswegs notwendig. Ein bespannter Wagen und einige Helfer wären sicherlich ausreichend gewesen. Das nächtliche Erscheinen dieser „Truppe“ am Pfingstsamstag ist dadurch erklärlich, dass er mit Sicherheit zu dieser Zeit von Hanstein nicht antreffen würde, denn es wäre unter Umständen zu einer Auseinandersetzung gekommen. Die Schilderung, die Göbell gegenüber von Waitz in Grossalmerode machte, stellte die Vorgänge friedlicher dar, als es in den Protokollen zu lesen ist, die von den Beschäftigten auf dem Steinberg vom 1. Juli 1741 vorliegen. Interessant in diesem Zusammenhang ist auch die Tatsache, dass es sich hier ebenfalls um Fachleute aus Hessen handelte. Peter Ötzel, Lautenbach, Amt Witzenhausen, Andreas Ost, Weissenbach, Amt Witzenhausen, Elias Gundlach, Grossalmerode, Conrad Muhlbach, eben-

falls Lautenbach, Amt Witzenhausen. Hätte Göbell lediglich sein Bett und die 30 Bretter abgeholt, hätte von Hanstein nicht eine solche Lawine losgetreten, zumal er sich bewusst war, dass er durch das wiederholte Abwerben von Fachleuten bei den Hessen und der hieraus erwachsenden Konkurrenz ein schlechtes Image in Kassel hatte. In den Protokollen, die von Hanstein aufgezeichnet hatte, sprachen die Vier von einer Bedrohung mit Gewehren und sie bezeugten einstimmig die Zerstörung des Brennofens, wie der unfertigen Tiegel innerhalb des Gebäudes und des Kachelofens in der Stube. Göbell sagte aus, dass er gar keine Tiegel gesehen habe und die zwei Gewehre, von denen eines defekt gewesen sei, hätten auf dem Wagen gelegen. Den Brennofen hätte von Hanstein selbst abgebrochen, da er ihn zu einem Ofen für die *Porcellaine-Fabrique* optieren wollte. In Bezug auf das Personal dieses neuen Produktionszweigs, den von Hanstein am Steinberg einrichtete, verwies Göbell auch auf die Abwerbung eines weiteren Fachmannes aus Hessen, den ... *Bergschreiber Schuster den Er auch von dem heßischen Kohlen Werck zu Allendorf gezogen und verführet, daß Er ihm eine Salzquelle und Steinkohlen auch Alaun Werke suchen solle, hätte er es eben so gemacht, und ihn umb brodt und dienst gebracht nachdem Er der Hannoverischen Herrschaft etliche 1000 rth vergeblicher unkosten veranlaßt ...*

Göbell sah in seiner Handlungsweise kein Unrecht, und die Tatsache, dass er mit derart vielen Begleitern erschienen war, erklärte er damit, dass es in seiner Heimat üblich sei, dass alle Nachbarn bei einem Umzug mithelfen. Am 28. August, vier Tage nach der Vernehmung durch von Waitz in Großalmerode, schrieb Freiherr von Danckelmann, einer der Beamten des hessischen Ministeriums in Kassel: *Ihro Königl. Majst von Schweden Fürstl. Heßische Präsident und Geheimbte Rätthe hierselbst, einen Brief nach Hannover, dem er das Protokoll der Vernehmung in Großalmerode beifügte. Nach den üblichen Höflichkeitsfloskeln ging er unmittelbar auf das Geschehen ein: ... und gleichwie die Herren darob in mehrerem Zur genüge ersehen werden, wie ohngegründet dieser angeschuldigte gewaltsahme Einbruch seyn, und welcher gestalt die Herren entweder von dem Ambt Münden oder dem dasigen Oberhauptmann von Hanstein aus blosen eigennützigen absichten all Zu milde berichtet worden, im Gegentheile aber wie man dießseits vielmehr über das ohngebührliche und Höchststrafbare Betragen erwehnten Oberhauptmanns wegen Verführung dießseitiger in gesperrten Handwerck und Bruderschaften stehenden unterthanen Zum höchsten Beschwerde zu führen und um hinlängliche Satisfaction zu bitten sich um soviel damehr gemüßiget findet, da dieses nicht das erste Exempel ist, sondern denen Herren annoch erinnerlich seyn wird, was masen derselbe bereits ao 1735 den hiesigen Bergschreiber Scheffer auf dem Meißner gleicher gestalt unter Versprechung großer Vortheile zu allerhand ohnerlaubten, gegen Eyd und Pflicht streitenden eigenmächtigen unternehmungen zu verleiten gewußt. Er ersuchte darum, dass man seine königliche Majestät von Großbritannien über den wahren Sachverhalt der Vorgänge berichten solle und dass es sich lediglich darum gehandelt habe, dass ein ... dießsei-*

tiger Unterthanen, als Er wieder Zurück in sein Vaterland gekehret und sein guth und Haußrat mitnehmen und getragen haben wollen... Er beschwerte sich dann über eine erneute Verführung seiner Untertanen und verlangte, dass der Oberhauptmann zu einer gebührenden Strafe zu ziehen sei und dieses Verhalten *pro futuro* (in Zukunft) unterlassen sollte. Er verwahrte sich auch dagegen, dass sich die Beteiligten vor dem Amt Münden zu verantworten hätten, da dieses parteiisch sei. Vielmehr wolle man einer unparteiischen *Commission* zustimmen, der sich Göbell stellen werde, damit ihm ... *Justitz wiederfahren und nach befinden zu seiner accordmäßigen forderung verhelfen zu laßen.*

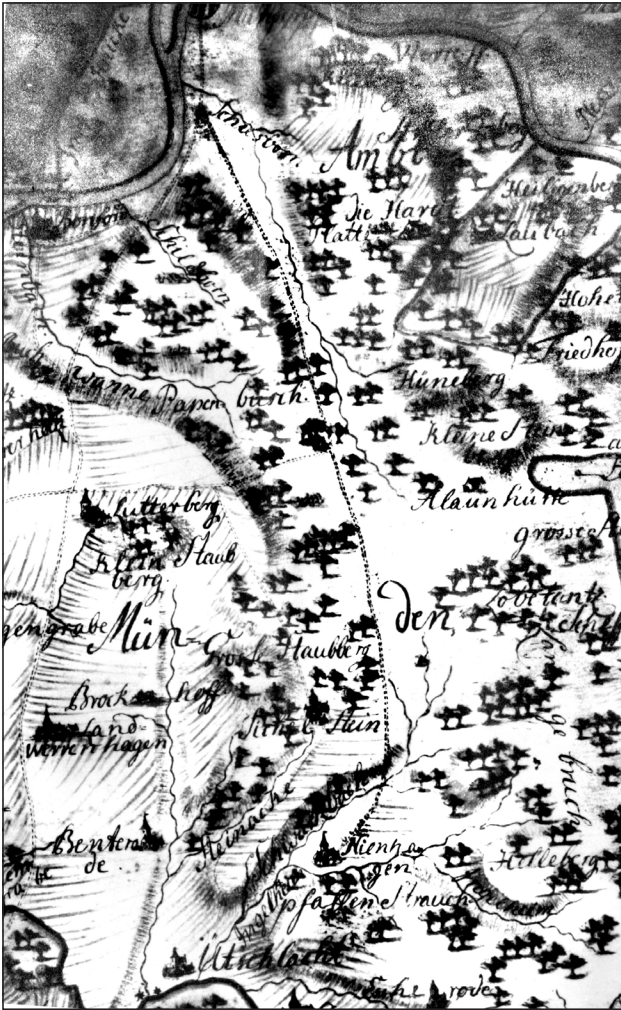
Nach Erhalt des Schreibens, welches die Drohung einer Unterrichtung des Königs in England enthielt, wandte sich das Ministerium am 2. September an Amtmann Steuerwald und den Drost von Hanstein in Münden. In diesem Schreiben sprach der Verfasser auf Grund des beigefügten Protokolls auch von einem ... *angeblichen Überfall...* und stellte die Frage, ob man die Sache nicht besser auf sich beruhen lassen solle. *...Ihr werdet die angeführten Umstände genaue in Erwegung nehmen, euren Bericht darüber allerfordersahmst abstatten, und auch klähren ob es gerathen sey, die Sache gar liegen zu laßen, oder eine unpartheyische Commission zu Untersuchung des facti und deßen Umstände zu acceptiren ...*

Der Amtmann und von Hanstein bestanden jedoch einmütig auf der Einsetzung einer Kommission. Dies spricht dafür, dass es bei dem Überfall tatsächlich zu größeren Zerstörungen und Beschädigungen gekommen ist, denn anderenfalls hätten Amtmann und Drost den Vorfall nicht auf dieser hohen politischen Ebene weiter verfolgen lassen.

Aus Hannover schrieb Minister von Grote am 19. Oktober nach Münden. Die Tatsache, dass man hier vor Ort an einer Untersuchung festhielt, schien ihm nicht sonderlich zu behagen. Er vermerkte hierin u.a.: *...Haben wir vernommen, wesmaßen Ihr die von dem Heßischen Cammer Rath Waitz geschehene Untersuchung, wegen des auf dem Steinberg verübten Einfals und begangenen Frevels für partheyisch haltet, und es auf eine einem tertio aufzutragende Untersuchungs Commission ankommen zu laßen euch getrauet ...*

Diese Formulierung verrät eine gewisse Skepsis bezüglich des Ausgangs einer Untersuchung, jedoch war er bereit, die Angelegenheit im Sinne der beiden Beamten weiter zu verfolgen und teilte ihnen mit, dass der Hardegseener Amtmann Wedemeyer diese Angelegenheit übernehmen werde.

Am 23. Oktober schrieb Wedemeyer nach Münden, dass er am 6. November dorthin kommen werde und am darauf folgenden Tag die Untersuchung auf dem Steinberg *anbefohlenermaßen* vornehmen werde. Dieser Termin konnte vom Amt Münden nicht wahrgenommen werden und man schlug den 14. November vor. Am 30. Oktober musste Wedemeyer selbst um eine Verschiebung dieses Termins in den Monat Dezember nachsuchen, da er zu diesem Zeitpunkt nach Hannover reisen müsse zur Ablegung seiner Rechnung. Aber auch diesen Termin konnte er nicht reali-



Fresca-Karte von 1740 mit Alaunhütte
[HStAH 21k 18pm]

sieren und schlug am 4. Dezember als Termin den 17. und 18. Januar 1742 vor. Dieser neue Termin konnte wiederum nicht wahrgenommen werden, da Wedemeyer den Oberschultzen Gößell und den Oberrentmeister von Bentheim nicht als Hochwohlgeborene Herren titulierte und die Tiegelmacher Gundlach, Gößell und Lippart den Termin nicht hätten wahrnehmen können.

Zu einem erneut festgelegten Termin Mitte Februar entschuldigten die Kasseler Beamten das Nichterscheinen damit, dass das ... *Requisitions Schreiben ihnen zu spät behändiget sey, und die Delinquenten intimidiret worden, daß bey ihren Erscheinen mit dem Arrest gegen sie verfahren würde* ... Wedemeyer fuhr dann in diesem Schreiben vom 19. Februar an das Amt Münden folgendermaßen fort: ... *Wann aber nunmehr die Delinquenten in einem anderweitig angesetzten Termino gestellt werden sollten So habe in Beygelegten Requisitions Schreiben den 14 ten Martij a. c. dazu anberahmet und ersuche Euer Hochwohl. und Hochwohlgebohr. Ergebenst, solche Schreiben, daferner der angesetzte Terminus gleichfals gefällig, durch sichere Bothen gehörigen Orths, bald möglichst zu befördern, und die zurück kommende Recepisse ad Acta mit zuzusenden.*

Ob dieser Termin wahrgenommen worden ist, geht aus den vorhandenen Akten nicht hervor. Die Hessen reagierten jedoch auf diese Vorgänge mit einem Verkaufsverbot der Produkte der von Hansteinschen Fajencerie und untersagten dem Freiherrn von Butlar, bei Androhung einer Strafe in Höhe von 100 Gold-Gulden, jeglichen Holzverkauf an von Hanstein. [BA Clausthal.Hann 84a Nr.04807. Fach 478N°79]

Das Importverbot für die mit den drei Monden signierten Erzeugnisse können in Anbetracht der nahen hessischen Residenzstadt Kassel durchaus empfindliche Einbußen beim Absatz zur Folge gehabt haben. Fest steht auch, dass Entschädigung für den erlittenen Schaden nie erfolgt ist. Eine diesbezügliche Aussage machte auch der Enkel des Oberhauptmanns von Hansteins im Jahr 1799, als er sich um die Belehnung mit dem wieder aufgenommenen Kohlenbergwerk am Steinberg bei der Kammer in Hannover bewarb.

Der Beginn der Porcelain Fabrique auf dem Steinberg im Jahr 1741

Im Vernehmungsprotokoll des Kammerrates von Waitz ist vom Umbau eines Brennofens auf dem Steinberg für *Porcellaine* und von *Porcellain Fabriquanten* durch den beklagten Johann Frantz Göbell die Rede. Dies war ein Produktionszweig, der keine Konkurrenz für die hessischen Nachbarn in Großalmerode darstellte, dessen Betreiben aber ebenfalls Fachleute erforderte und diese musste von Hanstein ebenfalls aus anderen Betrieben abwerben wie die anderen Experten. In einem *Extractus ex actis* [BA Clausthal Acta N° 79 Fach N° 478/Neue Nr.: 04807] wird unter Nr. 2. nach der Schilderung des Überfalls und dem Vermerk:

...Vor den zugefügten Schaden sey kein Thaler vergütet, und der Absatz seiner Waare sey sehr dadurch behindert. Er habe hierauf eine Porcellain Fabric angefangen, wobey er so glücklich gewesen. Reiche dieses zu einer solchen menage in der feuerung, daß er jährlich außerdem nur 40 bis 50 Klafter nöthig sey. Er habe deswegen 24 bis 30 Klafter Holtz gegen Forstzins genommen und die zu seiner consumption in der Haushaltung verwilligte 20 Klafter habe er auch dazu gebraucht. Der unzeitige Wieder Spruch einiger forst Bedienten aber habe es dahin gebracht daß auch diese wenigen Klafter versaget worden, und er also das Allaun Sieden ein zu stellen gezwungen sey.

Er vermerkte, dass der neue Produktionszweig zusätzliche Holz­mengen, erfordere, die ihm jedoch nicht restlos bewil­ligt worden seien, so dass er das Alaunsieden zugunsten der Fajencerie aufgeben musste. Hier gibt zu denken, warum er das Alaunsieden zu diesem Zeitpunkt noch nicht mit den am Ort vorhandenen Braunkohlen betrieben hat.

In anderer Hinsicht war das Jahr 1741 noch bemerkenswert, denn in diesem Jahr wurde im nahegelegenen Dorf Nienhagen, gegen den Widerstand der Dorfschaften Dahlheim und Escherode, eine eigene Schule eingerichtet. Dieses Vorhaben konnte nur dadurch verwirklicht werden, dass C. F. v. Hanstein in seiner Eigenschaft als Droste für die Einrichtung einer Schule in Nienhagen stimmte. [Kreiskirchenarchiv Gö. Nienhagen 494]

Er hatte für eine Anzahl von Mitarbeitern und deren Familien Wohnmöglichkeiten auf dem Steinberg geschaffen. Für deren Kinder gab es dort keine Schule. Da Nienhagen das nächstgelegene Dorf war, kam der Antrag des Gemeindevorstandes auf Einrichtung einer eigenen Schule in Nienhagen 1739 an den Superintendenten und an ihn, in seiner Eigenschaft als Drost, nicht ungelegen. Nach zwei Jahre langen Auseinandersetzungen über diesen Antrag befürwortete von Hanstein das Vorhaben und es kam 1741 zur Einrichtung einer neuen Schulstelle in Nienhagen. Somit konnten nun auch die Kinder der Mitarbeiter in relativ geringer Entfernung eine Schule besuchen. Für diesen neuen Produktionszweig musste er Fachleute anwerben, für die es sicherlich wichtig war, dass für ihre Kinder eine Möglichkeit zur Unterrichtung bestand. Ohne das Vorhandensein einer Schule wären sicher keine qualifizierten Mitarbeiter für eine Anstellung zu gewinnen gewesen.



Fliesenbruchstücke mit Tiermotiven vom Steinberg

Die Verlegung der Fajencerie nach Münden

Nachdem er diese *unächte Porcelain Fabrique* bis 1753 auf dem abgelegenen Steinberg geführt hatte, verlegte er sie im Jahre 1753 in seinen vor den Mauern der Stadt Münden gelegenen Garten. Unter den gegebenen Umständen konnte er die notwendigen Fachleute für eine Tätigkeit auf dem Steinberg nicht mehr begeistern, so dass die Verlegung des lukrativen neuen Geschäftszweiges in die Nähe der Stadt nicht mehr zu umgehen war. Vielleicht waren es auch die überaus günstigen Bedingungen, die ihm und seinen Erben in der *Concessio* eingeräumt wurden. [BA Clausthal Acta N° 79 Fach N° 479. Neue Nr. 04807] So wurde u. a. folgendes im Vertragsentwurf vermerkt ... *und wollen wir den von Hanstein und deßen Erben gegen eines jeden beeinträchtigung krefitigst schützen auch nicht zugeben, daß so lange diese fabrique im gange bleibt ein andrer zu Münden oder nahe bey solcher Stadt eine dergleichen fabrique anlegen da auch bemeldeter von Hanstein unterthenigst angeführet hat, daß ihm jährlich zum betriebe dieser fabrique 40 bis 50 Klafter brennholtz aus denen Amts Mündischen Forsten verabfolget werden mögten ... Wir dem von Hanstein und dessen Erben, ob ihnen gleich gantz und gar keine jurisdiction über die bey der fabrique arbeitende leute zugestanden wird, dennoch verstatten, daß sie die Arbeiter, wenn sie bey der Arbeit etwas versehen, oder dabey sich widerspenstig bezeigen, mit einer Geld Strafe bis auf*

die Summe von zwey rth belegen dürfen, alle übrige Verbrechen aber sind bey unser Amte Münden anzuzeigen ...

Ihm wurde zugesichert, dass innerhalb der Stadt und ihrer Umgebung keine Konkurrenz zugelassen werde und er erhielt auch die Rechtsprechung bei geringen Vergehen der Arbeiter zugesprochen, wobei man die Höchststrafe auf zwei Taler festlegte. Jedoch solle er die *fabrique* ordentlich betreiben ... *und alljährlich pro recognitione dieser ihm ertheilten concession und vor den 10 Maji 175...* (die letzte Ziffer fehlt im Entwurf, d. Verf.) *an jedes Jahr besonders Zwölff rth in unsere Amts Mündische Geld Register ohne den geringsten Abzug es sey unter was Vorwande es wolle zu bezahlen ...*

Dass es sich bei der Erbauung der Fajencerie vor Münden um eine Verlegung handelte, geht aus zwei Schreiben eindeutig hervor, die sich im Bergarchiv Clausthal fanden.

In einem dieser Schreiben vom 29. 11. 1753, [BA Clausthal Acta N° 79 Fach N° 478 / Neue Nr. 04807] in welchem es um für das Kohlenbergwerk benötigtes Eichenstammholz und das Brennholz für die Mitarbeiter auf dem Bergwerk und der Alaunhütte ging, lautete es dann wie folgt: ... *und ob da nun mehro die porcellain-fabrique in Euer Hochwohlgeb. Garten verlegt annoch jährlich 50 Klafter Holtz erfordert werden, auch ob zu solche sämtlich aus der herrschftl. Forst erlangen.*

Zwei Wochen später, am 10. Dezember 1753, richtete von Hanstein ein Antwortschreiben an den Berghauptmann in Clausthal, da dieser wissen wollte, ob er das notwendige Brennmaterial für den Betrieb und die hier Beschäftigten beschaffen könne. Von diesem Brief ist ein *Post Scriptum* erhalten und von Hanstein schrieb hierin folgendes:

... Auch Hochgeehrtester Herr Berghauptmann.

Da auch dieselben zu wissen verlangen wie viel brennholtz bey dem Alaunwercke, behuf unterhaltung derer hier zu nöthigen Bergleute und der nunmehr in meinen Garten verlegten Porcelain Fabrique nöthig seyn, auch ob ich solches aus der Herrschftl. Forsten verlange so ohnverhalte gehorsamst, daß bishero behuef nöthiger Feuerung für die Berg- und Hüttenleute jährlich mit 14 bis 15 Klafter Holtz zu kommen bin, und zu der Porcelain Fabrique aber 40 bis 50 Klafter erforderlich sind. Und danach dem Forst Bereitungs Protokolle die Vorgebürge, als worinnen niemandt interessiret ist, abgetrieben, und quovis modo versilbert werden sollen; So hoffe Königl. Cammer werde mir mit Überlaßung des Holtzes, was die Fabrique erfordert, vor denen fremden gratificiren, und gnädig verstatten, daß solches in des Förster Müllers Forst und zwar an dem Einlage nach der Werra, als woran sich wegen der beschwerlichen Abfahrt kein Interessent anweisen laßen will, künftighin angewiesen werden dürfte. Was jenes betrifft, habe ebenmäßig die Hofnung, daß mir nach denen Bergwercks gebräuchen so wohl für die Berg und Hüttenleute, als behuef des Zechen Hauses, bis dahin sich beydes verstercken mögte, gewiße anzahl etwa à 18 bis 20 Klafter werde verwilliget wird.

*Ich beharre wie in Litteris.
Münden den 10ten Dec. 1753*

CF von Hanstein



Prächtig bemaltes Tischgeschirr aus der Mündener Produktion

[Stadtmuseum Münden]

Im Jahr zuvor hatte von Hanstein den anstehenden Besuch seiner Königlichen Hoheit, des Königs von England und Kurfürsten von Hannover, Georgs II. (1727-1760) in Hannover 1752 zum Anlass genommen, die längst fällige Verlängerung der lediglich bis zum 1. Mai 1748 gewährten Konzession von 1738 zu beantragen. Er beschrieb u. a. hierin, dass es ihm gelungen sei, die Produktion von Alaun allein mit Kohlen zu bewerkstelligen und er das Sieden mit acht Pfannen plane, von denen die Hälfte bereits aufgestellt sei, wovon der freie Zehnt an die Herrschaft entrichtet werden kann. Er werde demnächst der Kammer einen *Riß* des Bergwerks und der Anlagen übersenden aus denen dann zu schließen sei, dass der Betrieb auf Dauer betrieben werden könne. Er bat ... *besonders bey allerhöchster Anwesenheit Sr. Königl. Majestet und Churfürstl. Durchlaucht unseres allergnädigsten Herren die Beilehnung dieses bergwercks nach Maßgabe aller gnädigst ertheilter Concession gnädig und hochgeneigt zu bewirken und mir zu ertheilen.*

Ich getröste mich um so ehender gnädigster deferirung, gleich mein bey diesem Wercke legende absichten das Interesse der allergnädigsten Herrschaft und den Nutzen des Gemeinen Wesens zum Grunde haben, und beharre.

Münden den 26ten Octobr. 1752

C.F. v. Hanstein

Die Verhandlungen über die längst fällige Verlängerung der Konzession und die angestrebte Beilehnung des Bergwerk zog sich jedoch noch über Jahre hin. Während von Hanstein mit der Verlegung seiner *Porcellaine fabrique*

vom Steinberg vor die Stadt Münden beschäftigt war, bemühte er sich gleichzeitig um die Verlängerung der 1738 auf 10 Jahre lautenden Muthungsrechte auf Kohlen und Alaunerz. Zu Beginn des Jahres 1753, am 28. Mai, richtete er erneut ein Schreiben an die Königliche Kammer in Hannover:

... Daß Fürstl. Excellences Hoch und Hochwohlgebohren meinem unterthänigsten gesuche in Einlegung der ander weiten Muthung auf das mir bishero allergnädigst concedirret gewesenenen Stein Kohlen Alaun und Vitriol Bergwerck zu deferiren und mir bis hiher Frist zu verstaten gnädigst geruhen wollen, solches verehere mit unterthänigsten Danck, und verfehle nun mehro nicht, Hoch Deroselben Befehle zu gehorsamster Folge die Muthung hiermit einzulegen mit unterthänigster Bitte, Frstl. Excellences Hoch und Hochwohlgebohrenen werden mir und meinen Erben nach. maßgaben, der nach Vorgängig geschehener Muthung unterm 21 Martii 1738 mir allergnädigst erteilten Concession, entweder eine wirkliche Beilehnung gnädigst angedeyhen laßen, oder die Bereits erhaltene Concession anderweit auf 10 oder 20 Jahr zu Verneuren.

Ich getröste mir gnädigster Deferirung, und Beharre mit Ehrfurchtvollen Respect.

G. F. v. H.

Dieser erneute schriftliche Antrag von Hansteins auf Verlängerung der Konzession bzw. eine Beilehnung durch die Königliche Kammer vom 28. März. 1753 hat sich wahrscheinlich mit einem Schreiben aus Hannover, welches der *Cammerpresident* von Münchhausen am 29. März 1753 abgezeichnet hatte, gekreuzt. Hierin ist die Rede von einer aus 68 Nummern bestehenden Akte, in welcher dem Hauptmann von Hanstein zu Münden eine ... *Concession zum Freyschürfen nach Stein Kohlen und Allaun auch Thon am großen und kleinen Steinberg auf gewisse Jahre ertheilt sey, diese sind bereits verstrichen und hat gedachter Oberhauptmann die weitere Muthung bislang nicht nachgesuchet sondern sich dazu bis nechstkünftigen May-Monaths Frist erbeten ...*

Er verwies von Hanstein auf das in Münden in Kürze zu haltende Landgericht, bei welchem man die Angelegenheit besprechen, und er ihm einen ausführlichen Bericht über die Angelegenheit geben solle ... *dieserhalb nicht allein eine positive Erklärung einnehmen, sondern auch überhaupt untersuchen und überlegen zu laßen, was dieser Sache halber sonst noch zu regulieren sey.*

Falls sich der Kammerpräsident und von Hanstein am Rande des Gerichtstags über die Modalitäten des neuen Muthungsvertrags unterhalten haben, so ist es ihnen bei dieser Gelegenheit offenbar nicht gelungen, die sich abzeichnenden strittigen Punkte zu *reguliren*. Am 11. Februar 1754 richtete von Hanstein ein Schreiben an die Kammer in Hannover, in welchem er um die Abmessungen des ihm zur Muthung genehmigten Geländes und die Zusendung des Muthscheines bat.

... Flötz und Stockwerck von Alaun Ertzen auch Kohlen Fünfzig Lehne nach Manßfeldischer Art jedes Lehe zu 66 Lachter lang und 22 Lachter breit samt nöthigen Wasser

Füllen, Stollen nach Bergwercks Gebrauch und Gewohnheit mit gehorsamster Bitte, diese meine Muthung zu bestätigen, und darüber den Muth Schein in forma probante zu ertheilen.

Münden den 11ten Febr. 1754

Carl Friedrich von Hanstein

Am 23. Februar 1754 schrieb von Münchhausen aus Hannover an den Oberberghauptmann von Bülow, dass man



Teller mit kunstvoll gearbeitetem Rand
[Stadtmuseum Münden]

den Muthschein an von Hanstein übergeben habe und nicht abgeneigt sei, *ihm dieses Werck ferner einzuthun*, jedoch müsse der Ort erst vermessen werden.

Im Verlauf des Jahres 1754, wahrscheinlich aber erst zu Ende des Jahres, hat er den Muthschein aus Hannover erhalten. Mit einer Reihe von Punkten des Vertrages war er nicht einverstanden. Seine Einwendungen bezogen sich darauf, dass er ein wesentlich größeres Areal als die abgezeichneten 50 Lehen ausmachten, *entblößt* habe.

Zum dritten Punkt des Vertrags bezüglich der Zehntabgaben für Alaun machte er geltend, dass man zum Alaunsieden verschiedenste Materialien für bares Geld kaufen müsse und auch der notwendige Urin ... *für Geld angeschafft* werden muss.

Er verlangte, dass diese Kosten von dem zu zahlenden Zehnt abgezogen werden müssten. Unter Punkt 4 bedankt er sich für seitens der Kammer eingeräumte fünf Freijahre des halben Zehnten für gegen bares Geld verkaufte Braunkohlen. Jedoch bat er, dass auch für die zum Alaunsieden verwendeten Kohlen, da er ja für Alaunerz bereits Zehnt zu zahlen habe, diese zehntfrei bleiben sollten, und dass dieser Punkt in der Konzession abgeändert werden möge.

Zu Punkt sieben erinnerte er daran, dass ... *alle Bergwercke worvon der allergnädigsten Herrschaft der freye Zehnte*

gebühret, Licent und Gaben frey sind. Auch dieses Werck Von dergleichen Abgiften frey gelassen werden wird, weil es nach Bergwercks Recht und Gewohnheit.

Es seien demnach keine weiteren Abgaben neben dem Zehnt zu entrichten.

Unter Punkt 8, Abschnitt 1, erinnerte er daran, ... *daß der Platz, worauf das Zechen Hauß und Wohnungen für die Berg- und Hüttenleute, wie auch die Wiese zum Hütten Platze stehen auf dem von den Herren Marckscheider Bau-sig gefertigtem Riße zwar bemercket aber außer den abgesteckten 50 Lehen abgesondert sind mithin müße auch dieserthalben gesichert werden, damit mir oder meinen Erben über kurtz oder lang dieserthalben kein widerspruch gemacht werden möge.*

Hierbei ging es ihm um die Sicherung der auf seine Kosten, jedoch auf staatlichem Grund errichteten verschiedenen Gebäude, das Zechenhaus, die Wohnungen für die Mitarbeiter und die Alaunhütte.

Unter Punkt 8, Abschnitt C, ging es um die Kosten der 20 Klafter Brennholz für seine Mitarbeiter. Er verwies darauf, dass die Bewohner des Amts 16 Mariengroschen für einen Klafter Buchenbrennholz, die Arbeiter dies zum halben Forstzins also zu 8 Mgr erhalten sollten, da ... *das mir gnädigst verliehene Bergwerck in hiesigem Amte belegen ist so hoffe, daß der Halbe Forst Zinß auf 8 mgr bestimmt werden wird ...*

Zum Schluss fragte er noch an, ob er nicht von den Abgaben für das Tongraben befreit werden könne, da die Töpfer ihren Ton auf dem ihm gnädigst verliehenen Felde graben und dadurch dem ... *Bergbau öfters Schaden zuzufügen pflegen, die bishero gewöhnliche Abgiften mir nicht gereicht werden, oder der Thon außerhalb meines Feldes gegraben werden müße, angesehen mir die Kosten des Bergwercks einzig und allein zu ertragen überlaßen ist.*

Münden, den 2ten Januarius 1755.

CF von Hanstein

Ob diese Änderungswünsche erfüllt worden sind, geht aus den vorhandenen Akten nicht hervor, allerdings kann man aus einem Schreiben der Königlichen Kammer vom 9. Juni 1756 an die Kollegen im Oberbergamt ersehen, dass die Konzession zu diesem Zeitpunkt noch immer nicht erteilt worden war. Durch die Tatsache, dass das am 5. April d. J. verlangte Gutachten des Berghauptmannes über die Stärke der dem Oberhauptmann von Hanstein bewilligten Eichensämme noch nicht in Hannover eingegangen sei, ... *dadurch aber die Ausfertigung der jenem zu ertheilenden Concession aufgehalten wird: So wollen Wir oberwehntes Gutachten nächstens gewärtigen, und verbleiben dem Herrn Kollegen zu frdl. Diensten geneigt.*

Hannover den 9. Junii 1756.

Gezeichnet hatte Kammerpräsident von Münchhausen. Dieser hatte ein Jahr zuvor am 20. Oktober 1755 ... *Zum Behuefeiner Geographischen Beschreibung von S. Königl. Majest. Deutschen Landen, welche der Professor Büsching*

zu Göttingen in der Arbeit hat ... von allen Ämtern eine Beschreibung der Amts Distrikte gefordert.

[HStAH Hann. 74 Münden C 1322]

Hierin findet sich unter Punkt 5: *Vom Gewerbe und Nahrung des Amts u. a.:* ... Über der Stadt ist eine unächte Porcelain Fabrique vorgerichtet, worinnen nicht nur gute und vorzügliche Porcelaine verfertigt, sondern auch so wohl in- als außer Landes mit gutem Success debitirt werden ... auf dem Steinberge der Obergerichts Forst ist eine Alaun Siederey, wie auch eine Schmeltz Tiegel- und Hicker Fabrique vorgerichtet, auch werden daselbst braune Kohlen gegraben ...

Diese Aufforderung wurde in Münden erst am 18. August 1756 unterzeichnet und nach Hannover abgeschickt. Der Amtmann hatte für die Fertigstellung dieser Beschreibung beinahe 10 Monate gebraucht. Man kann aus ihr ersehen, dass sich die Unternehmungen von Hansteins sowohl auf dem Steinberg, wie auch vor den Toren der Stadt Münden selbst, zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor entwickelt hatten, obwohl die Konzession hierzu noch nicht erteilt worden war.

Wann genau die Konzession für ihn erneuert wurde, ist nicht mehr eindeutig aus den vorhandenen Akten zu erkennen. In einem Schreiben vom 29. März 1757 bat er die Kammer nochmals um eine ... *wirkliche Beilehnung oder die bereits erhaltene Concession anderweit auf 10 oder 20 Jahre zu erneuern* [Gesamter Schriftverkehr: BA Clausthal Hann 84a Nr.04807. Fach 478 Nr.79]

Sollte er die Konzession oder eine Beilehnung nun wirklich noch bekommen haben, so hat er sie jedoch nicht mehr lange nutzen können, denn das seit 1714 in Personalunion mit England verbundene Kurfürstentum Hannover befand sich zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses letzten Schreibens in den Auseinandersetzungen des Siebenjährigen Krieges (1756–1763). Die Kämpfe fanden zu einem nicht geringen Teil in unserer Region statt. So fand die erste der beiden Schlachten, die zwischen Sandershausen und Lutterberg ausgefochten worden sind, am 10. Oktober 1758 statt, während die zweite sich am 23. Juli 1762 ereignete. Auf Grund dieser kriegerischen Ereignisse war von Hanstein gezwungen, seine Anlagen am Steinberg stillzulegen, da ein normaler Betrieb nicht mehr möglich war.

Weitere Versuche von Hansteins zur Nutzung der Braunkohlen

[BA Clausthal Hann. 84a Nr. 04807. Fach 478 Nr. 79]

Die salzhaltigen Quellen in der Nähe von Speele wurden über einen längeren Zeitraum, vermutlich bis zum Beginn des 30-jährigen Krieges, zur Salzgewinnung genutzt. Von Hanstein, als ein vielseitig interessierter Unternehmer, hatte in einem von ihm gefundenen Verfahren die Heizkraft der Braunkohlen verbessert. Wahrscheinlich handelte es sich um das zu Beginn erläuterte Verfahren des Röstens der Kohlen, wie man es in Kassel zum Betreiben der Glashütten 1580 bereits erprobt und genutzt hatte. Am 19.11.1753

Ort	Nr.	Ort	Nr.	Ort	Nr.	Ort	Nr.	Ort	Nr.
Steinberg	1	Steinberg	2	Steinberg	3	Steinberg	4	Steinberg	5
Steinberg	6	Steinberg	7	Steinberg	8	Steinberg	9	Steinberg	10
Steinberg	11	Steinberg	12	Steinberg	13	Steinberg	14	Steinberg	15
Steinberg	16	Steinberg	17	Steinberg	18	Steinberg	19	Steinberg	20
Steinberg	21	Steinberg	22	Steinberg	23	Steinberg	24	Steinberg	25
Steinberg	26	Steinberg	27	Steinberg	28	Steinberg	29	Steinberg	30
Steinberg	31	Steinberg	32	Steinberg	33	Steinberg	34	Steinberg	35
Steinberg	36	Steinberg	37	Steinberg	38	Steinberg	39	Steinberg	40
Steinberg	41	Steinberg	42	Steinberg	43	Steinberg	44	Steinberg	45
Steinberg	46	Steinberg	47	Steinberg	48	Steinberg	49	Steinberg	50
Steinberg	51	Steinberg	52	Steinberg	53	Steinberg	54	Steinberg	55
Steinberg	56	Steinberg	57	Steinberg	58	Steinberg	59	Steinberg	60
Steinberg	61	Steinberg	62	Steinberg	63	Steinberg	64	Steinberg	65
Steinberg	66	Steinberg	67	Steinberg	68	Steinberg	69	Steinberg	70
Steinberg	71	Steinberg	72	Steinberg	73	Steinberg	74	Steinberg	75
Steinberg	76	Steinberg	77	Steinberg	78	Steinberg	79	Steinberg	80
Steinberg	81	Steinberg	82	Steinberg	83	Steinberg	84	Steinberg	85
Steinberg	86	Steinberg	87	Steinberg	88	Steinberg	89	Steinberg	90
Steinberg	91	Steinberg	92	Steinberg	93	Steinberg	94	Steinberg	95
Steinberg	96	Steinberg	97	Steinberg	98	Steinberg	99	Steinberg	100

Auszug aus dem Forstregister des Kaufunger Waldes von 1754

[Akten Forstamt Escherode]

hatte er dem Oberberghauptmann vom ... *Erfolg seiner gekohlten Kohlen* berichtet und ihn gebeten, *per resolutionem* zu gestatten, diese Neuheit im *Intelligentz-Comtoir* in Hannover zu veröffentlichen, wohin er seine Erfindung bereits gesandt hatte. Hiervon versprach er sich einen rascheren Erfolg für seine Erfindung. Er hatte während des Winters die gekohlten Kohlen dem Oberbergamt und einigen Schmieden zu Testzwecken zur Verfügung gestellt. In Clausthal war man zu dem Resultat gelangt, dass die Kohlen nicht die Wirkung von Buchenholzkohlen hätten, während die Schmiede vor Ort die Kohlen durchgängig stärker befanden. Das Ergebnis von Clausthal veranlasste von Hanstein zu neuen Versuchen. Hierbei war es ihm gelungen, in kleinen Tiegeln Eisenerz zu schmelzen. Er machte den Vorschlag, seine Kohlen in einer Eisenhütte versuchsweise einzusetzen. So wären auch erfahrene Schmiede in der Lage, mit diesem Brennmaterial gute Resultate zu erzielen. Hierbei sei es wichtig, dass die Röhre des Blasebalges nicht verstopft wäre. Es war offensichtlich, dass er nach weiteren Einsatzmöglichkeiten für seine Neuerung suchte, um sein Bergwerk profitabel zu gestalten. So lag es nahe, dass das Aufleben der Salzgewinnung auch für vermehrten Absatz der Kohlen sorgen würde.

Er war natürlich bestens informiert über die lukrative Salzgewinnung im benachbarten hessischen Soden und er wusste auch, dass man früher im Oberamte über einen längeren Zeitraum Salz in Speele gewonnen hatte. Diese Möglichkeit reizte ihn und er stellte einen Antrag an den Berghauptmann, das Salinenwerk wieder aufzubauen. Um die notwendigen Grundlagen zu schaffen, hatte man zur Untersuchung der salzhaltigen Quellen den *Machinen Director Hansen* im Herbst 1754 nach Speele gesandt. Dessen Versuche fielen jedoch negativ aus. In einem Schreiben an das Oberbergamt vom 11. März 1755 hiess es u. a.: ... *Königliche Cammer auf den Commissarischen Bericht besagtes Werck zu Speele wieder aufzubauen, nicht würdig gehalten haben, wie auch darnach nicht anders ausfallen konnte.* Enttäuscht über diesen Ausgang schrieb er sinngemäß, dass

Vor 50 - 60 Jahren in Münden.

Von Gustav Blume.

(Fortsetzung.)

Im Jahre 1887 kaufte die Stadt den jetzigen Stadtpark, das früher August Wültenfelds Grundstück an der Wilhelmstraße in einer Größe von 8½ Morgen zum Preise von 50.000 Mark. Das Grundstück beginnt am Eingang zu den Turnhallen und reicht bis zum Berraweg und östlich bis zur Kohltrasse. Auf diesem Grundstück wurde das Einzelgebäude, die katholische Volksschule und zwei Turnhallen von der Stadt errichtet. Baupläne wurden abgegeben am Berraweg an Fabrikant Otto Gebroth, Kaufmann Adolf Uhl (jetzt Theodor Meyer); in der Parltstraße an Stadtkämmerer Brandt (jetzt Ingenieur Red), an Kaufmann Sievert (jetzt Möbeler), an Lokomotivführer Körber (jetzt Ortskrankenkasse), an Direktor Jaeger und an die Landfrankenliste. Auf diesem Grundstück befand sich früher die Mündener Porzellanfabrik, die im Jahre 1753 der Drost von Hanstein anlegte. Der Sohn des Begründers, Oberhauptmann von Hanstein, soll es verlassen haben, guten Willen für das Mündener Fabrikat zu finden. 1793/99 wurden 41 Männer, 29 Frauen u. 51 Kinder beschäftigt. Anfang des vorigen Jahrhunderts ist die Fabrik von Sad u. Hoff betrieben, die sie aber nach wenigen Jahren wieder an die Familie Hanstein abgaben. Im Jahre 1828 ging die Fabrik an August Wültenfeld über, der im Jahre 1855 die Fabrikation einstellte. Mündener Porzelle soll stets ein erstklassiges Fabrikat gewesen sein, und es wird auch reichlich Absatz gehabt haben. August Wültenfeld, ein Junggeheile, soll ein prächtiger Menich gewesen sein, der viel für Arme getan hat, was er auch in seinem Testament bewiesen hat durch die Schenkung eines Hauses an der Hinterstraße an die Stadt für alleinstehende Frauen.

Parltstraße.

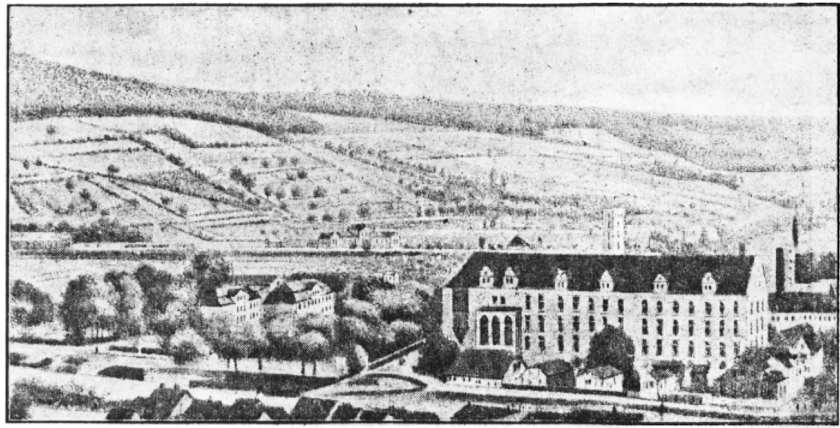
Diese Straße liegt auf dem Gelände der ehemaligen Porzellanfabrik angelegt.

Parltstraße 1. Beiher Fabrikant Theodor Meyer, vormals Kaufmann Adolf Uhl, der dieses Haus 1891 erbaute.

Parltstraße 2. Beiher Ehefrau des Kaufmanns Harry Möbeler, Witwe, geb. Dielenberg; vormals Möbelhändler Georg Möbeler, davor Kaufmann Karl Siebert. Es erbaute dieses Haus im Jahre 1896.

Parltstraße 3. Beiher Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Münden, vormals Erben des Lokomotivführers Körber. Körber erbaute das Haus im Jahre 1886.

Parltstraße 4. Beiher Bauunternehmer Red, vormals



Die Porzellanfabrik

Die kath. Schule

Das Drostenhans

Ausschnitt aus einem Bild vom Jahre 1866.

Fabrikant Hans Schenck, davor Kämmerer Ludwig Brandt, der das Haus 1898 erbaute.

Parltstraße 5. Katholische Schule mit zwei Lehrerwohnungen. Beiher Stadt Münden, vormals Katholische Schulgemeinde. Das Haus wurde von der Katholischen Schulgemeinde im Jahre 1902 erbaut und am 8. Oktober 1902 eingeweiht. Die Kosten betrugen 20.800 Mark, welchen Betrag die Katholische Schulgemeinde von der Hannoverschen Landesbank als Darlehen erhielt. Der Bau dieses Hauses

hatte den Mitgliefern dieser Gemeinde ungeheure Kosten gebracht, da teilweise 45 Prozent Schulsteuern gezahlt werden mußten. Durch das neue Schulunterhaltungsgezet vom 28. Juli 1906 war die Stadt gezwungen, die katholische Volksschule mit auf den städtischen Etat zu übernehmen, wodurch die von der Schulgemeinde erhobene Schulsteuer in Wegfall kam.

(Fortsetzung folgt).

Bericht in den Mündener Nachrichten über die Fajencefabrik neben dem Welfenschloss

[StAM MN]

das Ergebnis ein besseres gewesen wäre, wenn man die ... guten Salzquellen von denen wilden wässern geschieden und erstere probiret wären, wie bey der Untersuchung geschehen müssen. Auch die angegebene und applicirte kleine machine nicht hinlänglich und hiermit zu denen reinen Quellen nicht anzukommen war mithin die wahre Beschaffenheit dieses werckes, und deßen vorzug viele andre dergleichen wären einberichtet worden.

Obwohl sich von Hanstein bezüglich der beiden neuen Vorhaben wiederholt an den Oberberghauptmann mit eindringlichen schriftlichen Schilderungen wandte, wurden seine Bemühungen seitens der Königlichen Kammer nicht positiv bewertet. Da sich die hohe Behörde für solche Entscheidungen in aller Regel viel Zeit ließ, ist es aber auch möglich, dass der beginnende Krieg die Bemühungen zu nichte gemacht hat. Letztmals richtete er am 28. April 1755 ein Schreiben an den Berghauptmann. Hierin schilderte er diesem nochmals seine Bemühungen aus Eisenstein Eisen zu schmelzen. Er benötige jedoch zur Suche nach geeigneten Steinen Fachleute. ... Euer Hochwohlgebohren gehorsamst anheimgeben sollen, ob deroselben gefällig sey mir zwey zuverlässige und Eissenstein verständige Bergleute cum attestato vom Hochlöblichen Bergambte, daß diese unter meiner Direction in hiesigen Gegenden nach Eissen Steinen arbeiten sollen, zu überschicken und mir Nachricht zugeben wie viel selbige täglich zur Lohnung geben solle, ich will diese Lohnung von dem meinigen geben und wenn ich nicht reussiren sollte nichts wieder ersetzt haben. Wohl aber wenn ich reussire.

Zu Beginn des Schreibens ging er auf den im Zusammenhang mit dem geplanten Salzwerk in Speele genannten Maschinendirektor Hansen ein. Die ebenfalls unter dessen Leitung gemachten Versuche, Eisen zu schmelzen, seien wegen des Fehlens guter Eisensteine fehlgeschlagen. Je-

doch sei er überzeugt, dass er mit Steinen, welche auch in der Uslarer Hütte Verwendung finden, oder mit Steinen aus dem Harz, erfolgreich sein werde. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass die von ihm aufgewandten Mühen und Kosten nicht vergeblich gewesen seien und er Erfolg haben werde. Zum Schluß beteuerte er, dass er kein Hasardeur sei und bat darum, ihm ... Nachricht zu geben, ob mein Vorschlag gefällig sey und die Bergleute beehrtermaßen mir sollen überschickt werden, als die ich unter Erwartung deßen wie auch obgebetener Resolution mit allerschuldigster Hochachtung beharre.

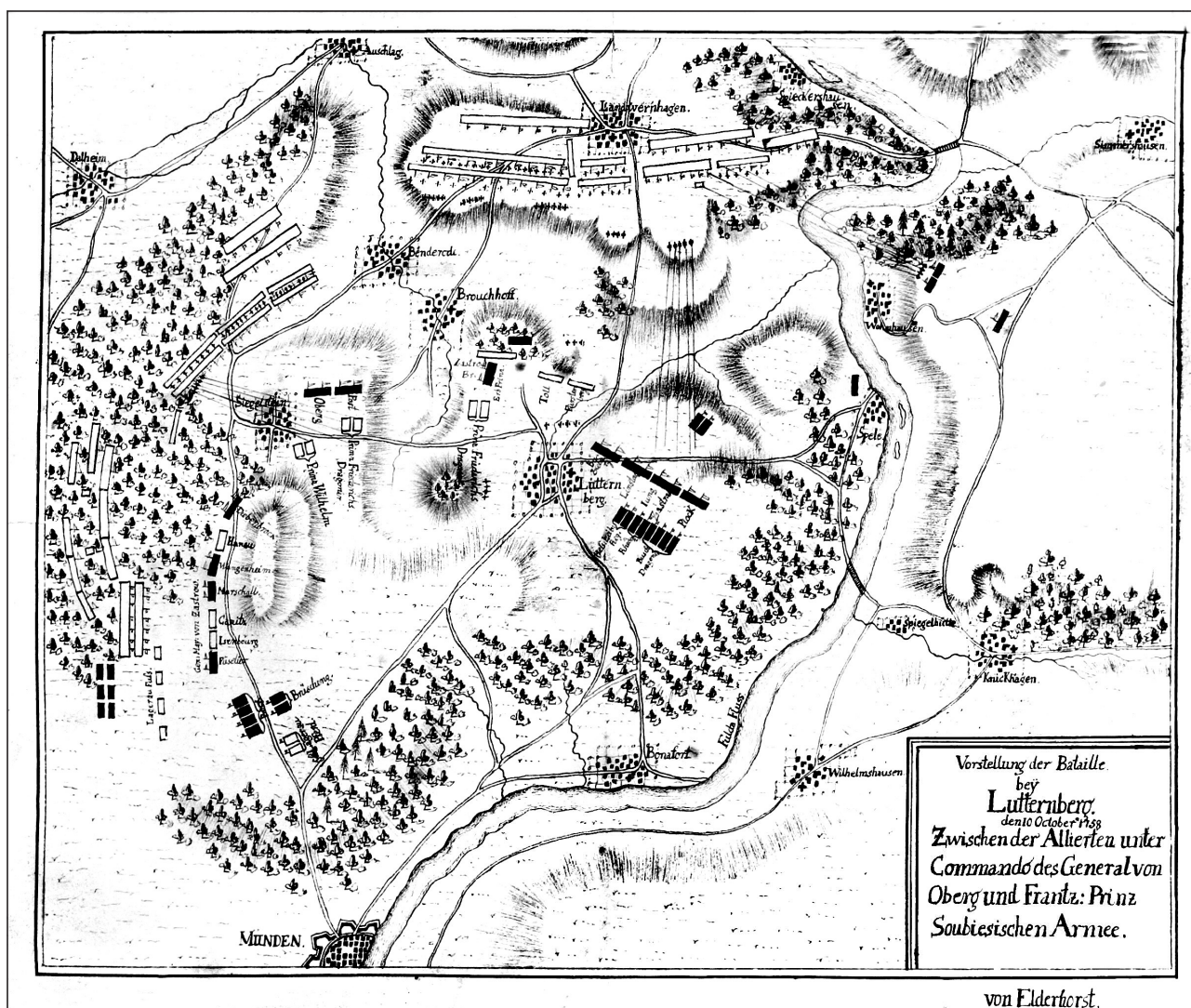
C. F. v. Hanstein

Dieser Vorschlag fand ebenfalls in Clausthal keine Befürworter. Die von ihm erbetenen Fachleute wurden ihm auch nicht zur Verfügung gestellt. Möglicherweise standen diese negativen Entscheidungen ebenfalls im Zusammenhang mit dem Ausbruch des Krieges. Auf dem Steinberg kehrte durch die kriegerischen Ereignisse für einen längeren Zeitraum wieder die übliche Ruhe ein. Die Töpfer der umlie-



Amtshaus der Mündener Drost

[entnommen: Münden in alten Ansichten, Walter Beinhorn]



Situationsplan der Schlacht am Sandershäuser Berg im Jahr 1758

Der Siebenjährige Krieg (1756-1763) verursachte das Ende der Produktion auf dem Steinberg [HStAH 21k/21pk]

genden Töpferorte holten weiterhin ihren Ton und den braunen Farbstoff, die s. g. *Schöllerde*, später besser bekannt unter dem Begriff „Kasseler Braun“ vom Steinberg. Carl Friedrich von Hanstein beschränkte sich auf die Fajencerie und holte sich nun lediglich den Rohstoff für diesen Betrieb vom Steinberg nach Münden. Er war durch die Kriegswirren gezwungen, seine unternehmerischen Aktivitäten auf die *Porcelain Fabrique*, die er in weiser Voraussicht drei Jahre vor Ausbruch des Krieges in seinen vor den Toren der Stadt befindlichen Garten verlegt hatte, zu konzentrieren. Nach dem Ende dieses ersten weltumfassenden Krieges nahm er die am Steinberg betriebenen Unternehmungen nach 1763 nicht wieder auf. Vermutlich waren die Anlagen durch die kriegserischen Ereignisse vollkommen ruiniert und er scheute erneute Investitionen.

Von Hanstein verstarb am 4. Februar 1775. Sein Sohn, Johann Carl Friedrich von Hanstein, folgte ihm am 30. August 1776 als Droste im Amt und er übernahm ebenfalls die Leitung der Fabrikation in Münden, die im Verlauf weniger Jahre europaweites Ansehen erreichen konnte. Bedeutende

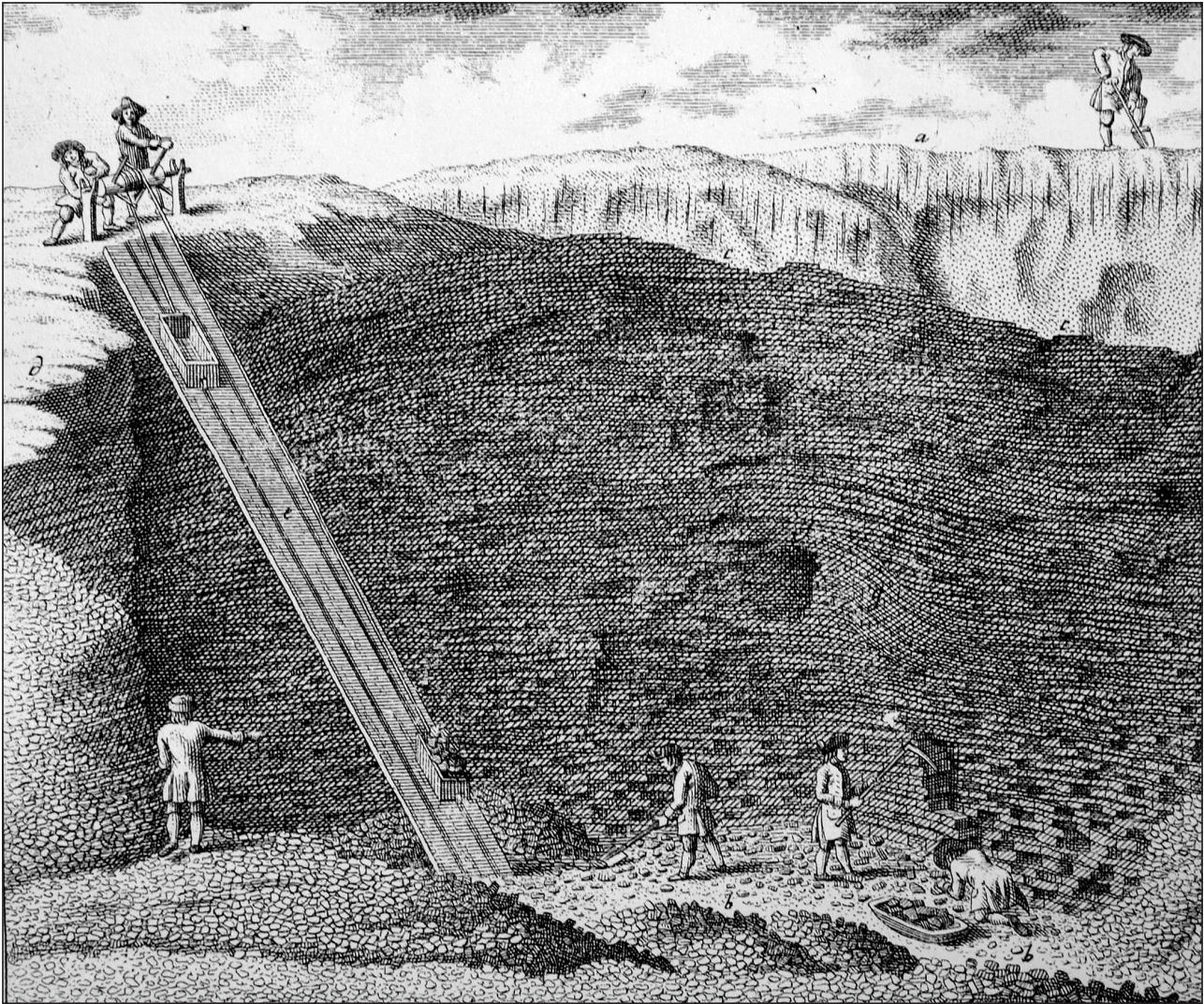
Produkte der Fajence kann man im Welfenschloß, in dem sich das Museum der Stadt Münden befindet, bewundern.

Wissenschaftliche Untersuchungen der Versteinerungen am Steinberg 1753

Am 15. Oktober 1798 sandte der in Weende lebende Oberkommissar Westfeld einen Bericht an die Königliche Kammer in Hannover die Aufsuchung von Steinkohlen betreffend. [BA Clausthal Hann 29 Nr 342]

Er berichtete hierin von verschiedenen Reisen durch das Fürstentum Göttingen und die ... *darinnen und daran liegenden grubenhagenschen Ämter Rothenstein, Salzderhelden und Radolphshausen. In diesen Ämtern sollte er nach Lagerstätten von Steinkohlen suchen. Er habe jedoch nicht die mindeste Spur gefunden, die die Hoffnung auf das daseyn dieses Minerals in einer Tiefe, die mit einem gewöhnlichen Baue erreicht werden könnte, irgendwo begründete.*

Im weiteren Verlauf des Schreibens bat er darum, sich nicht ganz von der Sache abzuwenden und er fuhr dann fort ... *Was aber das Amt Münden betrifft, so ist es hochdensenben Selbst bereits hinlänglich bekannt, daß darinnen nicht*



Professor Christian Samuel Hollmann mit Helfern bei der Suche nach Fossilien [entnommen: Buch Hollmann]

weit von Oberode an dem so genannten Steinberge ein bituminöses Holz bricht, das zum Theil auch sehr alauhaltig, und deswegen schon vor dem siebenjährigen Kriege von dem weiland Herrn Oberhauptmann von Hanstein mit königlicher Kammer Genehmigung gewonnen, und zur Alaunfabrikation gebraucht worden ist.

Er beschrieb dann die erfolgreichen Bemühungen von Hansteins und dessen Scheitern durch Kriegseinwirkungen. Um die Kammer davon zu überzeugen, dass eine Wiederaufnahme der Förderung am Steinberg durchaus Erfolg versprechend sei schrieb er weiter, dass er zwar vom Amt Münden keine Beschreibung über die Vorkommen erhalten habe, ... *es findet sich aber eine, die diesen Abgang völlig ersetzt, in des weiland Professor Hollmanns zu Göttingen zwoten Sammlung seiner in der göttingischen Gesellschaft der Wissenschaften vorgelesenen Abhandlungen Seite 95 bis 136 unter der Aufschrift „loci memorabilis, in quo ingens ligni fossilis copia reperitur, descriptio.*

[BA Clausthal Hann. 2a Nr. 04807]

Eine Beschreibung bemerkenswerter Orte an denen sich versteinerte Hölzer in großen Mengen finden. Der Text der

Forschungen Hollmanns während der Jahre 1753 und 1754 wurde 1784 in Göttingen unter dem Titel **Sam. Christiani Hollmanni Commentationem in Regis Scientiae Societas Goettingen Anno 1753 et 1754 Recensitarum, Sylloge altera. Cum Tabb. aeneis** veröffentlicht und befindet sich heute innerhalb der Forschungsbibliothek der Universität Göttingen in der Paulinerkirche. Neben vielen anderen Veröffentlichungen verfaßte er auch eine Schrift über **den Nöthigen Unterricht von Barometern, nebst zuverlässiger Nachricht von den seit 1743 bis 1752 allhier verfertigten beyden Arten.** Erschienen in Göttingen bei Grapen 1783.

Samuel Christian Hollmann besuchte auf der Suche nach interessanten Versteinerungen Anfang Oktober 1753 das Bergwerk auf dem Steinberg. Er nutzte hierbei seine Kenntnisse in der Handhabung des Barometers und errechnete durch mehrmalige tägliche Messungen während seines Aufenthaltes die Höhe des Steinbergs mit Hilfe eines solchen Messinstruments. Er hatte bereits im November 1752 bei einem ersten Aufenthalt in Münden die Höhenlage der Stadt durch Vergleiche mit Messungen in Göttingen festgestellt. Nun konnte er, auf diesen Messungen aufbau-

end, die Höhe des Steinbergs durch Vergleich der Mündener Daten mit den am Steinberg vorgenommenen Messungen ermitteln. Beim Betrachten dieser umständlichen Berechnungen zur Höhenbestimmung eines Berges kann man ermessen, welcher Fortschritt durch die trigonometrischen Berechnungen von Gauß erzielt worden ist. Auf insgesamt 41 Seiten schilderte Hollmann akribisch in lateinischer Sprache seine am Steinberg gemachten Beobachtungen und fertigte Zeichnungen der dort gefundenen Versteinerungen an.

So fand der Steinberg schon vor 250 Jahren, Dank der Nähe zur neuen Göttinger Georg-August-Universität, Eingang in die Welt der Wissenschaft.



LOCI MEMORABILIS,
IN QUO
INGENS LIGNI FOSSILIS COPIA
REPERITUR,

DESCRIPTIO,
RECENSITA
d. 12. Jul. MDCCLV.

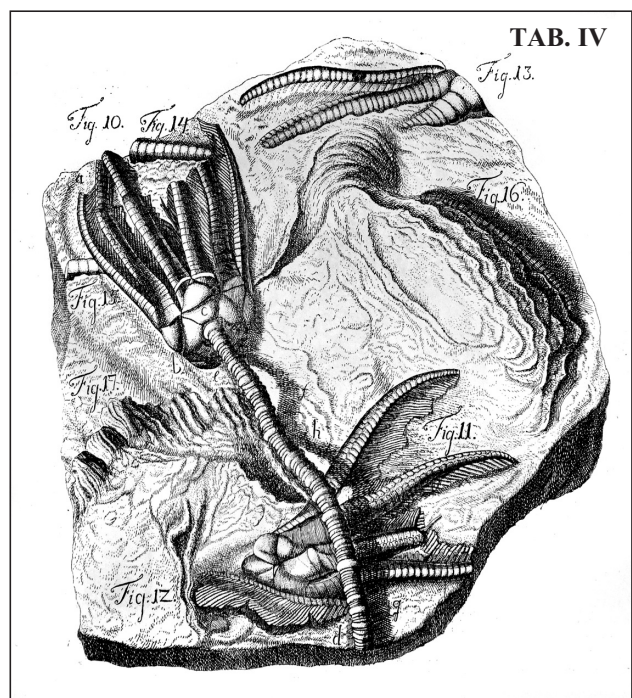
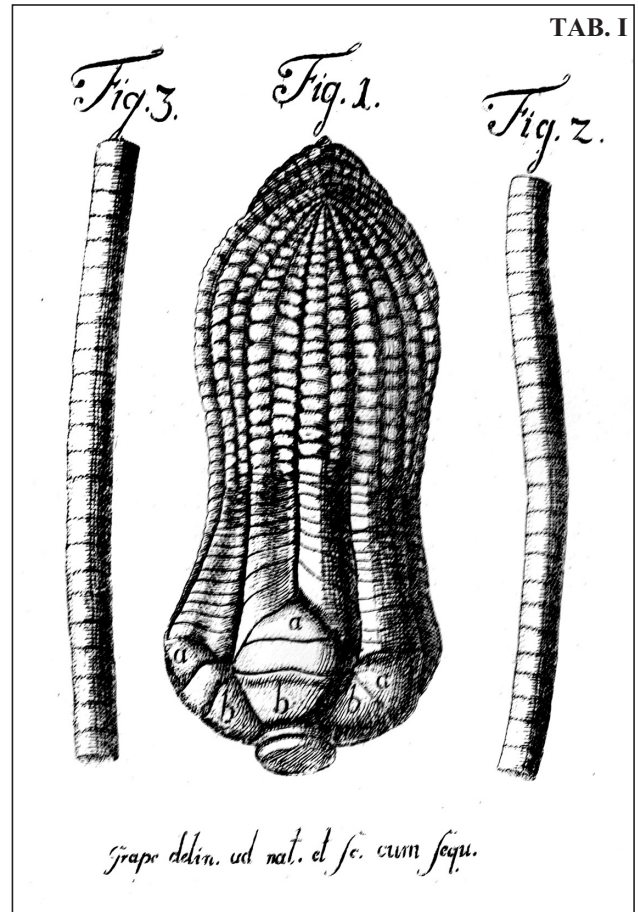
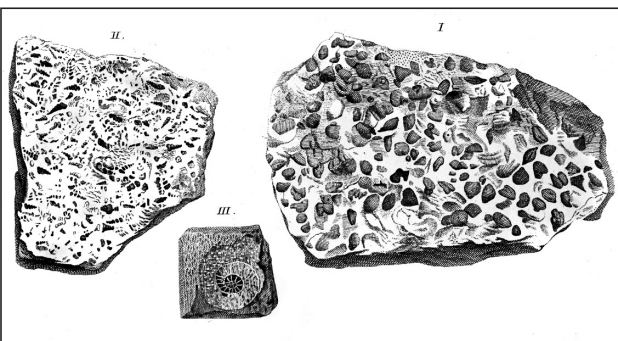
§. I.

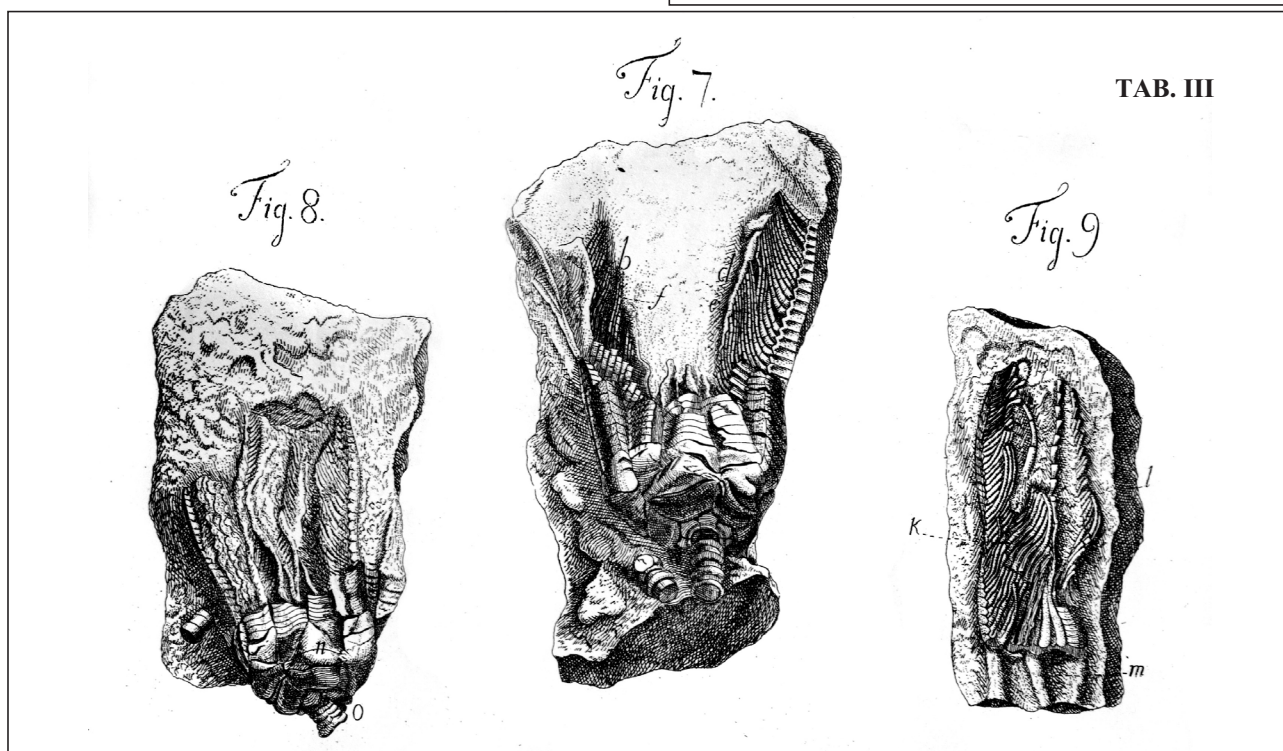
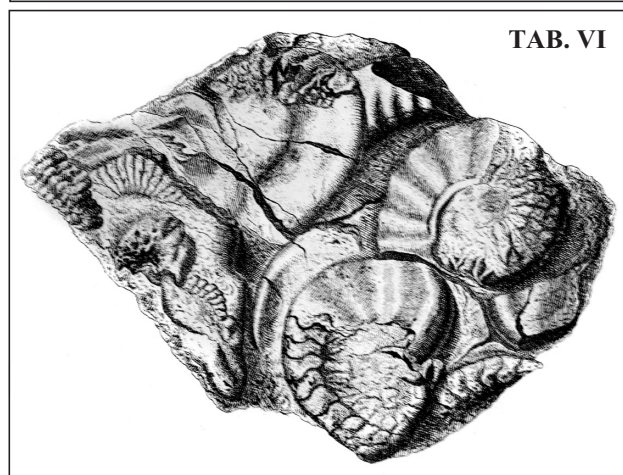
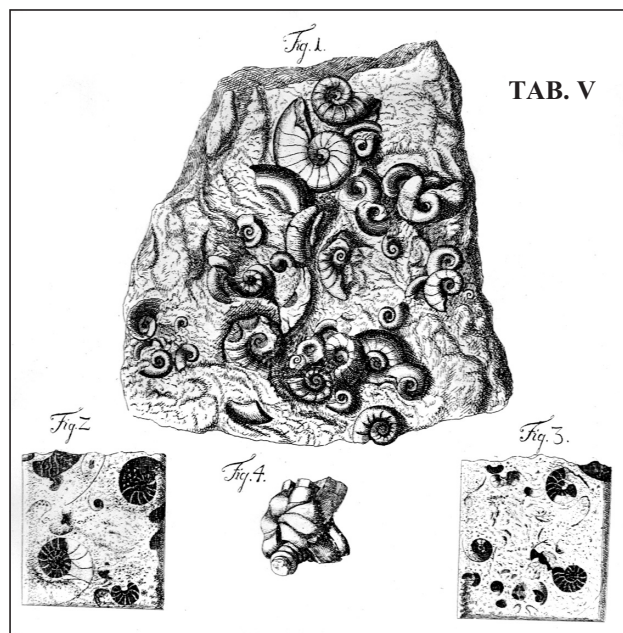
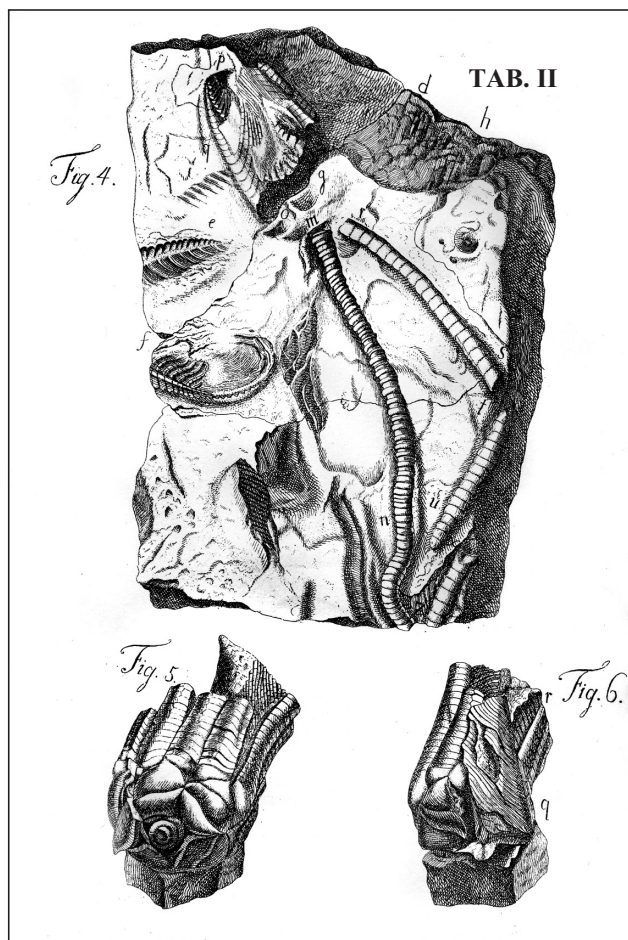
Traſſationis argumentum.

De mirabili illa, et vere stupenda, in globo nostro terraqueo aliquando facta rerum conversione, quum superiori tempore, Vobis, Sodales, et Hospites, praesentibus, et auscultantibus, dislicerem, summiſſae mutationis istius capita recenserem, quae documentis postea suis

Titelblatt des Berichts über die Fossiliensuche am Steinberg

Bei den folgenden Abbildungen handelt es sich um Kupferstiche, die Prof. Hollmann anfertigen ließ.





Die staatliche Braunkohlengrube Steinberg

Wiederinbetriebnahme des Kohlebergwerks unter staatlicher Regie ab 1798-99

Das Wachstum der Bevölkerung und der zunehmende Energiebedarf bewirkten in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine Verknappung des Rohstoffes Holz. In diesem Zusammenhang muss man auch die Bemühungen um eine Ablösung der Hude- und Weidegerechtsame der Walddörfer des Kaufunger Waldes, die im ersten *Rezeß* von 1801 ihren Anfang genommen hatten, sehen.

Die mit der erneuten Nutzung der Kohlen am Steinberg beauftragten Beamten holten sich den hierfür notwendigen Fachmann aus dem westlich von Hannover gelegenen Bergwerken des Süntels. Der Bergfaktor Rettberg wurde mit den Untersuchungen durch die Kammer in Hannover beauftragt. Vor ihm hatte, im Herbst 1798, der in Weende wohnende Oberkommissar Westfeld das ehemalige Gruben- und Fabrikgelände auf dem Steinberg besichtigt. Er schrieb in seinem Bericht an die Königliche Kammer in Hannover vom 15.10.1798, dass er von älteren Anlagen keine Spuren auf dem Gelände gefunden habe. Er berichtete, dass die Kohlen vom Steinberg denen des Hirschbergs bei Großalmerode an Qualität gleichkämen. Es sei auch genügend Alaunerz vorhanden und man könne die Braunkohlen gut zur Feuerung beim Alaunsieden gebrauchen. Das Bergwerk könne, wenn man Alaun produziere, bei geringem Absatz der Kohle, wirtschaftlich bestehen. Er schlug vor, Fachleute aus dem Hessischen hierfür zu werben. Er erwog dann noch die Möglichkeit, eine Gewerkschaft mit dem Abbau zu betrauen, riet allerdings für den Beginn desselben davon ab, weil es in der Nähe kein Bergamt gäbe, welches die Aufsicht führen könne. Er verwies darauf, dass der Göttinger Professor Christian Samuel Hollmann eine detaillierte geologische Beschreibung des Steinbergs in der zweiten Sammlung seiner wissenschaftlichen Abhandlungen in der Göttinger Gesellschaft der Wissenschaft in lateinischer Sprache verfasst habe (Seiten 95 bis 113.) Er riet zum Schluß seiner Ausführungen der Kammer dazu, das Werk in staatlicher Regie zu führen.

Die Königliche Kammer in Hannover erteilte am 21.02.1798 dem Bergfaktor E. F. Rettberg vom Süntel (Gebirgszug nördlich von Hameln) eine „Commission speciale“, damit dieser am Steinberg die Untersuchung des dort befindlichen Braunkohlenlagers aufnehmen solle. Von diesem Auftrag wurde das Mündener Amt am gleichen Tag unterrichtet und auch die Akten des Oberkommissars Westfeld wurden mit gleicher Post nach Münden gesandt.

Im Frühjahr 1799 ging Rettberg daran, den ihm erteilten Auftrag auszuführen. Er hatte für die notwendigen Schürfarbeiten drei Bergleute vom Süntel mitgebracht. Er konnte sich bei seinen Erkundungen auf alte Risse der ehemals von Hansteinschen Stollen stützen und berichtete auch von ... *Pingen in welchen von 1710 bis 40 nicht eigentlich bergmännisch gewonnen sondern lediglich gegraben worden sei*. Hier bestätigte er meine Vermutung, dass es sich bei dem Frachtgut des „Kohlenwagens“ des Herrn von Buttler tatsächlich um Braunkohlen gehandelt hat. Er stellte fest, dass sich die Kohlenlager unter der gesamten Basaltdecke

des ersten Steinbergkopfes befänden und hielt dies in einer kleinen Skizze fest. Er berichtete, dass die Kohlen in Oberkaufungen von keiner besseren Güte seien. Die Hauptsorge müsse sein, in Münden und Göttingen ... *gut eingerichtete Feuerungen einzuführen in denen auch die Gruskohlen zu gebrauchen seien*. Er riet jedoch, im Gegensatz zu Westfeld, davon ab, Alaun zu produzieren und begründete dies mit dem Hinweis auf das Scheitern ähnlicher Vorhaben in Kaufungen. Dazu führte er folgende Argumente ins Feld: *Zwei Alaunsiedereyen in Ober-Kaufungen, die die kleinen Kohlen fast umsonst erhielten, haben bey dem jetzigen Preise des Alauns von 11 Rth. pr. Ltr. und bey dem äußerst geringen Preise der Kohlen von 4,5 Pf. pr. hiesigen gestrichenen Himpten, und ohne die geringsten Transportkosten für Kohlen und Erze zu haben, nicht bestehen können*. Er erwähnte dann noch, dass er sich erinnern könne von einer bei Speele befindlichen Salzquelle gehört zu haben, wobei man allerdings Salzderhelden und Sühlbeck, den beiden anderen hannoverschen Salinen, Konkurrenz machen würde. Man könne jedoch bei Nutzung dieser Quellen den Schleichhandel mit Salz aus Allendorf unterbinden, und bei geringerer Produktion in den o. g. Orten den Holzbestand des Sollings schonen. Er verwies auch darauf, dass die Kohlen preiswert nach Göttingen zu befördern seien, da die Fuhrwerke, welche Fracht nach Frankfurt gebracht hätten, sehr oft leer zurück müssten. Diese könnten die Kohlen in Richtung Göttingen transportieren, wovon beide Seiten einen Profit hätten. Er ging dann noch auf das ... *Holzverfahren der Dörfer Benterode, Nienhagen und Uschlag nach Cassel* ... ein. Unter Holzverfahren verstand man seinerzeit den Verkauf von Brennholz. Für den Fall der Einschränkung dieser Holzausfuhr, seien Kohlefuhrn zum Kohlemagazin nach Münden ein möglicher Ausgleich für den Verlust, den die Bewohner erleiden müssten. Er riet ebenfalls von der Betreibung des Werkes durch einen Privatmann oder durch eine Gewerkschaft ab, da diese nicht den allgemeinen Nutzen, sondern den Gewinn im Auge hätten. Er machte weiterhin den Vorschlag, das in Münden zu erbauende Magazin von einem Privatmann betreiben zu lassen und unterbreitete auch Vorschläge für die Bezahlung des Verwalters dieses Magazins, in welche das Amt eingeschaltet werden solle. Für diesen Posten schlug er den Leggemeister Hoffmann vor. Für ein solches Magazin habe der Drost von Hanstein den Vorschlag gemacht, den Flügel des Kornmagazins, in welchem vorher das Salz aufbewahrt worden sei, für dieses Vorhaben zu nutzen. Er machte auch darauf aufmerksam, dass am Steinberg ein Haus für die Bergleute errichtet werden müsse, dessen Kosten er mit 600 Talern in Anschlag brachte. Zum Schluss fügte er die Rechnung über seinen Verdienst bei den Versuchsarbeiten an, die laut Aufstellung 92 Rth. 27 Gr. 3 Pf. betragen hatten. 83 Rth. habe er erhalten und bat um Zahlung der restlichen 11 Rth. 27 gGr. 3 Pf. aus den Geldregistern des Amtes Münden.

Die Aktivitäten am Steinberg brachten auch für Handwerker der umliegenden Dörfer einige Aufträge.[BA Cl. Hann 2a Nr 342] So hatte z. B. der Nienhäger Schmied Johann Jürgen

Nr 14 *Extr. 25. März 1800.*
Exscriptum

Liebe, Güte und liebe Götter! Geben Sie uns einen
 Gnade vom 8^{ten} vorigen Monats an, wie ich
 beifolgend annehmen folgt den zünftigen Namen,
 Holz - Mengel in der zünftigen Göttingen durch
 Befehl und Befehl der Provinzen an,
 liegt zu erlösen, und daß, wenn gleich nicht den,
 zünftigen an anderen Orten fündel annehmen,
 daß im Oberland München im annehmen und
 Befehl annehmen werden, durch das die
 der. Befehl ein Befehl der annehmen Holz,
 zu erlösen annehmen werden. Aber nur die von
 auch Befehl annehmen Befehl annehmen
 Befehl Holz annehmen Befehl annehmen
 Befehl Holz, so zünftigen Aber daß
 Befehl Holz annehmen annehmen annehmen,
 annehmen auf Befehl Befehl Befehl
 annehmen, Befehl Holz annehmen auf 518 auf
 17 Holz annehmen Befehl, und Befehl
 auch Befehl auf die Befehl der Befehl
 annehmen, annehmen auch die Befehl der
 Befehl annehmen Befehl zu Befehl Holz
 Befehl annehmen in Befehl.

St James den 11^{ten} Februar 1800.

Georg III.

in fidei copiae
 W. G. Meier

Stöbener hatte am 14. Mai 1799 einen Auftrag erhalten
... *Zwey Neue Haspelhörner und Zwey Neue bänder ge-
macht. Hat ge Wogen 32 Pfund.*

Drägt in Summe 4 Rth 6 gGr.

Nienhagen Am 14 Mey 1799

Schmit Stöbener

*Obige 4 Rthl. 16 gGr. Conventionsmünze, habe ich baar
bezahlet erhalten*

Joh. Jürgen Stöbener Schmidt.

Johann Israel Schäfer aus Nienhagen hatte ebenfalls einen
Auftrag ausgeführt und

*... für 1 Windebaum zum Schachte ausgearbeided fertig
habe vom Herrn Fackder erhalten 1 Pistole*

Nienhagen d 19 May 1799

J. I. Schäfer

(Pistole, span. Münze des 16. Jhdts. In Frankreich als
Louisdor, in Deutschland als Friedrichsdor nachgeprägt.
Wert ca. 5 Taler)

Johann Israel Schäfer betätigte sich wiederholt als Fuhr-
mann, der das benötigte Holz zum Schacht fuhr, während
Georg Friedrich Müller aus Nienhagen sich als Zimmer-
mann verdingte. ... *36 Fuß Holz zu schneiden und auch zu
beschlagen zum Schagte verdiened 1Rth 6 gGr Nienhagen,
den 18ten May 1799*

G. Fr. Müller.

Phielib Drebing, bescheinigte, dass er für ... *ein Hanpfen
Seil 6 ½ Rth* erhalten habe, und Otto Christoph Hentze aus
Oberode quittierte, *das wilmer an mir vor Zeug zu schärfen
24 gGr gerichtig bezahlet hat.* (Wilmer war als Bergmann
bei den Schürfarbeiten tätig)

Johann Justus Funcke aus Hedemünden hat ... *zwey Kübels
an das Bergwerck beschlagen daran verdienet 6 rt 24 gr
Hedemünden d. 16ten May 1799. Johan Justus Funcken*

Anhand dieser Beispiele erkennt man, dass für die Hand-
werker und Fuhrleute der um den Steinberg liegenden Dör-
fer die Belegung des Bergwerks neue Verdienstmöglich-
keiten eröffnete.

Das Gutachten Rettbergs bewirkte, dass in Hannover eine
Entscheidung für die Wiederaufnahme der Kohleförderung
gefällt wurde. Unerwartet hoch waren jedoch die Anlauf-
schwierigkeiten und die anfallenden Kosten. So suchte
man im Nachhinein Rückendeckung für das Vorhaben bei
seiner Majestät König Georg III in London. Die hohen Be-
träge ließen es ratsam erscheinen, ein allerhöchstes Plazet
aus St. James zu bekommen. Die Herren wandten sich am
8. Januar 1800 schriftlich an den König, der im nachfolgen-
den Antwortschreiben vom 11. Februar 1800 das Vorhaben
befürwortete:

*Auch Rätthe und liebe Getreuen! Haben Wir aus eurem Be-
richt vom 8ten vorigen Monats ersehen, wie ihr bemühet
gewesen seyd den zunehmenden Brennholz-Mangel im
Fürstenthum Göttingen durch Aufsuchung und Benutzung
der Steinkohlen möglichst zu erleichtern, und daß, wenn
gleich eure Bemühungen an mehrern Orten fruchtlos ge-
wesen, doch im Oberamt Münden ein verfallenes*

*Braun-Kohlenlager aufgefunden worden, durch dessen
Wieder-Aufnahme ein Surogat des mangelnden Holzes ge-
liefert werden mögte. Wie nun die von euch bereits ange-
stellten Untersuchungen einen glücklichen Erfolg gedach-
ten Untersuchung versprechen laßen, so genehmigen Wir,
daß gedachtes Kohlenwerk wiederum aufgenommen und
auf Unsere Rechnung betrieben werde, bewilligen dazu
vorjetzt auf 518 rt 17 mg angeschlagenen Kosten, und au-
thorisiren euch selbige auf die Register des Amts Münden
anzuweisen, worin auch die Einnahme des Kohlenwerks
demnächst zu berechnen seyn wird.*

Wir verbleiben wie im Rescript.

St. James den 11ten Februar 1800

Georg R [BA Cl Hann 2a Nr. 343]

Die Genehmigung wurde, wie bereits erwähnt, im Nach-
hinein eingeholt, denn Rettberg hatte im Verlauf des Herb-
stes 1799 bis in das Jahr 1800 mit Hilfe von je zwei Berg-
leuten vom Süntel und aus St. Andreasberg im Harz die
technischen Voraussetzungen geschaffen, um die Kohle-
förderung wieder in Gang zu setzen. Gleichzeitig hatte er
auch ein Absatzkonzept für Braunkohlen entwickelt. Am
14. September 1800 waren die Vorbereitungsarbeiten so-
weit gediehen, dass mit der Förderung begonnen werden
konnte. [BA Cl. Hann. 84e Nr.7] Während dieser Anlaufphase
bemühte sich der Enkel des Drostens Carl Friedrich von
Hanstein, Christian Hanstein, in einem an die Kammer ge-
richteten Schreiben vom 10. Oktober 1799 um die Übertra-
gung der Leitung des Werks, oder die Verpachtung an ihn
gegen Entrichtung eines Zehnts. Er betrachtete dies als eine
gewisse Entschädigung für den Verlust von 60-70.000 Ta-
lern, den sein Großvater durch den 7-Jährigen Krieg mit
seinen Unternehmungen auf dem Steinberg erlitten habe.
Er schrieb dort u. a.: ... *Sollte indeß Königl. Kammer nicht
abgeneigt seyn mir das Bergwerk selbst gegen einen Zehn-
ten oder deßen Oberaufsicht unter einiger maßen vortheil-
haften Bedingungen zu überlaßen, so werde ich nicht er-
mangeln meine Vorschläge den Absichten Königl. Kammer
gemäß sofort hierüber einzureichen.*

Für den Fall, dass man dieses abschlage, erbat er sich die
Abgabe einer für seine Fajence- und Steingut-Fabrik ange-
messenen Quantität von Braunkohlen zu Selbstkosten.
Dies sei eine Möglichkeit zur Erhaltung des Unternehmens
bei den ... *so sehr erhöhten Holzpreisen, die wircklich die
Fabrik in der Folge aufzubringen nicht vermögend ist,
würde dieses ein für mich wünschenswerther Ausweg zu ih-
rer Erhaltung seyn. Auf jeden Fall bin ich sehr bereit die
über diese Sache handelnden Papiere und Rechnungen auf
die auf dem Steinberge zu einer neuen Anlage vielleicht
noch nützlichen Hand-Materialien Königl. Kammer zu
überlassen. Chr. v. Hanstein*

Die Antwort auf dieses Schreiben wurde in Hannover am
2. Januar 1800 abgeschickt. Man teilte von Hanstein mit,
dass man das Bergwerk auf herrschaftliche Rechnung be-
treiben werde. Man wolle aus verschiedenen Gründen die
Bergwerke nicht aus den eigenen Händen lassen. Man sei
jedoch nicht abgeneigt, ihm die für seine Fabrik nötigen
Kohlen ... *zu möglichst wohlfeilen Preisen zu überlaßen.*

Unterzeichnet hatte dieses Schreiben G. von Kielmannsegg. Auf Grund dieser Zusage wandte sich von Hanstein an Rettberg. Für diesen war die Definition des *wohlfeilen Preises* schwierig. Nach seiner Ansicht seien hierunter die Selbstkosten zu verstehen. Diese ließen sich jedoch erst nach dem Jahresabschluss ermitteln. Er machte der Kammer den Vorschlag vorab die ... unmittelbaren Gewinnungs- oder Förderungskosten sogleich, als für jetzt pr 100 Balgen Kohlen 1 Rth. (hann. Maß = 2,5 Kubikfuß = 62,3 L) und könnte daher die Einrichtung getroffen werden, daß Euer Hochwohlgeborenen, diese Förderungskosten der Administration sogleich bezahlen, und die am Ende des Jahres aus zumittelnden übrigen Kosten als Neben- und Generalkosten nachbezahlt würden.

Diesen Kompromissvorschlag Rettbergs muss man im Zusammenhang mit der Tatsache sehen, dass es unmittelbar nach Beginn der Förderung außer von Hanstein noch keinen weiteren Abnehmer für die Kohlen gab.

Aus einem weiteren detaillierten Bericht vom 21.09.1801, den Rettberg der Kammer vorlegte, ging hervor, dass der Stollenbau nun fertig geworden sei. Der 8 Lachter tiefe Schacht sei mit der Genehmigung vom 31. Juli noch vier Lachter tiefer abgeteuft und der Stollen mit ihm in Verbindung gebracht. Der Stollen sei nun stark verzimmert und auf dem Schacht sei eine Schachtkau (kleines Haus) gesetzt. Da nun alle Vorbereitungen beendet seien, könnten von den vier eingesetzten Bergleuten zwei entlassen werden. Dies sei auch geschehen. Er fügte dem Schreiben den Anschlag der Kosten bei, die neben dem Hauen der Kohlen entstanden waren. Hierbei ging es um die Kosten der Streckenarbeiten, die den Bergleuten mit 3 Rth. pro Lachter inklusive Förderung und 1,5 Rth. für Bau der Fährten pro Lachter laut Kontrakt gezahlt worden seien. Mit Nebenarbeiten, Bergbaumaterialien, Gerätschaften und Baukosten für eine Mauer seien insgesamt 127 Rth. und 12 Mg. angefallen. Für den Umbau der Öfen in der Pfortner- und Wachtstube im Mündener Gefangenenhause für Kohlenfeuerung, seien 22 Rth. und 12 Mg. verauslagt worden. Insgesamt bat er die *Exzellenzen und Hochwohlgeborenen* den Betrag von 527 Rth. und 12 Mg. gnädigst zu bewilligen und anzuweisen. Er wies nochmals darauf hin, dass es notwendig sei, ein Wohnhaus und einen Kohlenschuppen

Unterzeichn.
 Der f. d. Bergfactor Rettberg von
 Kl. u. v. d. h. zu Bewilligung der ihm
 aufgetragen. Unterzeichnung des Herrn,
 Kassenrath von Münden. gegenw. d. h.,
 noch verständig mit gew. Bergbau
 d. h. v. d. h. wird, und die
 ihm v. d. h. v. d. h. v. d. h.
 Frey und Achtzig Rthl.
 zu dem f. d. h. v. d. h. v. d. h.,
 als ist ihm d. h. v. d. h.,
 d. h. v. d. h. v. d. h.,
 d. h. v. d. h. v. d. h.
 G. v. d. h. v. d. h. v. d. h.
 Au. d. h. v. d. h. v. d. h.
 d. h. v. d. h. v. d. h.
 Copia
 für den Bergfactor Rettberg.

Bewilligung eines Vorschusses für den Bergfactor Rettberg

[BA Clausthal Hann. 2a Nr. 342]

auf dem Steinberg zu bauen: ... Das Wohnhaus wird zu einer Aufsicht über die Abfuhr der Kohlen über die Bergbaumaterialien und Gerätschaften und über die Arbeiten selbst um so mehr nöthig seyn, da ich für künftiges Jahr einen Steiger etwa mit 18 mg Wochenlohn in Vorschlag bringen möchte. Der Kohlenschuppen wird die Kohlen trocken erhalten, so daß sie leichter zu fahren. ... Wegen der Kosten beyder Gebäude, die etwa höchstens bis künftiges Frühjahr auszusetzen, darf ich mich wohl auf die vom Amte Münden unt. 17ten April l. J. schon überreichten Anschläge von 295 rt beziehen und auf den Vorschlag des Amtes dies dem Landbaumeister zu übertragen, dies um so mehr, da der baudirecteur Eick mehrere Geschäfte in Münden hat.

Danach begann er mit der Aufzählung von Betrieben, die angefangen hätten, Kohlen zu gebrauchen. Zwölf Brantweinbrenner in Uschlag, der Papiermüller in Dahlheim und ein Essigbrauer in Münden verwendeten Kohlen, jedoch

erkundigen. Obgleich man nun schon eine beträchtliche Quantität Kohlen gefördert habe, sei der Absatz noch nicht in Gang gekommen. Dies liege auch an den derzeit geförderten Staubkohlen. Nach Fertigstellung des Stollen rechne man aber mit besserer Qualität und besserem Absatz. Dieser jedoch blieb auch nach der Förderung guter Kohlen aus. Es stellte sich als ein mühseliges Unterfangen heraus, die Bewohner der waldreichen Gegend davon zu überzeugen, dass sie, entgegen einer Jahrhunderte alten Tradition, die vertrauten Energielieferanten Holz und Holzkohle durch die ihnen nicht genehmen Braunkohlen ersetzen sollten.

Die Bemühungen des Drostens von Hanstein um den Absatz der Braunkohlen

Das bloße Vorhandensein eines Magazins in Münden und der Gebrauch der Kohlen in der Fayence-Fabrik und dem Gefangenenhaus konnte die Leute nicht überzeugen, Kohlen als Ersatz für das von alters gewohnte Brennholz zu nutzen. So hatte die Kammer am 12. Mai 1801 dem Drostens von Hanstein in einem ... *Rescript specialiter aufgetragen, alle die Mittel zu erwägen und in Vorschlag zu bringen, welche zu dem debit der Braunkohlen anwendbar und nützlich seyn könnten ...*

Von Hanstein machte sich daran, diesen Auftrag auszuführen. Als erstes ließ er einigen Handwerkern ein Quantum Kohlen zukommen, und er beauftragte sie, umgehend Versuche damit anzustellen. Nach einiger Zeit bestellte er sie auf das Amt, wo sie über das Ergebnis ihrer Versuche zu berichten hatten. Das Resultat entsprach jedoch in keiner Weise den Erwartungen, die man sich erhofft hatte, denn nur einer der nacheinander Berichtenden hatte positive Erfahrungen gemacht und stand dem neuen Brennmaterial wohlwollend gegenüber. Um einen Eindruck von den Anfangsschwierigkeiten und Vorurteilen zu bekommen, die zu überwinden waren, um dem neuen Energieträger zum Durchbruch zu verhelfen, sollen die einzelnen Berichte in gekürzter Form vorgestellt werden.

Am 19. Juni hatte der Drost die Töpfer von Oberode und Hedemünden auf das Amt kommen lassen. Diesem Appell waren acht aus Hedemünden, einer fehlte wegen Unpässlichkeit, und 21 aus Oberode gefolgt. Hier waren 10 zum Wegebau beordert und aus diesem Grunde nicht erschienen. Denen, die zugegen waren, wurde eröffnet, dass sie in Zukunft für ihre Stubenheizung Kohlen verwenden sollten. Die hierfür notwendigen Vorrichtungen könnten sie selbst fertigen. Sie erklärten, dass sie für das Topfbrennen die Kohlen nicht gebrauchen könnten. Von Hanstein erklärte ihnen, sie könnten durch das Heizen mit Kohlen viel Holz beim Trocknen ihrer Töpferware einsparen und so verhindern, dass man gezwungen sei, ihnen wegen Holzmangels das, bisherige Quantum zu entziehen. Sie erwi-

derten, dass sie derartige Versuche bereits angestellt hätten, dass ihre Räume sehr niedrig seien und dass man es vor Dunst nicht aushalten könne. Sie hätten teils auch keinen Raum für die Anlage von Schornsteinen und Zugröhren ohne die man die Kohlen nicht gebrauchen könne. ... *Der Rauch ihrer Ofen-Holz-Feuerung wäre aus Luftlöchern und unter dem Strohdache davon gezogen, so daß sie keine oder doch wenige Beschwerden davon gehabt hätten ...* Die Versammelten wurden mit der Ermahnung entlassen, eventuelle Vorschläge beim Amt einzureichen, denn es könnten sich sonst Nachteile für sie ergeben.

Am 20. Juni waren die Töpfer aus Nienhagen vorgeladen. Es erschienen sieben, während vier von ihnen wegen Abwesenheit von zu Haus nicht nach Münden gekommen waren. Ihnen wurden die gleichen Vorschläge unterbreitet und sie reagierten in der gleichen Weise wie ihre Kollegen. Sie erklärten sich jedoch dazu bereit ... *die Vorrichtungen in der Fayanc-Fabrick in Augenschein zu nehmen und es dann in genaue Überlegung zu ziehen, ob sich eine ähnli-*

Braunkohl-Brennversuche

Aufstellung	Ort	Therm.	Barom.	Ther.	Barom.	Ther.	Barom.	Ther.	Barom.	Ther.	Barom.
4 Cyf.	5 Cyf.	Therm. 20°	Bar. 27,8	9 3/4	3. 2. 115.	2.	—	40'.			
4	6	Therm. 19°	Bar. 27,37	9	3. 12.	109.	2.	40.	41'.		
4	6	Therm. 15°	Bar. 27,6	9	3. 1.	134.	2.	15.	44'.		
4	6	Therm. 19°	Bar. 27,7	9	3. 1.	141.	2.	15.	42.		
Summa				36.	12. 53.	499.	8.	70.	167.		
2 diodisch = Mittel				9.	3. 13.	124 1/2	2.	17 1/2	41 1/2		

Protokoll der Hansteinschen Brennversuche mit Braunkohle

Buchenholz-Brennversuche

Aufstellung	Ort	Therm.	Barom.	Ther.	Barom.	Ther.	Barom.	Ther.	Barom.	Ther.	Barom.
4 Cyf.	5 Cyf.	Therm. 20°	Bar. 27,71	80.	1.	—	17'.				
4	4	Therm. 19°	Bar. 27,7	64.	—	53.	17'.				
Summa				144	1. 53.	34					
2 diodisch = Mittel				72.	—	56 1/2	17.				

Protokoll der Hansteinschen Brennversuche mit Buchenholz
[BA Hann. 2a Nr. 243]

che Vorkehrung in ihren Häusern bauen könnte ... Man entließ sie mit dem Versprechen, dass man jedem auf Verlangen die Vorrichtungen zeigen würde und versprach ihnen, sich für eine Kostenerstattung bei der Kammer zu verwenden, wenn sie eine solche Ofenheizung anschaffen würden.

Am 28. Juni war auf Vorladung der Gräfe Dümer aus Uschlag erschienen. Er sagte auf Befragen, dass es neun Branntweinbrenner dort gäbe, wovon auch er einer sei. Er sagte, dass im Oberamte die Branntweinblasen 11 Eimer fassen und dass man, wenn *nur in der Hälfte des Monats* gebrannt würde, ungefähr 50 Klafter Holz benötige. Wenn man Eichenholz nähme, sei es noch mehr. Er machte den Einwand, dass die Kohlen teils nicht gut brennen und einen starken Geruch hätten, der wahrscheinlich dem Branntwein schädlich sei. Ihm wurde darauf bedeutet ... *dass die Königl. Kammer zum allgemeinen Besten die Kohlenfeuerung wolle und daß er deswegen mit gutem Beispiel vorangehen und auch die anderen Branntweinbrenner in Uschlag zur Nachahmung auffordern möge, weil widrigenfalls, wenn sie ihr eigen Bestes nicht erkannten Königl. Kammer veranlaßt werden könne, alles Branntweinbrennen mit Holz bey schwerer Strafe zu verbieten.*



Amtshaus vor dem Mündener Schloss

[entnommen: Münden in alten Ansichten von Walter Beinhorn]

Ihm wurde das Versprechen gegeben, die Kosten zur ersten Einrichtung einer Feuerung mit Braunkohlen zu erstatten, wenn diese Einrichtung dem Zwecke entspräche. Er sagte zu, diese Neuerung genau zu besehen und zu Hause Versuche anzustellen. Nach Vorlesung des abgefaßten Protokolls wurde Dümer entlassen.

Am 1. Juli erschien der Schmied Johann Michael Stockmann aus Münden. Er erklärte, dass er Versuche mit den Kohlen angestellt habe. Teils habe er die Kohlen allein, teils mit anderen guten Kohlen vermischt, genutzt. Sie entwickelten zu wenig Hitze und seien zum Teil durch das Gebläse in die Luft geflogen. Er hätte sie gerne genutzt, wenn dies auf irgend eine Art möglich gewesen wäre. Er bat darum, auch andere Schmiede mit dieser Aufgabe zu betrauen, damit man sich überzeugen könne, dass es sich so verhielt wie er es darstelle. Auch er wurde nach Verlesung des Protokolls entlassen.

Am 4. Juli erschien der Bürger und Essigbrauer Rittmeyer aus Münden. Er berichtete, dass er die Kohlen für brauchbar zum Essigbrauen halte. Da man ihm Hoffnung auf teil-

weisen Ersatz der Umbaukosten des Ofens machte, wollte er diese Vorrichtung baldmöglichst bewerkstelligen. Er sei jedoch in nächster Zeit noch nicht hierzu in der Lage, da ... *verschiedene säuerliche Geschäfte ihn in dieser Zeit überall am Essigbrauen hindern würden. Nach dieser Zeit aber, werde er sogleich darauf bedacht seyn die nöthigen Veränderungen in seiner Brennerey vorzurichten ...*

Mit Rittmeyer erschien in diesem langen Procedere der erste, der den Gebrauch der Kohlen ohne Einwände akzeptierte, allerdings auch nur nach finanziellen Zusagen durch das Amt.

Fünf Tage später, am 9. Juli, war der Mündener Bürger und Hutmacher Herrstell an der Reihe. Er sagte, dass die Kohlen bei der angestellten Probe ... *zu seiner Profession nicht tauglich wären, indem sie teils nicht Hitze genug hätten und teils nicht schnell genug brennten ...* Von Hanstein machte ihm jedoch deutlich, dass er keine größere Hitze als kochendes Wasser brauche und der Verlust an Zeit nur zu Beginn auftrete, was man durch früheres Anzünden des Feuers ausgleichen könne. Dies veranlasste den Hutmacher zu dem Versprechen, noch weitere Proben anzustellen.

Man hatte unterdessen versucht, in eigener Regie Vorrichtungen für die Beheizung der Blasen der Branntweinbrenner mit Kohlen zu bauen. Diese Versuche waren jedoch nicht zufriedenstellend. Die Vorrichtung sollte ... *untadelhaft seyn, weil sie dazu bestimmt war Andere zur Nachahmung zu regen, so daß es notwendig erachtet worden, einen Maurer aus den Heßischen anhero kommen zu lassen, um daß dieser den Feuerherd so wie dort einrichten sollte ...*

So erschien am 30. Juli 1801 der Maurermeister Heinrich Rohde aus Oberkaufungen *auf ergangenes Ersuchen*. Er erklärte, dass er allen dortigen Branntweinbrennern ihre Herde mit sehr gutem Erfolg eingerichtet habe. Diese wären jetzt mit der Kohlenfeuerung zufrieden und würden sie nicht wieder gegen die von Holz tauschen. Die Kohlen seien *wohlfeiler* und man spare auch das Kleinmachen. Im Anschluß an diese positive Meldung erläuterte er in fünf Punkten einen technischen Abriss über den Aufbau einer solchen Feuerung. Im Punkt 6 bemerkte er zum Schluss, dass die Schornsteine unten mindestens ... *3 Fuß im Lichten haben müßten, oben könnten sie etwas enger seyn. Die geraden wären jedoch die besten, weil der Dampf sich darin nicht stoße*. Wenn man die Vorrichtung nach seinen Angaben einrichte, würde er dafür einstehen, dass die Kohlen gut und ohne Geruch brennen. Bezüglich der Verwendung der Kohlen innerhalb der Wohnungen gab er an, dass es in Kaufungen nur wenige Stubenheizungen gäbe. Jedoch hätten einige in ihren Öfen einen preiswerten in der Höhe verstellbaren Rost eingebaut, der es erlaube, sowohl Holz als auch Kohle im Wechsel zu nutzen.

Von Hanstein vermerkte nun, dass man nach diesen Vorschlägen für die Feuerung der Branntweinblasen eine solche Vorrichtung ... *verfertigen lassen und daß solche vollkommen zweckmäßig befunden worden ist, indem die Kohlen gut gebrannt und keinen Dampf verursacht haben ...*

Um der Braunkohle in den Gewerbebetrieben zum Durchbruch zu verhelfen, war es unbedingt notwendig, eine funktionierende Anlage zeigen zu können, denn man begegnete der Kohle mit starker Zurückhaltung. Gut vier Wochen später erschien am 12. August der Branntweinbrenner und Gräfe Dümer aus Uschlag im Amt und erklärte, dass er die Vorrichtung für 5 Rth. habe errichten lassen und die Kohlen sehr gut heizten. Sie verbreiteten allerdings etwas Geruch im Dorfe selbst, jedoch sei dies im Haus nicht der Fall. So sei nun die Möglichkeit gegeben, dass in Uschlag sehr viel Holz eingespart werden könne, da für jede der 9 im Ort befindlichen Branntweinblasen im Jahr 30 bis 50 Klafter Holz verbrannt würden. Er wird nach Verlesung des Protokolls dazu aufgefordert, die Kollegen gleichfalls zu ermuntern, ihre Feuerung umzustellen, da sie widrigenfalls zur Umstellung gezwungen würden.

Bereits am 18. August gab Dümer Nachricht, dass nun alle Branntweinbrenner in Uschlag die neue Kohlenfeuerung eingerichtet hätten, ... *und daß diese feuerung gut und erwünscht von Statten gehe.*

Münden den 18ten Aug. 1801

Nach dem Erfolg in Uschlag wurden eine Woche später die Gräfen von Landwehrhagen, Nienhagen, Sichelstein und Escherode aufs Amt zitiert.

Sie hätten den Branntweinbrennern in ihren Dörfern zu eröffnen, dass sie zu ihrem Vorteil ihre Blasen wie die zu Uschlag einrichten sollten ... *Woselbst sie von dem Gräfen allen nöthigen Unterricht zu dieser Einrichtung erhalten würden. Königliche Kammer werde nämlich sehr wahrscheinlich zu ihren eigenen Vortheil alles Branntweinbrennen mit Holz in Zukunft verbieten und es würde dem Königl. Amt sehr angenehm seyn, wenn alsdann schon getroffene Einrichtungen einen solchen Befehl unnötig machen und sie von selbst ihren eigenen Vortheil eingesehen haben würden.*

Mit den Gräfen der o. g. Dörfer war auch der Vorstädter und Branntweinbrenner von der Blume auf das Amt zitiert und auf die gleiche Weise beschieden worden.

Drei Tage später wurde die Reihe mit dem Schönfärber Weiß von der Vorstadt Blume fortgesetzt. Ihm wurde *zugeordnet*, für seinen Betrieb Kohlen zum Feuern zu nutzen. Weiß argumentierte in der gleichen Weise wie die meisten anderen. Die Kohle könne nicht gut in Brand gesetzt werden, sie gebe nicht genügend Hitze und Flamme wie Holz. Er sei bereit das Amt von der Wahrheit seiner Versuche zu überzeugen. Er werde bei seiner Profession vom Vorteil der Kohlen wenig oder gar keinen Gebrauch machen können.

Man hatte auch den Rat der Stadt Münden am 29. August zur Demonstration der neuen Feuerung eingeladen. Es war beabsichtigt, sie davon zu überzeugen, die neue Feuerung bei der Stadtbrauerei zu übernehmen. Senator Zennermann und der Bürgerdeputierte Hüpeden waren zu dieser Demonstration erschienen ... *Beide fanden die Kesselfeuerung gut und zu ihrer Brauerey höchst wahrscheinlich sehr anwendbar, und versprachen damit baldmöglichst einen Versuch anstellen zu wollen ...* Sie bemerkten jedoch, dass man

nur 30 bis 36 mal im Jahr braue und jedes mal höchstens einen Klafter Holz verbrenne.

Am 5. September machte sich von Hanstein auf den Weg nach Uschlag, um die neuen Anlagen selbst in Augenschein zu nehmen. Er hatte dies zum Anlass genommen, den Papiermacher Schulze aus Dahlheim nach Uschlag zu zitieren, um diesem bei der Gelegenheit zu eröffnen, ... *dass er hinfüro zu seiner Profession gleichfalls statt Holz Kohlen brennen müsse und zu diesem Zwecke Heute die hier in Stand gebrachten Feuervorrichtungen in Augenschein nehmen und nachahmen könne ...* Schulze erklärte sich bereit, zu seinem eigenen Vorteil Kohlen zu brennen und möglichst bald damit zu beginnen. Er machte jedoch darauf aufmerksam, dass er nur mäßig warmes Wasser benötige um darin zu arbeiten und er nur wenig Kohle brauchen werde. Nachdem ihm empfohlen wurde, eine sofortige Umrüstung vorzunehmen, wurde das Protokoll verlesen und er nach genehmigtem Protokoll entlassen.

Als letzter wurde der Gimter Pottaschesieder und Kaufmann Flecke nach Münden aufs Amt beschieden. Ihm wurde ebenfalls eröffnet, die Feuerung auf Kohlen umzustellen. Er erklärte sich bereit, Versuche vorzunehmen, jedoch benötige er nicht viel Feuerung und deswegen werde sein Verbrauch nur gering sein. Im nächsten Satz widersprach er sich dann. ... *Zum calciniren der Pottasche aber brauche er viel Feuer, und da dieses eine helle und lange Flamme seyn müsse so sey er bey nahe überzeugt, daß er die Kohlen nicht werde hiezu gebrauchen können ...* Hierauf erklärte man ihm, dass man in der neuen Vorrichtung auch lange Flammen von Kohlen erhalte und diese bis zu mehreren Füßen Länge treiben könne, wie es in dieser Vorrichtung zu beobachten sei. Er versprach danach, einen Versuch zu machen. Er habe jedoch gehört, dass ein schnelles Feuer bei den Braunkohlen gänzlich vermisst werde.

Somit argumentierte er ebenso wie die meisten der vor ihm Einbestellten und vervollständigte das Bild der Abwehr und des Misstrauens, das man dem neuen Brennstoff allgemein entgegen brachte.

Den ganzen Sommer des Jahres 1801 hatte sich von Hanstein damit beschäftigt, für den Absatz der Braunkohlen zu werben. Der Staat, als Betreiber der Grube, stand vor dem gleichen Problem wie Christian von Hansteins Großvater, Carl Friedrich von Hanstein. Dieser hatte der Kammer ähnliche Vorschläge zur Hebung des Absatzes gemacht, ohne jedoch die notwendige Unterstützung von Seiten des Amtes zu erfahren. Wahrscheinlich sind seine Bemühungen auch durch die Kriegswirren zunichte gemacht worden, denn man hatte in Hannover und Clausthal andere Sorgen als den Absatz von Braunkohlen im entfernten südlichen Zipfel des Landes zu *befördern*. Dass der gleiche Staat nun den Enkel des damaligen Betreibers in die Pflicht nahm, dieses Ziel mit praktischer Anschauung und der Drohung des Holzentzugs zu erreichen, erscheint wie eine Ironie des Schicksals. Wie sein Großvater bediente sich auch Christian von Hanstein hessischer Fachleute, jedoch hat er sie nicht wie dieser auf Dauer abgeworben, sondern lediglich für die Erledigung eines bestimmten Auftrages ins Land kommen lassen.

Neue Vorschläge des Bergfaktors Rettberg

Anfang Oktober 1802 hatte Rettberg eine neuerliche Inspektion des Bergwerks vorgenommen und schrieb der Kammer hierüber am 2. Oktober [BA.Cl. Hann 2a Nr. 343]. Er berichtete über die Stollenführung, bei welcher man auf eine alte Strecke der Stollen des Drost von Hanstein gestoßen sei, der noch nicht verschüttet und offen wäre. ... *durchgehend stehen gute Kohlen und es sind zu einem Kohlenbaue auf 50 und mehrere Jahre hinaus alle Vorarbeiten geschehen.*

Es sei nicht nötig, den Stollen noch weiter zu treiben. Er machte dann noch praktische Vorschläge, wie man die Kohlen vom Punkt - e - auf kürzestem Weg aus der Grube schaffen könne, um die Kosten zu senken. Er empfahl den Bau eines Kohlenschuppens, damit die geförderten Kohlen trocken blieben. Er vermerkte, der Brantweinbrenner auf dem Bruchhof und der Dahlheimer Papiermüller seien sehr zufrieden mit der Kohle. In Münden sei jedoch der Holzpreis noch zu niedrig, um neue Kunden zu gewinnen. Für das Alaunsieden sollte man einen Privatmann ausfindig machen, dem man das Alaunerz und die Kohle verkaufen könne. Er machte dann auch den Vorschlag eine Ziegelei anzulegen ... *Eine Ziegeley anzulegen ist bey dem Mangel an guten Ziegeln im Oberamte wol anzuraten. Thon ist am Steinberge selbst, doch ist kein großer debit zu erwarten auch mögte der Ertrag einer solchen Ziegeley nur geringe seyn.* Sodann berichtete er, dass in Nienhagen ein Töpfer namens Stöbener für seinen Schwiegersohn einen kleinen Ziegelofen errichten wolle. Dieser sei ein gelernter Ziegelbrenner (er stammte aus Immenhausen d. V.) und er habe bei Versuchen sehr gute Ziegel gebrannt. Da er hierfür eine besondere Konzession benötigen werde, sollte man ihm diese nur gewähren, wenn er einen Ziegelofen für Kohlenfeuerung bauen ließe. Er machte nun den Vorschlag auf dem Steinberg auf herrschaftliche Kosten einen solchen

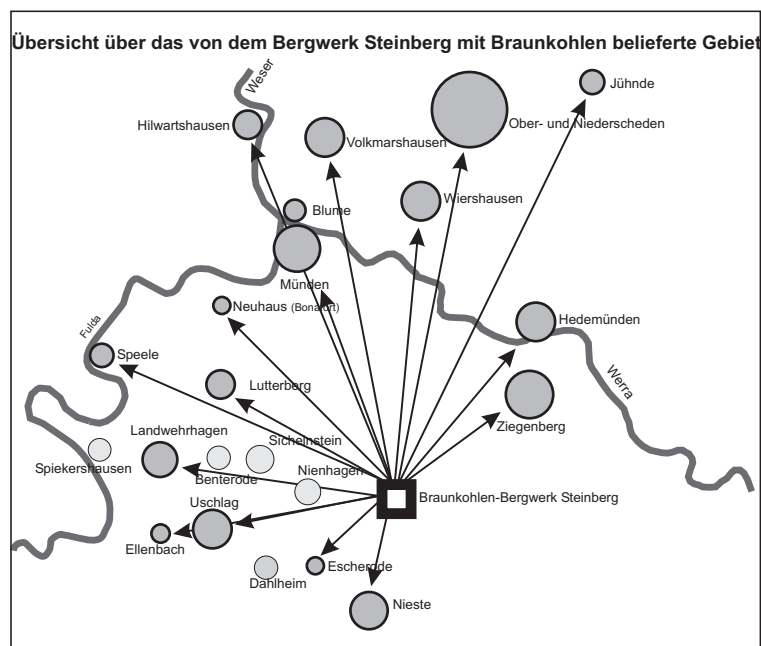
Ofen bauen zu lassen und keinen besonderen Ziegelmeister anzustellen, sondern den *jungen Glänzer bei jedem Brennen zu Hülfe zu nehmen.* Der Dachraum des Kohlenschuppens könne als Trockenraum für die Ziegeln genutzt werden. Dann berichtete er, dass viele Töpfer in Nienhagen Versuche angestellt hätten, Steinzeug zu produzieren, ähnlich wie man es in Duingen, einem Töpferort nördlich Alfeld, mache, wo schon längst mit *Steinkohlen* gebrannt werde und dies könne man hier ebenso machen. Er verwies dann noch darauf, dass Großalmerode beträchtliche Mengen dieser Ware produziere. Wenn man die Töpfer in Oberode und Nienhagen, die ja über ähnlichen Ton verfügten, dazu bringen könne, solche Ware zu erzeugen, wie es auch der Oberhauptmann seinerzeit getan habe, so könne man deren Wohlstand sehr heben. Hatte er in seinem ersten Bericht noch von einer Alaunsiederei abgeraten, so musste er nun, in Anbetracht des geringen Absatzes der Kohlen, seine Ansicht revidieren. Nichts sei so notwendig für das Bergwerk wie die Einrichtung einer Alaunsiederei und ... *keins für eine ausgebreitete Benutzung der Kohlen vom Publico so zweckmäßig und wichtig, als die einer Ziegeley ...*

Die gewinnträchtige Kombination von Ton und Braunkohle sollte aber erst 70 Jahre später, nach dem Verkauf des Bergwerks, verwirklicht werden. Er machte dann noch den Vorschlag, das Kohlefordern nur bei Bedarf durch einen Mitarbeiter der Fajencefabrik vornehmen zu lassen. Diesem Bericht fügte Rettberg einen ... *Anschlag der Kosten die auf dem Steinberg Amts Münden vorhandene Schachtkau (Haus über dem Schachte) zu einem Wohnhause einzurichten und über dem Schacht ein Pultdach anzulegen.*

Am Montag, dem 28. Mai 1804 erschien in der Nr. XX der Zeitung *Mündensches Wochenblatt* bezüglich des Bergwerks folgender Artikel:

Beantwortung der in Nr. XI des Mündenschen Wochenblattes lauf. J. eingerückten Anfrage nach dem Braunkohlen am Steinberge bey Münden.

Dieses Braunkohlenwerk ist seit 3 bis 4 Jahren von der Cammer unausgesetzt betrieben. Der hohe Zweck, durch eine allmähliche Ausbreitung dieser wolfeilen Feuerung die Forsten zu schonen, hat die Cammer zu beträchtlichen Aufopferungen vermocht. Außer der Steingutfabrik des Herrn Drost von Hanstein haben sich jedoch bis jetzt nur wenige Consumenten der Kohlen gefunden, ohnerachtet das nahe Cassel lehrt, wie, solche Kohlen mit Vortheil zu brennen, die Feuerungen eingerichtet werden müssen. Vorzüglich haben einige Casselsche Huthmacher zweckmäßige Kesselfeuerungen und in der Steingutfabrik des Herrn Drost von Hanstein sind mererley zweckmäßig eingerichtete Stubenöfen für diese Art Kohlen. Diese Kohlen mit Holz zu vergleichen wird dem Fragenden vielleicht das Resultat willkommen seyn, daß 1 Fuder dieser Kohlen, das aus 50 Scheffeln besteht und auf der Stelle 1 Rthlr Conv. Münze kostet, in der Wirkung ohngefähr ½ Klafter oder 2 Fuder Holz gleich zu setzen



Die Größe der Kreise verdeutlicht die unterschiedlichen Abnahmemengen der Kohlen um die Mitte des 19. Jahrhunderts

nen außerordentlichen Fleiß bei der Aufsicht des Baues der herrschaftlichen Wohngebäude bei dem Kohlenbergwerk am Steinberg, das von dem ... *Landbauconducteur Vick vorgeschlagene Geschenk von Sieben Reichsthln gnädig verwilligen zu wollen und darüber die hohe Genehmigung zu ertheilen ...*

Sie fügten ihrer Empfehlung folgendes Schreiben Vicks bei: *Da sowohl bey der Bestellung und Empfangnahme der Bau Materialien behuf der neuen Gebäude bey dem Herrschaftlichen Kohlenbergwerke am Steinberge, wie auch bey Ausführung des Baues selbst der hiesige Leggemeister Hofmann eine rühmliche Thätigkeit bewiesen, auch viel beschwehrliche Wege, Mühe und Unruhe besonders dann gehabt, wenn ich in andern Herrschftl. Bau-Angelegenheiten abwesend seyn mußte, so gebe gehorsamst anheim, ob es nicht billig sey, dem genannten Leggemeister für dessen außerordentliche Mühewaltung ein kleines gratiale von etwa Sieben Thalern bey dem hohen Cammer-collegio auszuwirken.*

Münden d. 8 Novbr
W.L.Vick 1804

Die Herren waren sich einig darin, dass die Bezahlung Hoffmanns wegen der Kopplung an den Kohlenabsatz zu gering gewesen sei, und sie setzten sich aus diesem Grund für ein festes Salär und eine Zusatzzahlung für die geleistete Bauaufsicht ein. Die im Zusammenhang mit dem geringen Absatz stehenden jährlichen Zuschüsse aus Staatsmitteln für das Unternehmen listete Hoffmann bis zum Oktober 1807, dem Zeitpunkt der Übernahme des Werkes durch die Verwaltung des neugeschaffenen Königreichs Westphalen durch die Franzosen, penibel für jedes Jahr auf.

Vom 12ten September 1800 als vom Tage der Wiederaufnahme bis den 1ten May 1801 aus den Registern des Amts Münden

	Rthr	mg	d
1800 bis 1801	131	29	2
1801 bis 1802	10	27	2
1802 bis 1803	240	11	21
1803 bis 1804	405	23	3
1804 bis 1805	286	30	6
1805 bis 1806	299	26	1
1806 bis 1807	317	1	2 1/2
1807 bis den 31ten 7ber 1807	176	16	3 5/8
Summa Zuschüsse	2768	21	6 1/8

Abgetragen ist nichts

Summe Abgetragen 0

Der auffällig hohe Zuschuß für 1801/1802 war bedingt durch den Bau des Wohnhauses für die Bergarbeiter. Des- sen Kosten hatte Rettberg mit etwa 600 Talern veranschlagt. Mit dieser Auflistung der jährlichen Zuschüsse endete vorerst die Aufbauphase unter Leitung der Königlich Churfürstlichen Cammer zu Hannover. Während dieser Zeit waren folgende Bergleute am Steinberg beschäftigt:

1800/1801:

Gabriel Jahn,
Andreas Jahn als Hauer
Christian Jahn
Carl Heise

1801/1802:

Gabriel Jahn
Andreas Jahn als Hauer
Christian Jahn
Carl Heise

1802/1803:

Gabriel Jahn
Andreas Jahn als Hauer
Augustin Mühlhausen
Jürgen Bretthauer als Förderer

1803/1804:

Gabriel Jahn
Andreas Jahn als Hauer
Christian Jahn
Aug. Mühlhausen als Förderer
Ludwig Braun

1804/1805:

Gabriel Jahn
Andreas Jahn als Hauer
Ludwig Braun als Förderer

1805/1806:

Andreas Jahn
Christian Jahn als Hauer
Johann Wedekind
Ludwig Braun als Förderer

1806/1807:

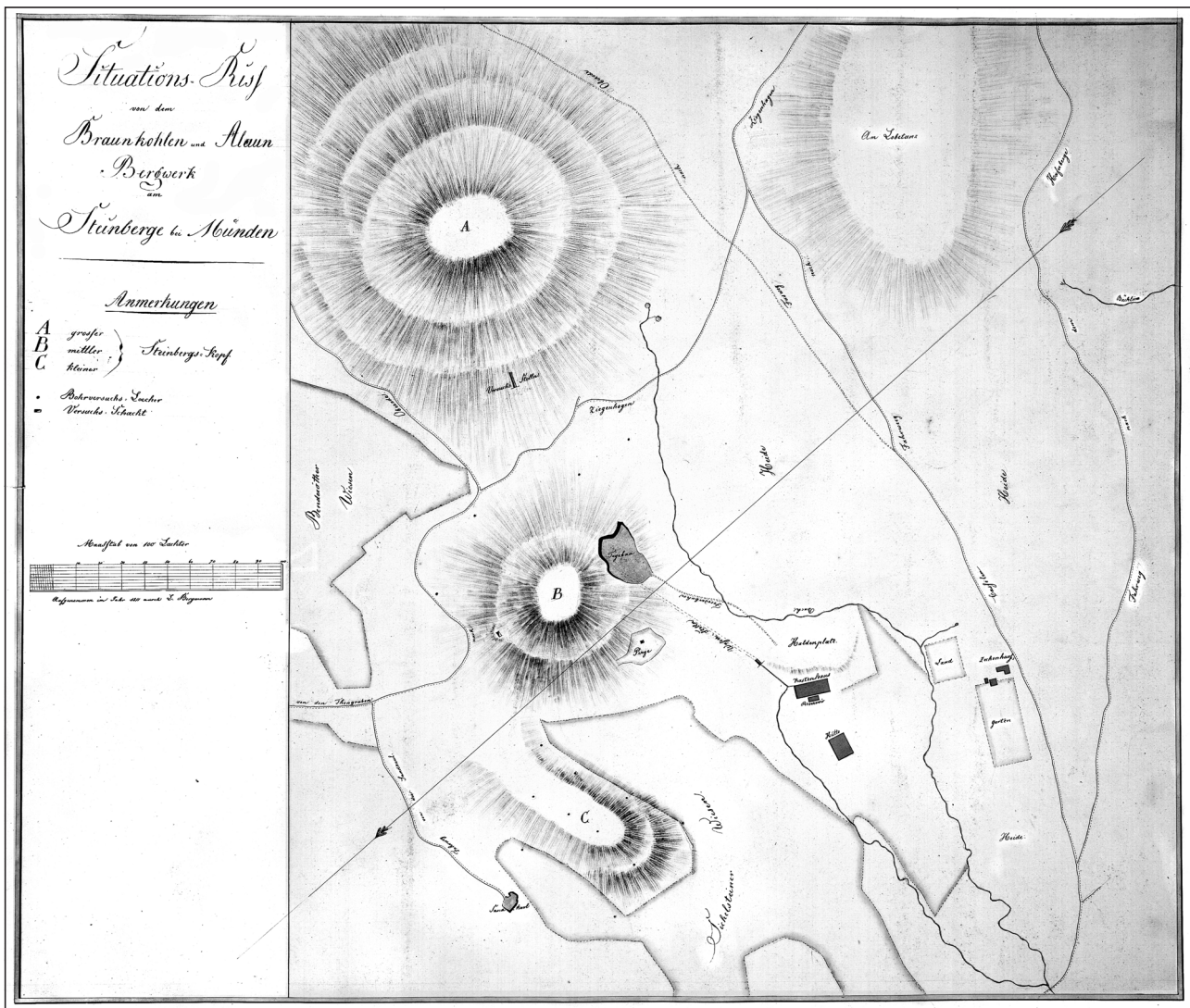
Andreas Jahn
Carl Pfeiffer als Hauer
Johann Wedekind als Förderer.

Die Zeit des Königreichs Westphalen

Napoleon hatte die Preußen bei Jena und Auerstädt 1806 besiegt. Im Frieden von Tilsit musste Preußen u. a. auf alle Besitzungen westlich der Elbe verzichten. Da in den Archiven über diese Zeit nur wenige Akten über die Geschehnisse auf dem Steinberg vorzufinden sind, wurde der folgende Wortlaut aus einer umfassenden Bestandsaufnahme des Bergwerks entnommen, die der reitende Förster Carl Koch aus Landwehrhagen 1829 in einer geschichtlichen Rückschau auf Verlangen des Königlichen Cabinet-Ministeriums für das Bergwerkdepartement anfertigte [BA Cl. Hann 2a Nr. 348] Über die Zeit der napoleonischen Herrschaft berichtete er wie folgt:

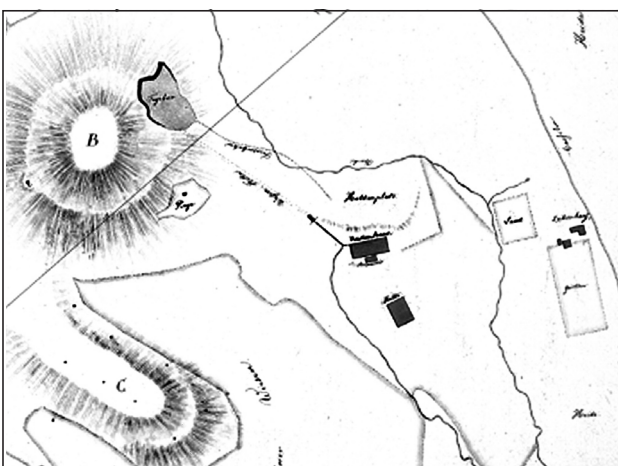
Historische Notiz über die Anlage des Braunkohlen Bergwerks am Steinberg

... Nachdem die Provinzen Göttingen und Grubenhagen mit dem 1. Oktober 1807 von dem occupirten Churfürstentum Hannover getrennt und zu dem durch den Tilsiter Frieden für Hieronymus den Bruder des Kaisers Napoleon von



Situationsplan der Anlagen am Kleinen Steinberg von 1811

[StAMr Bestand 340 von Buttlar P II 174]]



Bildausschnitt aus obiger Karte mit den derzeitigen Gebäuden der Alaunsiederei, die aber schon 1817 wegen Unrentabilität wieder abgerissen wurden.

Der von dem Steiger L. Bergmann 1811 gezeichnete Situations-Riß vermittelt einen Einblick in die während Zeit der französischen Herrschaft durch die in Kassel ansässige Präfektur des Fulda Departements veranlassten Investitionen und Aktivitäten am Kleinen Steinberg. Der Riß zeigt neben dem 1801 erbauten Zechenhaus und dessen Nebengebäuden die unmittelbar nach 1807 errichteten Baulichkeiten der Alaunsiederei. Das Kastenhaus mit angebaute Reservoirgebäude wurde direkt neben dem Wasserstollen angelegt, während das Hüttenhaus etwa 30 Meter entfernt stand. In den Steinbergskopf A wurde ein Versuchsstollen getrieben, während im Steinbergskopf B ein Versuchsschacht angelegt wurde und vier Versuchsbohrungen durchgeführt worden sind, wurden im mit C bezeichneten dritten Steinbergskopf insgesamt 11 Bohrversuche gemacht. Daneben verzeichnet der Riß die einzelnen Verbindungswege, die über den Steinberg verliefen. Unmittelbar neben dem Zechenhaus verlief der von Nienhagen kommende *Casseler Fahrweg nach Ziegenhagen*. Von diesem zweigten die Wege nach Oberode und zum Haferberg ab. Auch die zu den Obergerichtsorten Sichelstein und Benterode gehörenden Wiesen um den Kleinen Steinberg sind hier verzeichnet.

Frankreich errichteten Königreich Westphalen gezogen waren, so wurde das Bergwerk der damaligen Churfürstlichen Kammer genommen und dem Berg- und Salinen-Departement zu Cassel untergeordnet.

Diese Administration machte sofort –1808– kostspielige Anlagen auf dem Bergwerke, errichtete daselbst eine Alaunsiederey und vermehrte die Zahl der Angestellten und Arbeiter bis gegen 30 Personen um die großen Vorteile zu erhalten welche gewissenlose Bergbeamte dieses ephemeren Königreichs ihren Vorgesetzten vorgespiegelt hatten. Die Täuschung verschwand aber schon im Jahre 1809 durch die fortdauernd ungünstigen Resultate der Rechnungen und die darin entdeckten Betrügereyen eines damaligen Berghauptmannes Meyer zu Münden welcher daselbst sein Leben durch Selbstmord endigte. Ungeachtet des fortwährend raschen Absatzes der Producte des Bergwerkes und denen nicht geringeren Preisen (1808 Braunkohlen à Himten zu 6 Pf, 100 Himten=150 Cubicfuß zu 1Rth 16 Mgr, 1810 Alaun à Centner 9 Rth, in Partien über 10 Centner zu 8 ½ Rth festgestellt) zog die Administration den gesamten Nutzen hiraus. Die Unterhaltung kostspieliger Anlagen und zahlreicher Arbeiter verzehrte den Gewinn so daß sich fortwährend monatliche Lohn Rückstände von 200 bis 300 Rth ergaben. Als mit der Auflösung des Königreichs Westphalen unsere vaterländische Verfaßung am 1ten September 1813 wiederhergestellt wurde, trat auch das Bergwerk wieder unter die Königliche Rent Cammer, welche den Betrieb und die Zahl der Arbeiter beschränkte; da sich insbesondere aus dem Betriebe des Alaunwerkes ein offener Schaden für die Casse ergab, so wurde solches im Jahr 1817 gänzlich eingestellt und das Bergwerk auf den angemessenen Betrieb der Förderung der Braunkohlen, behuf deren Verkaufes zurückgeführt. Seit dieser Zeit besteht die Anzahl der Angestellten und Arbeiter beym Bergwerke aus:

1 Administrator und Rechnungsführer und
1 Bergmann

Letzterer erhält außer freyer Wohnung auf dem Bergwerke einen Lohn von 14 gg und 1gg Meßegeld für jedes Fuder geförderter Kohlen der Administrator als Renumeration 10 pro Cent von der jährlichen Einnahme.

Unter Punkt 6 dieses Berichts beschrieb er

Wohnhäuser und Zubehör:

Zu dem Bergwerke gehören

1. die Wohnung des Bergmanns
2. ein Schweinestall
3. ein Stall und
4. ein Backofen

Diese, auf herrschaftliche Kosten ohnfern des Bergwerks erbauten Gebäude, sind auf dem angeschlossenen Grundrisse näher bezeichnet.

1. Die Bergmanns Wohnung (a des Grundrißes) 30 Fuß lang und 15 Fuß breit, von Fachwerk erbauet, gegen Süden und Westen 28 Fuß lang mit eichenen Dielen verschalt, bestehend aus 2 Stuben, 2 Kammern, einen kleinen Keller und einer sehr kleinen Küche nebst Bodenraum, befindet sich in baufälligem Zustande.

Als das Haus im Jahre 1800 erbaut wurde bestand es nur aus einer Stube, 1 Vorraum und 1 Küche, weshalb es zu verschiedenen Zeiten durch Anbauen vergrößert wurde. Ein Anbau von 14 Fuß im Quadrat wurde in westphälischer Zeit in südlicher Richtung angebaut und zur 2. Stube eingerichtet

In der Wohnung und zu derselben gehörig befinden sich eine Hausthür in baufälligen Zustande, die nöthigen Verbindungsthüren, 7 Fenster und 2 eiserne Oefen.

2. der Schweinestall 17 Fuß lang, 10 Fuß breit
3. ein Stall 11 Fuß lang, 6 Fuß breit, beide aus Fachwerk bestehend und
4. ein Backofen; welche 3 Nebengebäude sich in sehr baufälligem Zustande befinden.

An sonstigen Grundstücken gehört zu dem Bergwerk

1. 1 Morgen 45 Ruthen Gartenland, westlich von der Bergmannswohnung belegen und zur Benutzung des Bergmannsfrüher aus dem Kauffunger Interessenten-Walde von der Herrschaft ausgewiesen.

2. eine neben dem Bergwerke, in der Charte und dem Vermessungs-Register mit N° 4 bezeichnete zur westphälischen Zeit von der damaligen Administration von Iske zu Bentrode angekaufte gute Wiese, 1 Morgen 109 Ruthen enthaltend, welche jetzt durch alte Halden und Asche gänzlich ruinirt und ohne Nutzen ist.

3. eine ohnfern des Bergwerks belegene in der Charte und dem Vermessungs-Register mit N° 8 bezeichnet: zur westphälischen Zeit von der damaligen Administration von den Homannschen Erben zu Sichelstein für 20 rt angekaufte, 1 Morgen 35 Ruthen haltende Wiese mittleren Ertrages wofür der Kaufpreis erst später von der Herrschaft erlegt wurde.

Im Hauptstaatsarchiv Hannover befinden sich unter der Findnummer [Hann. 74 Münden K 575] einige Schreiben. Eines verfasste der Steiger Andreas Jahn am 6. Mai 1811. Es ist adressirt an den Herrn Oberbergmeister v. Fulda Hochwohlgebohren zu Carlshaffen Weser Departement.

Jahn berichtet in diesem Schreiben von seiner vergeblichen Reise nach Richelsdorf, wo er als *Schiefer-Scheide-Steiger* arbeiten sollte. Jahn war ja seinerzeit aus dem mannsfeldischen Revier auf Empfehlung Rettbergs am Steinberg angestellt worden und hatte wenig später seine Söhne Gabriel und Christian nachkommen lassen. Diese drei und der Bergmann Carl Heise waren 1800/1801 als Hauer tätig. Seine Erfahrungen im Kupferschiefer-Bergbau hatten wohl den Ausschlag gegeben für seine Entsendung ins Richelsdorfer Gebirge, wo ebenfalls Kupferschiefer abgebaut wurde. Er sei dort von ...dem Herrn Obergeschworenen Herrn Poßa gehörig Visitirt, und als ein gänzlich unfähiger Mann, jenen so gefährlichen Dienstes in Ansehung meiner Gebrechlichkeit erklärt, und auf eine kurze Zeit zur nähern Erläuterung entlassen, bis weitere Resolution erfolgen würde ... Er erklärt dann weiter, dass er wegen seines gebrechlichen Körpers diesen Dienst nicht versehen könne. Er bittet darum, ihn in seine alte Stellung am Steinberg wieder einzusetzen oder aber, wenn möglich, ihm eine gnädige

Pension zu gewähren. Er beendet das Schreiben so: *...Hiemit verharre mit der tiefsten Ehrfurcht und getröste mir als dem ersten Erfinder dieses Bergwerck angelegt, und den Nutzen erfunden, auch diese Gnade fußfällig erlebe.*

Euer Hochwohlgeboren Gnädigen Herrn Oberbergmeister und Capitain gehors.

Steiger Andreas Jahn.

Die Administration jedoch hatte noch anderes mit Andreas Jahn vor. Auf der ersten Seite des Schreibens ist in kleiner Schrift vermerkt:

Auf deßen anderweite Anstellung als Untersteiger am Habichtswald wird Seitens der Berghauptmannschaft angetragen.

Seine Bitte um Pensionierung wurde abgelehnt, jedoch stellte man ihn wieder als Steiger am Steinberg ein. Er hat diese Aufgabe allerdings nur noch gut 2 Jahre ausüben können, denn im August 1813 kam er bei einem Unfall in der Grube ums Leben.

Der folgende Vorgang findet sich unter der gleichen Findbuchnummer im Staatsarchiv Hannover.

Am 3. November 1811 wandte sich der am Steinberg tätige Obersteiger Bergmann an den Oberbergmeister in Karlshafen mit der Bitte um einen zehntägigen Urlaub. In Clausthal wolle er die Hochzeitsfeier eines Verwandten besuchen. Er verwies darauf, dass Inspector Böttner dieses Gesuch genehmigt habe.

Am 8. November teilte der Oberbergmeister dem im Kasseler Messinghof beschäftigten Betriebsinspektor Böttner mit, dass er den Urlaub bewillige und bat darum, Bergmann zu benachrichtigen. Im folgenden die kurze Mitteilung an Bergmann: *Herrn Obersteiger Bergmann auf dem Steinberger Braunkohlen und Alaunwerk bei Münden wird der nachgesuchte 10-tägige Urlaub zu einer Reise in Familienangelegenheiten nach Clausthal am Harze hiedurch bewilligt.*

Einige Vorgänge aus der Zeit des Königreichs Westphalen fanden sich auch im Stadtarchiv Münden unter der Signatur [B 2695] *Verminderung des Holzverbrauchs und Verwendung von Braunkohle.*

In einem Schreiben der Präfector des Fulda-Departements Cassel vom 26. Dezember 1809 ging es um die Verminderung der Holzconsumtion. Die örtlichen Maires (Bezeichnung der Bauermeister 1807-1813) wurden aufgefordert, den Holzverbrauch zu vermindern. Dies würde den Gemeinden durch den Verkauf des nicht benötigten Holzes Vorteile bringen. Zwei Punkte waren dem Präfekten besonders wichtig:

... Hiernach wünsche ich, daß Sie sich zuerst für folgende beyde Gegenstände in Ihrem Canton interessiren mögen, nemlich:

- 1. Für die Abschließung der einzelnen Backöfen und die Substituierung eines allgemeinen Backofens für jede Commune*
- 2. Für die Einführung des Stein Kohlenbrandes*

Die neuen Herren sahen sich vor die gleichen Probleme gestellt, nämlich eine Reduzierung des Holzverbrauchs und mangelnde Akzeptanz für die Kohle. Neu war lediglich die Einführung eines einzigen gemeinsamen Backhauses für jedes der Dörfer. Dass man den Verkauf des Holzes anpries, lässt auf Holzknappheit in waldärmeren Regionen und auf geringe Geldmittel der Dorfbewohner schließen. Was den Einsatz der Kohle in den Dörfern betrifft, so hatte sich die Abneigung gegen deren Gebrauch noch nicht verändert. *... Mehrere Schwierigkeiten finden sich in den Dörfern. Wenn es mir auch gelinget die Widersprüche zu heben, welche wenigstens auf Vorurteilen und in der Abneigung des Landmannes gegen jede neue Einrichtung gegründet sind, so ist dennoch nicht daran zu denken, den Braunkohlenbrand allgemein zu machen, weil die meisten Häuser der Dorfbewohner ohne Schornstein sind, folglich der unerträgliche und der Gesundheit nachtheilige Gestank der Braunkohle nicht abzuleiten ist.*

Eine weitere Notiz sei hier noch angeführt. Der Obersteiger Bergmann am Steinberger Braunkohlen- und Alaunwerk hatte 1809 ein Gesuch auf Einrichtung einer Pottaschesiederei gestellt. (Die diesbezügliche Akte wurde 1969 im Stadtarchiv Münden ausgemustert). Eine weitere Notiz betraf den Kohleverkauf:

... Die Steingutsfabrik sub Nr. 2 gebraucht außer dem angegebenen Holz Quanto, auch Braunkohlen, deren sie jährlich im Durchschnitte 2067 Himten aus dem Bergwerke sub Nr 1 bisher empfangen und für 100 Cent/Ctr bezahlt hat.

Aus dieser kurzen Notiz ist zu entnehmen, dass mit der Einführung des französischen Franc auch das fortschrittliche Dezimalsystem im Währungswesen eingeführt worden war. Aus einem von dem Mündener Lehrer Wittstein 1811 aufgestellten Teilungsplan für das Rottland am Sporck hatte dieser neben den alten Calenbergischen Maßen auch schon das metrische System angegeben. Diese Modernisierungen wurden jedoch 1814 umgehend außer Kraft gesetzt und es sollten noch mehr als 50 Jahre vergehen, bis man sich dem metrischen System und dem Dezimalsystem bei der Währung zuwandte.

Die geringe Zahl von Archivalien in den niedersächsischen Archiven über den Zeitraum von 1807 bis 1813 hängt damit zusammen, dass man diesen Zeitabschnitt durch die einsetzende Restauration regelrecht verdrängte. Es kann aber auch sein, dass die Verantwortlichen die Unterlagen vernichtet haben. Vielleicht ruhen sie auch noch in einer Ablage eines Archivs und warten auf eine Auswertung

Neubeginn nach dem 15. November 1813

Die 1808 eingerichtete Alaunsiederei wurde nach 1813 unvermindert weitergeführt. Eine erste komplette Rechnungslegung beinhaltet den Zeitraum vom 15. November 1813 bis zum 30. April 1814. [BA Cl. Hann 84e Steinberg Nr.8] Geführt wurde sie wiederum von Leggemeister Hoffmann. Dieser musste sich nun bei der Aufstellung der Bilanz auf die Angaben des Obersteigers Bergmann stützen. Diese konnte auch jetzt wiederum nur durch Zuschüsse aus der herrschaftlichen Kasse in Höhe von 247 Rth. 8 Gr. 2¼ Pf.

ausgeglichen werden. Man hatte während des Winters lediglich Kohlen für 28 Rth. 25 Gr. 2½ Pf. verkauft. Die höchste Einnahme war durch den Verkauf des Alauns mit 260 Rth. 3 Gr. 4 Pf. erzielt worden. Man hatte also beim Verkauf der Kohlen einen Rückschlag erlitten, denn als Kunde war allein die *Fajence und Stein-Guts-Fabrik* übrig geblieben. Alle Bemühungen, die man sich zu Beginn der Kohleförderung vor der französischen Besatzung gemacht hatte, waren vergebens gewesen und man musste nun einen völligen Neuanfang machen. Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich in den Jahren 1814, 1815 und 1816 rapide. Der Betrieb war zu einem regelrechten Fass ohne Boden geworden, denn die Zuschüsse hatten sich 1816 auf 3434 Rth. 7 Gr. und 7½ Pf. erhöht.

Auch 1817 sah die Bilanz düster aus. Die Einnahmen für verkaufte Kohlen an einzelne Abnehmer hatte sich zwar auf 58 Rth. 21 Gr. 4 Pf. erhöht, waren jedoch noch immer nicht nennenswert. Die Achillesferse des Unternehmens war die Alaunhütte. Man hatte zu deren Betrieb 20544 Cubicfuß Kohle gefördert und unentgeltlich für das Sieden abgegeben. Die Produktionskosten des Alauns lagen bei 635 Rth. 22 Gr. und 1 3/8 Pf. ebenfalls in Cassenmünze gerechnet. Diesen jedoch standen lediglich Erlöse in Höhe von 323 Rth. 6 Gr. und 3 7/8 Pf., ebenfalls in Cassenmünze, gegenüber. Die negativen Ergebnisse bewirkten, dass man die Alaunproduktion am 30. April 1817 endgültig aufgab. Leggemeister Hoffmann erstellte Anfang Januar 1818 ein

Inventarium

vom Allaun- und Braunkohlenwerke am Steinberge bey **Münden** über die dazu gehörigen Gebäude und deren Gerätschaften vom 1ten May 1817 bis ultm Decbr 1817.

[BA Cl. Hann. 2a Nr. 315]

In diesem Inventarium listete er folgende Gebäude auf:

1. Eine Wohnung vom Obersteiger bewohnt. Sie besteht aus 2 Stuben, dazwischen eine Küche, dazu gehören 2 Kammern. Unter den beiden Kammern befindet sich der Keller.
2. Hinter der Wohnung ein größtenteils verfallener Schuppen, in dem sich ein Backofen befindet. Die Wände sind mit Steinen und Lehm ausgemauert, das Dach ist mit Ziegeln gedeckt.
3. Am Schuppen befindet sich noch ein Holzstall des verstorbenen Steigers Jahn. Der Verfasser bemerkte, dass diese drei Gebäude noch nicht verkauft seien.
4. Ein Kastenhaus, 105 Fuß lang und 39 Fuß breit. Mit Steinen ausgemauert und Ziegeldach. Mit 21 Windladen und 3 Türen versehen. Im Inneren befinden sich 24 Auslaugekästen 10 Fuß 6 Zoll lang, je 5 ½ Fuß breit und 2 ½ Fuß tief. Dazu 4 Spülsümpfe, je 11 Fuß lang, 4 Fuß 8 Zoll breit und 4 Fuß tief.
5. Ein Gebäude über dem Laugenbehälter 32 Fuß 10 Zoll lang, 12 Fuß 9 Zoll breit. Schadhafte

Dach, mit Dielen bedeckt. Im Inneren 2 Reservoirs von 10 Fuß Breite und 10 Fuß Länge, 5 Fuß tief, daneben 2 Reservoirs von 11 Fuß Länge, 10 Fuß Breite und 5 Fuß tief.

6. Ist verkauft. Ein Hütten-Gebäude ist 71 Fuß lang und 55 ½ Fuß breit. Es hat 17 Windladen. 3 Türen, davon 1 mit 2 Flügeln. Am Eingang rechter Hand eine Stube für die Arbeiter, darin ein ganz unbrauchbarer Ofen. In der Stube ist der Windofen aus der Wohnstube des Bergmanns Jahn gesetzt worden. Linker Hand befindet sich die Wackskammer, worin sich ein Sumpf zur Aufbereitung der Waschbrühe befindet. Eine Tür führt in das angrenzende Allaun-Magazin. An diesem befindet sich die Eisenkammer, 4 Fuß lang und 4 Fuß breit. In der Hütte vor den Siedekesseln liegen 4 Klarkasten von verschiedener Größe. An diese reihen sich 4 tiefer liegende Mehlkasten von verschiedener Größe. Davor der Mutterlaugensumpf, 10 ¾ Fuß lang, 7 Fuß breit und 3 ¾ Fuß tief. Ihm zur Seite liegen 3 Leiterkasten von 5 ½ Fuß Länge, 2 ½ Fuß Breite und 1 ½ Fuß Tiefe. Neben Klar- und Mehlkasten liegt der Waschsumpf, 7 Fuß lang, 5 ¾ Fuß breit und 3 1/3 Fuß tief.

Einnahme Cfl. b.	a	J	Ju	O.
von Kaufm. Mann.	Subw.	Comm. Mg.	Exp. Mg.	
Transport	25 2/3	215	18	37
An 24 Aug. 1817 an den Kaufmann Heinrich in Münden	2 1/2	21	31	4
An 27 Juis an den Kaufmann Körber in Löhren	1/2	4	6	
An 27 Juis an den Kaufmann Wüstenfeld in Münden	12 4/5	7	15	6 1/2
An 1 ^{te} Septbr 1817 an den Kaufmann Franke in Münden	28	2	3	
An 6 ^{ten} Juis an den Kaufmann Reymann in Münden	1	8	12	
An 6 ^{ten} Juis an den Kaufmann Schmeich in Münden	2	16	34	
An 27 Juis an den Kaufmann	5	41	24	
An 14 Octbr 1817 an den Kaufmann	4	33	12	
An 6 Octbr an den Kaufmann	1	8	12	
An 25 ^{ten} Juis an pflichtig Meier von Crolshen	1/2	4	6	
Summa	43 1/2	363	206 1/2	323 6 3/8
P. M. abgez. Cassenmünze				
Münden 21 3/4 Exp. Mg.				
abgez. 21 3/4 Exp. Mann.				

Letzte Buchungen aus der Alaunproduktion des Jahres 1817

[BA Clausthal Hann. 84e Steinberg Nr. 8]

7. Altes Kohlen-Magazin von 27 $\frac{3}{4}$ Fuß Länge und 10 Fuß Breite. Ein bloßes Gerüst, ohne Dach und ausgemauerte Weide
8. Eine Wiese auf dem die Kohlenhalden gelegen haben. 2 $\frac{1}{2}$ Morgen, liefert $\frac{3}{4}$ Fuder Heu.
9. Ist verkauft. In Münden vor dem Alaunboden eine Tür mit Bändern Hespern und Anwurf, 2 Windladen mit Hespern und Bändern.
10. Eine Wasserstelle.

Diese Auflistung macht deutlich, worin der hohe Aufwand bestanden hat, den die Verwaltung während der französischen Zeit getrieben hatte, um die Alaunproduktion aufnehmen zu können. Die Gebäude unter den Ziffern 4 und 6 waren von erheblicher Größe und die in ihnen befindlichen Geräte und Behälter hatten ebenfalls erhebliche Investitionen erforderlich gemacht. Nun war die Verwaltung bemüht, die Gebäude und das *kleinere Inventar* zu verkaufen. Lediglich das Hüttengebäude unter Nr. 6, sowie die Tür und 2 Windladen mit Hespern und Angeln am Depot in Münden, waren bis Ende 1817 verkauft worden.

Was die Gerätschaften, Holz und gewichtige Eisenteile anbelangte, ging der Verkauf zügig vonstatten. Einige Beispiele: 14 Laufkarren, 4 Allaun-Transportfüßer, die 6 Siedekessel, 6 Laugen-Transportfüßer, 1 Kohlenmaß, 1 Zwey Himpten-Maaß, 3 Vorhänge-Schlößer, 690 laufende Fuß geschnitten Eichen Bauholz, verschiedenes altes Eisen aus alten Schuppen, Reifen, Karrenschiene usw. ist verkauft.

Alles jedoch konnte nicht mehr verkauft werden, denn in der Nacht vom 12. auf den 13. November 1817 wurden bei einem Einbruch in das Siedehaus die folgenden Dinge gestohlen:

Verzeichnis

- | | |
|-----|---|
| 1. | 8. Stück eiserne Reifen von den Allaun Wachs- |
| | fäßern solche wiegen 90 Pfund |
| 2. | 3. Stück Eisen und einen Rahmen zu einer |
| | Ofen Thür wiegen 30 Pfund |
| 3. | 2. Stück Hacken |
| 4. | 1. Spitzhacke |
| 5. | 1. Handbeil mit Stiehl |
| 6. | 1. Barthe ohne Stiehl |
| 7. | 1 eisernen Keil |
| 8. | 4. Stück blecherne Lüster |
| 9. | 3. ———Eymmer |
| 10. | 2. Vorhänge Schlößer |
| 11. | 2. Klamhaken |
| 12. | 1. Messingern Fußstock mit Schmiege |
| 13. | 1 Meißel ganz neu ohne Stiehl |
| 14. | 2. Schlößer von den Thüren |
| 15. | 1. Thür von dem Gebäude über den |
| | Crugen Reservoirs |

Hoffmann

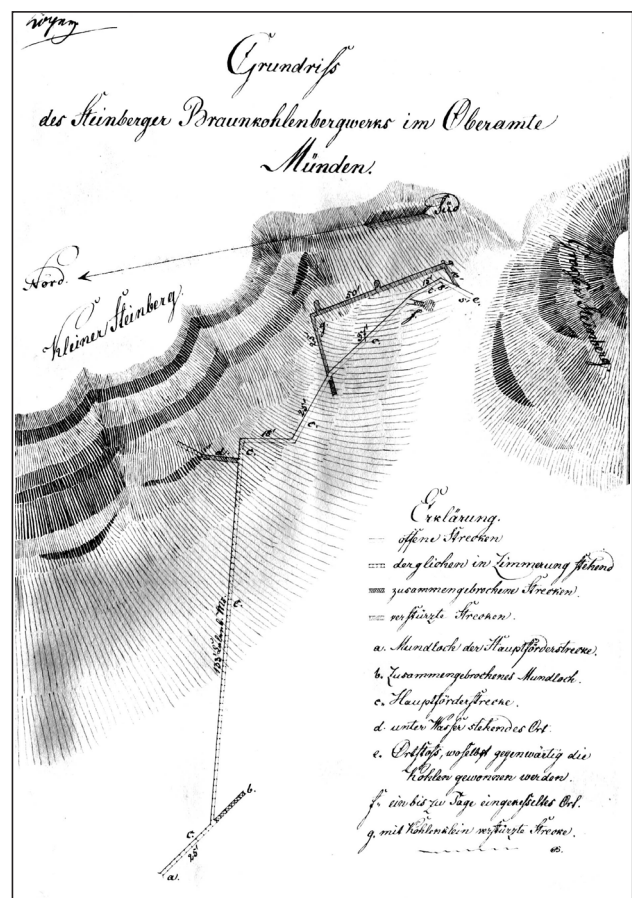
Beglaubig
Mandel

[BA CI Hann 2a Nr 315]

vor Ort nicht mehr benötigt wurden und hatten wohl eigene Verwendung hierfür. Mit dem Ende der Alaunproduktion und dem Verkauf der Gebäude und des Inventars ging die Tätigkeit des Leggemeisters Martin Hoffmann auf dem Steinberg ihrem Ende entgegen. Die Belegschaft wurde, wie bereits erwähnt, auf ein Mindestmaß reduziert, Es begann ein mühsamer und langwieriger Prozeß der Gesundung des Unternehmens. Im Klartext bedeutete dies, dass für die Zukunft Zuschüsse aus der herrschaftlichen Kasse vermieden werden sollten

Carl Koch, reitender Förster und Grubenaufseher in Personalunion

Leggemeister Hoffmann beendete 1820 seinen Dienst, wobei die Aufsicht der Grube danach von der Kammer dem reitenden Förster Carl Koch in Landwehrhagen übertragen wurde. In der Zwischenzeit hatte sich auch der Absatz der Kohlen wieder erhöht. Erstmals konnte der Betrieb für den Zeitraum 1820/21 eine positive Bilanz ausweisen. Einnahmen in Höhe von 312 Rth. 12 Gr. standen 244 Rth. Ausgaben gegenüber. 1821 wurden 223 Fuder Kohlen an insgesamt 31 Kunden verkauft. In der Hauptsache wurden die Kohlen in Münden abgesetzt. Unter den Abnehmern waren Hutfabrikant Herste, Tabaksfabrikant Köster, Essigbrauer Wittstein, Schneidermeister Gürtelmeyer, die Porzellan Fabrick, Seifensieder Lange, die beiden Kaufleute Wüstenfeld und Wentzel, die Stadtwache und das Militair Hospital. Auf den Dörfern konnte man zu Beginn nur in Speele Pastor Sattler und den Branntweinbrenner Winneknecht, in



[GA Staufenberg Akte Steinberg]

Ob der Diebstahl aufgeklärt werden konnte, ist nicht überliefert. Die Täter wussten, dass die Geräte und das Metall

Pag II		Conductor	
Stück	Cinname Gele	Menge	Belag
Bestand			
I Auf vorgegebene Aufzeichnung		17 1 8	
	Summa	17 1 8	
II Cinname für vorgegebene Aufzeichnung			
4 Capitain von Windheim zu Minden	4 4		
15 Kaufmann Kieffer	15 15		
16 Gutshausant. Gresselt	16 16		
3. Capitain Willigert	3 3		
4. Capitain Götterling	4 4		
11. Capitain Willigert	11 11		
3. Capitain Kieffer	3 3		
3. Capitain Götterling	3 3		
24. Capitain Kieffer	24 3		
3. Capitain Götterling	3 3		
1. Kaufmann Kieffer	1 1		
6. Kaufmann Kieffer	6 18 6		
2. Capitain Kieffer	2 2		
3. Capitain Kieffer	3 3		
3. Kaufmann Kieffer	3 3		
1. Kaufmann Kieffer	1 1		
2. Kaufmann Kieffer	2 1 1		

Kundenliste aus den Jahren 1824/25

[BA Clausthal Hann. 84e Steinberg Nr. 9]

Bonaforth den Conductor (Gutsverwalter) Speck und in Ziegenberg den Conductor Fahrenbach als Abnehmer für die Braunkohlen gewinnen.

Nach 12 weiteren Jahren hat sich das Bild nur unwesentlich verändert. Die Kundenzahl ist mit 32 Abnehmern nahezu konstant geblieben. Jedoch hat sich die Zahl der ländlichen Abnehmer erhöht. Ein neuer Großkunde, mit 38 Fudern Abnahme, ist die *Glaß Fabrick* in Ziegenhagen-Glashütte.

Die Branntweinbrenner Winneknecht in Spiekershausen und Krull in Speele, sowie die Conductoren Siewert, Kragenhof und Stubmeier in Bonaforth, waren ebenfalls neue Kunden geworden.

Die Bilanzen des Betriebs wiesen bis zum Jahr 1840 fast immer einen, wenn auch geringen, Überschuss aus. Man wirtschaftete sparsam und führte den Betrieb auf kleiner Flamme. Die beiden Mitarbeiter des Bergwerks, Johann Heinrich Jahn und Johann Georg Niklaus Schaumburg, wohnten im dazugehörigen Haus, während Förster Koch neben seinen forstlichen Aktivitäten die Aufsicht über den Betrieb hatte und die Buchführung versah. Aus den folgenden Zahlen kann man ersehen, dass der Betrieb unter Kochs Leitung so gut wie keine Zuschüsse mehr aus den Amtsregistern benötigte

Pag III		Conductor	
Stück	Cinname. Gele	Menge	Belag
108			
2. Capitain Kieffer	2 2		
2. Capitain Kieffer	2 2		
3. Capitain Kieffer	3 3		
3. Capitain Kieffer	3 3		
2. Kaufmann Kieffer	2 2		
3. Kaufmann Kieffer	3 3		
24. Capitain Kieffer	24 3		
1. Kaufmann Kieffer	1 1		
	Summa	158 8	
152			
Recapitulatio			
Cinname			
I			
Auf vorgegebene Aufzeichnung			
		17 1 8	
II			
Für vorgegebene Aufzeichnung			
		158 8	
	Summa	175 15 8	

Kundenliste aus den Jahren 1824/25

[BA Clausthal Hann. 84e Steinberg Nr. 9]

Einnahmen und Ausgaben des Bergwerks

In den Jahren 1820/21 bis 1840

	Rth	gGr.	Pf
Einnahmen:	282	18	8
Ausgaben:	259	11	3

1821-1822:			
Einnahmen:	312	12	0
Ausgaben:	244	0	0

1822-1823:			
Einnahmen:	263	3	0
Ausgaben:	245	4	4

1824-1825:			
Einnahmen:	175	15	8
Ausgaben:	178	5	6

1825-1826:			
Einnahmen:	265	15	0
Ausgaben:	262	9	2

1826-1827:			
Einnahmen:	164	16	6
Ausgaben:	173	9	0

1827-1828:			
Einnahmen:	143	0	0
Ausgaben:	150	14	10 2/3

1828-1829:			
Einnahmen:	164	16	0
Ausgaben:	162	18	9

1829 liegt die Bilanz vom 1.7. bis 31.12 vor.			
Einnahmen:	76	15	3
Ausgaben:	73	9	8 4/3

1830:			
Einnahmen:	94	5	1/5
Ausgaben:	117	16	6 4/5

1831:			
Einnahmen:	68	11	5
Ausgaben:	68	6	5 4/5

1832:			
Einnahmen:	63	16	11
Ausgaben:	60	9	0

1833:			
Einnahmen:	140	21	11
Ausgaben:	124	2	10 1/5

1834:			
Einnahmen:	238	8	0
Ausgaben;	216	14	8

1835:			
Einnahmen:	190	6	8
Ausgaben:	184	6	2

1836:			
Einnahmen:	347	8	0
Ausgaben:	302	20	8

1838:			
Einnahmen:	693	1	4
Ausgaben:	600	8	6

1840:			
Einnahmen:	1258	4	10
Ausgaben:	1015	13	5

Der extrem niedrige Absatz des Jahres 1825 führte dazu, dass der Bergschreiber Reiermann aus Clausthal in einem Schreiben vom 10. November 1825 an das Königlich Großbritannische Bergwerks Departement in Hannover ... *wegen der geringen Erfolge eine Überrlassung der Förderung auf eigene Kosten an den Bergmann Jahn erwog. Er solle gegen billigen Forstzims das notwendige Holz aus dem Herrschaftlichen Wald erhalten, und das Wohnhaus in Bau und Besserung halten.*

Dieser Vorschlag wurde jedoch nicht akzeptiert und der Betrieb lief in staatlicher Regie weiter.

Das Risiko war ja ohnehin auf die Mitarbeiter verlagert, denn deren Verdienste waren an die Fördermenge gekoppelt. Im Falle eines erhöhten Absatzes stellte man Tagelöhner ein, um die Bestellungen erledigen zu können. Dies geschah z. B. 1822 während der Erkrankung des Bergmanns Jahn. Man hatte die Tagelöhner Findorf aus Sichelstein und Bischof aus Nieste als Arbeiter eingestellt, die für die Förderung von 164 Fuder Kohlen 68 Taler und 8 Groschen an Lohn erhielten. Das Werk unterhielt auch keinen eigenen „Fuhrpark“ um die Kohlen oder das notwendige Holz für die Stollen zu transportieren, sondern betraute überwiegend Fuhrleute aus Sichelstein mit den Transporten. In den 20er und 30er Jahren waren dies Johann Jost Kohl und Johannes Heinrich Müller. Später dann die Fuhrleute Kürlemann, Herbst und Semmler, die sich am Steinberg mit ihren Gespannen ein Zubrot zu ihrer sehr kärglichen Landwirtschaft verdienten.

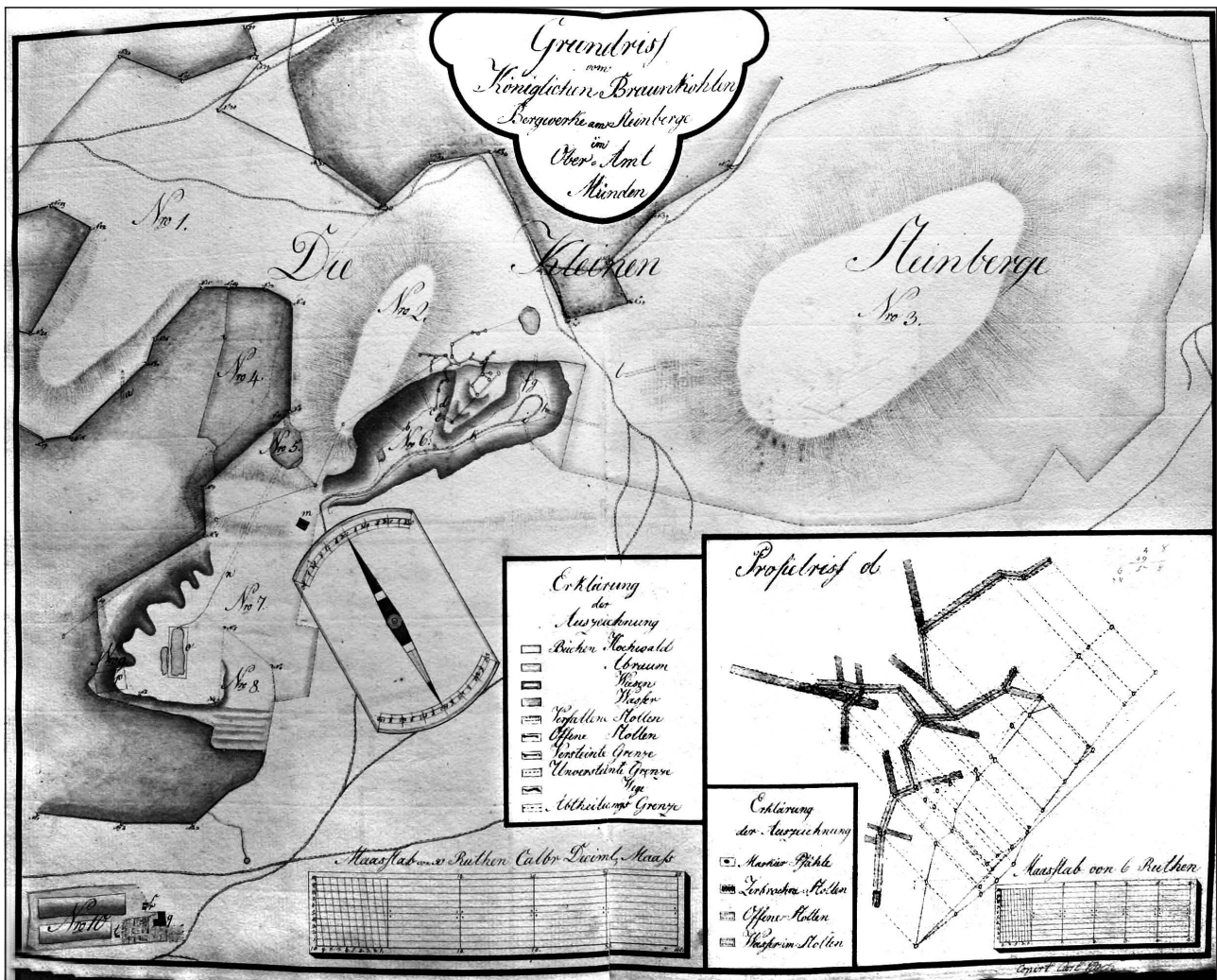
Der Aufseher bekam einen prozentualen Anteil, so dass sein Verdienst sich auch entsprechend dem Absatz verringerte. Dann jedoch wuchs der Absatz in bescheidenem Maße von Jahr zu Jahr wieder an. Einen Wendepunkt in dieser Aufwärtsentwicklung bildete das Jahr 1835. Von nun an konnten jährliche Zuwachsraten von 80 bis 90% beim Kohlenabsatz verbucht werden. Dies wirkte sich auch auf die Mitarbeiterzahl positiv aus.

Bestandsaufnahme und Vermessung des Grubenareals im Jahr 1829

Förster Koch führte die Aufsicht über das Bergwerk im Auftrag des Amtes Münden. Dieses stand unter der Aufsicht des Bergwerks Departements beim Cabinets-Ministerium in Hannover. Dieses war durch *Allerhöchste Verfügung seiner Majestät des Königs vom 18. April 1823 die höchste Landesbehörde in Bergwerkssachen. Die Überschüsse des Bergwerks wurden seit dem Jahr 1824 nicht mehr wie früher in die Rent-Cammer, sondern an die General Casse eingeliefert.*

Am 16. Februar 1829 erteilte das Bergwerks-Departement den Auftrag an das Amt Münden ... *daß so weit thunlich auch ein Inventarium dieses Bergwerks aufgestellt werde, und hat das Amt dieserhalb dem reitenden Förster Koch das Nöthige zu eröffnen. Insbesondere ist der Umfang des Feldes, die Begrenzung und der Platz der bisherigen Baue so genau als thunlich zu bezeichnen, und die Arbeit auch auf die Berechtigungen besonders auszudehnen, und hier-nächst von dem Amte, so weit als nöthig berichtet, an Uns einzusenden.*

Koch kam dieser Aufgabe sehr gewissenhaft und genau nach. Seine Zeichnungen, Lagepläne und schriftlichen Aufzeichnungen sind im Archiv erhalten geblieben. [BA CI Hann. 2a Nr. 348] In einem farbigen Grundriss verzeichnete er akribisch den Verlauf der Grenzen anhand der einzelnen Steine. Er fertigte auch eine Grundrisszeichnung des Wohnhauses und der Nebengebäude an. In dem beige-fügten Vermessungsregister listete er insgesamt 71 Morgen und 86 Quadratruten an Grundfläche auf, die zum Bergwerk gehörten. Für diese Arbeit wurde ihm eine zusätzliche Vergütung von fünf Talern aus der Bergwerkskasse durch das Bergwerks Departement gewährt. In seiner Beschrei-



Lageplan des Bergwerksgeländes, erstellt durch den "Reitenden Förster" Koch aus Landwehrhagen

[BA Clausthal Hann. 2a Nr. 346]

bung der einzelnen Verpflichtungen schrieb er: ... dass der Bergmann bislang Personensteuer entrichtet und findet sich in den Rollen der Dorfschaft Nienhagen. Gewerbesteuer hat derselbe bislang nicht entrichtet.

Die übrigen Prästationen von dem Bergwerke, bestehen lediglich in Entrichtung von jährlich 6gGr 6 Pf Casen-Münze Dienstgeld für die oben im 6. Capitel näher bezeichneten zum Werke gehörigen Wiesen, welche aus der Bergwerks-Casse in die Rentey Casse des Amts Münden gezahlt wird.

Communal-Beiträge und geistliche ONERA werden von dem Bergwerke oder dessen Bewohnern nicht entrichtet.

Der auf dem Bergwerke lebende Bergmann ist in dem Kirchspiele Escherode eingepfarrt, und gehen dessen Kinder in die Schule zu Nienhagen.

Bezüglich der genannten Onera, das bedeutet Abgaben an die Kirchengemeinde, änderte sich die Situation im Jahr 1840. Am 29. September 1840 gab es eine Verhandlung im Amt Münden, die wie folgt verlief:

... Demnach die Gemeinde Nienhagen angezeigt hatte, daß die Bergeleute Heinrich Jahn und Nicolaus Schaumburg auf

dem Steinberge sich weigern, ihren Beitrag zu den Kosten der Pfarre und Schule zu leisten, ungeachtet ihre Familien in die Kirche zu Nienhagen gehen und ihre Kinder die dortige Schule besuchen, so war zu ihrer Vernehmung darüber der heutige Termin angesetzt, in welchem dieselben nebst dem Vorsteher Stöbener aus Nienhagen erschienen, und gab zuvor der Letztere Folgendes zu vernehmen:

1. der Prediger zu Escherode erhalte jährlich von der Gemeinde 6 rt Species, wogegen er alle um den andern Sonntag in Nienhagen predigen müsse, und der Schullehrer bekanntlich für das Singen und für Uhrschmieren und Aufziehn der Uhr 3 rt 18 gr.

Dieses Geld werde von den Reihestellen sowohl, wie von den Häuslingen aufgebracht und es bezahlen letztere dazu halb so viel, als die Reiheteute

Der Schullehrer habe jetzt die Aufsicht über die Uhr aufgegeben und sie müssen sich nun erst mit ihm einigen, was er für das Singen allein verlange. (Das „Singen“ des Lehrers bedeutet dessen Vorsingen der Kirchenlieder während der Gottesdienste in der bis dato noch orgellosen Kirche Nienhagens)

... Die Comparenten müssen nun zu diesen Kosten, mit Ausnahme der Kosten der Uhr, denn diese hören sie nicht schlagen, nur mindestens zu dem Betrage der Häuslinge, beitragen.

1. die Reparaturen an der Kirche und Schule werden ebenfalls nach gleichem Verhältnisse repartirt und auch hierzu zahlen die Häuslinge nur die Hälfte. Im gleichen Verhältnisse müssen aber auch die Comparenten dazu beitragen. Die Comparenten Heinrich Jahn und Nicolaus Schaumburg erklärten sich bereit, die in Frage stehenden Beiträge und zwar von Michaeli 1838 an, soweit sie damit noch im Rückstande seyen, gleich wie die Häuslinge fortan und für die Zukunft zu bezahlen; und der Vorsteher Stöbener erklärte sich Namens der Gemeinde damit zu frieden. Vorgelesen und genehmigt, und läßt man es Amtsseitig bei dieser Vereinbarung bewenden. In fidem Blumenhagen

Mit dieser Vereinbarung war ein erster Schritt der Anbindung des Steinbergs an den Ort Nienhagen getan, dem 10 Jahre später die verwaltungsmäßige Anbindung an dieses Dorf folgen sollte. Dieser erste Schritt erfolgte relativ spät, denn man hätte bereits ab 1736, bzw. dann ab 1800, eine solche Vereinbarung treffen müssen, da Schule, Friedhof und Kirche schon damals in Nienhagen vom Steinberg aus genutzt wurden.

Das Jahr 1840 brachte nach zwei Jahrzehnten einen erneuten Wechsel in der Grubenaufsicht. Mit dem Steiger Weltz war nach 20 Jahren wieder ein Fachmann eingestellt worden, was in Bezug auf den gesteigerten Absatz und die Zahl der Mitarbeiter notwendig geworden war. Für den aus dem Dienst scheidenden Förster Koch wurde dem Oberförster Quensell die Oberaufsicht über die Grube übertragen. Mit dem sich nun noch weiter steigernden Absatz wurde die Unzulänglichkeit des Abfuhrwegs immer offenkundiger und eine Lösung dieses Problems ins Auge gefasst. Man machte erste Überlegungen, auf welche Weise man diesen Engpass lösen könnte. Zuvor wurde jedoch eine soziale Verbesserung für die Beschäftigten in die Wege geleitet.

Einführung der Knappschaftsversicherung

Die Zahl der Beschäftigten war mit dem wachsenden Umsatz bis 1841 von 2 auf 8 Arbeiter und seit Mai 1840 um den Steiger Weltz auf 9 Mitarbeiter angewachsen. Hierbei fällt auf, dass sich außer Weltz kein eigentlicher Bergmann mehr unter den Beschäftigten befand, wie in den ersten Jahren des Grubenbetriebs.

Die 1841 beschäftigten Mitarbeiter, deren Wohnort, Alter und früherer Beruf:

1. Johann Bernhard Rudolph, Ziegenhagen, 39, **Zimmermann**.
2. Joh.Georg Nikolaus Schaumburg, Steinberg, 38, **Leineweber**
3. Georg Heinrich Christoph Hanne, Bühren, 32, **Schäfer**
4. Georg Wilhelm Drube, Laubach, 30, **Fabrikarbeiter**.
5. Heinrich Christian Fischer, Ziegenhagen, 28, **Handarbheiter**.
6. Johann Heinrich Jahn, Steinberg, 27,

nichts

7. Johannes Fischer, Ziegenhagen, 22, **Handarbeiter**.
8. Heirich Friedrich Wilhelm Hille, Lutterberg, 18, **Handarbeiter**.

Das Jahr 1841 brachte für die Belegschaft eine positive Veränderung. Erstmals wurde ihnen die Möglichkeit geboten, Mitglieder einer Sozialversicherung, in diesem Falle der Knappschaft, zu werden. Im Montanbereich gab es derartige Sozialsysteme bereits seit dem späten Mittelalter.



Denkmal des Oberforstmeisters Quensell nahe der Kohlenstraße im Mündener Wald



Eine der beiden Inschriften des Denkmals

Der Harz diente hierbei als Vorbild, denn er wurde im 16. Jahrhundert zu einem regelrechten Bergwerksstaat ausgebaut. Die Fachleute kamen damals aus dem Erzgebirge, einer anderen sehr wichtigen Montanregion des Heiligen Römischen Reichs. Diese brachten ihren eigenen Dialekt mit in die neue Heimat, und so ist es zu erklären, dass der Harz eine Sprachinsel in Niedersachsen bildet. Das besondere Gewicht, welches man dem Bergbau beimaß, ersieht man aus dem Umstand, dass die Berghauptmänner, im Rang von Ministern, Mitglieder des Kabinetts in Hannover waren. Man wusste um die Schwere der Arbeit und um die Gefährdungen, denen die Bergleute ausgesetzt waren und hatte eine gewisse soziale Grundsicherung in Form der *Knappschafts-Cassen* schon früh eingerichtet. Die in Clausthal befindliche historische Bergapotheke war ebenfalls eine Einrichtung dieser Knappschaft. Die Beschäftigten am Steinberg konnten Mitglieder in der *Osterwalder Knappschafts-Casse* werden.

Die Osterwalder Knappschafts-Casse

Foundation der Casse:

Die Osterwalder Knappschafts-Casse wurde zufolge früherer Nachrichten während der Westphälischen Occupation vom 1ten Januar 1811 an zur Bestreitung der Curkosten und Gnadenlöhne, beschädigter und erkrankter oder invalide gewordener Mitglieder errichtet und nach den damals festgestellten und von Zeit zu Zeit geänderten Principien bis zum Schlusse des Jahres 1834 verwaltet.

*Vom Anfange des Jahres 1835 an aber, wurden mittelst Verfügung Königlichen Finanz Ministerii vom 29ten December 1834 die Osterwalder mit der Mehler Knappschafts-Casse unter dem Namen **Osterwalder Knappschafts Casse** vereinigt.*

Das *Reglement* wich in seinen 11 Paragraphen nur unwesentlich vom alten Text ab. Jedoch wurden, entgegen sonstigen Knappschaftskassen, nicht nur Bergleute, sondern auch Mitarbeiter der herrschaftlichen Salinen und Ziegeleien von der Kasse als Mitglieder betreut. Ebenso blieben die Arbeiter der Osterwalder Glashütte, nach der Privatisierung des Unternehmens, als Mitglieder in der nur für staatliche Beschäftigte bestimmten Kasse.

Die Verwaltung wurde einem vom Ministerium bestellten Offizianten übertragen. Bei Aufkündigung des Dienstes oder Verfehlungen, die eine Entlassung zur Folge hatten, waren die Ansprüche erloschen. Auch die bis dahin gezahlten Beiträge verblieben in der Kasse.

Die Aufnahmebedingungen für die Mitarbeiter des Bergwerks am Steinberg sahen folgendes vor:

1. *Jedes Mitglied derselben bezahlt als Eintrittsgeld 16 ggr und von der Zeit seiner Aufnahme an von jedem Thaler seiner auf dem Bergwerke verdienten Lohnes als Beitrag 6 Pf.*
2. *zur Aufnahme ist die Beibringung seines Taufscheines und die Angabe ob das Mitglied verheirathet ist, ob und wie viel Kinder es hat, wie lange es in herrschaftlicher*

Arbeit steht und welche Beschäftigung es früher betrieben hat, nothwendig.

3. *die Beiträge werden den Arbeitern von ihren monatlichen Löhnen gekürzt und von entfernteren Werken vierteljährig oder auch jährlich der Knappschafts-Casse zugesandt.*
4. *die Beiträge werden von jedem Arbeiter specificirt zusammengestellt und die desfalligen Zusammenstellungen der Knappschafts-Cassen-Rechnung als Beleg beigefügt.*
5. *Sämmtliche Ordnungs- und Strafgelder fallen in die Knappschafts-Casse.*
6. *die Bergarbeiter erhalten, wenn sie länger als ¼ Jahr krank sind oder wenn sie völlig dienst unfähig werden eine monatliche Pension von 9 rt die Wittve 18 ggr deren Kinder 2 ggr und ganz verwaisete Kinder 8 ggr.*
7. *Medicin und Curkosten werden bei Krankheiten der Arbeiter vergütet, wenn solche als Folge der Anstrengungen oder Beschädigung im herrschaftlichen Dienste nachgewiesen werden können.*

Im Schreiben vom 25. Februar 1841 an das Bergwerks-Departement [BA Cl. Hann. 2a Steinberg Nr.975] berichteten Oberförster Quensell und Amtmann Blumenhagen, dass man die nötigen Unterlagen für den Beitritt der Arbeiter des Bergwerks am Steinberg an den Berggeschworenen Hartleben zu Osterwald übersandt habe. Da sich der Betrieb auf dem Werke bedeutend erweiterte, habe man noch drei gesunde, tüchtige Arbeiter zugelassen. Man werde die spezifizierte Abrechnung am Jahresende übersenden, da die Portokosten sonst zu hoch seien. Über die Beschäftigten äußerten sie sich wie folgt: ... *da die selben sämtlich gesund und mit den bergmännischen Arbeiten gehörig vertraut sind und sich außerdem zu jeder Zeit fleißig und gut betragen haben.* Am Schluß des Schreibens wurde dem Berggeschworenen Hartleben mitgeteilt: ... *daß der Beitrag von dem Lohne des hiesigen Aufsehers Weltz für den Zeitraum vom 1ten Mai bis Ultimo December 1840 an die Osterwalder Knappschafts-Casse abgesandt ist.*

Aufseher Weltz war seit dem 1. Mai 1840 als Steiger am Steinberg tätig und bei seinem Eintritt bereits Mitglied der Knappschaftskasse, während die übrigen acht Arbeiter erst im Verlauf des Jahres 1841 aufgenommen werden sollten. Für die Aufnahme sollten 100 Rth. in den Fonds der Kasse eingezahlt werden. Auf Grund des guten Gesundheitszustandes und des teilweise geringen Alters der Mitarbeiter wurde das Aufnahmegeld auf 25 Rth. reduziert.

Die Einführung einer solchen Versicherung erwies sich als unbedingt notwendig, denn die wenigsten Arbeiter konnten sich bei den kargen Löhnen und dem hohen Aufwand für Nahrung, Kleidung und Unterkunft, Medizin und ärztliche Leistung erlauben. Es war jedoch keine umfassende Absicherung, wie wir sie heute kennen. Ein sozialer Fortschritt war es allemal, denn man kannte für den Fall der Krankheit oder des Todes damals noch keinerlei Versicherung. Die Familie hatte in aller Regel die Belastungen zu tragen. Unterstützung wurde aus den Armenkassen der Ge-

Rufung

über unpflichtige Dienstleistungen bei den Bergarbeitern
des Königl. Bergwerks aus Steinberg, im Jahre 1842.

Zeit der Befragung	1. <u>Gross Meier Wetz.</u>	Fla	gg	S.
v. 18. bis 21. Juni	Für die erste Untersuchung und Anordnung	4		
	„ zweimaliges Blutergüssen und Untersuchung der Pflasterung	12		
	an Aushängen für 2 Blutergüsse	5	4	
	für 2 Rezepten à 3gg	6		
	2. <u>Bergarbeiter Georg Hanne.</u>			
v. 10. Januar bis 24. Febr.	Für 6 Rezepten à 3gg	18		
	3. <u>Bergarbeiter Heinrich Jahn.</u>			
v. 29. Januar bis 3. Febr.	Für 1 ergriffen Weg nach dem Bergwerk, 1 Meile u. Hedebrunn	2		
	„ zweimaliges Blutergüssen und Untersuchung der Pflasterung	12		
	„ 3 Rezepten à 3gg	9		
	4. <u>Bergarbeiter Fleing</u>			
v. 1. bis 31. März	Für 1 ergriffen Weg nach Nienhagen, 1 1/2 Meile u. Hedebrunn	2	12	
	„ Aushängen	6		
	„ 8 Rezepten à 3gg	1		
	5. <u>Maurer Gustav Semler.</u>			
v. 28. Mai bis 20. Juli	Für 1 ergriffen Weg nach dem Bergwerk, Meile 2 u. Hedebrunn	4		
	„ 1 ergriffen Weg nach dem Bergwerk, Meile 2 u. Hedebrunn	18		
	6. <u>Maurer Georg Semler.</u>			
v. 28. Mai bis 10. August	Für 1 ergriffen Weg nach Sichelstein 1 1/2 Meile u. Hedebrunn	3		
	„ 1 ergriffen Weg nach dem Bergwerk, Meile 2 u. Hedebrunn	6		
	„ 9 Rezepten à 3gg	1	3	
	7. <u>Bergarbeiter Schaumburg.</u>			
v. 2. bis 29. Juli	Für 6 Rezepten à 3gg	18		
v. 16. April bis 4. Sept.	8. <u>Bergarbeiter Christian Fischer.</u>			
	„ 1 ergriffen Weg nach dem Bergwerk, Meile 2 u. Hedebrunn	16		

Nachweis über Arzt- und Arzneikosten der versicherten Bergwerksarbeiter, sowie die damals üblichen Behandlungsmethoden der Hausärzte. Abgerechnet wurden die ärztlichen Leistungen nach Ablauf eines Kalenderjahres

meinden gewährt, soweit diese dazu in der Lage waren. Erstmals sorgten die Knappschaftskassen in sehr bescheidenem Umfang auch für die Witwen und Waisen beim Tod des Ernährers und gewährten eine kleine monatliche Pension. Diese Unterstützungen, auch „Gnadengelder“ genannt hatten folgende Höhe:

a.) ein Kohlenmesser monatlich	3 Rht, 15 gGr
b.) die Wittve desselben „	1 Rth
c.) ein Arbeiter „	3 Rth
d.) die Wittve des Arbeiters „	20-25 gGr
e.) deren Kinder „	2 gGr

Es ist keineswegs übertrieben, wenn man von einer „Privilegierung“ der Bergarbeiter und ihrer Familien gegenüber anderen Berufen ausgeht, denn diese standen bei einem Ableben des Ernährers meistens völlig mittellos da. Man muss allerdings die Höhe der Zahlungen in Relation zu den Lebenshaltungskosten setzen. Nachfolgend eine Preistabelle für Brot und Fleisch, damit der Leser eine Vergleichsmöglichkeit hat, wie teuer Grundnahrungsmittel in dieser Zeit waren.

Fleisch – und Brod – Taxe

Vom 15ten bis zum 31sten Januar 1843

Rindfleisch à Pfund	2 ggr	4 Pf
Kuhfleisch à Pfund	1 ggr	6 “
Kalbfleisch à Pfund	1 ggr	4 “
Schweinefleisch à Pfund	2 ggr	8 “
Hammelfleisch à Pfund	1 ggr	10 “
Schaaflleischh à Pfund	1 ggr	6 “

Brod – Taxe;

Roggenbrod 5 Pfund 20Loth für	4 ggr
2 Pfund 26 Lot für	2 ggr
Wecke 17 Lot – Qut. für	– 8 Pf
Wecke 8 Lot 2 Qut. für	– 4 Pf.

Der Magistrat der Stadt Münden
Budungen

[StA Münden-Zeitungen]

Das „Gnadengeld“ für eine Witwe und deren Kinder hätte im Notfall nicht einmal für das tägliche Brod gereicht, geschweige denn zum Kauf von Fleisch oder Bekleidung, es war nicht mehr als eine unterstützende Geste. Für den Fall, dass eines der Kinder, wesentlich zum Unerhalt einer Witwe beitragen konnte, wurde dieser die Zuwendung vollends gestrichen.

Der Punkt 6 des Reglements besagt, dass sämtliche Ordnungs- und Strafgeelder in die Knappschafts-Casse fallen. Was hierunter zu verstehen ist, geht aus einer Auflistung des Obersteigers Hallbauer vom Jahr 1851/52 hervor:

September:

Mühlhausen	6 gGr	zweimal ohne Erlaubnis gefehlt
Morlich	3 gGr	einmal ohne Erlaubnis gefehlt
Börger sen	3 gGr	desgleichen
Stockmann	3 gGr	desgleichen
Speck	1 gGr 8 Pf	Wegen Unordnung

October:

Stockmann	3 gGr	ohne Erlaubnis gefehlt
Feßel	3 gGr	desgleichen

December:

Mühlhausen	12 gGr	zweimal ohne Erlaubnis gefehlt
Stockmann	4 gGr	einmal ohne Erlaubnis gefehlt
Speck	10 gGr	zweimal ohne Erlaubnis gefehlt
Kohl	6gGr	einmal ohne Erlaubnis gefehlt

Februar:

Speck	4 gGr	Wegen Widersetzlichkeit
-------	-------	-------------------------

Mai:

Speck	4 gGr	Wegen ungeziemenden Betragens
-------	-------	-------------------------------

Summe= 2 Rth, 14 gGr 8 Pf

Münden d. 3. Juli 1852

Hallbauer

Der Bergmann Speck taucht am häufigsten in dieser Liste auf, er wurde bestraft wegen *Unordnung, unerlaubten Fehlens, Widersetzlichkeit und ungeziemenden Betragens*. Bei den anderen war es immer wieder das gleiche Delikt, man fehlte unentschuldigt. Es fällt bei Betrachtung des Zeitr Rahmens auf, dass Fehlzeiten bei den auf dem Werk wohnenden Bergleuten nicht auftauchten. Bei den übrigen fallen Fehltag in die Monate September, Oktober und Dezember. Es war die Zeit der Kartoffel- und Rübenenernte sowie der Herbstbestellung der Felder in den Dörfern, vielleicht war auch eine Kirmesfeier, die ja bis zum Montag dauerte, ein Anlass zu fehlen. Im Dezember waren die Wege sehr oft wegen hohen Schneefalls unpassierbar und man konnte ganz einfach den schwierigen und langen Fußmarsch nicht bewältigen. Diese Strafgeelder kamen jedoch den Mitgliedern der Knappschaft wieder zugute

Die ärztliche Versorgung der Bergleute

Wie sah nun die ärztliche Versorgung der Mitarbeiter aus, an welchen Krankheiten litten sie? Dies geht am deutlichsten aus den Abrechnungen der Ärzte und Apotheker hervor. Sehr gut veranschaulichen dies die Arzt- und Apothekerrechnungen. Im folgenden eine Rechnung des Dr. med. Seiffert, Hedemünden, aus der Anfangszeit der Knappschaftskasse:

Rechnung über ärztliche Bemühungen bei den Bergarbeitern des Königlichen Bergwerks am Steinberg im Jahr 1842

1. Herr Steiger Weltz

Für die erste Untersuchung und Verordnung	4gGr.
Für zweimaliges Blutegellegen und	
Unterhaltung der Nachblutung	12 gGr.
an Auslage für 2 Blutegel	5 gGr 4pf
für 2 Recepte a 3 gGr	6gGr

2. Bergarbeiter Georg Hanne

Für 6 Recepte, a 3 gGr	18 gGr
------------------------	--------

3. Bergarbeiter Heinrich Jahn

Für 1 expressen Weg nach dem Berghause, 1 Meile v. Hedemünden.	2 Rth
---	-------

unter

Unvorhergesehene Ausgaben

*Für Medicin bey der Krankheit des Bergmanns Jahn
4rth 11 gGr*

als Ausgabe.

Für den verunglückten Bergmann Jahn wurden somit aus der Bergwerkskasse 4 Taler und 11 Groschen bezahlt. Häufig wurde den Bergleuten „Brusttee“ verordnet. Dieses Medikament half jedoch nicht gegen die typische Berufskrankheit der Bergleute, die Silikose. Hierunter versteht man die Ablagerung von Steinstaubpartikeln in der Lunge, die sehr oft zum frühen Tod der Bergleute führte.

Der Bau der Kohlenstraße

Waren die Probleme des geringen Absatzes und der sozialen Teilabsicherung der Mitarbeiter und ihrer Familien gelöst, so machte sich mit der sprunghaften Erhöhung der Absatzmengen der schlechte Zustand des Abfuhrweges nach Münden sehr negativ bemerkbar. Es handelte sich ja noch nicht um eine befestigte Straße, sondern um einen Naturweg. Man nutzte auf einem Teilabschnitt die Franzosenstraße. Bei ihr handelte es sich um einen Verbindungsweg durch den Kaufunger Wald zur Werrafurt bei Hedemünden, der durch die französischen Truppen während des 7-Jährigen Kriegs (1756-63) angelegt worden war. Bei der von Wilhelm Lotze erwähnten, 1820 erbauten Kohlenstraße, kann es sich lediglich um den Bau eines kleinen Teilstückes oder um eine Verbesserung eines solchen gehandelt haben. Vielleicht war es auch eine provisorische Trassierung, die er in seinem Geschichtswerk „Geschichte der Stadt Münden und seiner Umgebung“ erwähnt hat.

Die Zahl der Abnehmer der Kohlen hatte sich stark erhöht. Waren es zu Beginn der 20er Jahre noch etwa 25 bis 30, so hatte sich deren Zahl auf über 100, zeitweise sogar auf mehr als 150, erhöht.

Zu ersten Sondierungsgesprächen zwischen dem Mündener Magistrat und dem Amt Münden kam es 1839. Diese verliefen jedoch zu Beginn ergebnislos. Im gleichen Jahr hatte das königliche Amt Münden eine Zeichnung der geplanten Straße durch den Sohn des Forstmeisters Quensell anfertigen lassen. In dieser war die gesamte Wegstrecke in sieben Abschnitte eingeteilt. Sie verlief mit 1278 Ruten über herrschaftliches, mit 675 Ruten über städtisches und 54 Ruten über das Territorium des Gutes Haarth. (Bei diesem Gut handelte es sich um einen eigenständigen Gutsbezirk. Anm. d. Verf.). Vorschläge zum Ausbau der Straße und diese Zeichnung hatte man dem Magistrat Münden am 10. November 1839 zukommen lassen. Die unter den Ziffern V bis VII verlaufende Strecke von 604 Ruten sollte nach Vorstellung des Amtes von der Stadt Münden ausschließlich in Stand gesetzt und unterhalten werden. Dieser Vorschlag stieß auf wenig Verständnis beim Magistrat. Man hatte völlig andere Vorstellungen und übermittelte diese dem Amt.

Am 4. Januar 1840 antwortete Bürgermeister Bodungen auf diese Vorschläge. Er legte dar: ... dass man keineswegs die Zweckmäßigkeit einer solchen Anlage verkenne, die Stadt auch gern bereit ist, zu deren Ausführung mitzuwirken.

Nur ist es in jeder Beziehung zweckmäßiger, wenn der Bau selbst durch die allergnädigste Herrschaft allein besorgt wird, und wir offerieren daher Namens der Stadt einen Zuschuß von Zwei- bis dreihundert Thalern unter den nachfolgenden Bedingungen.

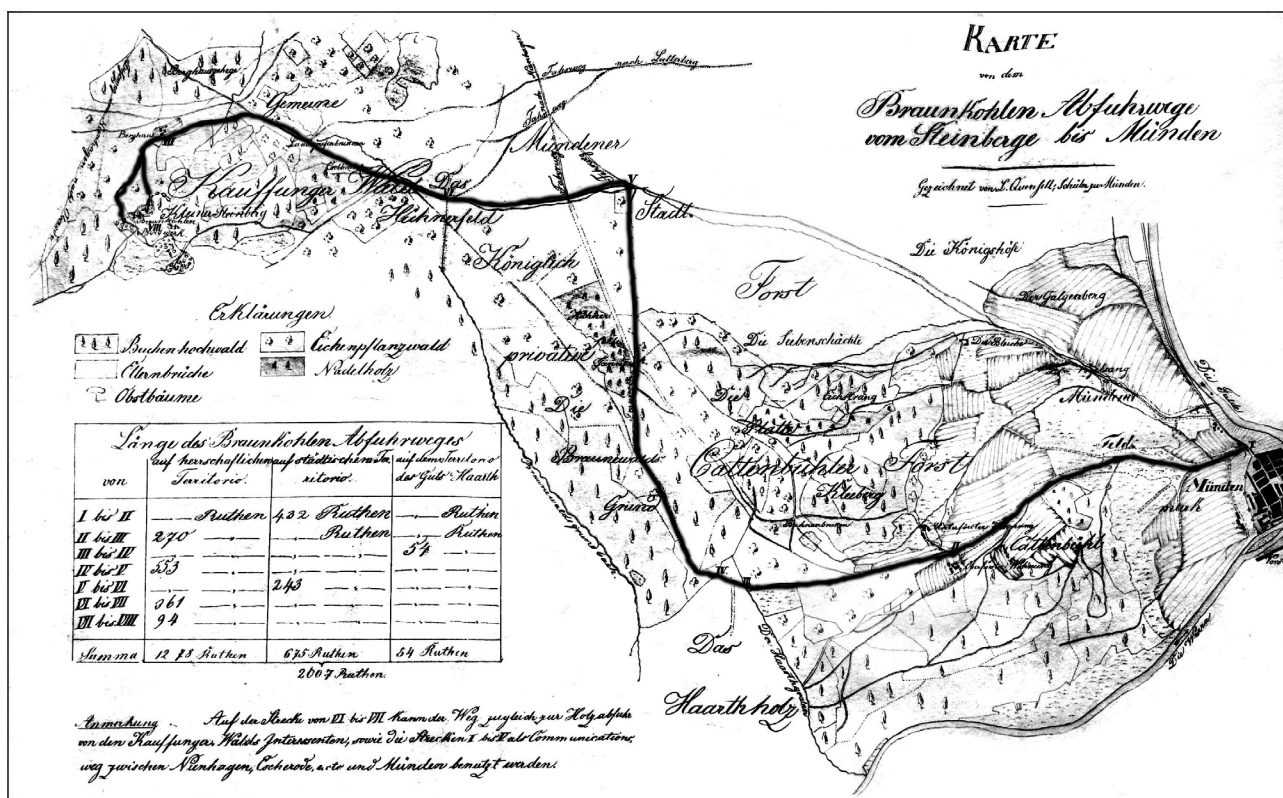
In sechs Punkten machte er den Standpunkt des Magistrats deutlich. Der Fiskus solle den Bau chausseemäßig und mit solidem Grund ausführen. Gleichzeitig solle er auch auf der gesamten Länge für den Unterhalt aufkommen. Der Stadt müsse die Nutzung ohne Erhebung von Chausseegeld eingeräumt werden, ebenso den Bewohnern derselben bei jedweder Nutzung. Die polizeilichen Anordnungen seien zu befolgen. Kohlenfahren vom Steinberg sollten ebenfalls chausseegeldfrei sein. Die Stadt verzichte im Gegenzug auf jeglichen Anteil beim Wegegeld. Die Straße sei auch als Kommunalweg für die Gemeinden Nienhagen, Escherode und andere Gemeinden zu betrachten. Über die Entrichtung von Wegegeld für diese solle die Kammer eine angemessen erscheinende Anordnung treffen.

Für den Fall der Annahme dieser Bedingungen erwarte man eine Bestätigung seitens der Landdrostei. Vom zurückgeschickten Plan wünschte man eine Kopie.

Dies waren Vorschläge, die einzig den Vorteil Mündens im Auge hatten.[BA Clausthal Hann. 2a Nr 348] In einem Bericht des Amtes Münden vom 20. Januar 1840 an das Finanzministerium in Hannover übermittelte man die Vorstellungen des Magistrats und machte umfassende Vorschläge:

Unter diesen Umständen, und da die in der städtischen Feldmark belegene Strecke des Weges von Nr I bis II von Seiten der Stadt größtentheils schon in einen chausseemäßigen Stand gesetzt, und zu jeder Jahreszeit fahrbar ist, daneben auch ausgedehntere Verpflichtungen der Stadt, insoweit sie nemlich auf die Strecke des Weges im herrschaftlichen territorio von Nr. VI bis VI sich ausdehnen sollten, sehr leicht lästige Ansprüche des Magistrats veranlassen und begründen könnten, glauben wir ehrerbietigst anheim geben zu dürfen, daß es für den beabsichtigten Zweck genügen würde, wenn der Abfuhrweg vom Bergwerke in der distance von Nr. VIII bis zu der Grenze der städtischen Feldmark II ohne alles Zuthun des Magistrats der Stadt mit Hülfe der Forststrafdienste, deren stets eine große Anzahl disponibel ist unter Leitung und Aufsicht der herrschaftlichen Revier Forstbediente successiv in fahrbaren Stand gesetzt, und es genehmigt werden würde, daß zu den dabei erforderlichen baaren Geld-Ausgaben für Aufsicht und Geräthe die jährlichen Überschüsse der Bergwerks-Rechnung, soweit sie dazu erforderlich sein werden, verwendet werden dürfen.

In dieser Voraussetzung wird auf die angegebene Weise bei den diesjährigen Forst-Conferenz-Vorschlägen zuvörderst die Instandsetzung der Wegstrecke von dem Punkte IV bis A in Antrag gebracht werden, weil in den nächsten Jahren bedeutende Hauungen in dem oberen Theile des Cattenbühler Reviers vorgenommen werden, und die bessere Beschaffenheit des Weges die Holz-Verkauf-Preise ohnstreitig sehr begünstigen wird. Diesem nach würde denn, da die Strecke von II bis III in Gemäßheit des pro



Karte der Kohlenstraße, gezeichnet vom Sohn des Forstmeisters Quensell

[BA Clausthal Hann. 2a Nr. 347]

1839/40 bereits Genehmigten Forst-Conferenz-Antrags noch im Laufe des Jahres 1840 vollends in fahrbaren Stand gesetzt werden wird, und der Besitzer des Guts Haarth sich nicht abgeneigt erklärt hat, damit auf der Strecke **III** bis **IV** gleichmäßig fortzufahren, nur noch für das Bergwerk die Instandsetzung des Weges von **A** über **VI**, **VII** bis **VIII** auf eine Entfernung von 943 Ruthen übrig bleiben, die in vorbemerckter Weise unter Benutzung der Strafdienste und mit Hülfe der dabei auf der Strecke von **VI** bis **VII** sehr beteiligten Kauffunger-Wald-Interessenten in drei bis vier Jahren ohne großen Kostenaufwand zu bewerkstelligen sein würde.

Die gedachten Kauffunger-Wald-Interessenten haben indessen jene Hülfe in der angenommenen Direction des Weges bestimmt abgelehnt, und nur dann dazu sich verstanden, wenn derselbe auf Lutterberg führe, weil sie sonst überall kein Interesse dabei hätten. Allerdings wäre zu mehrerer Beförderung des Kohlen-Absatzes sehr zu wünschen, daß zur schnelleren Instandsetzung des Weges vom Bergwerke auf Münden größere Mittel disponibel sein mögten. Wenn jedoch Euer Excellenz nicht geruhen sollten, die von dem Magistrat der Stadt Münden mit 300 Rth dazu offerirte Beihülfe, die auch wohl auf 400 Rth noch erhöht werden wird anzunehmen, und wenn ferner die Kosten des beabsichtigten neuen Stollenbaues einen großen Theil des nächstjährigen Überschusses, und vielleicht ihn ganz absorbiren werde, so dürfte freilich wohl ohne hochgeneigte Bewilligung einer Summe von etwa 800 Rth der projectirte Wegebau nicht zu bewerkstelligen stehen. Für den einen wie für den anderen Fall, und insbesondere für den einer nur successiven Instandsetzung des Weges dürfte die

Anlegung eines Kohlen-Magazins hier am Orte sich als sehr zweckmäßig darstellen. Die Anfuhr würde dann durch Lohnfuhr zu einer Jahreszeit zu beschaffen sein, in welcher der Weg meistens fahrbar und der Transport bis hier möglich und erleichtert ist. Für die Aufbewahrung der Kohlen befinden sich sehr angemessene Locale in dem unteren Stock des hiesigen Kornmagazins, und die Verwaltung dieses Kohlen-Vorraths und die darüber zu führende Rechnung würde am angemessensten dem auf dem Magazin-Hofe wohnhaften hiesigen Amtsdieners-Adjunct Borteloh anzuvertrauen sein, der gegen Vergütung eines Meßgeldes von etwa 1 Pf für den Balgen bei ganzen Fudern, und 2 Pf bei Verabfolgung geringerer Quantitäten dieses Geschäfts zu besorgen bereit und ganz dazu qualificirt ist.

Die Anlegung eines solchen Kohlen-Magazins hier am Orte wird dem Kohlen-Absatz sehr beförderlich sein, nicht nur, weil dann dem Bedürfniß der hiesigen Einwohner und namentlich dem der geringeren Classe derselben, sondern auch dem Bedarfe der Einwohner des hiesigen Unteramts und des Gerichts Jühnde, die für ihre Branntweinbrennereien diese Kohlen vorzüglich benutzen, eine leichtere und bequemere Abhülfe verschafft werden kann. Der Fuhrlohn beträgt jetzt vom Bergwerke bis hier a Fuder 1 Rth 8 Mg wird aber ohnstreitig durch Mindestforderung noch wohlfeiler zu verdingen stehen, und ohne Unterschied werden die Kohlen-Empfänger diesen auf jeden Balgen zu reducienden Fuhrlohn der hiesigen Magazin-Casse gern vergüten.

In diesem Schreiben wurden einige Vorschläge unterbreitet, wie man die Situation verbessern könnte. Man tat sich jedoch sehr schwer und zu einer raschen Entscheidung trug

Hann. 84 e Nr. 13

BA Clausthal

Pflichtentgelt
 über die Arbeiten am Hüttenabfuhrweg und Gruppelplatz
 Lauenfelsenbrunn und Steinberg im Monat
 August 1845. *Lez. Nr. 70*

No.	Namen des Arbeiters	Lohn des Pfl.	Gewertung in Preu in Loh			Lauenfelsen		
			6th	10	3	14	14	3
1	Pfeiffer	5 3/4	1	10	6			
2	Böcker	5 3/4	1	10	6			
3	Stamm	6 3/4	1	16	6			
4	Kögel jun	12 3/4	3	4	6			
5	Altmann jun	15	3	18				
6	P. 2	5	1	6				
7	Ludwig jun	17	4	6				
8	Lippert Lg	5 3/4	1	10	6			
9	Müller gew	26	6	12				
10	Müller gew	1/2		3				
11	Müller jun Lg	1		6				
12	Pfeiffermann gew	4 1/2	1	3				
13	Lippert Lg	4 3/4	1	4	6			
14	Ligo	4 1/2	1	3				
15	Ullrich jun	4 1/2	1	3				
16	Grosch	7 1/2	1	21				
17	Wimmer	4 1/4	1	1	6	32	19	6
	<i>Summa</i>	151 1/4				32	19	6
18	Müller gew et Lg	✓	26	20				
19	Grosch	✓	6	6				
20	Pammler	✓	28	16				
21	Grosch	✓	10					
22	Pfeiffermann gew et Lg	✓	33	18				
23	Pfeiffer et Lg	✓	2	12	9	108		9
	<i>Sum. Loh</i>					140	20	3
Steinberg d. 3. Septbr 1845								
Hüttenbau								
Hüttenbau								
Hüttenbau								
Hüttenbau								
Hüttenbau								
Hüttenbau								
Hüttenbau								
Hüttenbau								
Hüttenbau								

Auflistung der geleisteten Arbeiten an der Kohlenstraße und deren Entlohnung für den Monat August 1845

[BA Clausthal Hann. 84e Nr. 13]

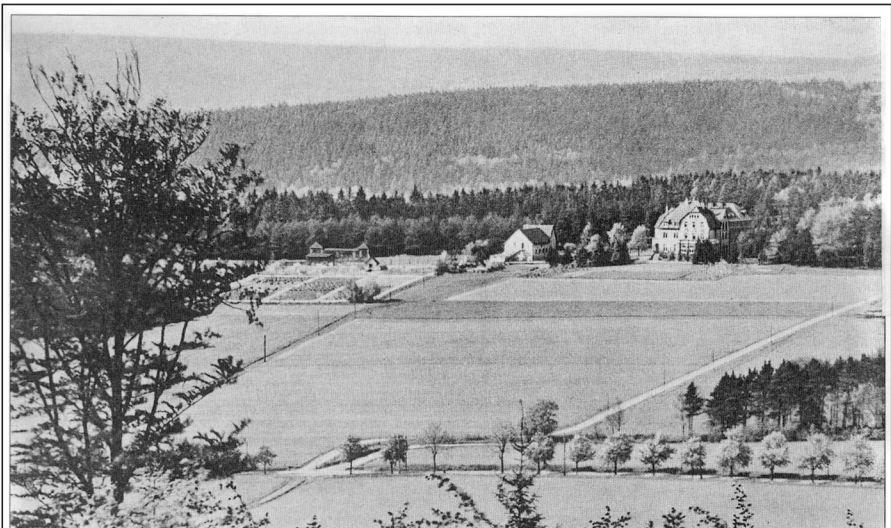
es nicht bei. Nach vier Jahren des Abwägens und Rechnens, war die Entscheidung dahingehend gefallen, dass die Stadt Münden den Teil der Straße, der auf städtischem Gebiet verlief, in eigener Regie ausbaute, während der Forstfiskus den übrigen Teil durch den Kattenbühler Distrikt bis zum Bergwerk auf staatliche Kosten ausbauen würde.

Da sowohl die Stadt Münden als auch der Fiskus ein reges Interesse am Ausbau des Weges zu einer Straße hatten, kam es 1844 endlich zur Ausführung des lange gehegten Plans. Der Magistrat Mündens hatte vom Mündener Handelshaus Wüstenfeld einen Kredit über 600 Rth erhalten. Das Unternehmen hatte diese Summe für zwei Jahre zinsfrei zur Verfügung gestellt. In zwei gleichen Raten musste die Stadt den Betrag 1845 und 1846 zurückzahlen. Dass der Ausbau aus Sicht der Unternehmer notwendig war und demzufolge auch vorfinanziert wurde, kann man aus einem Bericht der Mündenschen Nachrichten vom 25. März 1853 [StA Münden, Zeitungen] bezüglich der damaligen Energiesituation entnehmen: ... *Unsere Stadt hat zwar auch reiche und schöne Wasserkraft in ihren Flüssen, in der kleinen Schede und ihrem schönen Gefälle, in dem Ilksbache bei dem Letzenheller ec. ec. allein für die Dampfkraft fehlt ihr in der Nähe das Material. Das Kohlenbergwerk auf dem Hühnerfeld ist durch seinen dort früher getriebenen Raubbau und spätere Ausbeute fast ganz abgebaut; die Kohlen sind höchst mittelmäßig, ja im Vergleich mit denen bei Cassel schlecht, der Transport derselben mühsam und daher theuer; die Kohlen aus den ergiebigen Kohlenlagern im Schaumburgischen und in der Nähe der Weser zwar erreichbar, aber durch den Transport zu theuer, um eine Fabrik, welche zu ihrer Dampfkraft ein bedeutendes Quantum davon bedürfte.*

Der Autor beschrieb das Dilemma fehlender Energie für die im Aufbau befindliche Industrie, wobei er jedoch in Bezug auf die derzeit am Steinberg vorhandenen riesigen Kohlenflöze irrte. Den Transport der Kohlen schilderte er völlig korrekt als *mühsam und daher theuer*. Er schrieb diese Zeilen acht Jahre nach Fertigstellung der gesamten Wegstrecke. Um dies besser verständlich zu machen, ist es notwendig, nochmals auf einen Bericht der Mündenschen Nachrichten hinzuweisen, der allerdings erst am 25. September 1904 von Georg Fischer, genannt Heltenberg, [StA Münden, Zeitungen] geschrieben worden ist. Er beschrieb die Kohlenstraße wie folgt:

... Ein zweiter auf dem Rücken des Oberamtes Münden aber mehr östlich in den großen Waldbestand der hannoverschen Oberförsterei Cattenbühl und Escherode führender Weg, die sogenannte „Kohlenstraße“, läuft die Braunkohlenzeche Steinberg an. Für diese, die sonst Verbindung

durch den Kleeberg hatte, ist die Kohlenstraße auch vorwiegend s. Zt. Geschaffen worden. Als Vorbild vermochte hier die Casseler Straße nicht zu dienen, da die Kohlenstraße um 1820, also viel früher angelegt und von in alten „Steilauf“-Anschauungen befangenen Tief-Bauleuten zur Ausführung gebracht war. Außerdem hatte man die Längsfläche der Straßenkrone oben vom Steinberg an bis zur Eisenbahn herunter mit mehreren hundert derb ausgepflasterten Gossen zur oberirdischen Ableitung des Regenwassers durchquert. Fahrten auf dieser Kohlenstraße boten denn nicht allein Pferde- sondern auch Menschenschinderei, denn Kutscher und Reisende fuhren männiglich fußhoch „im Hochgenuß“ von ihren Sitzen empor bei Durchfahrt dieser Höllengossen, die auf je 75 bis 100 Metr Abstand dem Straßenzug eingebaut waren! – Der Zweck: daß das Wasser in der Tiefe der Gossen zunächst „tot“ fallen solle, also ohne Nachteil für Straßenkrone und Packlage bleiben solle, wurde natürlich erreicht, aber wie. (Jene Gossen sind anfänglich noch weiter herunter bis ins Tal im Querschnitt der Kohlenstraße eingebaut gewesen, da diese von der Eisenbahn später durchschnitten und im Unterlauf durch den Vogelsang verlegte Straße früher geradeaus unmittelbar in das obere Tor der Stadt mündete.



149. Die Ansichtskarte mit Poststempel vom 19.1.1930 zeigt den Bereich der Rehbocksweide. Vorn die frühere Kohlenstraße (heute An der Rehbocksweide), im Hintergrund die damalige Frauenschule des Reifensteiner Verbandes.

[Mit freundlicher Genehmigung entnommen: "Münden in alten Ansichten" von Walter Beinhorn]

Georg Fischer schilderte die antiquiert ausgebaute Straße, die immerhin einen Höhenunterschied von 330 Metern überwinden muss. Er sprach von „mehreren hundert Querrinnen“, was zweifelsohne stimmte, denn es waren tatsächlich 441 eingebaut worden. Dies geht auch aus einem Schreiben des Oberforstmeisters Quensell an den Amtshauptmann Regierungsrat Scharlach vom 2. August 1870 hervor, in dem es u. a. hieß: ... *darf ich mich auf das Protocoll vom 12. Mai d. J. Ergebnist beziehen. Hier ist forstverwaltungsseitig die Erklärung schon abgegeben, daß 441 Rutschen (so bezeichnete er die Querrinnen. Anm.d. Verf.) der Kohlenstraße sich in solchem Zustande befänden, daß*

die Instandsetzung derselben einen Neubau fast gleichkommen und mindestens 1200 Rth kosten würde.

Georg Fischer vertraute der Aussage Wilhelm Lotzes, der den Bau der Kohlenstraße auf das Jahr 1820 fixiert hatte. Hierauf gestützt, war er überzeugt, dass die Verantwortlichen den modernen Ausbau der Straße von Münden bis Lutterberg noch nicht vor Augen hatten und aus diesem Grund die Querrinnen auf den Gefällstrecken nach gängigem alten Muster hatten einbauen lassen. Ein plausibler Grund für diese Art des Ausbaues ist nirgendwo zu finden, zumal allen am Bau Beteiligten die nur ca. 20 Jahre vorher nach fortschrittlichen Gesichtspunkten gebaute neue Chaussee von Münden nach Kassel als gutes Beispiel hätte dienen können. Eine Antwort auf die Frage, warum eine solch krasse Fehlentscheidung getroffen worden ist, lässt sich nicht finden. Vielleicht war es dadurch begründet, dass man bei zeitgemäßer Ausführung eine völlig andere Trassierung hätte vornehmen müssen und hiermit wären auch starke Eingriffe in den Waldbestand erforderlich geworden.

Nach diesem Einblick in spätere Berichte über den Zustand der Kohlenstraße zurück in die Zeit ihrer Erbauung, in die Jahre 1844 und 1845.

Um eine gesicherte Basis für die Investitionen, die ein Ausbau der Kohlenstraße erfordern würde, zu bekommen, wurde im August 1843 durch den Bergwerks-Assessor Schuster und den Obergeschworenen Hartleben ein umfassendes Gutachten [BA Clausthal Hann. 84 f Nr 133] ... über den ferneren Betrieb des Braunkohlenbergwerkes am Steinberg, Amts Münden, nachdem wir die Verhältnisse desselben vom 11. bis 17. d. M. gemeinschaftlich an Ort und Stelle untersucht haben ... erstellt. Am 22. August 1843 sandten sie ihren abschließenden Bericht an das Finanzministerium in Hannover. In diesem befürworteten sie eine beschleunigte Instandsetzung des „Hauptabfuhrweges“ und berechneten dessen Kosten auf etwa 2000 Taler. Sie machten dann noch den Vorschlag, Versuche zu unternehmen, um mittels einer Steinpresse, wie sie in Ziegeleien verwendet wurde, aus dem Kohlenklein brennbare Stücke zu formen, da diese die gleichen Bestandteile wie die gröbere Kohle aufweisen. Auch eine erneute Alaunproduktion und die Einrichtung einer Ziegelei tauchten in diesem Gutachten wieder auf. Daneben machten sie den Vorschlag für den Steiger Weltz eine Wohnung am Werk zu errichten, da er nur so die notwendige Aufsicht über den Betrieb führen könne. Das Gutachten war durchweg positiv in Bezug auf die wirtschaftlichen Aussichten und dürfte den Ausschlag gegeben haben, eine Finanzierung der Kohlenstraße durch das Ministerium zu erlangen.

Am 30. Oktober 1843 kam der schriftliche Bewilligungsbescheid des Finanzministeriums aus Hannover über 1200 Taler. Diese Zusage war gebunden an die Voraussetzung ... daß die von dem Magistrate der Stadt Münden zugesicherte chaussee-ähnliche Instandsetzung des Abfuhrweges im städtischen Terrain wirklich ohne Verzug ausgeführt werden wird. Der Weg sollte in einen Zustand versetzt werden, der es erlaubt, dass die Abfuhr der Kohlen künftig zu jeder Zeit ohne Schwierigkeit geschehen kann und nach

Ablauf eines jeden Vierteljahres sollte eine Anzeige der Bergwerksadministration am Steinberg über den Fortschritt der Arbeiten nach Hannover gesandt werden. Während der Ausbauarbeiten wurden zudem von Seiten der Landdrostei Hildesheim am 24. Juli 1844 weitere 600 Taler für den Ausbau der Straße bewilligt. Nachdem die Finanzierung des Vorhabens zum größten Teil gesichert war, stellte der seit 1840 im Bergwerk tätige Steiger Hallbauer im Frühjahr 1845 nahezu 30 Arbeiter und Fuhrleute aus den umliegenden Ortschaften für die anstehenden Ausbauarbeiten ein. Einblick in diese Vorgänge gewähren uns die monatlichen Schichtenzettel über die Arbeiten am Kohlenabfuhrwege vom Herrschaftlichen Braunkohlen-Bergwerke am Steinberg im Amt Münden [BA Clausthal Hann 84c Nr. 13] oder die von verschiedenen Fuhrleuten und Handwerkern quittierten Beträge für unterschiedliche erbrachte Leistungen, die im Zusammenhang mit dem Bau der Straße standen. Der größte Teil der Investition wurde für Löhne aufgewendet. Die Oberaufsicht führte das Amt Münden, vertreten durch den Forstmeister Quensell, vor Ort war der Steiger Hallbauer verantwortlich. Diesem war der Aufseher Malzfeld unterstellt, der vor Ort die Aufsicht führte und auch mitarbeitete.

Wenn man den von Hallbauer für den Monat Juni 1845 aufgestellten Schichtenzettel näher betrachten, sehen wir unter der Rubrik Namen der Arbeiter als ersten den Namen Malzfeld unter Bemerkungen; ... Für Aufsicht und Mitarbeit. Die nach ihm aufgelisteten 23 Arbeiter wurden ... für Steinbruchs Arbeiten, für Einebnen des Weges, Steine zu fahren und Gruben zu ziehen ... eingesetzt. Zum Schluss folgen unter den Nummern 25 und 26 die Sichelsteiner Fuhrleute Herbst und Semmler. Herbst hatte im Juni 6 Taler und 6 Groschen verdient. Für 10/16 Faden Basaltsteine zu klopfen à 1/16 15 ggr.

Quittung über erhaltenen Lohn des Fuhrmanns Johannes Gerwig aus Nienhagen

[BA Clausthal Hann. 84e Nr. 13]

Semmler bekam 12 Taler Für 36 Ruthen Steinbahn zu machen à 8 ggr.

Insgesamt zahlte Hallbauer 126 Taler und 12 Groschen an die Beschäftigten für diesen Monat aus. Der Bau der Kohlenstraße sicherte somit für eine Reihe von Tagelöhnern aus den Dörfern des Obergerichts für ein ganzes Jahr ein stetiges monatliches Einkommen. Ein Umstand, der für diese am unteren Rand der dörflichen Gesellschaft lebenden Menschen sehr positiv war, denn ansonsten war ihre Arbeitsleistung nur gefragt, wenn die Bauern während der Aussaat im Frühjahr und der Erntezeit im Sommer und Herbst zusätzliche Hilfskräfte benötigten oder aber wenn der Holzeinschlag anstand. Aber auch für einige Bauern mit Pferdegespannen, überwiegend aus Sichelstein und Nienhagen, bedeutete der Bau eine fast ganzjährige Einnahmequelle durch Materialfahren. Hier am Beispiel des Nienhäger „Fuhrmannes“ Johannes Gerwig deutlich gemacht, der in den Monaten Februar bis Dezember 1845 folgende Einnahmen mit seinen Fuhren zum Straßenbau erzielte:

Februar	17 Rth.		
April	9 Rth.		
Mai	11 Rth.		
Juni	14 Rth.	1 gGr.	6 Pf.
Juli	60 Rth.	18 gGr.	
August	83 Rth.	18 gGr.	
September	51 Rth.	18 gGr.	
Oktober	34 Rth.	17 gGr.	3 Pf.
November	10 Rth.	15 gGr.	
Dezember	12 Rth.	2 gGr.	
Gesamt:	304 Rth.	15 gGr.	9 Pf.

Man kann hier von einer bedeutenden Summe sprechen, die sich Johannes Gerwig mit seinem Gespann zusätzlich zu seiner Landwirtschaft verdienen konnte. Hinzu kamen noch verschiedenen Holzfahren, die er in diesem Zeitraum für den Bergwerksbetrieb selbst machte. Die Umschrift der hier abgebildeten Quittung vom 4. Juli 1845 lautet:

Beleg Nr. 81
Behuf Anlegung eines Kohlenabfuhrweges vom Herrschaftlichen Braun Kohlenbergwerke am Steinberg sind durch den Fuhrmann Gerwig 10? Faden Sandstein angefahren à Faden 6 Rth, also Summa

60 Rth 18 ggr

Diesen Betrag richtig erhalten zu haben, wird hiemit quittierend bescheinigt

Nienhagen d 4 Juli 1845

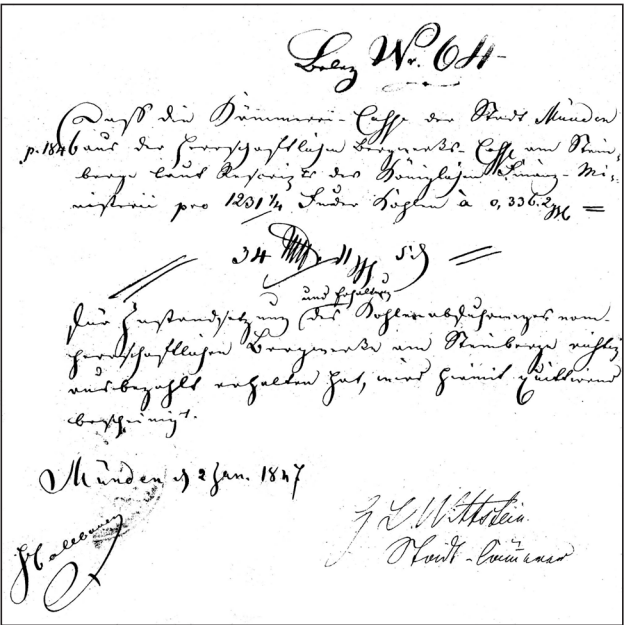
Johannes Gerwig [BA Clausthal Hann 84 e Nr 13]

Der hier benutzte Begriff *Faden* bedeutete in der Regel ein Längenmaß, im Tiefbau bedeutete er dagegen ein Raummaß von 1 Rute x 1 Rute x 4 Fuß = 1024 Kubikfuß ~ 25 m³.

Die bewilligten Gelder waren im Juli 1845 bereits ausgegeben, so dass die Bergwerks-Administration einen erneuten Zuschuß in Höhe von 300 Talern beantragte. Dieser wurde am 4. August 1845 bewilligt und angewiesen. Somit waren die von den Prüfern Schuster und Hartleben errechneten

Ausbaukosten von 2000 Talern lediglich um 100 Taler überschritten. Weitere Zuschüsse sind nicht mehr vermerkt, so dass die Vorausberechnungen sehr genau gewesen sein müssen, da die geplante Summe lediglich um 5% überschritten worden ist.

Um einen kleinen Ausgleich für die Kosten zu erlangen, wurde am 30.12.1845 auf Antrag der Bergwerks-Admini-



Quittung des Stadtkämmeres Wittstein über anteiliges Wegegeld für die Kohlenstraße
[BA Clausthal Hann. 84e Nr. 13]

stration der Preis für ein Fuder Kohlen von 1 Rth. 4 gGr. auf **Einen Thaler 5 gGr.** ab 1.1.1846 einschließlich Wegegeld durch das Finanzministerium erhöht.

Nach Fertigstellung des Weges musste man auch einen Modus für die Aufteilung des Wegegeldes finden. Die Stadt und auch der Fiskus hatten den Ausbau ihrer jeweiligen Teilstrecke getrennt ausgeführt und finanziert. Forstmeister Quensell und Amtmann Blumenhagen machten dem Finanzministerium Hannover am 13.12.1845 den Vorschlag: ... jetzt für immer der städtische Anteil des Wegegeldes nach der Länge des von jedem Theile zu bessernden Weges und nach der abgefahrenen Fuderzahl der Kohlen festgesetzt, so bedarfes keiner weiteren Verhandlung, niemand kann dabei Schaden leiden und die Angelegenheit ist auf eine einfache Weise und unserer unmaßgeblichen Ansicht nach auf einer zutreffenden und gerechten Grundlage geordnet.

Eurer Excellenz weiteren hohen Verfügung verstellen wir übrigens ehrfurchtsvoll die Entscheidung
Quensell Blumenhagen

Dieser Vorschlag wurde in Hannover akzeptiert und auch der Mündener Magistrat nahm ihn an.

Als feste Summe belegte man jedes Fuder Kohle mit zwei Groschen Wegegeld, das auf den Verkaufspreis aufgeschlagen wurde. Die Stadt Münden war an der Gesamtstrecke mit einem 0,336 Streckenanteil auf ihrem Gebiet

beteiligt, somit wurde die Stadt auch mit einem Anteil von 0,336 am Wegegeld bedacht. Am 2. Januar 1847 nahm der Stadtkämmerer G. L. Wittstock für die Kammerei-Casse der Stadt Münden erstmals das anteilige Wegegeld von 34 Rth 11 ggr 5 Pf zur Instandsetzung und Erhaltung des Kohlenabfuhrweges vom herrschaftlichen Bergwerke ... Insgesamt waren im ersten Jahr nach Fertigstellung der Straße 1231 $\frac{1}{4}$ Fuder Braunkohlen nach Münden transportiert worden. Dies bedeutete noch keine Steigerung gegenüber den Vorjahren, obgleich man nach dem Ausbau einen jährlichen Absatz von 2000 Fudern erwartet hatte. Auch in den Folgejahren sollte der Ausbau keinen erhöhten Absatz bewirken. 1848 verringerte sich der Absatz der Kohlen sogar auf 1173 $\frac{1}{4}$ Fuder. Während des Jahres 1849 sank der Absatz auf 1075 $\frac{1}{2}$ Fuder. Vom 1. Januar 1850 bis zum 30. Juni 1851 konnte mit 1728 Fudern wieder eine leichte Steigerung erzielt werden.

Die Durchschnittszahlen der Jahre 1852 bis 1855 lagen mit 1293 $\frac{3}{4}$ Fuder pro Jahr auch nicht wesentlich höher. Erst das Jahr 1857 brachte nahezu eine Verdoppelung auf 2419 Fuder. Während 1858 wieder ein Rückgang auf 1737 Fuder erfolgte, wurden 1859 wiederum 2303 $\frac{1}{2}$ Fuder transportiert. Erst 1860 wurden mit 2535 $\frac{3}{4}$ Fudern wieder eine Verdoppelung der Abfuhrmengen der 40er Jahre erreicht. Somit kann man feststellen, dass es 15 Jahre gedauert hat, bis sich der Ausbau auf den Absatz der Kohle positiv auszuwirken begann. Unter Umständen war dies nicht die alleinige Ursache, sondern der stetig wachsende Einsatz von Dampfmaschinen in den neuen Mündener Industriebetrieben.

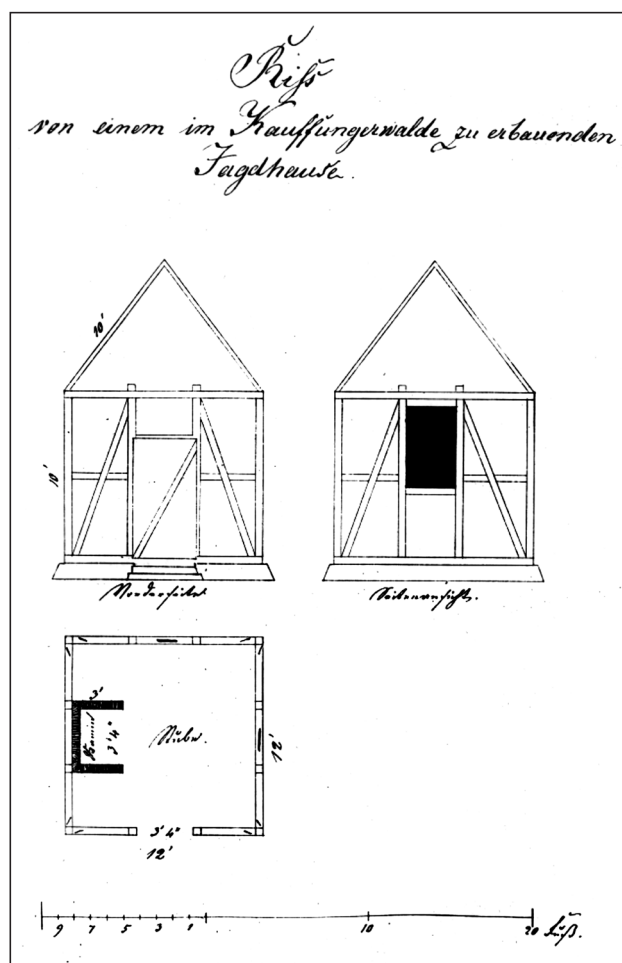
Das Wegegeld war 1857 auf 2 Groschen und 5 Pfennige pro Fuder erhöht worden. Diese Anhebung wurde mit der Veränderung der Talerwährung auf das Dezimalsystem eingeführt. Der Taler bestand nun aus 30 Groschen, der Groschen aus 10 Pfennigen.

Die erhebliche Steigerung der Kohlenfahren bewirkte auch eine starke Abnutzung der Straße, wodurch wiederum umfangreiche Instandsetzungsarbeiten erforderlich wurden. Das Finanzministerium verlangte vom Mündener Amt, dass man das Wegegeld erhöhen und die Interessenten des Kaufungerwaldes, die über einen Teil der Straße jedes Jahr 150 Klafter Brennholz transportierten, zu den Kosten heranziehen sollte. Dies lehnte das Amt mit der Bemerkung ab, dass die genutzte Strecke sehr gering und die von diesen im übrigen genutzten Wege in sehr schlechtem Zustand seien. Es machte jedoch einen anderen Vorschlag: ... *Hingegen wird die untere Strecke des Kohlenabfuhrweges wie der s. g. Franzosenstraße bis Münden zur Holzabfuhr aus der Klosterforst Haarth mit Vortheil benutzt. Es werden darauf circa 200 Klafter à 144 cf abgefahren und möchten nach unserer unmaßgeblichen Ansicht die Königliche Klosterkammer zu den Unterhaltungskosten wohl ein jährliches Aversum von etwa 24 Rth zahlen können. Von diesem Aversum würde die a.g. Herrschaft 0,38 und die Stadt Münden 0,62 nach Verhältniß der Wegestrecken, soweit sie herrschaftliches und städtisches Terrain berühren, beziehen.* [BA Cl Hann. 2a Nr 348] Aus diesem Schreiben geht auch hervor, dass seitens der Forstverwaltung aus dem Bezirk

Kattenbühl jährlich 800 Normal Klafter Bau- Nutz- und Brennholz abgefahren wurden, in den letzten 6 Jahren circa 2000 Rth verwandt und wird daher die Forstverwaltung zu den Unterhaltungskosten der fraglichen Straße wohl nicht weiter herangezogen werden können.

Die Klosterkammer wurde zu den hohen Unterhaltungskosten nicht herangezogen und auch die Dörfer haben keinen Beitrag zum Unterhalt leisten müssen. Der Preis eines Fuders der Kohle wurde in Anbetracht der hohen Unterhaltungskosten der Straße vom 1. Mai.1859 an von 1 Rth. 6 gGr. 4 Pf. auf 1 Rth. 8 gGr. 8 Pf. erhöht. Das Wegegeld wurde zum gleichen Termin auf 7 gGr. 5 Pf. erhöht. Die sehr moderate Preisanhebung der Kohle stand in engem Zusammenhang mit der Tatsache, dass man am Hohen Hagen bei Dransfeld ebenfalls auf Braunkohlenlager gestoßen war und dies den Absatz im Untergericht negativ beeinflussen würde. Diejenigen Kosten für die Instandhaltung, die nicht aus den Zuschlägen für die einzelnen Kohlenfahren erwirtschaftet wurden, schlug man den allgemeinen Kosten des Bergwerks zu. Dies geschah in der Erwartung des jährlichen Ausgleichs durch die Königliche Kammer in Hannover.

Mit dieser Betrachtung der Entwicklung der Fördermengen und des Wege- und Kohlegeldes sind wir der Zeit etwas



1. Entwurf eines kleinen Jagdhauses

[BA Clausthal Hann. 84e Nr. 13]

das Königliche Ober-Jagd-Departement hatten ein Interesse am Bau eines von beiden Seiten genutzten Neubaus auf dem Steinberg. Der erste Entwurf von Oberförster Quensell sah noch einen gemeinsamen Eingang für den Kohlenmesser wie auch die Forstbediensteten von der Ostseite her vor. Aber auch dieser Plan musste geändert werden. Der geänderte Planentwurf Quensells wurde letztendlich am 2.6.1847 unter Vorbehalt der Akzeptanz durch die Domänenkammer des Hannoverschen Finanzministeriums genehmigt. [BA Clausthal Hann. 2a Nr 13] Die Domänenkammer war jedoch mit dem vorgesehenen gemeinsamen Eingang nicht einverstanden, so dass eine weitere Änderung des zweiten Plans vorgenommen werden musste. Einige Wochen später, am 13. August 1847, schickte Quensell den geänderten Plan mit einem Begleitschreiben an das Königliche Oberforstamt Göttingen. Er schrieb hierin unter anderem: ... da es indeßen wünschenswerth ist, daß der beabsichtigte Bau im nächsten Jahre zur Ausführung gebracht wird, so erlaube ich mir hierneben angeschlossen einen anderweitigen Bauriß, welcher nach dem von Euer Hochwohlgeboren und der Herrn Oberjägermeister Grafen von Hardenberg in vergangnem Frühjahr an Ort und Stelle geäußerten Ansichten entworfen ist zur fachgeneigten Prüfung und Weiterbeförderung an Königliche Domainen-Cammer ehrerbietigst vorzulegen. Nach diesem Plane

Kopie

Unbegabte Nagel zum Gebrauche der Kohlenmesser

1850

Januar 1848 ganze Lathung 1200	5.6
" 1/2 " ganze Lathung 1200	2.6
Februar 1/2 " ganze Lathung	2.6
März 1/2 " ganze Lathung	2.6
April 1/2 " ganze Lathung	2.6
Mai 1/2 " ganze Lathung	2.6
Juni 1/2 " ganze Lathung	2.6
Juli 1/2 " ganze Lathung	2.6
August 1/2 " ganze Lathung	2.6
September 1/2 " ganze Lathung	2.6
Oktober 1/2 " ganze Lathung	2.6
November 1/2 " ganze Lathung	2.6
Dezember 1/2 " ganze Lathung	2.6
Summa	30.6

Summa 30.6

Minuten 28

1850

Offener Brief

1850

Obige Rechnung vom 18. 10. 1848

1850

1850

Quittierte Rechnung über gelieferte Nägel des Nagelschmieds Johann Christoph König aus Münden

[BA Clausthal Hann 84e Nr. 12]

würde der nicht gewünschte lange, schmale Gang wegfällen, das Gebäude 2 Hausthüren erhalten, wovon die Hausthür in der Vorderseite des Gebäudes über einen Vorplatz zu dem Local für Forst- und Jagdbediente führt. Der Vorplatz steht durch eine Thür mit der Diele der Kohlenmes-

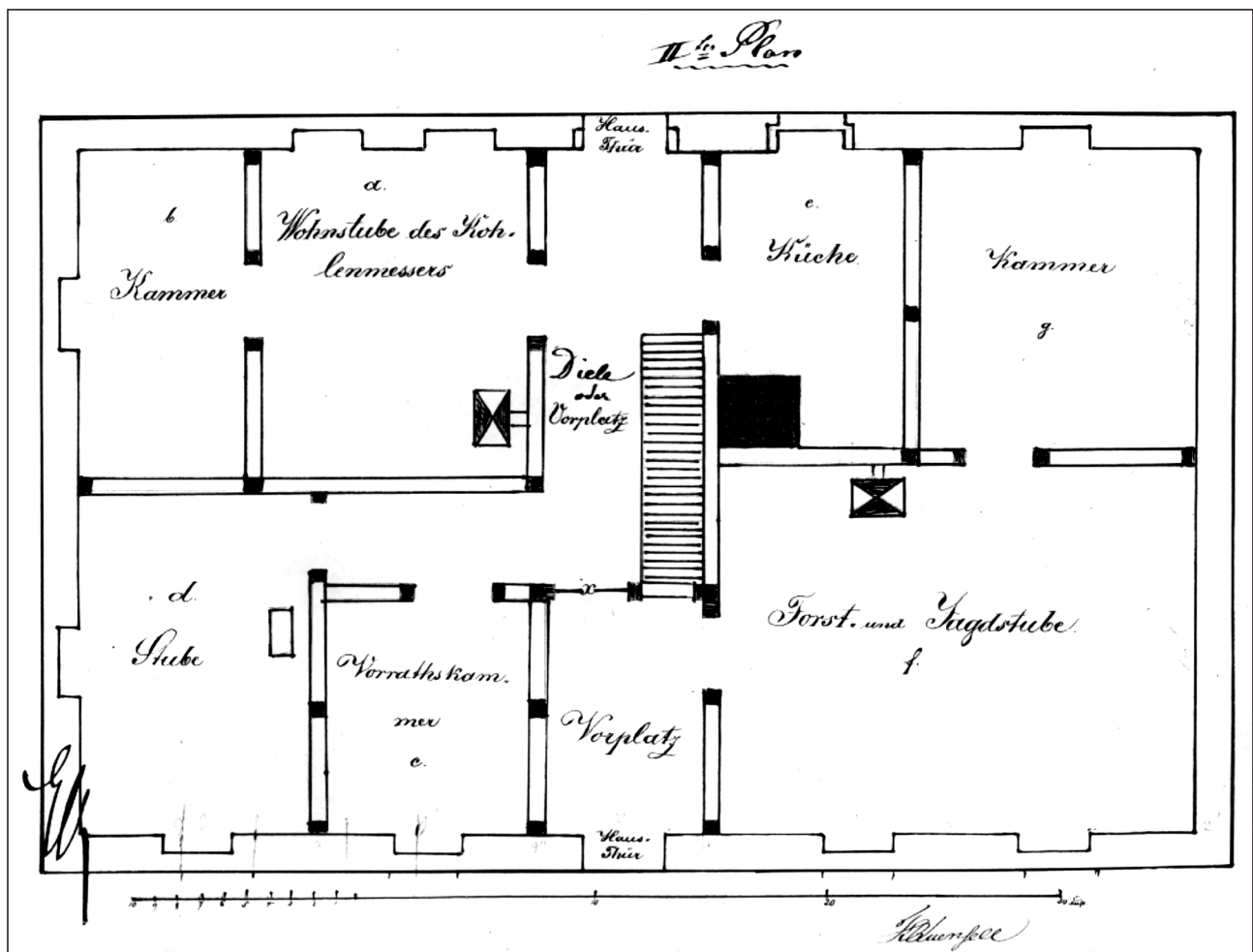
serwohnung in Verbindung und kann davon getrennt bleiben, wenn die Thür verschlossen wird.

Dieser Plan wurde endlich am 5. Oktober 1847 in Hannover genehmigt und die veranschlagten Kosten von 400 Talern sollten je zur Hälfte von der Bergwerks- und Forstverwaltung getragen werden. Der Plan sah folgende Einteilung vor: Jede Wohnung hatte einen separaten Eingang mit Vorplatz oder Diele. Der kleinere Hausteil, das s. g. *Jagdetablisement*, wurde von der Nordseite aus betreten und bestand aus einer beheizbaren *Forst- und Jagdstube* sowie einer *Kammer*. Die Kohlenmesserwohnung war wesentlich größer und bestand aus einer Diele, die von Süden betreten werden konnte, einer Küche mit Herdstelle, einer Vorratskammer, zwei Wohnstuben, von denen eine beheizbar war sowie einer Kammer (unter Kammer ist Schlafzimmer zu verstehen). Von der Diele führte eine Treppe in den Keller des Hauses.

Das Haus hatte eine Länge von 45 Fuß und eine Breite von 33 Fuß. Im Frühjahr 1848 wurde mit den Bauarbeiten begonnen. Am 12. Aug. 1848 quittierte Zimmermeister Heimrich aus Landwehrhagen für seine Arbeit dem Steiger **Hallbauer 400 Taler**. Die veranschlagte Gesamtsumme wurde jedoch beträchtlich überschritten. Allein für Zimmer- und Schreinerarbeiten mussten schon 400 Taler aufgewendet werden. Die ursprünglichen angenommenen Baukosten von 400 Talern waren auf 773 Taler, 23 gGr. und 4 Pf. angewachsen und auch diese Summe musste zum Schluss noch auf 800 Taler erweitert werden. Als das Haus am 24. August 1849 fertig geworden war, sollte die zum Bergwerk gehörende Wohnung von dem derzeitigen Kohlenmesser Leeser bezogen werden. Dieser hatte jedoch im Juni 1848 ohne Kündigung seine Stellung aufgegeben und das Bergwerk verlassen. So kam es, dass dem Bergmann Hille aus Lutterberg *interimistisch* dessen Stellung übertragen worden war. Der Bericht, den Quensell und Blumenhagen an das Ministerium nach Hannover sandten, ist in Bezug auf die Hinhaltetaktik gegenüber Hille und die Beschreibung der Aufgaben eines Kohlenmessers aufschlußreich. Es heisst hierin u.a.: ... *Wenngleich der Bergmann Hille unter den hiesigen Bergarbeitern am besten zum Kohlenmesser sich eignet, so scheint es dennoch ratsam zu sein daß demselben der Kohlenmesserdienst einstweilen noch interimistisch übertragen und ihm nur Hoffnung zur definitiven Anstellung gemacht werde, insofern er ferner seine Dienstobliegenheiten pünktlich und gewissenhaft nachkommt, da er in einer solchen Stellung fernere Beweise seiner Brauchbarkeit zu liefern suchen und es auf diese Weise am sichersten gelingen wird, ihn zu einem tüchtigen und rechtlichen Kohlenmesser heran zu ziehen.*

Die eigentlichen Obliegenheiten des Kohlenmessers am Steinberg bestehen vorzugsweise darin, dass derselbe eine gewissenhafte und strenge Aufsicht führt, dass:

1. die Kohlen möglichst rein auf die Halde gefördert werden,
2. die Bergarbeiter mit dem Förderungsgeräthe das richtige Quantum Kohlen zu Tage fördern;
3. die Kohlenhalde immer in guter Ordnung ist, und



Nach diesem Entwurf Quensells wurde die Wohnung für den Kohlenmesser und das Jagdetablissemee gebaut
[BA Causthal Hann 84e Nr. 13]

4. die Käufer mit dem vorgeschriebenen Maße
das richtige Quantum Kohlen zugemessen erhalten.

Neben dem monatlichen Verdienst von acht Talern hatte er freie Wohnung, 1 Morgen und 45 Quadratrußen Gartenland, sowie 3 Morgen, 4 Quadratrußen Wiesen. Der Nutzungswert der Wohnung und des Landes wurde auf 19 Taler veranschlagt, so dass sich der Verdienst auf insgesamt 115 Taler pro Jahr belief.

Über die alte Kohlenmesserwohnung hatte man in Hannover noch keine Entscheidung gefällt. Von Seiten der Bergwerksleitung wurde nun folgender Vorschlag gemacht:

... Sehr wünschenswerth dürfte es sein, daß außer dem Kohlenmesser noch ein Bergmann auf dem von allen Ortschaften entfernt belegenen Kohlenbergwerke wohnt, um bei Unglücksfällen schnelle Hülfe leisten zu können. Wenn nun der Bergmann Bürger einer der tüchtigsten und kräftigsten Arbeiter, um käufliche Überlassung der alten Kohlenmesser-Wohnung gebeten und sich erboten hat, 40 bis 50 Rth dafür zu bezahlen und eine höhere Geldsumme bei dem Verkauf auf den Abbruch nicht aufkommen wird, so erlauben wir uns das Gesuch des Bergmanns Bürger einer hochgeneigten Berücksichtigung zu empfehlen.

Das Ministerium stimmte den Vorschlägen Quensells am 10. September 1849 bezüglich der Wohnung und einer Anstellung Hilles zu.

Durch den Kauf des alten Hauses würde der Bergmann Bürger jedoch Domizilrechte auf dem Steinberg erwerben. Man solle erst in Erfahrung bringen, ob der Anschluss der herrschaftlichen Gebäude an eine der benachbarten Gemeinden in Kürze zu erwarten sei. Hierüber solle man beim Königlichen Amt in Münden Erkundigungen einziehen und hierüber nach Hannover berichten. Dieses ist offenbar geschehen, denn am 8. Mai 1850 wurde der Ortsvorstand Nienhagens und Oberförster Quensell für den 15. Mai, morgens um 10 Uhr, mit folgendem Schreiben auf das Amt Münden vorgeladen:

... Nach Vorschrift der §§ 12 und 15 des Gesetzes vom 5. September 1828 soll jeder Einwohner, jedes Haus und jedes Grundstück dem Verbands einer Gemeinde angeschlossen werden und ist es daher erforderlich, daß auch das herrschaftliche Kohlenbergwerk am Steinberge einem Gemeinde-Verbands angeschlossen wird. Da nun daselbe seiner Lage nach nur an die Gemeinde Nienhagen angeschlossen werden kann, so wird dieser Anschluß hiermit ausgesprochen und zugleich zum Vorbringen etwaiger Einwendungen gegen diese Verfügung Termin auf Donnerstag, den 15. d. M. Morgens 10 Uhr auf hiesiger Amtsstube unter

der Warnung damit angesetzt, daß beim Nichtvorbringen solcher Einwendungen die Zustimmung der Beteiligten zu dem vorbemerkten Anschluß angenommen werden soll.

M. d 8 May 1850 La B [GA Stbg Akten-Steinberg]

Bauermeister Schäfer kam gut vorbereitet in die Verhandlung und brachte folgendes vor:

... Durch Verfügung vom 8ten d. M. sey der Gemeinde eröffnet, daß das herrsch. Kohlenbergwerk am Steinberge dem Gemeinde-Verband von Nienhagen angeschlossen werden solle.

Auf dem Bergwerke seyen nur 3 Gebäude, nemlich das herrschaftliche Haus, das Haus der Witwe Schaumburg u das frühere Herrschaftliche Haus, welches jetzt der Bergmann Börger kaufen wolle. Letzterer habe bereits Wohnrecht in Nienhagen wogegen der Kohlenmesser Hille, welcher das Herrschaftliche Haus bewohne, sein Wohnrecht in Lutterberg habe. Die Gemeinde wolle sich nun den Anschluß, jedoch nur unter folgenden Bedingungen, gefallen lassen:

1. Das Haus der Wittwe Schaumburg solle von dem Anschluß ausgenommen seyn. Der verstorbene Ehemann derselben habe von der zu der Dorfschaft Oberode gehörenden Grundmühle gestammt, u. sey als Bergmann nach dem Bergwerke gekommen. Hier habe er sich mit der jetzigen Wittve verheiratet und das kleine Haus gebaut. Wer ihm den Trauschein u. die Bewilligung zum Hausbau gegeben, der müsse auch das Haus in den Gemeindeverband u die Familie in Alimentation nehmen ...

2. Die bey dem Bergwerke angestellten Bergleute u. sonstigen Arbeiter sollen durch ihre Anstellung u. Arbeit kein Wohnrecht in Nienhagen erhalten, sondern das Wohnrecht in ihrer früheren Heimath behalten u. zur Sicherung einen Heimathschein beibringen müsse ...

3. Die Abgaben werden nach dem Fuße der Contribution aufgebracht, d. h. von Land und Häusern. Der Morgen zahle einfach 4 Pf. u. ein Haus werde für 6 Morgen gerechnet, zahle also einfach 2 gGr. Die jährlichen Abgaben betragen etwa 6 bis 8 gGr. Außerdem müßte jeder Unbespannte zu den Wegediensten dienen. Endlich erhalte die Geistlichkeit von jedem Hause 6 gGr. Diese Abgaben würden die Bewohner des Bergwerks daher auch zu tragen haben

4. Verstehe es sich von selbst, daß jeder Arbeiter auf dem Bergwerke, wenn dieses der Gemeinde Nienhagen angeschlossen werden sollte, seinen Heimathschein der Gemeinde beizubringen habe, damit diese gegen seine Aufnahme in den Gemeindeverband gesichert sey ...

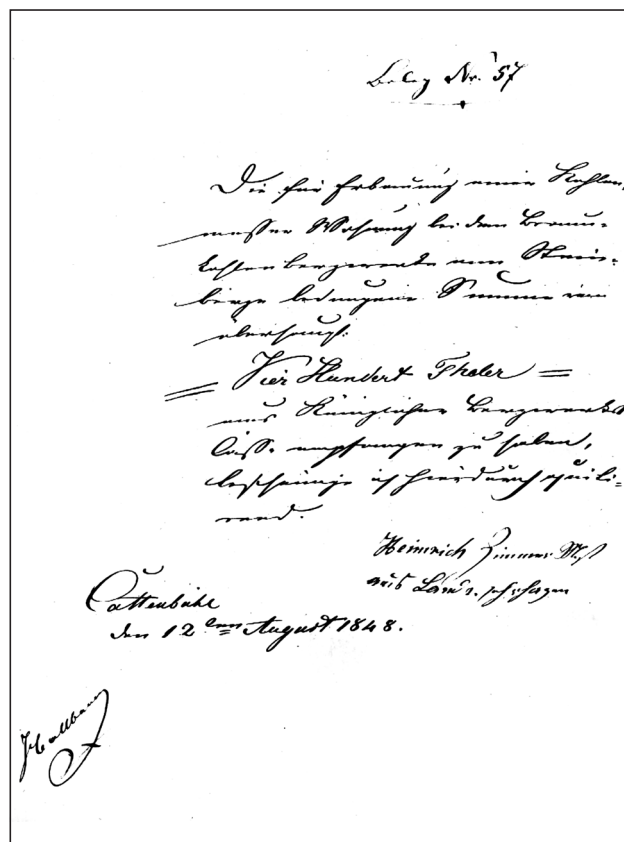
Unter diesen Umständen wolle die Gemeinde dem Anschluß zustimmen, andernfalls lehne sie ihn ab und werde



Nach langen Planungen wurde das obige Berghaus am 24. August 1849 fertiggestellt

eine höhere Entscheidung beantragen. Im Übrigen halte man es für die einfachste Lösung, wenn das Bergwerk mit seinen Gebäuden in Verbindung mit dem Kaufunger Wald selbständig bleibe.

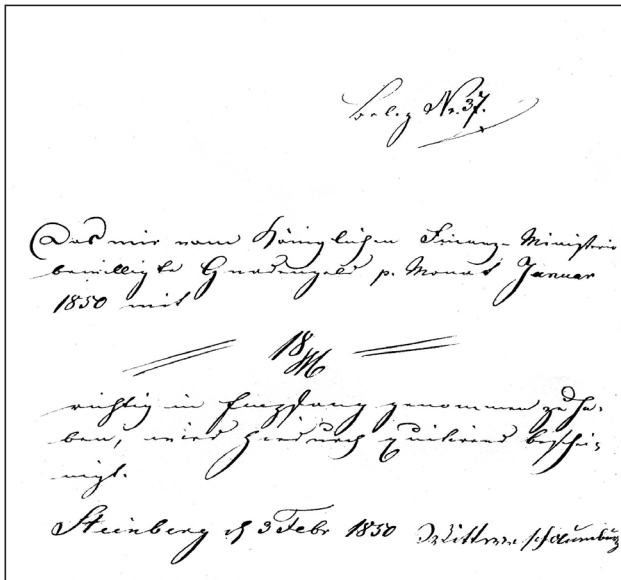
Am 25. August nahm der Steiger Hallbauer zu den Verhandlungen schriftlich Stellung und bemerkte u. a. dazu: Die Häusersteuer sei von der Herrschaft zu tragen und zu entrichten. Auch brauche Hille keine Wegedienste zu lei-



Abschlagszahlung an Zimmermeister Heimrich in Landwehrhagen

[BA Causthal Hann 84e Nr. 13]

sten, da er diese nicht nutze. Zum Haus der Witwe Schaumburg bemerkte er, dass dieses vor 14 Jahren mit Bewilligung des Königlichen Amtes Münden gebaut worden sei. Der Grund hierfür sei ein eventueller Verkauf des Bergwerks an den Bergmann Schaumburg gewesen, der geplant habe, nach dem Erwerb, dort eine Ziegel- und Backsteinbrennerei anzulegen. Der verstorbene Schaumburg habe bei seiner Verheiratung auf dem Steinberg seinen Heimat-



“Rentenbescheid” der Witwe Jahn über eine monatliche Summe von 18 Groschen

[BA Causthal Hann 84e Nr. 6]

schein von Oberode bekommen. Da die Witwe eine Tochter des alten Bergmannes Jahn gewesen sei, wurde das Paar seinerzeit in Nienhagen getraut: ... ferner sind alle verstorbenen Individuen (10-12) auf dem Steinberge in Nienhagen begraben. Die früheren wie auch die jetzigen Bewohner bei dem Bergwerke, also auch die Wittve Schaumburg haben an die Geistlichkeit zu N. jährlich 3 ggr bezahlen müssen, sind und werden angehalten, ihre Kinder in die Schule dasselbst zu schicken, endlich gehen alle gerichtlichen Vorladungen von Münden über Nienhagen nach dem Steinberge Hallbauer.

Der Anschluss an die Gemeinde Nienhagen wurde dann doch unter Einschluss des Hauses der Witwe Schaumburg vorgenommen. Ob die Amtsverwaltung der Gemeinde Zusicherungen in irgendeiner Form gemacht hat, oder ob Bauernmeister Schäfer sich für die Zukunft durch den Anschluss des Bergwerks einen finanziellen Vorteil für seine Gemeinde ausgerechnet hat, ist im Nachhinein nicht aus den vorhandenen Unterlagen zu ersehen.

Warum er sich jedoch so entschieden gegen die Aufnahme des Hauses der Witwe Schaumburg in den Gemeindeverband gewendet hat, lässt sich aus den Unterlagen bezüglich ihrer Rente des s. g. Gnadengeldes der Knappschaftskasse erkennen. Die krasse Armut, in welche die Witwe Elisabeth Schaumburg mit ihren vier unmündigen Kindern durch den frühen Tod ihres Mannes geraten war, ist keineswegs ein Einzelfall, und er sei hier beispielhaft für viele andere einmal näher betrachtet.

Am 20. April 1846 verfasste die Witwe Schaumburg das folgende Schreiben:

An
Königliches hohes Finanz-Ministerium in Hannover.

Unterthänigste Bitte der Wittve Elisabeth Schaumburg am Steinberge im Amte Münden,

betreffend:

eine geringe Geldunterstützung.

Nachdem mein Mann, der Bergmann Nicolaus Schaumburg, im verflossenen Winter 6 Wochen sehr krank gewesen ist, und nach einiger Zeit seiner Wiedergenesung abermals von einer Krankheit befallen wurde und gestorben ist, hat er mich mit 4 unmündigen Kindern in einer so traurigen und dürftigen Lage hinterlassen, daß ich nicht in Stande war, seine Leiche ohne Unterstützung anderer Mitmenschen einigermaßen anständig beerdigen zu lassen. Sein geringer Dienst im vorigen Winter reichte oft nicht hin, die Kosten unseres Unterhalts zu bestreiten. An Euer Excellenz richte ich daher meine flehentliche Bitte um Hilfe in tiefster Noth, und ich darf gewiß der Hoffnung Raum geben, nicht überhört zu werden mit meiner nicht unbescheidenen Ehrfurchtvollsten Bitte:

Königliches Finanz-Ministerium wolle die hohe Gnade haben, mir doch zu den Begräbnis Kosten eine kleine Unterstützung huldreichst angedeihen zu lassen.

Der Hoffnung einer gnädigen Erhörung meiner Bitte mich getröstend, verharre ich mit dem tiefsten Respekte.

Steinberg, den 28. April
1846

Euer Excellenz
unterthänigste
Wittve Schaumburg

Auf die umgehend erfolgte Nachfrage des Ministeriums an Oberförster Quensell, bestätigte dieser in einem Antwortschreiben die ärmliche Lage der Familie und befürwortete eine Unterstützung in Höhe von 4 Talern. Gleichzeitig stellte er auch einen Antrag auf Genehmigung von 18 Groschen Gnadengeld, da ihr Mann Mitglied bei der Osterwalder Knappschaftscasse gewesen sei. Dieses solle ihr vom 1. April d. J. an ausgezahlt werden. Die Unterstützung wurde ihr gewährt und gleichzeitig auch das Gnadengeld bis Ende des Jahres 1848. Auf erneuten Antrag der Bergwerksadministration am 16. Januar 1849 wurde das Gnadengeld in Höhe von 18 Groschen für die Jahre 1849 bis 1851 gewährt. Die Zahlungen wurden 1851 mit dem Monat Dezember eingestellt. Am 30. Juni 1852 stellten Oberförster Quensell und Amtmann Blumenhagen einen erneuten Antrag mit folgendem Wortlaut: Da die genannte Wittve mit ihren Kindern aber noch in derselben dürftigen Lage, wie früher, sich befindet, so erlauben wir uns, auf eine fernerweite bewilligung des fraglichen Gnadengeldes, sowie auch auf hochgeneigte Nachbewilligung desselben für den schon verflossenen Zeitraum vom 1. Jan. bis ulto Juni d. J. ehrerbietigst anzutragen.

Quensell

Blumenhagen

Verblüffend ist, dass für die vier Kinder kein Gnadengeld an die Witwe gezahlt wurde. Wenn es auch nur 2 Groschen

waren, die pro Kind bei Einführung der Versicherung zu zahlen waren, so wären 8 Groschen ein Betrag gewesen, für den man ein 5 Pfund schweres Brot hätte kaufen können. Der Witwe sollte 1854 noch einmal für drei Jahre ein Gnadengeld gewährt werden. Damit war es dann 1857 vorbei, denn drei ihrer Söhne arbeiteten als Bergleute auf dem Steinberg und die Verwaltung berichtete am 8. Juli 1857 u. a. folgendes auf das erneute Gesuch der Witwe um Unterstützung nach Hannover:

... Nach dem Regelment der Knappschafts-Casse hört die Unterstützung für eine Wittve von dem Zeitpunkte auf, wo sich dieselbe wieder verheirathet, oder ihr auf andere Weise Unterhalt verschafft wird.

Wenn nun die Wittve Schaumburg 3 Söhne hat, welche gegenwärtig sämtlich herangewachsen sind und als wirkliche Bergarbeiter auf dem hiesigen Braunkohlen-Bergwerke zusammen monatlich 26 bis 30 Thaler verdienen, es daher keinen Zweifel leidet, daß diese aus vier Personen bestehende Arbeiterfamilie, welche ohnehin noch ein eigenes Wohnhaus am Steinberge besitzt, von dem vorhin erwähnten Verdienste ohne Nahrungssorgen leben kann, so hat man geglaubt, im Einklange mit der vorhin erwähnten reglementsmäßigen Bestimmung, der Wittve Schaumburg das bisher bezogenen Gnadengeld von monatlich 18 gGr vom 1. Juli 1856 an nicht weiter auszahlen zu dürfen. Es hat daher keine rücksichtslose Entziehung des Gnadengeldes Statt gefunden, wie solches neben anderen Unwahrheiten in dem betreffenden Gesuche erwähnt ist.

Für den Fall, dass sich die Verhältnisse der Witwe wieder verschlechtern sollten, stellten sie eine erneute Zahlung der Rente in Aussicht.

Es fällt bei Betrachtung dieser Vorgänge nicht schwer, die vorsichtige Handlungsweise des Bauermeisters zu verstehen, denn sehr leicht hätte die Witwe Schaumburg mit ihren unmündigen Kindern der Armenkasse seines ohnehin armseligen Dorfes zur Last fallen können.

Sehr häufig kam es vor, dass die Mitarbeiter oder deren Angehörige in Notsituationen gerieten. Einziger Ausweg aus der Misere war dann ein Bittgesuch um die Gewährung einer einmaligen finanziellen Unterstützung. Dieses wurde entweder an das Amt Münden oder direkt an das zuständige Ministerium in Hannover gesandt. In jedem der vorliegenden Fälle unterstützten die Mündener Beamten die Bittgesuche und begründeten sie gegenüber dem Ministerium. Dieses richtete sich dann nach den Beurteilungen der Beamten vor Ort und bewilligte in aller Regel auch die von ihnen vorgeschlagene Höhe der Unterstützung.

Die soziale Einstellung der beiden Beamten lässt sich an ihrem Verhalten gegenüber dem Kohlenmesser Hille aus Lutterberg deutlich machen. Dieser hatte sich am 16. März 1854 direkt an das Ministerium um eine kleine Geldunterstützung gewandt. Die Schilderung seiner prekären Lage beschrieb er wie folgt:

*... Bereits 13 Jahrelang bin ich am Königlichen Bergwerke
als Bergmann und Kohlenmesser beschäftigt gewesen und
habe mich jederzeit rechtlich betragen und durch Spar-*

samkeit im Genusse meines mir gnädigs bewilligten Monats-Lohnes welcher 8 rth Beträgt für die erhaltung meiner Familie, die aus 4 Kindern nebst meiner Frau besteht gesorgt, nun sind aber sorgenvolle Zeiten eingetreten, indem alle Artikel, die wir zu unsern unterhalte gebrauchen, zu einen ungewöhnlich Hohen Preisen gestiegen, so daß mein Monatslohn Bei den jetzien Getreide Preisen kaum für Brodt ausreicht, den das Malter Roggen kostet hier 12 rth, auch die Kartoffelernte ist so schlecht vorigen herbst ausgefallen, das ich auf einen Morgen Land kaum 6 Himten erhalten habe, Ich habe also einen Harten Stand und Blicke ohne Hülfe sorgenvoll der Zukunft entgegen unter disen drückenden umständen werden Eure Excellenz mir gnädigst verzeihen wenn ich eine unterthänige Bitte vortrage:

„Königliches Finanz- Ministerium wolle die Hohe Gnade
Haben, mir eine Unterstützung huldreichst angedeihen zu
lassen

*der Hoffnung einer gnädigen Erhörung meiner Bitte mich
getröstend verharre ich mit tiefstem Respecte*

*Euer Excellenz unterthänigster Diener
Hille.*

Die Anfrage aus Hannover bezüglich des Bittschreibens wurde am 24. März nach Münden gesandt mit der Bitte um eine Stellungnahme. Diese erfolgte am 13. April. In ihr heißt es u. a.: ... *bei den gegenwärtigen sehr hohen Preisen der unentbehrlichsten Nahrungsmittel sich und seine Familie von dem ihm bewilligten Monatslohn ad 8 rtr zu unterhalten. Unter Bezugnahme der Wahrheit der im Gesuche angegebenen Umstände, erlauben wir uns daher ganz gehorsamt anheim zu geben, dem Supplicanten zur Abhülfe der Noth eine extraordinäre Unterstützung von 10 rth hochgeneigtest bewilligen zu wollen.*

Diesem Vorschlag folgte das Ministerium, so dass Hille mehr als einen vollen Monatslohn für seine Familie als Hilfe erhielt.

Eingeholtes Lsg. Nr. 62

über nachfolgend Artikel ein begebenes Pfund
für ein Pfund Leinwand eingetauscht und
im Monate December 1849:

1, Lsg. 2 1/2	Eingetauscht	=	5 1/2	6 1/2
2, Lsg. 2	Eingetauscht	=	3	—
Sum. 33 1/2		Eingetauscht	=	8 1/2

(Einiges Leinwand ist) eingetauscht zu haben, begeben
im Monat 6

Saubach d. 5. Jan. 1850.

Friedr
Teller

16

**Monatliche Lohnbescheinigung für zwei Laubacher
Arbeiter für Instandhaltung der Kohlenstraße**
[BA Causthal Hann 84e Nr. 13]

Lsg. Nr. 9

Und zu küniglichen Berg- u. Hütten-
 Amt in Münden, den 15. April 1861
 Ministerium am 15. Januar 1861

96 Th.

Monatlohn für die 12 Monate 1860/61
 1860/61 zu 8 Th. 10 Sgr. 10 Pf.
 und 10 Pf. 10 Sgr. 10 Pf.
 11 Pf. 10 Sgr. 10 Pf.

Münden d. 6. Febr. 1861

Schaumburg

Jahreslohn des Kohlenmessers Schaumburg

[BA Causthal Hann 84e Nr. 16]

Sechs Jahre später geriet Hille abermals in Schwierigkeiten. Er war wegen eines Holzdiebstahls am 24. September 1860 von der Strafkammer des Königlichen Obergerichts Göttingen zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt worden. Dies Strafe wurde wegen des Diebstahls von ... 6 Stück Eichen-Dielen, die er gefunden haben will ... ausgesprochen. Die Strafe musste er am 15. Oktober antreten. Das Amt war gehalten, diesen Sachverhalt nach Hannover zu melden. Die beiden Beamten nahmen Partei für ihren Kohlenmesser und versuchten, ihn in seiner Position zu halten. Sie schilderten dessen Lage so: ... Die höchst unglücklichen Verhältnisse, in welche der Kohlenmesser Hille durch die, nach langem und kostspieligem Krankenlager erfolgten Tod seiner Frau samt seinen 5 unmündigen Kindern versetzt wurde, wirkten, wie in den meisten Fällen, so derangierend auf das Gemüth dieses Mannes, daß er in seiner großen Armuth eine Rechtfertigung für das Aneignen des gefundenen fremden Eigenthums zu finden glaubte und ist nach dem Vorleben des Hille allerdings nicht gerade anzunehmen, daß er, ohne durch seine so höchst mißliche Lage gedrängt, sich eines derartigen Vergehens schuldig gemacht haben würde.

Trotz dieses Vergehens machten sie dem Ministerium klar, dass sie es begrüßen würden, wenn Hille weiterhin als Kohlenmesser tätig sein dürfte. Für die kurze Zeit seiner Bestrafung würde sein 16 Jahre alter Sohn unter steter Aufsicht des Obersteigers Hallbauer die Kohlenmesser-Geschäfte versehen können. Sie bemerkten dann noch, dass sich unter den Mitarbeitern am Steinberg kein geeigneter Nachfolger finden werde und man deshalb von einem anderen Bergwerk einen anderen Kohlenmesser anstellen müsste. In Hannover ging man auf diese Vorschläge nicht vollends ein. Man akzeptierte jedoch, dass Hille nach seiner Haftverbüßung als Bergmann weiter beschäftigt werden könne. Man war ebenfalls damit einverstanden, daß derselbe im Genuße der freien Wohnung auf dem Werke belassen werde. Wir genehmigen, daß bis zur Anstellung

des neuen Kohlenmessers der Sohn des g. Hille, unter steter Aufsicht des Obersteigers Hallbauer die Kohlenmesser-geschäfte einstweilen versehe.

Somit hatte man für Hille den Erhalt des Broterwerbs und die Nutzung der freien Wohnung, des Gartens und des Ackerlandes erreicht. Das letztere sollte jedoch wenig später wieder aufgehoben werden.

Für den Posten bewarben sich die Bergleute Börger und Mentel. Beide jedoch wurden vom Mündener Amt abgelehnt. Dieses schlug dem Ministerium vor, den in Nienhagen wohnenden Bergmann Eduard Schaumburg zum 1. Januar 1861 als neuen Kohlenmesser einzusetzen. Diesem solle die freie Wohnung auf dem Werke überwiesen werden sobald sie von dem entlassenen Kohlenmesser Hille geräumt worden ist. Man hatte ihm zur Räumung wegen der schwierigen Wohnungslage, eine Frist bis zum Frühjahr gewährt.

Die eindeutig positive Beurteilung Hilles hat diesen vor einer Entlassung bewahrt und eine Weiterbeschäftigung, wenn auch in untergeordneter Stellung, gesichert.

Lsg. Nr. 60

Und zu küniglichen Berg- u. Hütten-
 Amt in Münden, den 17. Juni 1851
 Ministerium am 17. Juni 1851, 2. M. 16 Th. 10 Sgr.

200 Th.

Monatlohn für die 12 Monate 1850/51
 1850/51 zu 16 Th. 10 Sgr. 10 Pf.
 11 Pf. 10 Sgr. 10 Pf.

Münden d. 4. Febr. 1851

Schaumburg

Gehalt des Obersteigers Hallbauer

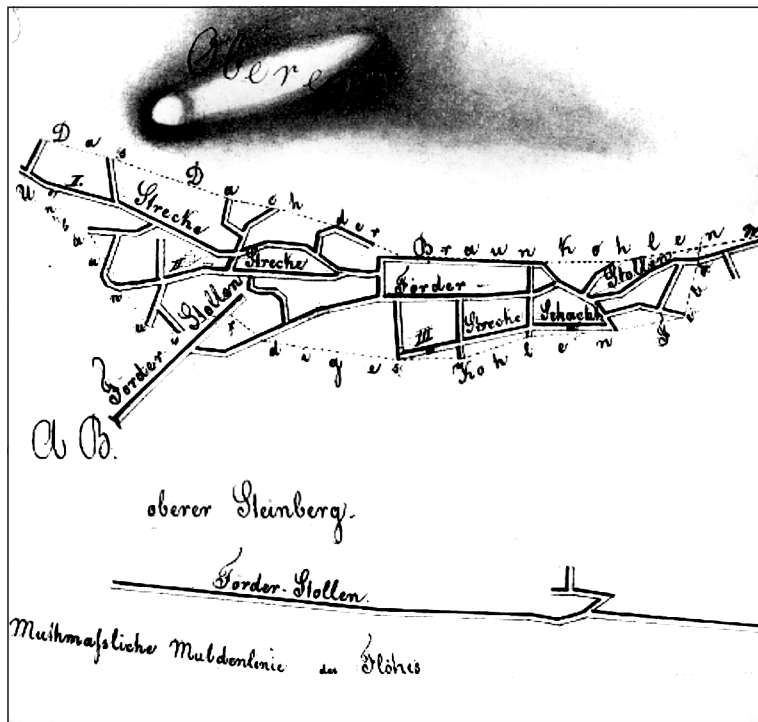
[BA Causthal Hann 84e Nr. 12]

Ein Bergmann, der am Steinberg Karriere machte

Im Verlauf des Jahres 1843 wurde ein Mann Namens Hallbauer, sein Vorname taucht in keiner archivierten Akten auf, am Steinberg als Bergmann eingestellt. Zwei Jahre später wurde er zum Untersteiger befördert. Der Beförderung ging lediglich eine Einweisung durch den Bergmeister Hartleben vom Osterwald voraus. An Ort und Stelle hatte er ihm die Vorschriften für die Geschäfte als Bergwerksaufseher erläutert und somit die Richtlinien für seine Tätigkeit vermittelt. Hallbauer bewährte sich in den kommenden Jahren nicht nur in der technischen Leitung des Bergwerks, sondern im Verlauf des Jahres 1845 auch bei Planung und Ausführung des Baues der Kohlenstraße. Die Lohnabrechnungen für zeitweise 24 Mitarbeiter beim Bau der Chaussee und die Kontrolle und Begleichung zahlrei-

cher Lieferantenrechnungen mussten von ihm erstellt, bearbeitet, kontrolliert und bezahlt werden. Die Gewinnung und Bearbeitung des für den Straßenbau notwendigen Materials, sowie dessen Transport an die entsprechenden Stellen, der Einsatz der Arbeiter etc. etc. Es ist keine andere Handschrift bei den Unterlagen und Zahlungsanweisungen

gung dieser Zeichnungen zu beauftragen, und denselben zugleich anzuweisen, sich deshalb zuvor mit dem Obergeschworenen Hartleben am Osterwalde in Communication zu setzen, welcher ihn, nöthigen Falles unter Mittheilung der erforderlichen Markscheider-Instrumente, mit weiterer Instruction versehen wird.-



Situationsplan der Abbaustollen des Braunkohlenbergwerks

[BA Causthal Hann 84f Nr. 133]

dieser Jahre zu erkennen. Heute hätte die Leitung und Steuerung des Bergwerks und der gleichzeitige Ausbau der Straße mit insgesamt 40 bis maximal 50 Mitarbeitern und den verschiedensten Zulieferern einen hohen Verwaltungsaufwand erfordert. Hallbauer bewältigte dieses Pensum im Alleingang. Er muss offensichtlich über eine gute und weit gefächerte Ausbildung für dieses Amt verfügt haben.

Nach Beendigung der Straßenbauarbeiten begann Hallbauer damit, neue Förderstrecken für den Abbau der Kohlen zu planen, denn man hatte ja durch den Straßenausbau mit einer erheblichen Erhöhung des Absatzes gerechnet. Diese Erwartungen sollten sich jedoch in den ersten Jahren noch nicht ganz erfüllen. Die Einrichtung neuer Stollen war sehr kostenintensiv und erforderte immer wieder Zuschüsse von Seiten des Finanzministeriums. Ein Schreiben des Ministeriums vom 14. Mai 1848 erhellt die damalige Situation. Es heißt dort:

... Um näher erwägen zu können, ob der Abbau am Steinberge in der bisherigen Weise fortzusetzen, oder künftig nach einem veränderten Betriebsplane zu führen sei, wünsche ich, daß mir die Bergwerks- Administration eine genaue Lage- Situation von dem Terrain der dortigen Braunkohlen- Ablagerung nebst den nöthigen Profilen baldthunlichst vorlege.

Dieselbe hat den Untersteiger Hallbauer mit der Anfertigung

Hannover, d. 14. May 1848

Königl. Finanz Ministerium

Hallbauer verfertigte einen Grund- und Profilriss mit den vorhandenen Förderstollen und Strecken und reichte diesen mit seinen Änderungsvorschlägen ein. Die Entscheidung wurde in Hannover jedoch aufgeschoben. Drei Gründe könnten hierfür den Ausschlag gegeben haben, erstens der stagnierende Kohlenabsatz, zweitens die Verdoppelung der Kosten für die neue Kohlenmesserwohnung, die ja in Verbindung mit dem Jagdetablisement 1849 fertiggestellt worden war und drittens die Wirren der 48er Revolution. Hallbauer löste auch diese neuen zeichnerischen und planerischen Aufgaben zur Zufriedenheit des Amtes Münden und des Ministeriums. Nach Abschluss dieser Arbeiten richtete er im Herbst 1849 ein Gesuch um Beförderung zum Steiger an das Amt Münden. Oberförster Quensell und der Amtmann befürworteten dieses Gesuch uneingeschränkt und votierten für die Beförderung in einem Schreiben an das Ministerium [BA Cl Hann 84 f, Nr. 133] Sie bemerkten u. a. : ... Wenn wir es nun lediglich einem hohen Ermessen ehrerbietigst anheim stellen müssen, ob und in wiefern dem Gesuche des Untersteigers Hallbauer zu willfahren, so erlauben wir uns nur

noch ganz gehorsamst zu bemerken, daß es für das hiesige Bergwerk vortheilhaft sein dürfte, daß der gedachte Untersteiger vorläufig noch auf demselben angestellt bleibe, da derselbe einmal mit den eigenthümlichen Lagerungsverhältnissen der Braunkohlen am Steinberge vertraut und daher im Stande ist, den Betrieb nach dem ausgearbeiteten Plan sicherer und richtiger zu führen im Stande ist, als ein Fremder, welcher erst wieder eine längere Zeit gebrauchen würde, um mit den hiesigen schwierigen Verhältnissen gehörig bekannt zu werden. Quensell B (Blumenhagen)

Dem Gesuch wurde stattgegeben und Hallbauer wurde 1850 zum Steiger befördert. Wurde die Beförderung unbürokratisch und zügig verwirklicht, so sah es mit der Verwirklichung der neuen Abbaupläne anders aus. In einem Schreiben, das Hallbauer am 19. Januar 1851 an den Bergmeister Hartleben nach Osterwald sandte, schilderte er die Umstände und Schwierigkeiten, die ihm vor allen Dingen aus dem Vorhandensein unzähliger alter Stollen und Pingen für die Verwirklichung des neuen Abbauplanes erwachse. Er beendete das Schreiben mit einer versteckten Drohung:

... Schließlich erlaube ich mir gehorsamst hinzu zufügen, daß es keine Freude verursacht, wenn man mit einer Strecke in guten Kohlen rasch in alte Baue geräth, alles stockt

gleich; sollten mir hiezu noch die Hände gebunden werden, dann würde mir die Lust und Liebe zum Abbau des mittl. Kopfes ganz vergehen.

Mit der vollkommensten Hochachtung verbleibe ich
Euer Hochwohlgeboren
gehorsamster Hallbauer

Münden den 19. Jan. 1851.

Hartleben, mit den Verhältnissen am Steinberg vertraut, intervenierte in Hannover und erreichte, dass für den Weiterbau des Stollens 130 Taler bewilligt wurden. Man sollte einen Teil der Arbeiten ... auf das Auffahren des Hauptförderstollens nach dem oberen Steinkopfe, andern Theils aber auf den mit möglichster Sorgfalt und Vorsicht zu führenden Abbau der im alten Manne des mittleren Steinkopfes noch anstehenden Kohlenfelder für jetzt zu beschränken.

Man machte diese einschränkende Auflagen vor allem wegen der Gefahr schlagender Wetter oder brechender Streben in den Altstollen ... um allen Gefahren für das Leben und die Gesundheit der Arbeiter so viel als irgend thunlich, vorzubeugen, und außerdem die Regelmäßigkeit des Abbaues möglichst zu sichern, dem gg. Hallbauer insbesondere zur Pflicht zu machen, die Gruben-Risse nach dem Ablaufe eines jeden Quartales nachzutragen und die in diesem Zeitraum gemachten Fortschritte des Grubenbaues vollständig zur Kenntniß der Administrations-Mitglieder zu bringen. [BA CI Hann. 84 f, Nr. 133]

Ein Jahr später wurden Hallbauer für die Fortführung seines Planes wiederum 190 Taler Zuschuss gewährt, obwohl der Kohleabsatz stagnierte. Man verfügte jedoch seitens des Ministeriums, dass diese Summe lediglich ... zu der Verwendung behuf Fortführung des Haupt-Förderstollens nach dem oberen Steinkopfe, sowie der übrigen extraordinären Arbeiten bestimmt ist.

Sollten sich die sonstigen Kosten des Betriebs nicht aus den laufenden Einnahmen des Verkaufs der Kohlen decken, so müsste man zu einer durchgreifenden Beschränkung des Betriebs schreiten. Dies wurde jedoch nie konsequent durchgehalten, denn, obwohl der Absatz erst Mitte der 50er Jahre erheblich anstieg, waren nahezu jedes Jahr Zuschüsse durch das Ministeriums notwendig. Trotz dieses Umstandes hat es Hallbauer, wahrscheinlich auf Grund der jetzt hohen Fuderzahlen, erreicht, dass seinem Antrag auf Beförderung zum Obersteiger, 1860 stattgegeben wurde.

Erste Verkaufspläne des Bergwerks 1863

[BA CI Hann 2a Nr 351]

Mit der Eröffnung der Nord-Süd-Bahn im Jahr 1856 und dem wachsenden Aufkommen der Dampfschiffahrt auf der Weser wurde die Steinkohle zu einer ernsthaften Konkurrenz für die heimische Braunkohle. Um die Einnahmen zu erhöhen und die andauernden Zuschüsse zu beenden, wurde vom Finanzministerium für 1862/63 eine Erhöhung des Braunkohlenpreises um 13 % verfügt. Diese ökonomisch falsche Entscheidung bewirkte, dass der Absatz auf 1444 Fuder absackte und man einen noch höheren Zuschuss von 280 Talern benötigte. Auch die Rücknahme der

Preiserhöhung brachte keine Besserung der Situation. Auf Anforderung des Ministeriums berichteten Blumenhagen und Quensell am 4. Juni 1863 nach Hannover:

... daß die stattgefundene Ermäßigung der Kohlenpreise auf dem Braunkohlen-Bergwerk am Steinberg einen vermehrten Kohlenabsatz bisher nicht hervorgerufen hat. Es sind nur verkauft im Monat März 131 ½ Fuder, im April 98 ½ Fuder und Mai 112 ½ Fuder...

Entwurf Nr. 28

Oben Steinberg Bergwerk

Da mir für Fortführung und Erweiterung
des auf dem genannten Bergwerk bestehenden
mittleren Hauptförderstollens für das
Bergwerkjahr 1862/63 von dem
Finanzministerium auf 190 Tal. 28 Pf. 7 Sch.
mit
Sechst und Neunzig Thaler 28 Pf. 4 Sch.
zufügung zu setzen, beauftragt
worden ist.

Münden
den 6. Juni 1863 *Blumenhagen*

Entschädigung, die Oberforstmeister Quensell jährlich für die Beaufsichtigung des Bergwerks erhielt

[BA Causthal Hann 84e Nr. 16]

Bei einer solchen bedeutenden Verminderung des Kohlenabsatzes, welcher durch den gestiegenen Verbrauch der wohlfeilen Steinkohlen veranlaßt ist, kann das Braunkohlen-Bergwerk ohne Zuschuß nicht betrieben werden; ... Zum hohen Ermessen müssen wir es daher ehrerbietigst vorstellen, ob der Betrieb ... einzustellen ist, oder ob von jetzt an, nur allein die zunächst aufgeschlossenen guten Kohlen noch abgebaut und alle übrigen Arbeiten eingestellt werden sollen, um zuvörderst Gewißheit darüber zu erhalten, ob bei niedrigen Gewinnungskosten die Einnahmen die Ausgaben übersteigen. Sollte dieser letzte Versuch günstig ausfallen, so würde doch noch ein großer Theil der aufgeschlossenen guten Kohlen gerettet werden können, die sonst für immer verloren sein möchten, da zu befürchten steht, daß nach dem gänzlichen Einstellen des Betriebes der Brand in dem Kohlenlager überhand nehmen wird.

Blumenhagen

Quensell

Vom 13. Juni 1863 ist das Antwortschreiben aus Hannover datiert, in welchem festgestellt wird, dass das Bergwerk

wiederum ein ungünstiges Betriebsergebnis erwarten lasse. Es sei nicht länger möglich, den Betrieb auf herrschaftliche Kosten fortzusetzen. Man müsse nun den Versuch machen, den Betrieb nebst allem Zubehör an Privatunternehmer zu verkaufen. Eine Zukunft des Betriebes könne nur darin gesehen werden, *durch die Gründung eines Fabrik-Etablissements, beispielsweise einer Glashütte, Thonwaren-Betrieb oder dgl ...* Es sei auch im Interesse der National-Ökonomie, die dort vorhandenen Kohlenvorräte zu nutzen. Die Veräußerung setze aber auch voraus, dass dem Erwerber neben der Kohलगewinnung auch die Gewinnung von Sand und Thon in möglichster Nähe des Bergwerks und ausreichendes Areal zur Erstellung von Fabrikanlagen, Wohngebäuden etc. zur Verfügung gestellt werde. Die Benutzung des größtenteils auf Kosten des Bergwerks unterhaltenen Abfuhrweges müsse gegen angemessene Entschädigung eingeräumt werden.

Das Amt Münden wurde damit beauftragt, den Entwurf für ein Verkaufsangebot und die Bedingungen des Verkaufs auszuarbeiten.

In einem weiteren, ähnlich lautenden Schreiben, geht der Verfasser auf die Tatsache ein, dass bei einer Schließung des Werks ... *den bei dem Werke beschäftigten, in den armen Ortschaften Nienhagen und Lutterberg des Oberamts Münden angestellten Arbeitern, etwa 14 an der Zahl, ihren bisherigen, an sich schon kärglichen Broderwerb zu entziehen.*

Die vom Finanzministerium geforderte Aufstellung eines Verkaufsangebotes wird in Form einer „Bekanntmachung“ in welcher der Verkauf auf den 1. November 1863, morgens 10 Uhr, auf der Königlichen Amtsstube anberaumt wurde, entworfen. Dieser Entwurf wurde bereits im August 1863, hier fehlt eine Angabe des Tages, fertiggestellt. Als Termin für die Versteigerung ist ursprünglich, auch ohne Tagesangabe, der Monat September eingetragen. Dieser

wird gestrichen und durch Oktober ersetzt. Auch dieser Eintrag wird nicht realisiert und durch den bereits oben genannten Termin, 1. November, ersetzt. Es kommt jedoch nicht zu einer Bekanntgabe und damit auch noch nicht zum Verkauf. So waren auch die in 10 §§ gefassten Bedingungen für den Verkauf vergebens aufgesetzt worden.

Warum es nicht zu einer Veröffentlichung des Versteigerungstermins gekommen ist, lässt sich im Nachhinein nicht klar erkennen. Waren es Überlegungen hinsichtlich der „National-Ökonomie“, war es die soziale Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern, oder stellte es sich im Vorfeld heraus, dass kein Interesse für den Kauf des Bergwerkes bestand? Der Verkauf war jedoch nur aufgeschoben und nicht aufgehoben. Die Unsicherheit der mit dieser Aufgabe betrauten Beamten ist auf der Vielzahl der Entwürfe für die „Bekanntmachung“ als auch der für den Verkauf aufgestellten „Bedingungen“ zu ersehen. Von den insgesamt drei unterschiedlich formulierten Entwürfen für die Bekanntmachung sei einer hier aufgeführt:

Bekanntmachung

Das in der Nähe von Hannoversch Münden bisher administrierte und im besten Betriebe befindliche Braunkohlenbergwerk am Steinberge dem Königlich Hannover-

Lit. A. 3

Luz. Lit. B

Zahlungs-Anweisung
für die **Königliche General-Casse.**

Rechnungsjahr 18 *51/2*.
Rubrik *6. 1. 2.*
Nr. *7.*

Name und Wohnort des Empfängers.	Gegenstand der Zahlung.	Betrag der Zahlung in Courant. fl. gr. s.	Bemerkungen.
<i>Die Königliche General-Casse Hannoversch Münden.</i>	<i>Haarfüßer's Gehalt für das Jahr 1851.</i>	<i>130.</i>	

Die Königliche General-Casse wird hiemit angewiesen, vorstehende Zahlung zu dem Betrage von *4. Einhundert und Dreißig fl. 4.*
in Courant zu leisten und in dem Register vom 1. Julius 18 *51.* bis dahin 18 *52.*
sub rubro *6. 1. 2.* mittelst dieser Anweisung und der einzuziehenden Quittung
in Angabe zu bringen.
Hannover, den *6. Aug.* 1851.

Königlich-Hannoversches Finanz-Ministerium.

Der jährliche Zuschuss für das Bergwerk belief sich 1851 auf 130 Taler

[BA Causthal Hann 84e Nr. 14]

Copia für die Königl. Administration von Mü-
nden, auch Steinberg.

Leg. L. C.

Die Königl. General. Cassa wird hiermit
eingewiesen, die Königl. Administration
von Steinberg, auch Münden in einem
neu

= 360 Taler Conto =

melde dasselbe als eine fernvermittelte Zu-
schieß zu den Betriebskosten des Braunkohlen-
Bergwerks von Steinberg für 1865 be-
willigt worden ist mitzuteilen.

Hannover den 14. Juli 1865.

Königl. d. Ministerium der Finanzen und
des Handels.

an

der Königl. General. Cassa.

Ferner befinden sich auf
und neben dem Bergwerk:

1 Kohlenschuppen=
24/50 □f
1 massives, noch fast neu-
es Wohnhaus 33/51 □f
1 Pferde- und
1 Kuhstall
1 Backofen nebst Keller
1 Gartengrundstück von 1
Morgen 45 □R
1 Wiese von 3 Morgen 24
□R und endlich
das gesamte zum Betriebe
bisher benutzte Inventar
und Gerät. Die Besichti-
gung des Bergwerks und
der dazu gehörenden Ob-
jekte kann jeder Zeit vor-
genommen werden und
wollen Reflectanten sich
dieserhalb in portofreien
Briefen an den Oberstei-
ger Hallbauer in Münden
wenden.

Münden den ten

Königlich Hannoversche
Administration des
Braunkohlen-Bergwerks
am Steinberge

Blumenhagen

Im Jahr 1865 flossen 360 Taler aus der Königlichen Generalkasse in Hannover als
Zuschuss in den Betrieb

[BA Causthal Hann 84e Nr. 16]

schen Finanz-Ministerio gehörig, soll

Am: Morgens 10 Uhr

Auf der Königlichen Amtsstube zu Münden öffentlich
meistbietende verkauft werden. Die Verkaufsbedingungen
sind in den Geschäftslocalen des Königlichen Amtes und
der Königlichen Forstinspektion Münden einzusehen, auch
gegen Erstattung auf portofreie Anfrage zu beziehen.

Beschreibung des Kohlenbergwerks am Steinberge.

Das durch den Stollenbau betriebenen, aus drei mächtigen
Flözen bestehende Braunkohlenlager am Steinberge, ent-
hält einen, soweit wie zum Betriebe erforderlich, gehörig
entwässerten Kohlenvorrath von 260000 Fuder à 80 c. Die
Kohle ist bisher zum Brennen in Öfen und zu Dampfes-
sel-Feuerung benutzt worden.

Vornämlich aber würde sich die große Masse des sehr
leicht zu gewinnenden Brennmaterials zur Verwendung bei
einem auf dem Werke selbst anzulegenden Fabrik-Etablis-
sement um so besser eignen, als neben der Kohle ein ausge-
zeichneter Glasursand und guter Töpferthon ansteht, des-
sen Benutzung dem Käufer des Kohlenflözes gestattet wer-
den kann. Vom Werke ab führt eine Chaussee bis zum
Bahnhofe Münden.

tens des Amtes Münden blieben vorerst in den Schubladen.

Zu einem Verkauf war es, aus welchen Gründen auch im-
mer, 1863 nicht gekommen. Das Ministerium gewährte für
1863/64 erneut einen Zuschuss von 250 Talern. Am 14. Ju-
li 1865 gewährte die Königliche Generalkasse einen noch
höheren Zuschuss von 360 Talern.

Der Betrieb wurde trotz rasant steigender Zuschüsse weiter
in staatlicher Regie betrieben. Währenddessen veränderten
sich die politischen Verhältnisse in Deutschland grundle-
gend. Nach dem Sieg Preußens im Jahr 1866 über die Trup-
pen des Deutschen Bundes wurde das Königreich Hanno-
ver zu einer preußischen Provinz degradiert. Die Verwal-
tungsstrukturen wurden jedoch noch nicht angetastet. Man
beließ vorläufig alles beim alten. In der preußischen Haupt-
stadt Berlin hatte man ein Jahr vorher, am 24. Juni 1865,
ein neues Berggesetz verabschiedet. Dieses Gesetz sollte
den Ruhrbergbau von den Fesseln des staatlichen Direk-
tionsprinzips befreien und gab einer privatwirtschaftlichen
Entwicklung den Vorzug. Es ist durchaus denkbar, dass
dieses Gesetz letztendlich den Ausschlag für eine Privati-
sierung des Bergwerks am Steinberg gegeben hat.

Ablösung der Zehnverpflichtung für Wiesen auf dem Bergwerksgelände am Steinberg

Während der Zeit des napoleonischen Königreichs Westphalen hatte die derzeitige Verwaltung des Bergwerks zwei nahegelegene Wiesen mit einer Fläche von insgesamt 2 Morgen und 20 Ruthen von den Hohmann'schen Erben in Sichelstein für den Preis von 20 Reichstalern angekauft. Man benötigte diese Fläche, um die bei der Alaunherstellung anfallenden Aschemengen und Kohleklein auf ihnen abzulagern.

Das jährlich auf diese Wiesen zu entrichtende Wiesendienstgeld betrug 6 Gute Groschen und 8 Pfennige. Dieser Betrag wurde bis zum Verkauf der Wiesen durch die Gemeinde Sichelstein von den Besitzern kassiert und an die Amtskasse in Münden gezahlt. Da während der französischen Herrschaft die Abschaffung derartiger Abgaben geplant und teilweise auch verwirklicht worden war, dauerte es bis zum Rechnungsjahr 1827/28 bis die königliche Domainen-Cammer die nach der französischen Zeit nicht mehr erfolgte Zahlung dieses Wiesendienstgeldes bezüglich dieser Flächen aufmerksam wurde. Es entwickelte sich nun ein reger Schriftwechsel zwischen der Mündener Amtskasse, der Bergwerksadministration und dem Königlich Großbritannisch Hannoverschen Cabinets Ministerium für das Bergwerks-Departement in Hannover.

Aus einem ausführlichen **Extractus monitum** des Amtes Münden an das Ministerium gehen einige Ungereimtheiten hervor: ... *da eine Abschreibung dieses Dienstgeldes von dem Dienstgelde der Gemeinde Sichelstein erst vor etwa 5 oder 6 Jahren bey dem dortigen Amte statt gefunden hat; so kann der zulässig befundene Grund dieser Abschreibung und derjenige Einwohner welcher das Dienstgeld abgeschrieben, doch nicht unbekannt geblieben seyn. Man erwartet demnach, daß das Amt die Erledigung dieser Angelegenheit durch berichtliche Anträge auf dem regelements-mäßigen Wege fordersamst befördere.*

[Bergarchiv Clausthal. Hann. 2a Nr. 347]

Man einigte sich dahingehend, dass das jährliche Wiesendienstgeld durch die Bergwerksadministration an die Kasse des Amtes Münden zu entrichten sei.

Diese Regelung hatte nun Bestand, bis es zur Ablösung dieser Verpflichtung im Verlauf des Jahres 1857 kam.

Diese Ablösungen haben eine lange Vorgeschichte. Erste Schritte zur Befreiung der Bauern von diesen Abgaben hatte die französische Besatzung gemacht. Die zurückgekehrten alten Machthaber hatten nach den Befreiungskriegen jedoch umgehend nach der Vertreibung der Franzosen alle dahingehenden Dekrete und Gesetze für nichtig erklärt und umgehend abgeschafft. Es sollte noch bis zum 30.11.1831 dauern, bis die Gesetzesvorlage in beiden Kammern, der hannoverschen Ständeversammlung und der vom Adel dominierten 1. Kammer, angenommen wurden. Dieser Erfolg wurde erst durch die Pariser Julirevolution von 1830 und die sich hieran anschließenden schweren Unruhen in Hessen, die dann auf die hannoverschen Lande

übergriffen und in Göttingen, Osterode und in der Landeshauptstadt selbst, zu schweren Unruhen führten, möglich.

Bereits 1829 hatte der Osnabrücker Publizist und Jurist Carl Bertram Stüve (1798-1872) eine diesbezügliche Gesetzesvorlage in beide Kammern eingebracht, die jedoch in der vom Adel dominierten 1. Kammer abgelehnt wurde. Erst die bedrohlichen Unruhen bewirkten ein Einlenken des Adels in der 1. Kammer. So konnte dann im November 1831 die **Verordnung über die Ablösung der Grund- und Gutsherrlichen Lasten und Regulierung der Bäuerlichen Verhältnisse zu befolgenden Grundsätze** im Hannoverschen Gesetzesblatt veröffentlicht werden. Diese Verordnung sah vor, dass sich die Bauern durch Zahlung des 25-fachen Betrags der jährlichen Belastung von ihren Verpflichtungen befreien konnten. Um die Finanzierung dieser Vorhaben zu sichern, wurde die **Landes-Credit-Anstalt** gegründet, bei welcher die Pflichtigen den Ablösebetrag für eine 4%ige Verzinsung leihen konnten. In den einzelnen Ämtern wurden nun Ablösungskommissionen gebildet, die gemeinsam mit den Vertretern der einzelnen Gemeinden den zu zahlenden Ablösebetrag aushandelten und festlegten. Mit der Zahlung dieses ausgehandelten Betrages konnten sich die Bauern *auf ewige Zeiten* von ihren Grundlasten freikaufen. Gleichzeitig belasteten sie sich auf lange Zeit mit hohen Zins- und Tilgungsraten. Es war jedoch die Aussicht auf ein Ende der Zahlungen, die den Ausschlag für die Annahme der Kontrakte gegeben hat.

Die Bergwerksadministration am Steinberg machte ebenfalls von der Möglichkeit der Ablösung des Wiesendienstgeldes Gebrauch und beantragte am 2/3. Oktober 1857 die Ablösung der Verpflichtung durch die Zahlung des 25-fachen Betrags der jährlichen Abgabe. Der Text des Ablösungsdokuments hatte den folgenden Wortlaut:

Ablösungs-Document

Die Administration des Braunkohlen=Bergwerks am Steinberge bei Sichelstein hatte ein Wiesendienstgeld von 6 gGr. und 8 Pf.

Weihnachten jährlich in das Register des Königlichen Amtes Münden zu erlegen.

Nachdem diese Abgabe durch Capitalisirung mit dem 25fachen Betrage auf gütlichem Wege abgelöst, das Ablösungs-Capital im Betrage

Sechs Thaler zwei und zwanzig Gutegroschen acht Pfennige

Am 9. November 1857. an die Casse des Amtes Münden eingezahlt und vom letzten Fälligkeits-Termin bis zum Zahlungstage durch Erlangung von

5 gGr 10 Pf

auch gehörig verzinset worden ist, so entsagt Königliche Domainen-Cammer der oben näher bezeichneten Abgabe hiermit auf ewige Zeiten und fertigt der ablösenden Administration dessen zur Urkunde das gegenwärtige Ablösungs-Document zu.

*So geschehen Hannover, den 30. Decbr. 1857
Königlich-Hannoversche Domainen-Cammer*

[Bergarchiv Clausthal. Hann. 84e Nr.9]

Das Bergwerk in privater Regie

Verkauf an den Obersteiger Heinrich Haltern

In den Mündenschen Nachrichten erschien am 16. April 1868 die folgende Anzeige des Ober-Bergamts:

Clausthal, den 10. April 1868.

Bekanntmachung.

*In Folge Erlasses des Herrn Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten bringen wir hierdurch das **fiskalische Braunkohlenbergwerk am Steinberg bei Münden** zum öffentlichen Verkaufe an den Meistbietenden. Der Verkauf findet am **11. Mai d. J.** Morgens zehn Uhr, zu Münden in Schmidt's Hotel durch unseren Commissarius, den Königlichen Berg=Inspector Herrn Hörnecke, Statt und werden Angebote bis 6 Uhr Abends entgegengenommen.*

Abschrift der dem Verkaufe zu Grunde liegenden Bedingungen, sowie der Taxe und Beschreibung des Bergwerkes können durch uns gegen Erstattung der Copialien erhalten werden.

Königliches Ober-Bergamt. Ottiliae.

Bereits am 16. Januar hatte die *Königliche Bergwerks-Administration am Steinberge* in einer Anzeige angekündigt, dass am 31. Januar 1868 im Berghaus am Steinberg gegen bare Bezahlung zum Inventar des Bergwerkes gehörende verschiedene Werkzeuge, sowie Kohlenkarren, Kummerkarren, verschiedene Hämmer, Kohlefülltröge, Zangen, Seile, Haspel, etc. etc. öffentlich versteigert werden sollten.

Im Geschäftslokal der königlichen Forstinspektion sollten ein Geldkasten, ein Hängekompaß mit Zulegeplatte, ein Gradbogen und eine Markscheidertasche veräußert werden.

Die Geräte und Werkzeuge wurden seit Ende Dezember 1867 auf dem Steinberg nicht mehr benötigt, denn man hatte die unrentable Kohleförderung in staatlicher Regie endgültig aufgegeben.

Es sollte jedoch noch ein halbes Jahr dauern, bis sich ein Käufer fand, der den Betrieb weiterführen wollte. Am 18. Oktober 1868 waren die Verhandlungen über den Verkauf unter Dach und Fach. Heinrich Haltern wurde mit Vertragsabschluss Eigentümer des Bergwerks und der auf dem Zechengelände befindlichen Baulichkeiten. Er kam aus dem benachbarten hessischen Grebenstein, wo er eine Tongrube besaß. Für seinen zweiten Betrieb am Steinberg hatte er nicht nur den Verkauf der Kohle und des Sandes ins Auge gefasst, sondern er beabsichtigte in der Hauptsache die Verarbeitung der Rohstoffe vor Ort.

Um den Betrieb wieder in Schwung zu bringen, begann er gut vier Wochen nach Vertragsabschluss am 19.11.1868 mit dem Kohlenverkauf ab Zeche. Die Zahl der Selbstabholer war jedoch äußerst gering. So änderte er das Konzept rasch, und er bot in einer erneuten Anzeige vom 3.12.1868 auch die Lieferung nach Münden an.

*Die **Kohlenpreise** auf der Zeche Steinberg am Hühnerfelde stehen bis auf Weiteres, wie folgt:*

a. Stübbe	pro Maaß	4 Sgr.
b. Räderkohlen	do.	7 Sgr.
c. Stückkohlen	do	10 Sgr.

Auf Bestellung werden per Zeche-Fuhre auch ganze Fuder nach jeder Behausung Mündens geliefert, und nimmt der Gastwirth Haasemann Bestellungen entgegen.

Die Fracht beträgt für Münden à Maaß 5 Sgr

Zeche Steinberg, 3. December 1869

*H. Haltern
Bergwerksbesitzer*

Er hatte in relativ kurzer Zeit auch den Bau der für die Tonwarenfabrik nötigen Gebäude und eines Brennofens zustande gebracht, so dass er bereits am 31. März 1870 in einer Anzeige sein gesamtes Sortiment an Kohlen und Tonwaren anbieten konnte. Wie umfangreich das angebotene Sortiment nun geworden war, kann man wiederum einer Anzeige der Mündenschen Nachrichten entnehmen.

Announce.

Die Thonwaren-Fabrik und Braunkohlenzeche Steinberg

biersebst empfiehlt für Münden und umliegende Dörfer zur Abnahme:

- leichte poröse Steine** neuen Formats, von denen 1 Stück nur etwa 4 Pfd. wiegt, zu Gemölde- und Fachwerkmauerung sich eignend. Der Preis à 1000 Stück ist loco Fabrik auf 10 Thlr. ermäßigt und kosten dieselben franco Münden 12 Thlr.
- Backofenfließe** von 7" Quadrat, loco Fabrik zu 15 Thlr. à 1000; franco Münden dagegen die 1000 zu 20 Thlr.
- Flur- und Kellerplatten** u. von 10" Quadrat, loco Fabrik zu 25 Thlr., franco Münden dagegen für 30 Thlr.
- Dachziegel** und zwar sowohl Hohl- als Flachziegel in gelblicher und rötlicher Farbe zu 17 Thlr. à 1000 loco Fabrik, franco Münden dagegen 20 Thlr.

Ferner liefert genannte Fabrik auf Bestellung die Dachziegel auch blau glasiert, wie auch Thone verschiedener Sorten für Fabriken und Kesselferren nach Bestellung jeder Zeit prompt und billigt geliefert werden.

Seitens der Braunkohlengrube werden alle Sorten Kohlen, wie feiner weißer Streusand und guter Glasursand jeder Zeit fuderweise geliefert:

Räderkohlen I. Sorte kosten à Heclitr. Grube 3 Sgr.,
Ungefeibte Kohlen " " " 2 Sgr.,
Kohlenklein kostet . . . " " 1 Sgr.

Für Fracht werden à Heclitr. 2 Sgr. berechnet.

Probesteine u. können bei den Herren C. Ley und A. Senff in Münden angesehen werden, welche eben sowohl als Unterzeichneter Bestellungen entgegen nehmen.

Steinberg, den 19. Mai 1874.

Hochachtungsvoll
H. Haltern.

782

Verkaufsanzeige des Bergwerks Steinberg [StAM MN]

Glückauf!

*Da Unterzeichnete jetzt mit der Vorrichtung des von ihm käuflich übernommenen **Braunkohlenwerks am Hühnerfelde** so weit vorgeschritten ist, daß er zu jeder Zeit sowohl Stückkohlen zum Stubenbrande, als auch reinen, von Kohlenklein freie Räderkohlen zur Kesselheizung für Fabrikanlagen (und zwar denen I. Sorte von Holzhausen gleich)*

liefern kann, so bringt er hierdurch seine Kohlen den Eingewohnten Mündens und Umgebung in empfehlende Erinnerung, bittend um recht viel Abholung von Kohlen.

Vom 1. September ab stehen die Kohlenpreise wie folgt:

- a. kostet das Maaß Stückkohlen auf der Grube 9 Sgr.,*
- b. das Maaß Räterkohlen, wovon nur eine Sorte vorhanden ist, 6 ½ Sgr.*

Auf Bestellung werden die Kohlen auch in ganzen Fudern pr. Zeche-Fuhre bis zur Wohnung oder Fabrik geliefert und zwar Stücke a Maaß zu 13 Sgr. incl. Fracht; Räterkohlen zu 11 Sgr. à Maaß. Abnehmern, die für Fabriken ec. Monatlich ein Quantum von wenigstens 300 Maaß beziehen, werden 10 Procent Rabatt bewilligt. Eben so werden auf Bestellung nach Herstellung eines Brennofens nunmehr auch Dachziegel, halb feuerfreie Thonsteine, Heerd- und Flurplatten ec. geliefert.

Zur Ausmauerung in Gebäuden von Fachwerk empfehle eine eigens gebrannte, leichte Sorte Steine, die bei einer Länge von 10 ½ Zoll, einer Breite von 5 Zoll breit und einer Stärke von 2 Zoll und 3 bis 3 ½ Pfd a Stück wiegen, auch wegen ihrer Porösität ganz trockene Gebäude geben werden und dauerhafter wie Lehmsteine sind.

Von diesen Steinen kosten 1000 Stück loco Ofen 10 Thlr., die reinen Thonsteine kosten a 1000 Stück 15 Thlr., die Dachziegel pro 1000 Stück 18 Thlr. Gegen Frachtvergütung werden die Ziegel ec. auch auf Verlangen nach Ort und Stelle geliefert.

Consumenten von Thon offerirt ferner Unterzeichneter reinen, weißen, fast sandreinen Thon aus seinen Thongruben in Hessen am Ahlberg, zum Preise von 1 Thlr. pro Maaß oder 100 Ctr. zu 6 Thlr. Loco Grube. Zu Fabriken in Münden würde er auch für 14 Thlr. Die 100 Ctr. incl. Fracht liefern.

Gefälligen Aufträge sieht entgegen

H. Haltern

Haltern betonte in dieser Anzeige, dass seine Kohlen denen der I. Sorte von Holzhausen gleich kämen. Dies deutet darauf hin, dass die Konkurrenz aus dem hessischen Reinhardswald in Münden die kurze Zeit des Stillstands genutzt hatte, und die Kundschaft in Münden mit ihren Kohlen beliefert hatte. Nun galt es für den neuen Besitzer, diese wieder zurück zu gewinnen. Das war mit Sicherheit kein leichtes Unterfangen, denn der Verkauf der Kohlen war zu Beginn sehr bescheiden. Zu den Verhandlungen bezüglich der Frequenz der Kohlenstraße hatte Haltern am 11. Januar 1870 folgendes zu Papier gebracht:

Es wurden pro Jahr 1869 ab gesetzt an Kohlen von Zeche Steinberg: 9329 Maß in 3er.

Hinter zwei Pferde ladet man in der Regel 12 Maß. Hinter drei fünfzehn Maß

*Zeche Steinberg 11/1 1870. Für die Richtigkeit
H. Haltern*

Wenn wir davon ausgehen, dass die Hälfte der Wagen mit zwei, die andere mit drei Pferden bespannt waren, so kommt man auf lediglich 622 Fuder mit 15 Maß und 388 Fuder mit 12 Maß Kohlen. Bezüglich des Kohleabsatzes konnte Haltern nicht an die Absatzmengen früherer Jahre anschließen. Welchen Umfang der Absatz der Produkte der Tonwarenfabrik, erreichte, ist nicht überliefert. Haltern hatte jedoch als zweites Standbein den Betrieb seiner Tongruben am Ahlberg weiter aufrecht erhalten, und deren Absatz war nicht unbeträchtlich. So suchte er beispielsweise am 11.01.1872 per Anzeige einen

... Fuhr-Unternehmer, der erbötig ist die Anfuhr von mindestens 1200 Centner Ahlberger Thon zum Mündener Bahnhof incl. der Verladung in die Waggons für die Zeitdauer von zwei Jahren gegen Accord fest zu übernehmen.

[StAM MN]

Ein langer Streit um Unterhaltungskosten der Kohlenstraße

Bevor ich mit der Beschreibung der Entwicklung fortfahre, ist es notwendig, einen Blick auf eine unerquickliche Auseinandersetzung zwischen den alten und neuen Betreibern des Betriebes zu werfen. Während der schwierigen Aufbauphase des Betriebs zeichneten sich bereits erste ernsthafte Differenzen über die anteiligen Kosten für Instandhaltung der Kohlenstraße zwischen dem Fiskus und dem neuen Betreiber ab. Während des Ausbaus der Strecke war festgelegt worden, dass die Stadt Münden einen Anteil von 0,336 an der Gesamtstrecke hatte und mit dem gleichen Anteil am eingenommenen Wegegeld beteiligt war. Forstfiskus und Bergwerk hatten einen 0,664 Anteil an der Strecke und demzufolge den entsprechenden Anteil am Wegegeldaufkommen und den Kosten für die Instandhaltung zu leisten. Dieser einvernehmliche Zustand änderte sich mit der Privatisierung des Bergwerks. Der schlechte Zustand der Kohlenstraße veranlaßte Haltern zu einer Beschwerde an das Königliche Amt in Münden. Diese Beschwerde verband er mit einer Forderung nach Ausbesserung der vielen schadhafte Stellen, besonders im Abschnitt vom „Mollenstein“, bis zu den Abraumhalden in der Nähe seines Betriebs. Die Ursache dieses sich anbahnenden Konflikts liegen in der Tatsache begründet, dass man bezüglich der Unterhaltungskosten noch keine klaren Vereinbarungen getroffen hatte. Dies hatte man aus dem Grunde ausgeklammert, weil die bis dato anfallenden Wegegeldkosten durch einen Zuschlag pro Kohlenfuder nicht mehr als Grundlage dienen konnten, da Haltern nicht nur Kohlen, sondern auch die Produkte der geplanten Tonwarenfabrik auf der Kohlenstraße transportieren würde. So hatte man unter § 5 den folgenden Passus in den Verkaufsvertrag aufgenommen:

... Dem Käufer wird das Recht der Benutzung des von dem Bergwerk nach der Stadt Münden führenden chaussierten Weges der sogenannten Kohlenstraße gewährleistet. Doch hat derselbe zu den Unterhaltungskosten einen Beitrag zu leisten, dessen nähere Feststellung weiterer Verhandlung unter den Beteiligten, wozu außer dem Bergwerksbesitzer namentlich die fiscalische Forstverwaltung und die Stadt

A n n o n c e.

Auf der **Thonwaaren-Fabrik** und **Braunkohlenzeche Steinberg** hieselbst sind stets vorräthig:

- a. **poröse Steine**, wovon der Stein noch keine 4 Pfd. wiegt und die sich deshalb zu Gemölde- und Fachwerkmauerung sehr eignen, die 1000 zu 9 ₰;
 - b. **feine gelbe Thonsteine**, die 1000 Stück zu 15 Thlr., ganz Format, jedoch werden $\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ u. $\frac{3}{4}$ -Steine auf Bestellung geliefert;
 - c. **feuerfeste Steine**, die 1000 Stück zu 22 ₰;
 - d. **Flurplatten und Badofenfließ**, 1000 Stück 25 ₰;
 - e. **Flachziegel**, 1000 Stück zu 20 ₰;
 - f. **Hohlziegel**, 1000 Stück 18 ₰;
 - g. **Fisch- und Endziegel**, à Stück $1\frac{1}{2}$ ₰;
 - h. **Kohlen** à Hectoliter zu 3 und 4 ₰;
 - i. **feiner weißer Streusand**, à Hectol. 5 ₰;
 - k. **fette und sandige Thone** in verschiedenen Farben, à Hectol. 4 ₰;
 - l. **weißer und grauer Glasursand**, à Hectol. 10 ₰;
- ferner sind **Blumentöpfe**, **gebrannte Thonwaaren**, wie fein glasierte **Töpfergeschirre** aller Art vorhanden.

Auf Verlangen werden auch **glasierte Dachziegel**, wie **Formsteine** u. angefertigt; überhaupt wird nicht Vorräthiges in kürzester Frist nach Zeichnung u. hergestellt.

Den geehrten Kunden der Stadt **Münden** werden auf Wunsch sämmtliche Artikel durch die Werksfuhrer vor das Haus u. geliefert, und wird für jede Fuhr 3 ₰ besonders berechnet.

Wegen des erfolgten Austritts der Herren **Ley** und **Senff** aus dem Geschäft bittet Unterzeichneter, etwaige Aufträge direct an ihn richten zu wollen, ersucht auch wiederholt, Keinem etwas auf seinen Namen verabsorgen zu lassen, der nicht einen Bestellzettel von ihm bringt, da er nur Zahlung für gegen Bestellzettel gelieferte Sachen leistet.

Steinberg bei Münden, den 10. Mai 1875.

599

H. Haltern.

Verkaufsanzeige des Bergwerks Steinberg [StAM MN]

Nimmt man dagegen als maßgebend den 10-jährigen Durchschnitt an, und dies scheint bei Beurtheilung der vorliegenden Frage völlig ausreichend, so beläuft sich die durchschnittliche jährliche Ausgabe der Bergwerksverwaltung nur auf 88 rt 7 sgr 2 pf

Bei einem Absatz von 9329 Maaß Kohlen, wie solcher im Jahre 1869 stattgehabt hat, würde der Bergwerksbesitzer jährlich eine Summe von 103 rt 19 sgr 8 pf zu zahlen haben, wenn für das Maaß Kohlen 4 pf berechnet werden.

Schon hiernach scheint eine Berücksichtigung der früheren Leistungen der festgesetzte Betrag der Billigkeit zu entsprechen.

Nimmt man noch daneben, wie auch von dem Königlichen Oberbergamt Clausthal uns amtlich besonders hervorgehoben ist, darauf Rücksicht, daß der Betrieb des Bergwerks nicht zu sehr belastet werden darf und dem Besitzer ein entsprechender Vortheil bleiben muß, so haben wir die Auffassung gewinnen müssen, daß in jeder Hinsicht die ge-

schehene Feststellung als eine angemessene sich darstellt. [GA Stfbg. Akte Kohlenstraße]

Hatte die Königliche Forstinspektion die Wegekosten für das unter ihrer Obhut betriebene Bergwerk bis zum Verkauf an Haltern sehr moderat gestaltet, so gingen die neuen Berechnungen von völlig anderen Voraussetzungen aus. Die von Oberforstmeister Quensell mit den diesbezüglichen Erhebungen beauftragten Oberförster Gerlach (Forstamt Cattenbühl) und Oberförster Wegener (Forstamt Haarth) bezüglich der Nutzungsfrequenz durch das Bergwerk und die Forstverwaltungen kamen zu völlig neuen Ergebnissen. Die peniblen Berechnungen Wegeners erbrachten für die Forstreviere Cattenbühl und Oberode für Holz und Tonfuhren einen prozentualen Anteil von 26,4% und für die Kohlenfuhren des Bergwerks einen solchen von 73,9%. Wegener machte darüber hinaus noch geltend, dass durch die Nutzung von Schlitten während der Wintermonate der Anteil der Forsten nochmals um 25% verringert werden müsse, da diese die Kohlenstraße bei ihrer Fahrt nicht schädigten.

Auf der Basis dieser Berechnungen kam die *Hannoversche Finanzdirection, Abtheilung für Forsten*, bei jährlichen Kosten von 537 Rth. 5 Sgr. 3 Pf. zu einem Anteil von 142 Rth. für den Forstfiskus und 395 Rth. 5 Sg. 3 Pf. für den Bergwerksbesitzer. Auf dieser Grundlage errechnete man den Betrag von 8 Pfennig für das Maaß Kohlen. Dass dieser hohe Anteil wahrscheinlich den Ruin des Werks bedeutet hätte, störte die Finanzdirection in keiner Weise, obgleich der Fiskus über Jahrzehnte das Bergwerk jedes Jahr mit hohen Subventionen unterstützen musste. Dieses Zahlenwerk aus Hannover stand in krassem Widerspruch zu den Berechnungen, welche die Landdrostei als Richtlinie an das Amt Münden gegeben hatte. Es verwundert deshalb

keineswegs, dass die Forstverwaltung umgehend gegen diese Entscheidung in Revision ging. Gleichzeitig schien sie auch dringend notwendige Wegebauarbeiten gestoppt bzw. verzögert zu haben. Zu diesem Schluss muss man kommen, wenn man ein Schreiben Halterns an die Landdrostei vom 13.12.1870, in dem er dringend um Ausbesserung der Straße nachsuchte, richtig interpretiert.

Haltern stand in seinem Kampf um die Instandhaltung der Straße nicht allein. Im März 1871 wandte sich eine Reihe Mündener Fabrikanten schriftlich an das Königliche Amt Münden. Sie bemängelten in ihrem Schreiben u. a.: ... *daß an den von der Forstverwaltung zu unterhaltenden Strecken fast gar nichts geschehen sei und daß es derselben Verwaltung an dem Willen zur Unterhaltung fehle* ... Dass diese Klagen nicht unberechtigt waren, wurde durch ein ausführliches Schreiben bestätigt, welches Oberförster Gerlach am 25. März 1871 an das Amt Münden richtete. Hierin versuchte er, die Untätigkeit der Forstverwaltung in Bezug

auf die Instandsetzung der Kohlenstraße zu entschuldigen: ... daß endlich seit drei Monaten an der Strecke vom Eselsbache bis zum Bergwerk nicht gebessert ist, findet seine Begründung darin, daß dieser Teil des Weges gründlich hergestellt werden soll. Eine solche Arbeit kann, um sie dauerhaft auszuführen, nur bei trockener Jahreszeit geschehen, und wird begonnen werden, sobald der nothwendige Holzeinschlag und die auszuführenden Culturen beendet sind. Diese Thatsachen sind dem Bergwerksbesitzer Haltern nicht unbekannt geblieben, und daß dessen Interesse so eng mit dem der beschwerdeführenden Fabrikanten verknüpft ist, daß diesen ebenfalls Kenntniß von den zur Ausführung gelangenden Wegebauten an der Kohlenstraße geworden ist.

Hiermit wurde durch Gerlach bestätigt, dass die Beschwerden nicht grundlos waren. Es sollte jedoch vorerst bei der Ankündigung von umfangreichen Instandsetzungsarbeiten bleiben. Die Forstverwaltung versuchte nun mit Hilfe eines Verwaltungstricks der Kohlenstraße die Eigenschaft eines öffentlichen Weges abzuerkennen. Die Landdrostei stellte

jedoch in einem Schreiben vom 03.02.1871 unmissverständlich fest, dass es sich bei diesem Weg um einen öffentlichen Weg handele. Es hieß hierin u. a.: ... Auch der Bergwerksbesitzer Haltern behauptete und behauptet die Eigenschaft der Kohlenstraße als eines öffentlichen Weges, wie denn auch amtlich in den früheren Verhandlungen diese Eigenschaft einbezeugt ist. Gestützt auf diese damalige allgemeine Anerkenntniß der Qualität des Weges – bei welchen kein Grund vorlag, ein Verfahren nach §7 des Landstraßen- und Gemeindewegegesetzes einzuleiten, haben wir die Entscheidung vom 2. October 1870 abgegeben und damit implicite auch entschieden, daß hier ein öffentlicher Weg in Frage steht.

Zum Schluss des Schreibens lautete der Text:

... Wir beauftragen Euer Hochwohlgeboren, hieraus den sämtlichen Beteiligten Eröffnung zu machen, und nunmehr Verfügung zu treffen, daß der fragliche Weg in einen solchen Stand gesetzt werde, daß er für Land- und Reise-fuhrwerke fahrbar ist

Königliche Landdrostei
Risch

Die Absicht einer Umwidmung der Straße sorgte nicht nur bei Haltern, sondern auch bei anderen Nutzern für Besorgnis. Die Ortsvorstände von Ziegenhagen und Glashütte hatten am 31.01.1872 an die Landdrostei ein Schreiben gerichtet, in dem sie zu Beginn folgendes darlegten: ... daß die Forstbehörde zu Münden mit dem Plan umgeht, den Fahrweg von hier über das Hühnerfeld nach Münden, der von dem Bergwerk auf dem Steinberg an bis nach Münden die Bezeichnung „Kohlenstraße“ führt, nicht als einen öffentlichen, sondern als einen nur dem Forste allein gehörigen und nur in dessen Interesse zu benutzenden Weg angesehen wissen will, und dieses Recht für alle anderen verschlossen werden soll. [GA Stfbg. Steinberg]

Sie führten ins Feld, dass sie auf diesem Weg bei Hochwasser oder Eisgang an einem Tag den Weg nach Münden und zurück schaffen könnten, bei Schließung jedoch 8 bis 9 Stunden nötig hätten, um Münden über Ermschwerd und Witzenhausen zu erreichen, wodurch sie für diese Tour zwei Tage nötig hätten. Sie fuhren dann fort: ... Wenn dieser Weg von uns auch nicht so häufig benutzt wird, so hat er für uns und ganz besonders für die hiesige Freiherrlich von Buttlersche Glasfabrik. Die ihn, so lange sie existiert (und in früheren Jahren viel mehr als jetzt) fast $\frac{3}{4}$ Jahrhundert, befahren hat, immer eine Bedeutung und wird sie auch wohl so lange behalten, bis eine bessere Communication zwischen uns und unseren Hannöverschen Nachbar- Ortschaften Oberode und

<u>Verrechnung der Kohlenfuhrten</u>	
<u>A. Nutzung der Forstfuhrten</u>	
<u>1. Forstfuhrten Lattenbühl.</u>	
Es waren im Jahr 550 Fuhrten Holz abgef.	
auf 400 Rfl. Länge = 1 Fuhrten auf	= 220000 Rfl. Lg.
<u>2. Forstfuhrten Oberode.</u>	
Es waren im Jahr 216 Fuhrten Holz abg.	
abgef. auf 260 Rfl. Länge = 1 Fuhrten auf	= 56160 " "
abgef. auf 50 Fuhrten Holz abg. auf 222 Rfl.	
Länge = 1 Fuhrten auf	= 16100 " "
Gleich 1 Fuhrten auf	= 292260 Rfl. Lg.
<u>B. Nutzung der Langenortsbefitzern</u>	
<u>Haltern.</u>	
621 Fuhrten Kohlen waren im Jahr abg.	
auf 131 1/2 Rfl. Länge = 1 Fuhrten auf	= 81744 1/2 Rfl. Lg.
in Summa = 1 Fuhrten auf	= 1106700 Rfl. Lg.
<u>Summe ergibt sich zur Verrechnung der</u>	
<u>Kohlenfuhrten ausgeteilt in Procenten:</u>	
A. für den Forstfuhrten	= 26, 48 %
B. " " Langenortsbefitzern	
fuhrten Haltern	= 73, 59 %

Prozentuale Aufteilung der Holz- und Kohlenfuhrten
[GA Staufenberg Akte Kohlenstraße]

Hedemünden hergestellt sein wird. Was ja wohl- wir hoffen es- mit der Zeit geschieht.

Wir bitten also Königliche Landdrostei, uns gegen die Absicht der Königlichen Forstbehörde zu Münden, in unserem Recht, das wir hier in Anspruch nehmen müssen, zu schützen, damit der mehrfach genannte Weg für uns offen bleibe, in dieser Hoffnung verharren wir repektvoll als Königliche Landdrostei

Glashütte u. Ziegenhagen gehorsamste Ortsvorstände den 31. Januar 1872

Hampe Ziegenhagen Theil

Siegel der Gemeinde Ziegenhagen, Kreis Witzenhausen

Die Forstbehörde reagierte auf die eindeutige Anweisung der Landdrostei mit Untätigkeit. Aus einem Schreiben, das Haltern am 26.06.1872 nach Hildeheim schickte, geht klar hervor, dass die Forstbeamten vier Monate nach der Vorgabe der Landdrostei noch keine Anstalten gemacht hatten, die Straße für ... Land- und Reisefahrzeuge fahrbar zu machen. Er schilderte die Situation in einem Schreiben vom 26. Juni 1872 wie folgt:

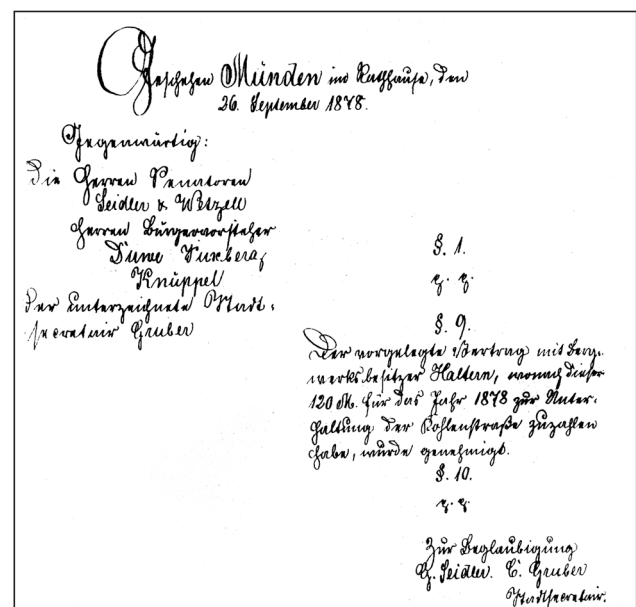
... ist trotz alledem bis jetzt am Wege nichts gemacht worden. In Folge dessen hat gehorsamst unterzeichneter durch seine Arbeit stellen weise selbst so viel ausbeßern lassen müssen, um nur eben mit Fuhrwerk die schlechten Stellen paßiren zu können. Trotz der gehorsamen Bitten und Beschwerden des Unterzeichneten beim Wollöblichen Amt zu Münden, und S. r. Wohlgeb. Königl. Oberförster Herrn Gerlach hierselbst bleibt doch alles beim Alten, und kein Finger wird zur Wegebesserung gerührt.

Dagegen läßt die Stadt Münden welche 1/3 des Weges zu unterhalten hat, ihr Wegstück stets in gutem Stand halten; bekommt aber kaum einen so hohen Betrag vom Unterzeichneten, als solcher dem Fiscus zahlen soll. Darnach sollte wohl der Wunsch rege werden nur mit Privaten zu thun zu haben.

Im folgenden Teil des Schreibens wies er nochmals auf die Anordnung der Landdrostei vom 3. Februar 1872 bezüglich der Wegebesserung durch den Forstfiskus hin und erwähnte, dass durch eine weitere Verzögerung der Bestand des Betriebs gefährdet sei. Er beendete das Schreiben mit dem Hinweis auf die Gefährdung seiner Existenz und der 30 Mitarbeiter: ... *Will man dem Besitzer den Betrieb verleiden, und die 30 Arbeiter welche augenblicklich hier beschäftigt sind, und sich u. ihren Familien den Lebensunterhalt hier erwerben brodlos machen, so ist dies auf die Dauer berechnet ein freilich nicht zu unter schätzender Factor in dieser Beziehung.*

Die Anordnung der Landdrostei, nun endlich den Weg befahrbar zu machen, blieb noch einige Jahre ohne Resultat. Sicherlich wurde den Forstbediensteten der Rücken durch das Hannoversche Finanzministerium gestärkt, denn sonst hätten sie sich den Anordnungen der Landdrostei nicht so lange und derartig hartnäckig widersetzen können. Aus einem Schreiben der Landdrostei an das Amt Münden vom 15. April 1874 geht hervor, dass die ... *Königliche Finanz-*

direction, Abtheilung für Forsten zu Hannover den gegen unsere Entscheidung vom 26. October 1870 erhobenen Recurs mittelst Schreibens vom 13. Februar d. J. zurück genommen hat. Mit der Rücknahme des Einspruchs gegen die existenzbedrohende Höhe von 8 Pfennig für das preußische Maaß Kohle auf 4 Pfennig, das auf der forstfiskalischen Teilstrecke in Richtung Münden transportiert wurde, hatte der Forstfiskus nun die seit vier Jahren bestehende Entscheidung der Landdrostei akzeptiert. Dies bedeutete aber keineswegs, dass die notwendigen Reparaturen nun schleunigst in Angriff genommen wurden. Haltern war unter diesen Umständen auch noch nicht bereit, die vereinbarten Abgaben zu leisten, da sich ja am Zustand der Straße nichts geändert hatte. Nachdem wiederum mehr als ein Jahr vergangen war, wandte er sich im Herbst 1875 mit einer erneuten schriftlichen Eingabe an das Amt. Dieses leitete Regierungsrat Scharlach an den Leiter der Forstinspektion Münden, Herrn Oberforstrat Quensell, mit der Bitte um eine Stellungnahme, weiter. Dieser beantwortete das Schreiben am 13. Januar 1875. Er schrieb hier u. a.: ... Mit den Verhandlungen verfloßen mehrere Jahre, in welchem Zeitraume diese Strecke lediglich durch die schweren Kohlenfahrten des g. Haltern in diesen Zustand gerathen ist, da dieser Theil der Kohlenstraße zur Holzabfuhr nur in äußerst geringem Maße benutzt wird ... Die andere herrschaftliche Strecke der Kohlenstraße, etwa 900 Ruthen, befindet sich in sehr gutem Zustande. Im Übrigen ist die dem Bergwerk zur Abfuhr garantierte Strecke der Kohlenstraße auf den schlechteren Stellen noch immer in solchem Zustande, daß sie mit Fuhrwerken passirt werden kann ... In diesem Tenor geht das Schreiben weiter und er machte zum Schluss noch geltend, dass Haltern für eine andere Strecke ... bis zu dem neu angelegten Stollen nach dem Bergwerkesgesetz für diese Strecke der Forstverwaltung Entschädigung zu leisten und Aufwendungen an dem Wege aus eigenen Mitteln zu bestreiten.



Bestätigung des Vertrages über das Wegegeld mit der Stadt Münden [StAM C 1142]

Er machte dann noch darauf aufmerksam, dass für die Instandsetzung der schlechten Wegestrecke ein Kostenvorschlag zur Genehmigung eingereicht sei und sofort nach Bereitstellung der Mittel mit den Arbeiten begonnen werde. Ob dies tatsächlich geschehen ist, lässt sich aus den vorliegenden Akten nicht eindeutig erkennen. Es schien sich jedoch noch keine Wende vollzogen zu haben. Am 9. März 1876 schickte Oberförster Gerlach zur gefälligen Kenntnissnahme an Regierungsrat Scharlach die Abschrift eines Briefes der Königl. Finanzdirektion Abtlg. Forsten, in welchem es um die sofortige Reparatur eines defekten Brückengeländers unterhalb des Berghauses ging. Es war zu einem Unfall bei Glatteis gekommen, bei dem ein Pferd ums Leben gekommen war. Es heisst am Schluss des Schreibens: ... Dem Königlichen Amtshauptmann in Münden wollen Sie übrigens erklären, daß Fiscus, wiewohl zu der Anlage der Brustwehr bereit, hinsichtlich der Repartition der betr. Kosten jedoch ebenso, wie hinsichtlich der jüngst auf die Reparatur der Brücke verwendeten 90 Mark geschehen, auf Grund der über die Unterhaltungspflicht hinsichtlich der Kohlenstraße zu erwartenden Entscheidungen, seine Rechte vorbehalten.

Sieben Jahre nach Verkauf des Bergwerks bestand das Finanzministerium noch immer auf seinen Rechtsvorbehalten hinsichtlich der Unterhaltungspflicht. Eine spätere Regelung war seinerzeit wohl im besagten § 5 ins Auge gefasst worden, da die Betriebsstruktur eine völlig andere werden sollte. Neben Kohlen wurden seit September 1870 auch die anderen Produkte des Betriebs mit Fuhrwerken transportiert. Dass dieser Umstand in den über Jahre laufenden Verhandlungen mit keinem Wort Erwähnung fand, ist im Nachhinein nicht erklärlich. Es verwundert, dass sowohl Haltern wie auch der Fiskus nur die Kohlefuhren bei ihren Verhandlungen zu Grunde legten und nicht die Produkte der „Thonwarenfabrik“, die zum überwiegenden Teil nach Münden, und somit ebenfalls auf der Kohlenstraße, transportiert werden mussten.

Für ein anderes Teilstück der Kohlenstraße, vom Berghaus bis zur Grenze des von Buttlarschen Forstes, war es wesentlich leichter eine Regelung für den Wegeunterhalt zu erreichen. Im Protokoll der Gemeinde Landwehrhagen kann man folgendes nachlesen: ... Nach der Verfügung Königliches Amt Münden vom 29. December 1877 über die Angelegenheit der Kohlenstraße im Kaufunger Interessenten Walde betreffend, war die heutige Gemeindeversammlung unter allgemeiner Angabe des Zwecks, durch den Gemeindediener Jost Heinrich Iske nach Behauptung desselben vorschriftsmäßig vorgeladen. Es erschienen in der Versammlung die in der Anlage bezeichneten 58 Mitglieder mit ebensoviel Stimmen, da nun überhaupt 115 Stimmen vorhanden

sind, so war die erforderliche Anzahl mindestens 1/3 in der Versammlung vertreten.

Nach Eröffnung des Termins und Erörterung des Zwecks, wurde auf Vorschlag des Königlichen Oberförsters Gerlach laut Protocoll vom 29. December 1877 der Unterhaltung der Wegestrecke vom Berghause bis zur Buttlarschen Grenze mit 48 Stimmen angenommen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

H. Laubach Bauermeister H. Zuschlag Beigeordneter Spohr Beigeordneter [HstA Hann. 74 Münden M100]

Der Vorschlag, diesen Streckenteil zu unterhalten, wurde von der Mehrheit der Gemeindeversammlung angenommen. Es handelte sich bei diesem Teilabschnitt aber um eine Strecke, die nur für den Abtransport des Holzes aus dem Genossenschaftsforst und die Sand- und Kohlenfuhren zur Glashütte bei Ziegenhagen genutzt wurde, also einem geringen Verschleiß unterlag.

Mit Haltern hatte man jetzt eine Regelung getroffen, die sich nicht mehr an der Zahl der Kohlefuhren orientierte, sondern man hat mit ihm einen Festbetrag von 13,50 Mark

Münden, den 14. Januar 1870.
M. 15. 70.

Ihre Aufseher an meine Schreibweise
H. Laubach v. J. - betr. den Unterhalt
des Weges von: Köllingbrunn, bis zum Einfallen
des Weges in die Kohlenstraße. Ich habe
auf mich Königliches Amt zu gefälliger
Kenntnissnahme genommen. p. v.

1. mein Entschluß über den Unterhalt des
Köllingbrunn,
2. mein Entschluß des Oberförsters Gerlach
zu Lattenbüchel vom 23. December v. J.,
3. mein Entschluß des Oberförsters Wegener
zu Haarth vom 8. d. M.,
4. mein Entschluß des Oberförsters Wegener
vom 11. d. M. nach Änderung.
gefasst zu haben.

Königliche Justizprocuratur.
H. Iske

Angaben der beiden Oberförster Wegener und Gerlach über das Verkehrsaufkommen der Kohlenstraße [GA Staufenberg Akte Steinberg]

pro Kilometer jährlich für den durch den Bereich des Forstfiskus führenden Weges festgelegt. [StaM C 1142]

Mit dem Magistrat Mündens wurden jährlich neue Vereinbarungen hinsichtlich der Höhe der Unterhaltungszahlungen getroffen. Ein derartiger Vertrag ist erstmals erhalten geblieben vom 26.09.1878. Hierin einigten sich die beiden Vertragsparteien auf eine jährliche Unterhaltungsgebühr für die Kohlenstraße von 120 Mark [StaM C 1142]. Verglichen mit dem Betrag, der an den Forstfiskus gezahlt werden musste, ist die Summe relativ hoch. Das Werk sollte aber gleichzeitig auch für die Benutzung der innerstädtischen Straßen Mündens eine jährliche Gebühr entrichten. Vom 9. Juli 1891 liegt ein Plenarbeschluss vor. Hierin heißt es wie folgt: *...von dem Besitzer bzw. Pächter der Zeche Steinberg für das Kalenderjahr 1891 an die Cämmereicasse der Stadt Münden zu zahlende Betrag zu den Kosten der Unterhaltung der städtischen Straßen wurde auf 40 Mark festgesetzt.* Ein gleich hoher Betrag ist auch für das Jahr 1892 überliefert. Mit Sicherheit ist die reduzierte Wegegebühr für die fiskalische Strecke als eine unterstützende Maßnahme für das Unternehmen anzusehen. Ebenso ist es aber auch möglich, dass der geplante Bau der Drahtseilbahn zu einer späten Beilegung des unerquicklichen Dauerstreits geführt, da nach deren Fertigstellung die Kohlenstraße von Fuhrwerken des Unternehmens nur noch sehr selten genutzt würde.

Wie entwickelte sich nun das privat geführte Werk nach 1870 weiter?

Haltern hatte ja binnen kürzester Zeit die Kohleförderung wieder aufgenommen und nach knapp 10 Monaten konnte er auch schon mit dem Verkauf der Produkte seiner *Thonwarenfabrik* beginnen. Er hatte in diesem knappen Zeitraum auch Wohnungen am Werk für Mitarbeiter errichtet. Im April 1870 suchte er per Anzeige *... gute und rührige Arbeiter für die Kohलगewinnung oder bei der Thongrabung.* Vorzugsweise würden die berücksichtigt, die mit ihren Familien in die am Steinberg erbauten Arbeiterwohnungen zögen. Für eine Schicht von 12 Stunden in der Kohलगrube bot er 18 Silbergroschen, für das Tongraben 16. Im Frühjahr 1871 hatte er auch eine mit der Zeche verbundene Ziegelei fertiggestellt und er offerierte seiner Kundschaft *... so genannte gelbliche Thonsteine bestehend aus Thon und Sand* als ein neues Produkt.

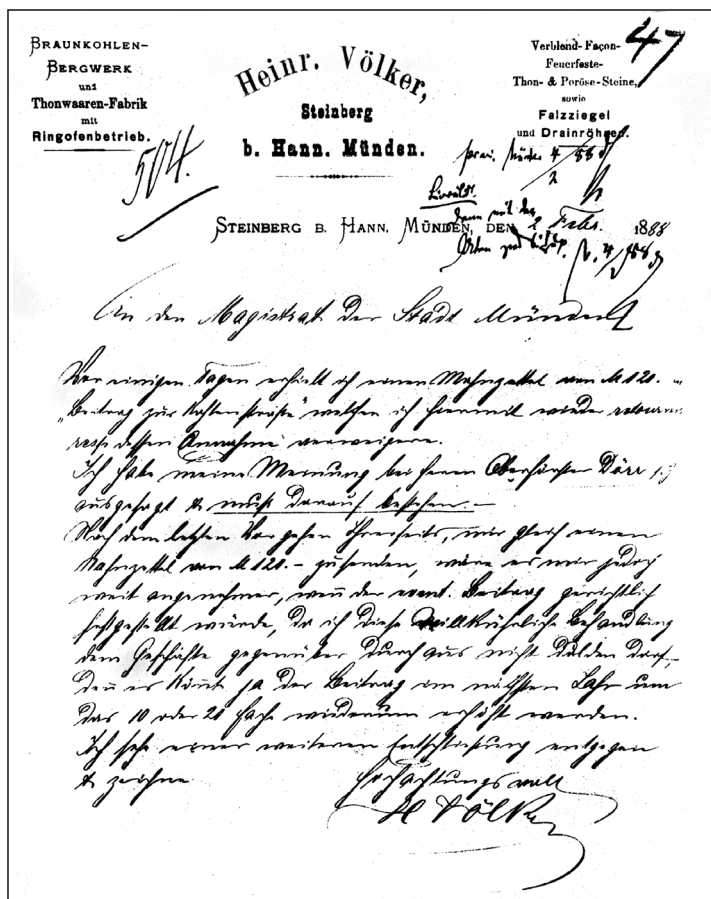
Bis 1872 war Halter noch alleiniger Besitzer. Ein halbes Jahr später, am 1. Juni 1873, wurde der Betrieb in eine offene Handelsgesellschaft umgewandelt. Deren Firmeninhaber waren:

- a. *Particulier Carl Ley und*
- b. *Holzhändler Adolph Senff, Münden*
- c. *Architekt Heinrich Wegener, Hannover*
- d. *Betriebsführer Heinrich Haltern,*
Zur Zeche Steinberg, Amts Münden.

Zeichnungsberechtigt waren Carl Ley oder Heinrich Haltern *unter Beifügung eines die Firma bezeichnenden Stempels.* Der Vertrag der Gesellschaft wurde auf eine Dauer von 20 Jahren festgelegt. Somit war für Haltern nach knapp 5 Jahren die Zeit der alleinigen Führung des Unternehmens vorüber. Mit seinen Investitionen hatte er wahrscheinlich

zu Beginn seine finanziellen Möglichkeiten zu optimistisch eingeschätzt, konnte jedoch durch den Boom der Gründerjahre nach dem Krieg 1870/71 seinen wahrscheinlich hohen finanziellen Verpflichtungen, die er sich durch die umfangreichen Investitionen aufgebürdet hatte, nachkommen. Mit dem rapiden Abflauen der nur kurzzeitig anhaltenden Hochkonjunktur sah er sich dann gezwungen, andere Kapitalgeber an seinen Unternehmungen zu beteiligen. Als einen Indikator der aufgeheizten Konjunktur nach 1871 kann man die Steigerung der Löhne bei stark verkürzter Arbeitszeit ansehen. Für die 8-stündige Arbeitsschicht bot Haltern 20 Sgr, und für die Akkordarbeit stellte er für eine 8- bis 10-stündige Arbeit 25 Sgr bis 1 Taler in Aussicht. Auch die Kohलगpreise waren gestiegen. Stückkohलग pro Maaß von 10 auf 11 Sgr, Räterkohलग von 7 auf 8 Sgr. Drei Jahre später hatten sich diese Preise bereits wieder mehr als halbiert. Für einen Hectoliter Räterkohलग verlangte der Betrieb 3½ Sgr. ab Grube und 5 Sgr. frei Haus.

Zum 1. Mai 1875 waren die Mündener Gesellschafter Ley und Senff aus dem Unternehmen ausgeschieden. Somit fehlten in der Stadt Münden selbst wichtige Repräsentanten, die zuständig waren für Bestellungen und Kontaktpflege mit den Kunden vor Ort. Um der Konjunkturflaute gegensteuern zu können, hatte Haltern seine Produktpalette erweitert. Blumentöpfe, fein glasiertes Töpfergeschirr, verschiedenfarbige Tone, farbig glasierte Dachziegeln, und feinsten weißer Streusand werden immer wieder in Annoncen angeboten. Nicht vorrätige Ware konnte in kürzester Zeit, auch nach Zeichnung, für die Kundschaft angefertigt werden. Heinrich Haltern erwies sich als sehr flexibler Unternehmer. Durch gute Verkehrsanbindung mit der Eisenbahn waren Steinkohलग aus entfernten Zechen zu einer ernstesten Konkurrenz für seine Braunkohलग geworden. Er nahm diese in sein umfangreiches Verkaufsangebot auf und konnte somit aus dem Wettbewerb Gewinn ziehen. Mit der Fertigung von irdenem Geschirr, welches ja zu der Zeit noch in großen Mengen in Oberode und Nienhagen hergestellt wurde, hatte er mit Sicherheit eine falsche unternehmerische Entscheidung getroffen, denn preiswertes, industriell hergestelltes Porzellan und emailliertes Blechgeschirr waren es, die begonnen hatten, den Markt zu erobern. Er hatte jedoch sehr schnell erkannt, dass derartige Artikel nicht mehr gefragt waren und deren Produktion binnen kurzem wieder eingestellt. Als es 1881 zur Versteigerung kam, bestand das Verkaufssortiment lediglich aus gelben Verblend-, Form-, Glasur- und feuerfesten Steinen, sowie den Rohprodukten Kohलग, Ton und Sand. Die Erweiterung des Sortiments mit nicht marktkonformen Produkten konnten durch Flexibilität allein nicht ausgeglichen werden. Haltern fehlte auch das notwendige Eigenkapital für die Führung des Unternehmens. Der 1875 als offizieller Teilhaber ausgeschiedene Carl Ley muss wohl weiterhin als Kapitalgeber fungiert haben, denn 1881 ist er derjenige, der als Gläubiger das Konkursverfahren gegen Heinrich Haltern in Gang gesetzt hatte. Am 31. Juli 1881 wurde in den Mündenschen Nachrichten bekannt gemacht, dass der Betrieb am Mittwoch, den 28. September 1881 morgens 11 Uhr meistbietend verkauft werden sollte. Zum Verkauf ist es an diesem Tage noch nicht gekommen, so dass wenige



Schreiben Heinrich Völkers an den Magistrat Mündens bezüglich der Straßengebühren [StAM C1142]

Tage später, am 2. Oktober ein erneuter Termin festgesetzt werden musste. Dieser wurde auf den 26. Oktober, ebenfalls um 11 Uhr morgens, festgelegt und sollte vor Ort ... in dem Haltern'schen Besitztum am Steinberg stattfinden. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, dass gesetzlich ein dritter Verkaufstermin nicht stattfinden werde.

[StAM. MN]

Das Maschinenzeitalter hält am Steinberg Einzug

Zu diesem zweiten Versteigerungstermin fand sich mit Johann A. Ankele ein Kaufinteressent ein. Er bekam den Zuschlag, so dass der Betrieb in seinen Besitz überging. Der neue Eigentümer führte nun das Unternehmen in gleicher Weise wie sein Vorgänger weiter. Zwei Jahre später trat mit Heinrich Völker ein zweiter Gesellschafter in den Betrieb ein. Mit ihm begann auch am Steinberg eine Phase der Modernisierung. Am 24. März 1884 reichten die beiden Betreiber ein Baugesuch zur Errichtung eines modernen Kessel- und Maschinenhauses auf dem Steinberg beim Mündener Amt ein. Über dieses Vorhaben berichtete die Göttinger Zeitung am 7.4.1884 wie folgt:

Bekanntmachung:

Die Herren Ankele und Völker beabsichtigen einen Maschinenbetrieb für Ziegelei-Waaren auf ihrem daselbst gelegenen Grudgeigenthum einzurichten etc.

Gez. Der Amtshauptmann i. V. Wröndel

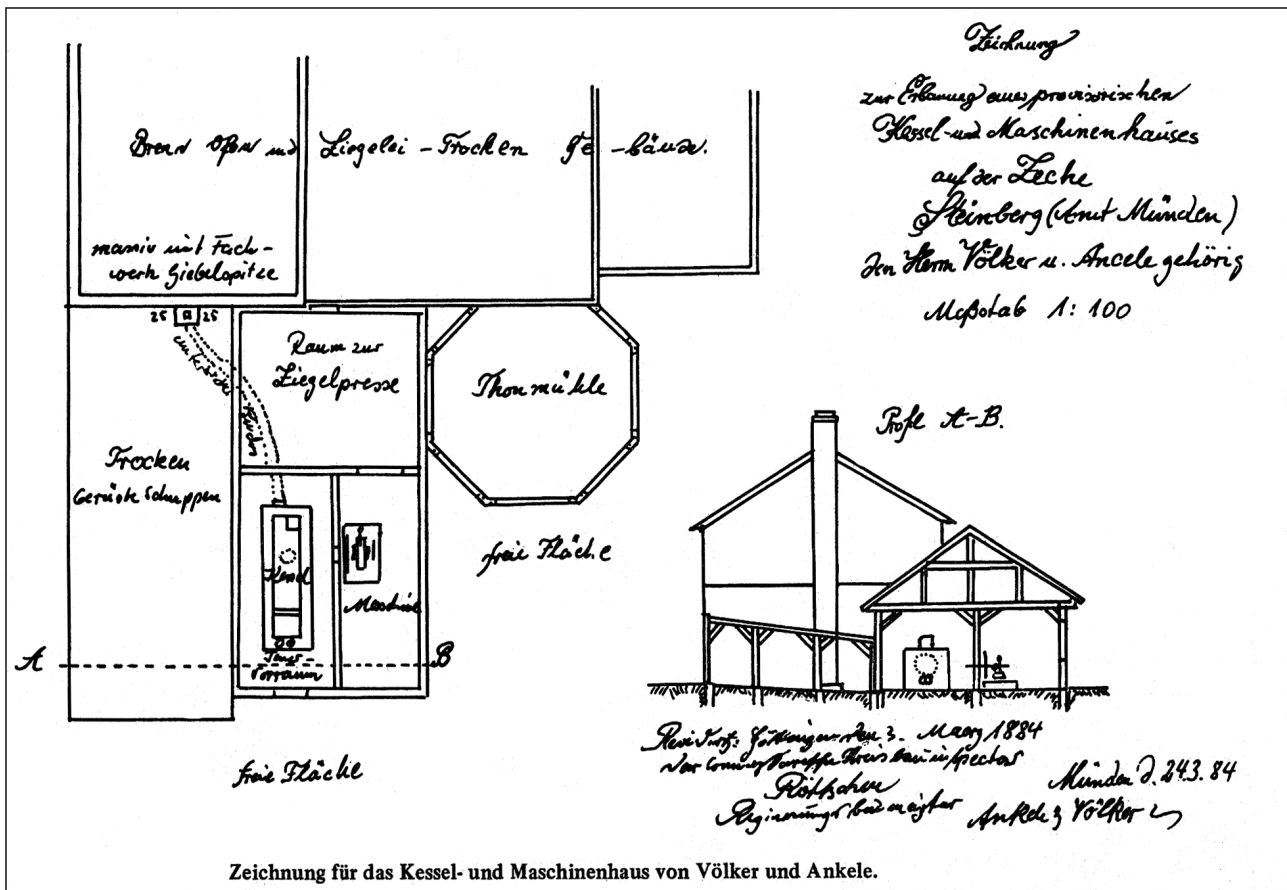
Amtssecretär

Hiermit war der erste Schritt von einer durch Handarbeit gezeichneten protoindustriellen Stufe zur modernen Industrialisierung getan. Jetzt konnte man die reichlich vorhandene fossile Energie für Produktionszwecke vor Ort nutzen. Für das geplante Vorhaben lieferte die Kesselschmiede Brüggelmann in Hann. Münden einen technisch überarbeiteten Dampfkessel französischer Bauart. Dieser wurde am 19. Mai von Regierungsbaumeister Röttcher vor Ort abgenommen. Der Kessel fand, zusammen mit einer dazugehörigen Dampfmaschine, Platz in einem neuen Kessel- und Maschinenhaus. In vier von einander getrennten Räumen dieses Gebäudes waren der Kessel, die Dampfmaschine, eine Ziegelpresse und eine Tonmühle installiert. Die beiden Letzteren wurden über Transmissionen von der Dampfmaschine angetrieben und erlaubten eine wesentlich effizientere Produktionsweise. Trotz dieser technischen Neuerungen schied Johann A. Ankele jedoch im gleichen Jahr wieder aus dem Unternehmen aus. Am 17. Oktober 1884 hatte Völker dessen Geschäftsanteile übernommen. Die Leistungsfähigkeit des seinerzeit von H. Haltern errichteten Brennofens war für die nun weitgehend maschinell hergestellten Produkte nicht mehr leistungsfähig genug. Völker plante aus diesem Grunde den Bau eines modernen Ringofens. So kam es den Plänen Völkers entgegen, dass in der Nacht vom 6. auf den 7. April 1887 der alte Ziegelbrennofen durch ein Feuer vernichtet wurde. Im Juni hatte Heinrich Völker bereits detaillierte Neubaupläne für einen Ringofen und vier Trockenschuppen beim Landratsamt in Münden zur Genehmigung eingereicht. Sie wurde bereits am 12. Juli 1887 erteilt. Jedoch machte die Behörde die Genehmigung von folgenden Auflagen abhängig:

1. Der Brennofen ist in einer Entfernung von mindestens 30 Meter von denen Wohngebäuden und von Trockenschuppen zu errichten.
2. die Entfernung von den nächstgelegenen Waldungen wird festgesetzt:

nach Süd auf	285 Meter
nach Ost auf	337 Meter
nach Nord auf	292 Meter
nach West auf	155 Meter
3. Zur Verhütung von fortfliegenden Feuerfunken aus dem Schornstein ist eine dieses Fortfliegen verhindernde Vorrichtung auf oder in dem Schornstein herzustellen.

Vor dem Brennofenbrand und dem darauf folgenden Neubau des Ringofens hatte Völker exakte Analysen der am Steinberg vorhandenen Rohstoffe veranlasst und durch Bohrungen deren ausreichendes Vorhandensein nachweisen lassen. Das Resultat war eine sehr positive Bestandsaufnahme über das Werk, die vorhandenen Baulichkeiten, so wie die Beschaffenheit und Menge der am Steinberg vorhandenen Rohstoffe und der vielseitigen Produkte des Unternehmens. Das Ergebnis wurde am 22. Februar 1887 in den Mündenschen Nachrichten veröffentlicht:

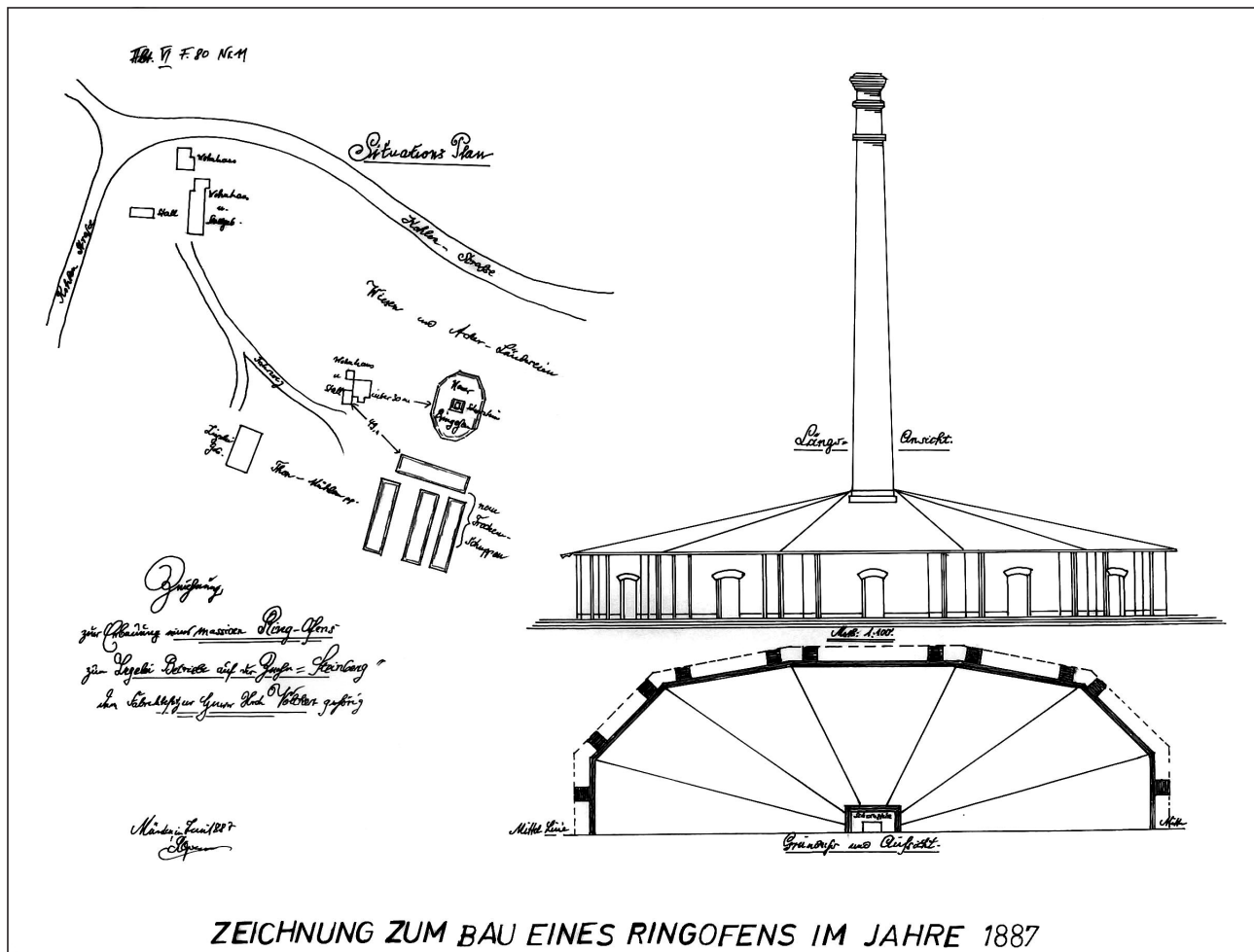


Zeichnung der Dampfkesselanlage auf dem Steinberg [Kreisarchiv Gö. LA HMÜ 133]

Nienhagen, 15. Februar. In der Gemeinde Nienhagen, liegt im Kaufunger Interessentenforste das Bergwerkseigentum „Steinberg“, welches früher dem preußischen Bergfiskus gehörte. Dieses Bergwerkseigentum, auf Grund der präsentierten Muthung zur Gewinnung von Braunkohlen bestimmt, befindet sich gegenwärtig im Privatbesitz und erfreut sich eines vielversprechenden Aufschwungs, besonders da die gewonnenen Kohlen hauptsächlich zur eigenen Ziegelei verwandt werden, denn es befindet sich neben dem Bergwerk eine Fläche von 1310 ar, welche sehr mächtige Lager der verschiedensten Arten des besten Thons und daneben feine Sandlager für Glashütten enthalten, welche Materialien theils zu eigenem Fabrikbetriebe verwendet, theils als Rohmaterialien verkauft werden. Die Mächtigkeit dieser Thon- und Sandlager ist durch Bohrung bis 30 m Tiefe und mehr constatirt. Nach der chemischen Analyse des Dr. H. Seger in Berlin hat der Thon folgende Bestandtheile: 0,9 pCt. Groben Sand von 0,2 mm Korngröße, 3 pCt. Feinen Sand von 0,2 mm bis 0,4 mm Korngröße, 2,5 pCt. Staubsand u. s. w. und 93,6 pCt. Thonsubstanz; der Sandstein hat dagegen 95,27 pCt. Kieselsäure, 3,28 pCt. Thonerde, 0,24 pCt. Eisenoxyd, 0,25 pCt. Alkalien und 0,96 pCt. Chem. Geb. Wasser. Von diesem Quarzsand wird allein etwa für 1000 M. für die in der Nähe befindliche Glashütte der Herren von Butlar gegraben, während ein anderer Theil als Zusatz zu dem fetten Thon in der auf dem „Steinberge“ gleichzeitig bestehenden Thonwarenfabrik Verwendung findet. In der letzteren sind die Brennöfen, darunter ein Glasur- oder Töpferofen vorhanden. Fabri-

cirt werden hauptsächlich gelbe Facaden- und Formsteine, poröse Steine, Dachziegel, Herdplatten, glasierte Steine u.s.w. Es können auch feuerfeste Steine fabricirt werden, da die Rohmaterialien dazu genügend vorhanden sind. Die Thongrube erhält ihr Wasser sowohl im Sommer wie im Winter beständig aus dem Wasserabzugscanal, welcher direkt von der Grube aus ins Bergwerk führt, um die Wasser aus den Kohlenköpfen zu lösen. Da dies Wasser lauwarm ist, so kann der Thon nicht frieren, so daß während des ganzen Winters die Thonwarenfabrik in Tätigkeit bleibt. Schließlich ist noch zu erwähnen, daß sachverständigem Taxat im „großen Steinkopf“ noch etwa 250 000 Fuder Kohlen sich befinden, wovon etwa die Hälfte als Kohlenkleie durch das Sieb fällt und bis jetzt nicht verwertet wird. Die hiernach verbleibenden 124 000 Fuder machen 2,383,000 hl aus. Neuerlich ist aber noch in Aussicht genommen, die Kohlenkleie zu Briquets zusammen zu pressen und als Heizmaterial zu verwerthen, so daß das Etablissement, zu welchem 6 Wohnhäuser, verschiedene Ziegeleigebäude, Stallungen, Trockenschuppen, Kohlenschuppen, Thonmühlen gehören, voraussichtlich in Zukunft noch mehr als bisher prosperiere

Augenscheinlich hat H. Völker diese umfassende Analyse veranlasst, um auf die sehr guten Vorkommen hinzuweisen, die er ja mit dem geplanten großen Ringofen in noch größerem Umfange zu produzieren gedachte. Dieser verfügte über insgesamt 10 Brennkammern. Diese konnte man nun kontinuierlich im Kreisverfahren mit den maschinell gefertigten Rohlingen beschicken, danach dann vorheizen,



Zeichnung des ersten Ringofens [Kreisarchiv Gö. LA HMÜ 133]

brennen, abkühlen und die fertigen Produkte ausfahren. Dieser Ringofen machte das Ziegelwerk nun leistungs- und konkurrenzfähig. Finanziert hatte Völker dieses Vorhaben teilweise mit Hypotheken seiner Lebensgefährtin, der aus Kassel stammenden *unverehelichten* Johanna Alma Henschel, die mit ihm auf dem Steinberg lebte. Im Grundbuch Nienhagens war 1888 eine Hypothek in Höhe von 3000 RM auf ihren Namen eingetragen.

Probleme bereiteten dem Unternehmen jedoch der Transport der z. T. zerbrechlichen Waren auf dem Weg nach Münden. Diese Fahrten nahmen sehr oft einen beinahe abenteuerlichen Charakter an. In einem Bericht der Münchenschen Nachrichten vom 25. 9. 1904 schilderte Georg Fischer diese Straße in früheren Zeiten wie folgt:

Die Kohlenstraße war denn auch ihrer beglückenden Gossentiefbauten wegen berüchtigt. Schon allein das Ziehen der leeren Kohlenwagen nach dem Steinberg wurde den Pferden auf die Dauer zum Verhängnis. Die Feld- und Wiesenflur daselbst, dem Gatter entlang, zwischen Einfahrt und Wirtschaftshof war früher der Würgeanger, auf dem eine größere Anzahl abständiger, erschossener Pferde in dem besten Lebensalter zu vorzeitiger Verscharrung gelangte! Die Folge jenes Höllenweges. Vor etwa 20 Jahren hatten Zimmermeister Gundlach- Hedemünden und der Verfasser auf dieser Straße eine rasende nächtliche Fahrt durchzuhalten, die binnen wenigen Minuten von der Platte

zur Haarth- Allee führte, nachdem ein Stück Rotwild beim Mollenstein dicht vor dem Pferd wie ein Schattenbild die Straße „überfallen“. Eine entsetzliche Fahrt, bei der die Einzelgossen ausgelöst und zu einer einzigen Teufelsriesengosse zusammen gekuppelt erschienen, die uns in fürchterlicher Pein zusetzte, bis zu Ende der gräßlichen Partie, die, Dank dem Führer G., der die Zügel nicht locker und das Pferd nicht von der Straßenkrone gelassen trotz alledem glücklich verlaufen, denn auch Wagen und Geschirr hatten keinen Schaden genommen. Die steilen Köpfe sind der Kohlenstraße verblieben, aber die Gossen wurden doch nach und nach erheblich verringert durch unterirdisch eingebaute Wasserabführungen (Cementringe). Diese waghalsige Fahrt fand etwa in der Zeit statt, in welcher H. Völker den Ringofen fertiggestellt hatte. Wesentlich höhere Produktmengen mussten nun zu den Abnehmern, überwiegend nach Münden, auf der schwierig zu befahrenden Kohlenstraße transportiert werden. Leicht konnte es hierbei auch zu größeren Schäden beim Transport von empfindlichen Dachziegeln kommen.

Wenn Georg Fischer von Gossen sprach, so handelte es sich hierbei um insgesamt 441 Querrinnen, die er so beschrieb: ... hatte man die Längsfläche der Straßenkrone oben vom Steinberge an bis zur Eisenbahn herunter mit mehreren hundert derb ausgepflasterten Gossen zur oberirdischen Ableitung des Regenwassers durchquert. Fahr-

ten auf dieser Kohlenstraße boten denn nicht allein Pferde- sondern auch Menschenchinderei, denn Kutscher und Reisende fuhren männiglich fußhoch „im Hochgenuß“ von ihren Sitzen empor bei Durchfahrt dieser Höllengossen ...

Nach der Übernahme des Geschäftsanteiles seines Partners Ankele hatte Völker vom Forstfiskus auch den Anteil des Berghauses gekauft, der von der Forstbehörde genutzt worden war. Hier konnten nun Wanderer, wenn sie im Sommer in den Kaufunger Wald wanderten, an den Wochenenden einkehren, denn Völker hatte in dem Haus eine Gaststätte eingerichtet und an einen Gastronom verpachtet. Gleichzeitig konnte die Einrichtung während der Woche von den Beschäftigten des Betriebs als Kantine genutzt werden. Der derzeitige Pächter Theodor Wolke machte am 17.05., am 30.05. und am 01.06. 1886 Zeitungswerbung für seine Gaststätte:

Zum bevorstehenden Stimmfahrt.
feße bringe ich meine
Gastwirthschaft
zum Steinberge
 20 Minuten von der **Häringsnase** ent-
 fernt, in gefällige Erinnerung.
 Für bläige Speisen und Getränke ist
 bestens gesorgt und bitte um geneigten An-
 spruch. Hochachtungsvoll (1883)
Th. Wolke.

[STAM MN vom 17.5.1889]

Nach einigen Jahren aber wurde der Betrieb wiederum von einem Konkurs bedroht. Heinrich Völker erging es wie Heinrich Haltern. So wie dieser hatte auch er die Investitionen über Kredite finanziert und konnte nach geraumer Zeit den finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen. Der finanzielle Kollaps deutete sich bereits im Sommer 1889 an. Völker zahlte jährlich am 1.4. einen Beitrag von 75 Mark für die Nutzung der Kohlenstraße, die über das Gebiet der Stadt Münden führte, an den Magistrat. Völker hatte sich verpflichtet, der Stadt an Stelle des Bargelds 3000 Backsteine der 1. Sorte zu liefern. Er kam dieser Verpflichtung jedoch nicht nach, so dass der Magistrat am 1.6. die Lieferung binnen 14 Tagen anmahnte. Da Völker dieser Aufforderung auch nicht nachkam erhielt er folgendes Schreiben: Da eine Lieferung von 3000 Stück Backsteinen 1ter Sorte an Stelle des von Ihnen pro 1. April 1889/8 zu leistenden Beitrages zu den Unterhaltungskosten der Kohlenstraße Ihrerseits nicht erfolgt ist, so fordern wir Sie hiermit auf, den Beitrag von 1887/8 mit 75 Mark, wie auch den pro 1888/9 mit ebenfalls 75 Mark, also zusammen: Einhundert und Fünfzig Mark nunmehr binnen 14 Tagen an unsere Cämmereicasse einzuzahlen.

Der Magistrat
 Gez. Schulze

Bemerkung: Zahlung nicht erfolgt.

M. d. 30.6.
 Brand.

Am 6.7. erfolgte eine erneute schriftliche Mahnung. Diese Mahnung hatte nur teilweisen Erfolg. Völker zahlte 100 Mark, den Rest beglich er am 31.10.1890. [STAM C 1142]

Am 6.08. 1890 eröffnete das Königliche Amtsgericht Münden auf Antrag des Verwalters im Konkursverfahren über das Vermögen des Thonwarenfabrikanten Heinrich Völker die Zwangsvollstreckung. Der Termin wurde auf Donnerstag, den 16. Oktober 1890 nachmittags 3 ½ Uhr von dem unterzeichneten Gericht an Ort und Stelle in *seiner Wohnung am Steinberg Nro 51* anberaumt. (Diese Wohnung befand sich in dem ebenfalls von ihm errichteten Haus, in welchem sich heute das Jugendwaldheim befindet). Hierbei sollten Ziegeleiprodukte und Maschinen sowie Haushaltsgegenstände versteigert werden. Völker gelang es, die Versteigerung zu verhindern. In der prekären Situation des Jahres 1890 gelang es ihm, den Betrieb an den Privatmann Ferdinand Pfeiffer aus Arzla in Bayern, jetzt in Frankfurt lebend, zu verkaufen. Völker verkaufte Pfeiffer sein Grundvermögen auf dem Steinberg sowie das auf seinen Namen durch Überlieferungsurkunde vom 23.13.1868 vom Preußischen Fiskus zur Gewinnung von im Felde vorhandenen Braunkohlen verliehene Bergwerkseigentum mit allen Rechten und Gerechtigkeit auf allem unbeweglichen Inventar zusammen für 100 000 Mark.

Er selbst blieb im Werk bis auf weiteres als Geschäftsführer und erhielt eine jährliche Besoldung von 1200 Mark, welche in monatlichen Teilen von 100 Mark zu zahlen war. Zusätzlich verpflichtete sich der Käufer zu einer jährlichen Tantieme vom erzielten Reingewinn, deren Höhe alljährlich ermittelt werden sollte. Die zum Werk gehörige Schankwirtschaft darf Völker auf eigene Rechnung weiterführen, und auch die zum Betrieb gehörenden landwirtschaftlichen Flächen standen ihm zur kostenlosen Nutzung zur Verfügung, jedoch nur, solange sie nicht für betriebliche Zwecke benötigt würden. Falls es zur Gründung einer Aktiengesellschaft kommen sollte, würde Völker mit einem 10%-Anteil beteiligt werden.

Gründung einer Aktiengesellschaft

Ferdinand Pfeiffer hat den Kauf des Betriebs offensichtlich in der Absicht zu spekulieren erworben. Mit Heinrich Völker hatte er einen Statthalter vor Ort, den er mit der Aussicht auf Gewinnbeteiligung, einem guten Gehalt und den o. g. Vorteilen an das Unternehmen gebunden hatte. Legt man das Grundkapital der neuen Gesellschaft von 117.000 Mark zugrunde, so ist zu vermuten, dass es sich hierbei um den Kaufpreis gehandelt hat. Abzüglich der 10 Aktien, die er vertraglich Völker zugesichert hatte, war die kurze Dauer dieser Transaktion, den Gewinn nicht eingerechnet, für Pfeiffer sehr lohnend.

Völker hatte mit seiner Option auf 10 Aktien die Entwicklung vorausgesehen, denn ein Jahr später, am 11.09.1891, kam es zu einer ersten Zusammenkunft der Aktionäre der neu gegründeten Aktiengesellschaft. Aus der Firma **Braunkohlen-Bergwerk und Thonwarenfabrik mit Ring-**

ofenbetrieb *Heinr. Völker*, wurde die **Bergbau- und Industrie-Gesellschaft Steinberg, Hann. Münden**.

Gesellschafter des Unternehmens waren:

- | | |
|-----------------------------|--------------|
| 1. Dr. Rud. Baehr-Predari | Dresden |
| 2. Rechtsanwalt Carl Friess | Kassel |
| 3. Carl Kleine | Hann. Münden |
| 4. Dr. Moehl | Kassel |
| 5. Dr. Reinecken | Holzminden |
| 6. Ing. Rich. Volz | Kassel |
- Heinrich Völker fungierte fortan nur noch als stiller Teilhaber.

Das Grundkapital der Gesellschaft belief sich auf 117.000 Mark. Aufgeteilt in 117 Aktien mit einem Nominalwert von je 1000 Mark. Der Gesellschaftsvertrag sah eine eventuelle Erhöhung des Kapitals auf maximal 500.000

Mark vor. Dies sollte durch die Ausgabe neuer Aktien geschehen. [AmtsGer. Münden, Grundbuchamt] Somit hatte man den Betrieb auf eine breitere Grundlage gestellt, mit der Perspektive auf eine weitere Erhöhung des Kapitals. Dies sollte bald notwendig werden, denn die Achillesferse des Unternehmens war die schlechte Verkehrsanbindung an die Stadt Münden, den Schiffsverkehr auf Weser und Fulda sowie an die Eisenbahn. Das damals und bis auf den heutigen Tag modernste Transportmittel in topografisch schwierigem Gelände, waren und sind Seilbahnen. Den Bau einer solchen Bahn hatte die Gesellschaft ins Auge gefasst. Die Anteilseigner gingen entschlossen daran, eine derartige moderne Verkehrsanbindung des Werkes zu planen und zu realisieren. Man wollte den Betrieb hierdurch rentabler und flexibler gestalten.

Der Bau der Seilbahn vom Werk zum Güterbahnhof in Münden

AUSSTELLUNG CHICAGO
HÖCHSTE AUSZEICHNUNG
2 Diplome 1 Medaille.

Einfachstes und billigstes Transportmittel.
Ausführbar bei den schwierigsten
Terrainverhältnissen und in beliebiger Länge.

Übernahme ganzer betriebsfertiger Anlagen
unter Garantie für tadellose Ausführung, Solidität u. gutes Functioniren.

J. POHLIG
OTTO'SCHE DRAHTSEILBAHNEN

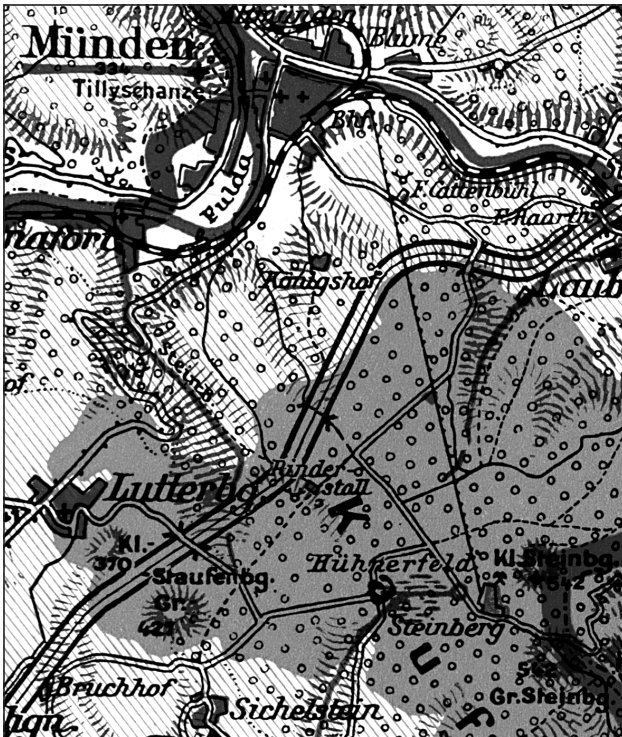
Köln Zollstock, den 189

Briefkopf der Erbauerfirma der Drahtseilbahn

Erster Direktor der neuen Gesellschaft wurde im April 1892 Dr. Baehr-Predari aus Dresden. Unter seiner Führung ging man daran, das Transportproblem zu lösen. Mit den Planungen wurde die in Cöln-Zollstock ansässige Firma Julius Pohligh beauftragt. Die Kosten des Vorhabens sind im nachhinein nicht mehr komplett nachzuweisen. Im Grundbuch von Nienhagen z. B. war eine Hypothek von 24000,00 Mark zu Gunsten eines Herrn Ad. Braun eingetragen, während Dr. Baehr-Predari seinen Aktienanteil um 55 Stücke, im Nennwert von je 1000,00 Mark, erhöhte. Ob andere Aktienbesitzer ihren Anteil ebenfalls erhöhten, oder ob neue Aktionäre hinzugewonnen werden konnten, kann nicht beantwortet werden. Julius Pohligh hatte nach Beendigung der Arbeiten noch Forderungen von 100.000,00 Mark

an die Gesellschaft, die von dieser nicht beglichen werden konnten. Im Hypothekenbuch des Amtsgerichts Münden wurde am 13.1.1894 eine Kautions eingetragen in Höhe von 100.000,00 Mark für Julius Pohligh für dessen gesamte Forderungen an die Bergbau und Industrie Gesellschaft Steinberg A-G zu Münden für die Erbauung einer Drahtseilbahn aus der Leistung von Vorschüssen sowie überhaupt aus dem der Gesellschaft bereits gewährten und noch zu gewährenden Kredit.

Auch Johanna Alma Henschel beteiligte sich am Bau der Seilbahn mit einer Hypothek von 2000,00 Mark. Weitere Geldgeber sind in diesen Unterlagen zum Zeitpunkt der Erbauung nicht eingetragen. Um den Bau überhaupt realisie-



Ausschnitt aus einer Karte des Heimatatlases mit der Seilbahntrasse

ren zu können, war es notwendig, die Anpachtung der benötigten Grundflächen mit Hilfe des Königlichen Oberbergamtes in Clausthal durch einen Enteignungsbeschluß, der am 20. Februar 1893 unterzeichnet wurde, durchzusetzen. [BA Clausthal Gewerkschaft Steinberg] Die Bauherren müssen sich sehr sicher über den Ausgang des Verfahrens gewesen sein, denn sie hatten bereits im März 1892 einen Vertrag mit der Firma Julius Pohligh unterzeichnet, in welchem eine genaue technische Beschreibung der Bahn nachzulesen ist. Nachfolgend eine Umschrift dieses Dokuments. [StAM C1142]

Beschreibung

Zum Concessionsgesuch des Baues einer Otto'schen Drahtseilbahn für die Bergbau- und Industrie- Gesellschaft Steinberg bei Hann. Münden.

Die Drahtseilbahn, welche zum Transport von Braunkohlen, Ziegel, Thon und Sand dienen soll, beginnt bei dem Ringofen auf dem Steinberg und erstreckt sich in gerader Linie nach der Entladestation auf dem Bahnhofe Hann. Münden.

Die Länge der Bahn beträgt horizontal gemessen 5990 m der Höhenunterschied zwischen Be- und Entladestation beträgt 328 m was einem Durchschnittsgefälle von 1:18,2 entspricht.

Das eigentliche System der Otto'schen Drahtseilbahn mit zwei festen Tragseilen und einem beweglichen Seil ohne Ende, dem Zugseil, als bekannt vorausgesetzt, sei hier bemerkt, daß für den beladenen Strang ein Tragseil von 33 mm Durchmesser und für den Leerstrang ein solches von 24 mm Durchmesser vorgeschrieben ist. Die Bruchbelastung der Seile beträgt 36300 kgr bzw. 19200 kgr. Diesel-

ben sind sowohl auf der Beladestation als auf der Entladestation festverankert. Um die Seile in constanter Spannung zu halten, sind auf der Strecke zwei Zwischenspannvorrichtungen eingeschaltet. Die erstere befindet sich etwa 2000 m von der Beladestation entfernt (es folgt eine unleserliche Seite, d. Verf.) die Tragseile sind hier nach der anderen Seite hin fest verankert. Nach der anderen Seite hin sind die in Ketten auslaufenden Seilenden über Rollen geführt und mit angehängten Spannungsgewichten versehen. Die zweite Zwischenspannvorrichtung befindet sich ungefähr 4800 m von der Beladestation entfernt und unterscheidet sich von der ersteren dadurch, daß die Tragseile hier nach beiden Seiten hin durch Gewichte gespannt werden. Durch diese Spannvorrichtungen werden die Seile in einer constanten Spannung von 4500 kgr bzw. 2400 kgr gehalten welches einer 8fachen Sicherheit entspricht.

Das Zugseil ist ein Litzenseil von 20 mm Durchmesser aus bestem Patent- Tiegelgußstahldraht mit einer Bruchfestigkeit von 140 kgr pro qmm Querschnitt. Es besteht aus 6 Litzen und hat eine Gesamtbruchfestigkeit von 20300 kgr, während es mit höchstens 2500 kgr Maximalspannung in Anspruch genommen wird, so daß es eine 8fache Sicherheit bietet. Das Zugseil umspannt auf der Ladestation eine zweirillig ungelederte Seilscheibe von 2 m Durchmesser sowie, so wie eine dreirillig ungelederte Seilscheibe vom nämlichen Durchmesser. Die beiden Scheiben sind auf senkrecht stehenden Achsen festgekeilt, die durch Hals- und Fußlager gelagert sind. Die Achse der gelederten Scheibe steht durch conische Räder- Transmission und Riemen in Verbindung mit einer neben der Station befindlichen Dampfmaschine. Auf der Entladestation wird das Zugseil um eine einrillig ungelederte Seilscheibe von 2 m Durchmesser geführt, deren Drehzapfen mit einer Gabel versehen ist, welche eine über eine Rolle gehende Kette trägt, an der das Spannungsgewicht hängt wodurch das Zugseil in constanter Spannung gehalten wird.

Braunkohlen

in einzelnen Hectolitern empfehle zur gef. Abnahme:

ab Lager des Herrn Heinrich Heße, hier, zu 45 J.
ab Seilbahnstation zu 40 J. pro Hectoliter,

große Kohlenpreßsteine

ab Seilbahnstation pro 100 Stk. 1.40 M.,
im Einzelnen 2 Stk. 3 J.

Braunkohlen- und Thonwerk „Steinberg“
von J. Pohligh.

Verkaufsanzeige für Briketts

[StAM MN 30.12.1896]

Die Unterstützung der Tragseile, deren es auf der ganzen Strecke 122 giebt, auf Fundamente montiert, sind in Holz ausgeführt und zwar mit einzelnen Ausnahmen in sechsbeiniger Construction, die mittlere Entfernung beträgt 50 m. Die Höhen der Stützen variieren ausgenommen die N° 1, 2, 3, 4, 5, 114, 117, 118, & 119 zwischen 6,5 und 11,75 m welches eine freie Passage unter der Bahn selbst mit hochbeladenen Wagen überall ermöglicht. 65 dieser Stützen sind

mit Zugseil Tragrollen versehen zur Aufnahme des Zugseils bei abgefahrener Bahn.

Die Bahn überschreitet bei den Stützen No 14 und 24 öffentliche Wege, bei 52 & 95 die sogenannte Kohlenstraße und endlich die Eisenbahn direct vor der Entladestation. Die genannten Straßen und auch die Eisenbahn sind durch Brücken gegen etwaige von den Seilbahnwagen herabfallenden Kohlenstücke o. desgl. geschützt.

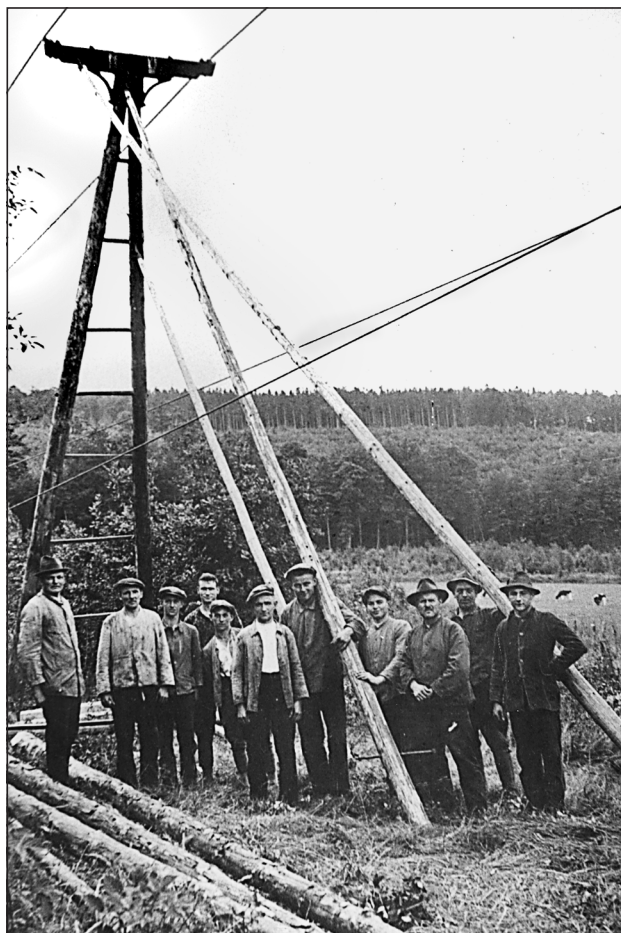
Bei den Stützen No 19, 58 & 81 können Anschlüsse für den Transport von Holzmaterialien eingerichtet werden, indem die Seile dann durch Auswechseln einiger Stützen rechts & links an diesen Stellen tiefer gelegt werden können.

Das Beladen der Seilbahnwagen geschieht, wenn Ziegel transportiert werden, an der eigentlichen Beladestation neben dem Ringofen während bei dem Beladen von Kohlen, Sand oder Thon die Seilbahnwagen auf Hängeschienen per Hand in die etwas entfernter gelegene Grube hineingeschoben werden um dort durch geeignete Vorrichtungen beladen zu werden.

Das Ankuppeln der Seilbahnwagen an das in fortwährender Bewegung befindliche Zugseil geschieht vermittelt der vielfach bewährten Otto'schen Scheibenkuppelungsapparate.

Die Leistungsfähigkeit der Drahtseilbahn ist auf 30 Tonnen pro Stunde berechnet. Die Seilbahnwagen haben 300 kg Inhalt (für Thon, Sand und Ziegel 2 hl, für Kohlen 4 hl) so daß $30000 : 300 = 100$ Wagen pro Stunde zu fördern sind, also alle 36 Sekunden ein Wagen. Bei einer Zugseilgeschwindigkeit von 1,5 m pro Secunde folgen sich die Wagen in Entfernungen von $36 \times 1,50 = 54$ m, so daß sich fortwährend $26000 : 54 = 222$ Wagen auf der Strecke befinden 111 leere und 111 beladene.

Bei vollbesetzter Bahn ist für den Betrieb keine Maschinenkraft nöthig, da die vollen Wagen die leeren durch ihre



Behebung der Windbruchschäden

[Original: Gerhard Bretthauer]

Schwere hinaufziehen. Dagegen ist Betriebskraft nötig beim Anfahren der Bahn oder wenn weniger als 30 Tonnen pro Stunde gefördert werden. Beim Abfahren der Bahn kann eine solche Lastvertheilung eintreten, daß ein Kraftüberschuß von mehr als 20 HP vorhanden ist und sind deshalb auf der Beladestation 2 Bandbremsen vorgesehen, um die Fahrgeschwindigkeit regulieren zu können.

Die beiden Endstationen der Seilbahn sind durch elektrische Läutewerke und Mikrotelephon miteinander verbunden, damit die Bedienungsmannschaften sich über den Betrieb der Bahn verständigen können.

Cöln, den 26. März 1892

Direction der Bergbau & Industrie-Gesellschaft Steinberg – Hann. Münden.

26/3. 92 (gez) Dr. R. Baehr – Predarier
gg J. Pohlig

Das Königliche Oberbergamt

Der Regierungspräsident theilte dem Magistrat Mündens in einem Schreiben am 18.09.1893 mit, dass gegen die Inbetriebnahme der Seilbahn landespolizeiliche Bedenken nicht zu erheben gewesen seien. Eine Kopie dieses Schreibens wurde auch an das Oberbergamt in Clausthal-Zellerfeld gesandt. Einen Monat vor der technischen Abnahme der Bahn wurde zwischen der „Bergbau- und Industrie-Ge-

Braunkohlen,

Thon und Ziegel

liefert ab Zeche Steinberg

zu soliden Preisen

Bergbau- und Industrie-Gesellschaft Steinberg.

Contor: in der Ausladestation der Drahtseilbahn.

[StAM MN 20.8.1893]

sellschaft Steinberg und der *Königlichen Regierung, Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten zu Hildesheim für den Forstfiscus* ein insgesamt 14 Paragraphen umfassender Vertrag abgeschlossen, der eine Laufzeit von 18 Jahren beinhaltete.

[HStA Hann. 180 Hildesheim Nr. 18040]

Der Paragraph 1 hatte folgenden Wortlaut:

Die Königliche Regierung gestattet der Bergbau- und Industrie-Gesellschaft Steinberg zu Hannov. Münden die Anlegung und den Betrieb einer Drahtseilbahn innerhalb der fiscalischen Forsten der Oberförsterei Cattenbühl und zwar auf der angefalteten Karte näher dargethanen, die Districte No 7, 13, 19, 58, 62, 70, 75, 76, 79, 86, 90 und 91 durchschneidenden vom Holzbestand entblößten Linie von fünf Meter Breite.

Der Paragraph 3 regelte die jährlichen Zahlungsmodalitäten des jeweils am 1. April *hierfür prae-numerando* (im voraus d. Verf.) zu zahlenden 500,00 Mark.

Der Paragraph 4 beinhaltete die Zahlung der Kosten *für den beim Aushieb der Bahnlinie nothwendig gewordenen Abtrieb hiebsunreifer Bestände eine einmalige Kapital-Entschädigung von im Ganzen rund: Eintausend Dreihundert Mark 1300 Mark an die oben bezeichnete Kasse.*

Im Paragraphen 8 verpflichtete sich die Gesellschaft zum Abtransport von Holz mit der Seilbahn.

...verpflichtet sich Holz, jedoch nur bis zu einer Stücklänge von 3 Metern, sowie Waldprodukte aller Art jedoch nicht unter 20 rm bzw. fm, unter der für Rechnung der Forstverwaltung oder sonstiger dritter Personen gegen einen Gebühr von 10 Pfennigen einen Centner mittelst der Drahtseilbahn bis zur Ausladestation derselben zu befördern.

Der Paragraph 14 verpflichtete die Gesellschaft zur Zahlung eines Betrages von 3000,00 M Kautio. *Zur Erfüllung aller aus dem vorstehenden Vertrage übernommenen Rechtsverbindlichkeiten hat sofort nach Abschluß desselben die*



Talstation der Seilbahn am Güterbahnhof in Münden

[Original: Walter Beinhorn - Münden in alten Ansichten]

Bergbau- und Industrie-Gesellschaft Steinberg eine Kautio von „Dreitausend Mark“ bei der hiesigen Königlichen Regierungs-Hauptkasse zu hinterlegen.

Mit diesem Regelwerk hatte sich der Fiskus nach allen Seiten hin abgesichert und war in die Lage versetzt, eventuelle Schäden durch die hinterlegte Kautio abzudecken. Darüber hinaus konnte er die Seilbahn auch zum Abtransport von eigenem Holz und anderen Waldprodukten zu einem günstigen Preis von 10 Pfennig für 50 kg Gewicht jederzeit nutzen. Es ist leicht vorstellbar, dass sich die Forstbehörde nur schweren Herzens der Enteignung einer solch großen Fläche, quer durch die bestehenden Reviere, gebeugt hat. Sie wurde gezwungen ca. 20000 qm Waldbestand, ganz gleich in welchem Wuchszustand sich dieser befand, abzuholzen. Darüber hinaus musste sie auch eine dauernde Benuhrung des Wildes während des Betriebs der Bahn hinnehmen. Eine positive Einstellung der Revierbeamten konnte unter diesen Umständen auf keinen Fall vorausgesetzt werden.

Dieses neue technische Werk fand auch seinen Niederschlag in den Mündenschen Nachrichten. Der eingangs bereits zitierte Georg Fischer verfasste auch den folgenden interessanten Beitrag, der am 1. Dezember 1905 erschien.

*Natur- und Walddenkmäler und dergl.
In der Mündener Umgebung
Von Hellenberg
XVII.*

Von den Drahtseilbahnen ist die des Steinbergs Münden am nächsten belegen. Sie hat ihre Ausladestätte unweit der Eisenbahn-Werrabrücke an der Kalkrese und führt von dort durch die Reviere des Cattenbühls und der Mündener Feldmark, unter zweimaliger Kreuzung der Kohlenstraße, nach dem Steinberg.



Rest eines gemauerten Trägersockels an der Rehbocksweide

Hirsch und Keiler nutzen die hölzernen Tragbocke der Drahtseilbahn als Mahlbäume, ja selbst ein Auerhahn nahm das gespannte Drahtseil derselben (vor der Inbetriebnahme) mehrere Wochen hindurch als Balzstätte an bis der Aeolsharfenklang der später daselbst zur Einstellung gekommenen Fernsprechleitung ihn dauernd von dort vergrämte. Die Balzstätte befand sich in etwa 60 Meter Entfernung von dem Lutterberg- Oberroder Gemeindewege. Dadurch war uns bequeme Gelegenheit geboten, die in naturwissenschaftlicher Hinsicht bemerkenswerte Ursache der Vergraulung des Auerhahns von seiner außergewöhnlich nächtlichen Einschwungs- und Balzstätte festzustellen. Andere weniger scheue Wildarten und Vögel gewöhnen sich dagegen nicht nur leicht an jenes, sondern auch an das viel schärfere rollende Geräusch der Drahtseilbahnen selbst. So haben befreundete Jäger und ich in der Wilhelmshäuser Feldmark wiederholt Hasen hochgemacht und geschossen, die dort unter den Jochträgern der Osterberg- Speeler Drahtseilbahn im Lager gesessen. Die um den Steinberg herum belegenen Reviere bergen heute noch einen mäßigen Bestand an Auergesflügel, das früher jene Waldungen zahlreich bevölkerte und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Errichtung des Auerhahnordens führte, dessen Mitglieder alljährlich zur Auerbahnbalz dort im Berghaus tagten. [StAM MN1905]

Soweit der etwas romantisierende Bericht Georg Fischers über die Auswirkungen des Seilbahnbetriebs auf das Wild.

Finanzielle Auswirkungen des Baues der Seilbahn auf die Besitzverhältnisse

Trotz Umwandlung des Betriebs in eine Aktiengesellschaft gelang es den Betreibern nicht, eine ausreichende Kapitaldecke für das Unternehmen zu schaffen. Man hatte jetzt einen direkten Zugang zur Bahnstation und war mit dem dort eingerichteten Kontor auch in Münden für die zahlreiche Kundschaft vor Ort. Der Bau der Seilbahn und die mit diesem in Zusammenhang stehenden Zahlungsverpflichtungen überstiegen die finanzielle Potenz der Bergbau- und Industrie-Gesellschaft Steinberg bei weitem. Sie musste, ebenso wie Heinrich Völker nach dem Bau des Ringofens, ein Jahr nach der Inbetriebnahme der Bahn den Konkurs anmelden. Das Konkursverfahren wurde am 10. August 1894 auf Beschluss des Königlichen Amtsgerichts Münden eröffnet. Zum Konkursverwalter wurde Rechtsanwalt Treumann vom Gericht eingesetzt. Julius Pohlig aus Köln, er war als Erbauer der Seilbahn der Hauptgläubiger, bekam den Zuschlag für das Unternehmen im November 1894. Er hatte eine ausstehende Forderung von 100.000,00M geltend gemacht. Diese Summe resultierte aus den Baukosten der Seilbahn und finanziellen Vorleistungen. In einem Schreiben vom 12. September 1895 hieß es bezüglich dieses Vorganges:

... das Grundeigenthum einschließlich Bergwerkseigenthum und das von derselben betriebene Geschäft durch Vertrag vom 13/14. November 1894 an den Ingenieur J. Pohlig

Stilles hiern, den 11. September 1895.

Auf dem das zur Concursmasse der Bergbau- und Industrie-Gesellschaft „Steinberg“ zu Münden gehörige Grundeigenthum einschließlich Bergwerkseigenthum und das von derselben betriebene Geschäft durch Vertrag vom 13. November 1894 an den Ingenieur J. Pohlig in Köln a/R. verkauft worden ist, wird auf Antrag des Käufers genehmigt, daß der vorstehende Vertrag mit allem aus demselben resultierenden Rechten und Pflichten auf den nunmehrigen Eigenthümer, Ingenieur J. Pohlig in Köln a/R. übergeht.

*Rheinische Regierung,
Abtheilung für Straß-, Eisen-, Eisen- und Seilbahn-
(+ Kaufmann.)*

Hannov. Münden, 23. Sept. 1895.

Ing. H. Offermann

Bestätigung des Besitzwechsels an Julius Pohlig durch den Regierungspräsidenten [StAM C 1142]

in Köln a/R. verkauft worden ist, wird auf Antrag des Käufers genehmigt, daß der vorstehende Vertrag mit allem aus demselben herzuleitenden Rechten und Pflichten auf den nunmehrigen Eigenthümer, Ingenieur J. Pohlig in Köln a/R. übergeht.

So war der Kölner Fabrikant innerhalb eines Jahres ohne eigentliche Absicht um einen Betrieb „reicher“ geworden. Besaß er bisher schon Filialen in Brüssel und Wien, so hatte er nun auch eine Dependence im fernen Kaufunger Wald. Er hätte seinen Briefkopf ändern können und unter dem Namenszug

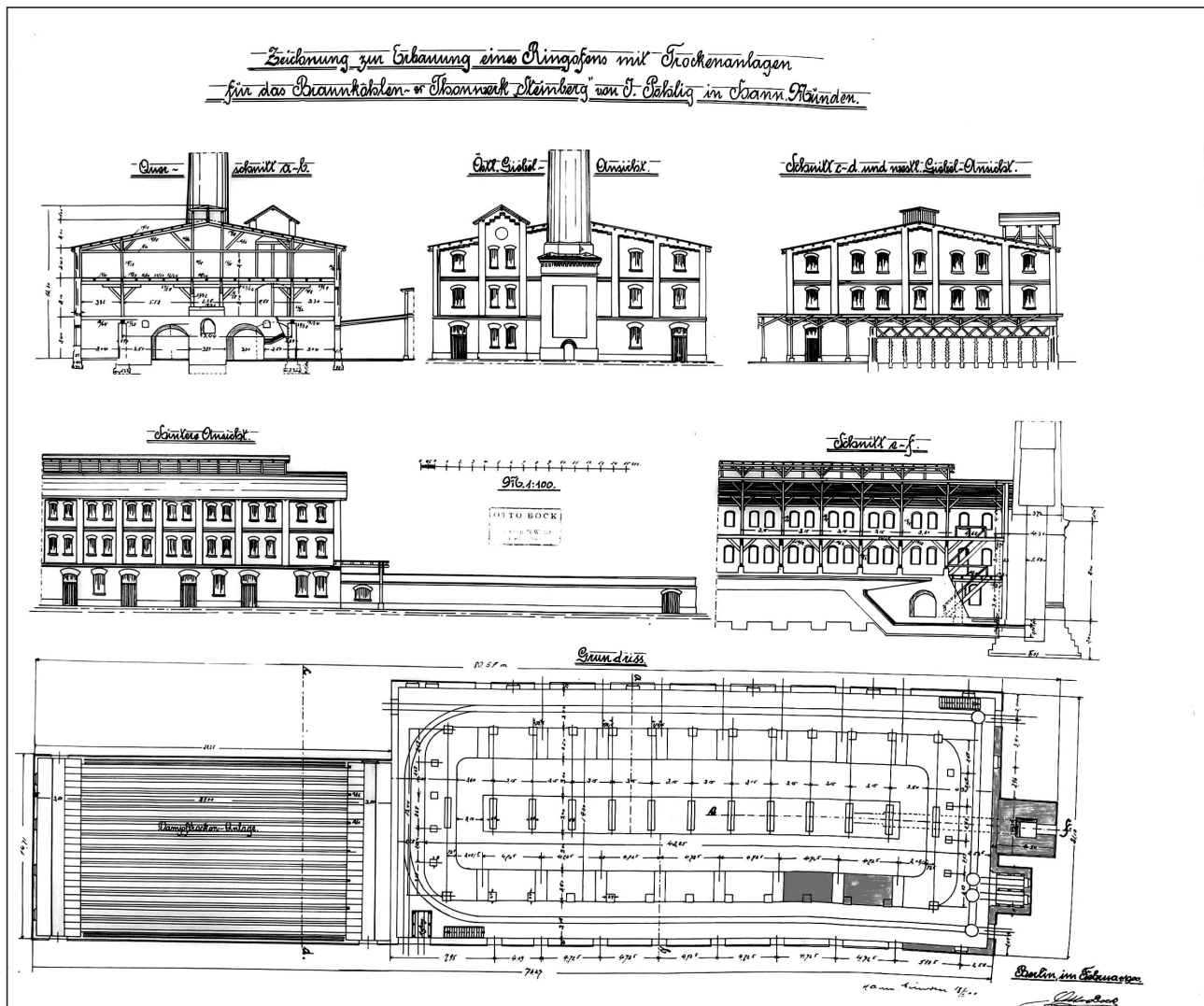
J. Pohlig
neben Köln, Brüssel, Wien, auch Cattenbühl oder Nienhagen hinzufügen können. Das Unternehmen firmierte von nun an unter dem schlichten Namen:

**Braunkohlen- und Thonwerk „Steinberg“
von J. Pohlig**

Als Direktor setzte Julius Pohlig Heinrich Offermann ein. Unmittelbar nach Übernahme des Werks installierte die neue Leitung eine Presse zur Herstellung von Briketts. Dies war schon einige Male von den Vorbesitzern geplant und angekündigt, aber bisher noch nicht verwirklicht worden. Nun konnte erstmals die in großen Mengen anfallende „Kleikohle“ als wertvoller Brennstoff in den Handel gebracht werden. In einer Anzeige vom 30. Dezember 1896 offerierte das Werk

Große Kohlenpreßsteine

Ab Seilbahnstation pro 100 Stck. 1.40 M,
im Einzelnen 2 Stück 3 Pf
Braunkohlen- und Thonwerk „Steinberg“
Von J. Pohlig.



Zeichnung zur Erbauung eines Ringofens mit Trockenanlage

[Kreisarchiv Gö. LA HMÜ Bestelln. 150, laufd. Nr. 238]

Pohlitz begann 1897 auch mit dem Abbau von Basalt und reagierte damit auf die verstärkte Nachfrage nach Basalt durch den einsetzenden Ausbau des Straßennetzes. Das Unternehmen bot nicht nur verschiedenste Ziegel, Verblendsteine und Klinker für das Baugewerbe an, sondern es offerierte auch den für die Maurerarbeiten notwendigen Maurer- und Putzsand zu günstigen Konditionen. In den Wintermonaten gehörte zum Angebot des Unternehmens auch Eis. So wurden im Januar 1899

... 625 Quadratmeter schönes reines Eis, 10 cm stark ... angeboten. Das Unternehmen florierte unter der Leitung Offermanns und des Steigers Zeidler sehr gut. Die Anzahl der Mitarbeiter stieg auf über 60 Personen. Für das Comptoir (Büro) suchte der Betrieb am 4. November 1897 einen Lehrling mit guter Schulbildung. Im Juni berichtete die Zeitung folgendes über die Kohleförderung:

Steinberg

Das Braunkohlenwerk auf dem Steinberg bei Münden hat sich weiter günstig entwickelt. Die in dem Berichtsjahre mit 9000 hl pro Monat begonnene Förderung stieg auf 21000 hl pro Monat.

Das Jahr 1897 scheint ein wirtschaftlich sehr gutes Jahr gewesen zu sein, denn der Betrieb suchte laufend neue Mitarbeiter. Allein für die Zeche wurden durch den Steiger Zeidler 20 bis 30 Mann gesucht, denen man ständige Arbeit, auch im Winter, anbot. Die starke Nachfrage nach Kohlen hatte 1897 dazu geführt, dass man, in nördlicher Richtung vom Werk aus gesehen, ein neues Kohlenlager, das Feld Steinberg II, zum Abbau erschlossen hatte. Am 26. Februar 1897 verlieh das Königliche Oberbergamt in Clausthal-Zellerfeld eine Urkunde auf dieses Feld, das einen Umfang von 30,6 ha hatte. Es befand sich zu Teilen auf dem Heisterlager, dem Hühnerfeld und dem Großen Bruch.

Auch das neue Geschäftsfeld Basalt war erfolgreich, wenn man die Suche nach Arbeitern als Nachweis heranzieht. So wurden wiederholt

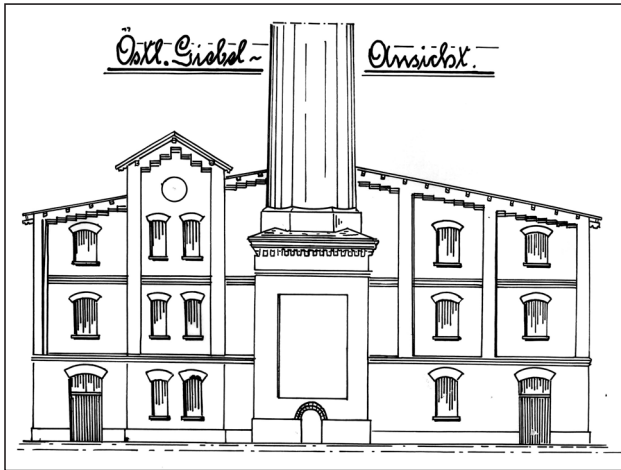
Arbeiter

zum Feinschlagen von Basalt an der Drahtseilbahn gegen guten Accordlohn dauernd gesucht.

Neben dem Basalt, der in Krotzen (großen Stücken), Pflastersteinen und Kleinschlag angeboten wurde, nahm Pohlitz auch den Grundstoff für die Herstellung von Kasseler Braun in das Verkaufssortiment auf. Kasseler Braun wird

auch Umbra (lat. Schatten) genannt. Hierbei handelt es sich um eine erdige hellbraune Braunkohle, die in Kalilauge gelöst, einen braunen Grundstoff zur Farbherstellung ergibt.

Große Investitionen und ein erneuter Verkauf des Unternehmens

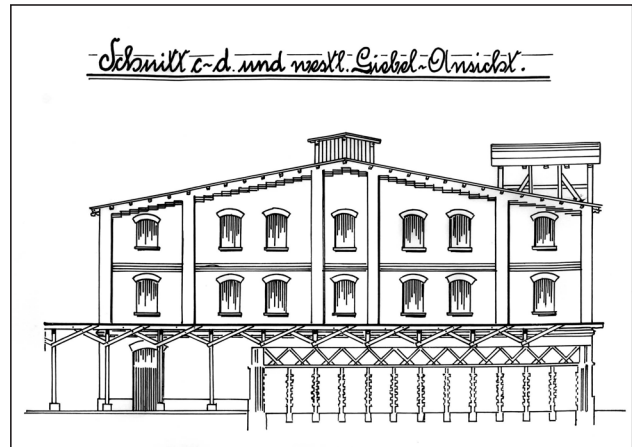


Detailzeichnung des geplanten Neubaus
[Kreisarchiv Gö. LA HMÜ]

Das Werk hatte sich in den sechs Jahren seit der Übernahme durch Julius Pohlig sehr gut entwickelt. Die Kapazitäten der Ziegelei konnten die gesteigerte Nachfrage nicht mehr befriedigen. Pohlig hatte die Zeichen der einsetzenden Hochkonjunktur erkannt, die sich zu Beginn der 90er Jahre, nach einer Depressionsphase zwischen 1886 und 1890, ankündigte, und die dann zu einem ersten „Wirtschaftswunder“ in Deutschland führte. ... Die Hochkonjunktur in der Trendperiode von 1895 bis 1913 ist erneut ein globales Phänomen der westlichen Weltwirtschaft gewesen, an deren Wachstumsgewinnen das Kaiserreich in vorderster Linie teilhatte. Die beiden Depressionen von 1900 bis 1902 und von 1907 bis 1908 erwiesen sich als irritierende Unterbrechungen, wuchsen sich aber bei weitem nicht zu einem solchen Einschnitt wie die schwarzen Jahre von 1873 bis 1879 aus. Vielmehr wurden zwischen 1896 und 1913 die Spitzenwerte der deutschen Industrialisierung in der Zeit von 1840 bis 1914 erreicht, und eine erfolgstrunkene Öffentlichkeit genoß den globalen Spitzenrang des Kaiserreichs.

[Hans-Ulrich Wehler. Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 3, München 1995, Seite 1261]

Man muss den Entschluss Pohlighs für die Erweiterung und Modernisierung des Werks in diesem gesamtwirtschaftlichen Kontext sehen. So ließ Pohlig im Herbst 1899 Pläne für einen neuen und wesentlich größeren Ringofen und eine neue Trockenanlage erstellen. Der Ringofen hatte eine ovale Form und verfügte über 18 Brennkammern. Die technische Leitung des Baues wurde dem Berliner Ingenieur Otto Bock übertragen. Die Investitionen, die Pohlig geplant hatte, waren riesig. Im Grundbuch wurden am 15.12.1899 zu seinen Gunsten 364.000,00 RM und im Obergewerbekbuch 100.000,00 RM zu seinen Gunsten eingetragen. Zu Beginn des Jahres 1900 jedoch veräußerte Pohlig ganz überraschend seinen Betrieb an den Kunstgärt-



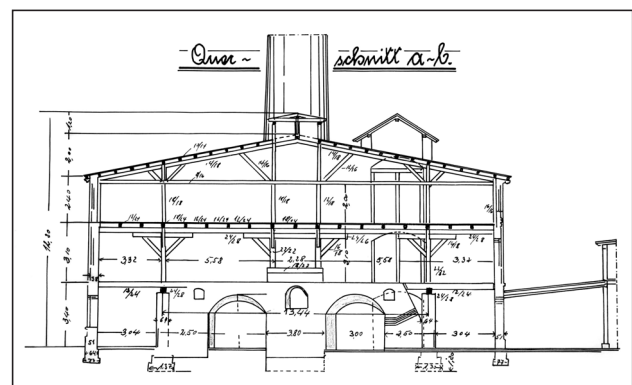
Detailzeichnung des geplanten Neubaus
[Kreisarchiv Gö. LA HMÜ]

ner und Landwirt David Bender aus Mannheim. Dies sollte jedoch nur ein kurzes Intermezzo von einigen Monaten werden. Das Unternehmen ging am 14. Februar 1900 in den Besitz Benders über. Dieser begann nun mit der Verwirklichung der bereits von Pohlig geplanten Bauten. Die Leitung des Unternehmens verblieb in den Händen von Werksdirektor Sabin. Die Erstellung der von Pohlig avisierten Bauvorhaben wurde von David Bender in Angriff genommen. Landrat von Stockhausen veröffentlichte am 23.04.1900 folgendes in den Mündeschen Nachrichten:

Hann. Münden, den 23. April 1900

Bekanntmachung

Der Besitzer des Braunkohlen- und Thonwerks „Steinberg“ bei Nienhagen, Herr David Bender in Mannheim, beabsichtigt, auf seinem in der Feldmark Nienhagen auf dem Steinberge belegenen Grundstücken einen **Ringofen** nebst Trockenanlage zu erbauen.



Detailzeichnung des geplanten Neubaus
[Kreisarchiv Gö. LA HMÜ]

Es wird dies mit der Aufforderung hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, etwaige Einwendungen gegen die beabsichtigte Anlage binnen 14 Tagen bei den Unterzeichneten schriftlich in 2 Ausfertigungen oder zu Protokoll anzubringen. Beschreibung und Zeichnung der Anlage sind auf dem hiesigen Kgl. Landratsamte (Zimmer 2) während der Dienststunden zur Einsicht ausgelegt. Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird Termin auf

Dienstag, den 15. Mai d. Js.

Vormittags 11 Uhr

Im Zimmer 2 des hiesigen Königl. Landrathsamtes anberaumt. Im Falle des Ausbleibens des Unternehmers oder der Widersprechenden wird gleichwohl mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen werden

Der Landrath.

Von Stockhausen

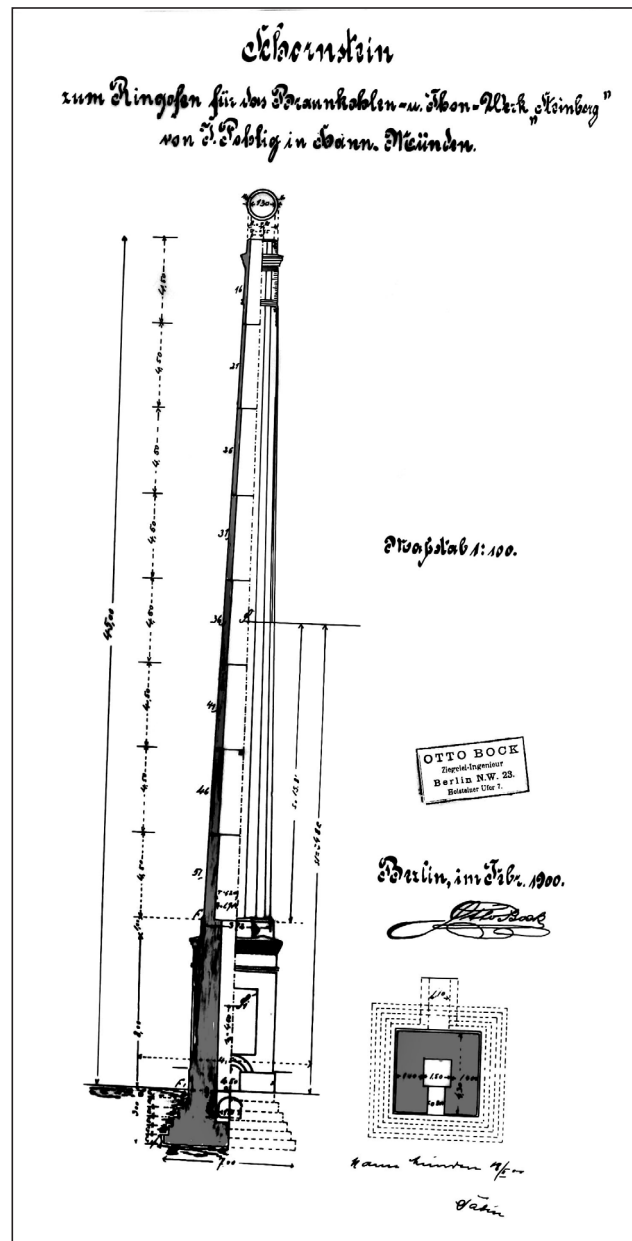
Kurz vor dieser Bekanntmachung hatte Sabin in einem Schreiben an den Landrat mitgeteilt, dass die Trockenkammeranlagen fertig seien, dass man den Betrieb des Werkes jedoch durch den Neubau des Ringofens nicht stören dürfe. Dies war wohl eine geschickte Umschreibung der Tatsache, dass Bender sich mit der Übernahme des Betriebes finanziell übernommen hatte und kurz vor dem Konkurs stand. Am 25. Juli 1900 gab das Königliche Amtsgericht den Termin für die Versteigerung des Unternehmens in der Zeitung bekannt. Dieser wurde auf den 3. Oktober 1900, *vormittags 10½ Uhr* im Amtsgericht festgelegt. Julius Pohligh führte das Unternehmen nach diesem Fehlschlag wieder in eigener Regie. Er war allerdings entschlossen, sich vom Unternehmen auf dem Steinberg zu trennen und fand 1902 in Hermann Jaeger, der am 12. November 1902 aus Karlsruhe kam, einen neuen Käufer. Die Übernahme der Anteile Pohlighs hatte Jaeger zum Großaktionär gemacht. Er benötigte für den Ausbau des Werkes neues Kapital, das er auf dem freien Kapitalmarkt aufreiben konnte. So beteiligte sich u. a. die Berliner Schnellbahn mit 234000,00 Goldmark am Ausbau des Unternehmens. [Amts-Ger. Münden - Grundbuch Nienhagen]. Die Jahre bis zum Beginn des 1. Weltkrieges standen ganz im Zeichen der Modernisierung und Erweiterung der Fabrikationsanlagen. Dies war notwendig geworden, um die erhöhte Nachfrage befriedigen zu können. Die Arbeiten zogen sich jedoch über einen längeren Zeitraum hin. Aus einem Schreiben Jaegers vom 22.08.1903 geht hervor, dass die Fortführung der Arbeiten an dem neuen Ringofen noch fraglich sei. Ein Jahr später hatte sich die Lage wieder verändert und die Mündenschen Nachrichten berichteten am 26.10.1904 u. a. wie folgt: ... *Wie gewaltig doch die Fabrikation auf dem Steinberg sich verändert haben muß, konnten wir gestern sehen. Riesige Formsteine von ca. 1 ½ Ztr. Gewicht wurden auf der Drahtseilbahn verladen, die zu einem kolossalen Ringofen verwendet werden sollen.* Die Ausmaße dieses Baus, der ja nun endlich fertiggestellt wurde, waren in der Tat kolossal. Die Schornsteinhöhe betrug 45 m, die Gebäudelänge 80,47 m und die Breite 21 m. Unter dem neuen Besitzer firmierte das Werk von 1902 bis 1908 ohne Veränderung wie folgt:

Braunkohlen- und Thonwerk „Steinberg“

Von H. Jaeger

Die Besitzer strebten die Schaffung eines eigenen „Gutsbezirkes Steinberg“ an

Erste Bestrebungen, das Werk aus dem Gemeindebezirk Nienhagen zu lösen, hatte Werksdirektor Sabin schon zu Zeiten Pohlighs im Herbst 1899 verfolgt. Ihm schwebten als Beispiele die Forstgutsbezirke Cattenbühl, Haarth und Escherode vor, als man für das Werk Selbständigkeit be-



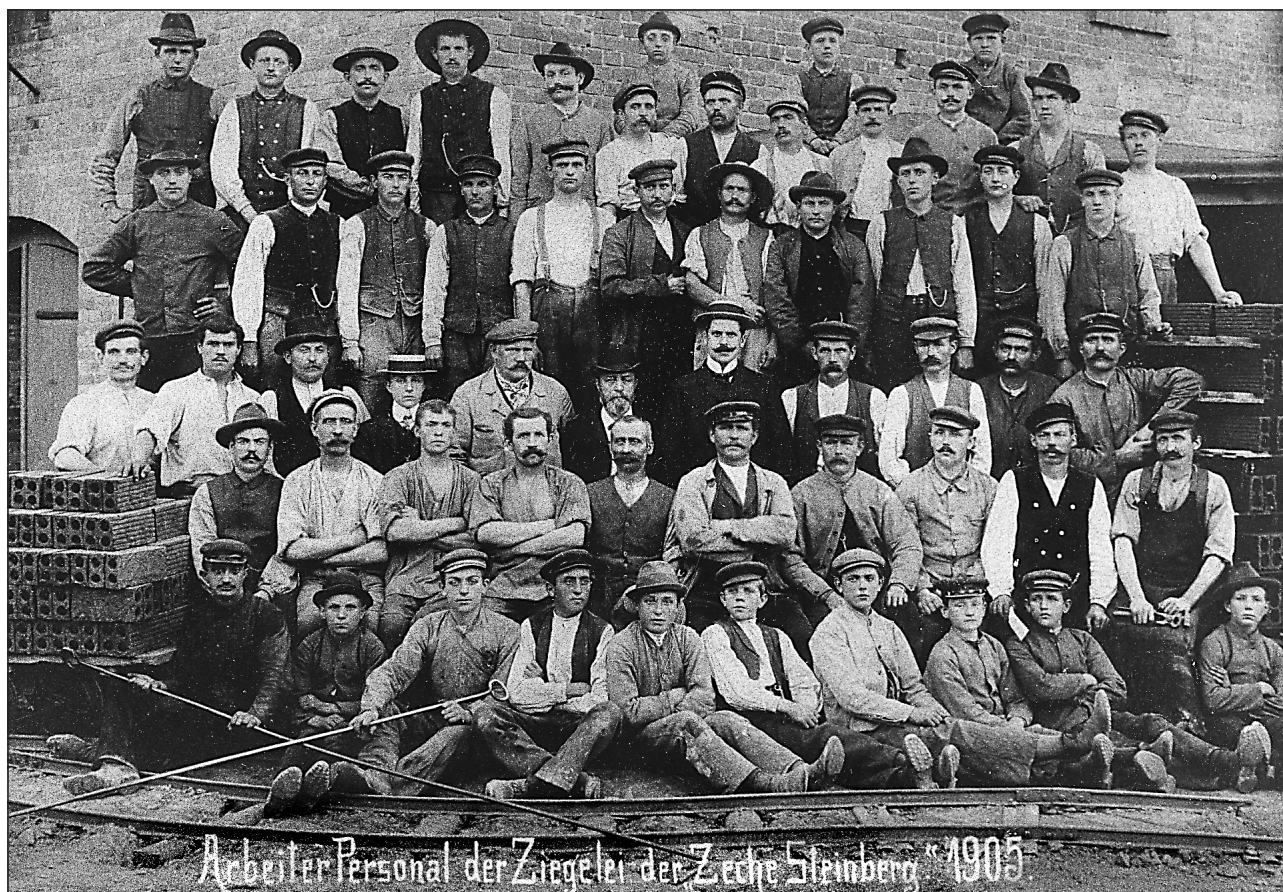
Zeichnung des Schornsteins für den Ringofen

[Kreisarchiv Gö. LA HMÜ 133]

züglich der kommunalen Verwaltung anstrebt. Meyers Lexikon von 1909 beschreibt den Begriff so:

Gutsbezirk (selbständiger), in Preußen Gesamtheit der vom Gemeindeverband eximierten Besitzungen einer Gutsherrschaft. Die sonst der Gemeinde für ihren Bezirk obliegenden öffentlichen Pflichten hat der Gutseigentümer aus seinen Mitteln zu bestreiten, der anderseits auch kraft staatlichen Auftrags die obrigkeitlichen Rechte des Gemeindevorstehers ausübt. Der Gutsbesitzer darf und muß eventuell diese Funktionen durch Stellvertreter ausüben. Gutsbesitzer und Stellvertreter werden als Gutsvorsteher bestätigt.

Grund für diese beabsichtigte Lösung aus der Gemeinde Nienhagen war der Ärger über die sehr geringen Steuerhebesätze für die Bewohner der Gemeinde. Dieser Umstand



Das Personal der Ziegelei – die Ziegelbrenner

[Original: Armin Zuschlag]

rührte nach Meinung Sabins daher, dass die Gemeinde das notwendige Kapital für ihre Ausgaben aus dem Werk beziehe und deswegen keine Anstalten mache, die üblichen Hebesätze zu beschließen. Man gehe grundsätzlich in Nienhagen davon aus, dass man den Bewohnern keine allzu hohen steuerlichen Belastungen auferlegen müsse, ... *denn der Steinberg bezahle ja alles*. Im Interesse ihrer Mitbürger lehnte die Gemeindeversammlung am 3.4.1900 den Antrag auf Entlassung des Werks aus dem Gemeindeverband Nienhagen einstimmig ab. Der Landrat hatte die Forderung gestellt, dass eine Erklärung der Bergbehörde vorzulegen sei, *wonach der Bestand an Mineralien auf dem Steinberger Revier ausreichend sei, um auf absehbare Zeit einen Betrieb daselbst als sichergestellt erscheinen zu lassen*.

Ein erstes Gesuch, diese Erklärung seitens der Bergbehörde zu erlangen, war am 16. Juli. 1901 gestellt worden. Dieses war, ebenso wie ein weiteres Gesuch, zwei Jahre später, vom Kasseler Bergrevierbeamten, Bergrat Ernst, abgelehnt worden ... *Mit Rücksicht auf die damit verbundene Arbeit und Verantwortung unbedingt notwendig, eine zwecklose Abgabe des Gutachtens zu vermeiden, wie sie eintreten würde, wenn der Antrag auf Bildung eines selbständigen Gutsbezirks von den zuständigen Behörden der allgemeinen Landesverwaltung aus anderen, vielleicht prinzipiellen Gründen einer Ablehnung unterläge*.

Ein derartiges Gutachten wäre nach Ansicht des Kasseler Bergrats Ernst unter Umständen ohne Gewicht gewesen, und er lehnte es entschieden ab, sich dieser Mühe zu unterziehen.

Um die Auseinandersetzungen zu beenden, verfügte das Landratsamt am 22. April 1904, dass die Herren Jaeger und Sabin je drei Stimmen in der Gemeindeversammlung bekommen sollen. Diese Entscheidung fand auch die Zustimmung der Gemeindeversammlung. Mit 59 Ja-Stimmen und 28 Ablehnungen endete die Abstimmung. Im darauf folgenden Jahr wurde Direktor Sabin neben Johannes Schäfer, Justus Landefeld, Heinrich Scheidemann, Heinrich Wiemer und Heinrich Haldorn auf drei Jahre, bis 1909, in die Rechnungsprüfungskommission der Gemeinde Nienhagen gewählt. Hatten Sabin und Jaeger keine Loslösung erreicht, so konnte man nun zumindest in der Gemeindeversammlung mitstimmen und hatten in der Kommission die Möglichkeit einer Kontrolle der Gemeindefinanzen.

Ein erneuter Besitzerwechsel

Was die Finanzsituation des Betriebs selbst anbelangte, so erforderten die Investitionen einen riesigen Kapitalbedarf. Diesen konnte Jäger aus den Einnahmen des Werkes nicht befriedigen. So kam es 1908 erneut zu einem Besitzerwechsel. Neuer Eigentümer wurde jetzt die

Gewerkschaft Margot zu Gotha.

Ein Blick in die Verdienstsituation am Steinberg zu Beginn des 20. Jahrhunderts

Der am 10. April 1870 in Nienhagen geborene Wilhelm Heinrich Wieditz arbeitete vom 2. April 1894 bis zu seinem Gestellungsbefehl Ende Dezember 1915 als Bergmann auf der Zeche Steinberg. Aus dieser Zeit haben sich zwei Lohnnachweise in Form der üblichen Lohntüten erhalten. Sein Lohn hat sich innerhalb dieses Zeitraumes nur unwesentlich erhöht. Die erste Lohnbescheinigung wurde ausgestellt, als Julius Pohligh noch im Besitz des Werkes war und belief sich auf 24,00 Mark Bruttolohn. Hiervon wurden folgende Pfennigbeträge abgezogen: 32 für die Krankenkasse, 24 für die Pensionskasse, 60 für Petroleum (dieses benötigte der Bergmann Wieditz für seine Grubenleuchte) und 5 für Kost. Somit verblieben ihm für den Lebensunterhalt zweier Wochen 22 Mark und 79 Pfennige. Hierfür hatte er vom 10. bis zum 23. Februar insgesamt 100 Stunden arbeiten müssen.

Die zweite Lohnabrechnung wurde für die Zeit vom 16. bis 31. Juli 1910 ausgestellt. Das Unternehmen gehörte zu dieser Zeit der „Gewerkschaft Margot“, die ihren Sitz in Gotha hatte. Der Bruttolohn, den Wieditz für 2 Wochen Akkordarbeit verdient hatte, lag bei 28,18 Mark. Für Kranken- und Pensionskasse wurden 44 Pfennig in Abzug gebracht. Petroleum wurde ihm nicht berechnet. Lediglich ein Abschlag von 44 Pfennigen erscheint, so dass ihm 27,74 Mark für die kommenden 2 Wochen zur Verfügung standen. Es war also lediglich eine Erhöhung des Bruttolohnes um 17,8 %. Der höhere Betrag kann unter Umständen aber auch durch den Akkord bedingt gewesen sein, so dass Wieditz innerhalb von 8 Jahren seinen Verdienst nur durch erhöhte Leistung hat steigern können. Die Arbeitszeit lag auch 1908 noch bei 50 Wochenstunden. Der Index der Lebenshaltungskosten war von 1895 bis 1912 innerhalb Deutschlands, ausgehend von einem Basisindex von 100 im Jahr 1895 auf 132,5 Indexpunkte im Jahr 1912 angewachsen. Reichsweit waren innerhalb dieses Zeitraumes auch die Löhne um 63% angestiegen. Somit konnte das Gros der Arbeitnehmer eine reale Lohnsteigerung verbuchen. Der auf dem Steinberg beschäftigte Mitarbeiter hat an dieser allgemeinen Lohnsteigerung nur einen unwesentlichen Anteil gehabt. Er hat lediglich einen geringen Teil der gestiegenen Lebenshaltungskosten mit seiner Lohnerhöhung kompensieren können.

Nach dem Ende seiner Berufstätigkeit wurde Wieditz von der Norddeutschen Knappschafts-Pensionskasse Hannover für seine mehr als 20 Jahre währende Arbeit im Bergwerk eine monatliche Rente von 31,10 Reichsmark ausbezahlt. Wie hoch seine Rentenansprüche aus seiner anderweitigen Tätigkeit gewesen sind, war aus seiner Hinterlassenschaft nicht mehr zu ersehen. Vermutlich haben sie die Knappschaftsrente aber nur unwesentlich überflügelt.

[Die unten abgebildeten Lohntüten stellte Erich Landfeld, Nienhagen, zur Verfügung.]

66 **Löhnung**

vom 10/2 bis 23/2 1908

für Wieditz Wilhelm

von dem Braunkohlen- und Thonwerk „Steinberg“ von J. Pohligh.

Tage 100 Std zu 24 M.	24 00
Accord	
	M. 24 00
Abzug für:	
Krankenkasse . M.	32
Pensionskasse . „	24
Knappschaftskasse „	
Strafe	
Vorschuss	
Petroleum	60
Menage	5
Kost	
	1 21
Hierin baar: M.	22 79

Bei Empfang nachzuzählen.

Löhnung

vom 16 bis 31/7 1910

für Wieditz Wilhelm

Gewerkschaft Steinberg
Braunkohlen- und Tonwerk
Inhab.: Gewerkschaft Margot.

Tage 50 Std zu 28,18 M.	28 18
Accord	
	M. 28 18
Abzug für:	
Krankenkasse . . M.	44
Pensionskasse . . .	44
Knappschaftskasse „	
Strafe	
Vorschuss	
Petroleum	
Abschlag	44
Hierin bar: M.	27 74

Bei Empfang nachzuzählen.



Belegschaft der Zeche Steinberg – die "Bergmänner"

[Original: Gisela Werner]

Am 22. August 1908 wurden während einer Gewerkschaftsversammlung in Gotha die Herren Otto Zehle, Bankier, Hannover, Otto Heine, Bergwerksdirektor, Einbeck und Hermann Jaeger, Hann. Münden, Fabrikbesitzer, als Vorstandsmitglieder gewählt. Sie traten am 22.08.1908 vor dem Rechtsanwalt Müller in Hannover zu einer Vorstandsversammlung zusammen und wählten zum 1. Vorsitzenden Otto Heine und zu dessen Stellvertreter Otto Zehle. An der Spitze stand nun nicht mehr Hermann Jaeger, sondern Bankier Otto Zehle und Bergwerksdirektor Otto Heine. Jaeger wandte sich nach der Übergabe in einem Schreiben an die Kundschaft des Unternehmens und er schrieb folgendes:

Hann. Münden, Ende Oktober 1908

P. P.

Hierdurch mache ich die ergebene Mitteilung, daß mit Wirkung vom 1. September 1908 mein Werk mit sämtlichen Activen und Passiven an die

Gewerkschaft Steinberg, Braunkohlen- u. Tonwerk Inhab. Gewerkschaft Margot

Übergegangen ist, welche den Betrieb noch bedeutend umfangreicher zu gestalten beabsichtigt.

Ich bleibe an der neuen Gesellschaft persönlich beteiligt, gehöre dem Vorstand an und habe die kaufmännische Leitung übernommen.

Indem ich Ihnen für das mir geschenkte Vertrauen verbindlichst danke, bitte ich Sie, dasselbe auch auf die Gewerkschaft übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Braunkohlen- u. Tonwerk „Steinberg“

H. Jaeger.

[HStA Hann. 180 Hildesheim Nr. 18040]

Auf gleiche Weise stellte sich die neue Eigentümerin vor. Sie stellte der Kundschaft in Aussicht, dass man mit der Ausführung umfangreicher Neuanlagen beschäftigt sei, und nach Fertigstellung derselben in der Lage sei, ...jedweden Ansprüchen unserer werten Kundschaft prompt zu genügen. Man habe dem früheren Besitzer Vollmacht erteilt und dieser werde in Zukunft so zeichnen:

Gewerkschaft Steinberg, Braunkohlen- u. Tonwerk

Inh. Gewerkschaft Margot

H. Jaeger (persönl. Unterschrift)

Welche Auswirkungen dieser Besitzwechsel für die Entwicklung des Unternehmens und die Bewohner der umliegenden Orte hatte, zeigt am deutlichsten ein Bericht der Mündenschen Nachrichten vom 8.11.1910

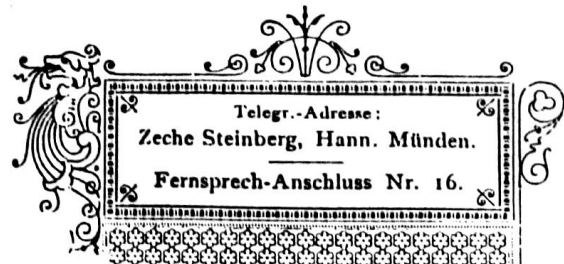


Ziegelmeister Georg Landefeld mit Pferd und Wagen vor der Werksschmiede

[Original: Ernst Landefeld]

Nienhagen, 5. Nov. Den Einwohnern unseres Ortes, sowie den umliegenden Ortschaften ist in diesem Winter erfreulicher Weise Gelegenheit geboten, reichen Verdienst zu finden. Die Gewerkschaft Steinberg ist zur Zeit damit beschäftigt, einen neuen Tagebau anzulegen, nachdem im Sommer dieses Jahres umfangreiche Aufschlußarbeiten vorgenommen worden sind. Vorläufig sind mit den Abraumsarbeiten inkl. Kohlenförderung etc. ca. 50 Mann beschäftigt und täglich wandern, da die hiesigen Arbeitskräfte nicht genügen, noch fremde Arbeiter zu. Im vorhandenen Tagebau ist die Kohle durch Brüche, welche von einem früheren unterirdischen Abbau herrühren, etwas verunreinigt, so daß sich in Industriekreisen eine Abneigung gegen die Steinbergkohle geltend machte. Nach Inbetriebnahme des neuen Tagebaues wird die Gewerkschaft im Stande sein, eine einwandfreie reine Kohle von guter Heizkraft zu liefern. Unter der jetzigen tüchtigen und sachkundigen Leitung werden die Aufschlußarbeiten gewaltig gefördert, die Kohlensortierungsanlagen den modernen Anforderungen entsprechend umgebaut, größere Brecheranlagen zum Zerkleinern der Knorpel- und Stückkohlen angelegt und somit volle Sicherheit für prompte Lieferung geboten. Auch die vorhandene Ziegelei ist erheblich modernisiert, neue Maschinen und Pressen, sogar eine größere elektrische Zentrale ist eingebaut und ebenfalls sind die sechs Brennöfen noch um 3 neue vermehrt worden. Während des ganzen Sommers waren eine Anzahl auswärtiger Arbeiter und Monteure beschäftigt, um die Produktion zu fördern und die angestellten Arbeiter mit den modernen Einrichtungen vertraut zu machen. [StAM MN]

Im Zusammenhang mit der Erwähnung des Einbaues einer größeren elektrischen Zentrale sei angemerkt, dass alle Gebäude des Werkes, auch die Wohnhäuser, mit elektrischem Strom versorgt wurden. Man hatte auf dem Steinberg bereits elektrische Beleuchtung, als die Pläne für den Bau der Edertalsperre und die projektierten Überlandwerke noch in



Braunkohlen-Bergwerk.

Verblendsteinfabrik.

Specialität:
gelbe und lederfarbene
Verblender.

Fabrikation

feuer- und säurefester
Producte

in allen Formen und Grössen.

Hochfeuerfeste Steine

für

Ziegelöfen, Kalköfen,
Feuerungsanlagen

jeder Art.

Ia. Säurefeste Steine

für Chemische Fabriken

u. Cellulosekocher.

Dampfziegelei:

FABRIKATION

von

porösen Loch- u. Vollsteinen

Hintermauerungsteinen

Kamin- und Profilsteinen

Klinkern etc.

Lieferung

von Feuerfesten, Hafner

und anderen Tonen.

Glassand. Bausand.

Glasursand etc. etc.

BASALT

in Krotzen, Pflastersteinen

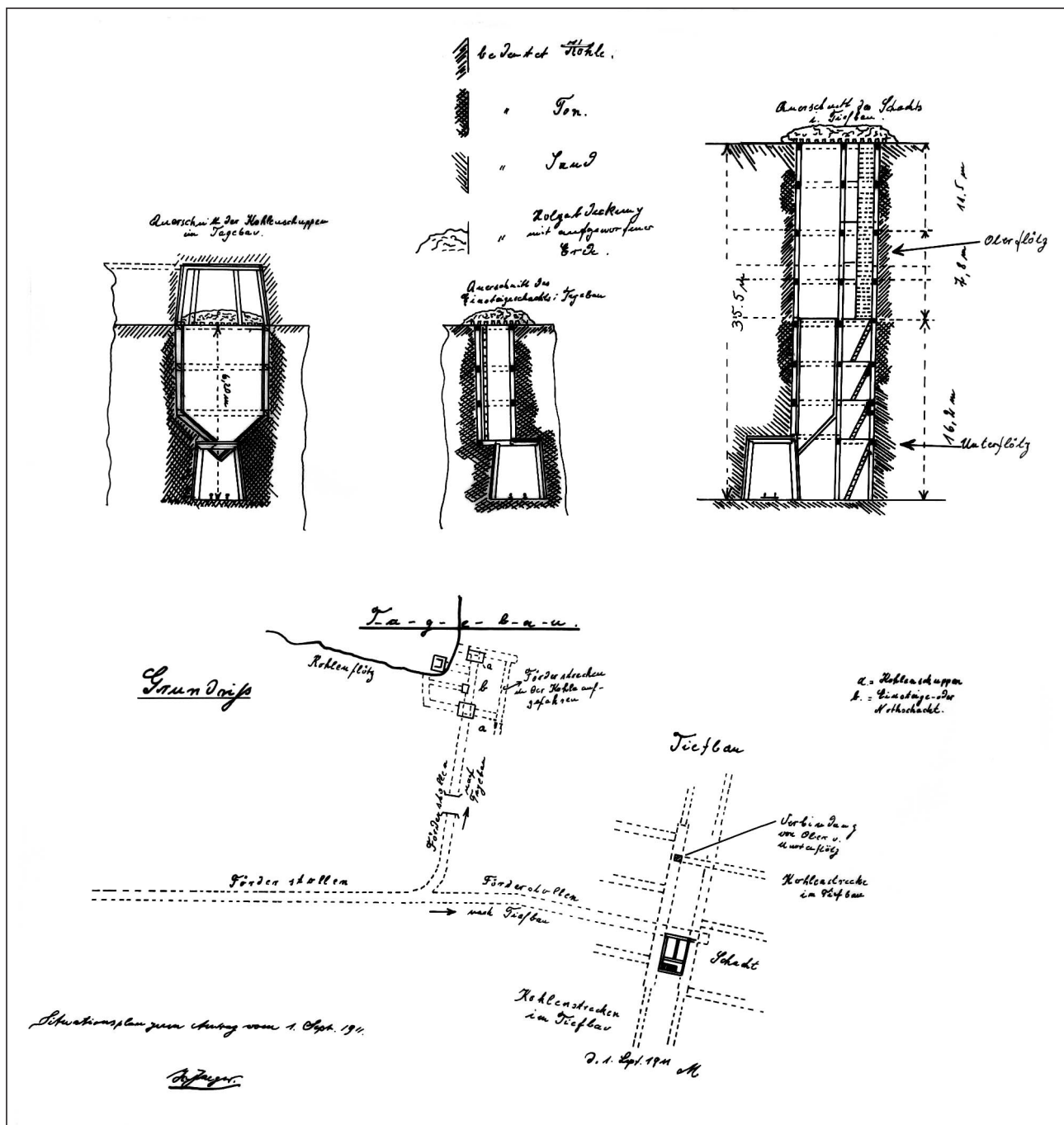
und Kleinschlag.

Rohmaterial für Casseler Braun.

Eigenes Anschlussgleis

nach Station Hann. Münden.

Wasserverladung in Hann. Münden.



Zeichnung der Tiefbauschächte [BA Clausthal - Steinberg]

der Anfangsphase waren. Abends um 10 Uhr jedoch wurden die Bewohner durch einen Pfeifton der Dampfmaschine darauf hingewiesen, dass der Stromgenerator nun abgestellt würde. Man ging nun entweder zur Ruhe, zündete Kerzen oder Petroleumlampen an, um nicht ganz im Dunkeln zu sein. In den umliegenden Dörfern selbst sollte es ja noch mehr als zehn Jahre dauern, bevor auch hier die neue elektrische Energie genutzt werden konnte.

Die wirtschaftliche Situation dieser Jahre war für die Arbeitnehmer sehr günstig. Sichere Hinweise hierauf kann man in der Tatsache erblicken, dass es im Sommer 1909 zu einem langen Streik der Maurer kam, der ja auch die Fertigstellung des neuen Ringofens auf dem Steinberg verzögert

hatte. Im Frühjahr 1910 befanden sich die Maurer wieder im Ausstand, jedoch drohte ihnen nun die Aussperrung durch die Arbeitgeber. Dieser Umstand führte im Werk dazu, dass sich die Fertigstellung des Chamottebrennofens, mit dessen Bau man nach Ostern begonnen hinauszögerte. Auch die im obigen Bericht beschriebene Tatsache, dass man *fremde Arbeiter* beschäftigte sind ein sicherer Indikator für eine gute Konjunktur. Dieser Boom muss auch von Hermann Jaeger gut genutzt worden sein, denn nach knapp zwei Jahren gehörten die Mehrheitsanteile nicht mehr der *Gewerkschaft Margot*. Jaeger hat für einen großen Teil der 1000 Kuxe neue Kapitalgeber gewinnen können bzw. zum Teil selbst erworben.

Münch in einer Ansprache darauf hin, welche hohe Bedeutung der Bergbau habe und in welche frühen Jahrhunderte seine Geschichte zurückreiche. In das Hoch auf seine Majestät den Kaiser, in welches die Rede ausklang, stimmten alle Anwesenden, besonders die Knappen mit ihrem „Glück auf!“ begeistert ein. Das Singen einiger Lieder füllte in passender Weise die Tanzpausen aus. Auch die Arbeiter der Ziegelei und Tongrube nahmen fast vollzählig am Feste teil. Daß die Verwaltung der Gewerkschaft Steinberg mit der Arbeiterschaft in bestem Einvernehmen lebt, ging daraus hervor, daß der zu diesem Feste erschienene Gast, Herr Direktor Jäger – Münden an allen Veranstaltungen der Bergleute und Arbeiter regen Anteil nahm. Es war deutlich zu bemerken, daß es für manchen älteren Bergmann ein herzerfrischender, erfreulicher Anblick war, die Kameraden und den beliebten Arbeitgeber bei solch fröhlichem, festlichem Leben und Treiben in solcher Eintracht beieinander zu sehen. [StAM MN]

Hier wurde eine positive Stimmung verbreitet, die sehr wahrscheinlich auch die tatsächliche Lage widerspiegelte. Die guten Verdienstmöglichkeiten der Belegschaft sowie eine gute soziale Absicherung auch der Beschäftigten in der Ziegelei durch die Knappschaftsversicherung, brachten für die ehemals meist als Töpfer oder Tagelöhner tätigen Bergleute und Fabrikarbeiter erstmals ein geregeltes wöchentliches Einkommen und ein gesichertes Dasein für sie selbst und ihre Familien mit sich.

Im Sommer des gleichen Jahres, am 11. Juli, veröffentlichte der Betrieb einen ebenso positiven Bericht über den Geschäftsverlauf:

Gewerkschaft „Steinberg“.

In der Gewerkschaftsversammlung wurden die Regularien erledigt und Bankier Wolfes, Elze, neu in den Grubenvorstand gewählt. Die Verwaltung teilte mit, daß sich die Kohlenförderung weiterhin gegen das Vorjahr günstig entwickelt habe. Der Absatz einschließlich des Ziegeleibetriebs habe sich bedeutend gehoben. Der Mehrversand an Kohlen betrage von Januar bis Mai dieses Jahres 83 500 hl im Werte von 18 500 Mark mehr gegenüber derselben Periode des Vorjahres. Im Ziegeleibetriebe, der ein mehr von 31 000 Mark aufweist, hofft man die in diesem Jahre vorgesehene Produktion von 5 Millionen Ziegeln erreichen zu können. Die im Tiefbau gewonnene Kohle sei von guter Qualität, auch hätte man einen neuen Flözteil angefahren, der eine gute Qualität von Kohle aufweise, so daß der anstehende Kohlenvorrat dadurch einen weiteren Zuwachs erhalten hat. Der Absatz geschehe zu annehmbaren Preisen, andererseits hätten sich die Gesteungskosten verringert und es sei möglich gewesen, den erheblichsten Teil der vom Vorjahr übernommenen Bauschulden abzustößen, so daß man in



Ehemaliges Direktorenhaus auf einer Postkarte

[Original: Ilse Köster]

diesem Jahre auf greifbare Ueberschüsse rechnen könne. [StAM MN]

Man hatte durch den Einsatz modernerer Maschinen in der Produktion und den Transport der Kohlen und des Tons aus dem Schacht und dem Tagebau zur Seilbahn und ins Werk durch Benzinlokomotiven an Stelle der Pferde die Arbeitsabläufe beschleunigt. Mithin resultierten die geringeren Gesteungskosten aus einer Steigerung der Produktivität. Der Bericht förderte auch einen neuen Namen zutage. Mit Bankier Wolfes aus Elze, hat Jaeger einen neuen Kapitaleigner in die Gewerkschaft holen können, der ihm u. U. dazu verholfen hat, das Unternehmen wieder in eigener Regie führen zu können.

Das Jahr 1913 markierte einen Höhepunkt in der Geschichte des Unternehmens. Nie zuvor und auch nicht in späteren Jahren, sollte es dergestalt prosperieren. Der Maschinenpark war modern, leistungsfähig und überwiegend neu. Das Unternehmen war in einem soliden Zustand, was eine insgesamt günstige Gewinnprognose rechtfertigte. Man hatte auch die Prioritäten innerhalb der Produktion verändert. An die erste Stelle war die Fabrikation feuer- und säurefester Produkte getreten. Dann folgten „Hochfeuerfeste“ Steine für Ziegelöfen, Kalköfen und Feuerungsanlagen. All dies waren Komponenten, die in der Industrie gebraucht wurden. Für chemische Fabriken fertigte man säurefeste Steine. Diese Produkte rangierten an erster Stelle, danach folgten verschiedene Erzeugnisse der Ziegelei. Die Lieferung von Ton, Basalt und verschiedenen Sandarten, bildeten den Schluss der Angebotspalette. Ganz aus dem Lieferprogramm war der Rohstoff für Kasseler Braun verschwunden. Neben die vor Ort tätigen Unternehmen traten nun auch industrielle Abnehmer, die man, ungeachtet der räumlichen Entfernung, durch die Anbindung des Werkes an die Bahn rasch beliefern konnte. Die Olsberger Ofenfabrik, die Buderuswerke in Wetzlar und Krupp in Essen bezogen für ihre Eisengießereien von der Gewerkschaft Steinberg Formsand in großen Mengen.

Königliche Regierung,

Abteilung III.

Wesf.-Nr. III. B II/1892

Hildesheim, den 12. Juli 1914.

1914.

1. Ausfertigung III B II

fertige Reinschrift von nachstehender Einnahme-Anweisung (Ang. 2) durch Verwendung des Stempels auf dem Eingang und sende sie nach erfolgter unterschrieblicher Vollziehung direkt an die Hauptkassendirektion der Reichspostverwaltung.

2. Einnahme-Anweisung

für die

Königliche Regierungshauptkasse zu Hildesheim.

Name und Wohnort des Sicherheitsbestellers und kurze Angabe darüber, wofür die Sicherheit geleistet wird	Bezeichnung der Wertpapiere									
	Gattung	Jahrgang	Reihe	Emission	Durchgabe	Nr.	Gewinnungs- schein im Reich	Zinsscheine		Nennwert
								M	fällig	M
Gesellschaft Helmberg, Braunkohlen- u. Tonwerk in Hann. Münden	Bausparbank für Hildesheim Bausparbank in Hann. Münden Nr. 21339 über 1300 Mk.					21339				1300

Königliche Regierungshauptkasse wird angewiesen, vorbezeichnetes Bausparbank - Merkmall
nicht Genauerungsschein und Zinsscheine im Deposital-Manuale zu vereinnahmen und im Dokumenten-Depositorium
niederzulegen.

Dem Sicherheitsbesteller ist der Empfang der Papiere zu bescheinigen.

B. XVIII. 10.

Sicherheitszahlung für Pachtflächen
[HStAH Hann. 180 Hildesheim 18040]

Die positive Geschäftslage der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg resultierte aus einer gesamtwirtschaftlichen Hochkonjunktur des deutschen Reiches und im speziellen Fall der Steinbergindustrie auch vom Eintritt des Bankiers Wolfes aus Elze in die Leitung des Werkes. Am 1. September 1908 war zu Lasten Hermann Jaegers im Grundbuch von Nienhagen eine als Restkaufgeld deklarierte Hypothek von 200.000 Mark mit 5%iger Verzinsung bis zum 1. Oktober 1915 eingetragen worden. Diese konnte jedoch schon vor Ablauf der vereinbarten Frist am 9. Februar 1914 gelöscht werden.

und die Personalsituation immer schlechter wurde. Während der ersten Kriegsmonate war noch kein Absatzrückgang eingetreten. Ersichtlich wird dies aus den Pachtverträgen des Jahres 1914. Am 30. Mai wurden die Pachtflächen für die Ausdehnung des Tiefbaubetriebs auf 6,8065 ha erhöht. Im Nachfolgevertrag vom 30. Dezember 1914 hatte man die Fläche nochmals um 0,2958 ha erweitern müssen. Mit der Ausdehnung der Pachtflächen waren auch die jährlichen Pachtzahlungen erhöht worden. Der Betrieb hatte Ende 1914 die folgenden jährlichen Zahlungen an den Forstfiskus zu entrichten:

Diese überaus günstigen Voraussetzungen wurden jedoch durch dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges sehr rasch zunichte gemacht. Nachdem ein schneller Sieg im Westen durch die Niederlage an der Marne in weite Ferne gerückt war, wurde der wirtschaftliche Schwerpunkt auf den Rüstungssektor verlagert und dies sollte nicht ohne Folgen für das Unternehmen auf dem Steinberg bleiben.

Der Erste Weltkrieg,
Turbulenzen und Krisen des Unternehmens

Hatte man in Deutschland bei Ausbruch des Kriegs noch an einen schnellen Sieg und ein rasches Ende geglaubt, so verflüchtigten sich diese Hoffnungen sehr bald. Die bis dahin sehr rege Bautätigkeit kam rasch zum Erliegen und somit fehlte dem Werk ein wichtiger Absatzsektor. Die weitgehend vom Export bestimmte Industrieproduktion des Deutschen Reichs verlor durch die sofortige englische Seeblockade die wichtigsten Absatzmärkte. Auch die Chemieindustrie, ein wichtiger Kunde des Unternehmens, war stark exportorientiert und hatte riesige Umsatzeinbußen hinzunehmen. Dies alles verursachte einen drastischen Rückgang des Absatzes wobei auch die zögerliche Umstellung der Produktion auf den Rüstungssektor, man hatte ja mit einem raschen Sieg innerhalb weniger Monate gerechnet, eine solche Umstellung nicht ins Auge gefasst worden war. Ein zweiter negativer Aspekt war die Tatsache, dass, je länger der Krieg dauerte, immer mehr junge Belegschaftsmitglieder zum Einsatz an den Fronten eingezogen wurden

Für 6,8 ha Abbaufäche	1406,60 RM
Seilbahntrasse	550,00 RM
Ton aus der Abraummasse	150,00 RM
Pacht für Schutzhäuschen	5,00 RM
Basaltsteinbruchpacht	318,00 RM


Gesamtpacht: 2429,60 RM

Für die Pachtflächen mussten zudem hohe Sicherheitssummen hinterlegt werden. Dies betrugen 1914 insgesamt 5800 RM. Für die winzige Zupachtung von 0,2958 ha musste eine weitere Sicherheit von 250,00 RM gestellt werden. Um die Höhe der Pacht zu relativieren, muss man berücksichtigen, dass der Forstfiskus für einen Hektar Waldfläche in dieser Zeit einen Wertzuwachs von 20,00 RM in Ansatz brachte. Die Pachtzahlungen pro ha lagen für die Gewerkschaft bei 74,98 RM pro Jahr, somit erzielte der Fiskus mit den Pachtverträgen einen nahezu vierfach höheren Ertrag.

können keine „erheblichen“ Abnutzung bewirkt haben. Die Stadt bestand auf der Zahlung der Wegekosten, gestattete jedoch eine Zahlung in zwei Raten. 1917 lehnte die Gewerkschaft jegliche Zahlung ab, da keine Beanspruchung durch das Werk erfolgt sei. Aus diesem Schriftverkehr ist zu ersehen, dass der Absatz während des Krieges gegen Null tendierte und man fast ausschließlich die Seilbahn nutzte, um anfallende Wegegebühren zu sparen.

Nach der Mobilmachung im August 1914 waren nur wenige der jungen Mitarbeiter einberufen worden. Mit der Fortdauer des Krieges wurden jedoch immer mehr junge Leute eingezogen. Die fehlenden Mitarbeiter wurden nun teilweise durch russische Kriegsgefangene ersetzt. Man ging auch im Frühjahr 1915 wieder zum Tagebau über und verringerte die Pachtfläche auf 2,5592 ha. Hierdurch reduzierte sich die Pacht für die Abbaufäche auf 549,54 Mark. Die Lage verschlechterte sich 1915 jedoch zusehends und man musste

Ende des Jahres die Ziegelei stilllegen. Ziegelmeister Wilhelm Hilmer war 1915 ebenfalls zum Militär eingezogen worden. Aus einem Zeitungsbericht vom 2.11.1915 [StAM MN] in welchem von einer Feier für den in Frankreich gefallenen Heinrich Kaufmann berichtet wurde, waren auch diejenigen Kriegsteilnehmer des Dorfes Nienhagen aufgezählt, die bisher das Eiserne Kreuz erhalten hatten. Unter ihnen befand sich auch Ziegelmeister Heinrich Hilmer. Am 06.02.1916 beschloss der Grubenvorstand auch die Schließung des bis dahin noch notdürftig betriebenen Kohleabbaues im Tagebau zum 12. des Monats. In einer Mitteilung des Bergrevierbeamten an das Oberbergamt in Clausthal hieß es: ... *Das überaus schlechte Wetter der Monate Dezember d. V. und Januar d. J. hatte zu empfindlichen und kostspieligen Betriebsstörungen und Unterbrechungen geführt. Da außerdem der eingeschränkte und nur mit Hilfe von Kriegsgefangenen notdürftig aufrecht erhaltene Betrieb seit Anfang des Krieges erhebliche Zuschüsse erfordert habe, sehe man sich veranlaßt, voraussichtlich bis zur Beendigung des Krieges, den Betrieb zu stunden.*



Gewerkschaft Steinberg, Braunkohlen- und Tonwerk

Hann. Münden

Fernsprecher:
Geschäftsstelle Dresden
Nr. 14707

Werk:
Hann. Münden Nr. 16

Postcheck-Konto Hannover 7021

135

Eingeg. am:
1 JUN. 1916
J. No. 522
Magistrat Münden

Geschäftsstelle:
Dresden-A. 24, den 18. Mai 1916.
Münchner Straße 15.

An unsere Herren Gläubiger!

Wir teilen Ihnen ergebenst mit, dass sich die geldliche Lage unserer Gewerkschaft durch den Krieg und sonstige widrige Verhältnisse so verschlechtert hat, dass wir uns gezwungen sehen, uns an unsere Gläubiger mit der Bitte zu wenden, in einen Akkord in Höhe von 25% zu willigen.

Schritstück mit sich 1916 in Dresden befindlichen Verwaltung des Werks
[StAM C 1142]

Die nochmalige Flächenerweiterung für den Untertageabbau Ende 1914 signalisierte, dass man mit einer positiven Fortsetzung des Geschäftsverlaufs rechnete. Dies sollte sich jedoch binnen kurzer Zeit als Trugschluss erweisen. Bereits im Frühjahr 1914 hatte das Werk durch den Konkurs der beiden in Volkmarshausen ansässigen Firmen „Union“ und der Leimfabrik Schnell sehr gute Abnehmer für Steinbergkohlen verloren. Aus diesem Grund bat die Werksleitung am 20. April 1914 den Mündener Magistrat um Ermäßigung der jährlich zu leistenden Nutzungsgebühren für die innerstädtischen Straßen. Die Stadt lehnte mit der Begründung am 6.5.1914 ab, dass die Fa. Dörnte 300, die Fa. Knüppel 50 und die Fa. Becker 10 Fuhren ausgeliefert hätten. Somit komme eine Ermäßigung nicht in Frage. [StA Münden Signatur C 1142] Aus einem weiteren Schreiben an die Stadt geht hervor, wie dramatisch der Einbruch war. Man bot der Kämmerei an, lediglich 25 Mark zu zahlen, da ... *nach Kriegsausbruch kaum noch Warenabnahme. 34 Fuder Steine in 8 Monaten von August 1914 bis März 1915*

... hatte zu empfindlichen und kostspieligen Betriebsstörungen und Unterbrechungen geführt. Da außerdem der eingeschränkte und nur mit Hilfe von Kriegsgefangenen notdürftig aufrecht erhaltene Betrieb seit Anfang des Krieges erhebliche Zuschüsse erfordert habe, sehe man sich veranlaßt, voraussichtlich bis zur Beendigung des Krieges, den Betrieb zu stunden.

Diese „Stundung“ bedeutete, dass man die Förderung einstellen werde. Nach Stilllegung der Grube beantragte der Grubenvorstand die Verhängung der Geschäftsaufsicht bei der Königlichen Regierung. Diesem Antrag wurde am 11.02.1916 stattgegeben. Die Zwangsverwaltung wurde dem Mündener Rechtsanwalt, Justizrat Bardt, von der Königlichen Regierung in Hildesheim aufgetragen. Mit diesem Schritt wollte man einen drohenden Konkurs der Gesellschaft abwenden. Am 11.02.1916 sandte das Amtsgericht Münden den folgenden Beschluss an die Regierung in Hildesheim:

Norddeutsche Knappschafts-Pensionskasse zu Halle a. S.
Hagenstraße 6 (Invalidenversicherungsanstalt Nr. 33).

Nr. der letzten Quittungskarte der Landesversicherungs-
anstalt

Bescheinigung und Abkehrschein.

Karl Müller
(Vor und Zuname)

geb. am *25. Juli 85* zu *Kopenhagen*

war vom *26. Juli 06* bis einschl. *12. Feb. 16*

auf *Gummersb. Steinberg*
(Name des Ortes, der Verwaltung etc.)

zuletzt als *Korollarbeiter* beschäftigt, bei der
Norddeutschen Knappschafts-Pensionskasse versichert und stän-
diges Mitglied in Kl. des *Tauschh.* Knappschaftsvereins.

Ausgefertigt: *Steinberg, 12. II. 16.*
(Ort und Datum)

Goldammer
(Unterschrift)

Bei der Pensionskasse werden Marken nicht verwendet. Tritt der
Versicherte bei einem Arbeitgeber ein, der für die Versicherungspflich-
tigen Marken fleben muß, so muß er sich eine Quittungskarte aus-
fertigen lassen, sofern er noch nicht im Besitz einer solchen ist.

Diese Bescheinigung dient als Abkehrschein und zugleich als Ausweis,
daß der Inhaber der reichsgesetzlichen Invaliden-Vericherungspflicht genügt hat.

Formular Nr. 241.

Abkehrschein für Karl Müller

[Original: Gieseler Eckhardt]

Beschluß.

Das Vermögen der Gewerkschaft Steinberg hierselbst, ver-
treten durch den Geheimen Kommerzienrat Lucas in Berlin
W., Drakestraße 1, wird heute, vormittags 11 Uhr, zur Ab-
wendung des Konkursverfahrens einer Geschäftsaufsicht
unterstellt, da glaubhaft gemacht ist, daß die Gewerkschaft
durch den Krieg zahlungsunfähig ist, die Behebung der
Zahlungsunfähigkeit aber nach dem Kriege in Aussicht ge-
nommen werden kann.

(Bekanntmachung des Bundesrats vom 8. August 1914)

Zur Beaufsichtigung der Geschäftsführung der Gewerk-
schaft wird der Rechtsanwalt Justizrat Bardt hierselbst
bestellt.

Hann. Münden, den 11. Februar 1916

Königliches Amtsgericht

Gez. Dr. Reihls

Die Königliche Oberförsterei Kattenbühl bittet die Regie-
rung am 19.02.1916 darum, die im Interesse des Fiskus lie-
genden Anordnungen zu treffen. Man habe Forderungen
aus Tausch- Pacht- und Mietverträgen. Die zum Teil durch

hinterlegte Kautionen von 5800 bzw. 1000 Mark
gedeckt seien. Gleichzeitig wies man darauf hin,
dass ein Prozessverfahren wegen Rauchscha-
dens eingeleitet sei, da man keine gütliche Eini-
gung mit den Betreibern erzielen konnte. Der
Forstfiskus fuhr hier wiederum eine harte Linie
gegen das Unternehmen. Dies hatte der Forstfis-
kus bereits im November 1915 praktiziert, indem
er, obgleich die wirtschaftliche Situation sich
durch den Krieg verschlechtert hatte, höhere
Kautionen für die geänderten Pachtverträge ge-
fordert hatte als bisher üblich gewesen war.
Rechtsanwalt Bardt bemühte sich unmittelbar
nach seiner Einsetzung um eine Stundung der
Pachten. Die Firmenleitung hatte am 17.03.1916
eine Zubeße von 10.000,00 Mark und am 28.06.
1916 von 16.000,00 Mark für die Kuxenbesitzer
ausgeschrieben und beantragte bei der Oberzoll-
direktion in Hannover Befreiung von der Stem-
pelabgabe. Diese Zubeßen waren für die Erhal-
tung und Sanierung der Anlagen dringend not-
wendig. Die Firmenleitung versuchte aber auch
von einer Geschäftsstelle in Dresden, hier han-
delte es sich sehr wahrscheinlich um das Büro
des Gesellschafters Dr. Bähr Predari, finanzielle
Erleichterungen bei den Gläubigern zu errei-
chen. In einem Schreiben vom 18. Mai 1916,
welches ganz einfach *An unsere Gläubiger*
adressiert war, bat man diese um einen Akkord
von 25% der geschuldeten Summe. Das vorlie-
gende Schreiben war an die Stadtkämmerei
Münden gerichtet und bezog sich auf das Wege-
geld für die städtischen Straßen Mündens. Die
Stadt Münden akzeptierte den Vorschlag und
gab sich mit 25 % der ausstehenden Summe zu-
frieden. [StAM. C1143].

Justizrat Bardt schrieb am 16.03.1916 nach Hil-
desheim: ... dass die im Gange befindliche Sa-
nierungsaktion und Kapitalbeschaffung durch
die im November v. J. erfolgte Einberufung unseres Vorsit-
zenden zum Heeresdienst eine vorübergehende Unterbre-
chung erlitt. Die Regierung teilte dem Oberforstamt Kat-
tenbühl und Justizrat Bardt mit, dass die am 1. April fällige
Pacht für die Seilbahnfläche je zur Hälfte am 1. Juni und
am 1. September zu zahlen seien. Wie unsensibel der Fis-
kus mit dem um seine Existenz kämpfenden Betrieb um-
ging, zeigt auch ein Schreiben vom 22.06.1916 aus Hildes-
heim bezüglich des abgelaufenen Pachtvertrags und der
Nutzung des Tons aus Abraummengen. Trotz Schließung
des Betriebs am 6.02.1916 erkundigt sich der Schreiber
... soll nach dreijähriger Pachtzeit erneut geprüft werden,
ob der Pachtpreis für die geförderte Tonmenge angemes-
sen ist. Sie wollen daher feststellen und binnen drei Wo-
chen hierher anzeigen, ob der bisher gezahlte Pachtzins
angemessen ist, ob die Gewerkschaft Steinberg den Ton
weiter nach dem 1. April d. J. genutzt hat und die Verlänge-
rung des Vertrages auf weitere 3 Jahre von der Gewerk-
schaft gewünscht wird.

Gewerkschaft Steinberg, Braunkohlen- u. Tonwerk Hann. Münden.

Telegr.-Adresse:
Zeche Steinberg, Hann. Münden.
Fernsprech-Anschluss Nr. 16.
Postscheck-Konto Hannover 7021



Braunkohlen-Bergwerk.

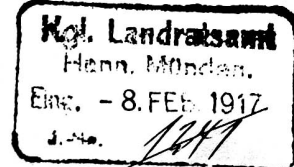
Fabrikation
feuer- und säurefester
Produkte
in allen Formen und Grössen.
Hochfeuerfeste Steine
für
Ziegelöfen, Kalköfen,
Feuerungsanlagen
jeder Art.
1a. Säurefeste Steine für
Chemische Fabriken und
Cellulosekocher.

Dampfziegelei:
FABRIKATION
von
porösen Loch- u. Vollsteinen
Hintermauerungssteinen
Kamin- und Profilsteinen
Klinkern etc.

Lieferung
von Feuerfesten, Hafner
und anderen Tonen.
Glassand. ■ Bausand.
Glasursand etc. etc.

Eigenes Anschlussgleis
nach Station Hann. Münden.
Wasserverladung in Hann. Münden.

Hann. Münden, den 7. Februar 1917.



An das

Königliche Landratsamt,

H a n n . M ü n d e n .

Hierdurch teilen wir mit, dass der
Brenner Johannes Wand aus Birkungen am 6. d.M. nach-
mittags durch das Einstürzen eines Schuppens auf unser
Werk tödlich verunglückt ist.

Termin zur Feststellung des Tatbestandes hat
durch den königl. Bergrevierbeamten heute stattge-
funden.

Hochachtungsvoll!
Gewerkschaft Steinberg

M. Zeyer

Geschäftsbrief der Gewerkschaft Steinberg

[Kreisarchiv Gö. LA HMÜ Bestellnr. 150, laud. Nr. 238]

Während der Zwangsverwaltung bemühte sich Bardt wiederholt darum, die Pachten zu ermäßigen oder um ein halbes Jahr zu stunden. Der Forstfiskus und auch die Regierung in Hildesheim bestanden eisern auf Zahlung der Pachtsumme, obwohl der gesamte Betrieb stillgelegt worden war und lediglich notwendige Erhaltungsmaßnahmen durchgeführt wurden. Bardt begründete seine Forderung

um eine Pachtermäßigung an die Regierung am 19.10. 1916 wie folgt: ... ob es nicht aus Billigkeitsgründen angängig wäre in Anbetracht unseres durch die lange Kriegsdauer erzwungenen Betriebsstillstandes eine angemessene Ermäßigung der Pachten eintreten zu lassen, deren Bezahlung uns bei dem augenblicklichen Mangel an Einnahmen sehr bedrückt, oder aber uns wenigstens dieselben um ein

halbes Jahr zu stunden. Er berichtete, der erste Teil der Sanierungsmaßnahmen sei gelungen und man bemühe sich darum, ein Konsortium zu gründen, welches gegen Teilschuldverschreibungen und Übernahme von Kuxen die Mittel zur Wiederaufnahme des Betriebs beschaffen sollte. Momentan sei man auf die ... *verhältnismässig geringen Beträge, welche die Gewerken aufgebracht haben, angewiesen*. Dem Antrag auf Ermäßigung wurde nicht stattgegeben. Aus diesem Grunde richtete Bardt wenige Tage später, am 30.10.1916, ein weiteres Schreiben an die Regierung, in welchem er darum bat, das Gesuch vom 19. d. M. ... *dem Herrn Minister vorlegen zu wollen*. Er verwies darauf, dass die Gewerkschaft, ihre Pachtzahlungen, wenn sie bei schlechtem Geschäftsgang auch drückend waren, stets pünktlich gezahlt habe. Er verwies auch darauf, dass durch die Reichsregierung eine größere Anzahl von Verordnungen erlassen worden sei, die dem Schutz von Unternehmen dienen sollten, die durch den Krieg in Notlagen geraten sind.

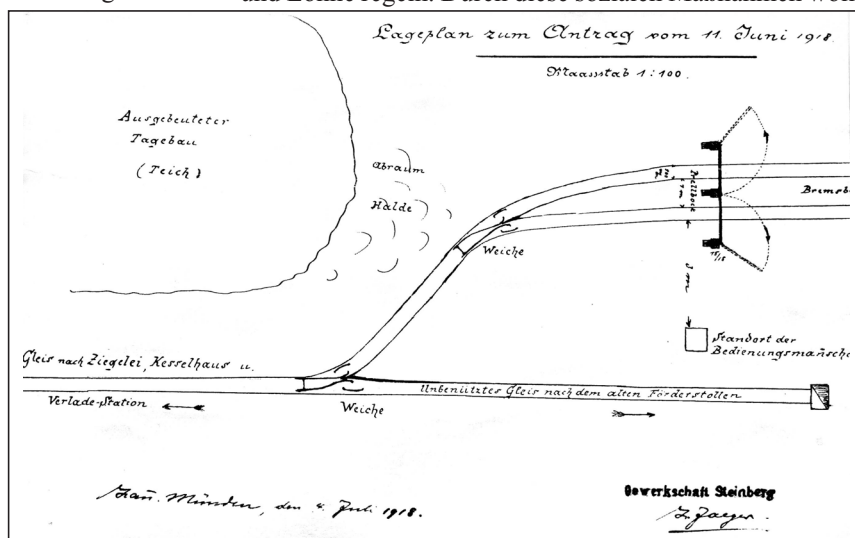
Man teilte Bardt mit, dass man das Gesuch dem Minister nicht vorgelegt habe, dass man jedoch eine halbjährige zinslose Stundung der Pachtzahlungen widerruflich verfügt habe. Hiermit hatte man dem Unternehmen zumindest eine kleine Atempause verschafft.

Neues Kapitals hatte die Geschäftsführung im Verlauf des Jahres 1916 durch weitere Zubeußen der Kuxenbesitzer beschaffen können. Die Kohleförderung wurde zu Beginn des Jahres 1917 wieder aufgenommen, dies stand im Kontext mit kriegswirtschaftlichen Erwägungen. Um eine weitere Geldquelle zu erschließen, wandte sich Hermann Jaeger im Januar 1917 an die Kriegsamtstelle beim stellvertretenden Generalkommando in Hannover. Hierin machte er den Vorschlag, im näheren Bereich der Seilbahntrasse das in vielen deutschen Bergwerken dringend benötigte Grubenholz einzuschlagen, welches man mit der Seilbahn bequem zum Bahnhof Münden transportieren könne. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt mit der Begründung, dass für den Einschlag kein Personal vorhanden sei.

Die Stilllegung des Betriebes hatte auch in Bezug auf den baulichen Zustand einiger Gebäude und die damit zusammenhängende Sicherheit negative Folgen. So verunglückte am 6. 02.1917 der Brenner Johannes Wand aus Birkungen tödlich. Er war durch einen einstürzenden Schuppen erschlagen worden. Der tragische Vorgang deutet aber auch darauf hin, dass Anfang 1917 zumindest wieder Vorbereitungen für die Produktion von Chamottesteinen getroffen worden sind. Aus den Eichsfeldorten Birkungen und Wingerode kamen seinerzeit die Spezialisten für diesen wichtigen Produktionszweig. Die Mitarbeiter, die man auf dem Steinberg als „die Eichsfelder“ bezeichnete, kamen montags mit dem ersten Zug am Mündener Bahnhof an und machten sich zu Fuß in

Richtung Steinberg auf den Weg. Sie wohnten dann die Woche über im Werk, wo sie auch gepflegt wurden, und machten sich samstags am Nachmittag wieder auf den Weg nach Münden, um mit der Bahn in ihre Wohnorte zurück zu fahren.

Der Hauptförderstollen war während der Unterbrechung der Kohleförderung auch nicht inspiziert oder ausgebessert worden und demzufolge eingestürzt. Durch diesen Hauptförderstollen waren Kohlen, Ton und Sand zum Werk und zur Seilbahnstation befördert worden. Man entschloss sich zur Aufgabe dieses Förderstollens und richtete eine oberirdische Feldbahnverbindung ein. Für die Überwindung des Höhenunterschieds zwischen Tagebau und Werk mussten ein Motorhaspel und eine Bremseinrichtung angelegt werden. Die Feldbahntrasse führte über fiskalisches Gelände und machte somit die Anpachtung der erforderlichen Fläche notwendig. Bei Wiederaufnahme der Kohleförderung hatte man eine eingleisige Strecke angelegt. Nachdem jedoch das gesamte Werk 1918 seinen Betrieb wieder aufgenommen hatte, erwies sich die Anlage als nicht ausreichend und musste auf ein zweigleisiges System umgestellt werden. Nun konnten gefüllte Loren zum Werk und leere zur Grube gleichzeitig befördert werden. Die Tatsache, dass unmittelbar nach dem Ende der Kampfhandlungen und der Rückführung der mehr als sechs Millionen Soldaten von den Kriegsfrenten die gesamte Produktion auf dem Steinberg wieder aufgenommen wurde, ist mit größter Wahrscheinlichkeit auf die Umsetzung des **Stinnes-Legien-Abkommens** vom November 1918, auch bei der **Gewerkschaft Steinberg**, zurückzuführen. In diesem Abkommen hatten Arbeitgeber und Gewerkschaften sich auf Zusammenarbeit in wesentlichen Punkten geeinigt. So hatten sich die Unternehmer verpflichtet, ihre Arbeitnehmer nach der Demobilisierung umgehend wieder einzustellen. Die Gewerkschaften wurden nun als die legitimen Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt. Die Einführung des 8-Stundentages ohne Lohneinbußen wurde eingeführt. Tarifverträge und die paritätische Mitbestimmung, bereits 1916 in der Rüstungsindustrie eingeführt, sollten Arbeitsbedingungen und Löhne regeln. Durch diese sozialen Maßnahmen woll-



Bremsberganlage von 1918

[BA Clausthal]



Chamotteformer der Gewerkschaft Steinberg auf einem Bild von 1925

von links nach rechts und von oben nach unten: **Justus Bretthauer, Nienhagen - Adolf Siegmann, Benterode - Ferdinand Seidensticker, Wingerode i. Eichsfeld - Philip Seidensticker W. i. Eichsf. - Karl Geissler, Nienhg. - Fritz Siegmann, Sichelstein - Eduard Zuschlag, Benterode - Anton Seidensticker, Wingerode i. Eichsf.**

August Piepers, Lippe - Hermann Stöbener, Nienhagen - Justus Stöbener, Nienhagen - August Hartmann, Escherode - Karl Bretthauer, Nienhagen - Karl Gerwig, Benterode - Justus Kater, Escherode - Karl Kirchner, Steinberg - Willi Kuchenbuch, Wingerode i. Eichsf. - Heinrich Landefeld, Nienhagen

Karl Kulle, Benterode - August Seidensticker, Wingerode i. Eichsf. - Fritz Salomon, Lutterberg - Wilhelm Hilmer, Steinberg - Heinrich Kuchenbuch, Steinberg - Heinrich Haldorn, Nienhagen - Karl Bretthauer, Nienhagen - Franz Werner Wingerode i. Eichsf.

liegend: **Robert Meier, Wingerode i. Eichsf. - Otto Heinzmann, Steinberg,**

[Original: Ilse Köster, Namen: Heinrich Landefeld]

Tragseile fielen und dieselben durch die Belastung zum Reißen brachten. Ausserdem wurden 4 Seilstützen und andere Spannvorrichtungen beschädigt, die zumeist ganz erneuert werden mußten.

Wir lagen damals vom 7. bis zum 14.12. mit unserem Seilbahnbetriebe ganz still und mußten während dieser Zeit 20 Mann sowie 2 Fuhrwerke mit der Behebung des Schadens beschäftigen. Einen 2. Stillstand erlitten wir an derselben Stelle am 27. Dezember, wobei wieder 4 Seilstützen zum Bruche kamen und wir 3 Tage Aufenthalt hatten.

Es ist uns dadurch ohne Anrechnung des Aufenthaltes allein an baaren Ausgaben ein Schaden von über Mark 30.000,- entstanden.

Die Windbrüche an dieser Stelle sind die Folge früherer Windbrüche an dieser Stelle und scheinen darauf zurück zu führen sein, daß eine große Fläche in diesem Distrikt abgeholzt wurde, während zwischen dieser Fläche und unserer Drahtseilbahnstrecke noch ein kleiner Bestand stehen blieb, der jetzt dem Sturm zum Opfer fällt.

Im weiteren Verlauf des Schreibens bat H. Jaeger darum, dass man diese Bäume abholzen möge, damit weiterer Schaden vermieden werde. Es gehe ihm darum, dass wichtige Abnehmer von Kohlen, wie die Elektrizitätswerke der Stadt Kassel und die Gasanstalt Hannover, pünktlich beliefert werden können. Die Forstverwaltung vor Ort war aber nicht gewillt; diese Bäume zu fällen. Aus dem amtsinternen Schriftverkehr ist zu ersehen, dass man keinesfalls gewillt war, auf das Ersuchen des Betriebes einzugehen. Oberför-



Das Bild entstand aus Anlass des 40-jährigen Dienstjubiläums des Grubenaufsehers Heinrich Haldorn im Jahre 1928 und zeigt die Mitarbeiter der Ziegelei und Tagebaues

von links nach rechts und von oben nach unten:

Heinrich Beumler, Sichelstein - August Beumler, Sichelstein - Karl Hesse, Nienhagen - Otto Hofmann, Lutterberg - Heinrich Gerwig, Nienhagen - Wilhelm Schaumburg, Nienhagen - Jakob Rippel, Nienhagen - Paul Witzel, Escherode - Heinrich Bretthauer, Nienhagen - Karl Witzel, Escherode - Heinrich Müller, Uschlag.

Hermann Stöbener, Nienhagen - Karl Ewald, Benterode - Richard Bischoff, Benterode - Hermann Landefeld, Nienhagen - Karl Wiemer, Sichelstein - Hermann Werner, Nienhagen - Louis Werner, Nienhagen - Ernst Ewig, Nienhagen - Louis Dehnhardt, Nienhagen - Adolf Siegmann, Benterode - Heinrich Kraft - Escherode.

Franz Werner, Eichsfeld - Willi Kuchenbuch, Eichsfeld - Wilhelm Schönebach, Nienhagen - Hermann Urban, Sichelstein - Johannes Schade, Eichsfeld - Eduard Zuschlag, Benterode - Fritz Siegmann, Sichelstein - Karl Kirchner, Steinberg - Karl Bretthauer, Nienhagen - Karl Gerwig, Benterode - Heinrich Stamm, Nienhagen - Fritz Kraft, Nienhagen - Karl Scheidemann, Nienhagen - Karl Geissler, Nienhagen - Adolf Kirchner, Steinberg - Heinrich Kirchner, Steinberg - Karl Köster, Steinberg - August Pieper, Steinberg - August Bischoff, Benterode.

Johannes Schäfer, Nienhagen - Heinrich Landefeld, Nienhagen - Karl Bretthauer, Nienhagen - Wilhelm Hilmer, Steinberg - Heinrich Haldorn, Nienhagen - Heinrich Kuchenbuch, Eichsfeld - Wilhelm Bretthauer, Nienhagen - Heinrich Bormann, Sichelstein - Karl Kulle, Benterode - Georg Null, Sichelstein - Ferdinand Siegmann, Sichelstein - Karl Georg Null, Sichelstein - Ferdinand Siegmann, Sichelstein - Karl Kraft, Escherode - August Siegmann, Benterode - Johannes Kirchner, Steinberg

legend: **Justus Stöbener, Nienhagen - Erich Hilmer, Steinberg**

[Original: Erich Haldorn, Namen: Heinrich Landefeld]

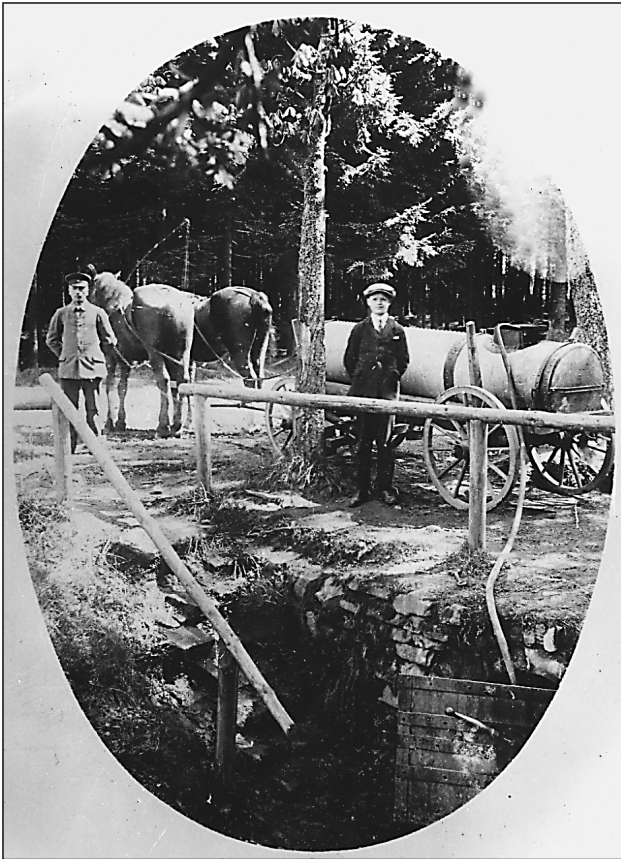
ster Bonse argumentierte wie folgt: ... Würde man dem Gesuch der Gewerkschaft heute entsprechen, würde letztere bei Eintritt späteren Schadens, mit Recht sich darauf berufen, daß man früher ja auch die Seilbahn freigehauen hätte. Außerdem ist zu erwägen, daß es sich um Stämme von 25 bis 30 m Höhe handelt, die bis auf 2,5 m an die Grenze der Seilbahn herantreten, da müßte man doch mindestens einen Streifen von 20 m längs der Bahn auf der Windseite abtreiben. Man könnte ja im vorliegenden Falle einige Stämme, die den Betrieb besonders gefährden, fällen, aber ich fürchte, daß die Gewerkschaft der Forstverwaltung dieses Entgegenkommen später noch oft vorhalten würde. Ich war am 4. d. Mts. mit dem Direktor der Gewerkschaft an der Bruchstelle und habe ihm keine Hoffnung auf Erfüllung seiner Wünsche gemacht.

Trotz dieser ablehnenden Einstellung Bonses wurde dem Antrag der Gewerkschaft seitens der Regierung stattgege-

ben. Dies geht wiederum aus einem Schreiben Jaegers hervor, welches dieser am 8.04.1922 an die Regierung, Abtlg für Domänen und Forsten richtete. Jaeger schrieb folgendes:

Auf die gef. Zuschrift vom 14.3. zurückkommend erwidern wir ergebenst, dass es uns bekannt ist, dass eine Verpflichtung zur Verbreiterung der Bahnlinie unserer Drahtseilbahn seitens des Forstfiskus nicht besteht. Wir haben deshalb auch unserem Schreiben vom 5. Januar d. J. nur gebeten, dass an der betreffenden Windbruchstelle in Distr. 67 die den Drahtseilbetrieb direkt gefährdenden Stämme beseitigt werden.

Für die uns in dieser Beziehung gegebene Zusage danken wir verbindlichst und es ist diese Angelegenheit damit für uns erledigt. Der Ordnung halber bemerken wir, dass der Ihnen seinerzeit übermittelte Vertrag nicht Ihrem Schrei-



Im Sommer musste das Trinkwasser sehr oft vom Landgrafen-Brunnen geholt werden

[Original: Ilse Köster]

ben vom 14.3. wie angegeben beilag und es ist derselbe auch bis heute noch nicht wieder in unseren Besitz gelangt.

Wir bitten ergebenst um dessen Zusendung. Gewerkschaft Steinberg. Jaeger.

In Hildesheim war man den berechtigten Forderungen des Werkes gegenüber aufgeschlossener und entschied im Interesse des Unternehmens und somit auch im Interesse des Allgemeinwohls. Diese Einsicht ist bei der Forstverwaltung in jener Zeit nicht so ausgeprägt zu beobachten wie bei den Beamten des Regierungspräsidiums.

Vorboten der sich seit 1919 steigenden Inflation war, dass die meisten deutschen Städte, unter ihnen auch Hann. Münden und Kassel, ab 1922 damit begannen, eigenes Notgeld herauszugeben. Dieses hatte gegenüber der Reichsmark auf lokaler Ebene einen relativ beständigen Wert. Seit August 1922 begann die schleichende Inflation sich in eine galoppierende zu verwandeln, die 1923 in eine beispiellose Hyperinflation einmündete.

Der Wert der Goldmark war bis 1914 stabil. Danach verlor sie ständig an Wert. 1920 mussten für eine Goldmark 15,40 Mark aufgewandt werden. 1922 lag er bei 45,70 Mark, Anfang 1923 bei 4279 Mark. Im August 1923 bei 1 Million, im Oktober bei 6 Milliarden und im November bei 1 Billion.

Dies war immerhin eine Zahl mit 12 Nullen. In dieser Situation entwickelte der damalige Finanzminister Rudolf

Hilferding die neue „Rentenmark“, die dann, nach dem Rücktritt Hilferdings, von seinem Nachfolger im Amt, Hjalmar Schacht, am 15. November 1923 eingeführt wurde. **Diese Währungsreform wurde auf der Basis des Tauschs von 1 Billion Papiermark gegen 1 Rentenmark vollzogen.** Man stellte die Rentenmark in ein festes Verhältnis zum Dollar und zur alten Reichsmark. Eine Rentenmark war eine Billion Reichsmark wert, während der Dollar für 4,2 Billionen Reichsmark getauscht wurde. Diese Umstellungen konnten von der Regierung unter Gustav Stresemann nur mit Hilfe eines Ermächtigungsgesetzes, rigider Sparmaßnahmen und der Verhängung des Ausnahmezustandes ab dem 13. August 1923 durchgeführt werden. Die Gewerkschaften nannten diese dramatischen Vorgänge ein „Golgatha der Arbeitnehmer“. In den letzten Wo-



**Hufbeschlagn vor der Werksschmiede
Gustav Kazmierski, Kutscher und Wilhelm Vorwahl,
Werksschmied, aus Lutterberg**

[Original: Karl Heinz Waldmann]

chen und Monaten der Inflation stellte sich die Situation für die Beschäftigten am Steinberg so dar: Löhne und Gehälter der Mitarbeiter wurden täglich ausgezahlt. Für den Betrieb am Steinberg wurde das Geld in großen Körben, Tag für Tag, mit der Seilbahn zum Werk befördert, um die Löhne zu bezahlen. Nach Empfang des Geldes lautete die Devise, so rasch wie möglich zu versuchen in die Werkskantine oder die heimatlichen Konsumläden oder Kolonialwarengeschäfte zu gelangen, damit man noch einen kleinen Gegenwert für den Lohn eines harten Arbeitstages eintauschen konnte. Oft war der Geldwert während eines einzigen Tages so gering geworden, dass man Glück hatte, wenn man für den Lohn eines ganzen Tages noch etwas Brot oder ein paar Zigaretten bekam.

Für Hermann Jaeger hatte die Inflation allerdings auch einen sehr positiven Aspekt, denn er war durch diese in die Lage versetzt worden, eine mit 5% verzinsliche Sicherungshypothek über 163200,00 Mark des Bankhauses Corsch, Simon & Co KG in Berlin abzulösen. Die Hypothek wurde am 2. Dezember 1923 im Hypothekengrundbuch von Nienhagen beim Amtsgericht Münden gelöscht. Das Lösungsdatum lässt vermuten, dass die Hypothek vor Einführung der neuen Rentenmark mit wertlosem Inflationsgeld abgelöst worden ist, denn zwischen der Eintra-



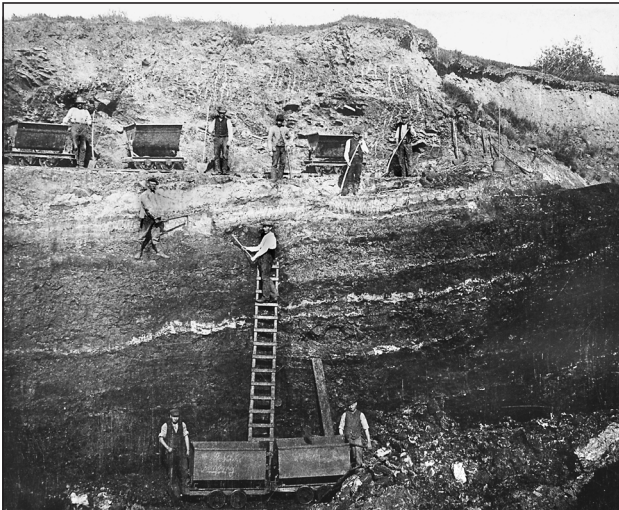
Kinder von Mitarbeitern der Gewerkschaft Steinberg mit Ziege, der Kuh des "Kleinen Mannes"
Ende der 20er Jahre, von Links: Waltraud Köster, Hilde Kasmirski, Alouis Schade, Erna Kasmirski, Ilse Köster
und Brunhilde Schade [Original: Ilse Köster]

gung und der Einführung der neuen Währung waren gerade 17 Tage vergangen. Es war der praktizierte Rechtspositivismus der deutschen Rechtsprechung, die von dem Grundsatz ausging, dass die **Mark eine Mark blieb** ungeachtet der mit diesem Grundsatz verbundenen Grausamkeit. Hermann Jaeger nutzte die Gunst der Stunde auch für die Ablösung einer weiteren 5%igen Hypothek über 100000,00 Mark. Es handelte sich bei diesem Betrag um Restkaufgeld, das Julius Pohlig beim Verkauf des Betriebes am 1. August 1902 zu seinen Gunsten eintragen ließ. Diese Hypothek hatte er am 1. Februar 1903 mit den Zinserträgen zu gleichen Anteilen an die Witwe Schöffeldreier und deren drei Töchter, wahrscheinlich nahe Verwandte Julius Pohlighs, abgetreten. Die Löschung dieser Hypothek wurde am 20. Mai 1924 eingetragen. Es ist unwahrscheinlich, dass Jaeger derzeit in der Lage war, diese Summen mit der neuen Rentenmark abzulösen, denn während des Sommers war eine prophylaktische Schließung des Betriebes ins Auge gefasst. Somit hat Jaeger die hohen Schuldbeträge für den Wert einer Briefmarke abgelöst. Für die vier Damen bedeutete dies den Wegfall eines Teils ihres Lebensunterhaltes. Der Zinsertrag bedeutete für jede ein Einkommen von über 100,00 Mark pro Monat. Somit lässt sich an

diesem persönlichen Beispiel die Härte des Grundsatzes **Mark ist Mark** aufzeigen.

Die Inflation hatte neben diesem positiven Aspekt sehr negative Begleiterscheinungen. Im September 1923 arbeitete man im Betrieb nur noch an 2-3 Werktagen in der Woche. Anfang November musste etwa die Hälfte der Belegschaft entlassen werden, um eine drohende Schließung zu verhindern. Die Betriebsleitung war jedoch trotz allem noch sehr zuversichtlich und beantragte bei der Kreisverwaltung eine Verlängerung der Bauerlaubnis für den geplanten Ringofen.

Nach Einführung der Übergangswährung in Form der „Rentenmark“ wollte jedoch der Absatz nicht wieder im erhofften Umfang einsetzen. Die Werksleitung machte am 13.05.1924 eine Mitteilung an den Bergrevierbeamten in Kassel, in der man ankündigte, dass man den Betrieb schließen werde. Dies rief den Regierungspräsidenten in Hildesheim auf den Plan, der in einem Schreiben vom 15.07.1924 [BA CI Acc 9, Nr.2851] darauf hinwies, dass für eine teilweise oder völlige Schließung des Betriebes nicht vor Ablauf von 4 Wochen nach Erstattung der Anzeige vorgenommen werden darf. Er wies auch darauf hin, dass zu den Verhandlungen mit dem Kasseler Bergrevierbeam-



Braunkohlengewinnung im Tagebau

[Original: Erich Haldorn]

ten die Betriebsvertretung des Werkes und die Vertretung der Arbeitnehmer-Organisation zu laden seien.

Am 25.07.1924 erwiderte H. Jaeger, dass die Anzeige eine Vorsichtsmaßnahme gewesen sei: *Wir haben die Anzeige nur aus Vorsichtsgründen nach Ablauf der in dem Schreiben des Herrn Regierungspräsidenten vom 15.5. J. Nr. 2185 angegebenen Frist erneut erstattet für den Fall, daß wir durch die Ungunst der Verhältnisse doch zu einer Stilllegung gezwungen würden. Beabsichtigt ist eine solche nicht und wird auch voraussichtlich für die nächsten Wochen noch nicht in Frage kommen, da wir hoffen, unsern Betrieb mit Hilfe der Einlegung von Feierschichten wie bisher wenigstens während der Sommermonate noch weiter führen zu können.*

Einige Monate später schien die wirtschaftliche Position eine wesentlich bessere geworden zu sein. So jedenfalls klangen die Verlautbarungen, die von der in Dresden am 14. August 1925 abgehaltenen Generalversammlung der Aktionäre in den Mündenschen Nachrichten am 18. August 1925 veröffentlicht wurden. Hier war zu lesen:

Mitteldeutsche Braunkohlen- und Schamottewerke AG Hann. Münden.

Aus Aktionärskreisen wird geschrieben. Anlässlich der am 14. d. M. in Dresden abgehaltenen Generalversammlung, in welcher etwa drei Viertel des gesamten AK. vertreten waren berichtet die Verwaltung sehr günstig über die Aussichten der der AG. Gehörenden Unternehmungen. Aufträge sind reichlich bis Ende des Jahres vorhanden; es mußten sogar lohnende Bestellungen abgewiesen werden, da die Werke außerstande waren alle Anforderungen gerecht zu werden. Um diesem Übel abzuhelpen, schlug die Verwaltung vor, sämtliche verfügbaren Mittel für umfangreiche Erweiterungsbauten, deren Herstellungskosten ca. 100000 Mark betragen werden, zu verwenden. Die Erweiterungsbauten sind bereits im Gange und dürften in ca. 2 Monaten fertiggestellt sein. Auch für das nächste Jahr sind laufende größere Aufträge zu erwarten. Die dieserhalb gepflogenen Verhandlungen berechtigen zur Annahme, daß die Gesellschaft auch für das nächste Jahr lohnende Beschäftigung

625 Quadratmeter
schönes reines
Eis,
10 cm stark, hat abzugeben
Beche Steinberg.

**Im Winter wurde auch
Natureis verkauft
[StAM MN]**

in reichlichem Maße haben wird. Die Werksleitung betont, daß die Aussichten den Verhältnissen angemessen als günstig zu betrachten seien, denn es gäbe wohl nur wenige Werke in Deutschland, denen sämtliche zur Fabrikation nötigen und zwar auf viele Jahrzehnte ausreichenden Mengen Rohmaterialien einschließlich Brennstoffen aus eigenen, dicht bei den Fabrikanlagen gelegenen Gruben so zur Verfügung ständen, wie gerade bei den Werken der Mitteldeutschen Braunkohlen- und Schamottewerke AG. Der Jahresabschluß für 1924 wurde zur Kenntnis genommen. In den AR. wurde noch Fabrikbesitzer Willy Barreiß, Zehlendorf, hineingewählt.

Der Aufsichtsrat zeichnete hier also ein sehr positives Bild sowohl von den laufenden Geschäften des Jahres 1925, wie auch vom darauffolgenden Jahr. Diese positiven Aspekte muss man sehen im Zusammenhang mit der seit Anfang 1924 einsetzenden konjunkturellen Belebung der deutschen Wirtschaft. Diese prägte sich seit August 1924 noch stärker aus und ging seit dem Frühjahr 1925 in einen regelrechten Boom über, der mit leichten Abschwächungen während des Winters 1925/26 bis zum April 1929 anhielt. Nicht ohne Grund wird dieser Zeitabschnitt der Weimarer Republik als die **goldenen Jahre** bezeichnet. Somit hatten die Verlautbarungen in der Mündener Presse eine realen Hintergrund und von einer Schließung des Betriebes, der noch zu Beginn des Jahres 1924 in der Luft lag, war nun keine Rede mehr

Die Betriebsleitung ließ allerdings, trotz blendende Geschäftslage, den Plan eines Ringofenneubaus fallen und beantragte statt dessen am 02.05.1925 die schrittweise Erneuerung des bestehenden Ringofens. Dieser Antrag wurde bereits am 23.06.1925 genehmigt und man begann nun damit, die alten Brennkammern durch neue zu ersetzen. Die Arbeiten gingen sehr schleppend voran, da man die gut laufende Produktion durch Abriss und Neubau nicht stören konnte. Inzwischen war der Pachtvertrag mit dem Forstfiskus über die Seilbahntrasse wieder abgelaufen. Am 23.02.1928 wurde der neue Vertrag, wie 1910, für weitere 18 Jahre abgeschlossen. Ursprünglich hatte der Forstfiskus eine Reduzierung der Pachtzeit auf 6 Jahre festgelegt. Auf den Einspruch Jaegers sollten jedoch wiederum 18 Jahre Laufzeit festgeschrieben werden. Der Vertrag war ein Nachtrag des Vertrages vom 14.08. und 06.09.1893 und er sollte am 01.04.1928 in Kraft treten. Der jährliche Pachtpreis betrug 500,00 RM, zuzüglich eines 20% igen Lastenbeitrages sollten 600,00 RM jährlich im voraus am 1. April gezahlt werden. Zur Unterzeichnung kam es nicht, denn dieser Vertrag sollte Teil eines Gesamtvertrages werden und bis zu dessen Abschluss in der alten Form gültig bleiben. Bei mehreren Zupachtungen fiskalischer Flächen hatten sich bei den von Hand vorgenommenen Einmessungen



Abschiedsfeier für Ziegelmeister Wilhelm Hilmer im Jahr 1929

[Original: Ilse Köster]

einige Überschneidungen ergeben. Jaeger hatte dies schon seit längerem moniert, er konnte die Forstverwaltung jedoch erst im Februar 1928 dazu bringen, diese Fehler zu akzeptieren und durch genaue Vermessungen zu korrigieren. Am 23.02.1928 richtete die Oberförsterei Kattenbühl das folgende Schreiben an die Regierung in Hildesheim:

Um eine Übersicht über die an die Gewerkschaft Steinberg verpachteten Flächen zu erhalten, habe ich die einzelnen, den Verträgen angehefteten Handzeichnungen auf eine große Karte übertragen. Hierbei stellte ich fest, dass die Flächen zum Teil dreimal übereinander greifen. Wie mir Herr Direktor Jaeger sagte, wäre dieser Fehler bereits seiner Zeit unter der Verwaltung des Forstmeister Mittelacher festgestellt, jedoch nicht verbessert worden.

Da jetzt sämtliche Verträge in einem Vertrag vereinigt sind, halte ich es für unbedingt erforderlich, dass die verpachteten Flächen genau feststehen. Eine Vermessung durch das Katasteramt lässt sich nicht umgehen, und die Gewerkschaft ist auch damit einverstanden und trägt die Kosten. Nach Angabe des Katasteramtes ist es derzeit überlastet und kann die Vermessung nicht vor dem 1.5. vornehmen.

Die sich infolge ungenauer Handzeichnungen teilweise dreifach überlagernden Flächen hatte zu hohen Überzahlungen seitens der Gewerkschaft geführt. Nachdem die genaue Vermessung am 08.05.1929 durchgeführt worden war, wurde der neue Pachtvertrag für die Dauer vom 01.04.1928 bis zum 31.03.1934 Anfang Juni unterzeichnet. Die Vermessung hatte ergeben, dass der Gewerkschaft seitens des Forstfiskus überhöhte Pachtzahlungen abverlangt worden waren. Belief sich die jährliche Summe bisher auf 1743,75 RM, so betrug sie nun 1056,00 RM. Die Ungenauigkeit hatte somit zu einer 70% igen Überzahlung der Pachten geführt!

Die Erneuerung der Brennkammern war im September 1928 noch nicht abgeschlossen, denn von den geplanten 16 Brennkammern waren bis zu diesem Zeitpunkt erst 10 fertig geworden. Die Gewerkschaft stellte deswegen einen Antrag an den Bauausschuss des Kreises und bat um eine Verlängerung des Antrages vom Mai 1925. Diesem Antrag wurde stattgegeben, jedoch sollte es nicht mehr zu einer Fertigstellung kommen, denn die rasche wirtschaftliche Erholung nach dem Ende der Inflation wurde durch den Börsenkrach an der New Yorker Wallstreet am 25.10.1929 jäh beendet. Der „Schwarze Freitag“ löste eine weltweite Krise

aus. Dieser Strudel erfasste auch die Weimarer Republik und in unmittelbarer Folge auch die „Gewerkschaft Steinberg“.



Einige Mitarbeiter der Ziegelei, in ihre Mitte der Vorarbeiter Karl Müller aus Nienhagen [Original: Gieseler Eckhardt]



Der Eichsfelder Willi Kuchenbuch feiert sein Dienstjubiläum
[Original: Ilse Köster]

Das Ende der Steinbergindustrie

Die Boomjahre 1924/29 waren nicht nur für den Betrieb, sondern auch für die Belegschaft günstige Jahre. Welche Lohnsteigerungen die Mitarbeiter am Steinberg in diesen Jahren erzielen konnten, ist nicht überliefert. Legt man jedoch die allgemeinen Verbesserungen der Arbeitnehmer in Deutschland zugrunde, so kann man davon ausgehen, dass auch deren jährlicher Lohnzuwachs bei etwa 5% gelegen hat. Wenn man diesen kurzen prosperierenden Zeitabschnitt zugrunde legt, so ist die Annahme berechtigt, dass die Werksleitung an ein Anhalten der nun bereits vier Jahre

währenden guten Konjunktur geglaubt und dem Börsenkrach in New York, im Oktober 1929, keine angemessene Beachtung geschenkt hat. Die Vorgänge an der Wall Street

haben am Steinberg keine unmittelbare Reaktion hinsichtlich der Produktionsmenge ausgelöst. Der einsetzende Winter 1929/30 war sehr mild, so dass Jaeger, in völliger Verkenntnis der wirtschaftlichen Bedrohungen, die der „Schwarze Freitag“ weltweit für die Wirtschaft auslöste, die Produktion nicht drosselte. Wahrscheinlich hoffte er auch dieses Mal darauf, dass die Krise nur von kurzer Dauer sei, und er dann für den wieder einsetzenden Aufschwung gewappnet wäre. Er ließ mit voller Belegschaftsstärke über den Winter auf Vorrat produzieren, in der Hoffnung auf eine rasche Belebung der Konjunktur. Er setzte auch im Industriesektor auf eine schnelle konjunkturelle Erholung und erhöhte die Produktion im wichtigen Segment „Feuerfeste Steine“. Die bis in den Herbst hinein gute Konjunktur brach jedoch total ein. Der bis dahin starke Zustrom amerikanischen Kapitals nach Deutschland versiegte völlig und beschleunigte die rasant wirtschaftliche Talfahrt. Die Auswirkung des Börsencrachs war definitiv von der Werksleitung nicht erkannt worden. Die getroffenen Entscheidungen wären bei weiterhin guter Konjunktur grundsätzlich richtig gewesen und das zu Grunde liegende Kalkül wäre, hätte es den „Schwarzen Freitag“ nicht gegeben, aufgegangen. Der Betrieb wäre im Frühjahr sehr rasch wieder liquid geworden. So jedoch war Hermann Jaeger bereits im Januar 1930 gezwungen, beim Forstfiskus um Ratenzahlung für die Pachten zu bitten. Man gewährte ihm, dass er den Betrag in drei Raten bis zum 1. Juni zu zahlen habe. Der Absatz jedoch tendierte gegen Null und war total eingebrochen, denn die erwartete Bautätigkeit setzte im Frühjahr nicht wieder ein. Jäger wies wiederholt darauf hin, dass er durch die Beschäftigung der Belegschaft während des Winters die ohnehin hohe Arbeitslosigkeit gemildert habe. Seine Argumente

machten auf die Mitarbeiter der Staatskasse keinen Eindruck, denn als er auch die eingeräumten Raten nicht zahlen konnte, pfändete man kurzerhand sogar seine Schreibmaschine. Er beklagte sich am 18.07.1930 bei der Regierung in Hildesheim darüber, dass man wegen eines geringen Betrages den Zwangsvollzug angeordnet habe. Ohne die Maschine sei der Bürobetrieb völlig lahmgelegt und er könne seine Bemühungen um Käufer für das Werk nicht fortsetzen. Großmütig gewährte ihm am 24.07.1930 die Regierung weiterhin die Nutzung des Geräts.



Blick auf die Fabrikanlage der Gewerkschaft Steinberg auf einer Postkarte



Blick über den heutigen Seerosenteich auf das Werksgelände [Original: Ilse Köster]

Die finanzielle Situation des Unternehmens stellte sich am 23. August 1930 so dar:

An **Aktiva** verfügte die Gewerkschaft über
297.899,02 Reichsmark

Diesen **Aktiva** standen **Passiva** in Höhe von
211.466,66 Reichsmark
gegenüber.

In einem Schreiben an die Gläubiger schrieb Jaeger am 06.08.1930, dass bei Verzichtleistung der einzelnen Gewerke ein Verkauf des verhältnismäßig nicht allzu hoch belasteten Unternehmens durchaus möglich sei. Er verhandelte mit „Reflektanten“ in Berlin, Dresden und München. Er sei zuversichtlich, das Werk für 140.000, Mark „freihän-

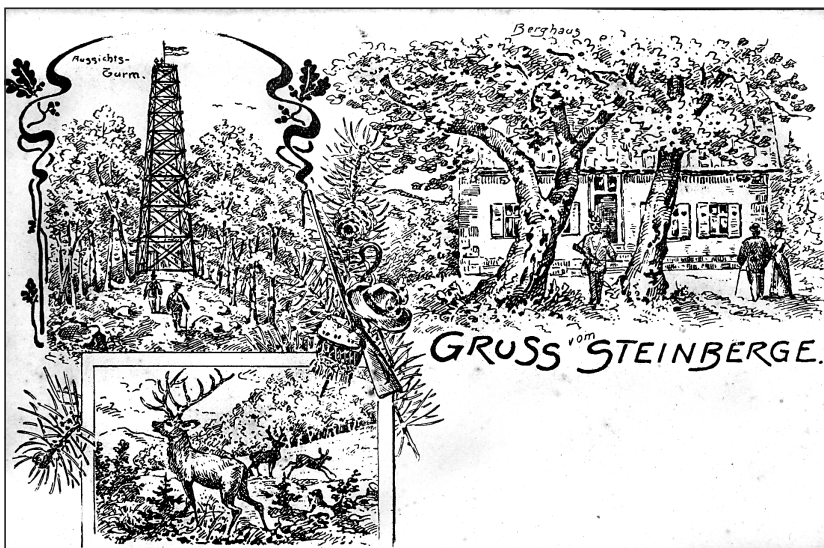
dig“ verkaufen zu können. Wenn dies gelänge, könnten alle Forderungen abgedeckt werden, und auch die nicht bevorrechtigten Forderungen könne man mit einer Quote von 40 bis 50% bedienen. Immer wieder wies er auf die negativen Folgen eines Verkaufs des Betriebs und möglichem Abbruch für die Bewohner der Dörfer im Obergericht hin. Es würde für diese bedeuten, dass sie auf Dauer arbeitslos würden. Dies bedeute auch für die Kommunen eine erhebliche Belastung. Er bemerkte in diesem Zusammenhang, dass es aufwändige Reparaturen an der Seilbahn seien, die den Betrieb seit langem stark belastet hätten.

Für den 25. August 1930 berief Rechtsanwalt Hinz eine Gläubigerversammlung in das Hotel „Schloßschänke“ in Münden ein. Die Gläubiger stimmten einer Fortführung des Betriebes nur unter der Bedingung zu, dass keine neuen Schulden hinzukämen und der Abtransport der Produkte mit Lastwagen erfolgen müsse. Die Versammlung beschloss die Einleitung eines Vergleichsverfahrens, um einen Konkurs zu vermeiden, denn ein solcher müsste wegen Mangels an Masse ohnehin eingestellt werden.

In dieser Situation stellte der Forstfiskus, der seit 1868 Jahr für Jahr hohe Pachtzahlungen seitens der Bergwerksleitung kassiert hatte, extrem hohe Forderung an das Unternehmen. Die Gesamtsumme seiner Forderungen bezifferte er auf 29.816,65 Reichsmark. Den größten Anteil dieser Forderung stellte die Rekultivierung der verpachteten Flächen dar. Man stellte der Gewerkschaft pro qm angepachtete Fläche einen Preis von 0,60 RM in Rechnung, Dies machte allein 27.322,80 RM aus. Daneben stellte er auch noch eine Wertminderung der Fläche in Höhe von 1910,00 RM in



Kolorierte Ansichtskarte des Berghauses
[Erich Landefeld]



Gezeichnete Postkarte mit Berghaus und Aussichtsturm auf dem Kleinen Steinberg
[Original: Karl Kersten]

Rechnung. Im Jahr zuvor hatte der Forstfiskus auch noch eine Rauchschadensvergütung in den Pachtvertrag eingefügt, die jährlich mit 212,50 RM zu Buche schlug. Forstassessor Chwalczik hatte die Gesamtforderungen des Forstfiskus aufgestellt und eingefordert. Er verband damit die Absicht, dass diese im Falle eines Vergleichsverfahrens als bevorrechtigte Forderungen eingestuft würden.

Bezüglich eines solchen Verfahrens schrieb die Forstverwaltung am 15.10.1930 an die Regierung, dass die Gewerkschaft Steinberg ein solches beantragt habe, jedoch nicht in der Lage sei, die hierzu notwendigen 800,00 RM beim Amtsgericht zu hinterlegen.

Zu einem Vergleichsverfahren sollte es nicht mehr kommen, denn am 2.10.1930 stellte das Unternehmen beim Regierungspräsidenten Antrag auf Stilllegung. Bis dato hatte der Kreis Münden einen Teil der Lohngelder vorgestreckt. Hierfür hatte der Betrieb das Eigentumsrecht an gebrann-

ten Steinen an den Kreis Münden übertragen, die dieser zu verkaufen suchte. Dem Antrag auf Stilllegung hatte die Regierung zum 25.10.1930 zugestimmt. Die Werksleitung rechnete zu diesem Zeitpunkt immer noch mit einer Weiterführung des Betriebs ab dem kommenden Frühjahr.

Der Forstfiskus hatte am 3.11.1930 eine Anschlusspfändung für rückständige Pacht in Höhe von 123,42 RM erwirkt. Es kam nun zur Zwangsvollstreckung. Gerichtsvollzieher Wiedenbeck pfändete im Betrieb neben 15480 Chamottesteinen, die sich noch in fünf Brennkammern befanden, ein Jauchefäß, einen Pferdeschlitten, einen Kutschwagen etc. und ein dazu gehöriges Pferd (Fuchs). Zur praktischen Einstellung des Betriebs war es bereits vor der Zustimmung durch die Regierung gekommen, da Assessor Chwalczik den Betrieb der Drahtseilbahn, sowie die Entnahme von Rohstoffen aus den Pachtflächen untersagt hatte. Hermann Jaeger führte auch einen verzweifelten Kampf um die weitere Nutzung seiner vom Forstfiskus gepfändeten Schreibmaschine, die dieser versteigern lassen wollte. Am 30.12.1930 schrieb Jaeger u. a. die folgenden Zeilen an die Regierung: ... *Inzwischen wurde seitens der Kreis- und Forstkasse erneut die Versteigerung der Maschine beantragt, doch können wir dieselbe noch nicht entbehren und stellen hiermit den Antrag, uns die Maschine aus nachstehenden Gründen noch bis zur erfolgten Abwicklung der Geschäfte hier zu belassen. Selbstverständlich bleibt Ihnen die Maschine zur Sicherung Ihrer Forderung weiterhin verpfändet.*

Die Bitte Jaegers an die Regierung hatte Erfolg. Er durfte die Maschine weiterhin nutzen. Bezüglich der Höhe der Kosten für die Einebnung der Pachtflächen schloss sich die Regierung der Meinung Jaegers an, dass diese unangemessen hoch seien. An Stelle der in Ansatz gebrachten 6000,00 RM pro Hektar war man in Hildesheim wesentlich moderater. Am 9.2.1931 schrieb die Abteilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten u. a.: ... *Auch wir müssen der Ansicht der Gewerkschaft beitreten, nach der die von Ihnen errechneten Summe viel zu hoch ist. Eine Wertminderung ist selbstverständlich vorhanden. Wir halten eine einmalige Entschädigung von 800 RM je ha in Sa. 3000 RM für genügend. Wir ersuchen Sie, diese Summen Ihren Verhandlungen mit der Gewerkschaft zu Grunde zu legen und mir über den Erfolg zu berichten.*

Assessor Chwalczik trat in Verhandlung mit Jaeger über die Anerkennung der Forderung des Forstfiskus auf der

Basis der von Hildesheim vorgegebenen Kosten ein. Hermann Jaeger erkannte zwar das Entgegenkommen an, er bedauerte jedoch, mit Rücksicht auf die übrigen Gläubiger, keine verbindlichen Verpflichtung eingehen zu können. Er stellte anheim, die Ansprüche auf dem gesetzlichen Wege geltend zu machen. Dies geschah nun. Der Fiskus machte seine Pachtforderungen gegenüber dem Bankhaus Reibstein & Co. geltend. Dieses hatte die Kautions für die Pachten übernommen. Jaeger hatte jedoch gegenüber dem Bankhaus für sämtliche Forderungen an die Gewerkschaft Steinberg selbstschuldnerische Bürgschaft geleistet. Da die Bank selbst in Schwierigkeit geraten war, musste Jaeger nun für die Forderung selbst eintreten. Er war nicht in der Lage die geforderten 1126,50 RM zu zahlen und ihm wurde von der Regierung in Hildesheim Ratenzahlung eingeräumt. Er erklärte sich bereit, eine erste Rate von 200 RM und den Rest in Raten von 100 RM monatlich zu zahlen. Dieser Vorschlag wurde von der Regierung akzeptiert. Jaeger war allerdings nur in der Lage die erste Rate zu entrichten, da er eine zwischenzeitliche Anstellung wieder verloren hatte. Die Eintreibung der restlichen Forderung wurde nun seitens der Behörde über sieben Jahre konsequent verfolgt. Bis auf einen kleinen Rest von 200 RM wurde die Forderung eingetrieben.

Vor diesen Ereignissen, die H. Jaeger persönlich betrafen, wurde die Versteigerung des Betriebs nicht berührt. Der Termin war auf den 30. Juli 1931 festgelegt worden. Der Regierungsrat a. d. Fritz Sammet in Hann. Münden hatte hierbei als Meistbietender den Zuschlag bekommen. Die Verteilung des Versteigerungserlöses wurde auf den 31.10.1931 vormittags 10 Uhr vor dem Amtsgericht Münden anberaumt.

Zu den bevorrechtigten Forderungen und Verbindlichkeiten an die Gewerkschaft gehörten auch die rückständigen Gehälter und Löhne.

Die Mitarbeiter waren diejenigen, die am härtesten betroffen waren vom Konkurs des Unternehmens. Sie hatten den Arbeitsplatz eingebüßt und Forderungen in Höhe von:

7168,59 RM für ausstehende Gehälter,
6512,89 RM für ausstehende Löhne und
1700,00 RM für Urlaubsansprüche geltend gemacht. Insgesamt beliefen sich die Rückstände auf **15.381,39 RM**

Aus den zur Verteilung gelangenden 20.000 RM des Versteigerungserlöses kam bei der hohen Summe der anderen bevorrechtigten Forderungen für Arbeiter und Angestellten so gut wie nichts zur Auszahlung.

Zu diesen direkten finanziellen Verlusten kamen noch die später spürbar werdenden Auswirkungen durch nicht abgeführte Sozialbeiträge in Höhe von:

3436,06 RM an die Hannov. Knappschaft,
3964,56 RM an die Krankenkasse,
7706,65 RM an die Landesversicherung und
680,12 RM an die Arbeitslosenversicherung.

Insgesamt beliefen sich diese Rückstände, die ja auch zu Lasten der Beschäftigten gingen, auf **15.787,39 R.**

Addiert man diese direkten und indirekten Verluste der Arbeitnehmer und zählt zu diesen den schwersten Verlust, nämlich den des Arbeitsplatzes hinzu, so wird klar, dass die Mitarbeiter die höchsten Einbußen erleiden mussten.

Auswirkungen auf die Finanzlage der Gemeinde Nienhagen

Seitdem der Steinberg 1850 zu einem Gemeindeteil Nienhagens geworden war, hatte sich die Zugehörigkeit stets positiv auf die Entwicklung des Dorfes ausgewirkt. Der Konkurs des Unternehmens jedoch hatte eine katastrophale Auswirkung auf die Finanzen der Gemeinde. Die einseitige wirtschaftliche Ausrichtung auf den Betrieb am Steinberg offenbarte nun die totale Abhängigkeit, sowohl der meisten Bewohner, wie auch der Gemeinde selbst. In den anderen Gemeinden war die negative Wirkung nicht so spürbar, da der prozentuale Anteil der Beschäftigten im Werk nicht so hoch war, wie in Nienhagen. Viele der Arbeitslosen hatten eine Anwartschaft auf Arbeitslosengeld noch nicht erfüllt, bzw. durch nicht abgeführte Beiträge ihre Ansprüche verloren und fielen nun der Gemeindekasse zur Last, da sie einen Anspruch auf Wohlfahrt gegenüber der Kommune hatten. Die Steuern aus dem Werk blieben ebenfalls aus. So wurde der Gemeinderat am 27. November 1931 zu einer Krisensitzung einberufen, an welcher auch der Landrat des



© Nienhagen. Infolge der Stilllegung der Zeche Steinberg, auf der ungefähr 75 Arbeiter aus der hiesigen Gemeinde ihren Verdienst fanden, gehört unser Ort nach Auslage unseres ehemaligen Landrats zu den am meisten belasteten. Schon lange Zeit steht die Gemeindefinanz vor dem Zusammenbruch, denn die Kosten der Wohlfahrt sind nahezu unerträglich und kaum zu tragen. Um die Gemeindefinanzen zu heben, ist es unserem Gemeindevorsteher nach vielen Mühen und langwierigen Verhandlungen mit dem Arbeitsamt gelungen, den freiwilligen Arbeitsdienst einzuführen. So werden schon seit einigen Wochen 25 junge Leute beschäftigt mit dem Bau eines Waldweges für die hiesige Fortgenossenschaft, die für Heranschaffung des Materials zu sorgen hat, deren Kosten sich auf 800 Mark belaufen, dadurch ist auch den Gespannhaltern ein Verdienst geschaffen. Wöchentlich kommen über 250 RM. Arbeitslöhne in die Gemeinde, was sich auf verschiedenen Gebieten auswirkt. Der hiesige Gemeindevorstand hat sich durch die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes den Dank der arbeitenden Bevölkerung verdient, hoffentlich gelingt es ihm auch, die schon seit Jahrzehnten geplante Straße von hier nach Wülfel zu bauen, um eine bessere und bequemere Verbindung mit Rassel herzustellen. Nienhagen war die erste Gemeinde des Obergerichts, die den freiwilligen Arbeitsdienst aufgenommen hat, scheinbar wollen auch die Nachbargemeinden damit beginnen, denn Vertreter derselben sind schon hier gewesen, um sich Rat in dieser Angelegenheit zu holen und die Arbeiten zu beichtigen. Allen Gemeinden ist dringend die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes zu empfehlen.

Bericht aus den Mündenschen Nachrichten

[StAM MN 24.11.1932]



Landwirt Karl Schäfer I übernahm Steinfuhren vom Steinberg für den Straßenbau

[Original: Elma Rieman]

Kreises Münden, Dr. Weber, teilnahm. Nur mit Staatsbeihilfen konnte die Gemeinde ihren enormen Verpflichtungen nachkommen. Der Gemeinderat beschloss am 3. Dezember 1931 die Einführung neuer Steuern und die Erhöhung der bereits bestehenden. So wurde die Hundesteuer ab 1. Jan. 1932 und zum gleichen Zeitpunkt eine 10%ige Getränkesteuer und eine Anhebung der Biersteuer beschlossen. Rückwirkend zum 1. Jan. 1931 wurde die Bürgersteuer auf 300% des Landessatzes erhöht. Der Gemeinderat hatte auf eine Begleichung der rückständigen Steuerforderungen durch Fritz Sammet gehofft, sah sich jedoch in dieser Hoffnung getäuscht. Eine erste spürbare Entlastung brachte die durch Bürgermeister Heinrich Haldorn initiierte Einführung eines „Freiwilligen Arbeitsdienstes“ im Herbst 1932 durch das Arbeitsamt Kassel. Ab Oktober wurden 20 junge Arbeitslose, alle waren durch den Konkurs des Werkes zu Wohlfahrtsempfängern geworden, im Wegebau eingesetzt. Für einen Tageslohn von 1,70 Mark wurde die Straße „Stracke Bahn“, die in östlicher Richtung durch den Genossenschaftsforst verläuft und der Weg vom Friedhof bis zum heutigen Wasserwerk, mit Sandsteinen gepflastert. Bei diesen Arbeiten wurden zudem noch einige Gespannhalter mit Stein- und Sandfuhren beschäftigt. Somit trat nun eine spürbare finanzielle Entlastung für die Gemeindekasse ein. Es sollte jedoch noch zwei Jahre dauern, bis es der Gemeinde im Verlauf des Jahres 1934, durch die genannte Erhöhung der Steuern und die allmählich in Gang kommende wirtschaftliche Belebung, gelang, den vollkommen aus den Fugen geratenen Haushalt wieder auszugleichen. Ein negative Auswirkung des Konkurses zeigte sich auch in der Schule des Dorfes. Die Familien der auf dem Steinberg wohnenden Mitarbeiter verließen das Werk. Die Aussichten auf Wohnungen und eine neue Beschäftigung waren in Nienhagen selbst nicht gegeben, so dass die meisten Familien in Hann. Münden eine neue Unterkunft und Beschäftigung suchten. Von diesem personellen Aderlass konnte sich die Dorfschule erst wieder erholen, als Bombengeschädigte, Flüchtlinge und Heimatvertriebene

während des Krieges und nach dessen Ende im Mai 1945 in Nienhagen ankamen und deren Kinder die Lücken in der Schule wieder füllten, die 15 Jahre zuvor, durch die Betriebsschließung am Steinberg und die Abwanderung der dortigen Bewohner entstanden waren.

Aufzeichnungen über die Mitarbeiter und deren Herkunftsorte von 1918 bis 1930, aufgezeichnet von Heinrich Landefeld, Nienhagen:

Laubach:

Karl Förster, August Förster, Louis Kulle (Vorarbeiter), Wilhelm Kulle (Zimmermann), Karl Wessel, Friedrich Bode, Karl Kulle, Otto Kulle, Heinrich Nerling, Christel Nerling.

Oberode:

August Sauer, August Kramer, Karl Kramer, Ernst Jäger.

Kleinalmerode:

Fritz Wolf, Robert Niemeyer, an die Namen von drei weiteren Mitarbeitern aus Kleinalmerode konnte sich H. Landefeld nicht mehr erinnern

Benterode:

August Bischoff, Ernst Bischoff, Otto Bischoff, August Sigmann, Adolf Siegmann, Adolf Löwer, Gustav Löwer, Karl Gerwig, Karl Ewald, Adolf Hepe, Louis Witzel, Eduard Zuschlag, Otto Zuschlag, Heinrich Krug, Robert Krug, Heinrich Schön, Eduard Mühlhausen, Heinrich Mühlhausen, Karl Surup, Walter Eindorf, August Petzing, Richard Bischoff, Karl Kulle.

Lutterberg:

Wilhelm Vorwal, Heinrich Reuther, Willi Trube, Fritz Siegmann, Wilhelm Fress, Ferdinand Roderwald, August Gropengießer, Heinrich Homann, Fritz Salomon, Otto Hoffmann, August Albrecht, Heinrich Harmann.

Sichelnstein:

Ferdinand Siegmann, Karl Null, Georg Null, Georg Wietun, August Beumler, Hermann Urban, Heinrich Speck, Karl Wiemer, Heinrich Bormann, Ferdinand Null, Eduard Gutberlet, Eduard Kürlemann, Ernst Ewig.

Nieste:

Karl Schmidt (Zimmermann), Adolf Schmidt (Zimmermann), Justus Schmidt (Zimmermann).

Uschlag:

Heinrich Müller (Loch), Karl Jentsch.

Nienhagen:

Heinrich Haldorn, Karl Dehnhardt, Hermann Hesse, Louis Geißler, Karl Geißler, Friedrich Kraft, Karl König, Karl Müller, Karl Börger, Hermann Landefeld, Karl Stöbener, Gustav Stöbener, Wilhelm Eckhardt, Karl Hesse, Louis Werner, Wilhelm Schönebach, Ernst Schönebach, Karl Köster, Heinrich Schade, Ernst Ewig, Heinrich Stöbener, Hermann Stöbener, Karl Stöbener, Heinrich Ötzel, Wilhelm Schaumburg, Wilhelm Schaumburg, Karl Scheidemann, Heinrich Dehnhardt, Wilhelm Bretthauer, Louis Dehnhardt, Adam Rinnert, Christoff Bretthauer, Robert Bretthauer, Justus Bretthauer, Heinrich Landefeld, Johannes Schäfer, Karl Bretthauer, Jacob Rippel, Adolf Kraft,

Hans Sausmekat, Justus Stöbener, August Stöbener, Justus Stöbener, Karl Bretthauer, Heinrich Bretthauer.

Escherode:
Berta Ebenau.

Frauen die im Werk arbeiteten:

Nienhagen:

Frieda Hesse, Berta Wieditz, Henny Schönebach, Auguste Stöbener, Louise Bretthauer, Berta Bretthauer, Lina Dehnhardt, Sophie Dehnhardt, Marie Bretthauer.

Arbeiter an der Seilbahnstation in Hannoversch Münden:

Louis Hartung (Münden), Fritz Hoffmann (Münden), August Hoffmann (Münden), Karl Hesse (Gimte), Fritz Wessel (Laubach), Karl Wessel (Laubach)

Sichelnstein:

Lisette Null, Lina Landefeld, Minna Landefeld, Frieda Sigmann, Marie Sigmann, Elisabeth Ewig,

Chamotteformer aus Wingerode im Eichsfeld: Ferdinand Seidensticker, Philipp Seidensticker, Willi Kuchenbuch, August Seidensticker, Franz Werner, Otto Heizmann, Robert Meier

60/10

B e s c h l u ß

in dem Verfahren zum Zwecke der Zwangsversteigerung der in Nienhagen belegenen, im Grundbuche von N i e n h a g e n

- a) Band IV Artikel 146
- b) Band V Artikel 203

auf den Namen der Gewerkschaft Steinberg in Hann. Münden eingetragenen Grundstücke.

Nachdem der Regierungsbaurat a.D. Fritz Sammet in Hann.-Münden in dem Versteigerungstermin am 30. Juli 1931 Meistender geblieben ist werden ihm die im Grundbuche von N i e n h a g e n

- a) Band IV Artikel 146 und
- b) Band V Artikel 203

eingetragenen Grundstücke für den durch Zahlung zu berichtigenden Betrag von 20.000.--R.M. (in Buchstaben: Zwanzigtausend Reichsmark) und unter folgenden Bedingungen zugeschlagen:

- 1.) Rechte bleiben nicht bestehen,
- 2.) der durch Zahlung zu berichtigende Betrag des Meistgebots ist von dem Zuschlag an mit vier vom Hundert zu verzinsen,
- 3.) die Kosten dieses Beschlusses fallen dem Ersteher zur Last.

Hann.-Münden, den 20. August 1931

Das Amtsgericht

gez. Hoffmeister
Gerichtsassessor

Ausgefertigt



als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

Justizangestellter

Termin zur Verteilung des Versteigerungserlöses ist auf den 23. Oktober 1931 vorm. 10 Uhr vor dem hiesigen Amtsgericht Zimmer Nr. 14 anberaumt.

Auf Anordnung

Justizangestellter

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle



Badefreuden im aufgelassenen Tagebaubereich der Gewerkschaft Steinberg um 1931

[Original: Archiv der Naturfreunde Kassel. Fotograf Paul Schminke]



Von der Natur zurückerobert bietet sich den Wanderern der Badesee heute dar

Die vielen Vertiefungen, die durch den Abbau von Kohle, Sand und Ton entstanden waren, füllten sich nach der Aufgabe des Betriebes nach dessen Konkurs rasch mit Regenwasser, so dass die Naturfreunde diese Gelegenheit zu einem erfrischenden Bad rasch wahrnahmen, zumal sie diese Freude ja völlig ungestört hier genießen konnten. Die Aufnahme wurde von Paul Schminke am 14. Juni 1931, einem Sonntag, gemacht. Wahrscheinlich hatten die Badenden an diesem Tag fleißig an der Fertigstellung ihres Steinberghauses gearbeitet, denn der Bau ging in diesen Tagen seiner Vollendung entgegen und sollte drei Wochen später feierlich eingeweiht werden. Den Mienen der Badenden sieht man die Freude über diese willkommene Erfrischung förmlich an.

Sie ahnten allerdings nicht, dass der Sommer des Jahres 1932 der letzte sein würde, in welchem sie sich an ihrem erweiterten Haus und der nahegelegenen Bademöglichkeit erfreuen konnten.

Der Steinberg in der Zeit von 1932 bis 1961

Die Ereignisse am Ende der Weimarer Republik

Durch den Konkurs der „Gewerkschaft Steinberg“ und die anschließende Stilllegung des Betriebes waren die auf dem Werksgelände wohnenden Mitarbeiter gezwungen, den Steinberg zu verlassen. Anfang 1932 lebte nur noch die Familie des Maschinenmeisters Karl Köster in einer der Werkswohnungen. Er hatte unmittelbar nach der Zwangsversteigerung eine neue Beschäftigung in der Ziegelei Lohöfer in Oberkaufungen bekommen. Während seine Familie weiterhin auf dem Steinberg wohnen blieb, hatte er sich in Oberkaufungen ein Zimmer zur Untermiete gesucht und machte sich montags in aller Frühe auf Schusters Rappen zu seinem neuen Arbeitsplatz auf den Weg. Samstagmittag ging es dann auf die gleiche Weise zurück zu seiner Familie, die auf dem Steinberg ausharrte. Familie Köster wohnte allerdings zu dieser Zeit nicht völlig allein auf dem Werksgelände. Eine Gruppe von SA-Leuten aus Kassel hatte sich, einige sogar mit ihren Familien, auf dem Steinberg niedergelassen. Sie waren in Kassel an den bürgerkriegsähnlichen Krawallen beteiligt, die sich im Vorfeld der Reichspräsidentenwahl in den meisten deutschen Städten abgespielt hatten und am 13. April 1932 zu einem Verbot von SA und SS durch den preußischen Innenminister geführt hatten. Die Kasseler Krawallmacher entzogen sich durch einen „Umzug“ und das Untertauchen auf dem abgelegenen und nahezu menschenleeren Gelände einer drohenden Verhaftung durch die Kasseler Polizei. Die leerstehenden Werkswohnungen boten sich als idealer Unterschlupf geradezu an. Frau Ilse Köster, die ältere Tochter Karl Kösters, erinnert sich an die turbulenten Ereignisse sehr gut, und ihr sind auch noch einige Namen der Kasseler SA-Mitglieder im Gedächtnis geblieben, die sich seinerzeit in das stillgelegte Werk zurückgezogen hatten. Das Kommando führte ein Sturmbannführer namens Bechler. Ein anderer SA-Mann, namens Grimmelmann, er war von Beruf Anstreicher, betätigte sich bei der Renovierung der leerstehenden Werkswohnungen, in welchen die Gesuchten Unterschlupf gefunden hatten. Ein anderer wurde „Käseweber“ genannt. In lebhafter Erinnerung hat Frau Köster auch die Sonnenwendfeiern und die Geländespiele der Kasseler Nazis. Der Aufenthalt der Gruppe war allerdings doch nicht so geheim geblieben, denn die Mündenschen Nachrichten berichteten über diese Vorgänge am 12. April 1932. [StAM MN] ... Die Gewerkschaft Steinberg bei Nienhagen im Kreise Münden wurde nach dem Konkurs der Firma im vorigen Jahre mitsamt ihren großen Baulichkeiten und Grundstücken von 70 Morgen in der Zwangsversteigerung Ende Juli an Herrn Baurat a. D. Sammet vom Schäferhof verkauft. Nach neuen Pressemeldungen ist sie nunmehr, nachdem sich Versuche, die Arbeit wieder zu beleben, zerschlagen haben, in den Besitz der Nationalsozialistischen Partei übergegangen, die dort bereits aufräumt und Ordnung in die Ruinen bringt. Ursprünglich war der Steinberg eine Kohlengrube, deren Kohlen man benutzte, um Ziegel zu brennen. Diese Ziegel wurden auf einer unrentabel langen Drahtseilbahn nach dem Bahnhof Münden zur Verladung gebracht. Diese Drahtseilbahn war von je das Schmerzenskind des Steinbergs, der dann unserer rationalisierenden

Zeit zum Opfer fiel, wie ja die Cellulosefabrik auch. Der Verkauf erfolgte seinerzeit für 20 000 Mk., obwohl die Grundstücke einen Katasterwert von 65.000 Mk. hatten. Die Bergwerksgerechtsame wurde nicht verkauft, sondern der Belegschaft in den umliegenden Dörfern für rückständige Lohnforderungen zugesprochen. Diese versuchte natürlich den Betrieb wieder in Gang zu bringen, aber alle Versuche sollen gescheitert sein, weil es Bewerbern immer am nötigen Kapital fehlte. So hat man in diesen Tagen auch die mächtige Holzüberführung über die Bahnlinie Münden-Eichenberg im Bahnhof Münden für ganze 500 Mk. versteigert, um sie abzureißen. Auch die Drahtseilbahn wurde verkauft, um als Altmaterial fortzugehen - denn zur Zeit bildet sie eine große Gefahr in ihrem Verfall. Ob die Grundstücke „verschenkt“ wurden, oder ein richtiger Verkauf erfolgte, sei dahingestellt, man spricht davon, daß auf dem Steinberg eine SA-Schule errichtet werden soll, damit neues Leben aus den Ruinen sprieße.

Die geheimen Spiele der Kasseler Nazis auf dem Steinberg waren mit der Machtübernahme durch die NSDAP im Januar 1933 beendet. Eine Verfolgung durch die Justiz war ohnehin nicht zu erwarten, so dass die ehemals Gesuchten nun wieder ohne Befürchtungen nach Kassel in ihre Wohnungen zurückkehren konnten. Die SA nutzte das Gelände von nun an ganz offiziell für ihre Zwecke. Die bereits im April 1932 durch die Zeitung angekündigte SA-Schule wurde nun verwirklicht. In den Mündenschen Nachrichten war am 17.6.1933 folgendes zu lesen: *Die Führerschule*



Gedenkstein an den Freiwilligen Arbeitsdienst, der im Herbst 1932 in Nienhagen eingeführt wurde

auf dem Steinberg ist zur Zeit mit einem „Sturm“ belegt. Die Ausbildungszeit beträgt 4 Wochen.

Der Abbruch der großen Fabrikationsgebäude wurde weiter betrieben, während einige der von den Mitarbeitern bewohnten Häuser, aus welchen Gründen auch immer, für einige Jahre vom Abbruch verschont blieben.

Im Versteigerungsverfahren des Jahre 1931 waren die vom Forstfiskus erhobenen Forderungen für Rekultivierungsmaßnahmen der verpachteten Flächen nicht als bevorrechtigt anerkannt worden. Die Forstbehörde nutzte wenig später die staatlichen Fördermittel zur Ankurbelung der miserablen Konjunktur durch das zuständige Kasseler Arbeitsamt Ende des Jahres 1932, so dass nun wenigstens ein Teil der fiskalischen Pachtflächen mit staatlichen Geldern wieder aufgeforstet werden konnte.

Im Rahmen der leichten konjunkturellen Trendwende im Sommer des Jahres 1932 und nach dem Abschluss des Vertrages von Lausanne am 9. Juli 1932, in dem die Repara-

tionszahlungen des Reiches erstmals konkret festgelegt worden waren, hatte der neue Reichskanzler von Papen, nach dem Sturz Brünnings, umfangreiche Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung beschlossen. Insgesamt wurden hierfür 1,5 Milliarden Reichsmark bereitgestellt. Auch das zuständige Kasseler Arbeitsamt vergab 1932 Gelder für derartige Beschäftigungsmaßnahmen. Wie in Nienhagen, war auch in Laubach im Herbst 1932 ein freiwilliger Arbeitsdienst durch das Arbeitsamt Kassel eingerichtet worden. Nachdem die Beschäftigten aus Laubach als erstes die Wildgatter zu den Gemarkungen von Oberode und Laubach in Stand gesetzt hatten, begannen sie mit Rekultivierungsarbeiten auf den etwa 5 Hektar großen fiskalischen Haldenflächen des Abbaugeländes am Kleinen Steinberg. Diese Arbeiten wurden überwiegend aus Zuschüssen des damaligen Reinhardprogramms finanziert. Somit konnte der Forstfiskus einen Teil der von Hermann Jaeger vergeblich geforderten Gelder aus Mitteln des staatlichen Hilfsprogramms für seine Ziele verwenden.

Der Steinberg während der NS-Zeit

Die in rasantem Aufbau begriffene Luftwaffe wurde auch auf dem Steinberg aktiv und richtete 1937 eine Wetterstation neben dem ehemaligen Direktorenhaus ein. Sie begann dort mit regelmäßigen Wetteraufzeichnungen, die bis zum Kriegsende weitergeführt wurden. Heinrich Haldorn, Bürgermeister in Nienhagen, nahm 1937 erneut Kontakt zu Julius Fastje, einem Architekt aus Hannover, auf. Diesem war das Unternehmen am Steinberg nicht unbekannt, denn er hatte bereits vor der Zwangsversteigerung im Juni 1931 das Werk besichtigt und Interesse an einer Übernahme des Betriebs signalisiert. In einem Schreiben an die Regierung in Hildesheim hatte er sich auf die „örtliche Gemeindeverwaltung“ berufen und auf deren Interesse an einer Erhaltung des Unternehmens hingewiesen. Er hatte sich auch nach der Höhe der fiskalischen Pachtgebühren erkundigt und diese für den Aufbau des Werks als nicht tragbar bezeichnet. Er erkundigte sich seinerzeit danach, ob die Bezirksregierung im Falle der Fortführung des Betriebs für die ersten beiden Jahre Gebührenfreiheit für die Pachtflächen und für drei weitere Jahre einer Halbierung der Pachtzahlungen zu-

stimmen würde. In dieser Frage kam die Regierung Julius Fastje umgehend entgegen und bot für die ersten zwei Jahre eine Ermäßigung auf $\frac{1}{4}$, und für weitere drei Jahre eine Halbierung der Pachthöhe an. Es gelang Fastje jedoch nicht, die notwendigen Finanzmittel für eine Übernahme des Betriebs zusammen zu bringen. So wurde wenig später die Zwangsversteigerung durch das Mündener Amtsgericht durchgeführt.

Die Ruhe auf dem früher so belebten Gelände wurde über einige Jahre lediglich durch Abbrucharbeiten der riesigen Werksgebäude gestört, denn das vorübergehende Gastspiel der Kasseler Nazis und die anschließende Nutzung als „SA-Schule“ war nur von kurzer Dauer. Heinrich Haldorn waren die Vorgänge während des Konkurses der „Gewerkschaft Steinberg“ noch in lebhafter Erinnerung. Unmittelbar nach Bekanntwerden der erneut anstehenden Zwangsversteigerung des Werksgebietes trat er in Kontakt zu Julius Fastje. Dieser machte sich wieder auf den Weg nach Hann. Münden, um erneut das ehemalige Werksgebiet zu besichtigen. Bei diesem Besuch wurde ihm erläutert, dass die Kuxen sich in jüdischem Besitz befänden und mit einer Hypothek in Höhe von 86 000,00 RM belastet seien. Er



Im Hintergrund die 1953 errichtete Wetterstation
[Original: Karl Landefeld]



Die heutige Wetterstation

wandte sich hierauf am 27.10.1937 schriftlich an das Oberbergamt in Clausthal und erkundigte sich dort nach Möglichkeiten, durch welche das „Ausschalten des jüdischen Besitzrechtes“ in die Wege geleitet werden könne, um durch eine erneute Inbetriebnahme des Tagebaues die Kohlenvorkommen des Steinbergs volkswirtschaftlich zu nutzen. Er versuchte hierbei durch eine „Arisierung“ die Verfügung über die Kuxen der „Gewerkschaft Steinberg“ zu erlangen. Vorgänge dieser Art gehörten seit dem Erlass der „Nürnberger Rassegesetze“ im Jahre 1935 immer häufiger zur gängigen Praxis in Deutschland. Er deutete in seinem Schreiben auch an, dass er sich auch mit dem Gedanken trage, erneut ein industrielles Tonwerk auf dem Steinberg zu errichten. Die Bemühungen Fastjes kamen jedoch zu spät, denn die von dem Baurat a. d. Fritz Sammet im Zuge der Zwangsversteigerung der Gewerkschaft Steinberg 1931 erworbenen Liegenschaften hatten bereits Ende 1936 wieder den Besitzer gewechselt. Mit dem Hinweis auf jüdisches Besitzrecht spielte Fastje auf die Vorgänge an, die sich um Fritz Sammet abgespielt hatten. Sammet war ein jüdischer Mitbürger, der in den 20er Jahren finanziell an der Duis-

burger Baufirma ZIBO beteiligt war. Gegen die Firma lief ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung und auch gegen Fritz Sammet wurde wegen seiner Beteiligung an diesem Unternehmen wegen des gleichen Delikts ein Gerichtsverfahren eingeleitet. Von 1930 bis 1935 ging Sammet durch alle Instanzen, um seine Unschuld zu beweisen. Dies gelang ihm auch, und am 29.05.1935 hob dann der VI. Senat des Reichsfinanzhofs in München die gegen ihn ergangenen Entscheidungen der Vorinstanzen auf. Er wurde somit durch das höchste deutsche Finanzgericht vom Vorwurf der Steuerhinterziehung freigesprochen. Dieses Ergebnis seines jahrelangen Kampfes vor deutschen Gerichten zeugt davon, dass zu Beginn des Dritten Reichs noch einigermaßen rechtsstaatlich mit jüdischen Mitbürgern verfahren wurde. Dieser Freispruch sollte jedoch dazu führen, dass die Gestapo beauftragt wurde, ihn zu verhaften. Zu Beginn des Jahres 1936 hatte er davon Kenntnis erhalten, dass die Gestapo ihn aus politischen Gründen verhaften sollte. Dank dieser Vorwarnung gelang Fritz Sammet die Flucht über die niederländische Grenze. Über Amsterdam verließ er Europa in Richtung Südamerika, wo er in der Hauptstadt

Chiles, Santiago de Chile, eine neue Wohnstatt fand. Die Gestapo vermutete ihn jedoch weiterhin in Deutschland und fahndete reichsweit nach ihm. Die Göttinger Dienststelle der Gestapo nahm unmittelbar nach Sammets Flucht seinen Mitarbeiter Emil Olschewski in „Schutzhaft“. Gleichzeitig überwachte sie auch dessen Familie in Großwalde, Ostpreußen, da man vermutete, Sammet hielte sich hier verborgen. Die Suche blieb erfolglos und man musste Emil Olschewski wieder auf freien Fuß setzen. Nach diesen negativen Erfahrungen verließ auch Emil Olschewski Deutschland und er folgte Fritz Sammet nach Chile. Dieser setzte seinen Mitarbeiter am 01.12.1939 in seinem Testament als Alleinerben für die am 28.12.1936 in einem Zwangsverfahren in Hannoversch Münden versteigerten Grundstücke ein. Kurze Zeit später verstarb Fritz Sammet am 23.09.1940 im Alter von 62 Jahren in Santiago de Chile.

Vier Jahre nach Kriegsende stellte der Erbe am 10. Januar 1949 einen schriftlichen Antrag auf Rückerstattung des folgenden „Unbeweglichen Vermögens“ an das von der britischen Besatzungsmacht eingerichtete Zentralamt für Vermögensverwaltung in Bad Nenndorf:

1.) Besitz Schäferhof bei Hann. Münden mit Gebäude u. Inventar u. Gelände umliegend Wald, Acker und Wiesen.

2.) 14 Morgen Wiesen an der Fulda Gemarkung Hann. Münden

MGAF/C

This Form should be completed in triplicate and forwarded to the Zentralamt für Vermögensverwaltung (Britische Zone), Bad Nenndorf, Land Niedersachsen.

Dieser Vordruck ist in dreifacher Ausfertigung bei dem Zentralamt für Vermögensverwaltung (Britische Zone) Bad Nenndorf, Land Niedersachsen, einzureichen.

In cases where the space provided is insufficient, a supplementary page, bearing the number of the paragraph and sub-paragraph, should be annexed.

Reicht der vorgesehene Raum nicht aus, so ist ein mit der Ziffer des betreffenden Absatzes und Untersatzes versehenes Ergänzungsblatt beizufügen.

CLAIM FOR RESTITUTION OF PROPERTY WHICH HAS BEEN SUBJECT TO TRANSFER IN ACCORDANCE WITH PARAGRAPH I OF GENERAL ORDER No. 10

Antrag auf Rückerstattung von Vermögen, das unter Artikel I Absatz 1 der allgemeinen Verfügung Nr. 10 fällt.

Location of Property / Örtliche Lage des Vermögens

(a) Land **Niedersachsen** (b) Kreis **Münden** (c) Gemeinde **Hann.-Münden bzw. Nienhagen**

Description of Person making Claim / Personalien des Antragstellers

(a) Surname (in Block Capitals) **Olschewski** (b) Christian Name(s) **Emil**
 Familienname (in großen Blockbuchstaben) Vorname(n)

(c) Address **Obera Misiones, Rep. Arg. Hotel Continental**
 Anschrift

(d) Date and Place of Birth **25.1.86 Gross Jellinowen Krs. Ortelsburg** (e) Nationality **dtisch**
 Geburtsdatum und Geburtsort Staatsangehörigkeit

(f) Employment **dtisch-Reisepass** (g) Identity Card No. **dtisch-Reisepass**
 Beruf Ausweis-Nummer

(h) If not dispossessed owner, state title to make claim
 Angaben über die Antragsberechtigung, falls der Antragsteller nicht der Geschädigte ist.
vgl. Angaben in der Eingabe v. 10.1.49 die als Anlage zu diesem Antrag anzusehen ist.

I. IMMOVABLE PROPERTY I. UNBEWEGLICHES VERMÖGEN

(a) Description of Property. Estimated value at date of deprivation.
 Nähere Beschreibung des Vermögens. Geschätzter Wert am Tage der Wegnahme.
vgl. Angaben in der Eingabe vom 10.1.49

(b) Location of Property **Anl. dieses Antrages**
 Örtliche Lage des Vermögens

(c) Registration in Grundbuch or other Register
 Eintragung im Grundbuch oder einem anderen Register
Schäferhof bei Hann.-Münden, Gemarkung Hann.-Münden, Gewerkschaft Steinburg; Gemark. Nienhagen.

(d) State whether:—
 Angaben über Folgendes:

(i) Confiscation was made without payment? **im Grundbuch**
 Ist auf Grund der Wegnahme Entschädigung geleistet? **vgl. Angaben im Antrag v. 10.1.49 als Anl.**

(ii) Sold under duress? **vgl. Antrag v. 10.1.49**
 Fand der Verkauf unter Nötigung statt?

(iii) If the latter, what payment was made?
 Welche Gegenleistung wurde im letzteren Fall gewährt?

(e) Name and present address of person to whom transfer was made (if known)
 Name und jetzige Anschrift der Person, auf die das Vermögen übergegangen ist (soweit bekannt)

Nach Annahme des Antragstellers auf dem Staat.

(f) Name and present address of present owner (if known, and different from (e)).
 Name und jetzige Anschrift des heutigen Eigentümers (soweit bekannt und verschieden von (e))

S. E.

(g) Any other relevant details
 Sonstige sachdienliche Angaben
Der Unterzeichnete bittet seine Eingabe vom 10. Jan. 49 als Anlage zu diesem Antrag zu betrachten.

Antrag an die britische Verwaltung in Bad Nenndorf
 [StAM Kriegsschäden- und Friedensvertragakten, Abt. H I., Abschnitt 10]

Vfg.

Hann. Münden, den 1. Febr. 1951

An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht

G ö t t i n g e n

Betr.: Wg-Sache Fritz Sammet (Olschewski).

Bezug: Ihr Schreiben vom 11.1.1951 WGA 413/50.

Zu dem uns übersandten Antrage auf Rückerstattung des Herrn Emilio Olschewski, Casa La Gloria 9 de Julio 860 Obera/Misiones nehmen wir wie folgt Stellung:
Herrn Regierungsbaurat Fritz Sammet wurden aus den Jahren 1924 bis 1930 große Steuerhinterziehungen vom Finanzamt Münden nachgewiesen. Die Zwangsversteigerung seiner Grundstücke war die hieraus sich ergebende Folge. In dieser Zwangsversteigerung hat auch die Stadt Münden einige kleinere Grundstücke in der Gemarkung Nienhagen erworben. Ferner kaufte die Stadt Münden von der Firma Bischoff zwei weitere Grundstücksparzellen, die ebenfalls von dieser bei der Zwangsversteigerung erworben waren.

Es handelt sich um Ödlandparzellen, die zur Kultivierung und Aufforstung angekauft wurden als Ersatz für das durch den Bau der Reichsautobahn abgetretene Land des Stalforstes.

Insgesamt handelt es sich um die Grundstücke:

a) Wiese, Hühnerfeld	Kart.Bl. 2 Parz. 72	0,2377 ha
b) " "	Kart.Bl. 2 Parz. 73	0,2873 ha
c) " "	Kart.Bl. 2 Parz. 83	0,2702 ha
d) " "	Kart.Bl. 2 Parz. 311/82	0,6442 ha 1,4394 ha
e) Ödland, Heisterkamp	Kart.Bl. 2 Parz. 397/79	0,0332 ha
f) " "	Kart.Bl. 2 Parz. 398/11	2,9152 ha 4,3878 ha *****

Diese Grundstücke sind im Grundbuch von Nienhagen Band 12 Blatt 404 für die Stadt Münden eingetragen:.

Die

Auflistung der Flächen am Steinberg, für die Olschewski Wiedergutmachung forderte [StAM, Kriegsschäden- und Friedensvertragakten, Abt. H I., Abschnitt 10, beide Urkunden]

Wiedergutmachungsamt
bei dem Landgericht
GÖTTINGEN
WGA 413/50

Göttingen, den 23. 2. 1953

An die
Stadtgemeinde Hann.-Münden
Hann.-Münden
=====

Stadt Münden
Eing. 25. FEB. 1953
Anl./Abt. II

Betr. RE-Sache Fritz Sammet (Olschewski) ./Stadtgemeinde
Hann.-Münden - Wiesen b. Hann.-Münden -

Der Antragsteller hat den Rückerstattungsanspruch zurückgenommen.
Das Verfahren ist beim Wiedergutmachungsamt Göttingen eingestellt worden.
Abschrift d. Rücknahme ist beigelegt.

gez. Dr. Janssen
beauftragt. Richter

Beglaubigt:
[Stempel: Wiedergutmachungsamt, bei dem Landgericht, Göttingen, Justizangestellte.]

Emil Olschewski verzichtet 1953 auf Wiedergutmachungsansprüche

3.) Die ehemalige Gewerkschaft Steinberg in der Gemarkung Nienhagen mit Gebäuden und Grundstücken. Eintragung in die entsprechenden Grundbücher ist erfolgt.

Die Durchführung dieser Verfahren wurde unmittelbar nach Gründung der Bundesrepublik 1949 durch die Engländer an die neu geschaffenen deutschen Behörden übertragen. Nun musste sich Emil Olschewski an das **Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Göttingen** wenden, um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Er beauftragte den Kasseler Rechtsanwalt Dr. B. Gallrein damit, seine Ansprüche in Göttingen geltend zu machen. Die Verhandlungen zogen sich bis zum 23.02.1953 hin und endeten damit, dass Emilio Olschewski seinen Rückerstattungsantrag zurücknahm. Eine Begründung für diesen Entschluss geht aus den vorhandenen Akten nicht hervor.

[StAM – Kriegsschäden u. Friedensvertrag. Akten betr. Beschlagnahme und verkaufte jüdische Grundstücke in Münden. Band I. Abt. H I. Abschnitte 10, Anfangen 1948]

Nach diesem Vorgriff auf Ereignisse der Zeit nach dem Ende des Krieges kehren wir wieder zurück in die 30er Jahre. Die Bemühungen Heinrich Haldorns und des Architekten Julius Fastje waren erfolglos, da sich die Besitzverhältnisse bereits Ende 1936 durch die erfolgte Zwangsversteigerung der Besitzungen Sammets, nach dessen Flucht, geändert hatten.

Diese verspäteten Aktivitäten waren vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges der letzte Versuch, eine Wiederaufnahme des Bergbaubetriebs in die Wege zu leiten. Von einer Übertragung der Besitzrechte der Kuxen auf die Belegschaft ist sieben Jahre nach dem Konkurs ebenfalls keine Rede mehr. Bei der erneuten Zwangsversteigerung des Werksgeländes wurde der Zuschlag an die Firma Helmuth Bischoff in Münden erteilt. Mitinhaber dieser Firma war Adolf Kraux, der seinerzeit bereits den Abbruch der Seilbahn bewerkstelligt hatte. Die neuen Besitzer entwickelten nun eigene Ideen, die sie auf dem ehemaligen Gelände der Gewerkschaft Steinberg verwirklichen wollten. In den Mündenschen Nachrichten war über das neue Nutzungskonzept folgendes zu lesen:

Nienhagen. Die Zukunft der ehemaligen Zeche Steinberg. Nachdem die zur hiesigen Gemeinde gehörige Zeche Steinberg in der vor kurzem stattgefundenen Zwangsver-



„Birkenallee“, die zum Seerosenteich führt

steigerung in den Besitz des Kaufmanns und Mitinhabers der Firma Helmuth Bischoff, Adolf Kraux, Hann. Münden übergegangen ist, beabsichtigt der neue Besitzer, in absehbarer Zeit auf dem jetzt verödeten Zechengelände mit seinen verfallenen Mauern und verschrotteten Eisenteilen eine Erholungsstätte für Ausflügler, fünf Siedlungsstellen und mitten im Walde ein Sägewerk zu errichten. Eine Wiederinbetriebnahme der seit dem Jahre 1931 stillgelegten Zeche würde sich nicht lohnen. Dafür wird auf dem 18 Hektar großen Grundstück mitten im Kaufunger Walde ein moderner Gastwirtschaftsbetrieb mit Unterkunftsmöglichkeiten für Fremde und ein Kaffeegarten entstehen. Durch den Ausbau der vorhandenen Gebäude werden Wohnungen für fünf Familien geschaffen, denen Verdienstmöglichkeiten in dem geplanten Sägewerk geboten werden. Ueber fünfzig Morgen des brachliegenden Grundstückes sollen aufgeforstet werden. Ein Teich in der Größe von vier Ar soll so hergerichtet werden, daß man darin baden kann. Da man mit den Aufräumarbeiten bereits begonnen hat, wird auf dieser bisher dem Verfall preisgegebenen Stätte, in nicht allzu ferner Zeit neues Leben entstehen und unsere Heimat um eine herrlich gelegene Erholungsstätte bereichert werden. [StAM MN]

Diese sehr vernünftig klingenden Pläne der neuen Besitzer konnten ebenfalls nicht verwirklicht werden. Einiges wurde allerdings noch vor Ausbruch des Krieges begonnen. So wurde der Weg, der zum heutigen Seerosenteich führt, an beiden Seiten mit Birken bepflanzt, die heute zu stattlichen



Blick auf den Seerosenteich

[Original: Günther Kaerger]

Bäumen herangewachsen sind. Ein im Sommer 1945 noch vorhandenes Einmeter-Sprungbrett an der linken Seite des Teichs war wohl ebenfalls schon vor dem Krieg dort angelegt worden und zeugte noch im Sommer 1945 von der Absicht, dass man den Teich zum Baden nutzen wollte.

„Effektive Verwaltungsmaßnahmen“

Im Zusammenhang mit der Ermäßigung der Pachtgebühren durch den Preußischen Landforstmeister beim Regierungsforstamt in Hildesheim, die diese Behörde Julius Fastje 1931 ohne Umstände eingeräumt hatte, mutet die von 1931 bis 1939 währende Prozedur der Beitreibung einer Restschuld für ausstehende Pacht- und Rauchschadensforderung in Höhe von 303,37 RM zuzüglich 78,87 RM Zinsen grotesk an. Durch eine Bürgschaftserklärung des Bankhauses Reibstein & Co., datiert vom 30.3.1929, waren die Rauchschaden- und Pachtsummen der „Gewerkschaft Steinberg“, das diese vertraglich an den Forstfiskus zahlen musste, gedeckt. Die Verpflichtungen konnten jedoch, da auch das o. g. Bankhaus 1930/31 in Zahlungsschwierigkeiten geraten war, nicht voll eingelöst werden. Hermann Jaeger hatte nach Stilllegung des Betriebs vorübergehend eine Beschäftigung als Geschäftsführer gefunden und sich bereit erklärt, die Bürgschaft gegenüber dem Bankhaus zu übernehmen. Die Gesamtforderung in Höhe von 1126,58 RM hatte Jaeger bis auf den obigen Rest in Raten abbezahlt. Da er jedoch seine Stellung wieder verloren hatte, bat er im Februar 1932 um eine Stundung des Restbetrages und

bis zum 1.5.1932 darum, für diesen möglichst keine Zinsen, oder zumindest einen niedrigen Zinssatz zu berechnen. Dem wurde nicht stattgegeben, akribisch wurden die anfallenden Zinsen nach der banküblichen Höhe berechnet. Hierbei schwankte die berechnete Zinshöhe zwischen 7 und 16 Prozent. Andererseits ist von einer Verzinsung der 1929 überzahlten Pachten zu Gunsten der Gewerkschaft durch die Staatskasse nichts in den Akten überliefert. Nachdem es Hermann Jaeger nicht gelungen war, eine neue Stellung zu finden und der Konkurs von Reibstein & Co so gut wie sicher war, machte er den Vorschlag, diese geringe Restforderung niederzuschlagen. Dies jedoch wurde nicht akzeptiert, denn die Staatskasse erhoffte sich durch die Bürgschaftserklärung der Bank die Begleichung der Restschuld aus deren Konkursmasse. Über sieben Jahre hinweg gestaltete sich der Ablauf nun wie folgt:

23.12.1933:

Konkursverfahren Reibstein. 12%ige Ausschüttung von 43,27 RM.

13.09.1934:

Es erfolgte eine erneute Ausschüttung von 6 %.

31.01.1935:

Erneute Rückfrage der Regierung bezüglich des Konkursverfahrens

12.02.1935:

Konkursverwalter Dr. Graupe signalisierte eine Verzögerung bis zum Frühjahr.

14.05.1935:

Weitere Ausschüttung in Höhe von 21,64 RM.

31.01.1937:

Ausschüttung von 14,44 RM aus der Konkursmasse.

08.03.1937:

Die Regierung in Hildesheim forderte einen weiteren Bericht an.

08.04.1937:

Nach der Schlussverhandlung wurden nochmals 6% ausgeschüttet.

30.04.1937:

Aus dem Anschlussverfahren gegen den persönlich haftenden Bankiers Stöckicht werden nochmals 4% ausgeschüttet.

24.12.1937:

Es erfolgte eine Teilzahlung von 7,46 RM aus Konkursmasse Stöckicht.

01.07.1937:

Mit einer Restforderung von 148,79 RM nahm die Staatskasse weiter am Konkursverfahren teil.

27.01.1939:

Aus dem Konkurs Reibstein / Stöckicht wurden 1% ausgeschüttet. 2,49 RM wurden an die Staatskasse überwiesen.

21.04.1939:

Eine Rückfrage der Regierung, den Schlussbericht betreffend.

02.09.1939:

Aufforderung der Regierung den Beschluss des Konkursgerichts über die Aufhebung des Verfahrens zu übersenden, da dieser für die Niederschlagung der Restforderung nötig sei.

03.10.1939:

Endgültige Niederschlagung der Restforderung von 149,15 RM.

Hinter dieser kurzen Auflistung verbirgt sich ein umständliches Procedere mit insgesamt 138 schriftlichen Vorgängen unterschiedlichsten Umfanges. Beteiligt an dieser unendlichen Geschichte waren Hermann Jaeger, dieser jedoch nur zu Beginn, das Bankhaus Reibstein & Co., der *Preußische Landesforstmeister* des Regierungsforstamtes Hildesheim, der *Preußische Forstmeister* am Lehrforstamt Kattenbühl, die Staatskasse in Hann. Münden, der Rechtsanwalt und Notar Dr. Graupe, sowie der Konkursverwalter Fritz Plenge, beide Hann. Münden.

Mit einer Restforderung von 382,24 RM ging die Staatskasse 1932 in die Verhandlungen. Sie schickte zu mehreren Gläubigerversammlungen hochrangige Beamte, bewerkstelligte einen immensen Schriftverkehr, der Schreibkräfte, Zeit, Material und Porti verschlang und musste sich am Ende mit **233,09 RM** zufrieden geben. Gesunder Menschenverstand ist hinter dieser behördlichen Handlungsweise nur sehr schwer zu erkennen. [HstA Hann. 180 Hildesheim 1840]

Lager für französische Kriegsgefangene

Von den ehemals zahlreichen Gebäuden und Fabrikanlagen war bei Beginn des Krieges nur noch das von Heinrich Völker 1889 errichtete Direktorenhaus erhalten und vor dem Abbruch bewahrt worden. Das umfangreiche ehemalige Werksgelände und das Haus war seit dem 04.01.1937 im Besitz der Mündener Firma Helmuth Bischoff. Diese hatte bei der Zwangsversteigerung am 28.12.1936 das Meistgebot abgegeben und den Zuschlag erhalten. Wenig später verkaufte Bischoff einige der ersteigerten Wiesengrundstücke am 31.05.1937 an die Stadt Münden. Diese wurden vom Mündener Stadtforst als Ersatz für abgetretene Flächen zum Bau der Reichsautobahn aufgekauft und aufgeforstet.

Nach Beendigung des Frankreichfeldzuges 1940, wurde das Haus zum Aufenthaltsort für Kriegsgefangene aus dem besiegten Nachbarland. Ein Teil des Geländes um das Haus herum wurde mit einem Stacheldrahtzaun umgeben. Die Gefangenen wurden überwiegend im Mündener Stadtforst als Holzhauer eingesetzt. Sie halfen aber auch während der Sommermonate in verschiedenen Dörfern des Obergerichts bei Erntearbeiten. So kamen diese willkommenen Helfer zu Beginn immer unter militärischer Bewachung. Dies änderte sich aber nach Aussage von Erich Landefeld in Nienhagen bald dahingehend, dass sie nach einiger Zeit auf dem Weg in die jeweiligen Dörfer, um bei der Arbeit in der Landwirtschaft mitzuhelfen, die Gewehre ihrer Bewacher trugen. Trotz dieser Freizügigkeit ist von Fluchtversuchen oder Übergriffen nichts aktenkundig geworden. Die jungen Kriegsgefangenen hatten sich auf einer der Wiesen am Steinberg einen Fußballplatz mit zwei hölzernen Toren

angelegt und auch den heute mit Seerosen bewachsenen Teich haben sie während der Sommermonate zu einem erfrischenden Bad benutzen können. Die Fußballtore und das wahrscheinlich von Helmuth Bischoff und Adolf Kraux bereits vor dem Krieg angelegte Sprungbrett zeugten 1945 davon, dass sich die unfreiwilligen Bewohner ihr Dasein nach der harten täglichen Arbeit etwas erträglicher gestaltet hatten.

Ein letzter Versuch im Winter 1945

Der Kreisleiter Mündens beauftragte Anfang Februar 1945 den Wehrwirtschaftsführer Dr. Fischer damit, „die Braunkohlenvorkommen des Steinbergs von Neuem“ auszubeuerten. Aus einem Schreiben Dr. Fischers vom 22.2.1945 an das Oberbergamt geht hervor, dass mit den Arbeiten sofort begonnen werden solle. Er erkundigte sich in Clausthal nach dem Vorhandensein irgendwelcher Bergkarten, Grubenbilder oder ähnlichem. Diese solle man ihm unverzüglich zur Verfügung stellen. Das Schreiben endete mit den folgenden Sätzen: ... *Da mit den Arbeiten sofort begonnen werden soll, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir möglichst bald helfen würde. Für irgendwelche Unkosten komme ich natürlich jederzeit auf.*

Heil Hitler Gez. Dr. Fischer

Das Oberbergamt antwortete umgehend und teilte mit, dass lediglich drei Blätter eines Zulassungsrisses des Markscheiders vorhanden seien. Diese könnten jedoch nicht versandt werden, seien im Amt aber jederzeit einzusehen. Es handelte sich bei diesen Bemühungen um einen verzweifelten Versuch für den „Endsieg“ in letzter Minute Energiereserven zu mobilisieren. Außer diesen schriftlichen Aktivitäten konnten keine weiteren Anstrengungen mehr unternommen werden, da der Einmarsch amerikanischer Truppen, Anfang April 1945, dem Tausendjährigen Reich in unserer Region ein Ende bereitete. Die amerikanischen Truppen, die das Obergericht eroberten, stießen rings um den Steinberg teilweise auf erbitterten Widerstand deutscher Truppen. Am härtesten traf es die Amerikaner auf der von Nienhagen nach Münden führenden Verbindungsstraße. Da wo sich heute der Parkplatz Kuhweide befindet, hatten sich ein deutsches Sturmgeschütz und ein „Tigerpanzer“ günstig postiert und nahmen die Fahrzeuge der Amerikaner unter Feuer. Einige Jeeps, ein GMC Laster sowie ein Spähpanzer des Typs M6, wurden hierbei zerstört. Der Fahrer des Spähpanzers hatte noch den Versuch unternommen, durch Verlassen der Strasse in Richtung Kuhweide dem gezielten Feuer zu entkommen. Hierbei zeigte er den deutschen Panzerschützen die Breitseite und wurde so zu einer regelrechten Zielscheibe. Durch einen Schuss in den Turm wurde das Fahrzeug außer Gefecht gesetzt. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die amerikanische Einheit bei diesem überraschenden Beschuss Menschenleben zu beklagen hatte. Die deutschen Panzer setzten sich nach dieser erfolgreichen Attacke ab, so dass die Amerikaner ihren Vormarsch in Richtung Steinberg fortsetzen konnten. Hierbei kam es noch zu Gefechten mit deutschen Soldaten, wobei zwei junge Deutsche fielen. Ein deutsches Halbkettenfahrzeug am Wegrand oberhalb des heutigen Jugendwaldheims und der abgeschossene amerikanische Spähpanzer deuteten noch einige Jahre auf diese blutigen Ereignisse hin. Das

Soldatengrab am Großen Steinberg zeugt bis heute mahnend von den Ereignissen der letzten Kriegstage Anfang April des Jahres 1945. Mit diesen letzten Kämpfen war die Zeit der Gefangenschaft der Franzosen nun ebenso vorüber wie die täglichen Aufzeichnungen des Wetters für die Luftwaffe. Sie beendeten ebenfalls die Auslagerung von Akten der Stadt Münden in das zur Straße gelegene Erkerzimmer im Dachgeschoss des ehemaligen Direktorenhauses. Dieses war damals etwa einen Meter hoch mit unterschiedlichen Akten der Mündener Stadtverwaltung angefüllt. Das Haus blieb jedoch nach dem Abzug der Kriegsgefangenen, nicht lange unbewohnt. Mit dem Kriegsende setzte eine regelrechte Völkerwanderung in Deutschland ein. Bis in die letzten Tage des Krieges wurden weitere Städte zerbombt und vor den herannahenden russischen Truppen flohen Millionen Deutsche aus den bedrohten östlichen Teilen in Richtung Westen. Jeder Quadratmeter Wohnraum wurde genutzt und so dauerte es auch nicht lange, bis neue Bewohner in das letzte noch nutzbare Haus am Kleinen Steinberg eingewiesen wurden. Für einige Jahre wurde es nun zur neuen Heimat für verschiedene Familien, die hier gestrandet waren.

Der Bergbau wird wieder aufgenommen

Vom 20. April 1946 datiert ein Schreiben der Firma Dr. Ing. Arthur Gerke aus Bassum bei Bremen an das Oberbergamt in Clausthal. Es handelte sich um ein Unternehmen, das sich mit Tief-, Straßen- und Bergbau beschäftigte. Herr Dr. Gerke schrieb u. a.: .. *Hierdurch bitte ich Sie davon Kenntnis nehmen zu wollen, dass ich am Dienstag, den 23. April 1946 auf dem Gelände der früheren Gewerkschaft Steinberg bei Nienhagen, Kreis Hannoversch Münden einen Tagebau eröffnen werde ...*

In diesem Tagebau soll außer Braunkohle, Ton, Sand, Quarzit und Basalt gewonnen werden. Diese Betriebseröffnung habe ich gleichzeitig bei der Knappschafts-Berufsgenossenschaft, der Krankenkasse, dem Arbeitsamt und dem Forstamt in Hannoversch – Münden mitgeteilt. Beim Amtsgericht in Hannoversch – Münden habe ich den Antrag auf Stellung eines Abwesenheitspflegers für die Gewerkschaft Steinberg gestellt, mit dem ein Ausbeutungsvertrag abgeschlossen werden soll. Das Amtsgericht ist davon verständigt, dass ich mit dem Betrieb unmittelbar nach dem Osterfest anfangen will und hat keine Bedenken dagegen erhoben, mit Rücksicht auf die sehr große Kohlennot, die sich im Kreise Hannoversch – Münden bemerkbar macht.

Am 24.4.1946 begann der erneute Abbau von Braunkohlen am Steinberg. Dr. Gerke hatte eine ministerielle Erlaubnis zum erneuten Abbau von Braunkohlen am Steinberg nach einer 16-jährigen Unterbrechung bewirkt.

Sein Tochterunternehmen firmierte fortan unter dem neuen Namen:

Braunkohlengrube „Dieter“
Am Steinberg

Als Betriebsführer wurde der Bergverwalter Georg Rzymann, der früher als Betriebsführer des „Steinkohlen Bergwerks Knurow Ost“ in Knurow bei Gleiwitz tätig war, eingesetzt. Gerke betonte, dass dieser kein Parteigenosse ge-

wesen sei und auch kein politisches Amt bekleidet habe. Von sich selbst berichtete er, dass er als Bergwerksdirektor in Nieder- und Oberschlesien tätig gewesen sei. Er verwies dann noch darauf, dass er mit Herrn Bergrat Cornelius von der Studienzeit her bekannt sei. Georg Rzymann konnte jedoch seine Stellung als Betriebsführer wegen Krankheit nicht angetreten und so wurde an seiner Stelle der Fahrsteiger Ernst Niermann, Nienhagen, mit der Aufsicht der Grube betraut.

Wie mühsam der Neubeginn im Frühjahr 1946 gewesen ist, geht aus einem Schreiben des Bergrevierbeamten Dr. Ferling vom 2.6.1946 an das Oberbergamt [BA Clausthal. Acc. 9, Nr.285] hervor. Bei einer Befahrung des Betriebes habe er im Tagebau einen Arbeiter und einen Steiger angetroffen, die damit beschäftigt gewesen seien, einen Einschnitt herzustellen, um das anstehende Gebirge freizulegen. Dr. Ferling ging dann auf die geologischen Gegebenheiten ein. Er stellte fest, ... *daß es sich um Tertiär handelt, das wannenartig im Buntsandstein, geschützt durch eine geringmächtige Basaltdecke (wahrscheinlich Sonnenbrenner- Fehlqualität), eingelagert ist. Unterlagert wird ein anstehendes 2-3 m mächtiges Braunkohlenflöz von feuerfestem Ton sehr guter Qualität, der angeblich von den in Münden und Umgebung ansässigen Töpferhandwerksbetrieben genutzt wird. Es soll im Tagebau ferner gebleichter Tertiärsand anstehen.*

Er berichtete dann, dass Dr. Gerke beim Arbeitsamt Münden einen Antrag auf Zuweisung von **50 Arbeitskräften** gestellt habe. Er selbst habe den Bedarf von zunächst 8 Mann für notwendig erachtet. Diese sollten damit beschäftigt werden, das anstehende Kohleflöz freizulegen. Mit einem langandauernden Betrieb rechnete er nicht, falls nicht die Absicht bestehe, den feuerfesten Ton zu gewinnen und mit Gewinn zu verkaufen oder eine bodenständige Industrie aufzubauen.

Von Bassum aus hatte er bereits am 8.5.1946 einen Antrag auf Schwerstarbeiterkarten für die Beschäftigten gestellt. Diese sollte das Bergamt dem Steiger Niermann zusenden. Bei dieser Schwerstarbeiterzulage handelte es sich um zusätzliche Lebensmittelmarken, die für besonders anstrengende Arbeiten mit einem erhöhten Kalorienverbrauch ausgegeben wurden. Die knappe Kalorienzuteilung für die Bevölkerung wurde am 18.8.1945 von den Vertretern der Landesernährungsämter der britischen Zone mit Zustimmung der Militärregierung wie folgt festgesetzt:

Kinder 0-3 Jahre 1125 kcal/Tag
 Kinder 3-6 Jahre 1250 kcal/Tag
 Kinder 6-18 Jahre 1700 kcal/Tag
 Erwachs. Normalverbraucher 1550 kcal/Tag.

Für Schwer- und Schwerstarbeiter, werdende Mütter und Wöchnerinnen gab es auf zusätzliche Ergänzungskarten für Fett- oder Butterzuteilungen. Die Wochenration eines „Normalverbrauchers“ mit 1550 kcal/Tag sah folgendermaßen aus: 150 g Fleisch, 100 g Fett, 125 g. Zucker, 2000 g Kartoffeln, 31,25 g Marmelade oder Zucker, 7/8 l Magermilch, 15 g Käse, 2500 g Brot und 500 g Nährmittel.

Es war also durchaus berechtigt, dass es für schwer arbeitende Bergarbeiter eine erhöhte Zuteilung gab, denn anderenfalls hätten sie die anstrengende Tätigkeit nicht ausüben können.

Die amtlich festgesetzten Kalorienmengen existierten allerdings für die meisten Deutschen in den ersten Nachkriegsjahren nur auf dem Papier. Die tatsächlichen Mengen, die einem Normalverbraucher zur Verfügung standen, sahen 1946 in der Wirklichkeit so aus:

Amerikanische Zone: 1330 kcal/Tag
Russische Zone: 1083 kcal/Tag
Britische Zone: 1050 kcal/Tag
Französische Zone: 900 kcal/Tag

Praktisch bedeutete die Kalorienzahl in der britischen Zone nicht viel mehr als 2 Scheiben Brot mit etwas Margarine, einen Löffel voll Milchsuppe und 2 kleine Kartoffeln

[Chr. Kleßmann. Die doppelte Staatsgründung. Bonn. Seite 47-48]

Es handelte sich innerhalb der britischen Besatzungszone streng genommen um regelrechte Hungerrationen, die lediglich noch in der französischen Zone unterboten wurden. Man darf aber bei dieser Betrachtung nicht vergessen, dass auch in England selbst die Kalorienzahlen nur unerheblich über den in der englischen Besatzungszone festgesetzten Höhe lagen, und die Lebensmittelrationierung dort erst wesentlich später aufgehoben wurde als im besetzten Westdeutschland.

Im Zusammenhang mit dem allgemeinen Mangel auf allen Gebieten ist ein Schreiben des Kreises Münden an das Bergamt Goslar sehr aufschlussreich. Am 27.9.46 wurden der Braunkohlengrube „Dieter“ Bezugsmarken, für die folgenden Artikel bewilligt:

Am 19.6.1946:
 10 Wolldecken, 5 Strohsäcke, 3 Geschirrtücher

Am 25.6.1946:
 10 Paar Holzzweischnaller.

Am 21.8.1946:
 13 Paar Holzzweischnaller, 23 Ledersohlen.

Am 29.8.1946:
 1 Ofen mit Rohr

Am 2.9.1946:
 3 Arbeitsanzüge.

Außerdem wurden 10 „Eßnapfe“ und Fahrradbereifung für Gefolgschaftsmitglieder zur Verfügung gestellt, die an der Instandsetzung der Unterkünfte arbeiten und große Anfahrten zur Arbeitsstelle haben.

Interessant an diesem Schreiben ist auch, dass der Verfasser von *Gefolgschaftsmitgliedern* sprach. Die Terminologie der NS-Zeit war in den Amtsstuben also durchaus noch präsent.

Der wieder aufgenommene Betrieb wurde im Rahmen des damals Möglichen durch die örtlichen Behörden unterstützt.

Die Briten hatten in ihrer Zone, zu der auch das Ruhrgebiet gehörte, eine Behörde unter der Bezeichnung **Board of Supply** geschaffen. Diese einflussreiche Stelle, die in Essen und Helmstadt tätig war, kontrollierte den gesamten Steinkohlenbergbau an der Ruhr und die großen Braunkohlentagebaubetriebe bei Helmstedt, sowie alle anderen Bergbaubetriebe in der britischen Zone. Der **Board of Supply** nahm wichtige Bergwerke in seine Förderlisten auf, um sie mit notwendigen Hilfsmitteln zu versorgen. Damit die Grube „Dieter“ ebenfalls in diese Förderlisten aufgenommen würde, hatte sich Dr. Gerke mehrfach an die **North German Coal Control-Helmstadt Sub District** gewandt. E. J. Farmer, Assistent Controller aus Helmstedt, hatte daraufhin eine Besichtigung der Grube „Dieter“ vorgenommen und war zu dem Ergebnis gelangt, dass die Grube zu klein sei und nur während des Sommers betrieben werden könne. Er teilte Dr. Gerke seine negative Entscheidung mit und fügte hinzu, dass er den Brief Gerkes vom 8.8.1946 zurückgesandt habe, da kein weiteres Interesse seiner Behörde bestehe.

Dr. Gerke gab sich nicht geschlagen und nutzte seine Verbindungen zu Minister Heile in Hannover, um doch noch in den Genuss der Förderung zu gelangen. In dem Schreiben an das Oberbergamt hob er auch die Bedeutung der Grube für den Kreis Syke hervor, ein Hinweis darauf, dass ein nicht unerheblicher Teil der Fördermenge dorthin geliefert wurde. Wie überhaupt der größte Teil der Kohlen vom Steinberg bis zur Währungsreform in die norddeutschen Städte Hamburg, Lübeck, Cuxhaven und Delmenhorst geliefert worden ist.

Im Frühjahr 1948 hatte Dr. Gerke auf dem Steinberg Versuche unternehmen lassen, im Feldbrand, mit Hilfe der Braunkohlen, aus dem vorhandenen Ton Ziegel zu brennen. Er beabsichtigte nach der bevorstehenden Währungsreform eine Ziegelei zu errichten, um den Fortbestand des Betriebs zu gewährleisten. Er plante ebenfalls wieder den Abbau des reichlich vorhandenen Formsandes, der bereits vor 1914 u. a. in die Eisengießerei der Firma Krupp in Essen geliefert worden war. Die Bemühungen kamen jedoch nicht mehr zum Tragen, denn die Einführung der neuen D-Mark brachte einschneidende Veränderungen mit sich. Berginspektor Kurek schilderte nach der Währungsreform vom 20.6.1948 in einem Schreiben an das Bergamt Goslar am 8.7.1948 die neue Situation wie folgt:

... größere Waggonlieferungen wurden von den Käufern einstweilen storniert. Die Abnehmer von Kohlen (Waggonladungen an Kohlenhändler nach Hamburg, Lübeck, Cuxhaven und Delmenhorst) haben die Qualität der Kohle beanstandet, was bisher nie der Fall gewesen ist. Ein Teil dieser Abnehmer ist nur bereit die erhaltene Kohle zu erheblich niedrigeren Preisen abzunehmen. Andere Abnehmer können die bereits erhaltenen Kohlen nicht bezahlen, so dass wir unseren Zahlungsverpflichtungen und insbesondere den Lohnzahlungen nicht fristgemäß nachkommen können.

Aus dem Schreiben geht weiterhin hervor, dass nach Rücksprache mit dem Arbeitsamt 27 Mann der Belegschaft gekündigt worden ist. Mit den verbleibenden 10 Mann sollten

die unterirdischen Grubenbaue erhalten und dringende Abräumarbeiten erledigt werden.

Noch wenige Tage vor der Währungsreform, am 18.6.1948, hatten die Mitarbeiter einen neuen Betriebsrat gewählt:

Zum **Vorsitzenden** wurde **Manfred Kersten**, Hann. Münden, Blume 1, gewählt.

Weitere **Mitglieder** waren:

Hans Werner, Nienhagen, Hausnr. 4,

Viktor Hübner, Nienhagen, Hausnr. 42, als Angestelltenvertreter.

Als **Stellvertreter** wurden gewählt:

Heinz Carl, Hann. Münden, Steinweg Nr. 9,

Gustav Werner, Benterode, Hausnr. 43,

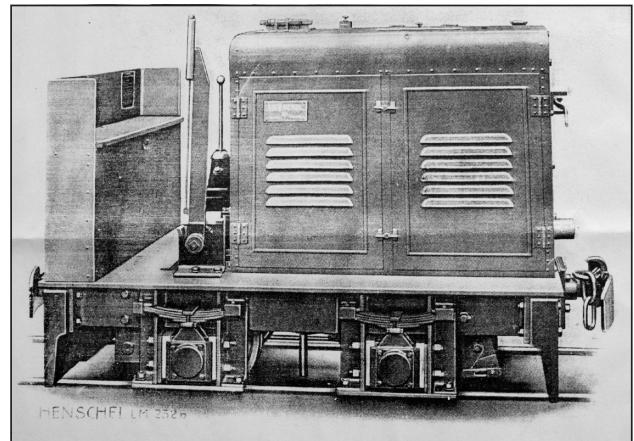
Willi Großer, Nienhagen, Hausnr. 27.

Ein erneuter Besitzerwechsel

Diese Wahl sollte sich rasch als überflüssig erweisen, denn mit der Währungsreform war die Kundschaft plötzlich sehr wählerisch geworden. Fand die Steinbergkohle in den genannten norddeutschen Städten bis dato noch guten Absatz, so war sie nun, von einem Tag auf den anderen, beinahe unverkäuflich geworden und somit verlor die Mehrzahl der Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz und der neue Betriebsrat seine Daseinsberechtigung.

Dr. Gerke jedoch ließ den Mut nicht sinken und versuchte wiederum seine guten Beziehungen aus der Vorkriegszeit ins Spiel zu bringen. Am 4.10.1948 schrieb ein Dr. De la Sauce aus dem Frankfurter Amt der **Verwaltung für Wirtschaft 1 des Vereinigten Wirtschaftsgebietes** an das Oberbergamt in Clausthal mit der Bitte, die Genehmigung eines Darlehns in Höhe von 20.000 DM für Herrn Dr. Gerke zwecks Fortführung der Grube beim Niedersächsischen Finanzministerium zu befürworten, da die Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes z. Zt. nicht in der Lage sei, Subventionen für den Bergbau zu geben.

Ob sich das Oberbergamt für die Grube Dieter verwandt hat, ist nicht überliefert. Sollte dies geschehen sein, so hatte es jedenfalls keinen Erfolg, denn am 15. Oktober 1948 teilte Berginspektor Kurek dem Bergamt telefonisch mit, dass Dr. Gerke bereits am 27.9.1948 den Konkurs angemeldet habe. Konkursverwalter sei Rechtsanwalt Dr. Barth in

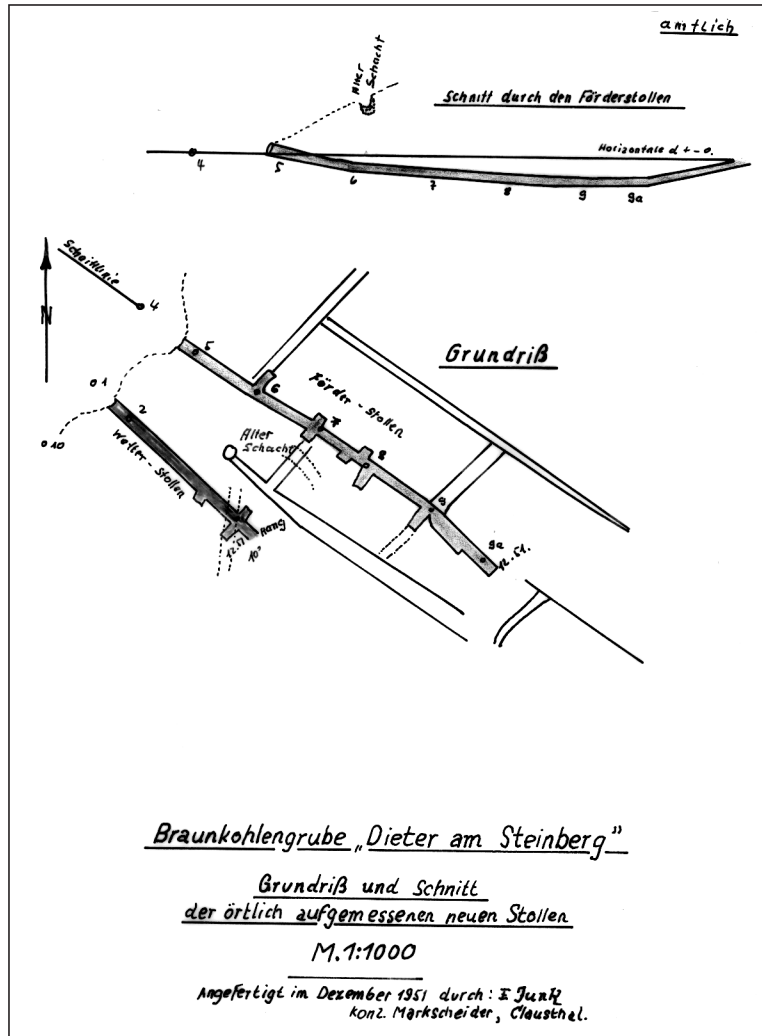


Henschel-Diesellok, die von den Betreibern Kögel & Co eingesetzt wurde

Bassum. Kurek teilte außerdem mit, dass Dr. Barth den Betrieb weiterarbeiten lassen wolle und dass die Grube wahrscheinlich in andere Hände übergeben werden solle. Momentan seien noch sieben Mitarbeiter in der Grube beschäftigt und man hoffe, dass mit dem einsetzenden Winter eine Verbesserung des Absatzes eintreten werde. Es war im Herbst 1948 gelungen, einen bedeutenden Liefervertrag mit dem Kasseler Lossekraftwerk abzuschließen. Somit hatte sich die Entscheidung des Konkursverwalters, den Betrieb weiterzuführen, als richtig erwiesen. Dies führte dann dazu, dass die Grube von Dr. Gerke an zwei seiner früheren Angestellten und einen Darlehns gläubiger für 4500,00 DM verkauft werden konnte. Am 26.11.1948 teilte Dr. Gerke diesen Sachverhalt dem Bergamt in Goslar mit. Dieses gab die Nachricht an das Oberbergamt in Clausthal mit der Bemerkung weiter, dass der Eigentümerwechsel nicht angezeigt worden sei. Es nahm an, dass der Konkursverwalter das Oberbergamt davon unterrichtet habe. Durch den Verkauf des Bergwerks wurde das eingeleitete Konkursverfahren nicht mehr weiter verfolgt. Inwieweit die Gläubiger von Dr. Gerke bzw. durch den Konkursverwalter Dr. Barth abgefunden wurden und ob die vom Konkurs betroffenen Mitarbeiter ihre ausstehenden Löhne erhalten haben, geht aus den vorhandenen Akten nicht mehr hervor. Bei den neuen Besitzern handelte es sich um die Herren Zschernitz und Kögel. Sie betrieben in Bremen, Osterdeich 21, einen Betrieb namens „Nord Mineral Chemie GmbH“. Als Betriebsführer war weiterhin Berginspektor Kurek am Steinberg tätig. Die neuen Besitzer führten den Betrieb unter dem Namen:

Braunkohlengrube Steinberg
Kögel & Co.
Kommanditgesellschaft
Nienhagen Kreis Hann. Münden

Im Sommer 1949 geriet dieses Unternehmen ebenfalls in wirtschaftliche Schwierigkeiten, da das E-Werk in Kassel die Abnahme von Kohlen eingestellt hatte und auch der Absatz an private Kunden, bedingt durch die Jahreszeit, stagnierte. Am 31.7.1949 zeigte die Grubenleitung die Schließung des Betriebs dem Bergamt in Goslar an. Erst am 1.11.1949 konnte wieder ein erneuter Lieferkontrakt mit dem Lossewerk unterzeichnet werden, so dass einige Tage vor Vertragsunterzeichnung die Förderung am 26.10.1949 mit einer kleinen Besetzung wieder aufgenommen werden konnte. Man hatte den Betrieb relativ modern gestaltet. Mit einem Leihbagger der Kasseler Firma Arno Arold wurde der Abraum bewältigt, und die nun mit Diesellokomotiven betriebene Feldbahn sorgte für den Transport der Kohlen zur Laderampe. Als Mitarbeiter wurden beschäftigt: Ein Steiger, ein Baggerführer, ein Diesellokomotivführer und sechs Bergarbeiter. Über die günstige Entwicklung des Unternehmens berichteten die „Mündenschen Nachrichten“ am 14.11.1950 mit folgendem Beitrag:



Amtliche Schnittzeichnung der Stollen des Tiefbaues

[Bergarchiv Clausthal, Gewerkschaft Steinberg]

Seit 1.10.1950 hat die „Nord-Mineral G.m.b.H. mit Sitz in Nienhagen einen großen Abraumbagger im Einsatz. Zum Abtransport ist eine Bandförderung eingerichtet. Der Abtransport zur Verladerampe geschieht mit einer Feldbahn und 2 Diesellokomotiven. Mit Lastkraftwagen werden die Kohlen abgefahren. Außer Braunkohle werden Farberde und weißer Sand als Glasur- und Formsand gefördert. Geplant ist auch der Abbau des weißen Tons. Der Betrieb beschäftigt 12 Mitarbeiter. Neuer Leiter des Betriebs ist Dr. Rühnick. [StAM MN 1950]

Am 30.9.1950 hatte Berginspektor Kurek Nienhagen verlassen, um in Hamm eine neue Tätigkeit als Bergwerksleiter aufzunehmen. Die Leitung der Grube wurde nun dem oben genannten Herrn Dr. Rühnick übertragen. Bei ihm handelte es sich um einen der Kommanditisten der „Nord Mineral Chemie GmbH“. Er kam aus Bremen und nahm seinen Wohnsitz als Untermieter in Nienhagen. Wie prekär die allgemeine Energiesituation noch zu Beginn der 50er-Jahre gewesen ist, geht aus einer Nachricht der Mündener Stadtverwaltung hervor, die Anfang Januar 1951 veröffentlicht wurde. Es hieß hier: 1951 bleibt die Badeanstalt in der Volksschule vorläufig geschlossen. Schaufenster und Schaukästen dürfen wegen der schwierigen Koh-

lenlage nur eine halbe Stunde vor und eine halbe Stunde nach der Öffnungszeit beleuchtet werden. Diese Maßnahme ist bis zum 31.3.1951 befristet.

[StAM MN 1951]

Bei der in dieser Mitteilung genannten „Badeanstalt“ handelte es sich nicht um ein Freibad, sondern um Wannenbäder und Duschen, die gegen ein geringes Entgelt von Bürgern der Stadt Münden genutzt werden konnten, die in ihren Wohnungen nicht über ein Badezimmer verfügten. Diese „Badeanstalt“ befand sich im Keller der „Volksschule am Plan“, gegenüber dem Welfenschloß und wurde auch von den Schülerinnen und Schülern nach dem Sportunterricht genutzt.

Die Kuxen der Gewerkschaft Steinberg und ihre „Wandlung“

Ein interessantes Thema verbirgt sich hinter der Handhabung der vorhandenen 1000 Kuxen der „Gewerkschaft Steinberg“. 998 dieser Anteile gehörten ehemals Hermann Jaeger, die beiden anderen Anteile gehörten den Herren Spieß und Reinhard, beide wohnhaft in Hann. Münden.

Im Zuge des Konkursverfahrens über das Vermögen der „Gewerkschaft Steinberg“ 1930/31 wurden diese Kuxen den Mitarbeitern des Unternehmens für deren rückständige Forderungen übertragen. Dieser Rechtstitel konnte allerdings, da die Grube stillgelegt worden war, nicht realisiert werden. Die im Werk wohnenden Mitarbeiter verließen nach der Betriebsstilllegung den Steinberg und auch viele der in den umliegenden Dörfern wohnenden Mitarbeiter mussten sich an anderen Orten eine neue Beschäftigung suchen. Der Zweite Weltkrieg tat ein übriges, diesen Rechtsanspruch in Vergessenheit geraten zu lassen. Die aus dem Eichsfeld kommenden Chamottespezialisten hatten sich in der nun von Russen besetzten Zone auch längst andere Beschäftigungen gesucht und waren in den Jahren nach 1945 nur schwer erreichbar. Daneben verloren nicht wenige der ehemaligen Mitarbeiter im Zweiten Weltkrieg ihr Leben. So ist es zu erklären, dass dieser Rechtsanspruch im Verlauf weniger Jahre in Vergessenheit geriet. Als 1946 die Förderung am Steinberg wieder aufgenommen werden sollte, war es für Dr. Gerke, Bergwerksdirektor a. D. notwendig, mit den rechtmäßigen Besitzern der Kuxen der ehemaligen „Gewerkschaft Steinberg“ einen Nutzungsvertrag zu schließen. Er wandte sich kurz vor der Wiedereröffnung der Grube an die Bergbehörde.

In seinem Schreiben an das Oberbergamt in Clausthal-Zellerfeld vom 20.04.1946 setzte Dr. A. Gerke die Behörde von seinen Absichten in Kenntnis:

Hierdurch bitte ich Sie davon in Kenntnis nehmen zu wollen, dass ich am Dienstag, den 23. April 1946 auf dem Gelände der früheren Gewerkschaft Steinberg bei Nienhagen, Kreis Hannoversch Münden, einen Tagebau eröffnen will.

In diesem Tagebau soll außer Braunkohle, Ton, Sand, Quarzit und Basalt, gewonnen werden. Diese Betriebseröffnung habe ich gleichzeitig bei der Knappschafts-Berufsgenossenschaft, der Krankenkasse, dem Arbeitsamt, dem Landratsamt und dem Forstamt in Hannoversch-Mün-

den mitgeteilt. Beim Amtsgericht in Hannoversch-Münden habe ich den Antrag auf Stellung eines Abwesenheitspflegers für die Gewerkschaft Steinberg gestellt, mit dem ein Ausbeutungsvertrag abgeschlossen werden soll. Das Amtsgericht ist davon verständigt, dass ich mit dem Betrieb unmittelbar nach dem Osterfest anfangen will und hat keine Bedenken dagegen erhoben, mit Rücksicht auf die sehr große Kohlennot, die sich auch im Kreis Hannoversch-Münden bemerkbar macht. Einen Betriebsplan werde ich Ihnen in Kürze einreichen.

Diesen Vertrag hätten ausschließlich frühere Mitarbeiter des Werks, bzw. ein von ihnen ernannter Vertreter, abschließen dürfen. Es existierte jedoch 1946 eine Pflugschaft über die Gewerke durch das Amtsgericht Münden. Diese Pflugschaft des Amtsgerichts wurde 1946 abgelöst und der Wirtschaftsberater Herrmann Trentepohl, Hann. Münden, vom Amtsgericht zum Repräsentanten der Gewerkschaft ernannt. Gleichzeitig wurde der Fabrikant Dr. Fritz Fischer gerichtlich zum Pfleger der 998 Kuxe bestellt, die dem nun als verschollen geltenden Herman Jaeger gehört hatten.

Für den 09.09.1949 hatte Herrmann Trentepohl eine Gewerkenversammlung einberufen. Zu dem Termin im Mündener Amtsgericht waren erschienen: Amtsgerichtsrat Godbersen als Richter, Referendar Glatzel als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle und die Herren Trentepohl und Dr. Fischer. Herr Trentepohl gab zu Protokoll, dass die 998 Gewerke ordnungsgemäß geladen seien, die Herren Spieß und Reinhard hätten verbindlich erklärt, nicht an der Versammlung teilnehmen zu wollen. Dr. Fischer erklärte, dass er die 998 unbekannten Gewerke veretrete, deren Berufung sei ordnungsgemäß erfolgt. Hermann Trentepohl erstattete nun Bericht über seine Tätigkeit, und darauf wurde ihm von Dr. Fischer die notwendige Entlassung erteilt.

Eigentlicher Zweck dieser Versammlung war es jedoch, dem Repräsentanten der Firma Zschernitz, Kögel & Co. zu erklären, dass deren bisher gemachte Investitionen in der Kohlengrube am Steinberg sofort in das Eigentum der Gewerkschaft übergehen sollten, während die Gewerkschaft verpflichtet bleiben solle, entsprechend dem Vertrag vom 01.04.1949 zwischen Zschernitz, Kögel & Co. und dem Repräsentanten Trentepohl der Grubenbetreiberin 80% des Zeitwertes der Anlage zu vergüten. [BA Clausthal Acc.9, Nr. 2851]

Wie Trentepohl diese Repräsentanz geschickt zu seinem eigenen Vorteil nutzte, geht aus einem Schreiben des Oberbergamtes an den Herrn Niedersächsischen Minister für Wirtschaft und Verkehr vom 03. August 1951 hervor. Er schrieb dort u. a.: ... *Die Gewerkschaft Steinberg und ihr derzeitiger Repräsentant Trentepohl haben seither niemals selbst Bergbau getrieben. Es kann u. E. auch keinerlei Verdienst an dem Aufschluß u. s. w. zugesprochen werden. Herr Trentepohl hat sich vielmehr u. E. nur darum bemüht, von dem bergwerkstreibenden Pächter Entgelte zu erlangen, die zeitweise hart an der oberen Grenze des wirtschaftlich Vertretbaren lagen. Nicht unerwähnt kann dabei bleiben, daß er dabei als Repräsentant stets auch unmittel-*

Abschrift.

- 4 Q 2/52 -
Verkündet am
14. Februar 1952

gez. Scharfenberg, Just.-Ang.

als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle

Versäumnisurteil !

IM NAMEN DES VOLKES !

In dem Rechtsstreit
der Gewerkschaft Steinberg in Hann. Münden,
Vogelsang 53 a, vertreten durch den alleinigen
Repräsentanten Werner Herrmann-Trentepohl
in Hann. Münden, Vogelsang 53,

Antragstellerin,
- Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Krengel
in Hann. Münden -

gegen

die Firma Nordmineral GmbH., Zschernitz, Kögel und Co.
in Hann. Münden, Am Sportplatz Nr. 7, bei Dipl.
Kaufmann Georg Glattki, vertreten durch ihren Geschäfts-
führer Alfred Kögel, daselbst,

Antragsgegnerin,

wegen Erlass einer einstweiligen Verfügung,
hat die 4. Zivilkammer des Landgerichts in Göttingen
auf die mündliche Verhandlung vom 14. Februar 1952
durch den Landgerichtsrat Hennings,
Amtsgerichtsrat Dr. Sehnert und
Gerichtsassessor Wagner
für Recht erkannt:

- 1.) Der Antragsgegnerin wird im Wege der einstweiligen
Verfügung aufgegeben, die von der Antragstellerin ge-
pachteten Gruben Steinberg und Steinberg I bei Hann.
Münden an den zu Ziffer 2) genannten Sequester sofort
herauszugeben, der bis zur rechtskräftigen Entscheidung
des zwischen den Parteien vor dem Landgericht in Göttingen
schwebenden Rechtsstreites - 4 O. 210/51 - die genannten
Gruben treuhänderisch ordnungsgemäss unter Berücksichtigung
aller bergpolizeilicher Vorschriften zu verwalten hat.
- 2.) Zum Sequester wird der Kaufmann Otto Grau in Göttingen,
Weender Landstrasse Nr. 5a bestimmt.
- 3.) Die Kosten des Verfahrens hat die Antragsgegnerin zu
tragen.

gez. Dr. Hennings gez. Dr. Sehnert Wagner.
Das Landgericht Göttingen

Ausgefertigt:
gez. Unterschrift, Justizange-
stellter als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle des Land-
gerichts.

Schriftliche Mitteilung über den Ausgang des Verfahrens

[BA Clausthal Acc 9. Nr. 2851]

bare Zahlungen als Vergütung anstrebte und teilweise auch erhielt. Es kann also keine Rede davon sein, daß etwa die Gewerkschaft Steinberg irgendwie besonders unterstützungsbedürftig oder objektiv geeignet als Trägerin eines bergbaulichen Unternehmens wäre.

[BA Clausthal Acc 9, Nr.2851]


Ursache dieses Schreibens war ein Antrag der Gewerkschaft Steinberg auf Übernahme der „vakant gewordenen Kuxe“ und eines Antrages auf ein Flüchtlingsdarlehen in Höhe von 40.000 DM, welches sie für die Modernisierung des Bergwerks und Aufschlussarbeiten beantragt hatte. Diese Arbeiten waren durch Zschernitz, Kögel & Co. getätigt und finanziert worden.

Im Winter 1950/51 hatten die Betreiber Kögel & Co. zur Erschließung anstehender mächtiger Kohlenflöze aufwendige Stollen in den Berg getrieben, um die lohnenden Vorkommen abbauen zu können. Diese Veränderungen hatten sie jedoch dem Bergamt nicht gemeldet und auch keinen Betriebsplan eingereicht. Dieser Umstand führte dazu, dass die Behörde den weiteren Kohlenabbau untersagte. Um dieses Verbot wieder aufzuheben, stellte das Unternehmen einen neuen Betriebsplan auf und ließ die neuen Förderstollen durch den Markscheider Junk aus Clausthal vermessen. Das Verbot des Untertageabbaues und die mit der Erschließung der Stollen einhergehenden hohen Investitionen wirkten sich negativ aus und führten dazu, dass die Firma Konkurs anmelden musste. Einer der wichtigsten Abnehmer für die Kohlen war die Firma Grau & Co. Sie hatte ihren Hauptsitz in Göttingen, war daneben aber auch in Halberstadt und Braunlage mit Niederlassungen vertreten. Die Firma handhabte den Abtransport der Kohlen vom Steinberg in eigener Regie und schloss zu diesem Zweck Verträge mit regionalen Fuhrunternehmen ab. So wurde beispielsweise am 16.8.1951 ein Abkommen mit dem in Nieste ansässigen Fuhrunternehmer Wilhelm Kreger unterzeichnet, das jedoch nur bis zum Ende des Kohlewirtschaftsjahres am 31.3.1951 Gültigkeit hatte. Aus diesem Vertrag geht hervor, in welchen Gebieten die Kohlen durch die Firma Grau & Co verkauft wurden. W.

Kreger erhielt für 1000 kg, einschließlich Abladen durch Kipper

nach Kassel:	DM 4,50,
nach Hann. Münden:	DM 4,00
(evtl. einschließl. Verladen auf Waggon)	
nach Göttingen:	DM 6,00
nach Nörten:	DM 7,00
nach Northeim:	DM 8,00
in die Harzgebiete:	DM 10,00

Aus diesem Vertrag ist eindeutig zu ersehen, dass die Firma Grau & Co. als Hauptabnehmer der Kohlen bereits 1951 den Geschäftsverlauf am Steinberg in wesentlichen Teilen



seit 1879

STEINKOHLN · KOKS · BRAUNKOHLN · BRIKETTS · RETORTEN- u. MEILER-HOLZKOHLEN

Herrn
Wilhelm Kreger
Fuhrunternehmer
Nieste / b. Hann.-Münden

Ihre Zeichen Ihre Nachricht vom Unser Zeichen

r/S/D 1

HALBERSTADT
BRAUNLAGE/HARZ
GÖTTINGEN


GÖTTINGEN, den 16. August 1951
Weender Landstraße 50
Telegr.-Adresse: Kohलगrau
Tel. 3991, Postfach 58

Wir erklären uns bereit, Sie mit Ihrem Lastzug in den Abtransport der für unsere Rechnung bei der Braunkohlengrube Steinberg anfallenden Kohlenmengen einzuschalten. Nach Möglichkeit wollen wir Ihre Fahrbereitschaft bevorzugt voll ausnutzen. Wir machen darauf aufmerksam, dass z.T. Kohlenhändler und Verbraucher die Abtransporte vom Steinberg selber ausführen. Auch beschäftigen wir zeitweise noch andere Fuhrunternehmer. Sie sind verpflichtet, die Ihnen angedienten Transporte nach Vorschrift pünktlich auszuführen. Wir sind berechtigt, anderweitige Fuhrunternehmer einzusetzen, falls Sie mit Ihrem Lastzug ausfallen, oder die Aufträge nicht ordnungsgemäß oder pünktlich ausführen können. Falls Ihr Fahrzeug ausfällt, sind Sie verpflichtet, auf unsere Anforderung hin ein Ersatzfahrzeug zu stellen.

Wir vereinbarten folgende Transportsätze mit Ihnen:
Fahrten von der Grube nach nachstehenden Orten, einschliesslich Abladen durch Kipper pro t = 1000 kg

Kassel	DM 4,50
Hann.-Münden	
(evtl. einschliessl. Verladen auf Waggon)	" 4,--
Göttingen	" 6,--
Nörten	" 7,--
Northeim	" 8,--
Harzgebiete	" 10,--

Dieses Abkommen schliessen wir mit Ihnen für das laufende Kohlewirtschaftsjahr bis 31. März 1952. Das Abkommen verlängert sich um ein weiteres Jahr, falls es nicht von einem der beiden Teile zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. Zur sofortigen Kündigung des Vertrages sind wir berechtigt, wenn ein triftiger Grund vorliegt und nachweislich grobe Verstösse gegen den Frachtvertrag vorgekommen sind.

Mit bester Empfehlung!
GRAU & CO.


Vertrag der Firma Grau & Co mit dem Fuhrunternehmer Wilhelm Kreger in Nieste [Original: Firma Kreger]

bestimmte. Rechtliche Grundlage dieser Handlungen war ein Versäumnisurteil des Landgerichts Göttingen vom 14. 02.1952. Der Nordmineral GmbH Zschernitz, Kögel und Co. wurde per einstweiliger Verfügung aufgegeben, die gepachteten Gruben Steinberg und Steinberg I an den Sequester Otto Grau sofort herauszugeben. Im gleichen Verfahren wurde der Kaufmann Otto Grau zum Sequester bestellt. Dieser sollte die Gruben, bis zur Entscheidung des schwebenden Verfahrens, über die Höhe der Kosten der Investitionen, treuhänderisch verwalten. Aufgrund dieses Urteils übernahm Otto Grau die Grube und berichtete am 29.2.1952 dem Oberbergamt u. a.: ... Der Betrieb ist stillgelegt, es werden nur Notstandsarbeiten verrichtet. Beschäft-

tigt werden jetzt noch der Betriebsleiter Trappmann und der Aufseher Bretthauer und für die Bedienung der Pumpe und für Instandhaltung des Stollens 4-8 Bergleute

Glückauf

Otto Grau

Der Mündener Rechtsanwalt W. Meister, der zum Konkursverwalter über das Vermögen der Firma Nordmineral bestellt war, suchte um eine Expertise beim Oberbergamt



Wilhelm Kreger in seinem Büssing NAG

[Original: Firma Kreger]

über die Höhe der Kosten für den etwa 330 m langen Stollen nach, den die „Gewerkschaft Steinberg“ der Nordmineral zu vergüten hatte. Die Nordmineral forderte pro Meter 150 bis 180 DM. Die Kosten jedoch erschienen der Gegenseite überhöht. Das Bergamt lehnte es ab, ein solches Gutachten zu erstellen. In welcher Höhe die neuen Betreiber den Stollen der Nordmineral vergüteten, ist in den vorhandenen Akten nicht überliefert und muss offen bleiben.

Der Verkauf der Kuxen

In einem Schreiben an das Oberbergamt vom 9.2.1953 teilte Otto Grau als Repräsentant der Gewerkschaft Steinberg u. a. mit: ... *die Kuxen unserer Gewerkschaft, von denen 998 dem verschollenen Herrn Jaeger gehörten sind vom Treuhänder unter Mitwirkung des Vormundschaftsgerichts in Hann. Münden an Herrn Otto Grau verkauft worden. Die Eintragung in das Gewerkschaftsbuch ist erfolgt.*

Das Landgericht Göttingen hatte Otto Grau 1952 zum Sequester bestellt. Dies bedeutete, dass er durch Auftrag des Gerichts dazu bestellt war, die Verwahrung und Verwaltung der Kuxen zu übernehmen. Kaum ein Jahr später verkaufte der *Verwahrer und Verwalter* unter Mitwirkung eines anderen Gerichts die ihm in Obhut gegebenen Werte für 2500,00 DM an sich selbst. Ein in meinen Augen dubioser Vorgang, der sich ohne öffentliche Beteiligung abspielte. Vom Besitzwechsel der Kuxen wird in der Mündener Tageszeitung keine Notiz genommen, denn sonst hätten sich unter Umständen einige der ehemaligen Mitarbeiter an die Tatsache erinnert, dass ihnen die 998 Kuxe seinerzeit als Ausgleich für die ausstehenden Löhne zugesprochen worden waren. Nach diesen Rechtsvorgängen firmierte das Unternehmen als:

Gewerkschaft Steinberg

Braunkohlengrube bei Hann. Münden
Göttingen Weender Landstrasse 5a

Mit gleichem Schreiben teilte Grau dem Bergamt mit, dass ein rentabler Abbau der Kohle sehr schwierig sei, jedoch hätten sich durch das Auffinden von Lagern mit Farberde (Kasseler Braun) neue Möglichkeiten für die Weiterarbeit ergeben. Er berichtete dann davon, dass man im Wirtschaftsministerium einen Antrag auf Bewilligung von Landesmitteln gestellt habe. Zum Schluss bat Grau darum: ... *unserem Repräsentanten, Herrn Grau, Gelegenheit zu einer mündlichen Aussprache in Clausthal zu geben und Zeit und Stunde für eine Besprechung festzulegen.*

Glückauf

Gewerkschaft Steinberg

Repräsentant

Otto Grau

Stempel Otto Grau

Bereits am 25. Juli 1950 hatte die Nordmineral ein Gutachten über das Vorkommen von Farberde durch Dr. hab. von Gaertner des Amtes für Bodenforschung, Celle, erstellen lassen. Dieser stellte dabei fest, dass mindestens 15000 Tonnen dieses wertvollen Rohstoffes am Steinberg vorhanden seien. Vermutlich sei die vorhandene Menge aber noch wesentlich größer. Dass diese Annahme zutreffend war, konnte durch Probebohrungen, die Otto Grau in den Monaten Mai bis August 1953 durchführen ließ, bestätigt werden. 42 000 Tonnen Farberde, fast die dreifache Menge dessen, was von Gaertner 1950 festgestellt hatte, lagerten unter der Erde. Grau ließ daraufhin Proben durch die Firma Zschimmer und Schwarz (Brilon, Kassel und Oberlahnstein) untersuchen.

Am 17.9.1953 reichte Otto Grau dem Bergamt Goslar einen Betriebsplan für die Grube ein. Dieser wurde am 25.9.1953 durch das Bergamt genehmigt. Er teilte der Behörde in diesem Zusammenhang über das Unternehmen Zschimmer & Schwarz folgendes mit: ... *Diese Firma beabsichtigt, eine enge Verbindung mit uns einzugehen und will ihren erheblichen Bedarf an Kasseler Braun von uns nehmen.*

Die geplante „enge Verbindung“ führte dazu, dass es zwischen Otto Grau und der Firma Zschimmer & Schwarz zum Abschluss eines Vorvertrags über den Erwerb sämtlicher Kuxen der Gewerkschaft Steinberg kam. Am 6.10.1953 kontaktierte der Prokurist der Firma Zschimmer & Schwarz, Herr Rolf Müller, Herrn Dr. Haumer im Ministerium für Wirtschaft und Verkehr in Hannover und stellte diesem den beabsichtigten Kauf und den Betriebsplan für die Grube am Steinberg vor. Bei dieser Gelegenheit wurde Herr Müller über die Möglichkeiten der Finanzierung dieses Vorhabens durch das Bundesausgleichsamt unterrichtet und an die zuständigen Stellen verwiesen. [BA Clausthal, Acc9, Nr.2851] Eine Förderung seitens des Ministeriums lag im Bereich des Möglichen, da die Firma ihre Produktionsstätten in Chemnitz durch Enteignung verloren und diese in der Bundesrepublik wieder aufgebaut hatten.

Ein solider Neubeginn

Am 10.12.1953 verkaufte die „Gewerkschaft Steinberg“ die Bergwerksbetriebe Steinberg und Steinberg I, mit notariellem Vertrag, an die Firma Zschimmer und Schwarz.



Die Betriebsstätte Kassel am Unterstadt Bahnhof

Rückwirkend ab 1.10.1953 hatte Z. & S. die Bergrechte für einen Kaufpreis von 65.000 DM übernommen, wobei vereinbart worden war, dass der Kaufpreis in zwei gleichen Raten entrichtet werden sollte. Zum letzten Mal wurde nun der Name der Zeche am Steinberg geändert und lautete, bis zur endgültigen Schließung des Bergwerks, wie folgt:

Zschimmer & Schwarz

Vormals Chemnitz

Brilon/Westfalen

Betriebsstätte Steinberg

Braunkohlengruben bei Hann.-Münden

Der Betriebsplan der Grube wurde unverändert von Otto Grau übernommen. Am 6.11.1953 begann der neue Besitzer mit der Förderung von Farberde. Das wirtschaftlich durchdachte Konzept des neuen Betreibers bestand darin, dass er sowohl die Kohlen, wie auch das Kasseler Braun in seiner in Kassel gelegenen Produktionsstätte selbst verwerten wollte. Dr. Haumer schilderte dieses Vorhaben sehr positiv und er schrieb: ... *Das Vorhaben der Firma Zschimmer & Schwarz ist insofern von den bisherigen Projekten am Kleinen Steinberg verschieden, als sich die Auswertung der Firma sowohl auf das Kasseler Braun als auch auf die*

Braunkohle bezieht. Bisher war stets nur an eine Verwendung der Braunkohle gedacht, wodurch der Abbau jedoch wegen des darüber liegenden Kasseler Brauns nicht wirtschaftlich betrieben werden konnte. Die gleichzeitige Nutzung von Energie und Farberde erwies sich als zukunfts-trächtig und so begann Z. & S. den Abbau am Steinberg mit 8 Arbeitskräften und einer Aufsichtsperson. Die Aufsicht führte Herr von Guineau und an Stelle des erkrankten Vorarbeiters Willhelm Brethauer wurde Karl Schäfer dem Bergamt vorgeschlagen.

In den ersten Jahren wurden durchschnittlich etwa 1500 Tonnen Farberde und 6000 Tonnen Braunkohle pro Jahr gefördert. Zimmermeister Heinrich Rüttgerodt, Uschlag, baute 1955/56 einen Farberdebunker und zwei Kohlebunker, sowie eine neue Verladerampe. Eine Hano-mag-Planierdraupe wurde eingesetzt, um den über den Kohleflößen befindlichen Abraum effektiver abtragen zu können. Die Gewinnung der Farberde und der Kohlen geschah nach wie vor von Hand. Lediglich für die Zerkleinerung des Rohmaterials wurde eine dieselgetriebene Brechschnecke eingesetzt. Die Zahl der Beschäftigten hatte sich 1957/58 auf 14 Mitarbeiter erhöht. Nach dem Ausscheiden des Aufsehers Guineau wurde Karl Schäfer zur ersten Aufsichtsperson an das Bergamt gemeldet. Sein Stellvertreter wurde Ferdinand Kraft. Das Fuhrunternehmen Wilhelm Kreyer in Nieste transportierte auch für die Firma Z. & S. Steinbergprodukte, allerdings jetzt ausschließlich nach Kassel. Sie teilte sich diese Arbeit mit der in Kaufungen ansässigen Firma Hilgenberg.

Vom Kasseler Werk nahmen die veredelten Produkte ihren Weg in alle Welt. Unter dem Markenzeichen „Dolaflux“ beispielsweise fand es den Weg in europäische Keramikbetriebe. Es wurde dort als Verstärkungs- und Regulierungsmittel für die Feuchtigkeit, sowie als Schutzkolloid und als Plastifizierungshilfe im keramischen Gießbrei verwendet. In der Farben- und Lackindustrie diente es zur Herstellung mittelbrauner Farben. In der Papierindustrie wurde und wird bis heute das „Saftbraun“ als preiswerter und absolut ungiftiger Farbstoff zum Einfärben von Pappen und Sack-



Raupe beim Schieben des Abraums

[Bilder auf dieser Seite von Hermann Leonhard]



Verladung von Kasseler Braun zum weltweiten Versand



Bergleute aus Nienhagen im Tagebau Ende der 50er Jahre

hintere Reihe von links: **Ferdinand Kraft, Heinz Rippel, Ceslaw Jablonski**

vordere Reihe von links: **Oswald Ewig, Vorarbeiter Karl Schäfer, Karl Kunkel und Adolf Pfeiffer**

[Original: Günther Schäfer]



Schadensaufnahme 1960. Von links Jakobshagen, Versicherungsagent, Adolf Pfeiffer u. Moldenhauer

[Original: Jakobshagen]

papieren verwendet. Unter dem Namen „Herkulesbraun“ wurde es, mit Zusatz von Ruß, zur Herstellung schwerer schwarzer Pappen verwendet.

Auch in der Tiefbohrtechnik kam und kommt Kasseler Braun zum Einsatz. Hier dient es dazu, während des Bohrvorganges an den Rändern des Bohrloches eine wasserdichte Schicht zu erzeugen. Auch in der Pharmaindustrie und bei der Herstellung von Kosmetika findet Kasseler Braun unterschiedlichste Verwendung.

Bei der breit gefächerten Anwendung der Produkte von Zschimmer & Schwarz nahmen diese überwiegend ihren Weg in die skandinavischen Länder, nach England, Frankreich, Portugal, Italien, Österreich, in die Schweiz, in die Beneluxländer, sowie in die Vereinigten Staaten.

Die einsetzende Hochkonjunktur in der Bundesrepublik, seit Mitte der 50er-Jahre, bewirkte eine starke Abwanderung der Arbeitskräfte in die Industriebetriebe der nahegelegenen Stadt Kassel. So wurde es immer schwieriger für Zschimmer & Schwarz, für den Abbau von Braunkohlen und Kasseler Braun am Steinberg die notwendige



Fuhrpark der Firma Hilgenberg in Oberkaufungen, die die Rohstoffe nach Kassel transportierte

[Original: Elisabeth Hilgenberg]



Blick in die Produktionsräume

[Original: Hermann Leonhard]

Zahl von Mitarbeitern zu finden. Auch die Abraumverhältnisse gestalteten sich sehr ungünstig. Seit 1959 zeichneten sich darüber hinaus wieder Schwierigkeiten mit der Forstverwaltung hinsichtlich der Wegenutzung ab. So neigte sich die letzte Abbauphase am kleinen Steinberg unwiderprüflich ihrem Ende entgegen. In einem Schreiben des Bergamts Goslar teilte erster Bergrat Mehl dem Oberbergamt in Clausthal den folgenden Sachverhalt mit:

Nach einer Mitteilung der Firma Zschimmer & Schwarz, Oberlahnstein, beabsichtigt diese ihren Braunkohlen- und Farberdebetrieb am Steinberg mit dem 31.12.61 einzustellen. Der Grund ist einmal Arbeitskräftemangel und zum anderen wird das Verhältnis Abraum zu Kohle derartig ungünstig, daß unter den gegebenen Verhältnissen eine Wirtschaftlichkeit nicht mehr besteht. Es sind noch 100 000 t Kohle gewinnbar ohne die Farberde. Zur Entlassung kom-

men 6 Mann, die aber bereits anderweitig Arbeit gefunden haben.

Die Abschlussarbeiten laufen.

In der letzten statistischen Meldung an das Bergamt Goslar wurde folgende Meldung über Belgschaft und Fördermengen gemacht:

Belegschaftsstärke: 6 Mitarbeiter
Farberde (Kasseler Braun): Naßgewicht 0 t

Braunkohle: Naßgewicht 68,1 t

[BA Clausthal W 2125x Bd. I]

Die Förderung wurde am 8. Dezember 1961 endgültig eingestellt. Am 12. Oktober 1963 wurde die Grube, nach erfolgten Rekultivierungsarbeiten, aus der Aufsicht des Bergamtes entlassen. Einen Teil des Abbaugeländes nutzte danach die in Bonaforth ansässige Zellulosefabrik Alphasint ab 1965

noch einige Jahre zur Ablagerung von Rückständen aus der Zelluloseproduktion.



Die beiden Walzentrockner im Werk Kassel

[Original: Hermann Leonhard]

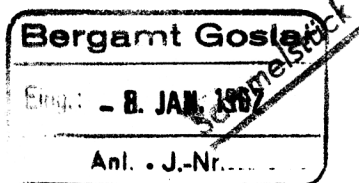
Somit war die mehr als 200 Jahre dauernde bergbauliche Nutzung am kleinen Steinberg zu Ende gegangen. Heute sind die Narben, die dem Berg durch die intensive Nutzung zugefügt worden sind, kaum mehr zu erkennen. Teilweise wurde das Gelände rekultiviert, zu einem großen Teil jedoch hat sich die Natur das Gelände zurückerobert. Größere und kleinere Bodenvertiefungen, sowie einige kleine Seen im ehemaligen Tagebaubereich, zeugen heute nur noch von der einstigen Nutzung der Vorkommen an Kohlen, Kasseler Braun, Sand, Ton und Basalt rund um den Kleinen Steinberg.

ZSCHIMMER & SCHWARZ



ZSCHIMMER & SCHWARZ, 12261 OBERLAHNSTEIN, POSTSCHLIESSFACH 79

Bergamt Goslar
(20b) Goslar



GRÜNDUNGSJAHR 1894

FERNRUF: AMT NIEDERLAHNSTEIN SAMMEL-NR.: 781
SELBSTWÄHLFERNDIENST-KENNZAHN: 02621
FERNSCHREIBER: 086710 ZSCHWZ OBLAHNST
DRAHTWORT: SCHWARZSCHIMMER OBERLAHNSTEIN
BAHNSTATION: OBERLAHNSTEIN, ANSCHLUSSGLEIS
SCHIFFE: WERKSANLEGESTELLE ZSCHIMMER & SCHWARZ
POSTSCHECK: FRANKFURT AM MAIN 46555
BANKEN: LANDESZENTRALBANK O'LAHNSTEIN 455/818
DRESDNER BANK AG., FRANKFURT/M. 164084
DRESDNER BANK AG., KOBLENZ 27021
VOLKSBANK EGBH., OBERLAHNSTEIN 111

OBERLAHNSTEIN AM RHEIN

IHR ZCH.

IHRE NACHR. v.

UNSER ZCH.

HAUSRUF

DATUM

CH

5. Januar 1962

Betr.: Statistische Meldung für unsere Betriebsstätte Steinberg

Für den Monat Dezember 1961 erstatten wir folgende Meldung:

Belegschaftsstärke	Farberde (Kasseler Braun)	Braunkohle
	Naßgewicht to	Naßgewicht to

6

68,1

Die Förderung wurde am 8. Dezember 1961 eingestellt.

Hochachtungsvoll

ZSCHIMMER & SCHWARZ

Letzte statistische Meldung an das Bergamt Goslar

[Bergarchiv Clausthal W 2125X Bd. I]

Das Naturfreundehaus am Steinberg

Ihren Ursprung nahm die Bewegung der Naturfreunde in Österreich. Georg Schmiedl, ein Volksschullehrer, hatte den Verband 1895 in Wien gegründet. „*Liebe zur Natur, Bewunderung ihrer Schöpfung, Andacht vor ihren Denkmälern und Ehrfurcht vor ihrem geheimnisvollen Walten*“. So interpretierte Schmiedl die Motive der Naturfreunde. Er hatte das Ziel, durch Solidarität und gesellschaftlicher Umgestaltung aus *Arbeitstieren Arbeitsmenschen* zu machen. Diese hatten aber auch ein politisches Ziel. Sie setzten sich unter anderem für die soziale Forderung nach einem Achtstundentag ein. „*Acht Stunden Arbeit, acht Stunden freie Zeit, acht Stunden Schlaf*.“ Die Frage nach der Nutzung der hart erkämpften freien Zeit beantworteten sie damit, dass sie sich ... *in der Natur erholen und deren Schönheiten genießen wollten*. Man kann die Bewegung der Naturfreunde also durchaus als eine frühe „rot-grüne“ Bewegung bezeichnen. Die Mitglieder grüßten sich nicht mit dem in Österreich oder dem Süden Deutschlands gebräuchlichen „Grüß Gott“, sondern mit den Worten „Berg frei“.

Die Naturfreunde gewannen in Österreich sehr schnell eine große Anhängerschaft. Es sollte jedoch noch zehn Jahre dauern, bis am 4. August 1905 in München die erste deutsche Ortsgruppe der Naturfreunde gegründet wurde. Das erste „Naturfreundehaus“ in Deutschland wurde von den Münchner Naturfreunden wenig später auf der Musauer Alm, hoch über dem Lechtal, gebaut. Es war sehr bescheiden. Es hatte 25 Betten, ein Matratzenlager, eine Küche und einen Gemeinschaftsraum. Dieser erste Münchner Ortsverein fand rasch in ganz Deutschland Nachahmer.

1911 kamen die beiden Naturfreunde Sigmund Beständig, ein Schweizer aus Schaffhausen, und Bernhard Seng aus Stuttgart auf ihrer Wanderschaft nach Kassel. Sie veröffentlichten am 3. Juni 1911 im sozialdemokratischen *Casseler Volksblatt* einen Aufruf zur Gründungsversammlung eines Touristenvereins *Die Naturfreunde*. Sie hielten am 6. Juni 1911 im Restaurant Kasper in der Holländischen Straße einen Vortrag mit dem Thema „Wert der Touristik, Zweck und Ziele des Touristenvereins die Naturfreunde“. Die Anwesenden, drei Frauen und zehn Männer, gründeten

Nostalgie

Wie bereits angekündigt, sind hier alle Ortsgruppen, die im früheren »Gau Niedersachsen« – Südniedersachsen« bestanden, aufgelistet. Die angegebene Jahreszahl ist die der ersten Erwähnung im *Naturfreund* (NF) oder *Casseler Volksblatt* (CV).

Kassel	1911	CV
Göttingen	1914	NF
Niederzwehren	1921	CV
Ihringshausen	1921	NF
Malsfeld	1921	NF
Spangenberg	1921	NF
Wickenrode	1921	NF
Wolfershausen	1921	NF
Großenritte	1921	NF
Helsa	1921	NF
Hess. Lichtenau	1921	NF
Northeim	1921	CV
Hann. Münden	1921	
Duderstadt	1921	
Elgershausen	1921	
Lispenhausen	1922	NF

Ochshausen	1922	NF
Sand	1922	NF
Vollmarshausen	1922	NF
Eschwege	1922	NF
Heiligenrode	1922	NF
Ronshausen	1922	NF
Oberkaufungen	1922	NF
Harleshausen	1922	NF
Besse	1922	NF
Wellerode	1922	NF
Eiterhagen	1922	NF
Altenritte	1922	NF
Trubenhäusen	1923	NF
Bergshausen	1923	NF
Niederkaufungen	1923	NF
Vockerode	1923	NF
Laudenbach	1923	NF
Grone	1923	NF
Korbach	1923	NF
Obervorschütz	1923	NF
Frommershausen	1923	NF
Hoof	1924	NF
Elmshagen	1924	NF
Geismar	1924	NF
Rothwesten	1925	NF
Uslar	1929	NF

Im Verbandsblatt „Der Wegweiser“ wurden im 45. Jahrgang Folge IV/98 unter dem Stichwort *Nostalgie* die Gründungsdaten aller Ortsgruppen des früheren *Gau Niedersachsen-Südniedersachsen* aufgelistet. Die hierbei angegebene Jahreszahl ist die erste Erwähnung im *Naturfreund* (NF) oder dem *Casseler Volksblatt* (CV)



Kasseler Naturfreunde am 14.5.1916 bei der Überfahrt über die Fulda mit der Wilhelmshäuser Fähre

[Original: Archiv der Naturfreunde Kassel]

nach dem Vortrag die Kasseler Ortsgruppe der „Naturfreunde“. Die Kasseler waren 1911 die ersten „Naturfreunde“ in der hiesigen Region

Es sollte noch drei Jahre dauern, bis sich im benachbarten Südniedersachsen, in der Universitätsstadt Göttingen, eine weitere Ortsgruppe bildete. Dies war dann, bedingt durch den 1. Weltkrieg für eine Reihe von Jahren die letzte Gründung.

Aus diesen Gründungszahlen kann man ablesen, dass die beiden vor Ausbruch des Krieges gegründeten Ortsgruppen Kassel und Göttingen eine Vorbildfunktion hatten. Von 1921 bis 1929, schwerpunktmäßig in den Jahren 1921/24, wurden 40 neue Ortsgruppen in Nordhessen und Südniedersachsen ins Leben gerufen, die sich dann im **Gau Niederhessen und Südniedersachsen** zusammenschlossen.

Welches politische Selbstverständnis entwickelten die „Naturfreunde“?

Die Festschrift „75 Jahre Naturfreunde in Kassel“ beantwortet diese Frage wie folgt: *Die politische Orientierung der Kasseler Naturfreunde an der Sozialdemokratie stand in diesen Jahren nie in Frage: Dem Arbeitersportkartell traten sie im August 1913 bei, die Mitgliedschaft in der SPD und in der Gewerkschaft war selbstverständlich. Die Naturfreunde verstanden sich als Freizeitorganisation im Vorfeld der SPD, der man die Politik überließ.*

Die Naturfreunde suchten nach einer sozialen Lebensform. So veranstalteten sie zum Beispiel im Juni 1914 eine Wan-

derung mit Arbeiterkindern in den Habichtswald. Die Kasseler Konsumgenossenschaft stellte den Lastwagen, mit welchem die Verpflegung für die recht große Gruppe an den Zielort gefahren wurde. Das *Casseler Volksblatt* berichtete über diese Wanderung am 30. Juni 1914 wie folgt: *Zu dieser Wanderung hatten die Mitglieder solche ihres Bekanntenkreises ausgesucht, welche in Folge häuslicher oder sonstiger Verhältnisse wenig oder gar nicht aus dem Städtchen herauskommen, denen auf diese Weise die Möglichkeiten gegeben werden sollte, auch einmal einen ganzen Tag in schöner freier Natur zuzubringen und damit in ihnen die Liebe zur Natur zu wecken. Den fröhlichen Gesichtern der Kinder sah man es an, daß es ihnen gefallen hatte, und die Mitglieder der Ortsgruppe (...) hatten die Genugtuung, daß ihr Unternehmen vollen Erfolg hatte, aber auch die Überzeugung, daß etwas geschehen war, was im Interesse der Allgemeinheit liegt.*

Jeden Sonntag standen nun Wanderungen in den Habichtswald, den Reinhardswald, die Wälder um Münden, in die Söhre und den Kaufunger Wald auf dem Programm des jungen Vereins.

Um einen ersten eigenen Anlaufpunkt zu bekommen, mieteten die Naturfreunde kurz nach der Gründung in Uschlag ein leerstehendes Haus an. Ursprünglich hatte man geplant, im Söhrewald ein eigenes Naturfreundehaus zu bauen. Um dieses gesteckte Ziel zu verwirklichen, hatte man unmittelbar nach der Gründung einen Baufonds ins Leben gerufen. Bei Ausbruch des Weltkrieges waren 1914 bereits 550,00 Reichsmark in diesem Fonds vorhanden. Das Bauvorhaben

Beschluß

der außerordentlichen Generalversammlung vom 5. Dezember 1920.

1. Jedes männliche Mitglied — mit Ausnahme der unter 2 und 5 Genannten — hat einen Betrag von 100 Mark auf den Hüttenbaufonds als Pflichtanteil einzuzahlen.
2. Ein verheiratetes Mitglied, dessen Ehefrau ebenfalls Mitglied ist, hat einen Betrag von 75 Mark als Pflichtanteil zu zahlen.
3. Dessen Ehefrau zahlt 25 Mark als Pflichtanteil.
4. Jedes weitere weibliche Mitglied zahlt 50 Mark als Pflichtanteil.
5. Jugendliche unter 18 Jahren zahlen 25 Mark als Pflichtanteil.

Die vorerwähnten Beträge müssen innerhalb eines Jahres nach der Beschlußfassung eingezahlt sein. Neu eintretende Mitglieder, die auf diese Verpflichtung vor der Aufnahme aufmerksam gemacht sein müssen, haben den Betrag spätestens ein Jahr nach der Aufnahme voll zu entrichten. Die Beträge können auf einmal oder in Raten gezahlt werden.

Ueber jeden voll eingezahlten Betrag wird ein Pflichtanteilschein ausgestellt, auf dem diese Bestimmungen aufgedruckt sein müssen. Die ersten hundert Scheine bilden Serie A, je weitere fünfzig eine neue Serie. Jede Serie wird fortlaufend numeriert. Eine Verzinsung der Pflichtanteilscheine findet nicht statt.

Jedes Mitglied kann, nachdem der Pflichtanteil voll eingezahlt ist, weitere Anteile in Höhe von 25, 50 und 100 Mark erwerben. Eine Verzinsung findet vom 1. des nächsten Monats nach der Volleinzahlung mit $3\frac{1}{4}\%$ statt.

Spätestens fünf Jahre nach der Fertigstellung des Naturfreundehauses findet, je nach dem Stande der Kasse, eine Auslosung der Anteilscheine statt. Die Anzahl der jährlich auszuloseenden Anteilscheine bestimmt der Vorstand, und findet die Auslosung jedesmal in der ordentlichen Jahreshauptversammlung statt. Die Auslosung beginnt mit der Serie A, und werden die ausgelosten Nummern im „Casseler Volksblatt“ veröffentlicht.

Anteilscheine sind übertragbar, und wird der Betrag nach der Auslosung an den Inhaber des Scheines ausgezahlt. Ausgeloste Anteilscheine werden vom Kassierer zurückgezahlt. Solche, welche bis zum 31. März des betreffenden Jahres nach der Auslosung nicht eingelöst sind, verfallen zu Gunsten der Vereinskasse.

In besonderen Fällen kann der Vorstand auf schriftlichen Antrag Ausnahmen und Aenderungen gestatten.

Der Vorstand.

musste jetzt allerdings auf die Zeit nach dem Kriege verschoben werden. Die bis dahin angesparten Gelder verwendete man für die Unterstützung von Mitgliedern, die durch den Krieg in Not geraten waren.

Beharrlich verfolgte man nach Kriegsende den Plan eines Hausbaues weiter. So diente beispielsweise der Erlös aus dem Verkauf der Aufführungsrechte des von Valentin Traudt verfassten Volksspiels mit Gesang und Reigen „Die Naturfreunde“ dazu, den Baufonds aufzustocken. Er hatte dieses Stück zum 10-jährigen Jubiläum des Vereins 1921 geschrieben. Auch der Verkauf einer Postkarte, auf der das geplante Haus zeichnerisch dargestellt war, sollte die Finanzierung des Heimes unterstützen.

Man hatte die Idee eines eigenen Hauses auch während des Krieges nie aufgegeben und gründete direkt nach dessen Ende zu diesem Zweck eine „Hauskommission“. Diese entdeckte bei einer Wanderung während der Weihnachtsfeiertage 1920 den idealen Bauplatz im Kaufunger Wald. Am südöstlichen Abhang des großen Steinbergs in Richtung Hellenberg erwarben die Naturfreunde zwei der dort befindlichen Wiesen. Im Frühjahr 1922 wurden sie mit den Besitzern über einen Erwerb einig. Heinrich Eckhardt und Heinrich Wiemer, in Nienhagen ansässige Landwirte, ver-

kauften den Kasseler Naturfreunden den benötigten Baugrund. Mit Sicherheit hat auch die Nähe der Ziegelei und der am Steinberg in Mengen vorhandene Bausand, sowie das für den Bau notwendige Holz, den Ausschlag für diese Kaufentscheidung gegeben. Innerhalb kurzer Zeit wurden die Planungen abgeschlossen und der Bau durch den Gemeindevorstand der Gemeinde Nienhagen und das Bauamt des Landkreises Münden genehmigt. Zur Finanzierung hatten die Mitglieder nach Kriegsende Pflicht-Anteilscheine in Höhe von 75,00 Mark erworben. Die beginnende Inflation kann man aus der Tatsache ablesen, dass der Kaufpreis der Grundstücke, es handelte sich um landwirtschaftlich genutzte Bergwiesen, bei 3,00 RM/qm lag. Auch die Geldsumme für die Pflichtanteile lagen vor Baubeginn schon bei 1875 RM. Man ließ sich jedoch von dieser negativen Entwicklung nicht beeinflussen und begann nach dem Erwerb des Bauplatzes mit den Planungen für das Haus und wenig später konnte man mit der eigentlichen Bautätigkeit beginnen.

Ein verbindendes Gemeinschaftswerk

Der erste Spatenstich erfolgte bereits im August 1922. Man hatte in unmittelbarer Nachbarschaft zur Baustelle eine geräumige Holzhütte errichtet, deren Dach mit Teerpappe abgedichtet wurde. Diese primitive Unterkunft nutzten die fleißigen Naturfreunde während der Bauphase als Materiallager und Unterschlupf bei schlechtem Wetter. Die Verpflegung für die an jedem Wochenende am Haus Arbeitenden hatten die Frauen übernommen. In der Kasseler Festschrift von 1961 liest man hierüber folgendes: *Die Essensversorgung in der ersten Zeit der Arbeitssonntage hatte Christel W. mit zwei Helferinnen, Maria G. und Ella G. mit ihrer Freilandküche übernommen. Es gab nur Eintopf, mal Bohnen, mal Erbsen, mal Gerste und mal Gemüsesuppe. Wenn das Essen einmal angebrannt war, gab's 10 Pfennige Aufschlag. Geschmeckt hat es immer, und die beiden Kochdamen sind dann auch vom Fleck weg geheiratet worden.*

Am 1. Oktober 1922 war die offizielle Grundsteinlegung, die mit einer Rede von Valentin Traudt begleitet wurde. Nun wurde über ein Jahr lang jedes freie Wochenende in den Bau des Hauses gesteckt. Die 1913 eingerichtete Omnibuslinie ins Niestetal und nach Escherode war nach dem



Anteilschein über 75 RM 30.12.1921, am 9.3.1923 war Pflichtanteilschein auf 1850 RM durch die Inflation gestiegen

[Original: Archiv der Naturfreunde Kassel]



Das proletarische Gegenstück zur bürgerlichen Sommerfrische nimmt Gestalt an: „Ein einfaches Haus für solche, die an der schönen freien Natur sich erfreuen, in der Stille der hessischen Wälder Erholung suchen wollen nach der rastlosen Arbeit im Getriebe der Großstadt. Auf den grünen Matten, im Schatten der Bäume, wollen sie

Postkarte der Kasseler Naturfreunde 1922

das Erdenleid von sich abschütteln und neue Kräfte sammeln für den Kampf ums Dasein.“

Einweihungsrede, Casseler Volksblatt, 21. August 1923

Postkarte, deren Verkauf zur Finanzierung des Hauses beitrug

[Original: Archiv der Naturfreunde Kassel]



Anteilschein nach der Inflation über 5 Goldmark

[Original: Archiv der Naturfreunde Kassel]

Ende des Krieges noch nicht wieder eröffnet worden. So fuhren die „Bauleute“ am Wochenende nach getaner Arbeit mit der Eisenbahn bis zum Bahnhof Kragenhof und gingen von dort zu ihrer „Baustelle“ am Großen Steinberg. Um das notwendige Baumaterial transportieren zu könne, schaffte man als erstes einen großen sehr stabilen hölzernen Wagen an. Über holprige Wege konnte nun, meistens mit menschlicher Zug- und Schubkraft, das notwendige Baumaterial über teilweise recht stark ansteigende und abfallende Wege zur Baustelle befördert werden. Man belud das Gefährt in der Ziegelei der „Gewerkschaft Steinberg“ mit etwa 200 Steinen. Hierüber berichtete Fritz Bröker, der am Steinberg aufgewachsene Stiefsohn des bei der Ziegelei tätigen Betriebsführers, Ziegelmeister Wilhelm Hilmer. Er schrieb in seinen Erinnerungen an diese Vorgänge unter anderem folgendes: ... In den 20er Jahren baute der Verein der Naturfreunde unter ihrem Vorsitzenden, Herrn Petri, das Naturfreundehaus. Die Steine holten die Mitglieder im Hand- und Spanndienst vom Steinberg. Wenn einmal die anwesenden Mitglieder nicht ausreichten, den schweren Wagen mit Steinen zur Baustelle zu ziehen, stellte der Betriebsleiter (Wilhelm Hilmer) das Pferdegespann zur Verfügung. Hier mußte dann wieder, wie so oft, der treue und nette Gustav Kasmirski in Aktion treten. [Entnommen: 650 Jahre Nienhagen 2001]

Es war aber nicht nur das Pferdegespann des Werkes, das den Naturfreunden so manchen schwer beladenen Wagen zur Baustelle zog und ihnen somit die Arbeit erleichterte. Auf dem Werksgelände selbst durften die Naturfreunde auch die Kreissäge und andere Gerätschaften für das Zuschneiden und Verzimmern des Bauholzes benutzen. So war es ihnen möglich, die für Zwischendecken und den Dachstuhl notwendigen Holzteile im Werk zu bearbeiten. Danach wurden sie mit dem o. g. Wagen zur Baustelle befördert, um sie vor Ort einzubauen.

Trotz des Fehlens jeglicher Baumaschinen haben die Enthusiasten nach nur einem Jahr ihr Haus festlich eingeweiht. Am 19. August 1923 hielt Valentin Traudt vor mehr als 100 Anwesenden die Festrede. Paul Schminke, der Fotograf der Naturfreunde, hielt auch dieses festliche Ereignis mit seiner Plattenkamera für die Nachwelt fest. Auf seinem



Zur Grundsteinlegung hatte sich die gesamte Gruppe am Steinberg eingefunden

[Original: Archiv der Naturfreunde Kassel]



Naturfreunde beim Beladen eines Kuhwagens mit Backsteinen zum Bau des Naturfreundehauses auf dem Gelände der Ziegelei am Steinberg.

[Original: Archiv der Naturfreunde Kassel]



Unter gemeinsamer Anstrengung wird das Baumaterial zur Baustelle geschafft

[Original: Archiv der Naturfreunde Kassel]



Auf selbst konstruierten Tragen wurden die Steine durch Helfer zu den Mauern gebracht

[Original: Archiv der Naturfreunde Kassel]



Hier wird das Holz für den Dachstuhl gezimmert. Hierbei durften die "Zimmermänner" die Gerätschaften der Gewerkschaft Steinberg nutzen

[Original: Archiv der Naturfreunde Kassel]



Das Haus ist fertig, nun wird der Außenbereich verschönt

[Original: Archiv der Naturfreunde Kassel]



Und waren die Zeiten auch noch so schwer,
 Und stemmte sich manche Gewalt dagegen,
 Wir ließen nicht locker,
 Die Freunde umher die fleißigen Hände bewegten.
 Aus den Tälern hinauf zur sonnigen Höh!
 Und die Kraft nie verbraucht und neue erschafft,
 Es ist unser Lied nie verklungen.
 Immer wieder aufs neue sich aufgerafft,
 Und wir haben uns durchgerungen!
 Du Haus der Freiheit! Du Haus der Kraft!
 Ein Ruf von dir in die Täler!
 Erkling' in die Herzen,
 Erwecke die Müden, die Toren
 Und ruf sie empor, und laß sie hier schauen
 Was man mit Liebe und Treue kann bauen.
 Berg frei!

Zur Erinnerung an die Einweihung des Casseler
 Naturfreundehauses am Steinberg bei Hann. Münden.

Cassel, am 19. Aug. 1923.



Brude H. Putmann

Foto sieht man das mit Girlanden und der Fahne der Naturfreunde festlich geschmückte Gebäude. Während die älteren Herren Kniebundhosen und Wanderschuhe tragen, sind die meisten Jüngeren barfuß zu sehen. Elf Jahre nach der Gründung des Vereins hatte man es geschafft, trotz Weltkrieg und einsetzender Inflation, den Traum von einem eigenen Heim zu verwirklichen. Welche Mühen, Entbehrungen und Opfer die Naturfreunde für dieses Ziel gebracht haben, ist heute kaum noch nachvollziehbar.

Das Haus wird vergrößert

War man im Sommer 1923 glücklich über das gelungene Werk, so zeigte es sich sehr bald, dass man es zu klein geplant und gebaut hatte. Der Zulauf zu den Naturfreunden war während der 20er-Jahre sehr stark, so dass sie sich gezwungen sahen, ihr „Steinberghaus“ wesentlich zu vergrößern.

Nach dem Ende der Inflation des Jahres 1923 begannen die Naturfreunde bereits mit der Zeichnung neuer Pflichtanteilscheine für die Erweiterung des Hauses. Gewarnt durch die Verluste, welche man während der Inflation erlitten hatte, lauteten nun die neuen Anteilscheine auf Goldmark. Ihr Betrag war mit fünf Mark auch wesentlich niedriger.



Blick auf den Eingangsbereich
 [Original: Archiv der Naturfreunde Kassel]



Der Aufenthaltsraum
 [Original: Archiv der Naturfreunde Kassel]



Der karge Schlafsaal für die Frauen
 auf dem Steinberghaus. 1923

Der karge Schlafraum für die Frauen



Gemeinsamer Waschraum

[Original: Archiv der Naturfreunde Kassel]

Der Inflation war nun eine Deflation auf dem Fuße gefolgt. All dies konnte den Elan der Naturfreunde nicht mindern. 1929 wurden die Pläne für eine Erweiterung des Hauses genehmigt und man begann mit seiner Erweiterung. Die wirtschaftliche Notlage, die durch eine hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet war, bewirkte, dass sich die Erweiterungsarbeiten über zwei Jahre hinstreckten. Dadurch, dass man die Neigung des Daches verstärkte und Erker einbaute, konnte man das Dachgeschoss bis in die Spitze nun auch komplett nutzen. Das Haus bekam durch den Umbau ein völlig anderes Aussehen und nun verfügte es über genügend Platz, um die im Lauf der 20er-Jahre stark gewachse-

ne Zahl der Mitglieder unterzubringen. Am 6. Juli 1931 wurde das großzügig erweiterte Haus eingeweiht. Nun hatten bis zu 100 Personen die Möglichkeit, am Steinberg zu übernachten. Über dieses Ereignis berichteten auch die „Mündenschen Nachrichten“ am 8. Juli 1931.

Weihe des Erweiterungsbaues des Naturfreundeheims am Steinberg. Nachdem vor 14 Tagen der Gau Niederrhein-Südharz der Naturfreunde am Meißner sein Heim weihte, folgte am verflossenen Sonntag die Ortsgruppe Kassel mit der Weihe ihres Erweiterungsbaues am Steinberg. Das Haus enthält zwei Schlafräume, Küche, Aufenthaltsräume, mehrere Einzelzimmer mit zwei und mehr Betten, eine Küche für den Hüttenwart, sowie einen Aufbewahrungsraum und bietet rund 100 Personen Schlafgelegenheit. [StAM MN 1931]

Allzu lange konnten sich die Erbauer nicht mehr an ihrem gelungenen Werk erfreuen, denn der „Touristenverein Die Naturfreunde“ wurde kurz nach der Machtergreifung im Januar 1933 durch die Nationalsozialisten verboten und ihre Organisation aufgelöst. Das mit viel Mühen und Opfern erbaute Haus wurde gleichsam mit einem einzigen Federstrich durch die am 30. Januar 1933 an die Macht gelangten Nazis widerrechtlich enteignet.

Am 6. April 1933 hisste der Göttinger HJ-Unterbannführer Meyer auf dem Steinberghaus die Fahne der Hitlerjugend und besetzte es auf Anordnung der Reichsjugendführung für die Nachwuchsorganisation der Nazis. Am gleichen Tag war in den Mündenschen Nachrichten folgende Nachricht zu lesen.

Eine sehr begrüßenswerte Aktion.

Auf Anordnung der Reichsjugendführung besetzte heute Nacht eine Gruppe der Hitler-Jugend, Standort Münden, das Haus der Naturfreunde auf dem Steinberg. Sämtliches Inventar wurde beschlagnahmt und sichergestellt. Mit der Sicherung des Materials ist die Hitlerjugend augenblicklich noch beschäftigt. Die feierliche Übernahme des Heims durch die HJ erfolgte im Laufe des Tages durch Hisen einer HJ-Fahne auf dem Gebäude. Die gesamte Aktion fand unter Leitung des Unterbannführers Meyer / Göttingen der HJ statt.



Die Erweiterung des Hauses ist im Rohbau fertiggestellt

[Original: Archiv der Naturfreunde Kassel]

Die neuen „Hausherren“ fanden sehr rasch einen neuen Namen für das Haus. Ihrer radikalen Gesinnung gemäß firmierte das Naturfreundehaus nun unter dem Begriff **Arbeitslager Steinberg-Forst**. Bezeichnenderweise wird etwa einen Monat später hier ein Vortrag über Kleinkaliber und Wehrsport gehalten. In den „Mündenschen Nachrichten“ erschien



Blick in die Küche des Naturfreundehauses

[Original: Archiv der Naturfreunde Kassel]

ßen das neben der körperlichen Arbeit in jeder Weise auch geistige Ablenkung für die Jugend geboten wird. [StAM MN 18.5.1933]

Aus welcher Richtung der scharfe politische Wind nun wehte, wurde hier sehr deutlich ausgesprochen, wenn Schieß- und Wehrübungen hier als *geistige Ablenkung* bezeichnet wurden, wobei man die Betonung auf das Wort *Ablenkung* legen sollte. In eine ähnliche Richtung wiesen auch schon die Aktivitäten am 20. April 1933 hin. An diesem Tag pflanzten Mitglieder des Reichsarbeitsdienstes unterhalb des Hauses aus Anlass des 44. Geburtstags des „Führers“, 44 „Hitlereichen“ an. Der Bericht über diese „Pflanzaktion“ war in den Mündener Nachrichten am 21.04.1933 erschienen und hatte den folgenden Wortlaut:

44 Hitlereichen am Steinberg

Anlässlich des 44. Geburtstages Hitlers hat der freiwillige Arbeitsdienst am Naturfreundehaus gestern 44 Hitler- Eichen gepflanzt. Zuvor fand eine Feier statt, bei der zunächst Herr Förster Schrage eine Begrüßungsrede hielt, worauf Herr Pastor Knoke in einer kurzen Rede die Bedeutung des Tages würdigte. Als Vertreter der Stadt sprach sodann der Oberförster Zeidler. Die schlichte aber eindrucksvolle Feier war ein schönes Bekenntnis zu unserem Volkskanzler Adolf Hitler. [StAM MN 21.4.1933]



Einweihungsfeier des Erweiterungsbaues wenige Monate vor der Enteignung durch die Nationalsozialisten

[Original: Archiv der Naturfreunde Kassel]

am 18.Mai 1933 der folgende Artikel: *Arbeitslager Steinberg- Forst (Naturfreundehaus).*

Der Vorsitzende des Kleinkaliber-Schützenvereins, Herr Holzheid, ist verpflichtet worden, mehrere Vorträge über Kleinkalibersport und Wehrsport und sonstige Aufklärungsvorträge auf dem Arbeitslager Steinberg-Forst abzuhalten. Der erste dieser Vorträge hat am Dienstag Abend vor 50 Teilnehmern stattgefunden. Der sehr sachliche und überaus interessante Vortrag währte über 1 Std. und wurde mit sehr lebhaftem Beifall aufgenommen. Es ist zu begrü-

Neben der „Hitlerjugend“ nutzte auch das Nationalsozialistische Kraftfahrerkorps (NSKK) das **Arbeitslager Steinberg- Forst** während der ersten beiden Jahre des „1000-jährigen Reichs“ als Anlaufstelle bei Fahrten durch den Kaufunger Wald. Im Verlauf des

Jahres 1935 wurde das Haus vom Deutschen Jugendherbergswerk übernommen und nun für mehrere Jahre als Jugendherberge genutzt. Die nationalsozialistische Freizeitorganisation „Kraft durch Freude“ nutzte das Haus während dieser Zeit ebenfalls und hatte am 9. Mai 1939 die Kreis-, Orts- und Betriebswanderwarte dieser Bewegung zu einem Treffen im Steinberghaus eingeladen. [StAM MN] Während der NS-Zeit zog es immer wieder Kasseler Naturfreunde in IHR HAUS am Steinberg. So besuchte auch Paul Schminke mit drei „Gleichgesinnten“ am Bußtag

1938 das Steinberghaus. Beim Aufenthalt im vertrauten Gästeraum machte er an dem von ihm so geliebten Kachelofen eine Aufnahme, wo er auch schon in den Jahren vor der Enteignung ein Foto gemacht hatte. Den ahnungslosen Herbergsvater befragten sie während eines anderen Besuchs im Jahr 1940 nach der Geschichte des Hauses. Dessen Antwort notierte Paul Schminke in seinem Tagebuch ebenso wie die Tatsache, dass er erneut ein Foto seines Lieblingsplatzes gemacht habe: *Das Haus hätte die Kommune gebaut, meint er. Aufnahme im Aufenthaltsraum gemacht*“ Mit „Kommune“ hatte der Verwalter sicherlich sagen wollen, dass es von Kommunisten gebaut worden sei.

„Überleben“ in schwierigen Zeiten

Wie „überbrückten“ nun die Naturfreunde die schweren Zeiten des NS-Regimes? Das Jahr 1933 brachte die „Gleichschaltung“ sehr vieler Bereiche. Dies bedeutete in der Praxis, dass die Gewerkschaften und alle demokratischen Parteien sowie die ihnen nahestehenden Organisationen oder Verbände verboten und aufgelöst wurden. Den links orientierten Naturfreunden erging es ebenso. Für viele kam dieser Bruch nicht unerwartet, denn schon lange vor dem Januar 1933 war der Ungeist allenthalben zu spüren. In vielen Gaststätten waren „Rote“ nicht mehr erwünscht. Auf dem Dörnberg zum Beispiel wehten über dem Segelfluggelände bereits 1932 die Hakenkreuzfahnen. Diese Verbote kommender Ereignisse fanden in Tagebüchern ihren Niederschlag. So ist u. a. bei Paul Schminkes Aufzeichnungen zu lesen: ... *Als in 1933 das alte Wandern sang- und klanglos zu Ende war und wir ziellos und hei-*



Naturfreundehaus mit DJH-Schild 1937/38

[Original: Elma Riemann]

matlos dastanden, da überkam uns alte, ruhelose Wander- gesellen der Gedanke, daß es wirklich schade sei, auch so ruhmlos auseinander zu gehen, Der Gedanke an ein (...) war schon lange in uns drinnen. Über eine letzte Wanderung des Wanderführers Biernoth zu einer Hütte bei Grebenau notierte Schminke folgendes: Es soll eine ehemalige Hühnerfarm sein (...) Auf dem Steinberg sitzt jetzt Hitler und seine braune Garde drinne. (...) Die Hütte und ihre Lage gefällt uns, Wald, Feld und Wasser in nächster Nähe, Naturfreund, was willst du mehr. Ein Ersatznaturfreunde- haus ist gefunden. (...) Der Verein an sich ist ja schon lange gleichgeschaltet, vielmehr aufgelöst und alles beschlag- nahmt worden. Dies ist gleichsam eine Beerdigung, doch wir leben im alten Sinne weiter. Mit dieser Hütte hatten die Naturfreunde wieder ein Ziel. Sie legten einen Garten an, pflanzten Bäume und richteten im Haus eine Küche ein. Das Haus füllte sich rasch wieder mit Leben und manche verlebten hier an der Fulda ihren Jahresurlaub. Wichtig war für sie, dass sie hier unter ihresgleichen waren. Sie bauten sich ein kleines Segelboot, mit dem sie die Fulda befuhren. Es war ein Refugium, in dem man frei sprechen konnte und es schien so, als wäre alles so wie früher. In der Festschrift von 1961 stellten die Naturfreunde fest: Der eine oder andere blieb weg, auch neue kamen hinzu. Zwei Mal sind wir in Grebenau von ländlichen SA-Gruppen mit schweren Lastwagen aufgesucht, jedoch nicht belästigt worden. (...) Die Jahre 1933 bis 1938 waren für uns eine schöne Zeit. Wenn man dieser sehr positiven Aussage Glauben schenken kann, so schienen sich die meisten mit den neuen Ver- hältnissen abgefunden zu haben. Es kam 1938 in Grebenau zur Trennung der Gruppe, wobei der eigentliche Grund nicht klar auszumachen ist. Im Nachbarort Ellenberg ver- half den Suchenden persönliche Beziehung und eine Flasche Cognac dazu, dass ihnen der Bürgermeister des Dor- fes die Hütte des Sportvereins vermietete. Diese Idylle währte jedoch nicht mehr lange, denn nach dem vernich- tenden Bombenangriff auf Kassel am 6. Oktober 1943, diente sie ausgebombten „Volksgenossen“ als Notunter- kunft. Schminke notierte resigniert, dass seine Laube als Wanderstützpunkt erledigt war. In den letzten Monaten des Krieges bestimmte die Furcht vor häufigen Bomben- und



**Umsiedler aus Bessarabien und Saarländer im Ge-
spräch vor dem Naturfreundehaus**

[Original: Schlichter]



Paul Schminke bei seinem Besuch in der "Jugendherge" Steinberg während der NS-Zeit

[Original: Archiv der Naturfreunde Kassel]

Tieffliegerangriffen das tägliche Geschehen. Paul Schminke vermerkte im Tagebuch, dass er sich einen Raben gebraten habe, um die mangelhafte Fleischzuteilung aufzubessern. Lakonisch vermerkt er an anderer Stelle: *Mehr Geschirr wie Essen*. Oder er notierte zynisch und bitter: *Sonnabend habe ich beschlossen, es wird blau gemacht. Und wenn der Krieg verloren geht, ich mache zur Hütte. (...) Ich habe eine Vollmilch bei unserem Bauer erhalten und saufe mir einen an. Der Krieg sieht nicht gut für uns aus*. Mit dieser Aussage sollte er Recht behalten, denn Anfang April

1945 besetzten amerikanische Truppen die durch Bomberangriffe zu 70% zerstörte Stadt Kassel. In dieser ausweglosen Situation wollte die Wehrmacht den raschen Vormarsch der Amerikaner aufhalten und erklärte Landwehrgenossen zu einem Brückenkopf. Für die Bewohner wurde der Befehl zur Räumung ausgegeben. Viele machten sich, als in der Nacht vom 3. auf den 4. April 1945 der Artilleriebeschuss des Dorfes einsetzte, mit dem Notwendigsten versehen auf den Weg in die umliegenden Wälder. Hauptziel war der Steinberg. Hier baute man notdürftige Hütten auf, die man mit Planen und Tannengrün abdeckte.

Viele Frauen und Kinder kamen

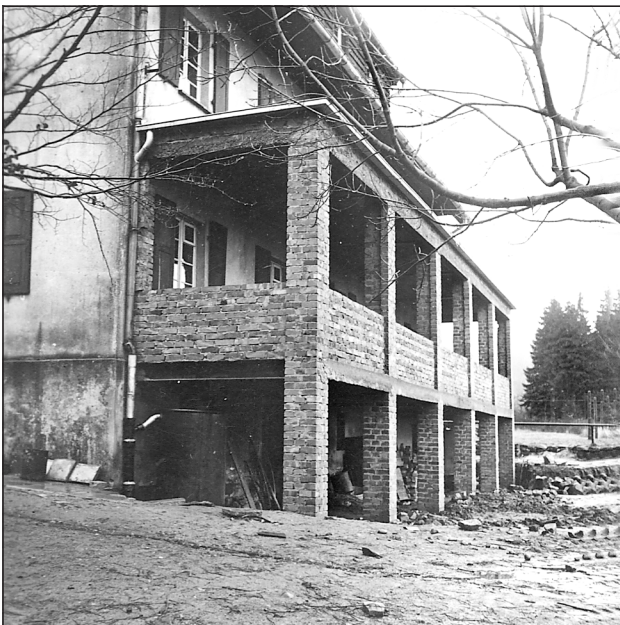
im ehemaligen Direktorenhaus der Gewerkschaft Steinberg und im Naturfreundehaus unter. Nach der Einnahme des hart umkämpften Dorfes Landwehrgenossen kehrten die Bewohner nach drei Tagen wieder in ihr zu großen Teilen zerstörtes Dorf zurück. Somit wurde das Haus der Naturfreunde in den letzten Tagen des Krieges zu einem Hort der Zuflucht für Frauen und Kinder.

Nach diesem Blick auf die NS-Zeit und die beiden „Ersatznaturfreundehäuser“ in Grebenau und Ellenberg eine kurze



Die Escheröder Laienspielgruppe vor dem ramponierten Naturfreundehaus im Jahre 1951

Rückblende auf die ersten Jahre des Zweiten Weltkrieges und die Ereignisse am Steinberghaus. Als Folge des Pakts der Nazis mit der Sowjetunion vom 23.08.1938 begannen 1940 große ethnische Säuberungen in Bessarabien und der Nordbukowina. Im Zuge der „Verschiebung“ ganzer Bevölkerungsgruppen im Osten Europas kamen auch einige „volksdeutsche“ Familien aus Bessarabien in den Kreis Münden. Sie wurden vorübergehend für einige Wochen im „Naturfreundehaus“ untergebracht und dort von Schwestern des Deutschen Roten Kreuzes betreut. Im weiteren Verlauf des Krieges wurde das Haus nur sporadisch genutzt und auch die Pflege des Gebäudes wurde kriegsbedingt stark vernachlässigt. Für einige Jahre fanden nach Kriegsende mehrere Familien aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten ein neues Domizil am Steinberg.



Balkone werden massiv gebaut und gleichzeitig die Aufenthaltsräume erweitert

[Original: Archiv der Naturfreunde Kassel]

Ein neuer Anfang

Nach Kriegsende und der Neugründung des Vereins bemühten sich die Naturfreunde um die Rückgabe ihres Hauses, um es erneut mit Leben zu erfüllen. In den „Mündenschen Nachrichten“ ist am 26. Februar 1947 die folgende Anzeige zu lesen:

Für das Jugendhaus am Steinberg (Naturfreundehaus) werden zur sofortigen Einstellung gesucht: 1 Mann für Haus- und Gartenarbeiten, 1 Frau als Hilfe für die Herbergsmutter in der Küche. Bewerbungen von der Jugend- bzw. Naturfreundebeziehung Nahestehenden werden erbeten an

Kreisverwaltung Münden [StAM MN]

Diese ersten Bemühungen nach dem Kriege waren allerdings noch nicht erfolgreich und wahrscheinlich auch etwas verfrüht, denn das Gebäude war in desolatem und völlig heruntergekommenem Zustand. Es lagen noch mehr als zwei Jahre harter Arbeit vor den Naturfreunden, bis man das Gebäude wieder vollkommen in Stand gesetzt hatte,



Nach Fertigstellung kann das Haus wieder größere Gruppen aufnehmen, wie der Bus zeigt

[Original: Archiv der Naturfreunde Kassel]

um es und nun wieder als Wanderziel und Aufenthaltsort anzuwandern zu können.

Am 1. April 1949 war es endlich soweit, dass man das Haus, 16 Jahre nach der Enteignung, wieder voll nutzen konnte. Allerdings fand die offizielle Eröffnung erst am 15.11.1949 statt. Über dieses Ereignis berichteten wiederum die „Mündenschen Nachrichten“:

Im April wurde das Haus wieder von den „Naturfreunden“ aus Kassel übernommen. Diese gingen daran, das Haus völlig neu zu gestalten. Am 15.11.49 war es dann soweit. In einer Feierstunde wurde es zahlreichen Gästen vorgestellt. Seit der Übernahme am 1.4. hatten 778 Erwachsene und 1547 Jugendliche hier übernachtet. Das Haus bietet 120, im Notfall auch 150 Gästen Platz. [StAM. MN]

Es wohnten allerdings während dieser Zeit noch einige Heimatvertriebene im Haus und es sollte bis zum 9. Januar 1952 dauern, bis die letzte Familie das Haus verließ. Erst jetzt konnten die rechtmäßigen Besitzer, nach nahezu 20 Jahren, ihr geliebtes Steinberghaus wieder komplett für eigene Zwecke nutzen. Die Schäden, die nach der jahrelangen fremden Nutzung behoben werden mussten, waren sehr umfangreich. So war beispielsweise der über die gesamte Breite des Hauses laufende, aus Holz gefertigte Balkon, völlig morsch und musste abgerissen werden. Man erneuerte ihn nicht, sondern erweiterte in massiver Bauweise die unteren Räume nach Süden hin. So gewann man auf der ersten Etage wesentlich mehr Platz für die Bewirtung von Gästen und nutzte die darüber befindliche Fläche nun als Balkon über die gesamte Länge des Hauses zum Sonnen. Dieser Erweiterungsbau konnte schon 1952 eingeweiht werden. Ein Jahr später gehörten auch die rauchenden Petroleumlampen der Vergangenheit an, denn ein Dieselaggregat sorgte von da an für elektrischen Strom. In Zusammenarbeit mit Familie Sommerlade wurde das Haus seit Anfang der 50er-Jahre voll bewirtschaftet. Nachdem das Land Niedersachsen 1953 das ehemalige Werksgelände am Kleinen Steinberg erworben hatte und Revierförster Wol-

ter und Regierungsrat Dr. Bauer das Haus bezogen hatten, baute die Bundespost im Frühjahr 1954 eine Telefonleitung zum Steinberg, so dass nun beide Häuser über einen telefonischen Anschluss verfügen konnten.

1960 bauten die Naturfreunde eine moderne Küche, die den mit der Zeit gestiegenen Anforderungen der Mitglieder und der Gäste gerecht wurde. Zehn Jahre später verlegten die Elektrizitätswerke Mitteldeutschland ein Erdkabel, um das Haus an ihr Stromnetz anzuschließen. Von Nienhagen aus verlegte die EAM 1970 dieses Kabel und versorgt seitdem sowohl das Waldjugendheim am Kleinen Steinberg wie das Naturfreundehaus mit elektrischer Energie. Mit dem Anschluss war die Zeit der Eigenproduktion von elektrischem Strom durch das tuckernde Dieselaggregat vorüber. Welcher Fortschritt und welche Erleichterung dieser späte Anschluss an das Stromnetz bedeutete, geht aus den Worten der Herbergsmutter Lore Nadolny hervor. Sie antwortete auf die Frage: *Was war dein schönstes Erlebnis in der ganzen Zeit?*

Mein schönstes Erlebnis war, als ich nun merkte, daß ich da oben Strom hatte. Da hätte ich 'nen Satz machen können. Ich hab mir sofort 'en Bügeleisen gekauft und 'ne Waschmaschine. Da hab ich mich davor gesetzt und hab geguckt wie'n Kind zu Weihnachten. Mit dem Strom kriegten wir auch Kühlschränke. Man konnte auch mal Eis kriegen für die Kinder. War jetzt alles viel einfacher. [Entnommen: Festschrift 75 Jahre Naturfreunde in Kassel 1911-1986]

Ein weiteres drängendes Problem stellte die Abwasserentsorgung dar. Bereits für den Herbst 1989 hatte der niedersächsische Umweltminister Werner Remmers den Beginn der Bauarbeiten für die neue Kleinkläranlage zugesichert. Bei diesem Anlagentyp handelte es sich um eine in der DDR entwickelte Anlage, die schon in anderen Orten Niedersachsens im Einsatz war, da sie besonders betriebssicher und kostengünstig arbeitete und eine gute Reinigungsleistung erbrachte. Der Baubeginn verzögerte sich jedoch bis zum 25. März 2001. Mit einem Kostenaufwand von 814000,00 Mark wurde die Anlage unterhalb des Naturfreundehauses von der Gemeinde Staufenberg errichtet. Die Gemeinde wurde jedoch nur mit knapp einer viertel Million DM an deren Kosten beteiligt, den größten Anteil schulterte das Land. Am Fuße des Hellenbergs wurde für die Endreinigung ein Klärteich erbaut. Von hier aus werden seitdem die mechanisch und biologisch gereinigten Abwässer kurz unterhalb des Staudamms in den Ingelheimbach eingeleitet.

Anforderungen der Neuen Zeit

Mit dem Einzug der Familie Nadolny als Heimeltern im April 1961 begann die moderne Zeit auf dem Steinberg. Die etwas volleren Geldbörsen zu Zeiten des bundesdeutschen Wirtschaftswunders sorgten für Betrieb und volle Belegung im Steinberghaus. Es war nun weniger als Wander- und Freizeitzstützpunkt für die Kasseler Naturfreunde gefragt. Zunehmend wichtiger war geworden, über den Kreis der Naturfreunde hinaus ein attraktives Angebot zu machen. Die Zimmer und damit auch die Bettenzahl wurden verkleinert, für fließend kaltes und warmes Wasser in jedem Zimmer wurde gesorgt, ein Lesezimmer und ein



Skisport am Steinberg

[Original: Archiv der Naturfreunde Kassel]




Winterliche Impression am Steinberg

[Original: Archiv der Naturfreunde Kassel]



August Nadolny hielt Fahrwege mit einem selbstgebauten Schneepflug frei

[Original: Archiv der Naturfreunde Kassel]

TOURISTENVEREIN	
Die Naturfreunde	BUND FÜR WANDERN UND BERGSTEIGEN
	
Ortsgruppe: <u>Kassel e.V.</u>	
Anschrift: <u>Karl Wack</u>	
<u>Kassel, Stifterstr.11</u>	Datum: <u>22. März</u> 195 <u>4</u>
 B e s c h e i n i g u n g . 	
Wir bescheinigen Herrn Georg S o m m e r = l a d e , daß seine Tochter Hannelore nach ihrer Schulentlassung in dem uns gehörenden und von uns betriebenen Naturfreundehaus "Steinberg " eingestellt wird.	
Ortsgruppe Kassel e.V. Der Vorstand: I.A. <i>Wack</i> (Wack) 1. Vorsitzender	

**Die Tochter des Herbergsvaters Georg Sommerlade bekommt
ein Arbeitsverhältnis auf dem Steinberg**

[Original: Schulchronik Nienhagen]

Hobby- und Spielkeller wurden angelegt. Die Familienerholung sollte das neue Image des Steinberghauses werden. Bei alledem sollte das Haus nicht so kommerziell wie andere Pensionen oder Gasthäuser geführt werden. Und es sollte anders als die üblichen Freizeit- und Urlaubsangebote sein: eben ein Naturfreundehaus, eine internationale Freizeit-, Begegnungs- und Kulturstätte für solidarisch gesinnte Menschen. Immer wieder muß bis heute dieser Anspruch zwischen Wirtschaftlichkeit und darüber hinausgehenden gesellschaftlichen und politischen Zielen der Naturfreundebewegung ausbalanciert werden. [Entnommen: Festschrift 75 Jahre Naturfreunde in Kassel 1911-1986]

**Die aufkommende Motorisierung in den Jahren
des „Wirtschaftswunders“**

War nach der Währungsreform noch ein Motorrad der Traum eines jeden Mannes, so wurde dieses bequeme Fortbewegungsmittel in den 50er und 60er Jahren mehr und mehr durch das Auto abgelöst. An zwei Zahlen lässt sich diese Entwicklung am besten verdeutlichen. Waren 1954 lediglich 3,8% der Arbeiter im Besitz eines Personenkraftwagens, so stieg diese Zahl bis 1960 auf 24%, um danach jedes Jahr noch wesentlich schneller anzusteigen. Diese rasante Entwicklung brachte auch Veränderungen für die Kasseler Naturfreunde mit sich. 1965 gründeten einige Mitglieder eine Motorwandergruppe. Ein Jahr später star-

teten einige Mitglieder dieser Gruppe eine erste „Auslandsreise“ nach Frankreich ins Elsaß. Ziel dieser Reise war das Naturfreundehaus „Treh“ in der Nähe von Mulhouse, der Partnerstadt Kassels. In der Festschrift zum 75-jährigen Bestehen des Vereins wurde dieser Aspekt beleuchtet. Einige, zum Teil nicht unkritische Auszüge aus dem Beitrag, unter dem Motto: *Mit dem Auto zum Wandern*, seien hier zitiert: ... *Intensiv nutzte die Motorwandergruppe auch ihr eigenes Haus, das Steinberghaus, das sie mit Leben erfüllte und durch die damals noch üblichen Hausdienste unterstützte. Dort wanderten, feierten und führten sie ihre Kinder in das Gemeinschaftsleben der Ortsgruppe ein. Das gesellige Beisammensein auf Reisen und im Urlaub, die gemeinsamen, ausgedehnten Wanderungen (und die Würstchen vom Grill dürfen dabei nicht unerwähnt bleiben) bildeten die Hauptaktivitäten dieser Gruppe. Aber nicht ganz unumstritten war diese motorisierte Gruppe bei den eingefleischten Wanderern der Ortsgruppe, die noch die Wurzeln der alten, traditionellen Arbeiterbewegung aus eigener Erfahrung kannten. Mißtrauisch beobachteten die Alten diejenigen jungen, motorisierten Familien aus dem Klampfenchor, die sich nach dem Vorbild der Bundesgruppe zur Motorwandergruppe zusammengeschlossen hatten. Diese Initiative wurde im wesentlichen von Familie Kluge vorangetrieben. Das Auto war damals in den 60iger Jahren das Statussymbol des aufkommenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritts. Es verkörperte ein Stück den Mythos, daß die sozialen Unterschiede in unserer Gesellschaft endgültig der Vergangenheit angehörten. Rückblickend war der Preis für die Erfüllung dieser Sehnsucht hoch – zerstörte Umwelt und Individualisierung der Menschen.*

... *Sie benutzen schlicht das Auto als Verkehrsmittel, um die bis dahin nur geträumten Wanderziele erreichen zu können. Auch heute noch ist der Zweck von ihren Autofahrten, in unbekannten Gegenden Wanderungen zu unternehmen. Das Auto bleibt auf seine Funktion beschränkt: keine sinnlose Raserei, kein Autofetischismus. Aber es hat sich trotzdem einiges verändert, der materielle Wohlstand, der selbstverständliche Umgang mit dem Auto auch für die Naturfreunde haben den Aspekt des gemeinsamen Reisens in dieser Gruppe stark in den Hintergrund gedrängt. Und so stehen touristische Aktivitäten wie das Wandern, Skilaufen, aber auch Camping neben vielen anderen Geselligkeiten im Mittelpunkt der Gruppenaktivitäten.*

Der Autor bemerkte den sozialen Wandel, der sich mit dem einsetzenden Wohlstand vollzog. Die selbstverständliche Teilhabe an Dingen des täglichen Lebens, die in der Zeit vor und nach dem Krieg unerreichbar waren, schufen den Mythos von der Einebnung der sozialen Unterschiede. Der Autor spricht hier ganz eindeutig von einem Mythos. Er hatte erkannt, dass keine wirkliche soziale Veränderung stattgefunden hatte. Im Jahr 1960 verfügte eine sehr kleine

Gruppe, nämlich 1,7% der Bevölkerung, über 35% des Kapitalvermögens und 70% des Produktivvermögens. Die soziale Schichtung war nach wie vor sehr ausgeprägt. Die Einheirat von Arbeitersöhnen in eine gehobene Schicht gelang nur etwa 10 bis 15%. Nach wie vor wurden Söhne von Arbeitern ebenfalls Arbeiter. Es entwickelte sich jedoch eine beruflich hoch qualifizierte Arbeiterelite mit einem veränderten Bewusstsein. Es sollte noch bis in die 70er-Jahre dauern, bis die Möglichkeiten einer höheren Bildung für Arbeiterkinder geschaffen wurden. In den Jahren des „Wirtschaftswunders“ entwickelte sich eine „Klassenentbindung“ des typischen Industriearbeiters. Soziologen sprechen in diesem Zusammenhang von einer „Entproletarisierung“ der Arbeiter. Die Konkurrenz mit dem in Ostdeutschland existierenden politischen Gegenmodell bewirkte die Hauptschubkraft für die Verbesserung der sozialen Bedingungen und eine gewisse Lockerung der Klassengrenzen während der Nachkriegszeit.

Paul Schminke (1888-1966), der Fotograf der Kasseler Naturfreunde

Im Junius Verlag erschien 1985 ein von Wulf Erdmann und Klaus-Peter Lorenz verfasstes Buch mit dem Titel *Die grüne Lust der roten Touristen*. In diesem Werk befassten sich die Autoren mit dem Leben und Werk des Kasseler

Naturfreundes Paul Schminke. Sie konnten sich bei ihrer Arbeit zum großen Teil auf das im Steinberghaus befindliche umfangreiche Bildarchiv der Naturfreunde und das Tagebuch Paul Schminkes stützen. Das Bildarchiv der Kasseler Naturfreunde besteht fast ausschließlich aus dem fotografischen Lebenswerk Paul Schminkes und umfasst einen Zeitraum von mehr als 50 Jahren. Das Buch vermittelt am Beispiel dieses bemerkenswerten Chronisten einen Einblick in die schwierigen Bedingungen, unter denen die Naturfreunde ihre Ziele anstrebten und verwirklichten. Die politischen und wirtschaftlichen Frakturen der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hat Paul Schminke in seinem Tagebuch und mit Hilfe der Kamera treffend charakterisiert. Seinem Wirken verdankt auch dieser Bericht über das Naturfreundehaus am Steinberg die meisten der hierbei verwendeten Fotografien. Durch diese Bilddokumentationen wird aus einer relativ trockenen Aufzählung von Fakten ein mit Leben erfülltes Zeugnis. Sein fotografisches Interesse war weit gestreut. So fotografierte er beispielsweise schon 1913/14 den Bau der Edertalsperre, das letzte große Bauprojekt des Kaiserreichs vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges, ebenso wie die Arbeiten an der „Reichsautobahn“ während der NS-Diktatur. Ein von ihm auf der neuen, noch fast autofreien Autobahn fotografiertes vorüberfahrendes Halbkettenfahrzeug mit angehängter 8,8 cm Flak

Baubeginn für Kleinkläranlage

Landwehrhagen (tl). Nicht mit Hake und Spaten rückten am Donnerstag Politiker und Offizielle am Naturfreundehaus auf dem Steinberg an, um für ein nicht alltägliches Neubauprojekt den ersten Spatenstich vorzunehmen. Gesehen wurden an diesem regnerischen Tag allenfalls Bauarbeiter mit ihren schweren Maschinen, die still und heimlich mit den Erdarbeiten für die geplante Kleinkläranlage begannen. Damit geht nun doch noch die Zusicherung des einstigen niedersächsischen Umweltministers Werner Remmers in Erfüllung, der für Herbst 1989 die Aufnahme der ersten Bauarbeiten angekündigt hatte.

Was auf dem Steinberg in den kommenden Monaten entsteht, ist keine Kläranlage nach herkömmlicher Art. Eine solche wäre dort auch deplaziert, weil in dieser später nur die Abwässer des Naturfreundehauses gereinigt werden, die sich durch hohe Stoßbelastungen an den Wochenenden auszeichnen. Bis zu 6000 Übernachtungen registriert der Kasseler Touristenverein „Die Naturfreunde“, der Eigentümer des Hauses ist, in jedem Jahr; dazu komme dann noch die dreifache Zahl an Wanderern, die Einkehr in dieser Herberge hielten, wie der Heimleiter gegenüber der HNA herausstellte.

Da eine herkömmliche Kläranlage aus wirtschaftlicher Sicht dort ebenso fehl am Platz wäre wie eine kilometerlange Kanalleitung boten sich in der

ehemaligen DDR entwickelte Kleinkläranlagen geradezu an, die nach Darstellung des Ministeriums hohe Betriebssicherheit, geringe Betriebskosten und verbesserte Reinigungsleistung garantieren sollen.

Vier dieser Anlagen „exportierte“ Remmers seinerzeit nach

Niedersachsen; das Land verpflichtete sich, diese Kleinkläranwerke, die in Holtershausen (Einbeck), Bettenrode (Gleichen), Ahlde (Emsbüren) und am Steinberghaus entstehen werden, als Pilotprojekte weitgehend auf Landeskosten zu errichten und zudem noch für eine

wissenschaftliche Begleitung durch die Fachhochschule Suderburg und der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar zu sorgen.

814 000 DM soll die Anlage kosten; die Gemeinde Staufenberg steuert lediglich eine knappe Viertelmillion DM bei.



DER STARTSCHUSS für den immer wieder verzögerten Baubeginn der Kleinkläranlage für das Naturfreundehaus auf dem Steinberg ist gefallen. (Foto: Barth)



Postkarte mit dem Naturfreundehaus aus den 60er Jahren

(ein aufsitzender Soldaten winkt dem Fotografen freundlich zu), kommentierte er mit den prophetischen Worten: „Der Krieg fährt auf der Autobahn“! Wie recht er doch mit diesem in die Zukunft weisenden Ausspruch behalten sollte.

Nachdem er 1949 in den Ruhestand gegangen war, bedeutete dies nicht, dass er nun die Hände in den Schoß legte. So betätigte er sich weiterhin sehr aktiv über viele Jahre hinweg beim Erneuern „seines“ Steinberghauses.

Neben dieser Aufbauarbeit gab er weiterhin sein Können und seine Erfahrung, die er über Jahrzehnte mit der Kamera gemacht hatte, an die Mitglieder der Fotogruppe der Naturfreunde weiter. Mit 78 Jahren verstarb Paul Schminke 1966 in seiner Heimatstadt Kassel.

Eine grundlegende Erweiterung und Erneuerung des Hauses am Steinberg.

Hatte der Verein schon Ende der 40er Jahre und zu Beginn der 50er und 60er Jahre das Haus den gestiegenen Ansprüchen der Gäste angepasst, so stellten sich im Verlauf der letzten Jahre diese Verbesserungen als nicht mehr ausreichend dar. Es waren aber auch strengere baupolizeiliche Auflagen, die erfüllt werden mussten. Bei der Festrede zum 75-jährigen Bestehen des Hauses am 23. August 1998 wies die Festrednerin, die Kasseler Stadtverordnete Ilona Caroli, auf diesen Umstand hin. Sie sagte ... dass 75 Jahre kein Alter für ein solches Haus bedeuten würden. Es müsse in seiner Funktion erhalten und weiter entwickelt werden. Der Erfolg und Fortbestand spreche für die Menschen, die die Bewirtschaftung sicher stellten. 75 Jahre bieten nicht nur einen Blick zurück, sondern dieses Jubiläum müßte auch für einen Ausblick auf die Zukunft genutzt werden. Dabei seien Debatten aus der Geschichte der Naturfreunde bis heute aktuell, aber um die Komponenten sozialverträglicher Umweltschutz und sanfter Tourismus erweitert worden. Sie ist der Meinung, daß sich das Steinberghaus für die Gegenwart geöffnet hat und dankt zum Schluß allen, die

es bis hierher gebracht haben und es erhalten wollen. [Entnommen: Der Wegweiser, 45. Jahrgang, Folge IV/98]

Der Verein sah sich unmittelbar nach diesen Feierlichkeiten dazu veranlasst, das Haus zu erweitern und grundlegend zu modernisieren. In den Jahren 1999 bis 2000 wurden die Sanitärräume im Kellergeschoß erneuert und eine moderne Heizungsanlage installiert. Im Dachgeschoß mussten im gleichen Zeitraum aus Gründen des Feuerschutzes einige Zimmer geschlossen werden. Die 2001 geplanten Umbaumaßnahmen lagen bei 750 000,00 DM. Die Realisierung dieser großen Vorhaben konnten nur mit finanzieller Unterstützung der Länder Hessen

und Niedersachsen erreicht werden. Beim Neujahrsempfang im Januar 2001 gab der 1. Vorsitzende Peter Habermann seiner Hoffnung Ausdruck, für die Fortführung der Arbeiten Landesmittel zu bekommen. Die 1600 Mitglieder des Bezirksverbandes hätten im vergangenen Jahr bereits 4000 Mark an zusätzlichen Spenden aufgebracht. Trotz eingeschränkten Betriebs mit nur 43 Betten habe das Haus im vergangenen Jahr 2000 Übernachtungen verzeichnen können. Zudem hätten 3500 Tagesgäste, darunter viele Wanderer, das Haus besucht. Neben dem Bau eines neuen Treppenhauses und der Erneuerung und Modernisierung der Küche sahen die Planungen auch den Bau neuer Zweibettzimmer mit Dusche und WC vor. Diese umfangreichen Modernisierungen entsprachen dem allgemeinen Trend zu



Sonntäglicher Ausflug im Sommer 1954 mit Einkehr im Naturfreundehaus

STEINBERGHAUS

Naturfreunde planen großen Anbau

Die Naturfreunde haben im vergangenen Jahr in ihr Steinberghaus im Kaufunger Wald rund 90 000 Mark investiert. Dies gab der Vorstand anlässlich einer Neujahrsbegrüßung bekannt.

ALTKEIS MÜNDEN ■ Der Kasseler Bezirksverband der Naturfreunde hatte seinen Mitgliedern, Förderern und Freunden aus zahlreichen hessischen und niedersächsischen Gemeinden gestern bei einer Neujahrsbegrüßung im Steinberghaus einige Neuigkeiten zu vermelden. Im vergangenen Jahr investierte der Verband mit Ortsgruppen unter anderem in Münden, Witzhausen, Kaufungen und Eschwege rund 90 000 Mark in sein Naturfreundehaus. Das Gebäude mitten im Kaufunger Wald erhielt im Kellergeschoss neue Sanitärräume sowie eine moderne Heizungsanlage. Zudem investierte der Bezirksverband in die Ausstattung der Zimmer.

Doch das Haus befand sich im vergangenen Jahr nicht nur auf Wachstumskurs, erläuterte Vorsitzender Peter Habermann. Aus Brandschutzgründen habe man im Dachgeschoss Zimmer schließen müssen. Deshalb biete das Haus derzeit nur noch 43 statt 63 Betten.

Das soll sich allerdings möglichst bald ändern. Denn der Bezirksverband plant laut Habermann einen Anbau mit rund 20 Zimmern sowie Seminar- und Gemeinschaftsräumen. Der Anbau solle auch Schulklassen aufnehmen können. Die Kosten des Projekts lägen bei rund 750 000 Mark. Bei der Realisierung sei man auf die Zusammenarbeit der Nachbarländer Niedersachsen und Hessen angewiesen, erläuterte der Naturfreundevorsitzende, der für das Vorhaben noch in diesem Jahr



Von links: Paula Knauf und Helga Hartleib sorgen für das leibliche Wohl im Steinberghaus.

bei den Landesregierungen in Wiesbaden und Hannover Geld auftreiben möchte. Die insge-

samt 1600 Mitglieder des Bezirksverbands hatten im vergangenen Jahr bereits 4000

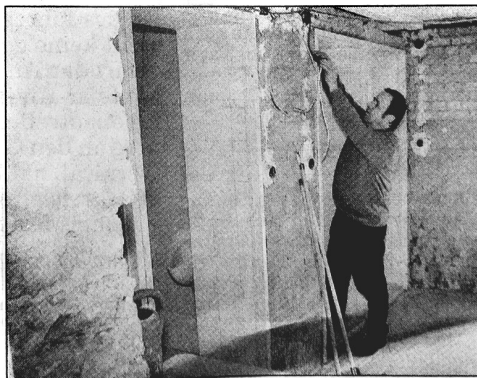
Mark an zusätzlichen Spendengeldern aufgebracht.

Trotz des eingeschränkten Betriebs mit nur 43 Betten weist die Bilanz des Steinberghauses für das vergangene Jahr 2000 Übernachtungen aus. Hinzu kommen etwa 3500 Tagesgäste, darunter viele Wanderer. Betreut wurden die Gäste von fünf Beschäftigten.

Öffnungszeiten

Das Steinberghaus ist immer mittwochs bis sonntags von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Für die Nutzung an den übrigen Wochentagen sind unter der Rufnummer 0 55 43 / 16 09 Absprachen mit der Leitung des Hauses zu treffen. (lgr)

Naturfreundevorsitzender Peter Habermann nimmt den Baufortschritt in den Kellerräumen unter die Lupe. Für den Umbau der Toiletten musste man die Räume ausschachten. (Fotos: Grugel)



Mitarbeiterinnen in der Küche und unten der Bezirksvorsitzender Peter Habermann bei Renovierungsarbeiten

[HNA 14.1.2001]

mehr Komfort und sollen das Haus auch in der Zukunft für die Naturfreunde, Wanderer, Jugendgruppen, Besucher, Tagungen und andere Veranstaltungen attraktiv machen.

Schritt für Schritt wird's neu.

So konnte man es im Januar 2006 in der **Mündener Allgemeinen** lesen. Peter Habermann, der Vorsitzende des Bezirksverbandes und Vorsitzender der Ortsgruppe Kassel, hatte zum Neujahrsempfang in das Steinberghaus eingeladen. Hierbei wollten sich die zahlreichen Besucher vor allem über den Fortschritt des Umbaus informieren. Peter Habermann erläuterte, dass man 2003 mit dem Anbau eines neuen Treppenhauses begonnen habe. 2004 konnte das

Richtfest gefeiert werden. Danach sei der Innenausbau und der Umbau des Eingangsbereichs begonnen worden. Deswegen Neugestaltung werde in Zukunft Rollstuhlfahrern den Besuch des Hauses erleichtern. Das Treppenhaus entspreche nun den strengen Auflagen des Brandschutzes. Es entstehen durch den Umbau moderne und großzügige sanitäre Einrichtungen für die Gästezimmer und auf zwei Etagen attraktive Gemeinschaftsräume. Er vergaß nicht zu erwähnen, dass die Naturfreunde für jeden gespendeten „Baustein“ dankbar seien und verwies auf ein Konto, das man für diesen Zweck bei der Kasseler Sparkasse eingerichtet habe. Er erwähnte ebenfalls, dass während der gesamten



Blick auf des Naturfreundehaus von Nord-Osten. Hier ist der neue überbaute Eingang und eine Reihe neuer Dachgauben zu sehen.



Das Naturfreundehaus von Süden während der Umbauphase. Links ist der Anbau des neuen Terppenhauses zu erkennen. Auch die ehemaligen Balkone wurden im Zuge des Umbaus überdacht



Ausbau des Eingangsbereiches am Naturfreundehaus

Bauphase der Betrieb des Hauses für Gruppen und Besucher weitergeführt worden sei. Er sagte, dass es leider nur langsam, Schritt für Schritt, voran gehe. Die Naturfreunde jedoch blicken optimistisch in die Zukunft. Diesem Optimismus muss man sich einfach anschließen, denn das Haus

der Kasseler Naturfreunde ist als ein einladendes und lohnendes Wanderziel innerhalb der Gemeinde Staufenberg auch in der Zukunft nicht wegzudenken.



Reger Besuch aus Anlass des 75-jährigen Bestehens des Naturfreundehauses



Die Kasseler Stadtverordnete Frau Caroli bei der Festansprache während der 75-Jahrfeier

Das Jugendwaldheim Steinberg

Der Gedanke des Einsatzes von Jugendlichen zur Arbeit im Wald, mit der Absicht, ihnen ein Gefühl für diesen wichtigen Lebensraum zu vermitteln, wurde in den Nachkriegsjahren durch die „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald“ und einige verantwortungsbewusste Forstleute Ende der 40er-Jahre in die Tat umgesetzt. Die Idee des Waldschutzes und die Einbindung junger Menschen in dieses Vorhaben entstand unter dem Eindruck des rücksichtslosen Kahlschlags innerhalb Deutschlands durch die Besatzungsmächte. Nicht nur in Niedersachsen, sondern auch im ebenfalls den Briten unterstellten Nordrhein-Westfalen konnte man in den Nachkriegsjahren völlig vom Wald entblößte Gebiete durchfahren. Der wertvolle Rohstoff Holz musste nach dem verlorenen Krieg als Reparationsleistung an die Besatzungsmacht abgeliefert werden. In Zorge und Stadtdendorf entstanden um 1950 die ersten beiden Waldjugendheime. Besonders verdient um die ersten Einrichtungen machte sich Forstmeister Freist vom Forstamt Walkenried/Zorge. Er hatte hier erstmals Jugendliche zu einem freiwilligen Waldeinsatz zusammengerufen. Die Öffentlichkeitsarbeit des kriegsblinden Forstmeisters Ilse unterstützte diese Bemühungen sehr nachhaltig. Träger der Waldjugendheime waren die **Schutzgemeinschaft Deutscher Wald** und die niedersächsische Landesforstverwal-

tung. Nach dem erfolgreichen Start in Zorge wurde ein weiteres WJH in Stadtdendorf eingerichtet. 1956 entstanden dann zwei weitere Heime, eines in Rosengarten und das hiesige auf dem Steinberg im Bereich des Forstamtes Kattenbühl.

Im Lehrforstamt Kattenbühl hatte man bereits 1951 den Gedanken gefasst, das ehemalige Werks Gelände der früheren „Gewerkschaft Steinberg“ mit dem darauf befindlichen Gebäude für forstliche Zwecke zu erwerben. Die Abgelegenheit der Försterei Oberode für diesen Teil ihres Reviers ließ diesen Gedanken besonders naheliegend erscheinen. Dem Erwerb des Geländes standen jedoch langanhaltende juristische Auseinandersetzungen entgegen. Das Betriebsgelände war im Versteigerungsverfahren am 30. August 1931 durch das Höchstgebot von 20 000,00 Mark in den Besitz des Regierungsbaurats a. D. Fritz Sammet gekommen. Gegen ihn hatte die Staatsanwaltschaft 1930 ein Ermittlungsverfahren wegen Steuerbetrugs eingeleitet. Sammet wehrte sich gegen diese Vorwurf und gewann letztendlich 1935 vor dem VI. Senat des Reichsfinanzhofs in München, der höchsten Instanz der deutschen Steuergerichtsbarkeit. Dieses Gericht hob sämtliche Entscheidungen der Vorinstanzen auf. Unmittelbar nach diesem Freispruch er-

Jugendwaldheim entsteht im Steinberghaus

Revierförster ist bereits eingezogen / Aufforstung der Schutthalden geplant

Hann. Münden. Wer immer den Weg zur Zeche Steinberg hinaufgeht, der trifft nicht weit von der Steinberg-Kuppe entfernt auf ein Gebäude, das mitten im Walde steht. Nicht allein, daß es in den letzten Jahren die verschiedensten Eigentümer gehabt hat; auch seine Verwendung hat öfters gewechselt und nie haben die Bewohner längere Zeit darin gewohnt. Ursprünglich als Kontorhaus und Kantine für die Zeche verwendet, hat es während des Krieges als Gefangenenerlager gedient, um dann längere Zeit leer zu stehen, nachdem seine letzten Bewohner ausgezogen waren.

Vor mehr als zwei Jahren hatte man nun im Lehrforstamt Kattenbühl den Plan gefaßt, das Gebäude und die dazu gehörigen Flächen für forstliche Zwecke zu erwerben. Die Abgelegenheit der Försterei Oberode für diesen Teil ihres Reviers ließ diesen Gedanken besonders naheliegend erscheinen.

Im August 1953 konnten schließlich die Kaufverhandlungen mit dem letzten Eigentümer, der Firma Bischoff in Hann. Münden, abgeschlossen werden, nachdem der Staat Mittel bereit gestellt hatte. Damit gingen Haus und Grundstück in das Eigentum des Lehrforstamtes über.

Handwerker haben inzwischen einen Teil des Gebäudes instand gesetzt, und seit kurzem ist das Haus von einem Revierförster bewohnt. Zusammen mit dem Natur-

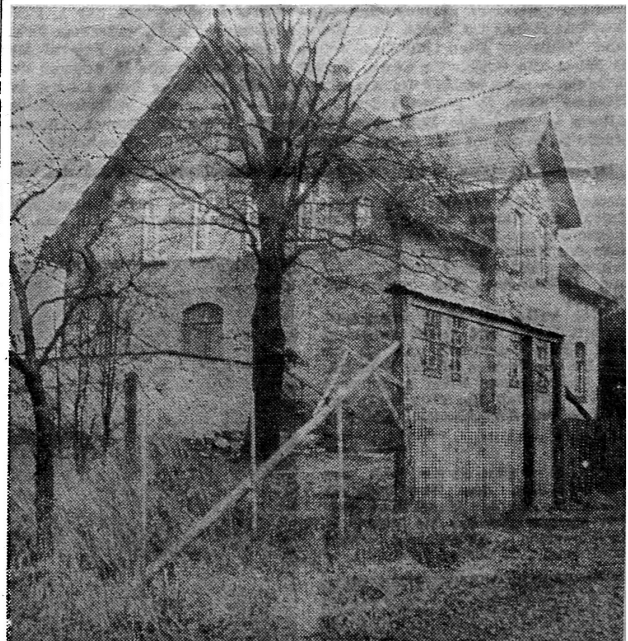
freundehaus, das in der Nähe liegt, wird es einen Fernsprechananschluß erhalten.

Diese Instandsetzung und Neubelebung ist aber nur der Anfang eines Planes, der die Errichtung eines Jugendwaldheimes im Steinberghaus vorsieht. In Zorge im Harz und an mehreren anderen Orten bestehen bereits derartige Heime. Sie sollen nicht nur in der Jugend die Liebe und das Interesse für den Wald wecken, sondern ihr auch die praktische Mitarbeit bei forstlichen Arbeiten ermöglichen.

Die bisher in Niedersachsen bestehenden Lager dieser Art haben einen so großen Zustrom, daß sie nicht in der Lage sind, alle Interessenten aufzunehmen. Die Landesforstverwaltung, die „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald“ und verschiedene Jugendorganisationen arbeiten hier eng zusammen.

Neben diesem Plan ist die Aufforstung der Schutthalden und Abräume vorgesehen. Diese Aufforstungen sollen als Muster angelegt werden, wobei es darauf ankommt, die verschiedenen Holzarten in ihrem Wachstum auf derartigen Standorten zu beobachten.

So ist das Gebäude einem nutzbringenden und sehr geeignetem Zweck zugeführt worden. Bald werden auch die Halden, die das Bild der Landschaft nicht gerade verschönten, ein neues Gesicht tragen, so, wie es diesem schönen Fleckchen Erde zukommt. d.



[Dieser Artikel erschien am 19.12.1953 in der Kasseler Zeitung]

Mitten im Kaufunger Wald liegt das Steinberghaus in 500 Meter Höhe, das seit einigen Wochen von Regierungsrat Dr. Bauer und Revierförster Wolter bewohnt wird, die hier oben meteorologische Untersuchungen durchführen. Neben dem Haus ist eine Wetterstation aufgestellt. Das Steinberghaus liegt am Anfang des sechsen Hektar großen Gatters, in dem Muffelwild ausgesetzt werden soll. Foto: Schadebrodt



Das Steinberghaus 1953

[Original: Günther Kaerger, Münden]

fuhr der jüdische Mitbürger Fritz Sammet von seiner beabsichtigten Festnahme durch die Geheime Staatspolizei. Ihm gelang, auf Grund dieses Hinweises, die Flucht aus Deutschland über die Niederlande nach Santiago de Chile. Nachdem Fritz Sammet die Flucht gelungen war, wurde das Gelände einer erneuten Zwangsversteigerung unterworfen. Im Dezember 1935 ersteigerte der Mündener Geschäftsmann Hellmuth Bischoff das Gelände. Die neuen Besitzer hatten hochfliegende Pläne, diese konnten jedoch durch den Ausbruch des Kriegs nicht verwirklicht werden. In Chile hatte Fritz Sammet seinen Mitarbeiter Emil Olschewski, der ebenfalls nach Chile flüchtete, am 01.12.1939 in seinem Testament als Alleinerben eingesetzt. Fritz Sammet verstarb am 23.09.1940 im Alter von 62 Jahren in Santiago de Chile.

Am 10. Januar 1949 stellte Emil Olschewski einen schriftlichen Antrag auf Rückerstattung „Unbeweglichen Vermögens“ bei dem von den Briten in Bad Nenndorf eingerichteten **Zentralamt für Vermögensverwaltung**. Die Verhandlungen zogen sich bis zum Februar 1953 hin und endeten damit, dass Emil Olschewski seinen Rückerstattungsantrag beim Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Göttingen am 23.02.1953 zurückzog. Nun stand einem Erwerb des Geländes durch den Niedersächsischen Staatsforst nichts mehr im Wege. Im August 1953 wurde der Kaufvertrag mit der derzeitigen Eigentümerin, der Firma Bischoff in Münden, abgeschlossen. Das Land Niedersachsen hatte die notwendigen Mittel für den Ankauf bereitgestellt. Nachdem das Haus in den folgenden Monaten instandgesetzt worden war, konnten Anfang Dezember 1953 Revierförster Wolter und Regierungsrat Dr. Wolter dort einziehen. Die Landesforstbehörde hatte beim Erwerb weitgesteckte Ziele ins Auge gefasst. Die Planungen sahen u. a. die Einrichtung eines Jugendwaldheimes in dem ehemaligen Direktoren-

haus des Werkes vor. Hier sollte nun nach Zorge, Stadtoldendorf und Rosengarten das vierte Waldjugendheim im Land Niedersachsen entstehen. Auch im Kaufunger Wald sollte bei möglichst vielen Jugendlichen das Interesse und die Liebe zum Wald und der Umwelt geweckt werden. Man vermittelte dieses Ziel in den Heimen durch Anschauung und praktische forstliche Arbeiten. Die bereits in Niedersachsen bestehenden Heime hatten einen derartigen Zuspruch, dass es unmöglich war, alle Interessenten in ihnen aufzunehmen. So war es nur natürlich, dass die Landesforstverwaltung und die „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald“ und andere Jugendorganisationen dafür eintraten, weitere Waldjugendheime einzurichten. Am Steinberg sollte es allerdings noch knapp drei Jahre dauern, bis die erste Jugendgruppe hier aufgenommen und betreut werden konnte, denn die Landesforstverwaltung hatte anderen Zielen fürs erste Vorrang eingeräumt.

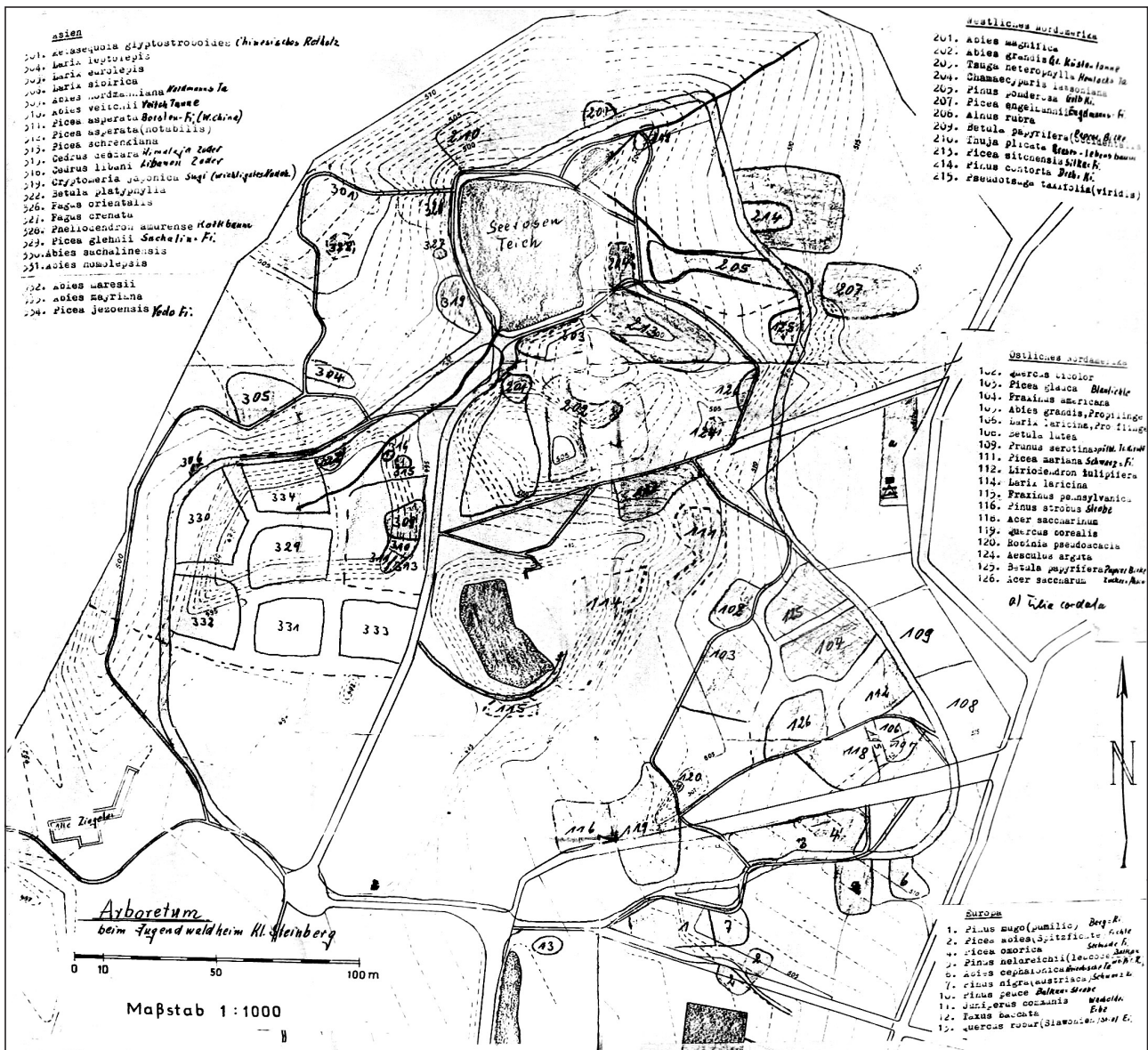
Auf den Abraummalden des ehemaligen Grubengeländes hatte das botanische Institut der Forstlichen Fakultät Münden die Einrichtung eines phänologischen Gartens geplant. Für ein solches Vorhaben war die Errichtung einer meteorologischen Station unverzichtbar. In einem solchen phänologischen Garten sollten unterschiedliche Baumarten aus anderen Kontinenten wissenschaftlich beobachtet werden hinsichtlich ihrer Entwicklung unter dem Einfluss der Umwelt und des hier vorherrschenden Klimas. Nach einem vorher festgelegten Plan wurden auf dem ehemaligen Grubengelände 15 verschiedene Baumarten aus dem westlichen und 18 Arten aus dem östlichen Nordamerika angepflanzt. Aus Europa wurden 13 und aus Asien insgesamt 22 verschiedene Baumarten hier angesiedelt.

Ein weiteres Ziel der Landesforstverwaltung war die Einbürgerung einer neuen Wildart im Kaufunger Wald. Hier hatte man das europäische Mufflon ins Auge gefasst. Bei dieser Wildart handelt es sich um ein Wildschaf, das innerhalb Europas noch auf den Mittelmeerinseln Sardinien und



Die Wetterstation am Jugendwaldheim. Sie wurde 1954 eingerichtet

[Original: Günther Kaerger, Münden]



[Aus Unterlagen des Jugendwaldheims]

Arten:**Asien:** links oben

- 301 Metasequoia glyptostroboides - Chinesisches Rotholz
- 304 Larix leptolepis
- 305 Larix eurolepis
- 306 Larix sibirica
- 309 Abies nordmanniana - Nordmannstanne
- 310 Abies veitchii
- 311 Picea asperata - Borstenkiefer (W. China)
- 312 Picea asperata (notabilis)
- 313 Picea schrenkiana
- 315 Cedrus deodara - Himalazeder
- 316 Cedrus libani - Libanonzeder
- 319 Cryptomeria japonica - Sugi (wichtigster Nadelbaum)
- 322 Betula platyphylla
- 326 Fagus orientalis
- 327 Fagus crenata
- 328 Phellodendron amurense
- 329 Picea glehnii
- 330 Picea sachalinensis - Sachalinfichte
- 331 Abies nomolepis
- 332 Abies maresii
- 333 Abies mayriana
- 334 Picea jezoensis

Westliches Amerika: rechts oben:

- 201 Abies magnifica
- 202 Abies grandis - Große Küstentanne
- 203 Tsuga heterophylla - Helmlocktanne
- 204 Chamaecyparis lawsoniana
- 205 Pinus ponderosa - Gelbkiefer
- 207 Picea engelmannii
- 206 Alnus rubra
- 209 Betula papyrifera - Papierbirke
- 210 Thuja plicata - Riesenlebensbaum
- 213 Picea sitchensis - Sitkafichte
- 214 Pinus contorta - Drehkiefer
- 215 Pseudotsuga taxifolia (viridis)

Östliches Nordamerika: rechts Mitte

- 102 Quercus bicolor
- 103 Picea glauca - Blaueiche
- 104 Fraxinus americana
- 105 Abies grandis - Propfliche
- 106 Larix laricina - Propfliche
- 108 Betula lutea
- 109 Prunus serotina - spätblühende Traubenkirsche
- 111 Picea mariana - Schwarzfichte
- 112 Liriodendron tulipifera

- 114 Larix laricina
- 115 Fraxinus pennsylvanica
- 116 Pinus strobus - Strobe
- 118 Acer saccharinus
- 119 Quercus borealis
- 120 Robinie pseudoacacia
- 124 Aeculus arguta
- 125 Betula papyrifera - Papierbirke
- 126 Acer saccharum - Zuckerahorn
- a) Tilia cordata

Europa: rechts unten

- 1 Pinus mugo (pumilio) - Bergkiefer
- 2 Picea abies (Spitzfichte) Fichte
- 4 Picea omorica - Serbische Fichte
- 5 Pinus heldreichii (leucodermis)
- 6 Abies cephalonica - Griechische Tanne
- 7 Pinus nigra (austriaca) - Schwarzkiefer
- 10 Pinus peuce - Balkanstrobe
- 11 Juniperus communis - Wacholder
- 12 Taxus baccata - Eibe
- 13 Quercus robur (Slawonien) - Stieleiche



Muffelwild im Gewöhnungsgehege

[Original: Günther Kaerger, Münden]

Korsika vorkommt. Das nach 85 Jahren wieder in staatlichen Besitz übergegangene Terrain war durch den Abbau von Kohlen, Sanden, Ton und Basalt stark zerklüftet und bot mit seinen steilen Hängen ideale Voraussetzungen für die Eingewöhnung dieser Tierart. Hierzu war es allerdings notwendig, einen Teil des Areals mit einem hohen Gatter zu umgeben. Nach dessen Fertigstellung wurden dann Anfang 1955 die ersten Mufflons in das umzäunte Gelände gebracht. Die Arbeiten am phänologischen Garten, der Wetterstation und die Ansiedlung der neuen Wildart waren somit nach knapp zwei Jahren abgeschlossen.

Das Jugendwaldheim wird eröffnet

Nun ging man systematisch daran, die notwendigen Voraussetzungen für die Aufnahme von Jugendlichen zu schaffen. In einem kleineren Anbau an das ehemalige Direktorenhaus wurden Toiletten und im Keller desselben, Waschräume eingerichtet. Am 30. Mai 1956 wurde das neue „Jugendwaldheim Steinberg“ eröffnet. Forstamtmann Günther Kaerger, in dessen Revier das JWH lag, schilderte den damals noch recht primitiven Zustand des Hauses wie folgt: ... Am 30. Mai 1956 eröffnete das JWH Steinberg seine Tore, erste Klasse war das Ratsgymnasium Osnabrück mit Herrn Dr. Braun. Erster Jugendwaldheimleiter war der apl. Rf. Hans-Jürgen Wolter. Trotz Verlegung einer

Wasserleitung und eines Toilettenanbaus im Jahr 1954 war die Einrichtung doch recht primitiv; ein alter Brunnen lieferte Wasser, man wusch sich im Keller in kleinen Waschschüsseln. Der Förstersfrau fror das Wasser im Winter in der Küche ein und man tröstete die damals meist noch älteren Lehrer damit, daß hier oben in unserer wohlhabend gewordenen Gesellschaft noch einmal „das einfache Leben“ demonstriert werden sollte. Die Forstamtsleitung machte aber damals schon klar, daß ein geordneter Heimbetrieb nur unter erheblichen Verbesserungen auf die Dauer durchgeführt werden könnte. Es hat dann noch zwanzig Jahre gedauert, bis durch eine Wasserpumpstation (1964), einen zweiten Anbau (1966), die Elektrifizierung (1968) und den Bau einer Ölzentralheizung (1976) die Baulichkeiten den angestrebten Zustand erreichten.

In seiner Ansprache anlässlich der Festveranstaltung am 30.09.1976 zum 20-jährigen Bestehen des Jugendwaldheims, schilderte Günther Kaerger akribisch die Entwicklung des JWH während der ersten 20 Jahre: ... Als ich am 10. Januar 1956 die Revierförsterei Haarth übertragen bekam, bemerkte mein Vorgänger bei der Übergabe, daß in wenigen Wochen leider die betrübliche Tatsache einträte, daß oben auf dem Steinberg mitten im Hauptrotwildrevier ein Jugendwaldheim errichtet werden soll. Damals bewohnte unter denkbarst primitiven Verhältnissen der wissenschaftliche Mitarbeiter des Forstamtsleiters, Revierförster Hans-Jürgen Wolter, das Steinberghaus, er sollte auch der erste Jugendwaldheimleiter werden. Die Lage des Heimes im Revierförsterbezirk Haarth und die persönliche Freundschaft mit Herrn Wolter stellten vom ersten Tage an

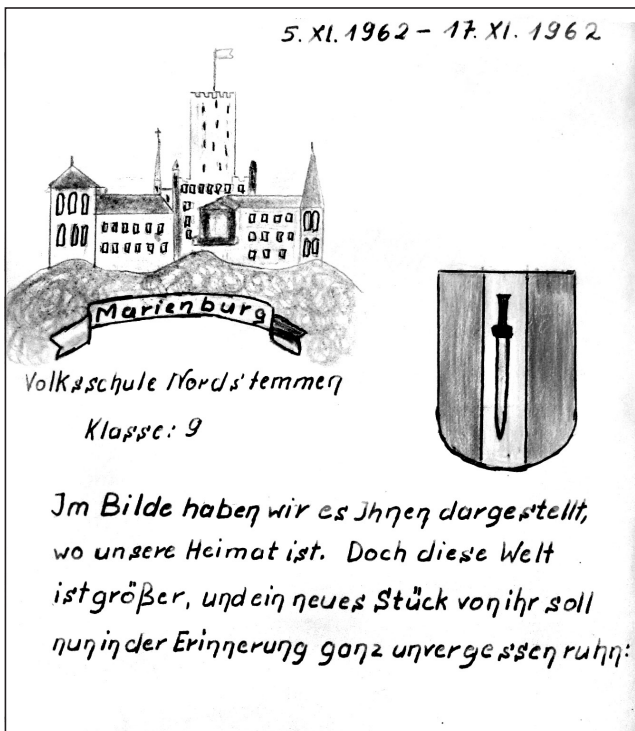


Die erste Jugendgruppe im Jugendwaldheim kam aus Osnabrück, Ratsgymnasium

[Original: Heinrich Landefeld]

eine sehr enge Verbindung zwischen dem Waldjugendheim und mir her, die bis auf den heutigen Tag erhalten ist, obgleich 1966 das Steinberghaus durch Verwaltungsreform in die Revierförsterei Oberode zu liegen kam.

Eingeweiht ist dieses JWH Steinberg nie worden, was sollte man auch einweihen, denn weder die zuständigen Forstleute, noch die mit ihren Klassen ankommenden Lehrer wußten so recht, wie denn eigentlich der Hase hier laufen sollte. Es war ein Gemeinschaftsgedanke der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und der Niedersächsischen Landesforstverwaltung, hier oben, sieben Kilometer von



Der Kaufunger Wald, von dem wir vorher nie
gehört, hat uns zwei Wochen lang erfreut,
gestärkt, belehrt. Die Wege, Bäume, Tiere
wurden uns erschlossen durch Menschen,
die in dieser Gegend unverdrossen ihr Werk
verrichteten, ihre Heimat kennen.
Wir kehren heim und werden Sie vor allen
nennen, weil man den wohl am besten in
Erinnerung behält, der uns was abverlangt
und aber auch versteht, wie Sie,

Herr Landefeld!
Hans Breukerberg Helmut Kilmann
Dietrich Müller Bernd Bernacker
Peter Geisler Reinhard Panat H. Fiedler
A. Plotze

Dankbare Jugendliche schrieben Widmungen in ein von Heinrich Landefeld geführtes Büchlein
[Original: Familie Landefeld, Nienhagen]



Steinberg, 26. 5. 62

Im Arboretum schafft ein Mann,
der allen Menschen gut sein kann
es ist fünf wahr auf dieser Welt
kaum einer wie Herr Landefeld.

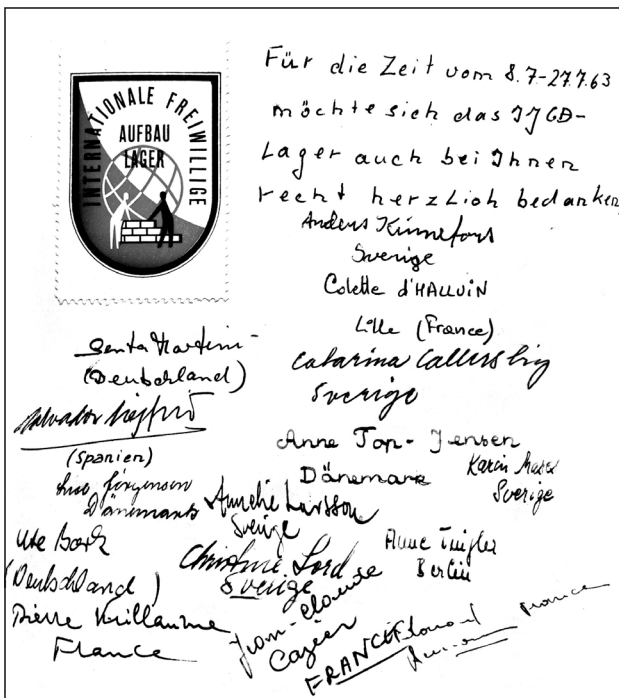
Er sah uns jeden Kummer an
und scheucht ihn eifrig fort sodann,
mit heit'rer Miene schauen wir drin
und können wieder lustig sein.

Drum singen wir mit frohem Sinn
und fahren nach der Heimat hin
und denken gern an ihn zurück,
Herrn Landefeld, das gute Stück!

Hie wird von einem künstlerisch begabten Schüler der Seerosenteich wiedergegeben
[Original: Familie Landefeld, Nienhagen]

der nächsten Ortschaft entfernt, in 540 m Höhe nach dem Vorbilde des Forstmeisters Freist in Sorge im Harz und den Gedanken des kriegsblinden Forstmeisters Ilse ein weiteres Jugendwaldheim zu errichten. Eigentlich sollte die Aufsicht über das JWH nach ursprünglicher Auffassung, einem Referendar übertragen werden, es blieb je-

doch bei einem jungen Revierförster. Wolter, energisch und von der Idee überzeugt, packte die Sache an und ich half, zumal man damals der Auffassung war, daß der zuständige Revierförster für das JWH die Hauptverantwortung tragen sollte. Keine Wasserleitung – nur ein schnell versiegender Brunnen, zu dem das Wasser dann mit einem



Jugendliche aus Dänemark, Deutschland, Frankreich, Schweden und Spanien arbeiteten gemeinsam in einem Aufbaulager im Jugendwaldheim

[Original: Familie Landefeld, Nienhagen]

Wasserwagen befördert werden mußte – kein elektrischer Strom – die Beleuchtung und die Kocherei wurde mit Propangas durchgeführt, keine vernünftigen Geräte und keine zweckmäßige Arbeitskleidung, keine Anweisung für die Außenbeamten für dem Alter entsprechende Arbeiten, keine eingearbeiteten Vorarbeiter und eine Lehrerschaft, die, meist aus älteren Lehrern bestehend, sich an der Primitivität des Aufenthalte stießen und im Jugendwaldheim eben ein mehr oder minder abgewandeltes Landschulheim sahen. Professor Volkert selbst, eingespannt in den Aufbau seines Lehrstuhls für Wegebau, überließ das Heim gänzlich seinem Revierassistenten, dem damaligen Assessor Buck, und dem Revierförster der Haarth, die aber, auch gerade erst im Forstamt angekommen, mkit den Anfangsschwierigkeiten jeden Anfängers zu kämpfen hatten. Auch die Beschaffung einer geeigneten Wirtschaftlerin, wer wollte hier oben, fern jeglicher Abwechslung, arbeite, stieß auf erhebliche Schwierigkeiten. Ich schildere diesen Berg, der damals vor uns stand absichtlich, weil beinahe die meisten Beamten hofften, diesen „Klotz am Bein“ recht bald wieder los zu sein. In dieser Anfangsschlacht standen Wolter und ich aber unerschüttert und verteidigten das Jugendwaldheim, ermutigt durch den einen oder anderen Lehrer, die den außerordentlich hohen pädagogischen Wert dieser Einrichtung erkannt hatten. Die Jugendlichen selbst waren in den ersten Tagen, besonders von der ungewohnten Waldarbeit, wenig begeistert, nach 14 Tagen wollten sie dann nicht mehr weg.

Am 28. Februar 1957 ging Wolter als Revierförster nach Schwaförden. Sein Nachfolger, Otto Sich, stand ihm in kaum einer Hinsicht nach. Er verschaffte dem JWH bis zum Januar 1961 einen festen Platz im betriebsamen Lehrforst-

amt. In seine Zeit fiel das Entstehen des Naturparks Münden und damit eine Fülle von neuen Arbeitsmöglichkeiten. Das Instandhalten der Naturparkeinrichtungen ist bis auf den heutigen Tag ohne das Jugendwaldheim kaum denkbar. Die Pflege des vom Landkreis angekauften, zum Landschaftsschutzgebiet erklärten „Hühnerfeldes“ fiel nunmehr in den Aufgabenbereich des Jugendwaldheimleiters. Otto Sich selbst ging 1961 zur Regierung nach Hildesheim und später zum Ministerium nach Hannover, wo er seine Erfahrungen auf dem Steinberg benutzte, um den Jugendwaldheimgedanken erfolgreich voranzutreiben. Neuer Heimleiter wurde Herr Gotthardt, ein ruhiger und weniger intellektueller Mann als seine beiden Vorgänger. Seine wohlthuende Art übertrug sich einerseits vorteilhaft auf den Betrieb; Sport, Geländespiele und kameradschaftliche Note wurden stärker betont, wogegen die belehrende Aufgabe des Heims etwas zu kurz kam. Als Gotthardt 1963 die Revierförsterei Oberode übertragen wurde, war zu einer Freude erstmalig ein jugendwaldheiminteressierter Außenbeamter zu meiner Seite, was sich auf die abwechslungsreich zu gestaltende Außenarbeit positiv auswirkte. Auch unter den älteren Waldarbeitern hatten sich die Annehmlichkeiten des Vorarbeiterdaseins langsam herumgesprochen, zumal die finanzielle Regelung den alten Waldarbeitern keine Nachteile erbrachten, im Gegenteil, der Vorarbeiter des Jugendwaldheims entwickelte sich zum Spitzenverdiener im Forstamt, was wiederum dem Waldheimbetrieb zum Nutzen gedieh. Mit Herrn Herzberg übernahm 1963 zum ersten Male die junge Generation den Posten des JWH- Leiters, was zunächst etwas Sorge machte, war doch der Umgang mit den älteren Lehrern und der Wirtschaftlerin für einen jungen Menschen zunächst nicht ganz einfach. Temperamentvoll überwand Herzberg jedoch diese Klippe und seine Frau sprang sogar für die fehlende Wirtschaftlerin



Günther Kaerger und Hermann Stöbener, Sichelstein, bei einer Besprechung mit Jugendlichen

[Original: Günther Kaerger, Münden]

ein. Schneller als uns allen lieb, verließ Herzberg das Heim 1965; in seiner Zeit hatte das Waldheim endlich eine geregelte Wasserversorgung bekommen, durch eine Pumpstation am Landgrafenbrunnen.

Die Wiederbesetzung des Heimleiterpostens 1965 war für uns Jugendwaldheimer eine große Enttäuschung und bewies, daß man zu dieser Zeit, zumindest in der Personalab-



Heinrich Landfeld (rechts im Bild) mit Jugendlichen aus Braunschweig 1961

[Original: Familie Landefeld, Nienhagen]



Jugendliche aus Northeim mit Hermann Stöbener und Förster

[Original: Familie Landefeld, Nienhagen]



Ein Ausflug in den Basaltsteinbruch stand auch auf dem Programm

[Original: Familie Landefeld, Nienhagen]

teilung, noch keine Wertvorstellung von einem JWH besaß. Herr Scheffler wurde zum Kattenbühl versetzt. Ohne auch nur davon unterrichtet zu sein, daß er ein JWH führen sollte, was ihm herzlich wenig lag. Diese Situation hatte aber eine gute Folgeerscheinung, indem sich nun Professor Volkert selbst für das JWH energische einsetzte und mit Herrn Scheffler und mir eine Konzeption für die Weitergestaltung des Heimes und des Jugendwaldheimbetriebes erarbeitete, zumal auch gerade wieder der Revierassistent gewechselt hatte. Glücklicherweise verwirklichte Otto Sich im Ministerium über den Landforstmeister Borchers ein Treffen aller Jugendwaldheimforstämter am 10.5.66 in Stadtoldendorf. Ich erwähne dieses Treffen, weil es nach meinem Dafürhalten ein Markstein in der Jugendwaldheimentwicklung unseres gesamten Landes war. Es stellte sich dort heraus, daß eigentlich jedes der Waldjugendheime eine andere Konzeption hatte. Uns Kattenbühlern gefiel das Konzept, alle Beamten und nicht nur den Waldheimleiter am Waldheimbetrieb zu beteiligen, auch weiterhin wert, so verwirklicht zu werden. Jeder Beamte durfte sich einige ihm liegende Vortrags- bzw. Waldwanderungsthemen wählen, die den jeweiligen Lehrern dann unterbreitet wurden; worauf Forstamt und Lehrer das Programm für die 14 Tage aufstellten. Jeder Außenbeamte hatte sich vormittags nach Möglichkeit eine gewisse Zeit der Jugendgruppe zu widmen, wobei er jedoch darauf achten sollte, daß dem Vorarbeiter die Freude am freien Arbeiten mit seiner Gruppe nicht genommen werden sollte.

So begann mit dem Jahre 1966 eine rasante Entwicklung des Waldheimes. Mit dem neuen Waldheimleiter Udo Schmidt bekamen wir erstmalig einen jungen Forstmann, der seine Lehrzeit in einem Jugendwaldheimforstamt absolviert hatte. Nach Anfangsschwierigkeiten, es ist immer schwer in einem Forstamt zu arbeiten, in dem man einmal gelernt hatte, entwickelte sich Schmidt zu unserem erfolgreichsten Heimleiter, den wir bisher besessen hatten. Erfolgte der 2. Heimanbau 1966 noch unter Herrn Scheffler, in dessen Zeit auch die Erweiterung des Arboretums und der Bau des Rundweges fiel, so war die Elektrifizierung, die dem unermüdlichen Einsatz und schwierigsten Verhandlungen von Prof. Volkert allein zu verdanken war, der Ausbau des Vogelschutzgehölzes, die Beschaffung zweckmäßiger Arbeitsbekleidung, und besonders der Bau der Werkhalle der Ära Schmidt vorbehalten. Inzwischen war durch die Verwaltungsreform im Herbst 1966 das JWH-Gelände von der revierförsterei Haarth in die Revierförsterei Oberode gekommen, auch hatte sich die Meinung durchgesetzt, daß nicht mehr der zuständige Revierförster sondern der Jugendwaldheimleiter der allein Verantwortliche für die JWH zu sein hatte. So fiel auch meine aktive Mitarbeit am JWH auf das normale Maß eines am JWH interessierten Außenbeamten zurück, ohne daß meine Überzeugung vom Wert der JWH sich dadurch geändert hätte. 1972 endete mit der Pensionierung von Prof. Dr. Volkert die Lehrforstamts-eigenschaft des Kattenbühls. Der neue Amtsleiter Herr von Gaudecker, sah sich in ein Normalforstamt versetzt, dessen Jugendwaldheim und dessen Lage im Naturpark Münden dieses von einem „Wald- u. Wiesenforstamt“ unterschieden. Die Pensionierung zweier Außenbeamter, der plötzliche Tod von Herrn Gotthardt, die



Mitarbeiter des Forstamtes Haardt und des Jugendwaldheimes während eines Betriebsausfluges

[Original: Familie Landefeld, Nienhagen]

Versetzung des JWH- Leiters, Herrn Schmidt folgte 1974 Herr Wippermann, ließen das Forstamt nur langsam wieder zu sich selbst kommen. Das Steinberghaus bekam 1976 eine Ölzentralheizung und wurde damit in die Lage versetzt, einen ganzjährigen Betrieb durchzuführen, einen Betrieb, der der einstigen Zielsetzung, die junge Generation rechtzeitig über ihren Wald zu informieren, gerecht werden kann, die Aufwendungen des Landes Niedersachsen und das Vertrauen des Landtages in diese Öffentlichkeitsarbeit von Schutzgemeinschaft und Landesforstverwaltung zu rechtfertigen.

So dürfen wir dieser 20 Jahre mit Freude gedenken, denn es wurde in dieser Zeit aus dem Nichts gegen viele Widerstände das Jugendwaldheim Steinberg im Südzipfel des Landes Niedersachsen geschaffen.

Diese Rede des Forstamtmannes Günther Kaerger wurde bewusst ungekürzt übernommen, da sie einen sehr direkten und umfassenden Einblick in die nicht immer einfache Entwicklung des Jugendwaldheimes während der ersten 20 Jahre seines Bestehens authentisch widerspiegelt. Forstoberrat Deuthold von Gaudecker, Leiter des Forstamtes Kattenbühl, konnte bei dieser Feier den Forstdirektor Dr. Otto (Hannover), Bürgermeister Gustav Henkelmann, Albert Fiege (MdL), Dr. Friedrich Hruska (MdL) und viele andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens auf dem Steinberg begrüßen. Neben Günther Kaerger sprachen Dr. Otto und Oberstudienrat Wikel (Hannover) zu den Gästen. Für ihren unermüdlichen Einsatz für das Jugendwaldheim wurden an diesem Tag die derzeitige Wirtschafterin des Hauses, Frau Kress, Forstamtmann Günther Kaerger und Waldfacharbeiter Herbert Henze mit der silbernen Ehren-

nadel des Landesverbandes der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald durch den Oberforstmeister a. D. Kleiböhm ausgezeichnet.

Die Klasse 8a des Ratsgymnasiums in Osnabrück machte, wie schon zu Beginn von Herrn Kaerger festgehalten, Anfang Juni 1956 den Beginn. Die Einrichtung war, gemessen am heutigen Zustand des Hauses, sehr schlicht. Das Wasser wurde dem oberhalb des Hauses befindlichen Brunnen entnommen, wobei es in heißen Sommern häufig vorkam, dass dieser versiegt. Dann musste das Wasser in der ersten Zeit aus dem Landgrafenbrunnen, der etwa 1000 Meter entfernt, am nördlichen Rand der Kuhweide lag, von den Schülerinnen und Schülern mit Eimern geholt werden. Es gab auch noch keinen elektrischen Strom, so dass man mit einer Gasbeleuchtung Vorlieb nehmen musste. Von Beginn an verwirklichte man in den Waldjugendheimen den pädagogischen Gedanken einer Verbindung von Arbeits- und Ferienaufenthalt, um bei möglichst vielen Jugendlichen Verständnis für die ökologischen Zusammenhänge des Waldes und unserer Umwelt zu wecken. War die Arbeit im Wald in den Anfangsjahren noch der wichtigste Aspekt, so liegt heute die Betonung auf der Vermittlung ökologischer Zusammenhänge. Einer derjenigen, der in den Anfangsjahren des Heimes die Jugendlichen bei ihrer ungewohnten Arbeit humorvoll und mit fachlicher Kompetenz betreute, war Heinrich Landfeld aus Nienhagen. Wie gut er die Ziele der Arbeit seinen Schützlingen vermitteln konnte, geht aus zahlreichen Schreiben hervor, die begeisterte Schülerinnen und Schüler ihm in ein eigens hierfür angelegtes Buch schrieben. Zu Beginn hatte eine der Gruppen ihm den Spitznamen „Flugplatz“ gegeben. Diesen „Ti-



Die Einfahrt zum Steinberghaus haben Cloppenburg-Jugendliche in den vergangenen Tagen fachmännisch gepflastert. (Fotos: Till)

STEINBERGHAUS

Wie sich Schüler ein Denkmal setzen

Die Cloppenburg-Schüler, die sich derzeit im Steinberghaus aufhalten, werden auch in Jahrzehnten nicht vergessen sein. Mit ihrer Hände Arbeit haben sie sich ein bleibendes Denkmal gesetzt.

HANN. MÜNDEN ■ Wenn in der Vergangenheit die eine oder andere Jugendgruppe während ihres Aufenthaltes im Steinberghaus neben der normalen

VON HERBERT TILL

Waldarbeit auch noch zu Hammer und Pinsel griff und kleinere Arbeiten ausführte, strahlten bereits die Mitarbeiter der Staatlichen Forstverwaltung. Denn die Finanznot des Landes läßt kostenintensive Arbeiten schon seit Jahren nicht mehr zu.

Umso dankbarer nahm der Leiter des Forstamtes Kattenbühl, Peter Martin, das Angebot der siebten Klasse des Berufsgrundbildungsjahres Bautechnik der Berufsbildenden Schulen II in Cloppenburg an, die den elftägigen Aufenthalt im Steinberghaus mit berufsorientiertem Lernen in der Praxis verbinden wollte.

Am morgigen Freitag heißt es Abschied nehmen; bis dahin wollen die 22 Schüler, die zwischen 16 und 20 Jahre alt sind, ihre Aufträge „schlüsselfertig“ übergeben. Welch professionelle Leistungen abgeliefert werden, ließ sich bereits gestern erkennen. Die Einfahrt in das Grundstück wurde fachmännisch gepflastert, wobei die

Entwässerungsleitungen natürlich nicht vergessen blieben, eine andere Gruppe zimmerte am Eingang ins Haus mit den Materialien des Waldes ein Vordach, andere Jugendliche erstellten eine Trockenmauer oder mauerten Schächte aus. Dabei kam aber die zweite Zielrichtung, nämlich Umweltbildung und das Heranführen an die Problematik des Waldes, nicht zu kurz.

Die gekonnte Umsetzung dieses ehrgeizigen Projektes war nicht zuletzt den Fachlehrern mit Studiendirektor Siegfried Schliedermann an der Spitze zu verdanken.

Nicht zum ersten Mal hat sich diese Schule mit zur Zeit rund 2500 Schülern und 130 Lehrern ein Denkmal gesetzt. Auf der Insel Wangerooge wurden in der Vergangenheit für das Oldenburgische Jugend-erholungsheim Arbeiten verrichtet, für eine alte Ziegelei in Westerholt, die jetzt ein Museum ist, leisteten sie Aufbauarbeit. Auch Kindergärten, Kirchen und andere Schulen wissen das Können des BGJ Bautechnik zu schätzen.

Peter Martin zeigte sich von dieser großartigen Truppe überaus angetan und hat auch bereits Ansätze gefunden, wie diese neue Form der Partnerschaft auch im nächsten Jahr fortgesetzt werden kann. Denn schließlich profitieren beide von einem solchen Bündnis: Die Forstverwaltung spart Arbeitslohn und die BBS Materialkosten. Und, was ganz wichtig ist, die Schüler wissen, daß sie etwas Bleibendes geschaffen haben.



Auch dieses gezimmerte Vordach am Hauseingang ist ein Produkt der Cloppenburg-Jugendlichen.

tel“ sollte er an seiner Wirkungsstätte bis zum Ende der Tätigkeit behalten.

Als im Mai 1981 das 25-jährige Bestehen des JWH mit einem Tag der offenen Tür gefeiert wurde, waren die Verantwortlichen mit der Resonanz der Veranstaltung nicht ganz zufrieden. Forstamtsleiter Peter Martin stellte fest, dass der Gedanke der Jugendwaldheime nicht von ihrer Attraktivität eingebüßt hätten. Seit Jahren ziehe es nicht nur Gruppen aus Niedersachsen, sondern auch aus Baden-Württemberg, Hessen und Bremen in das Haus am Steinberg, das sich heute mit den zehn anderen Einrichtungen innerhalb Niedersachsens durchaus messen könne. Derzeit sei eine 30-köpfige Schulklasse einer Bremer Realschule mit ihrem Lehrer Ingolf Bustian für 14 Tage auf dem Steinberg. Die Nachfrage sei derzeit so groß, dass sich Klassen bereits ein Jahr vorher für einen Aufenthalt anmelden müssen.

Wandel der Waldpädagogik und tatkräftige Mithilfe und Unterstützung von vielen Seiten

Heute gestaltet sich der Aufenthalt der Jugendlichen im Jugendwaldheim am Steinberg etwas anders als in den Jahren des Beginns. Die Betreuer lassen sich heute für diese Aktivferien etwas einfallen und so sieht für die rund 400 Jugendlichen, die jährlich am Steinberg betreut werden, der Aufenthalt so aus: Mit ihren Betreuern streifen sie umher, stöbern durchs Dickicht, lauschen dem Gesang der Vögel, gestalten Waldränder mit, pflanzen Hecken, hacken Brennholz, verrichten Pflegearbeiten rund um das Heim, erleben Abenteuerspiele und romantische Stunden am Lagerfeuer. Intensive Naturbegegnung heißt die Devise. Hier sollen gerade Stadtkinder ein Gespür für den Wald, seine Pflanzen und Tiere, für Wind und Wetter bekommen. Insbesondere sollen sie ein Gespür entwickeln, wie gut aktive Bewegung an frischer Luft sich auf das körperliche Wohlbefinden auswirkt.

Einen neuen Weg beschritt die Verwaltung des Hauses 1996. Damals hatte Peter Martin, Leiter des Forstamtes Kattenbühl, dankbar ein Angebot der Berufsbildenden Schulen II in Cloppenburg angenommen. Die siebte Klasse des Berufsgrundbildungsjahres Bautechnik wollte den elftägigen Aufenthalt im Steinberghaus mit berufsorientiertem Lernen in der Praxis verbinden. Die Mittel des Staates waren sehr eng begrenzt, so dass sich das Wirken der 22 Schüler, zwischen 16 und 20 Jahren alt, sehr positiv für das Heim auswirkte. Was hatten die Jugendlichen während ihres Aufenthaltes bewirkt. Unter dem Titel *Wie Schüler sich ein Denkmal setzen* konnte man in der HNA am 24. April 1997 u. a. folgendes lesen: ... *welch professionelle Leistung*

gen abgeliefert werden, ließ sich bereits gestern erkennen. Die Einfahrt in das Grundstück wurde fachmännisch gepflaster, wobei die Entwässerungsleitungen natürlich nicht vergessen blieben, eine andere Gruppe zimmerte am Eingang ins Haus mit den Materialien des Waldes ein Vordach, andere Jugendliche erstellten eine Trockenmauer oder mauerten Schächte aus. Dabei kam aber die zweite Zielrichtung nämlich Umweltbildung und das Heranführen an die Problematik des Waldes nicht zu kurz.

Peter Martin bewertete diese Form der Hilfe sehr positiv und hoffte auf eine Fortsetzung dieser Zusammenarbeit im nächsten Jahr. Beide Seiten profitierten hiervon und die Jugendlichen wissen, dass sie etwas geschaffen haben, das einen bleibenden Wert darstellt. Die Zusammenarbeit mit der BBS in Cloppenburg wurde fortgesetzt und am 7. April 2000 fand das Wirken einer anderen Klasse wiederum seinen Niederschlag in der HNA. Hier hieß es u. a.: ... *Die Werkstätten erhalten dieses Jahr eine Holzverschalung, im Hobbyraum werden Fliesen verlegt. Außerdem werden Pflasterarbeiten vorgenommen und eine Entwässerungs- sowie eine Rohrleitung verlegt.*

Klassenlehrer Siegfried Schliedermann hob hervor, dass die von den Schülern geschaffenen Dinge erhalten blieben, denn in aller Regel baue man etwas zur Übung und reiße das Geschaffene nach der Fertigstellung wieder ab.

Pläne zur Erweiterung des Heims

Unter dem Titel „Vom Kohlebergbau zu Waldabenteuern“ berichtete die HNA am 30. Dezember 2002 über die Geschichte am Kleinen Steinberg und den geplanten Umbau.

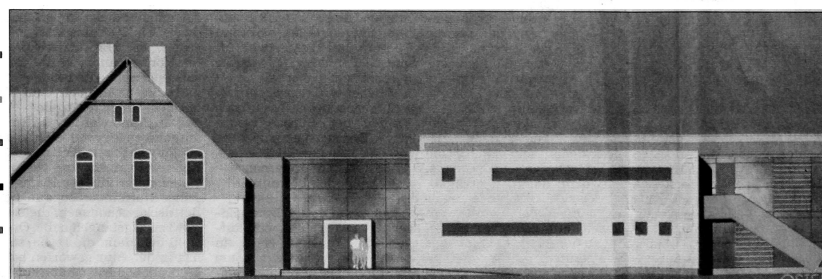
2003 Umbau für ganzjährige Nutzung

Für 2003 ist eine grundlegende Sanierung mit Umbaumaßnahmen geplant: Immerhin 750 000 Euro will sich die Landesforstverwaltung das Projekt kosten lassen, denn das Jugendwaldheim soll ganzjährig genutzt werden. In dem neuen Konzept wird neben den klassischen Jugendwaldheimeinsätzen gemeinsam mit dem Förderverein für Umweltbildung und Waldpädagogik an Schulen e. V. die Umweltbildung und Waldpädagogik als festes Angebot etabliert.

Ein mittelalterlicher Hof als Clou

Ferner ist auf dem Gelände ein ganz besonderer Clou geplant: der Bau einer mittelalterlichen Hof- und Platzanlage. Schüler können hier dann in einer historischen Spielsituation das Leben im Mittelalter erleben.

Sehr optimistisch stellte hier Siegfried Nemitz die geplante Erweiterung und ein neues Nutzungskonzept, sowie den geplanten Bau des Dorfes „Steinrode“ der Öffentlichkeit



Und so wird es einmal aussehen: links ist das alte Direktorenhaus zu sehen, rechts der neue Anbau. Das Projekt soll Mitte 2004 fertiggestellt sein. 750 000 Euro will die Landesforstverwaltung investieren.

Hintergrund Das Jugendwaldheim

Es sind Jahr für Jahr rund 400 Kinder und Jugendliche, die im Jugendwaldheim Steinberg Aktiv-Ferien in der Natur erleben. Betreut wird die Einrichtung der Landesforstverwaltung vom Mündener Forstamt Kattenbühl. Uns lässt sich für die jungen Besucher – überwiegend Schulklassen aus Niedersachsen, aber auch aus anderen Bundesländern – viel einfallen. Mit ihren Betreuern streifen sie umher, stöbern durchs Dickicht, lauschen dem Gesang der Vögel, gestalten Waldränder mit, pflanzen Hecken, hacken Brennholz, verrichten Pflegearbeiten rund um das Heim, erleben Abenteuerspiele und romantische Stunden am Lagerfeuer. Intensive Naturbegegnung, heißt die Devise. Hier sollen gerade Stadtkinder ein Gespür für den Wald, seine Pflanzen und Tiere, für Wind und Wetter bekommen. Und dafür, wie gut aktive Bewegung an frischer Luft tut. (ASO)

vor. Wie ernst war es der Landesregierung mit der Verwirklichung der Umbau- und Erweiterungspläne wirklich?

Im August 2004 allerdings wurden die Leser der HNA mit der alarmierenden Meldung konfrontiert

Sorge um Jugendwaldheim am Steinberg

Landesregierung plant Schließung mehrerer Waldeinrichtungen.

Altkreis Münden. *Niedersachsenweit gibt es zehn Jugendwaldheime. Drei bis fünf davon will die Landesregierung angeblich schließen. Damit könnte auch die Bildungsstätte im Altkreis Münden betroffen sein. Forstamt: Zu 100 Prozent ausgelastet*

Mit dieser Sorge konfrontierte das Forstamt Kattenbühl in Münden jetzt die CDU-Landtagsabgeordnete Ilse Hansen. Man legte der Politikerin die Zahlen des Hauses vor und verwies darauf, dass das Heim in 2004 in Zusammenarbeit mit der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald 400 Jugendwaldeinsätze durchführen werde. Auch das neue Konzept wurde der Politikerin sehr eingehend erläutert, zudem seien Investitionen in Millionenhöhe und Umbaupläne für das Heim endgültig vom Tisch. Man plane überdies Angebote im Winter an Vereine, Kleingruppen und Schulklassen für tageweise Aktionen. Man erläuterte Frau Hansen auch die Anlage des mittelalterlichen Dorfs, in welchem man mit Ton und Farberde auch im Winter Gebrauchsgegenstände herstellen könne. An diesem Projekt seien die Berufsbildenden Schulen Münden und der Internationale Bund beteiligt. Die Politikerin versprach Peter Martin und Siegfried Nemitz, sich im zuständigen Landtagsausschuss für das Heim stark zu machen. Ihr Versprechen hat sie gehalten, denn wenige Wochen später, am 25.8.2004, wurden die Pläne für das mittelalterliche Dorf in der HNA der Öffentlichkeit unter dem Titel **Das Mittelalter kommt zurück.**

Das Dorf Steinrode

Auf dem Steinberg beginnen die Arbeiten für ein beispielhaftes Projekt, dass der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Nach dem Vorbild der Musteranlage „Op de Hörn“ sollen insgesamt fünf Hütten, eine Kirche und ein Backofen errichtet werden. Ein Palisadenzaun soll die Anlage umschließen. Auch Ackerland und Wiesen sollen für das Dorf zur Verfügung stehen. Bereits am 1. September sollen die Arbeiten mit zwei AB-Kräften der Agentur für Arbeit beginnen. Man konnte außerdem Bingo-Lotto als Finanzgeber für das Projekt gewinnen und hoffte auf die Erschließung weiterer Finanzierungstöpfе. Über den Hintergrund dieses Projekts war zu lesen:

„Op de Hörn als Vorbild“

Das Steinbergprojekt lehnt sich an das in Stade bestehende mittelalterliche Modelldorf „Op de Hörn“ an. Es ist ein Schulprojekt der Orientierungsstufe Freiburg/Elbe unter der Trägerschaft der Samtgemeinde Nordkehdingen. Hier können Schulklassen für einen Tag Mittelalter spielerisch erleben. Der Aufenthalt ist in eine historische Spielsituation eingebunden. Das Dorf wurde 1996 geplant und seitdem von Schulkindern und der Nordkehdingener Bevölkerung aufgebaut. Die Finanzierung lief auf Spendenbasis

und Arbeitshilfe. Der seit 1997 laufende Betrieb mit Besuchsklassen wird pädagogisch begleitet.

Der Ende August 2004 angekündigte Aufbau wurde nun zügig in Angriff genommen, denn knapp zwei Monate später entstand bereits die dritte Hütte des Dorfs „Steinrode“. Man war **Im Mittelalter angekommen**, so konnte man am 12.10.2004 in der Presse lesen. Vier ABM-Kräfte sind mit dem Aufbau der Fachwerkbauten beschäftigt. Deren Konstruktion in der Holzwerkstatt des Internationalen Bundes (IB) entstehen. Beim Bau sollen alte Techniken wiederbelebt werden. So mussten bereits Schülerinnen und Schüler aus Rotenburg bei Bremen, sowie andere aus Hamburg, erlernen, wie man Gefache mit Weidenrutengeflecht versieht, die danach mit einem Lehm-Strohgemisch verfüllt werden müssen. Die Jugendlichen werden sich im Dorf mit Tätigkeiten beschäftigen, die auch von ihren Vorfahren ausgeübt worden sind. Hier nannte Projektleiter Siegfried Nemitz die folgenden Arbeiten: Brennholz im Wald sammeln, den Backofen anheizen, Brot backen, Essen kochen, Weidenkörbe flechten und Besen binden. Auf diese Weise erfahren sie, wie wichtig der Wald und die Natur als Lebensgrundlage sind.

Wie das im Aufbau befindliche Dorf einmal aussehen soll, wird in einer Broschüre des Niedersächsischen Forstamts Münden (ehemals Niedersächsisches Forstamt Kattenbühl) und des „Fördervereins Umweltbildung und Waldpädagogik an Schulen e. V. LIBELLULA“, dargestellt.

So wird es einmal aussehen - die Zukunft

Das mittelalterliche Dorf Steinrode liegt ca. 140 m Luftlinie in nordöstlicher Richtung entfernt vom Jugendwaldheim Steinberg. Man erreicht es auf einem mit Rindenmulch befestigten Fußweg. Über eine Zugbrücke gelangt man in das Dorf, welches aus insgesamt acht Gebäuden besteht und von einem Palisadenzaun mit Wehrgang umschlossen wird.

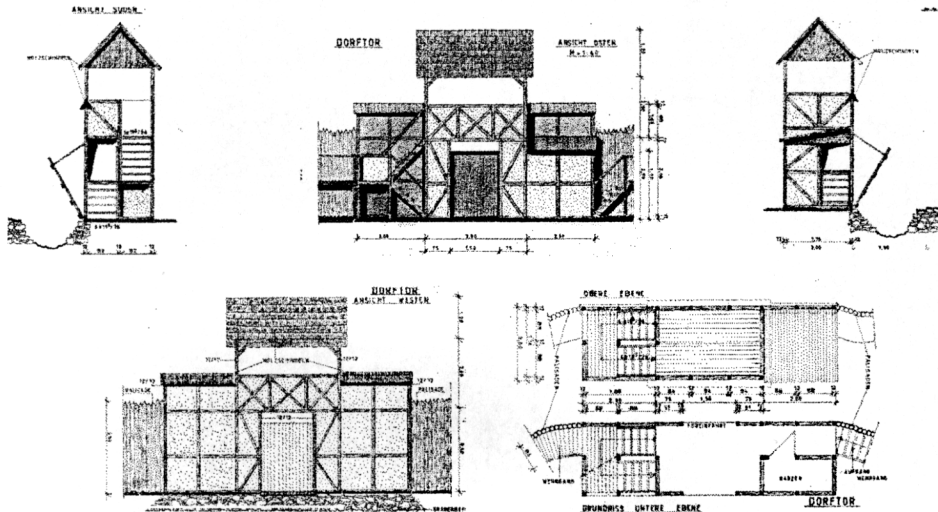
Die Gebäude sind:

*Vier Fachwerkhäuser,
ein Vogthaus,
eine Kapelle,
ein Backhaus mit Lehmbackofen,
ein überdachter Feuertisch und
ein Holzschuppen.*

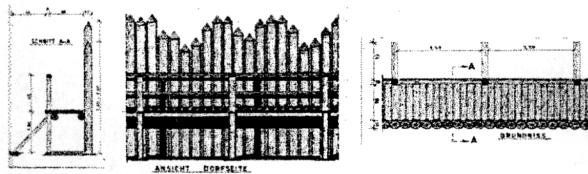
*Die vier Fachwerkhäuser sind die **Garküche**, die **Töpferei**, die **Tischlerei** und die **Schmiede**. Sie sind aus Eichenholzfachwerk mit Lehm oder Steinausfachung gebaut und entweder mit Holzschindeln oder Tonziegeln gedeckt. Jedes dieser Häuser hat eine Tür, zwei Fenster, einen Schornstein und einen Ofen. Der Fußboden besteht aus Holz, Lehmschlag oder Ziegel-, bzw. Natursteinpflaster. Die **Schmiede** besitzt eine Schmiedefuerstelle unter einem Schleppdach. Die **Kapelle**, gleichzeitig **Scriptorium**, ist etwas größer als die kleineren Fachwerkhäuser. Auf dem Dach befindet sich ein aus Holz gezimmerter Glockenturm. Das **Dorfgefängnis** ist in das Gebäude des Dorfvogts integriert. Das **Vogthaus**, Wohnung des Dorfvogts (Bürgermeister), ist größer als alle anderen Gebäude und kann gleichzeitig als Versammlungsraum für eine ganze*

Weitere Bauwerke in Steinrode

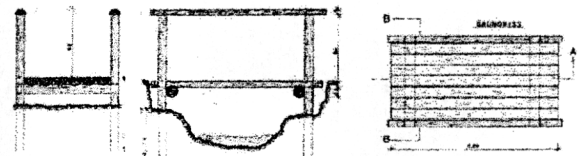
Dorftor mit Zugbrücke und Gefängnis



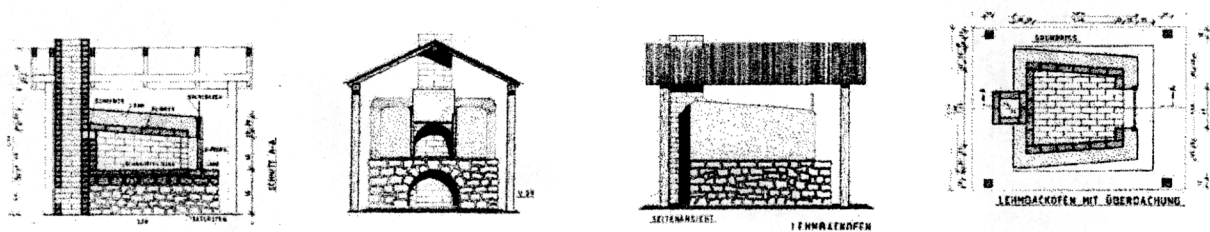
Palisadenzaun mit Wehrgang



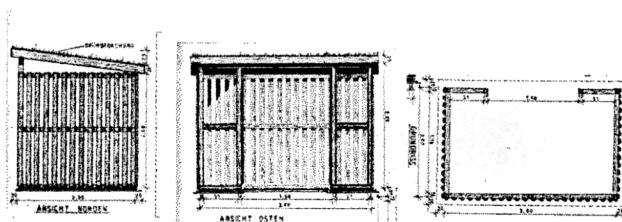
Brücke



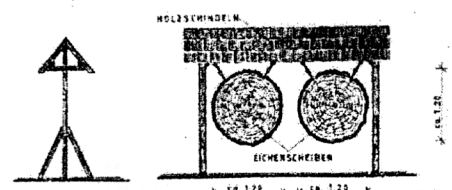
Backhaus mit Lehmbackofen



Holzschuppen



Lehrtafel





Ein Fachwerkhaus aus der Anfangszeit im Jahre 2004



Eine steinerne Brücke in der Mitte des Dorfes



Ein fast fertiggestelltes Fachwerkhaus



Jugendliche bei Bauarbeiten



Fachwerkskonstruktion der Kapelle von Steinrode



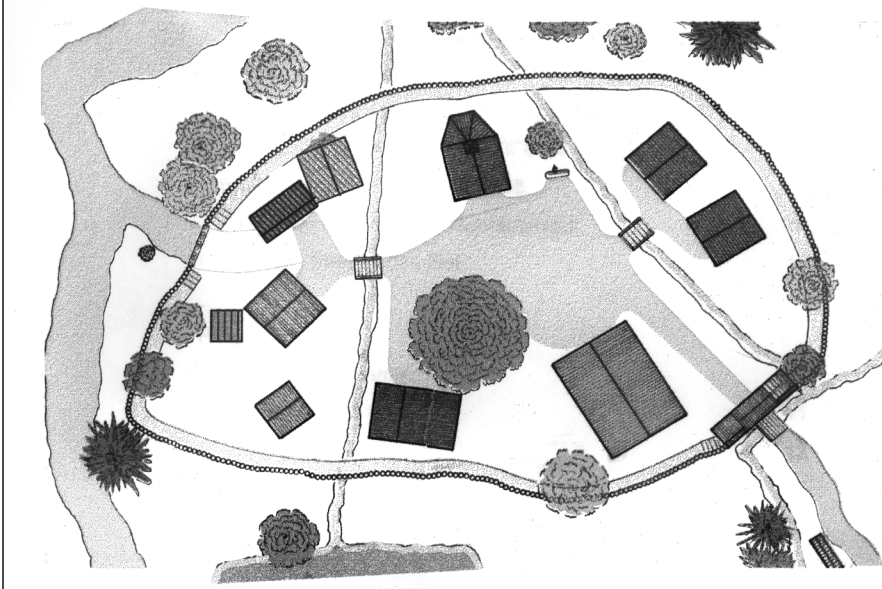
Beim Brotbacken im urtümlichen Backhofen



Zwei junge "Köchinnen" an der überdachten Kochstelle

Das mittelalterliche Dorf Steinrode

auf dem Steinberg bei Hann. Münden im Kaufunger Wald



Plan des "Dorfes" Steinrode

[entnommen: Beschreibung des mittelalterlichen Dorfes Steinrode. Ein Gemeinschaftsprojekt des Niedersächsischen Forstamtes Münden (ehemals Niedersächsisches Forstamt Kattenbühl) und des "Förderverein für Umweltbildung und Waldpädagogik an Schulen e. V. Libellula"]

Schulklasse dienen. Der **Holzschuppen** und die **Brücken** sind aus Halbstämmen und Rundhölzern gebaut. Das **Backhaus** überdacht den aus Lehm gefertigten Backofen. An dem **überdachten Feuertisch** werden die Mahlzeiten und die warmen Getränke zubereitet. Das Wasser (Trinkwasser) wird aus einem ausgehöhlten Fichtenhalbstamm geschöpft, dessen Überlauf über Gräben in den nahegelegenen Teich fließt. Umschlossen wird das von einer Eiche dominierte Dorf **Steinrode** von einem ca. 150 m langen und 2-3 m hohen **Palisadenzaun mit Wehrgang**. Der Palisadenzaun besteht aus Eichen- und Lärchenhölzern und wird nur vom Dorfstor und einem nördlich gelegenen Bewirtschaftungstor unterbrochen. Vom Wehrgang aus kann man über den Palisadenzaun die äußere Umgebung von **Steinrode** beobachten. Durch die Tore erreicht man Weidenhäger, Wiesen und eine Streuobstwiese.

Im Verlauf des Jahres 2005 machte der Aufbau des Dorfes weitere Fortschritte und verschiedene Schulklassen aus Mündener Schulen machten ihre Erfahrungen mit den Techniken und dem Leben des Mittelalters. Das Dorf Steinrode wird für die Jugendlichen zu einer völlig neuen Erfahrungswelt, einer Welt, die noch nicht geprägt war von Handy, Internet und Computerspielen. Dem Dorf Steinrode ist zu wünschen, dass es die Erwartungen der Initiatoren erfüllt und bei vielen Jugendlichen das Interesse an der Geschichte weckt und gleichzeitig das Erkennen ökologischer Zusammenhänge durch praktische Erfahrungen bewirkt wird. Das Dorf Steinrode wird hoffentlich auch ein Garant für den Fortbestand des Jugendwaldheims über das Jahr 2006 hinaus sein, denn am 31.5.2006 konnte die Einrichtung bereits auf ein sehr erfolgreiches halbes Jahrhundert zurückblicken.



Eine Schulklasse aus Lingen belegte nach der Renovierung in 2006 als erste Gruppe das Jugendwaldheim am Steinberg

Eine gelungene Rundumerneuerung

Große Umbaupläne hatte das Staatliche Bauamt in Göttingen noch Ende des Jahres 2002. Die gesamten Anbauten an das alte Direktorenhaus sollten abgerissen werden und durch einen großzügig konzipierten Anbau ersetzt werden. Mit einem finanziellen Aufwand von 750 000 Euro wollte die Landesforstverwaltung das JWH Steinberg auf den neuesten Stand bringen. Nach dem zwischenzeitlich sogar Gerüchte um eine Schließung des Hauses die Runde machten, wurde im Verlauf des Jahres 2005 ein Sanierungskonzept vom Baumanagement Südniedersachsen in Göttingen für das Haus erarbeitet und Anfang 2006 innerhalb weniger Monate mit einem Kostenaufwand von 250 000 Euro umgesetzt. Als am 01. April 2006 eine Schulklasse aus Lingen



Die Kirche des mittelalterlichen Dorfes Steinrode ist mit Brettziegeln eingedeckt

durch den Heimleiter, Herrn Bernd Ohnesorge, begrüßt wurde, waren die letzten Handwerker noch mit Restarbeiten beschäftigt. Durch die Umbauarbeiten wurden vor allem im Sanitärbereich Verbesserungen erreicht. So besitzt das Haus nun auch für die begleitenden Lehrkräfte eigene Sanitärräume. Bei den umfangreichen Sanierungsarbeiten wurden auch die alten maroden Entwässerungsleitungen auf dem Gelände erneuert. Im Keller wurde ein großer Speicher für das Duschwasser eingebaut, der auch über einen Anschluss für eine spätere geplante Solarwärmanlage verfügt. Für das etwas abseits gelegene mittelalterliche Dorf „Steinrode“ wurden separate und von außen zugängliche Sanitäranlagen geschaffen. Bernd Ohnesorge, der seit drei Jahren das Jugendwaldheim leitet, betonte, dass

durch die Sanierungen vor allem die Innenräume aufgewertet worden seien, und er erhoffe sich hierdurch eine stärkere Belegung des Hauses auch außerhalb der Schulzeiten. So sei das Haus in der Lage, während der Ferien Familienfeiern auszurichten und auch zu anderen Festen Gäste zu bewirten und aufzunehmen. Die Gruppenräume seien jetzt besonders attraktiv geworden durch helle mediterrane Wandfarben und eine dezente Beleuchtung. Neben Schulklassen besuchen Freizeitgruppen und einzelne Wanderer regelmäßig das Jugendwaldheim am Steinberg. Für einen Tag Vollpension müssen die Gäste derzeit 26 Euro bezahlen. Das Haus bietet in sechs Mehrbettzimmern Platz für 34 Gäste. Somit sind nun die Grundlagen geschaffen für ein Konzept, das auch in den kommenden Jahren eine ganzjährige Nutzung ermöglicht und somit eine Garantie für den weiteren Erhalt dieser Einrichtung darstellt.

Die Leiter des Jugendwaldheimes Steinberg

1956 - 1957:	Hans Jürgen Wolter
1957 - 1961:	Otto Sich
1961 - 1963:	Günter Gotthardt
1963 - 1965:	Rüdiger Herzberg
1965 - 1967:	Martin Scheffler
1967 - 1974:	Udo Schmidt
1974 - 1980:	Klaus Wippermann
1980 - 1985:	Walter Renneberg
1985 - 1989:	Wilfried Henze
1989 - 1990:	Frank Kaimer
1990 - 2003:	Michael Räuschel
Ab 2003:	Bernd Ohnesorge

Wanderziele und Denkmäler rund um die Steinberge

Die Wanderbewegung in Deutschland entwickelte sich in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, vor allem in den Städten, zu einer Massenbewegung. Die nach dem Ende des deutsch-französischen Kriegs von 1870/71 stark zunehmende Industrialisierung und das Anwachsen der städtischen Bevölkerung, die meist in beengten und teilweise ungesunden Wohnungen lebte, bewirkte, dass man in der Freizeit hinaus in die Natur drängte, um dem grauen Alltag der Städte zu entfliehen. Diese naturnahe Freizeitgestaltung wurde sowohl in Kassel als auch in Hannoversch Münden von den Menschen sehr geschätzt. Zu den beliebten Wanderzielen gehören seitdem auch die Steinberge im Kaufunger Wald. Um die Attraktivität zu erhöhen, hatte der damalige Mündener Verschönerungs-Verein auf halber Strecke des Weges zum Steinberg einen Ausguck in einer mächtigen Eiche eingerichtet. Die Eiche, in welcher dieser Auslug eingerichtet worden war, hieß die Buddeleiche. Da wo der Fußweg heute auf die Straße einmündet, die oberhalb der Königshöfer Eichen durch den Mündener Stadtforst zur Kohlenstraße führt und wo ein Fahrweg nach rechts abzweigt, wurde 1995 eine Schutzhütte erbaut, der man den Namen Buddeleichenhütte gab und die somit an die alte Eiche mit ihrem Auslug erinnert. Über die Einrichtung des Wanderweges am Eselsbach entlang und den Bau dieser Aussichtskanzel schrieb Georg Fischer 1905 in den Mündenschen Nachrichten den folgenden Beitrag.

Die Buddeleiche.

*Der siegreiche Feldzug hatte das Selbstbewußtsein der Deutschen gehoben, freiere Anschauungen gezeitigt und den Blick aus den engeren Verhältnissen heraus zur Ferne gelenkt. Weitere Spaziergänge und Ausflüge nach entlegenen Stätten fingen an allgemein beliebt zu werden. In unserer Gegend kamen Besuche der Häringsnase im Kaufunger Wald und des Bilsteins besonders in Gunst. Buchhändler H. Augustin †, sowie die Kaufleute O. Kobelt (jetzt zu Alsfeld) i. H.) und G. Münder † galten für diese als Pfadfinder. Ihnen haben wir auch die Benennung des am Wege dahin als nordöstlicher Randständer des „Mundenbusches“ emporstrebenden Baumes mit **Buddeleiche** zu danken; ein trinkfester Mann aus Nienhagen gab dazu die Veranlas-*

sung: Sie hatten zum Teil auf Kriegsmärschen in Feindesland am eigenen Körper die erschöpfende Wirkung des Alkohols kennen gelernt, sodaß dieser bei den Ausflügen verpönt war. In sengender Sonnenglut unter schattigem Erlengebüsch am Eselsbach einst lagernd, vermochten sie da den gedachten Bauersmann zu belauschen, wie dieser hinter jener Eiche einen langanhaltenden Schluck aus mächtigem Buddel getan, dessen Inhalt gemeinsames Eigentum einer nachfolgenden ländlichen Gesellschaft gewesen

Der in dem Lärchenbestande vom Waldsaume aufwärts dem Eselsbach entlang nach der Buddeleiche und über diese hinaus bis zum Mollenstein (Kohlenstraße) geführte Fußweg, wurde 1873, die Veranlagung der günstig belegenen Stätte mit Tisch und Bänken 1875, der Einbau einer Kanzel mit Zugangstreppe 1880 unter Oberleitung des Oberförsters Doerr auf Kosten des V. V. (Verschönerungs-Verein, d. V.) ausgeführt.

Dieselbe bietet neben der aus Königshöfen heraufgelegten Fahrwegverbindung ein Kreuzweggestell, indem außer den beiden erwähnten, in südl. Richtung abzweigenden, noch weiteren Fußpfade östlich, über die Überbrückung, durch Siebenschächten, Kohlstelle, Eichstrang, Kleeberg zum Schäferhof und westlich durch den Rundenbusch, wie beim Breitenstein erwähnt, nach dem Sichelsteinweg und Rinderstall führen. Die durch Zuwachs gegen früher beeinträchtigte Umschau auf das Mündener Tal mit der



Buddeleichenhütte, erbaut 1996



Waldanlage Buddeleiche.

[StAM MN 1905]

Weser- und Höhenlandschaft, die in gewundener Bogenstellung vom Cattenbühl, bzw. dem Wiershäuser Stauffenberg und über die Bramburg bei Adelebsen, der nördlichst belegenen deutschen Basaltkuppe hinaus bis zum Solling reicht. Südöstlich in etwa 200 Meter Entfernung sieht man das Gezweig der dort übergehaltenen mehr als 400jährigen Eiche aus dem grünen Gewoge des Fichtenmeers im Forstort „Siebenschächten“ herausragen.

Nach dieser Beschreibung Fischers muss die „Buddeleiche“ ein imponierender Baum gewesen sein, von dessen hölzerner Plattform man einen phantastischen Ausblick genießen konnte, solange der Wuchs der Fichten dies zuließ. Dass die drei Mündener „Pfadfinder“ ausgerechnet einem trinkfesten Bauersmann einen Mundraub aus einer **mächtigen Buddel**, die einer nachkommenden **ländlichen** Gesellschaft gehörte, zugedacht hatten, klingt aus heutiger Sicht recht konstruiert, obgleich nicht in Abrede gestellt sein soll, dass man auch in den Dörfern einem herzhaften Trunk nicht ablehnend gegenüberstand. Die obigen Honoratioren hatten während ihrer Kriegszüge die negative und *erschlafende* Wirkung des Alkohols kennen gelernt und für sie war der Genuss desselben bei Wanderungen *verpönt*. Die größere ländliche Gesellschaft hatte jedoch mit einer bereits im Vorhinein am Weg deponierten **mächtigen Buddel** für den nötigen „Stoff“ vorgesorgt. Aus dieser Erzählung ist zu erkennen, dass es für die drei Erzähler noch erhebliche Verhaltensunterschiede zwischen Stadt und Land in Bezug auf die „Trinkkultur“ während einer Wanderung gegeben haben soll.

Vom Verbindungsweg zur Wanderroute

Der Weg entlang dem Eselsbach wurde bis zur Einrichtung der Busverbindung Obergericht-Münden, Ende der 40er Jahre, von den Bewohnern vieler Dörfer als Fußweg genutzt, wenn man amtliche Dinge in der Kreisstadt zu erledigen hatte. Meist wurden hierbei auch die Einkäufe getätigt. Dinge, die man in den dörflichen Kolonialwarenläden nicht bekommen konnte, kaufte man bei dieser Gelegenheit ein. So musste immer einiges im Rucksack verstaut werden, um es nach Hause zu tragen. Wenn man den steilen Aufstieg nahezu geschafft hatte, war eine kurze Rast auf einer der an der Buddeleiche stehenden Bänke angesagt. Wenn heute Wanderer diesen Fußweg in Richtung Steinberg nutzen, können sie seit einigen Jahren wieder eine Rast an der „Buddeleiche“ einlegen, denn hier wurde 1996 vom Mündener Stadtforst eine Schutzhütte mit Ruhebänken gebaut. Hat man auf der befestigten Straße nach wenigen Minuten die Brücke über die Autobahn passiert, so erreicht man kurz darauf das „Karl Fuhrmann-Denkmal“. Der Werratalverein hat 1926 diesen Gedenkstein und eine Schutzhütte zu Ehren von Karl Fuhrmann errichtet. Über Karl Fuhrmann schrieb Dr. Karl Bretthauer u. a.: ... *Er war im Juni 1876 geboren und wurde als 49jähriger bereits nach einem arbeitsreichen Leben, Ende Mai 1925, auf dem Waldfriedhof in Neumünden beigesetzt. Mit ihm ging ein auf vielen Gebieten des privaten und öffentlichen Lebens bis zuletzt*

unermüdlich Schaffender, allen Mündenern als hochgeschätzte Persönlichkeit bekannt, von uns.

Wer war Karl Fuhrmann?

Mancher ältere Mündener erinnert sich an ihn, den Jugend- und Wanderfreund, den Heimatfreund, an den Komponisten, den Zeichner! Er war ein hochgebildeter und musischer Mensch, der feine Radierungen eigener Prägung schuf, ein großer Musikfreund. Er war ein guter Pianist, er komponierte auch, z. B. das Lied der 11er Pioniere, dessen Text sein Freund, der Dichter Karl von Berlepsch geschrieben hatte, dem Münden auch das schöne Pennälerlied verdankt ...



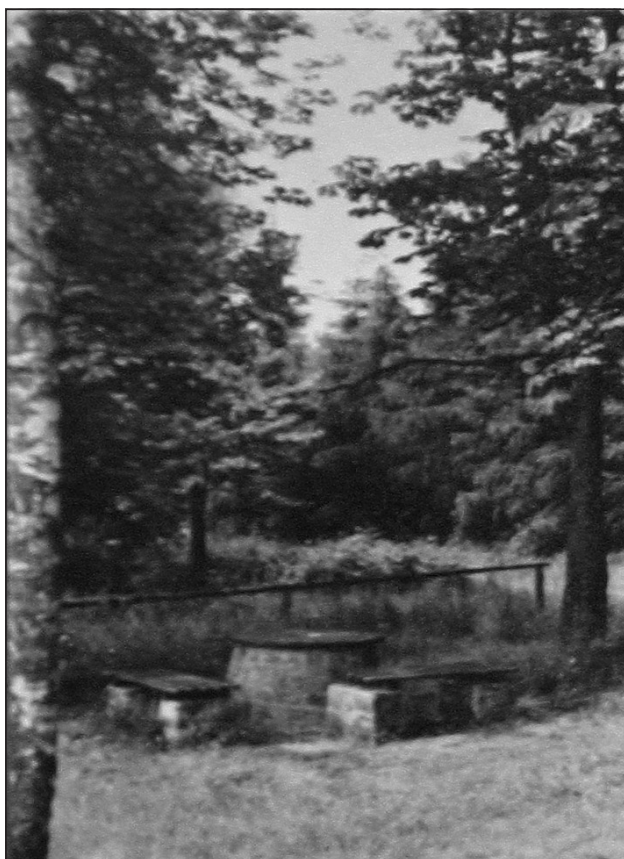
Fuhrmann-Gedenkstein mit Schutzhütte an der Kohlenstraße

Freund der Jugend und Wandervogel

Vor allem aber war Fuhrmann ein begeisterter Wandervogel. Er führte später selbst eine Jugendgruppe, die „Adler und Falken“, weil er es für jugendgemäß und gesund hielt. Das Beispiel des Lehrers R. Schirrmann (1874-1961), Gründer der Jugendherbergsbewegung hatte es ihm angeregt, der 1909 die ersten deutschen Jugendherbergen gegründet hatte. Fuhrmann tat sich mit Friedrich Kracke (Mittelschuldirektor, Kreisheimatpfleger, Vorsitzender des Heimatkundevereins, gest. 1962), der 1921 nach Münden gekommen war, zusammen und brachte die Herbergsidee den in Münden damals blühenden Jugendgruppen und Vereinen nahe.

Auf Initiative Karl Fuhrmanns übernahm die Stadt Münden 1923 die Kosten für den Ausbau eines auf dem der Stadt zurück gegebenen „Wasserübungsplatz“ befindlichen Schuppens zu einer Jugendherberge. In ihr konnten 100 bis 120 Personen untergebracht werden. Auch eine Wohnung für die Herbergseltern hatte man eingerichtet. Nach der Fertigstellung wurde die Herberge der Mündener Ortsgruppe des Verbandes Deutscher Jugendherbergen, die von Fuhrmann gegründet worden war, kostenlos übergeben. Während des Umbaus verstarb Fuhrmann und man gab dem Haus seinen Namen. Auch die nach 1945 erweiterte Herberge trägt seinen Namen. Dem Zweigverein Münden des Werratalvereins stand Karl Fuhrmann ebenfalls vor und ihm dankte der Verein mit der Errichtung des Denkmals an der Kohlenstraße.

Vorbei am Landgrafenbrunnen



Landgrafenbrunnen mit Bänken Ende der fünfziger Jahre

Für die Wanderer geht es nun im leichten Anstieg weiter über das Hühnerfeld, vorbei am Naturschutzgebiet „Kuhweide“. An dessen nördlichem Rand entspringt der „Landgrafenbrunnen“. Dessen Quellgebiet befindet sich im Landwehrhäger Genossenschaftsforst und wurde 1901 von der Gemeinde Landwehrhagen für die seit einigen Jahren geplante zentrale Wasserversorgung gefasst. Die Schüttung war so intensiv, dass man an einem Überlauf stets frisches Quellwasser schöpfen konnte. Eine Sitzgruppe lud auch hier die Wanderer zur Rast ein. Nach dieser Erfrischung erreichte man bald das Berghaus am Steinberg. Hier konnte man vom Frühjahr bis zum Herbst einkehren. In geringer Entfernung wurden die Wanderer von einem



Landgrafenbrunnen mit Bank 2006



Kasseler Naturfreunde machten 1914 am Landgrafenbrunnen Rast.

[Aufn. Paul Schminke, Archiv der Naturfreunde]

hölzernen Aussichtsturm angelockt, der sich auf dem Gipfel des Kleinen Steinbergs befand und von dessen Plattform man einen herrlichen Rundblick genießen konnte. Eine weitere Attraktion bildete die Häringsnase. Dieser Aussichtspunkt war vom Berghaus in etwa 20 Minuten zu Fuß zu erreichen. Es ist der noch heute so genannte **Dreiburgenblick**, von dem aus sich Wanderern ein weiter Ausblick ins Werratal und das benachbarte Thüringen bot. Über diesen Aussichtspunkt konnte man in den Mündenschen Nachrichten am 26. August 1906 folgendes lesen:



Wandergruppe der Neuapostolischen Kirche Münden auf dem Steinberg in den 20er Jahren

[Original: Ilse Köster]

Die Häringsnase im Kaufunger Wald.

*Keine von den entfernter belegenen Anlagen hatte s. Zt. solch lebhaften Besuch rings aus der Gegend zu verzeichnen, wie diese durch Abtrieb des Baumbestandes in dem gleichnamigen Forstort um 1868 entstandene Umschau-stätte. Der erste laubenartig hergerichtete, mit Tisch und Ruhebänk versehene Auslug ward um 1876 von Fabrikant B. Wüstenfeld geschaffen und **Landgrafenhöhe** benannt. Die Umschau über den Berghang hinweg, der Anflug und Vogelschleppe mit anheimelndem Grün eines welligen Meeres Kleingesträucher schmuckvoll umkleidet, in das prächtige Wiesental, die Steinbachslandschaft, Siedelung Glashütte und das weit hinauf zur Ausrollung gekommenen großartige Waldbild war eine wahrhaft entzückende. Noch freier und großartiger gestattete sich der Ausblick durch die 1883 von der von Buttlar-Ziegenbergschen Forstverwaltung auf jener Hochfläche hart an der Hessisch-Han-*

noverschen Grenze errichteten, mit Schaugerüst überstellten Schutzhalle. Diese inzwischen baufällig gewordene Anlage kam 1898 zum Abbruch. Eine gleich hohe Leiter hatte dann die Aussicht einige Jahre leidlich freigehalten bis der Höhenzuwachs des Buchenbestandes auch dieses Hilfsmittel zwecklos werden ließ. – Zugänglich ist die Häringsnase vom Steinberghause (scharf an ihr vorüber führt der Weg auf dem Kamm der Wasserscheide nach dem Bielstein) fast ohne Umweg läßt sich dabei das vor dem Steinbruch gleich bei der nächsten Biegung links am Ziegenhagener Wege aufgeführte Burhenne-Denkmal besuchen.

Locales.

✠ Seit einiger Zeit ist am Steinberge auf dem Hühnerfelde ein neuer Aussichtspunkt entdeckt und bei hiesigen Touristen schnell beliebt geworden: die s. g. Häringsnase im Forstorte gleichen Namens im Lutterberger Gemeindebezirk. Vor wenigen Jahren noch war die Aussicht durch Buchenhochwald verdeckt, weshalb dieser Waldbort der früheren Generation weniger bekannt war. Man geht bei Königslof den Mienhäger Weg hinauf, erreicht beim s. g. Mollenkeine die Kohlenstraße, verfolgt diese bis zum Berghäuschen, von wo aus man den rechts nach dem mit prächtigen Buchen bestandenen Steinberge führenden Weg wählt, hält sich, hier angelangt, etwas rechts, dann wieder links, es sich halbkreisförmig ein von den Sollinger Bergen bis zur Teufelskanzel beim Hanstein reichendes imposantes Panorama entfaltet. Die Göttinger Berge, der Hohehagen, die Gleichen, im Hintergrunde der Brocken, das Eichsfeld, der Hanstein u. s. w., unmittelbar unterhalb des Berges die Glashütte Ziegenhagen, präsentiren sich bei guter Beobachtung sehr effectvoll. Es eignet sich besonders der September zu einer Partie nach dieser schönen Stätte, die auch recht gut zu Wagen zu erreichen ist. Des Weges Ankündigung wird auf dem Berghause von Herrn Haltern freitwilligst beschrieben.

Neuer Aussichtspunkt Häringsnase

[StAM MN 16.9.1877]

Zum bevorstehenden **Himmelfahrts-**
feste bringe ich meine

Gastwirthschaft
zum **Steinberge**

20 Minuten von der **Häringsnase** entfernt, in gefällige Erinnerung.

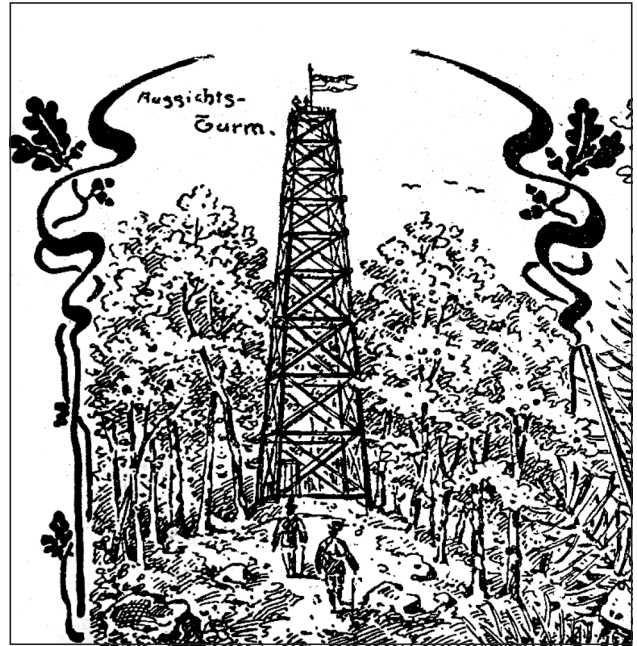
Für bläuge Speisen und Getränke ist bestens gesorgt und bitte um geneigten Anspruch. Hochachtungsvoll (1893)

Th. Wolke.

Dreimal erschien diese Anzeige in den Mündenschen Nachrichten - 17.5; 30.5; 1.6.1886

[StAM MN 17. 5-1886]

In den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts hatte man, bedingt durch Holzeinschlag, wieder einen weiten Rundblick von der Häringsnase dem s. g. Dreiburgblick. Man konnte



So wie dieser Turm auf dem Kleinen Steinberg könnte auch der Turm an der Häringsnase ausgesehen haben

te von diesem Standort aus Schloß Berlepsch, den Hanstein und die Ruine der Burg Ziegenberg sehen. Der Baumwuchs ist heute allerdings wieder so hoch, dass er einen ungehinderten Blick in Richtung Werratal nicht mehr freigibt. Wenn man heute auf dem Europawanderweg Nr. 4 in Richtung Umschwang wandert, erregen die imposanten Grenzsteine, die den Verlauf der Grenze zwischen dem einstigen Kurfürstentum Hessen und dem Königreich Hannover markieren, die Aufmerksamkeit der Wanderer.

Geht man vom Steinberg aus in Richtung Glashütte-Ziegenhagen auf der mit Barrieren geschlossenen Straße, so passiert man an der Stelle, wo ein befestigter Weg zum ehemaligen Basaltsteinbruch nach rechts abbiegt, auf der linken Straßenseite das Burhennedenkmal. Dieses steinerne Denkmal erinnert an den Förster Wilhelm Burhenne. Er war von 1827 bis 1877 als Revierförster in den Waldungen der Herren von Buttlar-Elberberg angestellt, und er hatte während seiner Dienstzeit den Ausbau dieser Straße geleitet. In den Mündenschen Nachrichten konnte man 1905 folgendes lesen:

Das Burhenne-Denkmal

Im hessischen Anteil des Kauffungerwaldes belegen, ist das 1898 errichtete Denkmal so ziemlich an der oberen Grenzscheide der von Buttlar-Elberberg'schen Waldung bei der Bogenführung links, südwestlich der Fahrstraße aufgeführt worden. Es ehrt die Waldbesitzer und den Waldbeschützer. Sowohle das Denkmal wie das in nächster Nähe befindliche Jagdhaus sind dem Forstort „Drachenschwanz“ zugehörig. Ein Eisengitter umschließt das von den Besitzern jenes Waldes gestiftete Denkmal, dessen Stein-Obelisk nachstehende Inschrift als Widmung trägt:

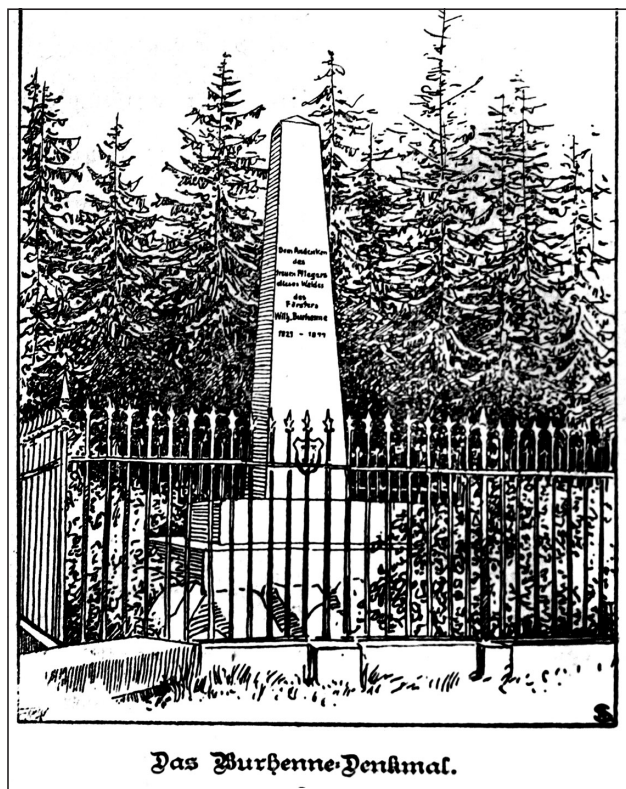
„Dem Andenken des treuen Pflegers dieses Waldes
des Försters Wilh. Burhenne
1827-1877“

Darunter befindet sich ein Schild mit dem von Buttlar-Elberberg'schen Wappen: eine Tragbütte.

In einem weiteren Artikel wurde in der gleichen Zeitung über den Zweck der Anlage dieser Straße berichtet: Die von den Buttlar-Elberberg'schen Forsten als Holzabfuhrweg, namentlich aber der Sandzufuhr und Güterabfuhr (Glashütte) dienende schöne Fahrstraße erstand in den Jahren



Wappen der Familie von Buttlar-Elberberg



Das Burhenne-Denkmal.

[StAM MN 5.11.1905]

1879/86. Diese nach den Plänen des Forstmeisters Kehr-Elberberg unter Leitung des Revierförstlers Burhenne hergestellte Straße führt gleich unterhalb des Denkmals an den Fußsteig bzw. der Treppe zu dem Kopfe des „Drachenschwanzes“ (mit dem daselbst 1888 erbauten Jagdhäuschen und dem Quell des Herzbrunnens) vorbei. Abstieg oder Talfahrt auf der schönen Straße lassen entzückende Waldbilder an dem Auge des Besuchers vorüberziehen.



Vorderseite des Denkmals. Heute steht das Denkmal ohne Schutz des ehemaligen Eisengitters

Der Verfasser malte nun die landschaftlichen Schönheiten der Gegend und kam zum Schluss auf die eigentlichen Ziele der Anlage dieser Straße. Diese diente in erster Linien wirtschaftlichen Zwecken. Sie erleichterte den Abtransport des Holzes aus den von Buttlarschen Wäldern, sowie die Herbeischaffung des Glasursandes und der Braunkohle vom Steinberg für die Glashütte oberhalb Ziegenhagens. Auf ihr wurde ein großer Teil der Hüttenprodukte sowohl nach Münden über die Kohlenstraße wie auch nach Kassel über den Ziegenhagener Weg Nienhagen- Benterode Richtung Kassel mit Pferdefuhrwerken transportiert. Die Strecke ist sehr steil angelegt und sie erforderte seinerzeit den Einsatz vieler Vorspannpferde. Den Gebirgscharakter der Straße veranschaulicht am besten das Fortschaffen der mit Glashüttenzeugnissen beladenen Lastwagen nach Cassel. Als Vorspann (bis zum Steinberg) machen diese Fahrten 6 und mehr Pferde erforderlich.

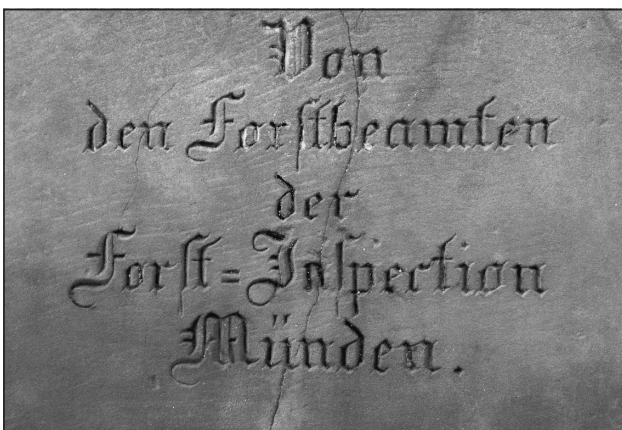
Das Quensell-Denkmal

Wenn man von Münden kommend auf der Kohlenstraße die Autobahn überquert hat, zweigt wenige Meter weiter der Braunewaldsgrundweg nach links ab. An der rechten Seite dieses Weges steht das Denkmal, das an den Mündener Oberforstmeister erinnern soll. In **„Geschichte der Stadt Münden nebst Umgebung“** erwähnte Wilhelm Lotze dieses Denkmal mit den folgenden Worten: ... *Es hat überhaupt dieser alte 80jährige Greis in seinem Langen Leben als Forstmann mit ungemeiner Thätigkeit gewirkt und als man hier in Münden am 24. April 1865 sein 50jähriges Dienstjubiläum feierte, nahmen nicht allein unsere sämtlichen Einwohner, sondern auch alle in unserer Umgebung angestellten Forstmänner hieran theil.*

Vormittags fand die Enthüllung eines dem Jubilar errichte-



Denkmal zur Erinnerung an den Oberforstmeister Quensell



Inscription der Rückseite des Denkmals

ten Denkmals im Forstorte Braunewaldsgrund, Cattenbühler Revier, statt und Abends beschloß ein Fackelzug von 100 Holzhauern, gewappnet mit Tannenzweig gezierten Aexten, den festlichen Tag. Die Inschrift des Denkmals lautet: „Herrn Ober-Forstmeister Quensell zum 50jährigen Dienst-Jubelfeste am 24. April 1865 die sämtlichen Forstbeamten der Forst-Inspection Münden.“ Seine Majestät unser geliebter König Georg V. lohnte die langjährigen treuen Dienste des verehrten Jubilars, außer durch andere Beweise von Gnade und Huld, auch mit Verleihung des Commandeur-Kreuzes zweiter Klasse des Königlichen Welfenordens.

Von Seiten unseres Magistrats wurde dem Jubilar auch das Diplom als Ehrenbürger der Stadt Münden verliehen. So schließen wir denn mit den schönen Strophen des Jubelgesanges einer seiner Freunde:

*Vor Allem doch sind Zeugen seiner Thaten
Hier diese Wälder auf dem Cattenbühl,
Da reifen seine reichen schönen Saaten,
Wir sehn sie an mit freudigem Gefühl!
So stehe er noch lange und gewahre
Was er gethan und schaffe rüstig fort,
So stehe er noch viele frohe Jahre
Im Kreis der Seinen, als ein treuer Hort!*

Wenn wir heute den systematischen Abbau und die Zusammenlegung der Forstämter zu immer größeren Einheiten mit immer weiter reduziertem Personal erleben, so erscheint uns eine derartige Ehrung dieses leitenden Forstbeamten wie ein Märchen aus alten Zeiten. Oberforstmeister Theodor Heinrich Ludwig Quensell (1797-1885) oblag als Leiter der hannoverschen Forstinspektion die Aufsicht über den gesamten Forstbereich des Kreises Münden, sowie über das Herrschaftliche Bergwerk auf dem Steinberg. Unter seiner Ägide wurde seinerzeit die Kohlenstraße ausgebaut. Die Aufforstung des „Hühnerfeldes“ fiel ebenso in seine Dienstzeit wie die Ausarbeitung und Durchführung des Waldrezesses von 1870. Die Stadt Münden machte den verdienten Forstmann aus Anlass seines 50-jährigen Dienstjubiläums zu ihrem Ehrenbürger.

Auerhahnorden

Bevor sich die Wanderbewegung rasant entwickelte, durch welche das **Berghaus** zu einem beliebten Ziel geworden war, diente das in ihm eingerichtete „Forstétablissement“ dem **„Steinberg-Auerhahnorden“** als Versammlungsort. Das berühmteste Mitglied dieses Ordens war zweifelsohne der Oberst a. D. und Oberforstmeister J. C. von Düring. Dieser war während der französischen Besetzung während der napoleonischen Zeit einer der berühmten „Wilden Jäger“ gewesen, die als „Freiheitskämpfer“ den Franzosen stark zugesetzt hatten. Georg Fischer schrieb über ihn u. a.: ... *Was er dem Vaterlande damals und später geleistet, ist von der Mitwelt dankbar anerkannt und in ehrenvoller, dankbarer Gesinnung über sein Leben hinaus von dem hannoverschen Herrscherhause selbst bestätigt worden: König und Kronprinz trauerten an der Bahre des alten Freiheitskämpfers, dessen Einsegnung beide persönlich bewohnten.*

Am 21. Oktober 1924 veröffentlichte der Mündener Hotelier Fr. M. Zwicker in den Mündenschen Nachrichten einen ausführlichen Bericht über eine Fahrt mit dem Postauto zu den verschiedensten Sehenswürdigkeiten und Zielen um den Steinberg herum. Der Bericht hat den folgenden Inhalt:

Mit dem Postauto über den Steinberg.

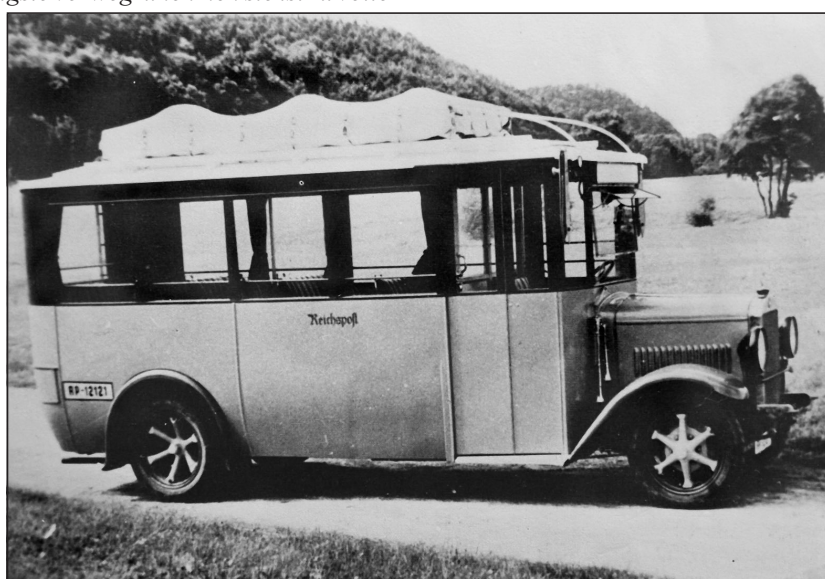
Der Vorsitzende des Mündener Verkehrsvereins, Herr Fabrikant Gustav Blume, hatte bei der Postbehörde angeregt, für den nächsten Sommer Postautolinien in die nähere schöne Umgebung Mündens nach Art der Harzautolinien einzurichten. Dem Entgegenkommen der Oberpostdirektion Braunschweig ist es zu danken, daß schon am vergangenen Sonntag eine Probefahrt von Münden über den Steinberg, Ziegenhagen nach Witzenhausen gemacht wurde, die über Hedmünden nach Hann. Münden zurückführte. Um das Wichtigste vorwegzunehmen sie ist zu voller

Zufriedenheit aller Teilnehmer und besonders der Herren von der Postdirektion verlaufen. Von der Postbehörde waren unter anderen vertreten: Herr Oberpostrat Wünsche aus Braunschweig und die Herren Postdirektoren aus Göttingen und Münden. Das Postauto, das gegen 1 Uhr vom Postamt in Münden abfuhr, war im übrigen vom Publikum gut besetzt. Den Naturgenuß, den sich die Teilnehmer von der Fahrt versprochen,

haben sie in vollem Maße genossen. Zunächst gings den Kattenbühl hinauf mit dem herrlichen Blick auf Königshof und Schäferhof, deren Gebäude aus dem bunten Herbstdwald malerisch hervorschauten. Dann durch hohen Tannen- Eichen- und Buchenwald. Vor Quensells Denkmal ließ eine Waldlücke den Blick auf den Hohen Hagen frei. Die Kohlenstraße führte an Stukenfeldern vorbei zum Landgrafenbrunnen, wo ein kurzer Blick auf Wilhelmshöhe, Dörnberg und Habichtswald überaus lohnend war. Um 2 Uhr ließen wir die Braunkohlenzeche Steinberg linker Hand, um einige 100 Meter weiter das Haus der Touristen und Naturfreunde zu besichtigen. Herrlich in den Hellbergwiesen gelegen, bietet ein Ausblick vom Balkon uns noch mal den sargähnlichen Dörnberg mit dem Habichtswald. Gegen ½ 3 Uhr biegt der Kraftwagen in die Straße nach Ziegenhagen ein. Straße ist eigentlich zu viel gesagt. Rechts und links drängt sich der Wald dicht an den Wagen, und ab und zu schlagen Aeste klatschend aufs Verdeck. Am Denkmal des Försters Burhenne vorbei geht's in einen wunderschönen Buchenkessel, der hier und da einen Blick

auf die roten Dächer von Glashütte bietet. Mitten durch hohen Buchenwald führt der Weg. Oft kommen scharfe Kurven. Linker Hand Sandsteinabhang verwittert mit Heide bewachsen, recht abschüssig zu Tal gehende Bergsole, die in sanftes Wiesengrün mit Bach und Weidenbüschen ausläuft. Um ½ 4 haben wir Glashütte erreicht. Es war eine „Kraft“ wagenfahrt. Steiler Aufstieg, frischer Steinschlag und scharfe Kurven waren zu überwinden. Da bedurfte mit Recht der Motor frische Wasserkühlung. Dann führte der Weg weiter nach Ziegenhagen, einem anmutig im Waldtal eingebetteten Dörfchen, über das der „Kalbskopf“ mit seinem braunen Blätterwald herabschaut. Ziegenberg, einst Burg im Besitz der Familie von Buttlar, liegt nicht minder schön. Hier öffnet sich das Tal. Blickershausen und Gertenbach grüßen uns, Schloß Berlepsch schaut aus den Buchenwäldern jenseits der Werra hervor. Wilder Wein blutet

über den Dächern von Stiedenrode, das wir gegen vier Uhr hinter uns lassen. Vor Ermschwerd wird das Landschaftsbild belebter. Kühe, Hühner, ja Truthähne gehen auf dem Feld ihrer Nahrung nach. Am Fuß des Wachholderberges weidet eine ungehürdete Schafherde. Bald leuchten die Dächer Witzenhausens aus dem gelben Herbstlaub. „Halt ein o Wanderer deinen Schritte, und raste hier für kurze Frist.“ Nicht nur



Möglicherweise wurde die Probefahrt mit einem solchen Benz-Bus der Reichspost aus den zwanziger Jahren unternommen

[entnommen: Archiv für deutsche Postgeschichte, Heft 2, 1989]

dem Dichter zu Liebe, sondern auch des schönen Städtchens halber, das uns jetzt aufnimmt, rasten wir hier von 4 Uhr 20 Min. bis ½ 6 Uhr. Der schöne lindenumstandene Kirchplatz mit dem Blick durch Längsstraßen auf den Johannisberg, der Friedhof mit seinem monumentalen Gefallenendenkmal fesselt uns. Das kleine werradurchrauschte Städtchen hält uns zu lange. Schon braut der Nebel, als wir abfahren. Heimwärts gehts über Gertenbach nach Hedemünden. Am letzten Heller schauen die Verwaltungsgebäude der nun bald ganz vollendeten Stauanlage hell erleuchtet in das dunkle Staubecken. Eine kleine Panne läßt uns Halt machen. Um 7 Uhr treffen wir in Münden wieder ein. Eine schöne Fahrt, die den Teilnehmern noch lange in Erinnerung bleiben wird. Der probeweise gefahrene Weg Steinberg Ziegenhagen kann natürlich für einen etwa einzurichtenden Postautoverkehr nur in Frage kommen, wenn die Straße bedeutend besser ausgebaut wird. Vielleicht eignen sich Straßen Münden-Wilhelmshausen-Holzhausen-Veckerhagen besser zum Postautoverkehr! Das kann jedenfalls als Ergebnis der Probefahrt festgestellt werden, daß die Herren von der Postbehörde nicht abgeneigt schei-

nen, einen regelrechten Postautoverkehr in Mündens schöne Umgebung im nächsten Jahr ins Auge zu fassen. Dem ständig wachsenden Fremdenverkehr Mündens würde damit sicher gedient sein. Fr. W. Zwicker.

Diese in die Postbehörde gesetzten Hoffnungen sollten allerdings in dieser Form nicht erfüllt werden. Zwei Jahre später jedoch richtete das in Trubenhausen ansässige Fuhrunternehmen Fiege & Söhne einen planmäßigen Omnibusverkehr durch den Kaufunger Wald ein. Die Strecke begann in Großalmerode und führte über Witzenhausen, Hann. Münden, Lutterberg, Landwehrhagen und Sandershausen nach Kassel. Streng genommen führte diese Linie nicht durch, sondern in großen Teilen um den Kaufunger Wald herum. Die Kasseler-Omnibus-Gesellschaft, kurz KOG genannt, übernahm 1928 die Linie von Fiege & Söhne. Nun wurde dadurch, dass die Linie in Kassel begann und von hier aus über Kaufungen und Helsa nach Großalmerode auf die bestehende Streckenführung traf,

ein Kreisverkehr. Unter der Bezeichnung **“K”** befuhren die Busse die Strecke auf der oben beschriebenen Route. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde von dieser Linie auch die Nebenstrecke Witzenhausen-Kleineralmerode bedient. Die Strecke wurde auch in gegengesetzter Richtung unter der Bezeichnung **“L”** befahren. Es sollte nach der Stilllegung neun Jahre bis zur Wiederaufnahme des alten Ringverkehrs dauern, denn die Linien wurden erst vier Monate nach der Währungsreform (21. Juni 1948), am 1. November 1948 in beiden Richtungen wieder unter den alten Bezeichnungen **“K”** und **“L”** aufgenommen. Ab Mai 1949 wurden dann beide Linien einheitlich mit **“K”** gekennzeichnet. Am 1. Oktober 1954 wurde der Omnibusverkehr rund um den Kaufunger Wald endgültig von der Kasseler Verkehrsgesellschaft (KVG) eingestellt.



Ein Henschel-Omnibus der KOG der Linie “K” kurz vor dem Bahnübergang bei Bonaforth

[G. A. Stör. Ein Jahrhundert Kasseler Nahverkehr, 1977]

Der Basaltsteinbruch am Großen Steinberg

Einen unübersehbaren Beweis der frühen Nutzung von Basalt in unserer Region bieten die Außenmauern der Burg-ruine Sichelstein. Die hier verwendeten Basaltsteine wurden auf dem nahegelegenen Großen Staufenberg abgebaut. Man zerschlug die Säulen in passende Stücke und baute diese „liegend“ in den Mauerverbund ein. Für den Ausgleich zwischen den Säulenstücken wurde Sandstein und Kalkmörtel verwandt. Der intensive Abbau der Basaltvorkommen am Großen Staufenberg setzte mit dem Ausbau der alten Handels- und Heerstraßen im 18. Jahrhundert ein und endete mit der völligen Ausbeutung dieses Vorkommens 1906.

Die Nutzung der Basaltvorkommen am Steinberg begann erst wesentlich später. Bei der Planung des Ausbaues der Kohlenstraße vom Steinberg nach Hann. Münden wurde 1841 vertraglich festgelegt, dass die am Kleinen Steinberg gewonnenen Basaltsteine für den Ausbau der gesamten Strecke kostenlos abzugeben seien. Diese kostenlose Abgabe dürfte sich auf die Basaltsteine bezogen haben, die im Mündener Abschnitt der geplanten Trasse gebraucht wurden, da der Forstfiskus sich die in seinem Bruch gewonnenen Steine nicht selbst in Rechnung gestellt haben dürfte.

Am Großen Steinberg hatte die Forstverwaltung ebenfalls einen Basaltsteinbruch eingerichtet, in dem bis 1861 Basaltpflastersteine gewonnen wurden. Die am Großen und Kleinen Steinberg abgebauten Steine wurden von der Forstverwaltung ausschließlich für den Forstwegebau verwendet. [Schmidt-Bucher]

Dies änderte sich mit dem Bau der Seilbahn vom Steinberg nach Münden und der Übernahme des Unternehmens durch das Kölner Seilbahnunternehmen Julius Pohlig. Dieser reagierte auf den boomenden Straßenbau und die hiermit verbundene hohe Nachfrage nach Straßenbaumaterial 1897 mit der Anpachtung des Basaltbruches am Kleinen Steinberg und der Aufnahme von Basalt in drei verschiedenen Formen in seinen Verkaufskatalog. Er bot Basalt in „Krotzen“ (große Stücke), Pflastersteinen und Kleinschlag an. Er beförderte den unbearbeiteten Basalt mit der Drahtseilbahn nach Münden und ließ ihn dort bearbeiten. Wiederholt suchte der Betrieb Mitarbeiter für diese Arbeit durch Annoncen in der Mündener Zeitung ... *Arbeiter zum Feinschlagen von Basalt an der Drahtseilbahn gegen guten Accord dauernd gesucht.*

Dieses Geschäftsfeld wurde auch von Hermann Jaeger während der folgenden Jahre weiter verfolgt. Wegen sehr guter Auslastung des Unternehmens übertrug er die Ausbeutung des vom Fiskus für 310,00 Mark pro Jahr gepachteten Basaltbruchs 1908 an einen anderen Unternehmer. Es kam jedoch zu Unstimmigkeiten, in deren Folge über vier Jahre hinweg kein Basaltabbau erfolgte. Die „Gewerkschaft Steinberg“ kündigte den Pachtvertrag zum 1.4.1913 und bat in Absatz 3 des Schreibens an die Königl. Oberförsterei ... *ergebenst in Erwägung ziehen zu wollen, ob nicht wenigstens eine teilweise Rückerstattung dieser Beträge, oder Anrechnung auf andere von uns zu zahlende Pachtsummen angängig wäre.* Immerhin waren es 1550 Mark die Hermann Jaeger für die fünf Jahre dauernde und völlig nutzlose Pachtzeit entrichtet hatte. In einer Mitteilung der Oberförsterei Kattenbühl an die Königliche Regierung in Hildesheim bezüglich dieser Kündigung und der Bitte um Reduzierung der Kosten vermerkte der Verfasser ... *Es erübrigt sich, bezüglich des Absatzes III des Schreibens ein Äußerung abzugeben.* Am Rand ist in Bleistift vermerkt ... *gesetzlich unzulässig.*

Somit zahlte Jaeger die volle Pachtsumme an den Fiskus. Nach der Aufhebung des Vertrages im April 1914 wurde der Verkauf von Basalt bis zum Ende des Betriebes 1930 nicht wieder aufgenommen.

Gewerkschaft Steinberg, Braunkohlen- u. Tonwerk
Hann. Münden.

17/12 1912
Hann. Münden, den 26. September 1912.

An die
Kgl. Oberförsterei Kattenbühl
hier.

Auf Grund der Pos. 18 unseres Vertrages über die Pachtung des Basaltsteinbruchs am kleinen Steinberg kündigen wir hiermit unser Pachtverhältnis bis zum 1. April nächsten Jahres, sodass das Pachtverhältnis mit diesem Tage aufhört.

Wir bemerken noch, dass infolge Differenzen mit dem betr. Unternehmer, welchem wir die Ausbeutung des Bruches übertragen hatten, der Bruch überhaupt nicht in Angriff genommen wurde, sodass wir die Pacht von Mk. 310.-- nunmehr vier Jahre vergeblich bezahlt haben.

Wir bitten ergebenst in Erwägung ziehen zu wollen, ob nicht wenigstens eine teilweise Rückerstattung dieser Beträge, oder Anrechnung auf andere von uns zu zahlende Pachtsummen angängig wäre.

Hochachtungsvoll
Gewerkschaft Steinberg
Braunkohlen und Tonwerk

[Signature]

Telegr. Adresse
Zeche Steinberg, Hann. Münden.
Fernsprech-Anschluss Nr. 18.

Braunkohlen-Bergwerk.

Fabrikation
feuer- und säurefester
Produkte
in allen Formen und Größen.
Hochfeuerfeste Steine
Ziegelöfen, Kalköfen,
Feuerungsanlagen
jeder Art.
s. Säurefeste Steine für
Chemische Fabriken und
Cellulosekochen.

Dampfsiegel:
FABRIKATION

porösen Loch- u. Vollsteinen
Hintermauerungssteinen
Kamin- und Profilsteinen
Klinkern etc.

Lieferung
von Feuerfesten, Malm-
und anderen Tonen,
Glassand, a Bausand,
Glasursand etc. etc.

BASALT
in Krotzen, Pflastersteinen
und Kleinschlag.

Eigens Anschlusss
nach Station Hann. Münden.
Wasserverbindung in Hann. Münden.

EINSCHREIBEN I

Für den Bau der eigenen Straße, die von der Ortschaft Glas- hütte oberhalb des Dorfes Ziegenhagen durch die Waldun- gen bis zum Steinberg führt, hatte die von Buttlarsche Forstverwaltung die Basaltvorkommen am Steinberg be- reits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts genutzt. Für den Ausbau des Straßennetzes war die Nachfrage nach Pflastersteinen und sonstigem Steinmaterial von Jahr zu Jahr angestiegen. So wurde es immer verlockender, die am Steinberg befindlichen Basaltlager nutzbringend abzubauen. Auszüge aus einer anonymen und undatierten hand- schriftlichen „Betrachtung“ [StAMR Bestand: 340 v. Buttlar Nr.1177] schildern die Vorzüge einer derartigen Nutzung wie folgt:

Ausführung.

Die Nutzbarmachung der Basaltlager am Steinbergkopf der Herren von Buttlar bei Ziegenhagen ist nur möglich in Folge einer besseren Bahnverbindung von bis . Letztere würde der Menschheit in allgemeinen und der Arbeiter- klasse in der Umgegend von Ziegenhagen im besonderen zum Wohle gereichen, ebenso würde das aufzuschließende Unternehmen am Steinbergkopf der Kgl. Staatseisenbahn große Einnahmen bringen für zu fördernde Steinmengen etc ...Der Umfang und die Mächtigkeit der Lager der Ba- salte sind ungefähr 100 Morgen, gleich 25 Hektar in der Oberfläche. Die Tiefe der Lager sind im Durchschnitt circa 15 bis 20 Meter also für eine lange Reihe von Jahren wirt- schaftlich auszubeuten. Die Güte der Basaltlager ist durch Fachleute erprobt u. mit etwa 25% für Pflastersteine ge- eignet befunden, die restlichen 75% würden in Beschaffen- heit als Wegebau-Material und Bahnbaumaterial, sowie Betonmaterial zu künstlichen Bausteinen Verwendung fin- den, auch würden sie wegen der günstigen Lage nach dem Norden und nach Cassel guten Absatz finden. Wenn die ge- dachte Linie unmittelbar an Ziegenhagen ihre Trace nimmt, so könnte das Unternehmen vom Steinbergkopf mit einer Feldbahn oder einer Drahtseilbahn mit nicht allzu großen Anlagekosten mit etwa 2 km angeschlossen werden.

Dagegen kann ohne diese Bahnlinie an einen Betrieb vom Steinbergkopf gar nicht gedacht werden ...

Bei einer Zahl von 200-300 Arbeiter würden täglich unge- fähr 10 Waggons à 10 000 Kilo Pflastersteine angefertigt, dieselben würden durch die Kögl. Staatseisenbahn nach den Großstädten Hannover, Braunschweig, Bremen, Ham- burg, Kiel etc. als weiteste Entfernung den Weg per Bahn zurück zulegen haben und der Eisenbahn große Frachten einbringen.

Es wäre der Eisenbahn durch ein derartiges Werk ein Jah- res-Einkommen von Frachten von circa 100-150000,- Mark gesichert, zumal gutes Pflastermaterial hinreichen- den Absatz finden kann. Dies ist schon allein damit zu be- weisen was in den letzten Jahren an fremdländischen Pfla- stersteinen nach unseren deutschen Städten eingebracht ist. Wie wollen hiermit nur kurz die Gesamteinfuhr von Pflastersteinen aufführen.

Gesamteinfuhr in Tonnen:

1903	443,552
1904	463,068
1905	677,638
1906	567,532
1907	604,012
1908	552,677

Diese Zahlen genügen jedenfalls zur Sicherung, daß der Absatz von guten Pflastersteinen nach unseren deutschen Großstädten hinreichend gesichert ist. Er bedarf nur einer ernsthaften Unterstützung der Kögl. Regierung, sowie der Kögl. Eisenbahn-Verwaltung, dem platten Lande durch Verkehrsmittel von Nebenbahnen zur Aufschließung deren Bodenschätze auf den Markt zu bringen Wir sahen ja mit großer Bewunderung, wie z.B. die Rhön wo die Kaliwerke nach beendeter Bahnverbindung dem Land und der Menschheit Vorteile gebracht haben, ebenso im Vogelber- ge , Harzgebirge etc. durch Steinwerke der Arbeiterschaft als Ernährer gilt. Ebenso wird uns durch unsere gedachte Bahnlinie damit gedient sein und mit der Zukunft dem Staat und Kommunen von großen Nutzen werden.



Kohlentransport vom Habichtswald zum Bahnhof Wilhelmshöhe. So oder ähnlich hätte der Basalttransport vom Steinerg aussehen können

[entnommen: Stör - Ein Jahrhundert Kasseler Nahverkehr]

Der Bericht ist von euphorischer Stimmung ge- prägt und völlig auf den Bau eines Bahn- schlusses fixiert. Möglicherweise ist Pfarrer Uf- felmann in Hedemünden der Verfasser dieser „Ausführung“. Er hatte sich für dieses Projekt engagiert und bereits zu Beginn des Jahres 1912 mit der in Hannover ansässigen **Bahnindustrie Actiengesellschaft** Verhandlungen über den Bau einer elektrischen Schmalspurbahn geführt. [StAMR Bestand:340 v. Buttlar Nr. 1048] Auch mit der Firma AEG waren Verhandlungen über die Anlage einer solchen Bahn geführt worden und eine Veröffentlichung im „Göttinger Tageblatt“ veranlasste die **Bahnindustrie AG Hannover** zwei Tage nach dem Erscheinen des Artikels zu einer Rückfrage in Bezug auf den Stand der Pla- nungen. Der Artikel im Göttinger Tageblatt vom 25. Juli 1912 hatte den folgenden Inhalt:

Hedemünden. 23. Juli. (Neues Basaltvorkommen)

Eine Aktiengesellschaft beabsichtigt auf der Bergkuppe „Hühnerfeld“ ein Basaltwerk anzulegen. Zu diesem Zwecke soll eine elektrische Bahn, auf welcher man zuerst vier Triebwagen einzustellen beabsichtigt, gebaut werden, um die gebrochenen Steine zur Verladung nach dem hiesigen Bahnhof zu schaffen. Durch diesen Triebwagenverkehr würden dann auch unsere Nachbarorte hinter den Bergen dem Verkehr angeschlossen, da die Aktiengesellschaft, um eine bessere Rentabilität zu erzielen, die Bahn über Glashütte, Ziegenhagen und kurz vor Bickershausen über die Werra nach hier führen will, um damit den Transport von Holz, Kohlen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu verbinden. Auch unsere Berge bergen viel Basaltsteine.

Vorbild für die Planung ist wahrscheinlich die 1903 von dem Kasseler Unternehmer Gustav Henkel gebaute *Herkulesbahn* in Kassel gewesen. Neben dem Personenverkehr zum Herkules beförderte diese Bahn Braunkohlen aus den „Habichtswalder Braunkohlen-Bergwerken“ zu einem Elektrizitätswerk, welches von Henkel betrieben wurde sowie nach der an der Kohlenstraße gelegenen Ladestelle der *Cassel-Waldkappeler Bahn*. Die Herkulesbahn war seinerzeit ein technisches Meisterwerk. Bei einer durchschnittlichen Steigung von 1:17 kamen Steigungen von 1:12,5 mit Längen von 850 Metern vor. Diese Höhenunterschiede wurden in Kassel erstmals ohne den Einsatz von Zahnstangen bewältigt. Die Spurweite betrug 1,00 m. Während die Bahn für den Güterverkehr über eine Länge von 4,6 km führte, beförderte sie Personen über eine Distanz von 4,42 km. Die für den Gütertransport erreichte Geschwindigkeit zu Berg war auf 15 km/h, zu Tal auf 10 km/h berechnet [G.A.Stör. Ein Jahrhundert Kasseler Nahverkehr]. Diese fortschrittliche Technik hätte man auch für den geplanten Bau der Bahntrasse vom Steinberg über Glashütte – Ziegenhagen – Bickershausen – Hedemünden nutzen können. Neben diesem bereits funktionierenden Transportsystem war unter Umständen auch die im Bau befindliche Edertalsperre ein auslösender Faktor für einen derartigen Plan, denn man hätte die Eigenproduktion von elektrischer Energie, wie im Fall der Herkulesbahn, sparen können und den notwendigen Strom aus dem geplanten Netz dem *Überlandwerk Edertalsperre* entnehmen können. Im Dezember 1913 waren die Dammbauarbeiten im Edertal abgeschlossen und im Januar konnte der Aufstau der Talsperre beginnen. Der *Zweckverband Überlandwerk Edertalsperre* erzeugte im April 1915 mit den Turbinen bei Hemfurth den ersten elektrischen Strom.

Um deutschlandweit Interessenten anzusprechen, veröffentlichte die Familie von Buttler in zwei Ausgaben der *Zeitschrift für die Steinbruch-Berufsgenossenschaft Charlottenburg* je eine Anzeige. Für lokale Interessenten wurden in der *Casseler Allgemeinen Zeitung* ebenfalls zwei Annoncen geschaltet. Die in Kassel erschienenen Anzeigen hatten folgenden Wortlaut: **Verpachtung.** Ein im Regierungsbezirk Cassel gelegenes bereits erschlossenes Basaltlager ist zu verpachten. Reflektanten wollen ihre Anfrage unter B. R. Nr. 200 an die Annoncen-Expedition von Haasenstein & Vogler, Cassel, einsenden.

Bis zum 3. Februar 1912 hatten sich zwei Interessenten gemeldet. Es waren die Basaltwerke Louis Mutfeld jun. GmbH in Hannover, sowie der Steinklopfmaschinenbesitzer Heinrich Müller aus Rudingshain. Bis zum 16. März 1912 meldeten sich dann noch vier weitere Interessenten. Karl Graf, Gießen, W. Meiser, Steinbruchbesitzer in Ochstadt, F. Starke, Steinbruchbesitzer in Trendelburg, Stadtbaumeister A. Dietsch, Schmalkalden und C. Wiegand, Homberg/Efze. Wenig später meldeten sich noch zwei weitere Interessenten, der Steinbruchbesitzer Bartholemess, Malsfeld und der Unternehmer Georg Hellwig aus Ziegenhagen.

Mit einigen dieser Reflektanten wurde schriftlich eine Besichtigung für den 20. und 21. April 1912 vereinbart. Man hatte ihnen für den 20.4. eine Besprechung in Ziegenhagen und am 21.4. eine Besichtigung der Vorkommen vorgeschlagen. Die Besprechung am 20. April fand dann allerdings in Kassel statt. Es waren eingeladen: Oberförster Bechtel, Elbersberg, Steinbruchbesitzer Bartholemess, Malsfeld, Stadtbaumeister Dietsch, Schmalkalden. Steinklopfmaschinenbesitzer Müller, Rudingshain und Unternehmer Georg Hellwig, Ziegenhagen. Es waren dann aber nur erschienen Georg Hellwig und der Steinklopfmaschinenbesitzer Müller. Bartholemess und Bechtel hatten sich entschuldigt, während Stadtbaumeister Dietsch unentschuldigt dem Treffen fernblieb. Über diese Verhandlungen ist folgendes schriftlich fixiert worden [StAMR. Best.: 340 v. Buttler Nr.1048]

Mit den Erschienenen wurde zuerst in Cassel und dann in Glashütte, am letzteren Ort im Beisein des Revierförsters Burhenne, die in Aussicht genommene Verpachtung des Basaltlagers am Steinbergskopf verhandelt und von Rechnungsdirektor Bösch folgendes ausgeführt: Das Basaltlager, um welches es sich hier handelt, umfaßt eine Fläche von 100 Acker. Dasselbe ist vom Steinbruchbesitzer Bartholemess erschlossen, dem auch das Vorrecht zur Pachtung zusteht. Derselbe hat sich über das Lager, wie folgt, ausgesprochen: Der Umfang der Lage der Basalte sind 100 Acker oder 25 ha in der Oberfläche. Die Tiefe der Lage ist im Durchschnitt 15 bis 18 Meter. Also für eine lange Reihe von Jahren wirtschaftlich auszubeuten. Die Güte der Basaltlage ist durch Fachleute erprobt und mit etwa 35% für Pflastersteine, Kleinpflaster und Mosaikpflaster geeignet befunden. Die restlichen 65% würden ihrer Beschaffenheit als Wegebaumaterial und Bahnbaumaterial, sowie Beton-Material, zu künstlichen Bausteinen Verwendung finden. Auch würden die Steinmaterialien wegen der günstigen Lage nach Norden und nach Cassel guten Absatz finden.

Da Bartholemess heute nicht erscheinen konnte, ist die Verhandlung mit ihm auf den 24. ds. Mts. vereinbart worden.

Die Erschienenen Steinklopfmaschinenbesitzer Müller und Unternehmer Georg Hellwig sind bereit, in eine Pachtung des Basaltlagers einzutreten und wurde denselben eröffnet, dass dies geschehen könne, wenn sie

1. Über ein ausreichendes Betriebskapital verfügten bzw. finanzkräftige Leute zur Seite hätten,

2. den Verpächtern die erforderliche Sicherheit leisteten,

3. in die Pachtung, beginnend mit dem Jahr 1913, eintreten und sich zur Zahlung eines noch näher zu bestimmenden Pachtzinses verständigen, sodann

4. das Basaltlager vorschriftsmäßig anlegen, ausbeuten und sich verpflichten, die Bedingungen der Forstverwaltung in Bezug auf die Wahrung der Interessen des Waldes anzuerkennen.

Die beiden Interessenten erklärten sich mit diesem und auch den weiter gestellten Bedingungen einverstanden und erbaten sich Antwort unter der Adresse des Unternehmers Georg Hellwig

Zwei Tage später war dann auch der Steinbruchbesitzer Bartholemess nach Kassel gekommen und Rechnungsdirektor F. Bösch verhandelte mit ihm über die geplante Verpachtung des Basaltbruches. Im Verlauf der Verhandlungen gab Bartholemess folgendes Statement zu Protokoll: *An die Ausbeutung des Basaltlagers kann erst herangegangen werden, wenn die in Aussicht genommene Kleinbahn zu erwarten ist. Ohne diese ist das Betriebskapital ein zu großes und so leicht nicht zusammen zu bringen, weil die Mächtigkeit des Lagers noch nicht ganz feststeht. Er halte dafür, zunächst bessere Konjunkturen abzuwarten und auf den Bau einer Kleinbahn mit aller Kraft hinzuwirken. Will man aber die Pachtung nicht länger hinausschieben und den beiden Unternehmern Müller und Hellwig das Lager überlassen, dann könne dies nur in der Weise geschehen, dass diese klein anfangen und den Bruch weiter erschließen würden. Ergäbe der weitere Aufschluß ein gutes Lager, was wohl anzunehmen sei, dann könnte in 2 bis 3 Jahren der Betrieb in der von ihm früher angegebenen Größe seinen Anfang nehmen.*

Abschließend kann man zu diesen ersten Bemühungen feststellen, dass sie ohne Erfolg verlaufen sind. Auch mit Müller und Hellwig kam es im Frühjahr 1912 nicht zum Abschluss eines Pachtvertrages

Ein Vermittler wurde eingeschaltet

Im Sommer tauchte dann mit L. Th. Lampe ein Fachmann auf, der sich anbot, Pachtinteressenten zu besorgen. Lampe betrieb in Hannover einen Handel mit Bergwerks- und Hüttenprodukten. Da die eigenen Bemühungen ohne Erfolg geblieben waren, beauftragte er für die Familie von Buttler tätige Rechnungsdirektor L. Th. Lampe mit der Vermittlungsarbeit. In einem Schreiben Lampes an Bösch vom 7. Dezember 1912 teilte Lampe diesem folgendes mit: *Mit meinem ergebenen heutigen Schreiben erlaube mir, Ihnen mitzuteilen, daß bereits von zwei verschiedenen meiner Relektanten eine eingehende Besichtigung des Basaltvorkommens Steinbergskopf stattgefunden hat, aber beide Resultate sind nicht günstig ausgefallen. Die größten Schwierigkeiten liegen in der Bahnverbindung. Ich stehe jetzt noch mit zwei andren Interessenten wegen des Ankaufs in Unterhandlung und hoffe auf guten Erfolg. Die augenblicklichen politischen Verhältnisse halten jedermann von*

dem Abschluß größerer Geschäfte ab, aber hoffentlich tritt auch hier bald Wandel ein.

Mir hat die Sache schon durch die Aufnahme durch den Landmesser Exposé etc. viel Geld gekostet welcher Betrag bereits 450 Mark übersteigt, jedoch hoffe ich auf einen guten Ausgang des Geschäftes.

Hochachtungsvoll L. Th. Lampe.

Man hatte Lampe für seine Verhandlungen am 10. Juli 1912 einen 14 Punkte umfassenden Vertrag [StAMR Bestand 340. v. Buttler Nr. 1177] für den Fall einer Verpachtung der Vorkommen an die Hand gegeben. Der Vertrag hatte folgenden Wortlaut:

Hiermit wird Ihnen unter Vorbehalt der Zustimmung von $\frac{3}{4}$ Mehrheit der Fideikommißbesitzer die Verpachtung des sogenannten Großen Steinbergs und der Häringsnase bei Ziegenhagen zum Zwecke der Basaltgewinnung unter den nachstehenden Bedingungen angestellt:

1. *Der jährliche Pachtpreis für die von dem Unternehmer beanspruchten Flächen und für den Abbau des darin befindlichen Basaltes beträgt – Zweitausend Mark – zahlbar in halbjährlichen Raten postnumerando. Wenn die jährliche Förderung die Zahl von 5000 D-Wagen überschreitet, so ist für jede über 5000 D-Ladung eine Sondervergütung von einer Mark zu entrichten.*

2. *Die Dauer des Pachtvertrages beträgt vierzig Jahre vom Tage des endgültigen Abschlusses ab mit der Maßgabe, daß der Vertrag jederzeit vom Unternehmer mit halbjähriger Frist aufgekündigt werden kann.*

3. *Wenn nach Ablauf der vierzigjährigen Pachtzeit ein anderer Unternehmer den Bruch übernimmt, so sind die von dem früheren Unternehmer geschaffenen Anlagen nach dem Taxwert zu ersetzen.*

4. *Alle von dem Unternehmer benötigten Grundflächen für Bahn- und sonstige Anlagen sind, soweit sie vom Verpächter gestellt werden können, gegen den ortsüblichen Pacht- und Holzentschädigungspreis pachtweise zu überlassen. Die vorhandenen Wege können vom Unternehmer mitbenutzt werden.*

5. *In die Verpachtung ist das gesamte Basaltvorkommen unter Ausschuß eines anderen Unternehmers einbezogen.*

6. *Die auf der ehemaligen Glashütte befindlichen Arbeiterhäuser sollen von dem Unternehmer gegen ortsübliche Mietentschädigung für die Steinbrucharbeiter gemietet werden.*

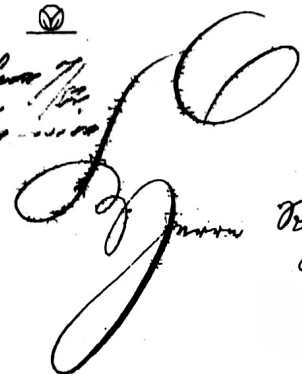
7. *Die beabsichtigte elektrische Schmalspurbahn nach Hemmünden soll, soweit es der Basalttransport erlaubt, den Verpächtern zum Holztransport zur Verfügung gestellt werden, u. gegen Erstattung der Selbstkosten für Verladung. Jedenfalls sollen die so entstehenden Holztransportkosten erheblich billiger sein als die Achsen-Transportkosten.*

8. *Der Vertrag muß spätestens bis zum 1. April 1913 abgeschlossen sein. Die Anstellungsfrist kann jedoch gegen Zahlung von jährlich 500 Mk. verlängert werden.*

L. Th. Lampe

Bergwerks- und Hüttenprodukte
Telefon Nr. 5814

Hannover, den 7. Dezember 1912



 Herrn Bergwerksdirektor F. Bösch
Capel

Mit meinem ergebenen persönlichen Schreiben erlaube ich,
 Ihnen mitzuteilen, daß bereits von zwei vorfristigen unserer
 Rasenarbeiten eine eingetragene Befestigung des Aufschuttkammes
 Steinbergs Kopf. Platzgründen sind, aber keine Befestigung findet
 nicht günstig mitgefallen. In größter Eile liegen
 in der Befestigung. Ich habe sehr wohl zwei andere
 Entwürfe wegen der Kosten in Betrachtung mit sich
 nicht guten Erfolg.

In ungenügender geistiger Ausführung sehen gesammelte
 von zwei Oberflächengrößen ab, aber vollständig tritt nicht
 bald Beseitigung.

Wir sind die Preise sehr niedrig die Einsparungen durch den
 Export der real Geld gekostet, welcher Betrag bereits 45000 Mark beträgt,
 jedoch sehr in sich einen vollständig guten Gewinn der Einsparung.

Hochachtungsvoll.

L. Th. Lampe

[StAMR. Bestand 340 von Buttlar 1048]

Die lange Frist dieses Vertragsentwurfs ist in Anbetracht der geplanten Investitionen einer elektrisch betriebenen Schmalspurbahn vom Steinbruch über Glashütte, Ziegenhagen, einer Werraüberquerung bei Blickershausen mit dem Endpunkt Güterbahnhof Hedemünden zu verstehen. Ein weiteres Problem der Verpächter waren die seit der Verlegung der Glashütte nach Immenhausen im Jahr 1907 überwiegend leerstehenden Wohnhäuser für die Mitarbei-

ter der von Buttlarschen Glasfabrik. Nach der Verlegung des Betriebes hatte man geplant, in den leerstehenden Gebäuden ein Erholungsheim für Strafanstaltsaufseher einzurichten. Die Verhandlungen waren allerdings erfolglos geblieben. Beinahe 200 Bewohner waren seinerzeit mit dem Betrieb nach Immenhausen umgezogen, was für die Gemeinde Ziegenhagen einen riesigen Aderlass bedeutete. Mit der Erschließung des Basaltbruches sollte nun auch ei-

ne neue und sinnvolle Nutzung der überwiegend leerstehenden Wohnungen möglich werden. Den neuen Bewohnern sollten auch ein Garten zur eigenen Nutzung zur Verfügung gestellt werden. Der vom 10. Juli 1912 datierende Vertragsentwurf sah als Nutzungsentgelt für den Basaltbruch lediglich einen festen Pachtzins von 2000 Mark vor. Ein späterer Vertrag machte die Pachthöhe von der Menge des abgebauten Steinmaterials abhängig und sah folgende Zahlungen seitens des Pächters vor. Als Brechzins für jeden Doppelwagen, der zirka 5 cbm fasste, waren zu entrichten: Pflastersteine 1,20 Mark, Kleinpflaster 1,00 Mark, Kleinschlag, Grus und Splitte 0,50 Mark. Sollte ein Betrag von 3000 Mark pro Jahr nicht erreicht werden, so sollte der Fehlbetrag zugelegt werden.

Die diversen Bemühungen Lampes waren ebenfalls nicht von Erfolg gekrönt, so dass sich Böschen im Frühjahr 1913 wieder persönlich um Pachtinteressenten bemühen musste. Aus einer Vorlage [StAM Bestand:340 v. Buttlar Nr.1048] für die Besitzerfamilie geht hervor, dass die in mehreren Monaten geführten Verhandlungen nicht zu einem Erfolg geführt haben. Steinbruchsbesitzer Bartholemess, den man zu Beginn mit Aufschlußarbeiten betraut hatte, pachtete anderweitig ergiebige Basaltvorkommen und hatte die Pachtabsicht wegen der bis dato noch fehlenden Bahnverbindung aufgegeben. Zum Schluss der Vorlage machte Böschen folgende Vorschläge:

1. mit den Basaltwerken Kesselbühl-Kaufungen in Hannover die Verhandlungen fortzusetzen
2. mit der Firma Franz Bauch in Cassel neue Verhandlungen anzuknüpfen
3. dem L. Th. Lampe in Hannover den Anstellungsschein für den 1. April nicht mehr zu erneuern, ihm aber zu eröffnen, dass er jederzeit als Pächter auftreten könne.

Über die Gewerkschaft Hesselbühl-Kaufungen bemerkte Böschen, dass diese den Bruch haben wolle sich aber noch nicht entschließen könne. Dieselbe könne den Bruch am besten in Betrieb setzen, weil ihr jetziger Bruch bei Witzenhausen bald ausgebeutet sei, und sie alsdann die elektrische Bahn von da nach dem Steinbergkopf legen könne.

Die Akte über die zuletzt geführten Verhandlungen fügte Böschen dem Schreiben aus Kassel vom 4. März 1913 bei. Der Vertrag mit Lampe wurde jedoch nicht aufgelöst, denn er bemühte sich während der nächsten beiden Jahre weiter um eine Verpachtung des Basaltvorkommens. In einem Schreiben vom 1. Juni 1915 an F. Böschen teilte er diesem mit, dass er die durch Vertragsunterzeichnung bis 1915 aufgelaufenen Kosten in Höhe von 1370 Mark wegen des Krieges nicht begleichen könne. So lange der Krieg dauere, sei er nicht in der Lage zu zahlen, und es hätten sich auch keine weiteren Interessenten gemeldet. Am 6. September 1915 schrieb Lampe noch einmal an Böschen und teilte diesem mit, dass er zwei Pachtinteressenten habe, denen er Gesteinsproben übergeben müsse. Auch diese Probenübergaben waren, so sie denn stattgefunden haben, ohne greifbares Resultat geblieben.

Über die Bonität des Vermittlers L. Th. Lampe hatte die Fideikommiß der Familie von Buttlar bereits zu Beginn bei der Filiale der Dresdener Bank in Kassel Erkundigungen eingezogen. Diese erteilte eine negative Antwort in welches es u. a. hieß: ... *Mittel lassen sich bei ihm nicht nachweisen. Er hat vielerorts Verbindlichkeiten, zahlt langsam, so daß bei einer Verbindung unbedingt zur Vorsicht geraten werden muß.* Das Fehlen anderweitiger Interessenten veranlasste die Verpächter vermutlich zum Festhalten an diesem unsicheren Partner.

Eine ernüchternder Befund

Im Juni 1914 hatte Böschen eine Expertise durch den General-Direktor der Mitteldeutschen Hartstein-Industrie AG Frankfurt a. M., Herrn Udo Rousselle, erstellen lassen. Dieser kam zu folgendem Resultat: *In der erschlossenen Bruchwand steht das Gestein 7 1/2 – 8 m an. Der auf dem Gestein liegende Abraum ist bis zu einem halben Meter stark. Die Sohle ist noch nicht erreicht. Die von verschiedenen Stellen der Bruchwand fortgenommenen Steine wiesen beim Spalten Stiche und Risse auf, so daß das Gestein sich für Pflaster nicht eignet, da es den Druck und die Stöße der Wagen in der Fahrbahn nicht aushalten würde. Dagegen ist das Gestein wegen seiner leichten Bearbeitung – es spaltet sich nach allen Seiten – für Straßen- und Schotter verwendbar. Doch dürfte dieser Plan wegen der großen Entfernung zur Bahn (ca. 6 km) undurchführbar sein.*

Würde sich in tieferer Sohle pflasterfähiges Material vorfinden, so würde sich der Abbau immerhin nicht lohnen, da man mit mindestens 10 m darüberstehenden Schottermaterial rechnen muß. Für letzteres ist aber neuerdings nicht mehr so große Nachfrage vorhanden, so daß der Preis für Schotter erheblich gesunken ist. Und bei Schleuderpreisen für Schotter könnte das Werk wegen der hohen Transportkosten nicht bestehen.

Der Bruch kann infolgedessen nur zur Abgabe von Schottermaterial für die umliegenden Landstraßen und Wege betrieben werden. Cassel, den 5. Juni 1914. Böschen, Rechnungsdirektor.

Dieser kritische Befund eines Experten stimmte nicht mit den ersten Resultaten der Gesteinsproben überein, die noch davon ausgingen, dass 35% des gewonnenen Steinmaterials für Pflastersteine geeignet seien. Das Gutachten wurde knapp zwei Monate vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges erstellt. Dies sollte ebenfalls einer geplanten Verpachtung nicht förderlich sein, denn der binnen kurzem von der Heeresleitung und Kaiser Wilhelm II. erwartete „Siegfrieden“ blieb aus, so dass die gesamte deutsche Wirtschaft zu Beginn des Jahres 1915 überwiegend auf Rüstungsprodukte umgestellt werden musste. Der bis Kriegsbeginn andauernde Bauboom, auch im Straßenbausektor, brach nun völlig ein. Das fachmännische Gutachten und die ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen führten dann 1915 zu einer bescheidenen kleinen Lösung in Bezug auf die Verpachtung des Bruchs. Forstmeister a. D. W. Kehr und Revierförster A. Burhenne hatten am 24. Februar 1915 einen handschriftlichen Pachtvertrag ausgearbeitet. Er lautete wie folgt:



Vieles wurde zu Beginn noch mit Schiebkarren zum Brecher transportiert

[Original: Familie Reckmann]

Vertrag.

Zwischen dem Unternehmer Johs. Hellwig II zu Ziegenhagen einerseits und der von Buttlarschen Oberförsterei Elbersberg-Glashütte vertreten durch den Forstmeister a. D. W. Kehr zu Haina anderseits ist nachstehender Vertrag abgeschlossen worden.

§ 1

Dem Johs Hellwig II zu Ziegenhagen wird die Basaltsteingewinnung in dem bereits in Angriff genommenen Bruch im Steinbergskopf für die Zeit vom Anfang der Inbetriebsetzung des Bruchs auf 1 Jahr verpachtet.

§ 2

g. Hellwig zahlt für obigen Zeitraum den Betrag von 500 Mark buchstäblich Fünfhundert Mark. Werden Steine außer denjenigen an die Landstraße abgegeben, so müssen dieselben im Bruch aufgesetzt und von dem Revierförster abgenommen werden

§ 3

Vor Beginn der Abfuhr ist die Straße und der Weg vom Bruch nach dem Denkmal in ordnungsmäßigen Zustand durch Aufschotterung der Geleise zu bringen. Die Straße wird von dem Revierförster abgenommen. Vorher dürfen bei Strafe der Pachtauflösung keine Steine abgefahren werden.

§ 4

Der Gutsächter Scheffer zu Glashütte muß- wenn er zu gleichen Bedingungen wie andere Fuhrunternehmer fährt auf Verlangen zum Anfahren der Steine zugelassen wer-

den. Die Fuhrleute sind zu unterrichten, daß sie nicht ein Geleise halten sondern mehrere benutzen

§ 5

Während der Abfuhr der Steine sind auf je 100 Kbm. Mindestens 5 Kbm auf die Chaussee Bruch-Glashütte anzufahren. Die Stellen an denen die Steine einzubringen bzw. aufzusetzen sind, werden von dem Revierförster bestimmt.

§ 6

Der Abraum ist aus dem Bruch zu entfernen und muß der Abraum so beginnen wie der Anfang des Weges vom Bruch nach dem Denkmal beginnt, kann aber auch noch tiefer als Grundbasis des Bruches angesetzt werden und darf nach oben vorerst nicht erweitert werden.

§ 7

Der Erfüllungsort der Zahlung ist Glashütte und zwar bei dem Revierförster Burhenne. Zahlung erfolgt vierteljährlich. Geschieht die Zahlung nicht innerhalb 14 Tagen, so kann die Oberförsterei den Vertrag aufheben.

§ 8

Sollte eine Pachtung mit einem Großunternehmer zu Stande kommen, so können die Verpächter den Vertrag sofort lösen. Dem Pächter soll aber gestattet sein die an den Kreis noch zu liefernde Steinmenge brechen und abfahren zu können.

§ 9

Den gesetzlichen Stempel hat Pächter zu tragen
[StAMR, Bestand 340 v. Buttlar Nr. 1048]

Nach vielen erfolglosen Bemühungen unterzeichnete am 8. November 1915 der in Ziegenhagen ansässige Bauunternehmer Johannes Hellwig II den obigen Vertrag. Zu einer Kündigung des Vertrages durch das Auftauchen eines Großunternehmers ist es nicht gekommen. Hellwig, der sich mit dem Bau von Wasserversorgungsanlagen befasste, hatte Lieferkontrakte über Basaltsteine für den Straßenbau mit dem Kreis Witzenhausen abgeschlossen. Während des Krieges und in den Jahren danach konnte Hellwig lediglich auf Grund dieser Lieferkontrakte den Bruch betreiben. Aus wirtschaftlichen Gründen konnte auch der Abraum während dieses Zeitraumes nicht wie vorgesehen abtransportiert werden. Nachdem die Firma Hellwig ihre Geschäftstätigkeit aufgegeben hatte, kam es zu Beginn des Jahres 1925 zu einer Verpachtung des Bruches an den Bezirksverband des Kreises Witzenhausen. Der Vertrag hielt einer juristischen Prüfung seitens der kommunalen Aufsichtsbehörde jedoch nicht stand. So kam es, dass die bereits in Gang gekommene Ausbeutung durch den Bezirksverband durch Intervention des Landesbauamts Eschwege wieder eingestellt werden musste.

Am 27. April 1925 wurden neue Verhandlungen mit Privatunternehmern geführt, die allerdings nicht zu einem Abschluss geführt werden konnten. Nun wurden Verhandlungen mit dem Landesbauamt Eschwege geführt, die zu einer Pachtung des Bruches durch diese Behörde führten. Auf eine Anfrage der Gemeinde Ziegenhagen nach Abschluss dieses Vertrags, in Bezug auf benötigte Steinmengen des Dorfes, antwortete Revierförster Harnack des von Buttlerschen Forstamts „glashütte“ am 13. Oktober 1926 u.a. ... *dem Brechen von Basaltsteinen für den eigenen Bedarf und für die Gemeinde Ziegenhagen in dem Bruch am Steinberg steht selbstverständlich nichts im Wege.* Wenig später wandte sich die Städtische Oberförsterei Münden am 24. Oktober 1926 an die Familienstiftung von Buttler mit folgender Bitte. *Hiermit fragen wir ergebenst an, ob sie geneigt wären, unserer Verwaltung die Einrichtung und den Betrieb eines Basaltsteinbruches in der Nähe des jetzt an den Kreis Witzenhausen verpachteten Bruchs am Steinbergkopfe zu gestatten. Zugagenden Falles bitten wir um gefl. Angabe, wo Sie die Verhandlungen zu führen wünschen.* Oberförster Zeidler.

Zu einem Vertragsabschluss kam es nicht, da die Mündener Forstverwaltung die geforderte Mindestabnahme von Steinen nicht garantieren konnte. Im Verlauf des Jahres 1929 bekam der Mündener Stadtforst jedoch die Erlaubnis in Eigenregie Steine am Steinberg zu brechen. Für das Brechen von 400 cbm Steinen überwiesen die Mündener am 20.10.1929 für Bruchzins 400 Mark an die Revierförsterei Glashütte. Am 6.12.1929 entrichteten sie weitere 320 Mark für benötigtes Steinmaterial.

Ein neuer „privater“ Betreiber

Mit dem Civil-Ingenieur Theodor Beineke tauchte Ende 1928 ein neuer Interessent auf. Beineke betrieb in Hann. Münden einen Dampfstraßenwalzbetrieb. Neuzeitliche Straßenbeläge, Straßenteerungen und Bitumierungen wurden von seiner Firma durchgeführt. Er hatte vom Mündener, Oberförster Zeidler gehört, dass der Stadtforst Münden

erneut über die Aufschließung eines Steinbruchs mit der Familienstiftung von Buttler in Verhandlung stehe. Er bat um die Erlaubnis, im Falle einer Beteiligung an diesem Aufschluss Probebohrungen machen zu dürfen und verwies darauf, dass er im Besitz einer fahrbaren Steinzerkleinerungsanlage, eines *Automobil-Steinbrechers* sei.. Er hatte mit seinem Gesuch an Forstmeister Pieper in Elberberg keinen Erfolg und erhielt einen abschlägigen Bescheid. Auf Intervention des Mündener Stadtoberförsters Zeidler kam es dazu, dass Beineke am 13. August 1929 eine Vereinbarung [StAM Bestand 340 v. Buttler Nr. 1146] mit dem Landesbauamt Eschwege treffen konnte. Dieses Abkommen sah folgendes vor:

Ausführung von Straßenbau- Bankkonto: Städtische Sparkasse, Hann.-Münden		und Unterhaltungsarbeiten Herstellung von Straßenschotter mittels selbstfahrender Anlagen
Dampfstraßenwalzbetrieb		
Theodor Beineke, Civil-Ingenieur, Hann.-Münden		
Neuzeitliche Straßenbeläge — Straßenteerungen und Bitumierungen Fernsprecher Nr. 781		
Hann.-Münden, den.....23.....August.....1929. Steinbergsweg 10		
Familienstiftung v. Buttler zu Elberberg.		
Zum dort. Schreiben v. 8.12.28. Betrifft Steinbruchbetrieb am Steinberg.		

Briefkopf der Firma Beineke

[StAMR, Bestand 340 v. Buttler Nr. 1146]

1. Der Unternehmer Beineke übernimmt das Brechen der Steine auf seine Kosten, trägt auch sämtliche Versicherungskosten und hat für Unfälle beim Steinbruchbetrieb aufzukommen
2. Der Bruch muß in betriebsfähigem Zustand erhalten werden. Sämtlicher Schutt und Abraum ist auf den dafür bestimmten Platz zu transportieren.
3. Als Zuschuß zu den dem Kreis Witzenhausen durch Aufschließung des Bruches entstandenen Kosten zu 3000,-Mk zahlt die Fa. Beineke 50 Pf. pro cbm gewonnenen Stein.
4. 5% der gewonnenen Steine muß Unternehmer zur Unterhaltung des benutzten Abfuhrweges anliefern, zerkleinern und einbauen.
5. Zwecks Sicherung der Erfüllung vorstehender Bedingungen hinterlegt der Unternehmer Beineke bei der Kreiskommunalkasse Witzenhausen eine Kaution von 250.00 R. Ma.

Es sollte jedoch nicht bei der mit dem Landesbauamt vereinbarten Menge von 400 bis 500 cbm bleiben. Beineke wurde überwiegend für den Straßenbau innerhalb des Mündener Stadtförstes aktiv und förderte für dessen Straßenbau nach den vereinbarten 400 cbm nochmals 320 cbm und danach bis zum 20.4.1931 weitere 1105 cbm. Da sich die wirtschaftlichen Verhältnisse weiter verschlechtert hatten, bat er die Verpächter um eine Senkung des Bruchzins-

ses, um weiterhin konkurrenzfähig zu bleiben. Dies wurde abgelehnt, jedoch erklärten sie sich bereit, jährlich für die Dauer des Pachtvertrages 100 cbm zum Selbstkostenpreis an ihn abzugeben. Revierförster Harnack intervenierte nach dieser Absage beim Landesbauamt für eine Stornierung der an die Behörde zu zahlenden Abgabe von 0,50



Eingang zum ehemaligen Sprengstoffdepot

Mark pro Kubikmeter Steine. Die Behörde stimmte diesem Vorschlag nicht zu, war jedoch mit einer Reduzierung auf 0,30 Mark einverstanden. Im Juni 1931 versuchte die Oberförsterei Escherode mit Beineke ins Geschäft zu kommen. Das Preisangebot war jedoch derartig niedrig, dass Beineke die Steine ohne jeden Verdienst hätte abgeben müssen. Er lehnte aus diesem Grund eine Lieferung ab.

Einem Antrag der Oberförsterei Escherode vom 25.6.1931 auf Genehmigung der Anlegung einer neuen Basaltbruchstelle wollte die Familienstiftung nur zustimmen, wenn sich die Gegenseite bereit erklärte, über einen längeren Zeitraum eine jährliche Abnahme von 2000 m³ zu garantieren. Diese Garantie konnte die Oberförsterei Escherode nicht geben und nahm daraufhin Abstand von ihrem Vorhaben.

Die Reduzierung der Abgabe an das Landesbauamt und die Zusage des Bezugs von 1000 m³ pro Jahr zum Selbstkostenpreis konnten das Ende der Firma Theodor Beineke nicht verhindern. Es folgte für einen kurzen Zeitraum mit R. Mühlhausen noch ein weiterer Pächter des Bruchs. Über ihn vermerken die Akten: *dass der „Rest“ der Pacht gestri-*

chen werden muss. Es verbleibt eine Restschuld von 83 Mark. Mit dem letzten, ebenfalls gescheiterten Pächter R. Mühlhausen endeten die ersten sehr wechselvollen von politischen Turbulenzen und Verwerfungen geprägten zwei Jahrzehnte.

Ein neuer Anfang

Im Frühjahr 1933 führte der Mündener Unternehmer Otto Reckmann in Glashütte mit Herrn Revierförster Harnack erste Besprechungen mit dem Ziel einer Pachtung des Bruches. Wie aus einem Schreiben vom 22. März 1933 zu entnehmen ist, kam man bei diesen Gesprächen bereits zu konkreten Abmachungen. Es hieß dort u.a. ... *daß ich pro cbm aufgemeterte Steine RM 0,60 zu zahlen habe. RM 250 sind vor Beginn Kautions zu stellen, Zahlungen sollen von 500,- zu 500,-cbm geleistet werden. Bei der letzten Zahlung wird der vorerwähnte Vorschuß von RM 250,- mit verrechnet.*

Des weiteren möchte ich um die Erlaubnis bitten, in dem Steinbruch die größeren Blöcke durch Sicherheitssprengung zu zerkleinern. Alle Vorsichtsmaßregeln Haftpflichten etc. des Betriebes in ihrem Bruche habe ich zu tragen.

Ich möchte Sie jetzt bitten, die in ihrem Bruche aufgemeterten Steine wegen Platzmangel jetzt abfahren zu lassen, oder mir dieselben zu überlassen, weil ich Ihnen verspreche, auf Verlangen zur gegebenen Zeit dasselbe Quantum entsprechende Steine wieder zu liefern.

Die in dem Bruche vorhandene Ladebühne übernehme ich unentgeltlich. Ich lasse aber auch dieselbe nach Vollenendung meiner Arbeiten stehen. Im übrigen soll die übliche Abmachung für Steinbruchspachtung für uns geltend sein. Hochachtungsvoll Otto Reckmann.

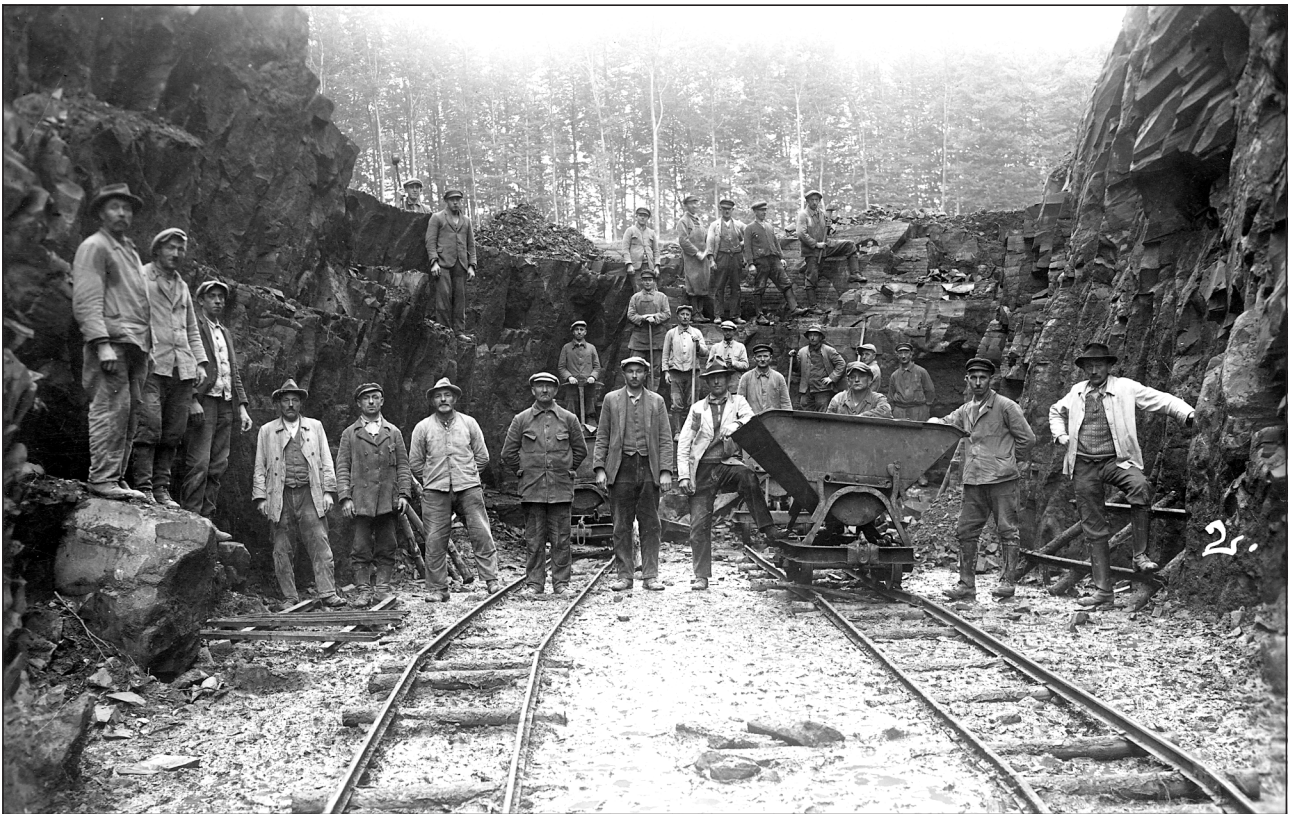
Otto Reckmann war an der Pachtung des Bruches interessiert, weil er mit der Gemeinde Lutterberg Verhandlungen über ein größeres Wegeprojekt führte. Gegenüber Revierförster Harnack erklärte Reckmann, dass er bei einem eventuellen Zuschlag jährlich mindestens 2000 cbm Steine zum Preis von 0,60 RM dem Bruch entnehmen werde. In einem am 24. März 1933 nachgesandten Schreiben an Förster Harnack erklärte er sich ebenfalls bereit, den vom Bruch zur Kohlenstraße führenden Weg auf seine Kosten in Stand halten zu wollen. Des weiteren erklärte er, dass er momentan noch nicht in der Lage sei, ein festes Abnahmekquantum zu garantieren, da noch nicht feststehe, welche Geldsumme im Lutterberger Genossenschaftsforst in diesem Jahr verbaut werden soll. Er gab aber seiner Hoffnung Ausdruck, dass das Abnahmekquantum nicht unter 2000 m³ liegen werde.

Die Verhandlungen zogen sich noch bis zum August 1933 hin. In einem Schreiben vom 1.9.1933 bat Harnack um die Rücksendung des Vertrages mit der Firma Reckmann, Hann. Münden, und berichtete gleichzeitig, dass die Arbeit im Bruch in der nächsten Woche aufgenommen werde.

Mit der Firma Otto Reckmann war endlich ein solventer Partner gefunden worden, der den Basaltsteinbruch in Schwung brachte. Hinzu kam, dass es durch den Beginn des Baues der Reichsautobahn ab dem Jahr 1934 zu einem erheblichen Bauboom und zu einem riesigen Bedarf an



LKW-Einsatz 1933 bei der Gewinnung des Basalts durch die Firma Reckmann
 [Original: Familie Reckmann]



Mitarbeiter der Firma Reckmann um 1934
 [Original: Familie Reckmann]



Ausflug der Schule Nienhagens zum Basaltbruch kurz vor der Wiederinbetriebnahme 1949

Straßenbaumaterial kam. An diesem Aufschwung nahm auch der neue Betreiber in erheblichem Maße teil, da Straßenbau, Tiefbau und Eisenbahnbau Hauptbestandteile der Aktivitäten der Firma waren. Der neue Pächter mechanisierte den Betrieb weitestgehend. Zu diesen Verbesserungen gehörte ein Backenbrecher und eine Siebmaschine. Auch das Brechen von Hand gehörte der Vergangenheit an, denn jetzt wurden die Steine aus dem natürlichen Verband heraus gesprengt. Zur sicheren Aufbewahrung des Sprengstoffs wurde eine durch eine eiserne Türen gesicherte Sprengstoffkammer angelegt. Auch die Pferdefuhrwerke hatten nun endgültig ausgedient und der Abtransport geschah mit Lastkraftwagen, die zu Beginn noch mit Vollgummireifen ausgerüstet waren.

Die gebrochenen Steinmengen überstiegen mit dem Beginn des Autobahnbaues die bei Vertragsabschluss ausgehandelten jährlichen 2000 cbm bei weitem. Auch die Zahl der im Betrieb beschäftigten Mitarbeiter musste mit dem Ansteigen der Bruchmengen erhöht werden. Die meisten der Mitarbeiter kamen während der 30er Jahre aus Glashütte und Ziegenhagen.

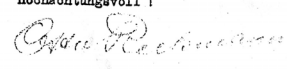
Nach einem rapiden Wachstum der Abbruchmengen war nach 7 Jahren des stetigen Aufschwungs bei Ausbruch des zweiten Weltkrieges ein Ende abzusehen. Hoffte man auch dieses mal wieder auf einen raschen Sieg, so machten der Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 diese Hoffnun-

gen zunichte und Otto Reckmann war ein Jahr später zur Stilllegung des Betriebes gezwungen. Für eine Zeitspanne von sieben Jahren sollte nun die Arbeit im Steinbruch völlig ruhen.

Die Arbeit wird wieder aufgenommen

Die von den Alliierten im Juni 1948 durchgeführte Währungsreform brachte das Wirtschaftsleben wieder in Schwung. Beinahe alle Straßen und Wege befanden sich in einem teilweise desolaten Zustand und so kam es notwendigerweise auch auf diesem Sektor wieder zu einer raschen Belebung. Am 07. März 1949 wandte sich Otto Reckmann schriftlich an die von Buttlarsche Forstverwaltung in Elberberg mit der Bitte um erneute Pachtung des Steinbruchs am Großen Steinberg. Er schrieb hier u.a.: ... *In Anbetracht des ständig wachsenden Bedarfs an Strassenbaumaterialien beabsichtige ich nun, unter Ihrer Zustimmung den Bruch zu den alten, seinerzeit vereinbarten Bedingungen wieder zu eröffnen. Ich bin bereit, an Bruchzins für Packlage, Steinschlag und Splitt DM 0,50 je cbm, Grus DM 0,30 je cbm an sie zu entrichten. Dies entspricht der heutigen Preisgestaltung, die trotz wesentlich erhöhter Löhne und Verteuerung der Unkosten einen äußerst kalkulierten Verkaufspreis erfordert.* Die Verhandlungen über eine neuerliche Verpachtung an Otto Reckmann kamen durch dieses Schreiben in Gang und führten am 1. Juli 1949 zum Abschluss eines auf 6 Jahre befristeten Pachtvertrages zu den Konditionen für den Bruchzins, die Reckmann schriftlich vorgeschlagen hatte.

Hatte Otto Reckmann zu Beginn der Pachtung 1933 noch keine definitive Zusage auf jährliche Abnahme von 2000

Otto Reckmann		Tiefbau Straßenbau Steinbruch-Betriebe
Kanalisation - Wasserbauten - Steinmetzbetriebe - Schotterwerke - Eisenbahnbau		
An die von Buttlarsche Forstverwaltung Elberberg Hr. Wolphagen über Wildungen (Telef. Nr. Neumburg 2)	Hann. Münden Bachhausstraße 9 Fernsprech-Anschluß: Hann. Münden Nr. 341 Telegr.-Adr.: Tiefbau-Reckmann, Hann. Münden Bankkonten: Niedersächsische Bankgesellschaft, Filiale Hann. Münden und Krede- und Sparkassen-Münden in Hann. Münden	
Ihr Zeichen	Ihr Schreiben vom	Mein Zeichen W/Bl.- Nr. 7. 3. 1949
Betrifft: <u>Basalt - Steinbruch am Großen Steinbergkopf</u>		
<p>Vom Frühjahr 1933 ab hatte ich in meinem Steinbruch am Steinbergkopf in Betrieb, bis er durch die Kriegsergebnisse im Jahre 1942 stillgelegt werden musste.</p> <p>In Anbetracht des ständig wachsenden Bedarfs an Strassenbaumaterialien beabsichtige ich nun, unter Ihrer Zustimmung den Bruch zu den alten, seinerzeit vereinbarten Bedingungen wieder zu eröffnen.</p> <p>Ich bin bereit, an Bruchzins für</p> <p>Packlage, Steinschlag und Splitt DM 0,50 je cbm Grus DM 0,30 " "</p> <p>an Sie zu entrichten. Dies entspricht der heutigen Preisgestaltung, die trotz wesentlich erhöhter Löhne und Verteuerung der Unkosten einen äußerst kalkulierten Verkaufspreis erfordert.</p> <p>Über jeden abm abgefahrenen Material wird genau Lieferbuch geführt und mit Ihnen danach abgerechnet. Falls gewünscht, kann jederzeitige Kontrolle durch einen Vertrauensmann von Ihnen erfolgen. Ich verpflichte mich ferner, den Bruch und Zufahrtsweg in sauberen Zustand zu erhalten.</p> <p>In Anbetracht unserer demaligen guten Zusammenarbeit sehe ich Ihrer diesbezüglichen zusagebilden Rückversicherung gern entgegen und zeichne</p>		
Hochachtungsvoll !		
		



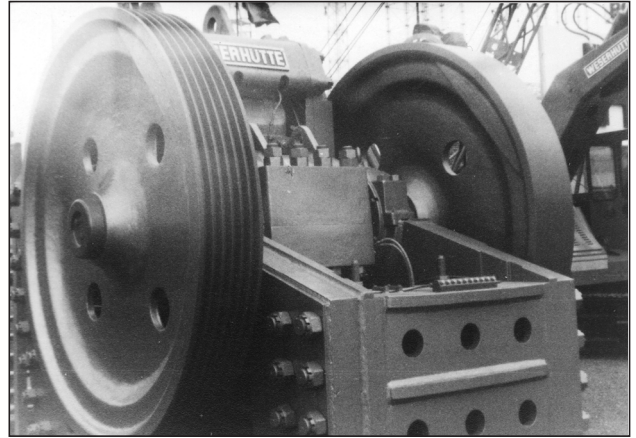
Fuchs-Bagger, um 1960 angeschafft
[Original: Reckmann]



Vorarbeiter Otto Gottschalk, im Vordergrund
[Original: Reckmann]



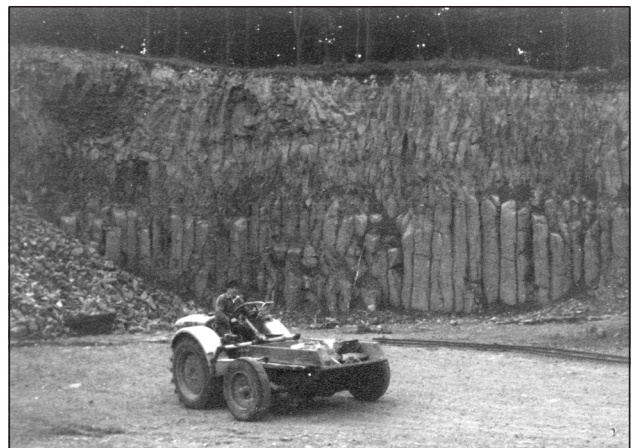
Abgesprengter Basalt nach einer Großsprengung
[Original: Reckmann]



Basalt-Brecher
[Original: Reckmann]



Traktor mit Hydraulikbagger
[Original: Reckmann]



Schaufellader, ab 1965 eingesetzt
[Original: Reckmann]

cbm Material zusagen können, so hatten sich die Abnahmemengen während der 30er-Jahre durch das beim Autobahnbau benötigte Steinmaterial vervielfacht. Bei der Neufassung des Pachtvertrages 1949 ging man dann auch von den hohen Abnahmekontingenten der 30er-Jahre aus. Der Tonnenzins bis 100 000 Tonnen betrug 0,25 DM, von 101 000 Tonnen 0,22 DM, über 200 000 Tonnen 0,18 DM je Tonne Brechermaterial. Nach Ablauf des Pachtvertrages von

1949 wurde bei Abschluss des neuen Pachtvertrages 1955 der Bruchzins für Packlage, Steinschlag und Splitt um 0,10 DM je Kubikmeter erhöht, während er für Grus bei 0,30 DM blieb. Neben dieser Erhöhung des Bruchzinses wurde auch vereinbart, dass von dem seit 1.7.1954 über die Straße vom Denkmal bis Glashütte abgefahrenen Material 3% für die Wegebesserung dieses Abschnittes frei anzuliefern sei-



Otto Reckmann vor der Siebmaschine

[Original: Reckmann]

en. Für den Waldstraßenbau der von Buttlarschen Forsten hatte der Pächter 300 cbm zu den Werbungskosten des Bruches zu liefern und für weitere 200 cbm wird vom Freiverkaufspreis ein Nachlass von 1,00 DM gewährt. Unter Punkt 4 wurde Reckmann bei der in 1959 anstehenden Neuverpachtung ein Vorpachtrecht zu gleichen Bedingungen eingeräumt.

Nach Ablauf der vereinbarten Laufzeit von 10 Jahren wurde der Pachtvertrag mit der Firma Otto Reckmann 1959 um weitere 10 Jahre verlängert. Steigende Lohnkosten und erhöhter Absatz führten dazu, dass viele Veränderungen vorgenommen werden mussten. Hatte man bisher immer nur einzelne Basaltsäulen abgesprengt und die größeren Brocken durch nochmaliges Sprengen zerkleinert, so ging man nun zu Großsprengungen über. Hierzu mussten mit Pressluftschlämmern tiefe Öffnungen für die Aufnahme des Sprengstoffes geschaffen werden. Dies wiederum machte die Anschaffung eines mit Diesel betriebenen Druckluftzeugers notwendig. Das Beladen der Loren geschah jetzt auch nicht mehr von Hand, sondern ein Bagger verrichtete nun diese Arbeit. Auch ein allradgetriebener Schaufellader beschleunigte den Arbeitsablauf. An der Einfahrt zum Steinbruch wurde eine LKW-Waage gebaut, so dass man jetzt ohne großen Aufwand mit Hilfe von Wiegekarten die abgefahrenen Mengen exakt registrieren konnte. Diese Veränderungen waren auch notwendig ge-

worden, weil ein Teil der jüngeren Mitarbeiter in die Industrie abwanderte und somit die Mechanisierung der Arbeit zwingend wurde. Zu Beginn der 60er-Jahre beschäftigte die Firma Reckmann fast 30 Mitarbeiter auf dem Steinberg. Diese kamen, ähnlich wie bei der „Gewerkschaft Steinberg“ vor deren Konkurs in 1930 aus den umliegenden Dörfern Ziegenhagen/Glashütte, Sichelstein, Escherode, Nienhagen, Lutterberg, Bonaforth sowie aus Münden. Im Unterschied zu den damaligen Beschäftigten verfügten diese nun über Motorräder oder teilweise schon über Kleinwagen, mit denen sie ihren Arbeitsplatz erreichen konnten.

Letzte Vertragsabschlüsse und scheiternde Bemühungen

Nach Ablauf des wiederum über zehn Jahre abgeschlossenen Pachtvertrages vom 1. Juli 1959 zwischen Otto Reckmann und der von Buttlarschen Forstverwaltung kam es am 8.1./10.2.1970 zu einer erneuten Vertragsunterzeichnung zwischen Wilhelm Reckmann und Herrn Medizinal-Oberst Dr. von Buttlar mit Wirkung vom 1. Juli 1969 bis 30. Juni 1975. Zu einer Nutzung des Vertrags durch die Firma Reckmann sollte es allerdings nicht mehr kommen. Aus einem Nachtrag zu obigem Vertrag vom 16.3./18.3.1970 zwischen Dr. von Buttlar, Hildesheim, Bauunternehmer Wilhelm Reckmann, vertreten durch dessen Ehefrau Ingeborg Reckmann und der Firma Hermann Wegener Hannover, vertreten durch Dipl.-Ing. Hermann Wegener werden die Ursachen dieses Vorganges sichtbar. Unter Punkt 1 ist dort zu lesen: *Eine nicht mehr aufschiebbare rationelle Gestaltung der Basaltgewinnung am Steinbergskopf erfordert erhebliche Investitionen. Auf Grund organisatorischer und finanzieller Veränderungen in seiner Firma ist Reckmann nicht mehr daran interessiert, die erforderlichen Investitionen vorzunehmen. Reckmann ist daher bereit, die Steinbruchanlagen sowie obengenannten Pachtvertrag unter Zustimmung der Verpächter Wegener zu überlassen. Hierüber besteht zwischen Reckmann und Wegener bereits eine Vereinbarung.* Die Hannoversche Firma Wegener, eines der größten Basaltabbauunternehmen Deutschlands, trat mit Wirkung vom 15.3.1970 mit allen Rechten und Pflichten in den vorgenannten Vertrag ein. Um den Betrieb auch in Zukunft rationell betreiben zu können, sollten geoelektrische Untersuchungen über die vorhandene Größe des



Erkundungsbohrung

[Original: Reckmann]



Siebmaschine mit Schüttelsieb, angetrieben durch zwei wassergekühlte Dieselmotoren, die mit Pressluft gestar-
tet wurden. [Original: Reckmann]

Vorkommens, die Einholung behördlicher Genehmigungen für die geplanten Veränderungen und eine Prüfung der Aufnahmefähigkeit des Marktes erfolgen. Ein in Aussicht gestellter neuer Vertrag sollte über einen längeren Zeitraum abgeschlossen werden und die Höhe der Pachtzahlungen aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit der des Staatsforstes entsprechen. Außerdem sollte Wegener zur Verteilung des Risikos freigestellt sein, den Bruch mit einem Partner zu betreiben, wobei die Federführung bei Wegener bleiben sollte.

Die vorgenommenen seismischen Untersuchungen hatten 1971 nicht das erwartete positive Ergebnis gebracht und auch die Behörden machten dem Unternehmen in zunehmendem Maße Schwierigkeiten. So musste Wegener eine Absperrung um den Bruch herum errichten, damit Spaziergänger vor einem Absturz bewahrt blieben. Im Verlauf des Jahres 1972 hatte sich auch das Basaltwerk Dransfeld in die Bemühungen um die Weiterführung des Unternehmens eingeschaltet und einen Antrag an den Landkreis Münden zwecks Abfuhr der Materialien vom Bruch des Steinbergkopfes gestellt. Außerdem habe man eine Bau-Voranfrage beim Kreis Witzenhausen zwecks Aufbau einer Brechanlage gestellt. Der Prokurist der Firma teilte Forstamtmann Wiefel mit, dass in absehbarer Zeit eine Ortsbesichtigung mit dem Stab der dazugehörigen Gremien erfolgen werde.

Noch im Herbst werde man, wie besprochen, einige Bohrungen vornehmen und wahrscheinlich auch die Entnahme

einiger Lastwagen Materials zwecks Probebrechens und genauer Untersuchung des gebrochenen Materials durch die Technische Hochschule in Clausthal-Zellerfeld vornehmen lassen. Die Dransfelder waren an einer Ausbeutung des Steinbergvorkommens stark interessiert, da sich ein Ende des Abbaus am Hohen Hagen bei Dransfeld abzeichnete.

Im darauffolgenden Jahr kam es zu einem unerfreulichen Beschluss der Gemeindevertretung der Ortschaft Ziegenhagen. Am 27. Februar 1974 teilte der Ortsvorsteher Herrn Forstamtmann Wiefel schriftlich mit, dass man sich in der Sitzung vom 3.9.1973 gegen eine Wiederaufnahme der Basaltsteingewinnung ausgesprochen habe. Man befürchte bei Wiederaufnahme akustische Störungen durch Sprengungen und den Einsatz einer Großbrechanlage. Man wende sich auch gegen die Einrichtung einer Teerfabrikanlage innerhalb des Bruches. Nach deren Bau würde der Wald nicht mehr nach Wald, sondern nach Teer riechen. Auch habe man sich entschieden gegen die Durchfahrt von Schwerlastwagen durch den Ort ausgesprochen, da dies eine unzumutbare Belastung der Bevölkerung und das Ende des Kurortes bedeuten würden. Man drohte damit, den Rechtsweg zu beschreiten. Gegen eine Fortführung des Betriebes im früheren Umfang habe man jedoch nichts einzuwenden. Dieses Schreiben des Ortsvorstehers Sauer wurde von Wiefel und der von Buttlarschen Verwaltung als Affront gewertet. ... *Unsere Verwaltung erblickt nun in der*

V e r t r a g

Herr Med.-Oberrat Dr. v. Buttler in Hildesheim verpachtet den im Steinberg gelegenen Basaltsteinbruch an Herrn Bauunternehmer Wilhelm Reckmann in Hann.-Münden unter folgenden Bedingungen :

§ 1.

Die Pachtdauer beträgt 6 Jahre u. zwar v. 1. Juli 1969 bis zum 30. Juni 1975. Der Pächter ist zur Aufstellung von Maschinen u. Gebäuden auf der Ebene vor dem Steinbruch befugt.

§ 2.

Der Pachtzins beträgt je Kubikmeter :

35/55 Schotter	1,-- DM
20/40, 40/60 Steinschl.	1,-- "
0,35/0,55/0,75 Min.-Beton	1,-- "
Splitt	1,-- "
Grus	1,-- "
0,35/0,55 Basaltgem.	-,80 "
Schrotten	-,80 "
Packlge	-,90 "

Die entnommenen Mengen werden durch laufend numerierte Blockzettel belegt und viertelj. (jeweils z. 31.3., 30.6., 30.9. u. 31.12.) abgerechnet. Eine Zetteldurchschrift erhält der Verpächter. Sollte während der Pachtzeit eine Währungsänderung bzw. Preissteigerungen eintreten, so ändern sich auch die Bruchzinspreise dementsprechend. In diesem Falle hat der Pächter die durch die Preissteigerungen erzielten Mehreinnahmen nachzuweisen, damit der Bruchzins eine entsprechende Erhöhung erfahren kann. Die Nachprüfung des Förderungsergebnisses ist dem Verpächter gestattet.

§ 3.

Der Verpächter ist damit einverstanden, daß das Sprengstofflager am alten Platz bleibt. Alle Vorsichtsmaßnahmen, Haftpflichten etc. des Betriebes u. der Transporte trägt der Pächter. Er stellt den Verpächter von allen hieraus erhobenen Ansprüchen frei.

§ 4.

Dem Pächter obliegt die Unterhaltung der gesamten ^{der} Steinbruchabfuhr dienenden Waldstraße von Glashütte bis zur Reviergrenze auf dem Steinberg in Richtung Hann.-Münden. Er trägt in dem Maße zur Unterhaltung bei, daß 5 % des über das Straßenstück Steinbruch- Glashütte u. 2 % des über das Straßenstück Steinbruch- Reviergrenze in Richtung Hann.-Münden gefahrenen Steinmaterials frei anzufahren sind. Eine Mindestmenge von 25 cbm jährlich wird für das letztgenannte Wegestück vom Pächter garantiert. Die Steinbergstr. muß im Jahre 1970 - spätestens jedoch im Frühjahr 1971 - bis einschl. große Kurve am Distr. 4 (hinter Teichkurve) vom Pächter geteert werden. Die entstandenen Kosten sollen mit den jährl. Materiallieferungen (s. §4.) verrechnet werden.

§ 5.

Dem Verpächter wird ein Vorzugspreis für eine zu liefernde Steinmenge bis zu dreihundert cbm jährlich (1.1.-31.12.) an Packlage, Steinschlag, Splitt von 75 % des von der Kreisbehörde Witzzenhausen zu zahlenden Kubikmeterpreises eingeräumt. Stichtag 1.10.

§ 6.

Bei Stilllegung der Förderung in der Zeit vom 1.4. bis 15.10. sind je Monat DM 200,- (zweihundert) Bruchpacht zu entrichten.

§ 7.

Bei weiteren Zumessungen an Bruchfläche im Laufe der Pachtzeit sind jährlich (jeweils am 31.12.) je a = 25,-- DM an den Verpächter zu zahlen.

Hildesheim, den 8. Januar 1970

Hann.-Münden, den 10.2.1970

H. v. Buttler

Otto Reckmann
Bauunternehmung

Wilhelm Reckmann

strikten Ablehnung des geplanten Vorhabens durch die Gemeindevertretung von Ziegenhagen einen gegen uns gerichteten unfreundlichen Akt. Weiterhin erklärte er, dass man bei den Verhandlungen mit dem Pächter beschlossen habe, dass eine Ausklammerung Ziegenhagens beim Transport vorgenommen werden müsste. Auch die Produktion von Teersplitt innerhalb des Bruches sei nicht geplant. Zum Schluss verweist er darauf, ... daß Ihre Verhaltensweise in dieser Angelegenheit ihren Niederschlag in der weiteren Zusammenarbeit zwischen Fremdenverkehrsverein von Ziegenhagen und unserer Verwaltung finden wird. Hochachtungsvoll gez. Wiefel.

Die von Buttlarsche Forstverwaltung hatte bis 1975 trotz intensiver Bemühungen um eine erneute Inbetriebnahme des Bruches noch keinen Erfolg verzeichnen können. In einem zweiten Nachtrag zum Pachtvertrag vom 22. Mai 1975 schlägt sich die Stimmung nieder. Es heißt dort u. a.: ... Wie bereits mündlich vorgetragen, führten unsere Bemühungen, die erforderlichen behördlichen Genehmigungen für die Abfuhr des gewonnenen Materials aus dem Steinbruch Steinberg über die naheliegenden Straßen zu erhalten, nicht zum gewünschten Erfolg. Ein rationeller Betrieb des Steinbruchs ist daher zur Zeit nicht möglich. Erfahrungsgemäß unterliegen aber auch die Entscheidungen der Be-



Die Natur erobert den Steinbruch zurück



Fahrzeugwaage zur Bestimmung des abgegebenen Basalts



ehemalige Sicherheitsabspernung oberhalb des Bruches



Sandgewinnung heute - kümmerlicher Rest der einstigen bergbaulichen Aktivitäten

hörden dem Wandel der Zeit, zumal Rohstoffe auch für den Straßenbau in absehbarer Zeit nicht mehr in ausreichendem Maße vorhanden sein werden. Es erscheint uns daher nicht ausgeschlossen, daß eines Tages ein nochmals gestellter Antrag auf Benutzung der öffentlichen Straßen zur Basaltabfuhr im öffentlichen Interesse zu unseren Gunsten entschieden wird.

Dieser Nachtrag sollte eine Dauer von 15 Jahren haben und bis zum 30. Juni 1990 verlängert werden. Eine Pachtzahlung in Höhe von 5000,00 DM pro Jahr sollte jeweils am 15. September eines jeden Pachtjahres gezahlt werden. Über die Höhe der Pachtsumme sollt alle 5 Jahre neu verhandelt werden. Eine Verlängerung des Vertrages ist allerdings nicht mehr zustandegekommen.

Forstamtmann Wiefel, der diesen Zusatzvertrag unterzeichnet hatte, sollte mit der Formulierung recht behalten,

dass Entscheidungen der Behörden dem Wandel der Zeiten unterliegen. Hinsichtlich des Bruches war es der Naturschutz, dem die Politik Vorrang eingeräumt hatte. Die durch den Kasseler Regierungspräsidenten schriftlich mitgeteilten strengen Umweltauflagen für den Fall einer Wiederinbetriebnahme waren derart eng gefasst, dass ein lohnender Abbau nicht mehr gewährleistet sein würde.

Betreten Besucher heute den abseits vom Wege nach Ziegenhagen liegenden ehemaligen Basaltsteinbruch, dann passieren sie linker Hand die alte LKW-Waage und rechter Hand verwitternde Betonsockel. Beim Betrachten der mächtigen Basaltsäulen gewinnt man einen beeindruckenden Blick auf die stummen Zeugen der Geschichte unseres Planeten.

HERMANN WEGENER

HANNOVER AM SCHIFFGRABEN 25/27
TELEFON 262 31

GESCHÄFTSLEITUNG

Herrn
Forstamtmann W i e f e l
von Buttlarsche Forstverwaltung
3431 ZIEGENHAGEN/Glashütte

20. April 1971
We/Wö

Sehr geehrter Herr Wiefel,

Ihre Anfrage vom 15. April 1971 liegt mir vor. Es ist vorgehen, zum 15. Juni, zum 15. September sowie zum 15. Dezember je eine Rate von DM 1.500,- zu überweisen.

Über die Inbetriebnahme des Bruches kann im Moment noch keine verbindliche Auskunft abgegeben werden, da die seismischen Untersuchungen nicht sehr positiv verlaufen sind. Ich werde in dieser Angelegenheit im Mai gern bei Ihnen nochmals vorbeikommen, um Ihnen die Probleme zu unterbreiten. Bei der Gelegenheit werde ich mir auch den Zustand der Absperrungen ansehen.

Zur Festlegung eines genauen Zeitpunktes unserer Besprechung werde ich mich noch telefonisch mit Ihnen in Verbindung setzen.

Mit freundlichem Gruß

Forstverwaltung v. Pflücker Elberberg
Postfach 100, Glashütte

Eintrag
23. April 1971
am 23. April 1971

H. Wegener
29.4.71
zu Trophäen, die an 8.5.

Mitteilung über ungünstige seismische Untersuchungen am Steinberg

[Aktenbestand Forstamt Glashütte/Ziegenhagen]

Statut der Gewerkschaft Margot

Statut

der

Gewerkschaft „Margot“

Sitz: Gotha.



HANN.-MÜNDEN, im Oktober 1908.



Name und Sitz der Gewerkschaft.**§ 1.**

Unter dem Namen "Margot" wird auf Grund dieses Status eine Gewerkschaft gegründet, welche ihren Sitz in Gotha hat.

Zweck der Gewerkschaft**§ 2**

Die Gewerkschaft bezweckt die Ausbeutung der ihr zur Zeit gehörenden Felder Kupfererzgrube: Mutterglück 29 und 30 bei Gräfenhein, sowie den Erwerb und die Ausnutzung sonstiger bergbaulicher Gerechtsame und Uebnahme von Ausbeutungsverträgen, die Verarbeitung und die Verwertung der gewonnenen oder anderweit angeschafften Produkte, ferner die Herstellung und den Betrieb aller solcher Anlagen, welche nach dem Dafürhalten des Vorstandes zweckmäßig sind.

Einteilung**§ 3.**

Die Gewerkschaft ist in 1000 Anteile — Kuxe — geteilt, welche übertragbar, aber nicht teilbar sind.

Beteiligung**§ 4.**

Die Inhaber von Kuxen — Gewerken — nehmen nach dem Verhältnis ihrer Kuxe am Gewinn und Verlust teil. Einzahlungen oder Zubussen sind nach Massgabe ihrer Anteile von den Besitzern aufzubringen; sollte ein Gewerke der Zahlungsaufforderung einer statusmässig ausgeschriebenen Zubusse nicht nachkommen, so soll derselbe unter Androhung, dass er im Nichtzahlungsfalle seiner Kuxe binnen vier Wochen verlustig gehen würde, zur Zahlung schriftlich aufgefordert werden. Wird der Inhaber eines solchen Kuxes in dem im Gewerkenbuche eingetragenen Wohnort nicht aufgefunden, so tritt an die Stelle der schriftlichen Aufforderung öffentliche Bekanntmachung im „Reichsanzeiger“. Erfolgt vier Wochen nach dieser Aufforderung bzw. Bekanntmachung die Zahlung nicht, so wird der verfallene Kux der Gewerkschaft zugeschrieben und nach Befinden des Vorstandes für Rechnung derselben verkauft.

Gewerkenbuch**§ 5.**

Ueber die Gewerken wird von einem Mitgliede des Grubenvorstandes ein Verzeichnis — das Gewerkenbuch — geführt. Auf Grund dieses Gewerkenbuches werden von dem Vorsitzenden die Kuxscheine, welche auf den Namen lauten und mit den fortlaufenden Nummern der Kuxe, sowie dem Stempel der Gewerkschaft versehen sind, ausgefertigt. Die Kuxscheine können auf eine einzelne Kux oder auf eine Mehrzahl von Kuxen ausgestellt werden.

§ 6.

Die Umschreibung von Kuxen im Gewerkenbuche auf den Namen eines anderen Eigentümers kann nur auf schriftlichen Antrag unter Vorlegung der betreffenden Kuxscheine (oder der Amortisationserklärung im Falle des Verlustes) und der bezüglichen Erwerbsurkunden (privatschriftliche

Zessionen, Testament, Erbes-Legitimationsatteste, Teilungsrezesse) vorgenommen werden. So lange die Umschreibung nicht erfolgt ist, gilt der Gewerkschaft gegenüber der im Gewerkenbuch eingetragene Inhaber als Eigentümer. Nach Eintragung im Gewerkenbuch werden seitens des Vorstands-Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter andere Scheine ausgestellt, oder es wird der Uebergang auf den Namen des neuen Besitzer auf dem alten Kuxschein unter Beidrückung des Gewerkschaftsstempels bestätigt. Gelangt ein Kux in das Miteigentum mehrerer Personen, so haben diese zur Vertretung dieser Rechte einen gemeinsamen Bevollmächtigten zu ernennen und dem Vorstand namhaft zu machen. Geschieht das nicht, so wird der Gewerkschaft gegenüber jeder einzelne Miteigentümer, welcher den Kuxschein vorlegt, als legitimiert zur Vertretung des gemeinschaftlichen Anteils angesehen.

Ungültigkeitserklärungen von Kuxscheinen.**§ 7.**

Ist einem eingetragenen Gewerken ein Kuxschein verloren gegangen, so hat derselbe die Kraftloserklärung im Wege des Aufgebotsverfahrens nach den Bestimmungen der Zivilprozessordnung auf seine Kosten zu bewirken und wird nach Vorlegung des Ausschlussurteils ein neuer Kuxschein ausgestellt.

Vertretung der Gewerkschaft.**§ 8.**

Die Gewerkschaft wird in ihren inneren und äusseren Angelegenheiten durch einen von ihr gewählten Vorstand geleitet und vertreten. Er berechtigt und verpflichtet die Gewerkschaft durch die in ihrem Namen abgeschlossenen Rechtsgeschäfte, ein schliesslich derjenigen, welche nach den Gesetzen eine Spezialvollmacht erfordern, jedoch ausschliesslich derjenigen, für welche in § 15 der Beschluß der Gewerkenversammlung vorbehalten ist.

Alle vom Grubenvorstande für die Gewerkschaft abgegebene Erklärungen sind für dieselbe rechtsverbindlich, wenn sie von Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter unterzeichnet sind. Bei Abschliessung von Verträgen über eine zweijährige Dauer und bei Objekten über zehntausend Mark bedarf es der Unterschrift eines zweiten Vorstandsmitgliedes.

Von dem Vorstande.**§ 9.**

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei und höchstens sieben Mitgliedern. Er ist befugt, sich bis auf die Zahl von sieben Mitglieder durch einfache Zuwahl zu ergänzen. Derselbe wird in der gesetzlich beschlussfähigen Versammlung entweder durch Zuruf oder durch Stimmzettel mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das nach Bestimmung des Vorsitzenden zu ziehende Los. Zur Legitimation des Vorstandes dient eine Ausfertigung des Wahlprotokolls.

Scheidet ein Mitglied durch Tod, durch Niederlegung des Mandats, durch Kündigung seitens der Besitzer von 750

Kuxen oder anderen Gründen aus, so ergänzen sich die verbleibenden Mitglieder bis zur nächsten ordentlichen Gewerkschaftsversammlung durch Kooptation aus der Zahl der Mitgewerken, falls nicht nach Massgabe des § 13 eine ausserordentliche Versammlung behufs sofortiger Ersatzwahl beantragt wird.

Zur Erhöhung der Zahl der Vorstandsmitglieder über drei hinaus bedarf es der Zustimmung der Besitzer von 750 Kuxen.

Vorsitzender und Stellvertreter.

§ 10.

Nach erfolgter Wahl des Vorstandes durch die Gewerkschaft, sowie nach jeder Ergänzungswahl, und wenn es sonst nötig erscheint, wählen die Vorstandsmitglieder unter sich einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter.

Dem Vorsitzenden liegt die Leitung der Geschäfte ob, er hat die übrigen Vorstandsmitglieder über alles Erforderliche unterrichtet zu halten und alle Schriften und Bekanntmachungen, welche im Namen der Gewerkschaft oder deren Vorstandes ausgefertigt werden, zu vollziehen. Auch kann er im Namen der Gewerkschaft Erklärungen mündlich abgeben.

Der Vorsitzende ist berechtigt und verpflichtet, alle Vorladungen und Zustellungen an die Gewerkschaft mit voller rechtlicher Wirkung in Empfang zu nehmen, wie überhaupt die Gewerkschaft in allen ihren Angelegenheiten gerichtlich und aussergerichtlich sowohl Privaten als Korporationen und Behörden gegenüber zu vertreten. Der Stellvertreter tritt in den Wirkungskreis des Vorsitzenden, wenn dieser verhindert ist, sein Amt zu verwalten.

Den Mitgliedern des Grubenvorstandes sind dreissig Mark Tagegelder, Reisekosten erster Klasse oder sonstige Fuhrkosten für Reisen oder Sitzungen zu bezahlen. Ausserdem erhält der Grubenvorstand als Vergütung für seine Tätigkeit jährlich sechstausend Mark bis zur Ausbeute, nach Eintritt der ordnungsmässigen Ausbeute 5 pro Hundert der verteilten Ausbeute.

Wirkungskreis des Vorstandes.

§ 11.

Der Vorstand vertritt die Gewerkschaft und wahrt ihre Rechte und Interessen, leitet und verwaltet ihre Angelegenheiten und trifft nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen und dieses Statuts die zur Erreichung der gewerkschaftlichen Zwecke nötigen Vorkehrungen.

Insbesondere hat er folgende Geschäfte und Angelegenheiten zu besorgen:

- a) die zur Leitung des Betriebes und Haushaltes erforderlichen Beamten anzustellen, Sicherheitsleistungen und Gehalt mit ihnen zu vereinbaren und Dienstverträge mit ihnen abzuschliessen, ihnen Dienstanweisungen zu erteilen und sie zu entlassen;
- b) die Anschaffung, die Preise und die Verwendung der zum Betriebe erforderlichen Materialien zu kontrollieren;

c) über den Verkauf der Erzeugnisse Beschluss zu fassen, die Preise festzustellen, Agenten und Kommissionäre anzustellen und Verträge abzuschliessen;

d) so oft als nötig erscheint und wenigstens alljährlich einmal eine Prüfung der Grubenkasse und des Grubeninventariums vorzunehmen;

e) den Gewerken alljährlich einen Geschäftsbericht und Rechnungsabschluss zuzufertigen oder in einer Gewerkschaftsversammlung vorzulegen;

f) die Versammlung zu berufen und zu leiten und

g) alle der Gewerkschaftsversammlung vorbehaltenen Bestimmungen (§ 15 d, i, k, l, m), nach Beschluss derselben auszuführen. Der Gewerkschaftsvorstand fasst seinen Beschluss nach kollegialischer Beratung. Er ist beschlussfähig bei Anwesenheit der Majorität seiner Mitglieder.

Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 12.

Der Grubenvorstand führt die Verwaltung des gewerkschaftlichen Vermögens und Betriebes entweder in seiner Gesamtheit oder durch einzelne seiner für bestimmte Geschäfte oder Geschäftskreise von ihm delegierten Mitglieder oder durch Beamte. Er ist also auch ermächtigt, Substituten zu bestellen:

1. für den Empfang der bei der Post für die Gewerkschaft eingehende Brief-, Geld- und Wertsendungen;
2. für den Abschluss einzelner Rechtsgeschäfte;
3. für die Führung von Prozessen;
4. für die Besorgung des Verkaufs von Bergwerksprodukten und Fabrikaten im Wege der Anstellung von Agenten oder Kommissionäre.

Gewerkschaftsversammlungen.

§ 13.

Die Gewerkschaftsversammlungen sind ordentliche und ausserordentliche; die ordentliche Gewerkschaftsversammlung findet jährlich spätestens sechs Monate nach dem mit dem 31. Dezember ablaufenden Geschäftsjahre statt.

Ausserordentliche Gewerkschaftsversammlungen werden berufen, so oft der Vorstand nach Lage des Geschäfts es für nötig erachtet, ausserdem, wenn die Eigentümer von mindestens einem Viertel aller Kuxe unter Angabe des zur Beratung zu stellenden Gegenstandes es beantragen.

Die Einberufung der Gewerkschaftsversammlung, die Bestimmung des Ortes und der Zeit sowie die Festsetzung der Tagesordnung, liegen dem Vorstande ob.

In Ermangelung eines Vorstandes oder, wenn derselbe die rechtzeitige Einberufung unterlässt, ist letzterer durch die Besitzer von wenigstens 250 Kuxen, durch die Bergbehörde auf Antrag, oder durch einen Notar zu bewirken. Die Einladung zu den Gewerkschaftsversammlungen erfolgen durch einmalige schriftliche Einladung mittels eingeschriebenen Briefes mindestens 14 Tage vor der Gewerkschaftsversammlung.

sammlung an die im Gewerkenbuche eingetragenen Gewerken. In den Einladungen sind die Beratungsgegenstände, sowie eintretenden Falles Neuwahlen oder Ergänzungswahlen anzugeben.

§ 14.

In den Gewerkenversammlungen hat jeder dispositionsfähige Gewerke nach Massgabe der für ihn im Gewerkenbuche eingetragenen Kuxe Stimmrecht. Die Vertretung Abwesender auf Grund privatschriftlicher Vollmacht ist gestattet. Minderjährige oder andere Bevormundete werden durch ihre Vormünder oder Pfleger, juristische Personen durch ihre Repräsentanten, Handlungsfirmer durch ihre Teilhaber oder Prokuristen, Ehefrauen durch ihrer Ehemänner auch ohne Vollmacht vertreten.

Der Vorsitzende des Vorstandes leitet die Verhandlungen der Gewerkenversammlung. Er ernennt beim Beginn derselben zwei Stimmzähler; Abstimmungen und Wahlen geschehen in der Regel unter Namensaufruf nach der Gewerkenliste, wenn nicht Akklamation ohne Widerspruch beschlossen wird. Jeder Kux gibt eine Stimme.

Gegenstände der Verhandlungen in den Gewerkenversammlungen.

§ 15.

Gegenstände der Verhandlung und Beschlussfassung in den Gewerkenversammlungen sind:

- a) Wahl des Vorstandes und der Rechnungsrevisoren;
- b) Vorlegung des Geschäftsberichtes und Rechnungsabschluss, sowie Dechargeerteilung;
- c) Remuneration des Vorstandes;
- d) Aufnahme von Anleihen;
- e) Ansammlung eines Reservefonds;
- f) In- und Ausser-Betriebsetzung der Bergbaubetriebe und Fabriken;
- g) die Anlagen von zur Ausnutzung der Produkte bestimmten Fabriken;
- h) Verteilung von Ueberschüssen;
- i) Feststellung der Höhe der Zubussen;
- k) Abänderung des Statuts;
- l) Verfügung über die Substanz des Besitzes durch Konso- lidation, Verkaufs-, Tausch-, Pacht- und Verpfändungsverträge;
- m) Verzicht auf das Eigentum oder Verschenkung desselben.

Gültigkeit der Beschlüsse.

§ 16.

Die Gewerkenversammlung ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit aller Kuxe vertreten ist, ist dies nicht der Fall, so ist zu einer anderweiten Gewerkenversammlung in der in § 13 vorgeschriebenen Weise und unter der Vermerkung einzuladen, dass die Beschlüsse ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Kuxe Gültigkeit haben werden.

Zur Gültigkeit eines Beschlusses in der Gewerkenversammlung ist mit Ausnahme von den Fällen, in welchem das Statut oder eine nicht abänderungsfähige Bestimmung des Gesetzes etwas anderes vorschreibt, einfache Stimmenmehrheit der vertretenen und wählenden Kuxe erforderlich. Zu Beschlüssen über die in § 15 unter d, i und l aufgeführten Gegenstände bedarf es einer Mehrheit von zwei Dritteln, über die unter k und n aufgeführten aber von drei Vierteln der in der Gewerkenversammlung vertretenen Kuxe. Ein einstimmiger Beschluss der Gewerkenversammlung ist erforderlich, wenn es sich um Verzicht oder Schenkung handelt.

Protokolle.

§ 17.

Ueber die Verhandlung und Beschlüsse der Gewerkenversammlung sind Protokolle aufzunehmen und solche von dem Vorsitzenden der Versammlung und zwei Gewerken zu unterzeichnen. Dem Ermessen des Vorstandes ist es anheimgestellt, die Protokolle über einzelne Versammlungen gerichtlich oder notariell aufnehmen zu lassen.

Wahlprotokolle müssen gerichtlich oder notariell aufgenommen werden.

Jedem Protokolle ist ein von dem Vorsitzenden als richtig bescheinigtes Verzeichnis der anwesenden und vertretenen Gewerken und der von demselben repräsentierten Kuxzahl beizufügen. die vollzogenen Protokolle haben für die Gewerkschaft und alle Gewerken unbedingt beweisende Kraft.

Von dem Rechnungswesen.

§ 18.

Ausgaben dürfen nur auf Grund schriftlicher Anweisungen des Vorstands-Vorsitzenden erfolgen. Derselbe ist berechtigt, mit gewissen Zahlungen, welche nach Art und Höhe von ihm festzusetzen sind, einen Beamten zu betrauen.

§ 19.

Aus den Gewerkenrechnungen wird am Jahresschluss eine summarische Jahresrechnung zusammengestellt.

Die Jahresrechnung mit vollständigen Belägen ist sogleich nach ihrem Abschlusse den von der Gewerkenversammlung gewählten Rechnungsrevisoren vorzulegen, denen auch auf Verlangen in sämtliche Geschäftsbücher Einsichtnahme gestattet ist.

Ueber jede Revision ist seitens der Revisoren ein Protokoll aufzustellen.

Nachdem die Jahresrechnung geprüft und richtiggestellt ist, wird dieselbe der Gewerkenversammlung behufs Beschlussfassung über die Decharge vorgelegt.

§ 20.

Der Vorstand ist nicht verpflichtet, jedem einzelnen Gewerken die Einsicht in die Bücher zu gestatten. Es können jedoch die Gewerken, welche zusammen ein Viertel der Kuxe vertreten, verlangen, dass einem oder zwei von ihnen

gemeinschaftlich Bevollmächtigten die Bücher zur Einsicht vorgelegt werden.

Berechnung und Verteilung des Ueberschusses.

§ 21.

Am Schluss eines jeden Geschäftsjahres ist eine genaue Inventur mit vollständigem Verzeichnis aller Aktiven und Passiven vom Grubenvorstande aufzunehmen und eine Bilanz nach kaufmännischen Regeln zu ziehen.

Ergibt sich hierbei ein Ueberschuss, so ist auf Antrag des Vorstandes zunächst über die Höhe des Reservefonds zuzuweisenden Betrages und sodann über die Verteilung des Ueberschusses in der ordentlichen Gewerkenversammlung Beschluss zu fassen.

Verwendung und Verteilung des Vermögens im Falle der Auflösung.

§ 22.

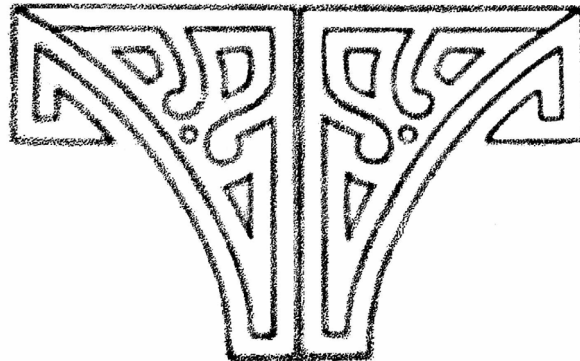
Im Falle der Auflösung der Gewerkschaft infolge Verkaufs ihres sämtlichen Eigentums oder infolge Verzichts auf ihr Bergwerkseigentum werden nach Erledigung der gesetzlichen Vorschriften die Ueberschüsse an die Gewerken nach Massgabe ihres Kuxenbesitzes verteilt.

§ 23.

Soweit dieses Statut keine Bestimmungen enthält, finden die Rechtsverhältnisse der Gewerkschaft die Vorschriften des vierten Titel des Gothaischen Berggesetzes vom 23. Oktober 1899 Anwendung.

§ 24.

Die Bekanntmachung der Gesellschaft erfolgen durch die „Gothaische Zeitung“ und den „reichsanzeiger“.



Beschreibung der Fossilien

Eine kurze Beschreibung fünfblättriger Lilien und anderer zu Stein gewordener höchst erwähnenswerter Meerespflanzen, bzw. Meerestiere mit 6 gezeichneten Abbildungen Kupferstichen. Göttingen 1784

von Samuel Christian Hollmann

Übersetzung aus dem Lateinischen durch Peter Matthes, Kassel

Es ist freilich nicht die Absicht, einen größeren, sei es wissenschaftlichen Abriß, sei es eine Beschreibung hier voranzuschicken, da jene Dinge, wenigstens zum größten Teil, schon anderswo untersucht worden sind. Von dem Körper, dessen unversehrtes und sehr feines Muster wir hier darstellen, sind längst allenthalben Bruchstücke gefunden worden, ebenso und bei „Frider. Lachmundi Oryctographia Hildesiensi, durch Aufwendungen des Autors im Jahre 1669 in 4. Ed. Cap XV (17), Seite 58“, wird es bereits dargelegt, und in wenigen Worten beschrieben, von dem jeder Teil je fünf (5) Ecken hat; ebensoviel Seiten und je fünf (5) auf beiden Seiten will er gewissermaßen Lilien darstellen, von jetzt an der griechischen Sprache entsprechend soll sie „Pentacrinus“ genannt werden können; und als Zeuge für diese Sache weil es auch anderswo oft ebendasselbst dargestellt ist, wird es so in „Agricola“ ausgeführt, damit kaum ein Zweifel bleibt, ob eine Beschreibung dieses oder eher dieses gemacht wird, die in der Folge hinzugefügt wird.

Später war es nicht selten allenthalben erlaubt, die Fragmente eines größeren und kleineren Bruches eben dieser Art ausfindig zu machen; solange bis die unversehrten Körper ebendieses von dem Ersten in diesen Dingen (wörtlich: dieser Dinge da), was freilich feststeht, Erfinder und gewissermaßen Begründer, Michael Reinhold Rosinus, in einem im Jahre 1719 herausgegebenen außerordentlichem Beitrag ans Licht befördert worden sind.

Wo weitere, sehr elegante Muster zu **Tabula I** aufgeführt, gefunden, und gezeichnet wurden und in die Hände desselben gelangt sind, wird nicht hinzugefügt. Da ja aber durch die Aufwendungen des Autors ein ediertes Werk heute selten ist, sogar in unseren Gegenden, ist diese selbst und Joachim Christoph Harenberg, über „Encrino“, oder in „Steinerner Lilie“, im Jahr 1721 in der 4. edierten Kommentierung, nicht weniger wert. Bei den besonders bemerkenswerten Beispielen, die hier folgen, schien es notwendig, oder besonders gut zu sein, sich eine klare und bestimmte Kenntnis des vollständigen Pflanzenkörpers zu bilden. Von der fünfspitzigen Lilie ebendieser Art (wenn man den Schwanz oder das Anhängsel wegnimmt) die aus dem Bruchmannschen Fund vor mehreren Jahren verkauft und teilweise ausgestellten „Apparat von Dingen aus der Natur“ in meine Hände gelangt war, habe ich mich deswegen hier sogar bemüht, daß ein angeborenes Aussehen gezeichnet wurde, wo gewissermaßen der Ort des vollständigen Prototyps ist, zu dem auf den folgenden Tafeln die dargestellten, oft wunderlich verwickelten Bruchstücke bequem wiedergegeben werden können und mit denselben verglichen werden können; da Rosinus, besonders auf **TAB I, Fig. 2** ein Abbild des veranschaulichten so genau wiedergibt, daß nicht ein Ei dem anderen leicht ähnlicher

sein kann, außer, daß mein Exemplar das des Rosinus in der einen oder anderen Linie an „Parisinischer Länge“ noch zu übertreffen scheint. Woher Rosinus diese seine sehr eleganten Exemplare erhalten hat, erinnert er sich an dieser Stelle, die ich schon angemahnt habe, freilich nicht; ganz offensichtlich hat er es dennoch später irgendwo angezeigt, wie wir später sehen werden. Harenbergius aber erinnert (daran) daß ebendies im Gebiet „Brunshusana“, nahe Gandersheim gefunden worden ist und rühmt sich obendrein, ebendort 40 (vierzig) Beispiele desselben gesehen zu haben.

Es steht zur Genüge fest, daß Ebendiese zwar ziemlich selten, hier am Ort jedoch heute reichlicher gefunden werden. Über „Schwänze“, oder „kleine Herbstblumen“, die in größerer oder kleinerer Länge an denselben (Stellen) oft angefügt sind, und über die beinahe unbegrenzte Vielfalt an Gelenken, aus denen jene bestehen, könnte sich später eine bequemere Gelegenheit, sie zu besprechen, anbieten.

Und so wird der Körper, wenn es erlaubt ist, ihn so zu nennen, das „Pentacrinus“ selbst, wenn er vollständig und unverletzt gewesen ist, an seinem unteren Teil, aus dem der „Schwanz“ oder „petiolus“ hervorgeht, von fünf (5) wie er meist gestützt wird, sehr angepaßt untereinander zusammenhängenden, seien es Knöchelchen seien es Steine, die eine Basis gewissermaßen desselben von 5 Ecken bilden. Bei einzelnen von ihnen setzen sich die einen, sehr genau, entweder untereinander, oder dann mit anderen, eng verknüpft auf dreieckige kleine Körper, von denen zwei Seiten den genügend langen zu stützenden Reihen anderer Körperchen gewissermaßen dienstbar sind, welche die meisten Strahlen der „Pentacrini“ nennen; diese aber selbst werden von dazwischen tretenden, sich über die gesamte Länge desselben erstreckenden Einschnitten, wechselseitig voneinander getrennt, so daß die einzelnen Strahlen gewissermaßen in zwei Zweiglein leicht auseinanderstreben, von denen einzelnen, gegen das innere Antlitz des ganzen Körpers zu, unzählige Vorsprünge anhaften, die ihnen selbst, zusammen mit den Flossen von Flußfischen und den sehr feinen Gelenkchen derselben eine große Verwandtschaft verleihen.

Damit es aber nicht notwendig ist, die langen Beschreibungen dieser Teile in einzelnen Fragmenten, die im Folgenden nach und nach dargestellt werden, zu wiederholen wird es in den folgenden, mehr oder weniger vollständigen Teilen erlaubt sein, nur klare Bezeichnungen zu gebrauchen; deshalb werden wir die Basis der fünfblättrigen (fünfeckigen) „Encrini“ mit den dreieckigen Knöchelchen oder Steinchen, die auf jenen sitzen, mit den ferner auf diesen sitzenden gabelförmigen Würzelchen, mit den sehr feinen an denselben angehefteten Flossen immer, sobald es nötig

sein wird, nennen, und den Gebrauch der Teile, wenn es geschehen kann, zugleich in wenigen Worten anzeigen.

Da also auf einzelnen Knöchelchen der fünfeckigen Basis und auf denselben darauf sitzenden Stützelementen, a, a, a, zwei Strahlen sitzen, die einzeln in den gabelförmigen Körper wieder weggehen, ist sogar, nur durch Augenschein genügend klar; daß die einzelnen „Encrini“ aus 20 (zwanzig) Strahlen ebendieser Art zusammengefügt sind. Daß sie innen äußerst kunstvoll angefügten Reihen von sehr feinen Federn tragen, ist bereits aus diesen Ausführungen hinreichend klar; wenn auch die einen mehr, andere weniger „nullibi“ in vollständigen und wahrlich unverletzten Körpern meistens in Sicht kommen. Und dies nun soll für einen Platz einer allgemeinen Einführung leicht ausreichen. Wenn auch größere und kleinere Fragmente von diesen Encrini oder Pentacrini, sowohl andernorts als auch besonders in unseren mit einer so großen Menge zu Stein gewordener Meereskörper vollgestopften Steinbrüchen manchmal in Sicht kommen. Seltener dennoch oder auf eben jenes gestoßen zu sein und zu stoßen, kennen wir bisher, aber daß ein vollständiger Körper eben dieser Art hier niemals ans Tageslicht getreten ist, wie wir ihn bisher kennen, steht fest.

Laßt uns nun den vielleicht einzigartigen **Fall b**, der uns von hier an in mehreren Jahren zuteil geworden ist, aufgreifen. Um so mehr scheint also bei jenen selbst, die wir zu beschreiben begonnen haben, des Festhaltens und der Bewunderung würdig zu sein, daß eine so große Menge von diesen Körpern da, in einem einzigen Stein von nicht einmal besonders großer Masse und Gewicht neulich gefunden worden sind. In einem Steinbruch nämlich, auf dem höchsten Gipfel eines benachbarten Berges gelegen, und jenem, dessen Abbild **TAB I** der früheren Kommentierung gezeichnet vorhanden ist, sehr ähnlichem (aber viel kleinerem), aus Steinen derselben Art, fast an demselben Platz gelegenen, nicht viel oberhalb dieser gewaltigen Lasten von Steinen, die mit den Buchstaben **k, k, k**, eben dort verzeichnet worden sind, zwischen kleineren Steinen, die bei denselben herumliegen, von einem neugierigen Zuschauer, erfahren in diesen Dingen, gefunden. **C.)** Ein Stein von etwa einem Fuß im Quadrat, mit der Dicke von zwei oder drei Fingern, gefunden im Aug. A. 1783, wurde gesichtet, wie er ein wenig hervorragte. An dessen Oberfläche sich verschiedene, einzusehende Fragmente verschiedener „Encrini“ zeigten, selbst im darüber liegenden Lehm, teils bedeckt, teils der Masse eines Steines selbst angeheftet, an ihrem untersten Teil eingetaucht; diese schienen sogar in höchstem Maße der Aufmerksamkeit würdig zu sein.

Da aber der vollständige quadratische Stein zu groß oder zu schwer war, als daß er bequem nach Hause weggetragen werden konnte, mußten für ihn selbst eiserne Werkzeuge, welche zu Händen waren, verwendet werden; von da sind jene Fragmente selbst, die auf den folgenden Tafeln gezeichnet sich befinden, ganz allmählich herausgemeißelt worden, nachdem jede Sorgfalt und Umsicht angewendet worden war, von diesen geben die Figuren, von denen genügend hergestellt und aus Erz gemeißelt worden sind, zugleich ihre eigene und natürliche Größe wieder.

Da wir mit unserem „Rosinus“ unterdessen annehmen, daß jene „Encrini“ einst Meereskörper gewesen sind, an deren fünfeckiger Basis gabelförmige Strahlen aufgesetzt sind, wobei beim bevorstehenden Tod derselben, gewissermaßen in die Form eines ziemlich abgestumpften Kegels zusammengezogen worden sind, so daß bei allen jenen, die ziemlich innen in demselben eingewoben sind, nichts äußeres erscheint, die hier aufgeführten Merkmale werden wir immer maß- und artgerecht verwenden. Der Abkürzung und größeren Übersichtlichkeit wegen, auf allen folgenden Tafeln und Darstellungen von Tafeln, eben dort wo es notwendig sein wird.

Tabula II. An dem zertrümmerten Kopf, der hier freilich zu sehen ist, fehlt die fünfeckige Basis **b b b**, mit den darüber liegenden dreieckigen Steinchen selbst (**Fig. 1 TAB I**) völlig, und ist bei ihrer groben Abspaltung vom übrigen Stein zweifellos verloren gegangen; ein zertrümmerter Teil aber des oberen beschädigten Kopfes ist noch sichtbar genug. Durch diese unsachgemäße Abspaltung vom übrigen Stein ist es zweifellos geschehen, daß die ganze Matrix dieses „Encrinus“ in zwei Teile gespalten wurde, die jetzt unterdessen durch einzelne Bindemittel zusammengehalten; gewisse darunter verborgene Spuren dieser Abspaltung sind noch erhalten. Aus der Richtung des dabei verlaufenden Schwanzes oder des Würmchens (darüber später mehr) gegen den Teil des zertrümmerten Kopfes oder auch anhand einer Autopsie wird leicht klar, daß derselbe mit dem unteren Teil des Kopfes einst verbunden war; dies scheint aber aus den übrigen dabei liegenden Bruchstücken der „Schwänzchen“ **r, s, t, u, x, z** weniger stark hervorzugehen. Auch aus den hervorragenden Strahlen selbst des zertrümmerten Körpers, **q, o**, und denselben daran haftenden Flossen (Federn) **p, q** scheint nicht weniger klar zu sein, daß die angrenzenden Bruchstücke von Strahlen und Flossen **e, f** sich einst nicht bis zu denselben erstreckt haben. Wenn wir nicht vielleicht annehmen wollen, daß diese Dinge da so geworden sind, daß durch eine überaus grobe Sprengung (bevor in den Stein Einschüsse eingebracht wurden) diese Dinge völlig verdreht und in eine völlig andere Richtung gebracht worden sind. Um den Riß des unversehrten Steins scheint diese Rauheit, die noch zwischen **d & h** sichtbar wird ein anderes Bruchstück eines abgerissenen „Encrinus“ verborgen zu sein, über dies kann nichts Sicheres ausgesagt werden. Die Schwänzchen und Würmchen hängen an den Bruchstücken allenthalben mit dem Stein in sehr komplizierter Art und Weise zusammen; dennoch sind kaum die Hälften ihrer Dicke in demselben Teil eingeschlossen. Über die hervorragenden Strahlen aber und Flossen der Strahlen (**f, e**) wird sich später noch eine bequeme Gelegenheit des Abhandelns bieten. Die Bruchstücke (**Fig. 5 & 6**) der anderen „Encrini“ aber sind unter diesen angefügt. Außer ihrer fünfeckigen Basis, die offensichtlich gestört ist, von diesen bietet das frühere Bruchstück (**Fig 5**) einen Teil, die Anfänge gewisser gabelförmiger Strahlen, dann auch gewisse Flossen, und zwar in ausreichend sichtbarer Form, das andere aber (**Fig. 6**) - manche von diesen sind auch offensichtlich mehr zertrümmert - stellt sich dem Betrachter so dar (**q, r**), daß gleichzei-

tig dennoch genügend klar ist, daß diese Dinge einst sogar mit seinen „Enocrini“ zusammen gehangen haben.

Viel deutlicher wird dies alles auf den hervorragenden Fragmenten (**TAB. III Fig. 7, 8, 9**) gesehen; unter denen **F** am ehesten hervorsticht, weil nicht nur ein großer Teil der fünfeckigen Basis mit den Anfängen gewisser Strahlen, und von da mit hervortretenden Gabelungen, ebendort zur Sicht gelangen, und am mittleren Teil der Basis noch ein Teil eines Beinchen anhaftet. Aber besonders die Flossen (Federn) von zwei gegabelten Strahlen, da sie mit ihren sehr kleinen und sehr feinen Härchen, an denen sie befestigt sind, sei es an den Gelenken **b, f, d, e**, durch die übrige Oberfläche des Steines (gewissermaßen ausgedehnt) so gesehen werden, daß das Aussehen der Flossen selbst sogar mit bloßem Auge leicht unterschieden werden kann, die Härchen aber der Flossen (Federn) aber selbst, seien es die Gelenke und Verbindungen dieser Gelenke, (der Abgang unterdessen mit herauswachsendem Kristall verbunden) so klar wie irgend möglich unterschieden werden können; dasselbe gilt auch über **Figur 8**, mit seiner fast vollständigen Basis, mit einem anhaftenden Teil eines Beinchen **n, o**, über den man sich noch freut; über sie im Ganzen dann später noch zu berichten sein wird. Auf dem anderen aber, eben dort dabei liegenden Fragment **Figur 9** erscheinen die Flossen gewisser Strahlen (Linien) und sehr kleine Gelenke von Federn, zu einem großen Teil zwar nicht weniger deutlich; dennoch aber haben sie keine Basis, an deren Stelle nur eine verborgene Höhlung, etwa bei **m** zurückgelassen, zu sehen ist. Es versteht sich von selbst, daß beide Fragmente von sehr verschiedenen „Enocrini“ sind.

Unter allen Fragmenten dieser Körper, über die bis jetzt gesprochen worden ist, ragen aber besonders die hervor, die in **TAB. IV** zur Ansicht gelangen; diese sind so sehr der Erwähnung würdig und erinnerungswürdig, daß nicht zu Unrecht bezweifelt werden kann, ob jemals anderenorts etwas von dieser Art gefunden worden ist; sei es die sehr große Vollkommenheit und Eleganz der am Stein festgebackenen Fragmente, sei es die völlig einzigartige Lage derselben, die wir sehen. Außer dem Antlitz nämlich des vorzüglichen, beinahe vollkommenen „Enocrinus“ lagern dort große Fragmente eines Beinchen oder Schwänzchen, beständig mit verschiedenartigen sich abwechselnden Gelenken, gibt es noch Bruchstücke von fünf (5) verschiedenen „Enocrini“ und zwar größere und kleinere; und dies oder allein deren Vorderseite und Ausrichtung treten wiederum völlig verschieden hervor. Wir sind der Meinung, daß es niemand so leicht geben wird, der nicht (sogar beim ersten Anblick derselben) sogleich zu höchster Bewunderung hingerissen wird. Man muß nur bedauern, daß wegen der sehr unebenen Oberfläche des Steines und der ihm anhaftenden Körper, sogar bei bester und kunstvollster Zeichnung alles nicht so lebendig und elegant ausgedrückt werden kann, daß alles zugleich in die Augen des gegenwärtigen Betrachters fällt; besonders wenn auch die Worte fehlen, mit denen ein sichtbarer Defekt einer ebensolchen Betrachtung irgendwie ausgebessert werden kann. Daher werden dies bei den Prachtexemplaren und mehr noch bei den kommenden (**scil. Fragm. 10, 11 usw.**), bei der Beschreibung der Erscheinungen derselben, versuchen müssen.

Figur 10, stellt sich uns dar als ein sehr großes und größtenteils vollständiges Fragment, der Kopf offenbar ganz, mit einem großen Teil seiner fünfeckigen Basis **a, b, c**, wobei zumindest in ihrem oberen Teil die äußersten Spitzen gewisser Strahlen weggenommen sind; und nicht haften. Beinchen oder Schwänzchen, ein nicht geringer und nicht unterbrochener Anteil ist aus seinem ursprünglichen Platz herausgetrennt. Gewisse Strahlen von ihr (von der Figur), wie an früheren Stellen schon einige Male festgestellt, auf dieselbe Weise sei es im noch lebendigen Körper, sei es im schon toten Körper (dennoch noch nicht im zu Stein gewordenen Körper) sind von ihm (dem Körper) so abgezogen, daß die Flossen desselben und die Gelenke der Flossen wiederum genügend deutlich erscheinen. Bei dem anhängenden Schwanz aber, oder Beinchen, bei seinem Aufbau und seinen Bestandteilen wird später gesondert gesprochen werden müssen; dies erscheint in besonderem Maße der Kennzeichnung würdig zu sein, daß ein sehr kleiner Teil desselben nur leicht an dem darunter liegenden Stein haftet (**in e & d**); von **e** aber, welches ein hervorgehobener Teil desselben ist, bis **f**, welcher unterer (Teil) mehr zusammengedrückt ist, weicht er von demselben Stein so sehr zurück, daß er einen Bogen von etwa drei oder vier Linien bewirkt, der auch ein ständiges Licht und von irgend einem Hindernis hinüberschickt, und, entsprechend der verschiedenen Position des Betrachters, auch einen genügend sichtbaren Schatten (**F**) ausbreitet. Ein noch viel größerer Teil aber, desselben Beinchen oder Schwanzes, beinahe bis zu einer Länge von eineinhalb (1½) unversehrten Fingern, und bis zu einer Größe (Höhe) von zwei oder drei Linien, weicht von dem darunter liegenden Stein so zurück, daß er zwischen **h** und **g**, weder sich selbst noch die ihm selbst ebendort anhaftenden, hinreichend bedeutsamen Fragmente eines anderen „Enocrinus“ irgendwo berührt, und einen Bogen von derselben Länge und von der geraden Linie zugleich ein wenig abweichend bewirkt, der von seiner mittleren Größe, bis zu beiden Enden desselben (Bogens) **g & d**, immer mehr in der Weise abgebeugt wird, daß er an dem darunter liegenden Stein nur leicht anzuhaften beginnt, entsprechend der verschiedenen Position, die vom Betrachter eingenommen wird, zwischen **g & h** einen genügend bemerkenswerten Schatten wirft. Unter diesem wunderbaren zu Stein gewordenen befinden sich noch zwei Fragmente (**Fig. 11, 12**) von anderen „Enocrini“ nicht weniger hinreichend sichtbar, die sich an der Oberfläche des darunter liegenden Steines nicht weniger angebacken und gewissermaßen lediglich allein befinden; damit nicht bereits Gesagtes hier wiederholt wird, muß man nichts weiter über früher Gesagtes über den selben Gegenstand berichten. Die Strahlen der nachfolgenden **Figur 12** aber, die völlig entgegengesetzte Position die denselben anhaftenden Flossen (Federn), erweisen sich als leicht darüber anhaftend, wobei die so große Nähe derselben nicht hinderlich ist, sowie eine unmittelbare Berührung, so daß ein Teil des (deutlich) anderen „Enocrinus“ wieder vorhanden ist, und damit die richtige Zahl (Anzahl) derselben, nicht unwesentlich vergrößert. Es ist leicht ersichtlich, daß dasselbe über das in **Figur 13** sichtbare Fragment in der gleichen Weise Geltung hat; wenn auch über die Fragmente der „Beinchen“, die in den

Figuren 14, 15, 16 zu sehen sind, nichts Sicheres bestimmt werden kann. Was aber bei **Figur 17** aus der Oberfläche des Steins hervortritt, ist ziemlich verschwommen und unbestimmt, die Runzeligkeit von etwas Fremdem und von der übrigen Masse des Steins sogar äußerst verschieden, scheint etwas zu sein, das in den bisher beschriebenen Körpern noch nicht vorgekommen ist, und das, zumindest beim ersten Hinsehen, nichts Verwandtes hat. Wenn man aber ein, wie auch immer beschaffenes Mikroskop anwendet, erscheint nicht sofort unbestimmt, daß es ein „Mischfütter“, unverborgten zwar, aber höchst verwaschen ist, von Gelenken, die aus Schuppen von Strahlen bestehen, deren übriger Teil unter der Masse des Steins, der einst ganz dicht dabei lag, zweifellos verborgen ist.

d.) Wir schweigen schließlich darüber, daß andere ausreichend sichtbare, von keiner Matrix anderer Steine aber eingeschlossene, auch viel geringere, als bisher schon beschriebene Fragmente, kaum der Mühe wert zu sein scheinen, da sie in ausgezeichneten Zeichnungen den Augen des Betrachters bereits vorliegen; es mag nicht weniger leicht des Zweifels entbehren, daß es dieselben Teile von besonderen und von den bisher beschriebenen sogar äußerst verschiedenen „Encrini“ wiederum sind.

Wenn nun zusätzlich zu den höchsten Heraushebungen, die bei den beschriebenen und gezeichneten Fragmenten der „Encrini“ vor den übrigen noch der Erwähnung würdig scheinen, soll man sie nun aufzählen; da die Größe, Verschiedenheit und Anordnung derselben nicht hinderlich ist, kommt das, was über jene insgesamt mit Recht zu beobachten war, zur Aufzählung

1. Daß der ureigene Stoff, aus dem die Körper derselben oder die kleinsten Teilchen der Körper bestehen, aus Marienglas (bzw. Gips-selenit - ein mondlichtfarbiger Edelstein) ist: falls der Stein selbst, an dem sie haften, sogar aus einer anderen Kalkart besteht
2. Daß die meisten sich in der Größe so sehr unterscheiden, daß sie kaum, wie es scheint, aus dem selben Zeitalter kommen können.
3. Daß sie nicht wenige Anzeichen anbieten, die hinreichend darüber Auskunft geben, daß sie, bevor sie diese steinerne Härte angenommen haben, als Körper keine gewesen sind, als ihnen die Möglichkeit gegeben worden war, sich in Erinnerung zu bringen. (s. **Tab. IV, Fig 1**).
4. Daß jene selbst, bevor sie zu einem harten und zerbrechlichen Stein dieser Art geworden sind außerhalb (gelegt) und durch eine Kraft so abgebrochen und zertrümmert gewesen sind, daß die gabelförmigen Strahlen derselben und die Gelenke der Strahlen jenen (Stein) selbst, den sie jetzt festhalten, zusammengezogen haben
5. Und wir erblicken in den Schuppen der Fische, vielleicht sogar mit bloßem Auge, daß die zottigen Härchen oder Gelenke der Schuppen, die an ihren gabelförmigen Strahlen angebracht sind, durch Verbindungen dieser Art untereinander angeheftet und verbunden sind; daher erweist es sich als überaus annehmbar, daß dieselben, zu dem gleichen Gebrauch wie in den Schuppen eben dieser selbst,

sich in deren Weichkörper eingefügt haben. Dies selbst erweist sich als nicht unmöglich oder unannehmbar, je weniger sie anderen Zwecken zugeordnet werden können.

6. Daß es sich in höchstem Maße als erkennbar erweist, daß eine so große Masse und Präsenz aus Stein dieser Körper, die ziemlich selten andernorts sichtbar sind, in einem Stein von geringer Masse ein Nest gewesen ist, daß es durch einen Zufall zu einer solchen Häufung geführt hat.

Diese Körper der „Encrine“ scheinen der Beobachtung äußerst würdig zu sein. Neben der fünfeckigen Basis derselben aber begegnet uns etwas nicht weniger der Beobachtung Würdiges, das in dem untersten und mittleren Teil etwa desselben sich befindet, sei es unversehrt, sei es nicht allzu sehr beeinträchtigt, daß nämlich immer gewissermaßen eine Aushöhlung beobachtet wird, daran, wenn es nicht vollständig eine Höhlung ist, ein ganz kleiner Kreis aus eben demselben selenitischen Stoff haftet, dem meistens ähnliche andere äußerst eng angeheftet sind, den die meisten „Beinchen“ oder „Schwanz“ von „Encrinen“ nennen. Einzelne aber, vom übrigen Körper derselben herausgerissene und getrennte, nennt man Reifen, die meisten aber Katzenaugen (ein Edelstein). Von diesen sind mehrere oder weniger untereinander oft verwoben und angeheftet, daß sie meistens der Länge von Fingern, ganz unten manchmal von Füßen (1 Fuß etwa 31 cm) gleichkommen., wir haben dafür gesorgt, daß jene von dieser Art, deren Erscheinungsformen **TAB. I. Fig. 2, 3** aus einer großen Anzahl anderer Fragmente gezeichnet wurden, und wir sehen, daß sie allenthalben an den Körpern derselben „Encrine“ haften, meist von noch geringerer Größe. Es findet sich jedoch eine verwunderlich Menge dieser kleinen Kreise, sowohl was die Größe, aber besonders auch die Gestalt anbelangt, bei der Betrachtung dieser wahrlich sehr verschiedenen Orte, so daß sie beinahe den gesamten Erfahrungsschatz und die Vorstellungskraft übertrifft; schon bei der oben gelobten Abhandlung dieser Art bei Rosini kann man die fast unbegrenzte und beschriebene Vielfalt finden.

f.) Von wunderbarer Kunstfertigkeit sind alle diese Kreise, auf jeder ihrer Oberflächen finden sich gewissermaßen hervorstehende Zähnnchen, die genau den Einschnitten anderer Kreise eben derselben Art und Form so genau entsprechen, daß man beinahe nichts Genaueres denken und bestimmen kann; so daß sogar bei den Verbindungen der um ein wenig längeren gezeichneten Gebilde (**Tafeln II und IV**) ausreichend Bestimmtes gesehen werden kann. Aber dieser Teil eines Schwanzes oder Beinchen, der dem „Encrinus“ der auf **Tafel IV** gezeichnet ist, anhaftet, besteht nicht vollständig aus Reifen derselben Art, sondern vielmehr aus anderen, fast zylindrischen und saumhaften Gebilden, die erfreulicher Weise hervorragen; die gewissermaßen plastisch sichtbar sind; wie sie bei den „Beinchen“ anderer „Encrini“ selten beobachtet werden können.

g.) Um andere Unterschiede dieser Art nicht zu verschweigen, welche in großer Zahl schon von Rosini beobachtet und ausreichend kunstvoll gezeichnet worden sind in ihren verschiedenen Erscheinungsformen und verschiedenartigen Reifen, die im Meer zu Stein geworden sind und sich überall zu erkennen geben, und schon längst von anderen

beobachtet worden sind, versteht es sich hinreichend von selbst, welche ungeheure Fülle von diesen einst existiert hat, da die unbeschädigten Bergjochs von denselben nicht selten vollgestopft sind.

h.) Um so mehr noch scheint es der Verwunderung mit Recht würdig zu sein, daß so selten Erscheinungsformen von mehr oder weniger unversehrten „Encrini“ gefunden werden, daß sie beinahe nirgendwo bei Verfassern einer Naturgeschichte erwähnt werden; in noch viel geringerem Maße aber können Dinge dieser Art aus den sehr ausgedehnten Meeresflächen irgendwann ans Tageslicht gefördert werden. Diese Meereskörper von Seesternen und von „Encrini“ selbst, die vor einigen Jahren im nördlichen Ozean (Nordmeer) gefunden worden sind und hinreichend von anderen beschrieben worden sind, scheinen einigermaßen verwandt zu sein; in vielfacher Weise sind sie dennoch von unserer ausgegrabenen „Encrini“ verschieden; sie sind selbst hinreichend sehenswert und nicht weniger der Bewunderung würdig.

k.) Einzigartig bei unseren „Beinchen“ ist noch etwas, das nicht stillschweigend übergangen werden darf, weil es bei anderen vollständigen größeren oder kleineren Fragmenten nicht leicht zu erkennen ist. Die gabelförmigen Strahlen derselben nämlich erscheinen, bevor sie gelegentlich eine steinerne Substanz annehmen, so von einer Kraft wechselseitig voneinander abgerissen und auseinander gespreizt (worden zu sein), daß ihr inneres Gefüge den Augen des

Betrachters jetzt so deutlich wie möglich offensteht; wie dies in den Fragmenten die auf den **Tafeln 2, 3 und 4** gezeichnet worden sind, hinreichend deutlich erscheint. Dem Inneren der gabelförmigen Strahlen, dem gegen die Achse des ganzen Körpers zugewandten Teil ist eine bedeutende Menge von Härchen oder kleinen Strahlen angeheftet, die aus sehr kleinen Gelenken zusammengebracht worden ist, so daß man ihre Zahl kaum schätzen kann. Sei es, daß diese „Encrini“ selbst sich lediglich den Bewegungen anpassen (wie beim Schwimmen der Fische), sei es, daß sie sich gegenseitig als Werkzeuge und Organe beim Ergreifen und Sich-Aneignen von Nahrung erweisen; daß es sogar meistens sicherlich am lebenden Körper einzelne bewegliche Teile sind, oder gewesen sind, daß fast die gesamte Gestalt durch etwas Einzigartiges (vielleicht durch den bevorstehenden Tod) gebildet worden ist, scheint das hinreichend kunstvoll entstandene „Zusammenziehen“ zweifellos zu belegen: das übrige, das der Kenntnisnahme bei denselben würdig ist, wollen wir jetzt übergehen. Es ist völlig klar, daß hier nicht der Ort ist, die vollständige Geschichte dieser erwähnenswerten Körper und deren Teile und deren Funktion (ihren Gebrauch) niederzulegen, wo es mir lediglich darum ging, in wenigen Worten die hauptsächlichsten Dinge, die bei diesen ausgegrabenen Körpern der Kennzeichnung würdig sind, darzulegen und deutlich zu machen, wieviel in niedergelegten Worten und Figuren (Zeichnungen bzw. Darstellungen) geschehen konnte.

Archivhinweise und Abkürzungen:

HStAH	Hauptstaatsarchiv Hannover
BA Clausthal	Niedersächsisches Bergarchiv Clausthal-Zellerfeld
KKA	Kreiskirchenarchiv Göttingen
StAMR	Staatsarchiv Marburg
StAM	Stadtarchiv Hann. Münden
GA Stfbg	Gemeindearchiv Staufenberg

Archive:**Seitenangabe:**

Staatsarchiv Wolfenbüttel, 2 Alt 5263	4
HStAH, Hann. 74 Münden C 1204	5
HStA Stuttgart, N 220 T 45 (Reinzeichnung) Stuttgart, Württ.	
Landesbibliothek, Cod. Hist. 4° 148 d (Skizze)	6
BA Clausthal, Acta N° 79, Fach N, Neue Nr.:04807	6
HStAH, Hann. 74 Münden C 622	8
BA Clausthal, Hann. 2a N° 342	9
HStAH, Hann. 74 Münden C 622	9
BA Clausthal, Acta 84a N° 04807 Fach 47 N° 79	13
KKA Göttingen, Akte Nienhagen 494	13
BA Clausthal, Acta N° 79 Fach N° 479 Neue Nr.:04807	14
HStAH, Hann. 74 Münden C1322	17
BA Clausthal, Hann. 84a N° 04807, Fach 478 N° 79	17
BA Clausthal, Hann. 29 Nr.: 342	19
BA Clausthal, Hann. 2a Nr.: 343	20
BA Clausthal, Hann. 84e Nr.:342	23
BA Clausthal, Hann. 2a Nr.: 343	24
BA Clausthal, Hann. 84e Nr.: 7	25
BA Clausthal, Hann. 2a Nr.: 343	26
BA Clausthal, Hann. 2a Nr.: 343	31
StAM, MW Mündensches Wochenblatt	32
BA Clausthal, Hann. 2a Nr.: 342	32
BA Clausthal, Hann. 2a Nr.: 348	33
StAMR, Bestand 340 von Buttlar PII 174	34
HStAH, Hann. 74 Münden K 575	35
BA Clausthal, Hann. 84e Steinberg Nr.:8	36
BA Clausthal, Hann. 84e Steinberg Nr.: 8	37
BA Clausthal, Hann. 2a Nr.: 315	38
BA Clausthal, Hann. 84e Steinberg Nr.: 9	39
BA Clausthal, Hann. 2a Nr.: 346	41
BA Clausthal, Hann. 2a Nr.: 975	43
BA Clausthal, Hann. 84e Nr.: 3	44
StAM, MN 1.2.1843	45
BA Clausthal, Hann. 84e Nr.:6	46
BA Clausthal, Hann. 2a Nr.: 348	47
BA Clausthal, Hann. 2a Nr.: 347	48
BA Clausthal, Hann. 84e Nr.: 13	49
BA Clausthal, Hann. 84e Nr.: 13	51
BA Clausthal, Hann. 84e Nr.: 13	52
BA Clausthal, Hann. 84e Nr.: 13	53
BA Clausthal, Hann. 84e Nr.: 13	54
BA Clausthal, Hann. 84e Nr.: 12	55
BA Clausthal, Hann. 84e Nr.: 13	56
GA Staufenberg, Akte Steinberg	57
BA Clausthal, Hann. 84e Nr.: 6	58
BA Clausthal, Hann. 84e Nr.: 16	60
BA Clausthal, Hann. 84e Nr.: 12	60
BA Clausthal, Hann. 84f Nr.: 133	61
BA Clausthal, Hann. 84f Nr.: 133	61
BA Clausthal, Hann. 2a Nr.: 351	62
BA Clausthal, Hann. 84e Nr.: 16	62

BA Clausthal, Hann. 84e Nr.: 14	63
BA Clausthal, Hann. 84e Nr.: 16	64
BA Clausthal, Hann 2a Nr.: 347	65
BA Clausthal, Hann 84e Nr.: 9	65
StAM, MN 11.1.1872	66
StAM, MN 8.1.1870	67
GA Staufenberg, Akte Steinberg	68
StAM, MN 10.5.1875	69
GA Staufenberg, Akte Kohlenstraße	69
GA Staufenberg, Akte Kohlenstraße	70
StAM C 1142	72
GA Staufenberg Akte Kohlenstraße	72
HStAH, Hann. 74 Münden M 100	72
StAM, C 1142	73
StAM, C 1142	74
Kreisarchiv Göttingen, LA Münden 133	75
Kreisarchiv Göttingen, LA Münden 133	76
StAM, C 1142,	77
StAM, MN 17.5.1889	77
Archiv Amtsgericht Münden, Grundbuchamt	78
BA Clausthal, „Gewerkschaft Steinberg“	78
StAM, C 1142	78
Archiv Amtsgericht Münden., Hypothekenbuch	78
StAM, C 1142	79
HStAH, Hann. 180 Hildesheim Nr.: 18040	81
StAM, MN 30.12.1896	82
StAM, C 1142	82
Kreisarchiv Göttingen, LA Münden Bestnr.: 150, lfde Nr.: 238	83
Kreisarchiv Göttingen, LA Münden Nr.: 133	84
Kreisarchiv Göttingen, LA Münden Nr.: 133	85
HStAH, Hann. 180 Hildesheim Nr.: 18040	88
StAM, MN 5.11.1910	89
BA Clausthal „Gewerkschaft Steinberg“	90
Kreisarchiv Göttingen, LA Münden Bestnr.: 150 lfde Nr.: 238	91
Kreisarchiv Göttinger, LA Münden Bestnr.: 150 lfde Nr.: 238	92
HStAH, Hann. 180 Hildesheim 18040	94
StAM, C 1142	95
StAM, MN 2.11.1915	95
StAM, C 1142	96
Kreisarchiv Göttingen, LA Münden Bestnr.: 150 lfde Nr.: 238	97
BA Clausthal, „Gewerkschaft Steinberg“	98
StAM, MN 18.8.1925	104
StAM, MN 24.11.1932	109
Archiv der Naturfreunde Kassel, Paul Schminke	112
StAM, Jüdische Vermögensangelegenheiten	115
StAM, Jüdische Vermögensangelegenheiten	116
StAM, MN 17.1.1936	117
HStAH, Hann. 180 Hildesheim Nr.: 180140	118
StAM, MN 14.11.1950	122
StAM, MN 12.1.1951	122
BA Clausthal, Acc. 9 Nr.: 2851	124
BA Clausthal, Acc. 9 Nr.: 2851	125
StAM, MN 8.7.1931	138
StAM, MN 6.4.1933	138
StAM, MN 18.5.1933	139
StAM, MN 21.4.1933	139
StAM, MN 29.2.1947	142
StAM, MN 17.5.1886	168
StAM, MN 5.11.1905	169
StAM, MN 2.10. 1924	171

HStAH, Hann. 180 Hildesheim 18040	172
StAMR, Bestand 340 von Buttlar 1048	174
StAMR, Bestand 340 von Buttlar 1048	177
StAMR, Bestand 340 von Buttlar 1048	178
StAMR, Bestand 340 von Buttlar 114	180
Bestand FA (Forstamt) Glashütte	187
Bestand FA (Forstamt) Glashütte	189

Eklärungen einiger in der Veröffentlichung heute nicht mehr geläufiger Begriffe

Abkehrschein: Entlassungsdokument für Mitarbeiter im Montanbereich

Abraum: eine Deckschicht, die eine Lagerstätte nutzbarer Fossilien oder Mineralien bedeckt und vor deren Abbau entfernt werden muss.

Alaun: vulgäre Bezeichnung für Kalium-Aluminiumalaun. Ein Doppelsalz aus schwefelsaurer Tonerde und schwefelsaurem Kali $[\text{KAl}(\text{SO}_4)_2]$ Wichtiges Beizmittel in der Färberei und beim Gerben. Wurde früher sehr oft als Rasierstein zur Blutstillung verwendet. Die Alaungewinnung bedingte häufig das Aufkommen des Braunkohlebergbaues. Ab 1573 in Großalmerode nachweisbar.

Abteuff[f]ung: frühere Bezeichnung für das Anlegen eines Grubenschachtes; Teufe: bergmännisch Tiefe

Balgen: altes Kohlenmaß, in Hannover $2\frac{1}{2}$ Kubikfuß = 62,3 l.

Bergfaktor: altertümliche Bezeichnung für einen Bergbeamten.

Blase: rundes Kupfergefäß zur Destillation von alkoholhaltigen Flüssigkeiten - das Destillationsverfahren kam mit den Arabern nach Europa.

Conducteur: im 19. Jahrhundert gebräuchlicher Ausdruck für einen Gutsverwalter. In den Anfangsjahren der elektrischen Straßenbahnen wurden auch Straßenbahnführer so genannt.

Conventionsmünze: Münzen nach dem Konventionsfuß seit der Münzkonvention von 1753 und besonders nach dem Siebenjährigen Krieg. Es lag ein "Konventionstaler" mit der Aufschrift "10 eine feine Mark" zugrunde.

Conterbande: altertümliche Bezeichnung für Schmuggelgut.

Département: seit 1789 Verwaltungsbezirk in Frankreich, 1806 durch die Franzosen in den eroberten Gebieten eingeführt.

Droste: der Droste war im niedersächsischen Raum der adlige Verwalter einer Vogtei oder Landdrostei.

Fajence: feine, mit weißer Engobe überzogene Keramik, die mit den Arabern über Mallorca (Majolika) nach Europa gelangte und deren Herstellung sich von Süddeutschland her über Deutschland verbreitete.

Faden: ein Raummaß. 1 Faden war bei uns im Erdbau $16 \times 16 \times 4$ Fuß = 1024 Kubikfuß (16 Fuß = 1 Rute) und entsprach somit ungefähr 25,5 m³.

Flötz, auch Flöz: bedeutet eine wertvolle Schicht im Erdreich abgelagerter Mineralien oder Kohlen.

Förderer, Bergleute: die das von den Hauern gelöste Material aus der Grube beförderten.

Fuder: ursprüngliche Bedeutung für Fuhre eines zweispännigen Wagens. Hohlmaß für Wein. Raummaß für Erze und Kohle. Im Hannoverschen fasste ein Fuder 9,34 hl.

Fuß: altes, uneinheitliches Längenmaß von ca. 30 cm. Im Hannoverschen betrug ein Fuß 29,208 cm.

Gnadengeld: Geld, das von den Knappschaftskassen nach Ausscheiden aus dem Erwerbsleben an Bergleute und deren Angehörige gezahlt wurde.

Gewerkschaft: bezeichnet im Bergrecht eine juristische Person mit Gewerkenversammlung und Grubenvorstand als Organe.

Gräfe, Grewe, Grefe: Bezeichnung für einen dörflichen Gemeindevorstand → Bauermeister → Bürgermeister

Groschen: abgeleitet vom lateinischen Wort grossus, was dick bedeutet. Im Gegensatz zur Blechmünze war es eine silberne Scheidemünze

Hauer: ein geprüfter Bergmann, der in der Grube die Verzimmerung und den Ablauf der Arbeiten „vor der Hacke“ tätigte oder überwachte

Himten: früheres Getreidemaß, ein Himten beinhaltete in Hannover 31,152 Liter.

Klafter: sowohl ein Längenmaß von ca. 1,9 m wie auch ein Brennholzmaß von ca. 3,5 cbm.

Knappschaft: ursprünglich die Gesamtheit der in einem Bergwerk tätigen Mitarbeiter mit gewissen Vorrechten. Ihre Kassen dienten der Unterstützung sowie der Kranken- und Invalidenversicherung der Bergleute und ihrer Familien

Kohlenkleie: minderwertige Kohle, die teilweise mit Tonteilen durchsetzt war.

Kohlenmesser: Grubenmitarbeiter, der die Aufsicht über die Mengen der geförderten und verkauften Kohlen führte.

Krotzen: hierbei handelt es sich um größere Gesteinsbrocken oder auch größere manganhaltige Erzbrocken

Kuxen: das gemeinschaftliche Vermögen der Gewerke. Die Kuxenbesitzer sind am Gewinn beteiligt, werden jedoch mit Zubeßen (Zuzahlungen) belegt, wenn die Betriebsergebnisse negativ sind

Lachter, Berglachter: früheres Tiefenmaß im Bergbau von etwa 2 m Länge. Ursprünglich die Länge, die ein Mann mit ausgestreckten Armen abmessen konnte

Lehe: ursprünglich etwas Geliehenes. Im Bergrecht ein zum Abbau von Kohlen oder Erzen durch den Grundherren überlassenes Areal.

Leggemeister: dieser war verantwortlich für die Qualität der von den Webern in der Legge zur Schau gestellten Leinwand.

Maître: Bezeichnung des Ortsvorstehers von 1807 bis 1813 (Königreich Westphalen).

Mariengroschen: siehe Reichsthaler.

Malter: altes Getreidemaß, in Hannover 186,9 Liter. Ein Hohlmaß von 3 *Scheffeln* oder 6 *Himten*, entsprach etwa 120 kg Roggen oder Weizen, oder 75 kg Hafer.

Maß: altes Hohlmaß von unterschiedlicher Größe. In Baden bestand ein Maß aus 10 Bechern = 1,5 Liter, in Nassau aus 2 Flaschen = 2 Liter.

Morgen: altes Landmaß, das in etwa einem viertel Hektar entsprach. Vor 1836 hatte der hannoversche Morgen 2602 qm.

Muthung, oder Mutung: bedeutet, dass der Grundeigentümer einem Interessenten das *Bergwerkseigentum* übertragen kann, durch das dieser die Befugnis zum Bergwerksbetrieb und zur Aneignung der gefundenen Mineralien erwirbt.

Particulier: Teilhaber in einem Unternehmen.

Phänologischer Garten: hier werden fremde Baum- oder Pflanzenarten hinsichtlich ihrer Entwicklung in einer fremden Umgebung über einen längeren Zeitraum beobachtet.

Pingen: Vertiefungen in der Erde, die entweder durch eingestürzte Grubenschächte oder durch oberflächennahen Abbau von Erzen oder Kohlen entstanden sind.

Reichsthaler: 1 Reichsthaler - 24 gute Groschen (à 12 Pf.) - 36 Mariengroschen (à 8 Pf.) - 288 Pfennige

Reitender Förster: Förster, der im Gegensatz zum Gehenden Förster, seinem Dienst in einem großen Revier nur mit einem Pferd versehen konnte.

Ruten: ein unterschiedlich großes Längenmaß. In Hessen betrug ihre Länge 3,99 m, im Braunschweigischen 4,56 m, im Hannoverschen 4,6735 m.

Schachtkäue: Gebäude, das über einer Schachttöffnung zu ihrem Schutz angelegt ist

schröpfen: eine beliebte Behandlungsmethode bei den unterschiedlichsten Krankheiten durch Ansetzen von Blutegeln, besonders, um den Bluthochdruck zu vermindern.

Schürfrechte: das Recht zur Suche nach Mineralien- und Erzlagerstätten. Der hierfür notwendige Schürfschein berechnigte zur Suche nach Lagerstätten und bei Erfolg zur Ausbeutung derselben.

Stadt-Physicus: altertümliche Bezeichnung für einen Stadt- oder Kreisarzt.

Steiger: Beamte, die im Grubendienst eine Aufsichts- und Führungsposition innehatten.

Steingut: ein weißes bis cremefarbenes feinkeramisches Erzeugnis. Wird aus reiner Tonerde oder Kaolin gefertigt und bei etwa 1100 bis 1200 °C gebrannt.

Süntel: Höhenzug des Weserbergländes

Stübbe, auch Stübchen: ein altes Hohlmaß, in Hannover ~ 3,9 l.

Tilsiter Friede: am 1.7.1807 zwischen Preußen und Frankreich abgeschlossener Friedensvertrag, in welchem Preußen auf sämtliche Besitzungen westlich der Elbe verzichten musste.

Vereinigtes Wirtschaftsgebiet: in ihm hatten sich die britische und amerikanische Zone 1947 zur "Bizone" zusammengeschlossen, später gehörte auch die französische Besatzungszone zu diesem Wirtschaftsgebiet, aus dem 1949 die Bundesrepublik hervorging.

Vitriol: alte Bezeichnung für alle in Wasser löslichen schwefelsauren Salze, in denen die Schwermetalle zweiwertig vorliegen, namentlich des Zinks, Mangans, Eisens, Kobalts, Nickels und Kupfers

Wiedergutmachungsamt: von den Alliierten eingesetzte Behörde, die Entschädigungsansprüche von Opfern der NS-Diktatur regeln sollte.

Zoll: Längenmaß, gewöhnlich 1/12 oder 1/10 Fuß,. Im Hannoverschen betrug ein Zoll 2,434 cm. Der Zoll war auch eine landesherrliche Steuer.

Literaturhinweise:

- | | |
|--|--|
| Samuel, Christian Hollmann: | Commentationem in Regis Societae Goetingae Anno 1753 et 1754 |
| Dr. Chr. W. J. Gatterer: | Technologisches Magazin, Memmingen 1790 |
| Georg Agrikola: | De Re Metallica, Berlin 1928, Reprint |
| Dr. Georg Krönitz: | Oekonomisch-technologische Enzyklopädie |
| Georg Landau: | Geschichte der Glashütten in Hessen u. andere Beiträge, Kassel 1843 |
| Hans Ulrich Wehler: | Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Band 3, München 1985 |
| Christoph Kleßmann: | Die doppelte Staatsgründung, Bonn 1991 |
| W. Erdmann, Klaus-Peter Lorenz: | Die grüne Lust der roten Touristen, Hamburg 1985 |
| Gustav Wollenhaupt: | Glashütten in Ziegenhagen, Periodikum Kaufunger Wald, Kaufungen 1978 |
| Ingrid Baumgärtel, Winfried Schich: | Nordhessen im Mittelalter, Marburg 2001 |
| 975 Jahre Kaufungen, | |
| Beiträge zur Heimatkunde | Kaufungen 1986 |
| Hans-Georg Stephan: | Großalmerode, ein Zentrum der Herstellung von techn. Keramik, Steinzeug und Irdenware in Hessen, Teil 1. Großalmerode 1986 |
| Archiv für deutsche Postgeschichte: | Gesellschaft für deutsche Postgeschichte. Gießen 1989 |
| Klaus Sippel: | Frühneuzeitliche Glashütten im Kaufunger Wald, Wiesbaden 1987 |
| Der Wegweiser: | Vereinsschrift der Naturfreunde, 45. Jahrgang, Folge IV 1998 |
| Adolf Kraft u. a.: | 650 Jahre Nienhagen - 2001 |
| G. A. Stör: | Ein Jahrhundert Kasseler Nahverkehr, Kassel 1986 |
| W. Beinhorn: | Münden in alten Ansichten, Hann. Münden 1998/2000 |

Eine kurze Nachbetrachtung

Der Text des vorliegenden Buchs stützt sich weitestgehend auf Archivmaterial. Sehr umfangreich war der Bestand im Niedersächsischen Bergarchiv Clausthal-Zellerfeld. Die zuständigen Mitarbeiter des Hauses waren in jeder Hinsicht hilfsbereit und sehr kooperativ und haben insofern auch einen erheblichen Anteil daran, dass es gelungen ist, ein wenig Licht in die sehr facettenreiche Geschichte dieses Berges zu bringen. Auch die Archivarin des Mündener Stadtarchivs stand stets beratend und hilfreich zur Seite bei den umfangreichen Recherchen. Die Naturfreunde Kassel ermöglichten uneingeschränkte Einsicht in ihre Archivunterlagen und in das von Paul Schminke aufgebaute Fotoarchiv. Sehr viele private Fotografien verdankt dieses Buch Frau Ilse Köster, Hann. Münden, der Familie Landefeld, Nienhagen und Erich Haldorn, Kassel, Herrn Otto Reckmann, Dassel, sowie vielen anderen. Familie von Buttlar gewährte ebenfalls Einsicht in ihre Unterlagen bezüglich des Basaltbruches. Der Autor hätte sehr gern die Ereignisse während der etwas näher beleuchtet, da das zum Frühjahr 1945 als Lager gene gedient hatte, was aber konnte.

Sehr vieles verdankt diese Arbeit von Herrn Walter Blum. Die Gestaltung des Buches verwendeten Archivmaterialien, erhebt das Buch keines-

ständige Widergabe aller Jahrhunderte bis zum heutigen Tag auf dem Steinberg zugetragen haben. Unter Umständen regt die Lektüre des Buches aber auch zu weiteren Nachforschungen über die Ereignisse, die sich um die beiden Steinberge im Kaufunger Wald ranken, an. Der Berg und seine Geschichte, die im weitesten Sinne auch die Geschichte einer Region und ihrer Bewohner widerspiegelt, ist von jeher dauerndem Wandel unterworfen gewesen. Stets waren es kriegerische Ereignisse, in deren Gefolge sich die gravierendsten Veränderungen vollzogen.

Ein sichtbares und mahnendes Zeichen der verhängnisvollen Ereignisse des vergangenen Jahrhunderts ist das am Wege zum Naturfreundehaus befindliche Soldatengrab. Es ist die letzte Ruhestätte des jungen, erst 17 Jahre alten, aus Reichenbach im Vogtland stammenden Wolfgang Dietrich, der hier am 7. April 1945 bei sinnlosen Kämpfen mit überlegenen amerikanischen Truppen, sein junges Leben verloren hat.

Es ist zu hoffen, dass dieses Mahnmal seine Wirkung auf die Menschen nicht verfehlt, damit zukünftige Generationen von derartigen Katastrophen verschont bleiben, dann bekäme der unnötige Tod dieses jungen Menschen im Nachhinein doch noch einen Sinn!



Zeit des Zweiten Weltkrieges ehemalige Direktorenhaus bis für französische Kriegsgefangene leider nicht realisiert werden

beit der unermüdlichen Mitarbeit oblag die gesamte grafische Gestaltung des Buches. Trotz der sehr umfangreichen Textmengen, Bildern und Zeitungsbeilagen Anspruch auf eine voll-



Das Soldatengrab am Großen Steinberg, für dessen Pflege die Brüder Holger und Thomas Teuteberg eine Patenschaft übernommen haben und 2005 die oben abgebildete Bodenplatte stifteten

